

# **Digitales Brandenburg**

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

## **Geschichte der neuesten Zeit**

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1848 bis 1863

**Bulle, Constantin**

**Berlin, 1888**

**urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6475**



GSELLIUS'SCHE  
BUCH-HANDLUNG  
BERLIN, W.  
MOHREN-STRASSE 52

by

2 2/2

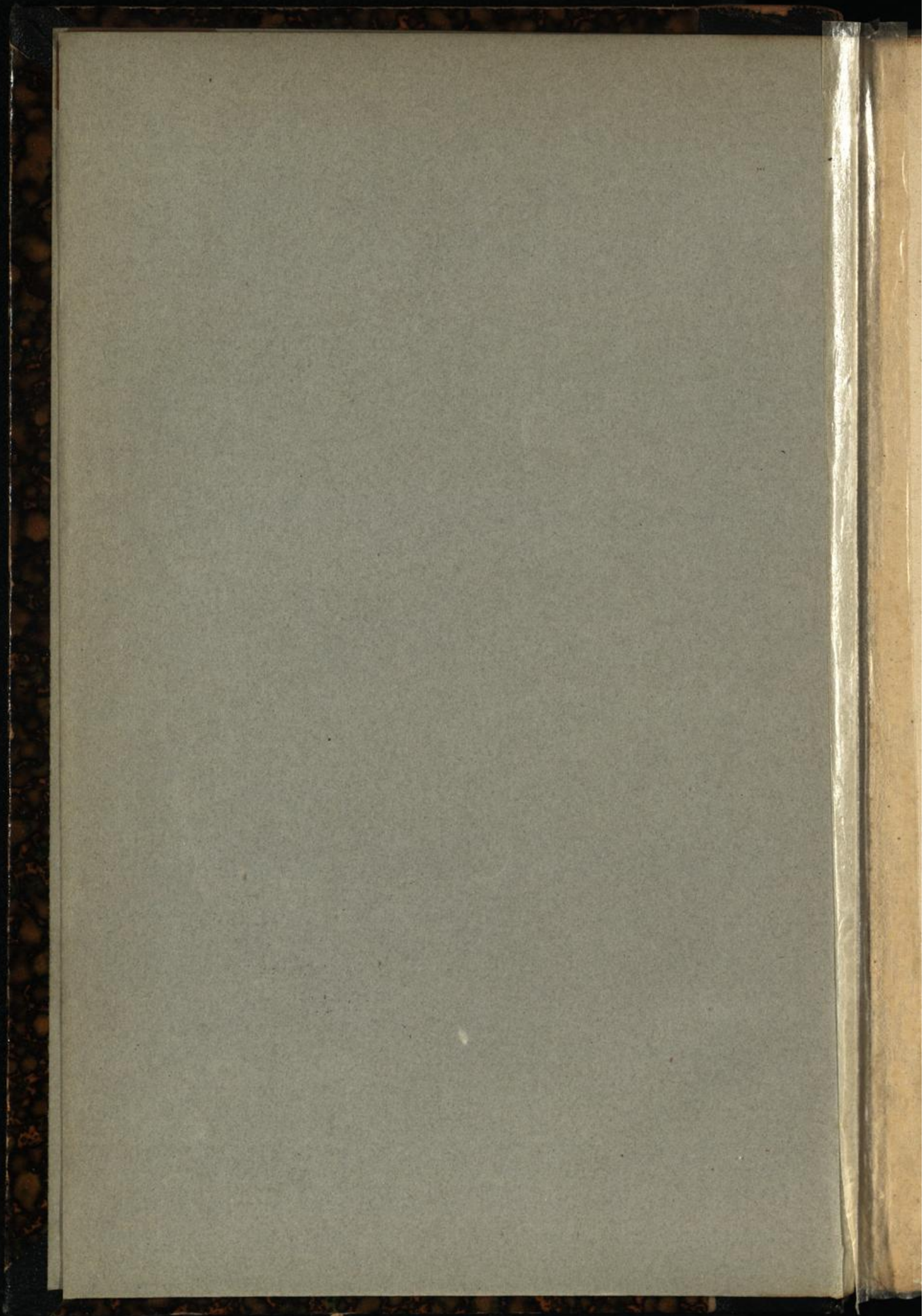
50-

T.

X/1848

V. 3. 189

~~H. Young~~  
A. Fraatz.



ing  
alt.  
er-

# Geschichte der neuesten Zeit.

1815—1885.

Von

Constantin Bulle.

---

In vier Bänden.

---

Zweite, umgearbeitete und bis auf die Gegenwart fortgeführte Auflage  
der Geschichte der neuesten Zeit (1815—1871).

Zweiter Band.

Von 1848 bis 1863.

---

Berlin,  
Verlag von Leonhard Simion.  
1888.

Geographie  
des  
neuesten  
Zeitalters

1828

Verlag von  
Leipzig

Druck von Leonhard Simion in Berlin SW.

Erste

D  
D  
D  
P  
P

Zweite

D  
D  
D  
D  
D

Dritte

P  
D  
D  
E  
N

Vierte

D  
D  
F  
E  
B  
R  
D

# Inhalt.

	Seite
Erster Abschnitt: Der Sieg der Revolution (Frühling und Sommer 1848).	
Die deutsche Revolution in den Flitterwochen . . . . .	1
Die Revolution in Osterreich und Italien . . . . .	23
Die Befestigung der französischen Republik . . . . .	39
Parlament und Reichsverweser . . . . .	45
Preußen und der schleswig-holsteinische Konflikt . . . . .	51
Zweiter Abschnitt: Der Niedergang der Revolution (Herbst 1848—1849).	
Die Krisis in Osterreich . . . . .	59
Die Krisis in Preußen . . . . .	69
Die Krisis in Frankfurt . . . . .	77
Die Unterwerfung Ungarns . . . . .	85
Die Bewältigung Italiens . . . . .	92
Das Ende des deutschen Parlamentes . . . . .	108
Dritter Abschnitt: Die Befestigung der Reaktion (1849—1853).	
Preußens Unionsbestrebungen und Niederlagen . . . . .	115
Die Reaktion in Deutschland und Osterreich . . . . .	133
Der Papst und die katholischen Staaten . . . . .	157
England unter der Herrschaft der Whigs . . . . .	168
Napoleon und die französische Republik . . . . .	177
Vierter Abschnitt: Der Krimkrieg und der Orient (1853—1858).	
Die orientalische Frage . . . . .	193
Der Krimkrieg . . . . .	206
Frankreichs Vorherrschaft und innere Lage . . . . .	228
England und der Aufstand in Ostindien . . . . .	243
Berwicklungen in Ost- und Mittelasien . . . . .	252
Rußland nach dem Krimkriege . . . . .	260
Das Nationalitätsprinzip und der Orient . . . . .	271



## Die deutsche Revolution in den Flitterwochen.

Durch den elektrischen Telegraphen, der seine neu entdeckten und verwerteten Kräfte zum Teil schon in den Dienst der Revolution stellen konnte, verbreitete sich die Kunde der Pariser Ereignisse mit ungewohnter Schnelligkeit. Es waren sehr verschiedenartige Empfindungen, Hoffnungen und Befürchtungen, die sie besonders in Deutschland weckten. Noch schwebte über der neuen Republik, ihrem Wesen und ihren Absichten ein Dunkel, das zu erhellen es kaum ein anderes Mittel gab als die Erinnerung an die erste Republik. Wenn diese den rührigsten Eifer gezeigt hatte ihre Propaganda über die Grenzen nach Belgien und Italien, in Deutschland und die Schweiz hinüberzutragen, war da nicht auch von ihrer Nachfolgerin eine Bedrohung der Nachbarvölker zu befürchten? Der Gedanke, daß ein Angriffskrieg von Frankreichs Seite unausbleiblich erfolgen werde, fand weite Verbreitung. Wenn vorzugsweise die Regierungen und die konservativen Kreise ihm nachgingen, so war er doch auch den Liberalen und der großen Masse einleuchtend genug, und die unendliche Mehrheit war zum kräftigsten Widerstande, zum Aufgebote der gesamten Volkskraft entschlossen. Deshalb empfahl sich schon unter diesem Gesichtspunkte die Forderung der allgemeinen Bewaffnung, der Schaffung eines Volksheeres, das aus den schleunigst gerüsteten und eingeübten Bürgerwehren erstehen sollte. In den Augen der Liberalen war dieses Rüstzeug überdies eine Waffe gegen böswillige Regierungen und ein erster Schritt um die verhaßten stehenden Heere zu beseitigen. Je weiter die Parteien nach links standen und republikanischen Bestrebungen sich näherten, desto mehr mußte dieser Gesichtspunkt in den Vordergrund treten; der äußersten Linken galt die Volksbewaffnung überhaupt nicht mehr als eine Wehr nach außen, sondern als ein Werkzeug, das eines Tages sehr wohl gemeinsam mit den linksrheinischen Scharen gegen die deutschen Fürsten sich richten und die deutsche Republik ins Leben rufen konnte. Und diese äußerste Linke war die Partei, welche in diesen Tagen am schnellsten wuchs. Nicht gerade an Kopfzahl. Denn in dieser Hinsicht gewann unzweifelhaft der gemäßigte Liberalismus weit mehr; ihm schlossen sich jetzt, da es gefahrlos wurde und selbst zum guten Ton gehörte, die unzählbaren Massen der Gleichgültigen an; bei ihm suchten selbst die Konservativen eine Zuflucht und zeitweiliges Unterkommen. Aber das waren Ver-

Einbruch der  
Februar-Re-  
volution in  
Deutschland.

Die Republi-  
kaner.

stärkungen, die in der Stunde der Gefahr keine Kraft verleihen, die selbst im gewöhnlichen Lauf der Dinge zum Hemmschuh werden konnten. Die Republikaner hingegen erstanden eigentlich erst jetzt als große Partei; ihnen bot das, was eben in Paris geschehen, gleichsam die Gewähr für die Richtigkeit und Ausführbarkeit ihrer Grundsätze. Was waren denn die französischen Republikaner vor dem 22. Februar 1848 gewesen? Doch nur ein machtloses Häuflein, das kaum zu Wort hatte kommen können, und jetzt waren sie die Herren geworden. Daß unser Volk durch und durch monarchisch war und selbst der vorübergehende Sieg einer Minderheit, welche die Republikaner doch auch in Frankreich waren, durch den Mangel eines Mittelpunktes, der wie Paris ganz Deutschland beherrscht hätte, unmöglich wurde, bedachte man nicht oder wollte man sich nicht gestehen; der Republikanismus glaubte an sich, und dieser Glaube gab ihm eine Kraft, die er sonst nicht besessen hätte. Auch die Liberalen gewannen an Mut und traten entschiedener auf, als sie es ohne die Februarereignisse gethan haben würden. Aber neu war ihr Programm nicht, und überall war es auch ohne die Revolution im Vorschreiten begriffen, wie die frühere Darstellung gelehrt hat. Jetzt schoß die junge Pflanze plötzlich mächtig in die Höhe, trieb Blätter und Blüten und schien kräftig zu gedeihen; aber das Wachstum war zu schnell, nur in der Oberfläche hafteten die Wurzeln und „da die Sonne aufging, verdorrte es“. Mit Sturmeseile erreichte der Liberalismus seine Ziele und mehr als ihm bis dahin erreichbar dächte; es überkam ihn ein Gefühl der Allmacht, das ihn die Gegner vergessen ließ, die doch nicht vernichtet, sondern nur zurückgetreten waren. Er glaubte die Fundamente schon gelegt, die doch erst gelegt werden sollten, und begann auf dem lockeren Sande der Tagesmeinung und der Volksgunst den Prachtbau seines Idealstaates zu errichten, der um so schwankender wurde, je mehr er sich der Vollendung näherte, bis er endlich jäh zusammenbrach. Nur wenige wohnliche Gemäcker überdauerten den Einsturz, und das wertvollste Ergebnis der begeisterten und überhasteten Arbeit blieb schließlich die Thatfache, daß unser Volk wie in einem schönen Traum die Erfüllung seiner Wünsche verwirklicht gesehen hatte, und daß die Erinnerung daran ein Stachel war, der mächtiger als alles andere, sobald die erste Entmutigung vorübergegangen, zu neuem Ringen und zu bedachtsamerem Aufbau reizen mußte.

Die Liberalen.

Baden.

Am schnellsten und lebhaftesten empfand die Einwirkungen der Februartage Südwestdeutschland und besonders das Grenzland Baden, dem ja seit Jahren schon die Führung der liberalen Partei zugefallen war, wie es eben erst durch Bassermanns Antrag auf Schaffung eines deutschen Parlaments neu bethätigt hatte. Schon am 27. Februar 1848 fand in Mannheim unter Mathys Vorsitz eine große Volksversammlung statt und stellte die vier Forderungen auf, welche alsbald den Rundgang durch Deutschland antraten: Pressfreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung und deutsches Parlament. Bei keiner Regierung war es leichter diese

Forderungen durchzusetzen als bei der badischen, deren Mitglieder dem gemäßigten Liberalismus angehörten. Auch erklärte der Minister Bock schon am 29. Februar in der Kammer die Zustimmung des Großherzogs, und es fiel also jeder Grund hinweg einen besonderen Druck auszuüben. Aber gerade in Baden war die äußerste Linke, die der Republik sich zuneigte, schnell entschlossen das Eisen zu schmieden, solange es heiß sei. Zum 1. März strömten Abordnungen von allen Seiten in Karlsruhe zusammen; insbesondere erschien Gustav Struve, ein Advokat aus Mannheim, mit großem Geleit um der zweiten Kammer die Forderungen des Volkes zu empfehlen. Aufhebung der Karlsbader und der Bundestagsbeschlüsse von 1832 und 1834, Vereidigung des Heeres auf die Verfassung, Ministerverantwortlichkeit, Abschaffung des Jagdrechts, Änderung des Ministeriums und der Bundesgesandtschaft und andere Forderungen, zwölf Punkte im ganzen, wurden von einem Ausschuß der Kammer aufgestellt und von der Regierung meist unumwunden bewilligt. Zum Gesandten für Frankfurt wurde Welcker ernannt. Ganz ohne bedenkliche Zeichen ging es schon in diesen Tagen nicht ab. Das Ministerium des Äußeren geriet in Brand, desgleichen zwei andere Häuser. Die Bevölkerung ergriff Angst; Tag und Nacht durchkreuzte die Bürgerwehr die Straßen; nicht ohne Besorgnis gewahrte man die Anwesenheit vieler Fremden aus den unteren Ständen; ein Sturm auf das Zeughaus, die Entführung des Großherzogs aus seinem Schlosse wurde befürchtet. Doch lief alles noch ohne schlimmeren Zusammenstoß ab. Auch sonst kam es im Lande vorerst nur zu zahlreichen Volksversammlungen, bei denen freilich schon das Wort Republik fiel und die Bauern zum Teil mit Sensen bewaffnet erschienen. Fast gleichzeitig mit Baden begann die Bewegung in Hessen-Darmstadt. Heinrich von Gagern stellte am 28. Februar in der Kammer den Antrag, der Großherzog möge zum Schutz der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands für die Bestallung einer deutschen Centralgewalt und eines deutschen Parlamentes wirken. Im Odenwalde zeigten sich die Anfänge republikanischer Wühlereien. Schon am 1. März waren die Wellenschläge dieser Bewegung so stark geworden, daß auch der Bundestag sie der Beachtung würdigte und sich in einer überraschend verbindlichen und verheißungsvollen Ansprache an die Nation wandte um sie zu belehren, daß nur durch Eintracht und gesetzliche Ordnung Deutschland in der stürmischen Zukunft, die möglicherweise nicht fern sei, auf die Stufe gehoben werden könne, die ihm unter den Völkern Europas gebühre. Zwei Tage später stellte ein Bundesbeschluß vom 3. März es jeder Regierung frei die Zensur aufzuheben und die Pressfreiheit einzuführen, eine Ermächtigung, die Baden und Württemberg sich schon selbständig genommen hatten. Denn auch Württemberg war durch Volksversammlungen in Stuttgart und Tübingen schon Ende Februar in den Kreis der Bewegung gezogen; die erste Märzwoche sah gleiche, zum Teil heftigere Volksszenen in Nassau, Kurhessen, Rheinpreußen, Thüringen

Hessen-Darmstadt.

Der Bundestag.

Das übrige Deutschland.

und Bayern; auch der Norden und Osten fing an sich zu rühren; in Hamburg, Bremen, Oldenburg kam es zu Unruhen, in Berlin, Breslau, Leipzig begann es zu gären. Erstaunlich schnell verloren überall die bisherigen Machthaber den Glauben an sich selbst und traten freiwillig zurück oder suchten durch Nachgiebigkeit die öffentliche Meinung zu begütigen. Fast überall nahmen in der ersten Hälfte des März die Führer der bisherigen Opposition die Ministerstühle ein: Römer, Pfizer, Dubernoy, Goppelt in Württemberg, Gagern in Darmstadt, Hergenbahn in Nassau, Wippermann in Kassel, Graf Bennigsen und Stüve in Hannover, Wydenbrugk in Weimar. Auch König Friedrich August II. von Sachsen wurde zu einem Ministerwechsel gedrängt und übertrug die Leitung des Staates dem Professor von der Pfordten und den bisherigen Führern der Opposition Braun, Georgi und Oberländer. Eine eigentümliche Färbung hatte die Bewegung in Bayern. Hier war die hauptstädtische Bevölkerung infolge der Lola Montez-Unruhen seit Monaten nicht aus dem Lärmen herausgekommen. Auch nach der Entfernung der Tänzerin hatte sich die Unzufriedenheit nicht gelegt; man verlangte die Entlassung des Ministers Berks, der mit Recht für eine Kreatur der Verhafteten galt. Während nach Nürnbergs Vorgang die übrigen Städte des Landes den König mit Adressen in freiheitlichem und deutschnationalem Sinne bestürmten, machten die Münchener ihrem Thatendrange am 2. März dadurch Luft, daß sie Berks die Fenster einwarfen. Einen Augenblick dachte der König an Widerstand; er ließ Generalmarsch schlagen und Kanonen vor dem Schlosse auffahren; doch ehe es zu ärgerem Blutvergießen kam, gab er nach. Berks wurde entlassen und eine königliche Ansprache vom 6. März kündigte die Erfüllung der Volkswünsche im weitesten Umfange an. „Bayerns König ist stolz darauf ein deutscher Mann zu sein! Alles für mein Volk! Alles für Deutschland!“ so endete der Erlaß. An die Stelle des Ministeriums Wallerstein traten die Führer der Opposition, Thon-Dittmer und Beisler. Aber das beschwichtigte die lärmelustige Menge noch nicht. Das Gerücht, Lola Montez kehre zurück, rief am 16. März neue Unruhen hervor; so weit mußte König Ludwig den Schmerzensbecher leeren, daß er den Befehl erteilte seine Geliebte im Fall der Rückkehr auf die Festung zu bringen; dann aber ging ihm die Geduld aus; ohnmächtig gegen die Strömung der Zeit und angeekelt von dem stückweisen Aufgeben seiner Macht und dem widerwilligen Hinunterschlucken seiner eigenen Vergangenheit, entschloß er sich plötzlich zur Abdankung und vollzog diese mit der Hast, die ihm eigen war, am 20. März zu Gunsten seines Sohnes Maximilians II. Volle zwanzig Jahre war dem Entsagenden noch zu leben vergönnt; er sah seinen Nachfolger vor sich in die Gruft steigen und Wandlungen in Deutschland sich vollziehen, an denen mitzuwirken ihm keine Freude gewesen wäre. Er starb in Nizza am 29. Februar 1868. In Stein und Erz und als hochherzigem Förderer der Kunst in ihm ein dauerndes Gedächtnis gesichert; auch sein Ver-

Bayern.

Ludwigs Ab-  
dankung.

dienst um die Befestigung der Zollvereins und sein warmer Philhellenismus wird nicht vergessen werden; aber die wahre Tugend des Regenten, unbefangene Würdigung der Zeit und selbstlose Hingabe an ihre Bedürfnisse, war dem eigenwilligen launenhaften Manne fremd, und weder Bayern noch Deutschland hatte Ursache zu klagen, daß er aus eigenem Antriebe vor der Zeit vom politischen Schauplatz abtrat.

Während so in München die Bewegung, unbeschadet ihres Zusammenhangs mit dem großen Strome der Ereignisse, doch ihren gesonderten Gang nahm, war von den Führern der übrigen süddeutschen Liberalen ein neuer Anstoß gegeben. Ihrer 51 waren sie am 5. März in Heidelberg zusammengekommen, hatten einen Siebener-Ausschuß gebildet, in dem Römer und Gagern, Welcker und Iystein saßen, und hatten durch diesen zum 30. März alle gegenwärtigen oder früheren Mitglieder deutscher Ständeversammlungen zu einem Vorparlamente nach Frankfurt geladen. Aufgabe desselben sollte es sein der Forderung eines frei gewählten deutschen Parlamentes größeren Nachdruck zu geben. Mit dem Bundestage ging es zu Ende. Wohl machte er gewaltsame Anstrengungen sich der neuen Zeit anzupassen; er kam zu der Einsicht, daß die Kraft Deutschlands wesentlich auf dem Bewußtsein der nationalen Einheit beruhe und daß dieses Bewußtsein der äußeren Zeichen bedürfe; er beschloß deshalb am 9. März den Reichsadler und das so grimmig verfolgte schwarzrotgoldene Banner zu Wappen und Farben des Bundes zu erheben; er erkannte auch die Notwendigkeit an, sich selbst durch volkstümlichere Kräfte zu verjüngen und ersuchte am 10. März die Regierungen für jede der 17 Stimmen einen Vertrauensmann nach Frankfurt zu senden um gemeinsam mit der Bundesversammlung eine Revision der Bundesverfassung zu beraten; aber selbst diese Mittel halfen ihm nichts; es half nichts, daß aus seiner Mitte die mißlieblichsten Gesandten schieden, daß unter den Vertrauensmännern sich ein Dahlmann, Uhland, Bassermann, Droysen, Gagern, Jordan, Servinus befanden. Das Volk sah voll Verachtung und Haß auf das Werkzeug, welches drei Jahrzehnte hindurch nur zu seiner Anebelung gedient hatte, und auch die Regierungen erwarteten nichts mehr von ihm. Nicht wenige unter den Märzministerien waren durchaus geneigt den Wünschen des Volkes nach strafferer Einheit und einem deutschen Parlamente entgegenzukommen; noch ehe die Vertrauensmänner über die geeignete Form berieten, wurden Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett gepflogen, besonders unter den südwestdeutschen Staaten, die Max von Gagern im Auftrag seines Bruders Heinrich auf einer Rundreise zum Anschluß an Preußen zu bestimmen suchte. Auch Friedrich Wilhelm IV. hatte gleich in den ersten Tagen der Bewegung seine Reformpläne eifriger zu betreiben begonnen; schon am 2. März war Radowitß nach Wien geschickt und hatte dort die Berufung eines Fürstentages nach Dresden auf den 25. des Monats durchgesetzt. Aber ehe dieser Vorsatz zur That werden konnte, hatte die Revolution auch Wien und Berlin ergriffen und hier wie dort die Lage von Grund aus geändert.

Das Vorparlament.

Der Bundestag und die Regierungen.

Österreich.

In Österreich mußte die Nachricht von der Februarrevolution um so leichter zünden, als in Ungarn wie in den italienischen Provinzen die Gärung schon vorher einen hohen Grad erreicht hatte. Dazu kamen beängstigende Gerüchte über den Stand der Finanzen, der wirklich auch so schlecht war, daß man gerade das Anerbieten einer russischen Geldunterstützung angenommen hatte. Die Pariser Vorgänge untergruben nun den letzten Rest des Vertrauens; man begann die Sparkassen zu stürmen um seine baren Einlagen zu retten; man verweigerte die Annahme der Banknoten, deren Einlösbarkeit in Frage gestellt schien. Eine klare Darlegung des Standes der Nationalbank konnte vielleicht den allgemeinen Schreck noch beschwichtigen, und deshalb forderte der Abgeordnete Balogh im ungarischen Reichstage die Regierung am 3. März dazu auf. Aber seine Rede und sein Antrag entsprachen bei weitem nicht den hochflutenden Bogen der Tagesströmung. Kossuth war es, der dieser in mächtigen Worten Ausdruck gab. Für die Quelle alles Übels erklärte er die absolutistische Politik der Staatskonferenz, aus deren Beinkammern eine verpestete Luft wehe, welche die Nerven lähme, den Flug der Geister banne. Er forderte, daß der kaiserliche Thron sich mit konstitutionellen Einrichtungen umgebe, daß allen Ländern Österreichs eine Verfassung verliehen werde, daß Ungarn insonderheit eine nationale Regierung aus dem Schoße der Reichstagsmehrheit erhalte, und er forderte das mit so hinreißender Beredsamkeit, mit so rückhaltslosem Ungestüm, daß die Ständetafel einmütig seinem Verlangen zustimmte und die Magnaten nach einigem Zögern sich gleichfalls anschlossen.

Der ungarische Reichstag.

Gärung in Wien.

Diese Szenen im Preßburger Reichstage steigerten begreiflicherweise die Aufregung in Wien. Freilich fehlte es hier an einem Organ, durch welches sich die Volkswünsche hätten vernehmbar machen, in dem sie überhaupt nur hätten zur Klarheit gelangen können. Nicht in einem Brennpunkte sammelte sich hier die Bewegung, sondern in den verschiedensten Richtungen durchwühlte sie die Bevölkerung. Selbst in den allerhöchsten Schichten war eine leidenschaftliche Unzufriedenheit verbreitet. Der Erzherzog Johann, die Erzherzogin Sophie und ihr Gemahl, des Kaisers Bruder und Nachfolger Franz Karl, grollten mit Metternich, der sie von jedem Anteil an der Regierungsgewalt ausschloß. Im Schoße der österreichischen Stände, deren regelmäßiger Zusammentritt am 13. März bevorstand, hatte sich eine Oppositionspartei gebildet, Schmerling, Doblhoff u. a. an der Spitze, welche die Aufhebung der Zensur und einen Ausschuß der sämtlichen Provinzialstände zu fordern entschlossen war. Den besitzenden Bürgerstand drückte besonders die Erschütterung des Kredites und die Angst vor kommunistischen Bewegungen; er fand sein Organ in dem Gewerbeverein, und diesem fiel in der Hauptstadt das erste Wort zu. In Anwesenheit seines Beschützers, des Erzherzogs Franz Karl, und des Grafen Kolowrat beschloß er am 6. März auf den Antrag eines reichen Industriellen,

Urthaber, eine Ergebenheitsadresse, die aber zugleich engen Anschluß der Regierung an die Stände und die Bürger erbat. Entschiedener lauteten die Forderungen einer Eingabe, zu welcher sich die gelehrten Stände, die Mitglieder des juristisch-politischen Lesevereins aufschwangen; sie verlangten unumwunden eine Repräsentativverfassung nach französischem Muster mit allen Rechten, die der konstitutionelle Katechismus vorschrieb. Endlich wollten auch die Wiener Studenten nicht zurückbleiben und entwarfen eine Adresse, die Lehr-, Lern-, Glaubens-, Rede- und Press-freit beanspruchte. Die leitenden Kreise waren diesem unerhörten Gebaren gegenüber ratlos; anfangs zwar kümmerten sie sich wenig darum und Metternich spottete derer, welche eine Revolution in Wien für möglich hielten. Aber selbst wohlgesinnten Diplomaten erschien der Staatskanzler damals wie ein kindgewordener Greis, der schwach, stocktaub und fast zum Schatten zusammengeschrumpft sich in längst verbrauchte Phrasen eingepuppt habe. Von dem bedauernswerten Kaiser war natürlich kein Entschluß zu erwarten; höchstens konnte man ihn gebrauchen um einige Deputationen zu empfangen und mit freundlichen Worten abzuspeisen. Die fromme Kaiserin blieb den ganzen Tag mit ihrem Beichtvater eingeschlossen und suchte das Übel wegzubeten. Auch der prinzlichen Opposition fehlte es an dem rechten Mute vorzugehen; die einzige einiges Vertrauen einflößende Persönlichkeit war die Erzherzogin Sophie. Inzwischen wurde die Lage täglich unbehaglicher und nicht ohne Bedenken sah man dem 13. März, dem Zusammentritt der Stände, entgegen: es schien geraten den Forderungen, welche diese stellen würden, einen Schritt entgegenzuthun. Nach einer langen Beredung, die Metternich mit ihrem Vorsitzer, dem Grafen Montecucoli, hatte, beschloß die Staatskonferenz am Abend des 12. März die Berufung eines ständischen Ausschusses aus allen Provinzen zu versprechen.

Bald sollte sich zeigen, daß diese Maßregel verspätet und ungenügend sei. Früh am 13. März versammelten sich die Studenten um die Antwort zu vernehmen, welche der Kaiser den Überbringern ihrer Adresse, den Professoren Hye und Endlicher, erteilt habe. Wenig zufrieden mit der Auskunft, die ihnen wurde, begaben sie sich in Masse auf den Hof des Ständehauses, wo eben die erste Sitzung begann. Tausende von Bürgern gesellten sich zu ihnen, des Ausgangs der Beratungen zu warten. Natürlich verhielt sich die Menge nicht stumm; einzelne Redner traten auf; ein jüdischer Arzt, namens Fischhof, sprang auf das Dach des Brunnens im Ständehof, ließ die Freiheit, die Ungarn und die Italiener leben, ein Student verlas die Rede Kossuths vom 3. März; die Stimmung wurde lebhafter, ungeduldiger; man rief einzelne beliebte Ständemitglieder, die aus den Fenstern zum Volke redeten; man schickte eine Abordnung in den Ständesaal, große Haufen drangen in die Gänge ein; man wollte wissen, was drinnen beschlossen sei: da meldete ein Bettel, der hinabgeworfen wurde, daß die Stände wirklich weiter nichts als einen Vereinigten Ausschuss verlangten. Fast gleich-

Der 13. März.

zeitig kam die Botschaft, daß Truppen im Anmarsch seien. Nun riß die Geduld, der Unwille brach los, die Massen stürzten in den Ständesaal und bedrohten die Mitglieder. Schnell entschlossen erklärte der Vorsitzende, die Stände würden sich zum Kaiser begeben um ihm den Willen des Volkes vorzutragen. Als bald verwandelte sich der Zorn in Jubel, und begleitet von einem Teil der Versammelten begab sich Montecuccoli mit den Ständen in die Hofburg. Hier war die Staatskonferenz versammelt, völlig unklar was sie gewähren, was sie verweigern sollte; der Kaiser selbst wie immer gänzlich willenlos; aber auch Metternich unsicher in dem Gefühl, daß ihm der Boden unter den Füßen entschwinde, seine höfischen Gegner ohne Mut sich an seinen Platz zu drängen. Man versuchte also sein Heil zuerst mit der allgemeinen Zusage das zweckdienlichste in Erwägung ziehen zu wollen. Aber diese zweifelhafte Beschwichtigung verlor jede Kraft, als die Kunde kam, daß in den Straßen Blut geflossen sei. Bald nachdem die Stände in die Hofburg gezogen, waren Truppen unter Erzherzog Albrechts Befehl beim Landhause erschienen. Aus den oberen Räumen desselben wurden Möbel herabgeschleudert, der Erzherzog selbst wurde getroffen, und plötzlich erfolgte eine Gewehrsalve. Nun stob zwar die Menge auseinander, aber durch die ganze Stadt ertönte der Ruf: Fort mit Metternich, fort mit dem Militär! Die Bürgergarde trat unter die Waffen und Bürgeroffiziere eilten mit anderen angesehenen Männern in die Hofburg um dort den Gang der Dinge zu beschleunigen. Noch war Metternich um nichts bereiter nachzugeben als vorher. Einige Juden, Polen und Franzosen, so meinte er, hätten den Krawall angestiftet. Aber nachdrücklich wurde ihm entgegnet, es sei kein Krawall, es sei eine Revolution. Immer neue Abordnungen kamen herbei; die Staatskonferenz war förmlich belagert; die Studenten ließen durch den Rektor Waffen fordern um die Ordnung aufrecht zu erhalten; es wurde zugesagt; auch ein Preßgesetz wurde versprochen; Metternich ging mit dem Erzherzog Ludwig in ein Nebenzimmer es aufzusetzen. Da ertönte aus der Versammlung der Ruf, stürmischer und immer stürmischer: Abdanken! Abdanken! Selbst der Erzherzog erklärte ihm jetzt, die Sicherheit der Residenz hänge von seinem Rücktritt ab; Graf Breunner übernahm die Bürgschaft, daß in diesem Falle die Ruhe erhalten werde. So blieb dem Kanzler keine Wahl: er habe stets von seinem Standpunkt aus für das Heil der Monarchie gewirkt; glaube man dieses Heil durch ihn gefährdet, so sei es für ihn kein Opfer seinen Posten zu verlassen. Jubelnd stürzten die Volksmänner auf die Straße um dort zu verkünden, daß alles bewilligt sei; die Studenten eilten in die Zeughäuser sich zu bewaffnen; eine allgemeine Beleuchtung gab der Freude der Bürger Ausdruck, der Pöbel unterhielt sich damit die Zollhäuser zu plündern und der Freiheit zu Ehren anzustecken. Am nächsten Tage verkündeten kaiserliche Verordnungen die Entlassung Metternichs, die Aufhebung der Zensur, die Begründung einer Nationalgarde; aber völlig gebrochen war der Widerstand

Metternichs  
Sturz.

der leitenden Kreise auch jetzt noch nicht: kein Liberaler wurde ins Ministerium berufen; den Oberbefehl in Wien erhielt Fürst Windischgrätz, ein strenger Aristokrat, nach dessen Meinung der Mensch erst beim Barone anfang, und die am 15. März erteilte Zusage, eine Reichsversammlung zu berufen um „die Konstitution des Vaterlandes“ zu beraten, versprach nichts anderes als die Vertreter der Provinzialstände zu diesem Zwecke anzuhören. Für die Wiener aber war das eine untrügliche Kennzeichen ihres Sieges die Beseitigung Metternichs. Bis zum Abend des 14. März war der Kanzler noch in der Stadt geblieben; dann flüchtete er nach dem einige Stunden von Wien gelegenen Schlosse Feldsberg, wo ihm Fürst Liechtenstein eine Zuflucht bot. Allein schon am 22. März schien auch dieser Aufenthalt nicht mehr sicher, und nicht ohne mancherlei Beängstigung eilte nun der greise Staatsmann über Olmütz und Prag, Dresden und Hannover nach Holland und von da Ende April nach England. Seine politische Rolle war ausgespielt; wohl blieb er auch fernerhin noch das vielbefragte Orakel der alten Diplomatie, aber wie er selbst kein Verlangen trug wieder thätig in die Weltgeschichte einzugreifen, so dachte man auch in Wien, selbst als die Reaktion ihre Triumphe feierte, nicht daran ihn anders als gelegentlich um Rat zu fragen. Bis in den Herbst 1851 lebte er in London, Brighton, Brüssel und auf seinem Schlosse Johannisberg; dann kehrte er nach Wien zurück und fand bei dem jungen Kaiser eine herzliche und ehrenvolle Aufnahme. Die Schlacht von Magenta war das letzte Ereignis, das er erlebte; wenige Tage darauf, am 11. Juni 1859, starb er sechsundachtzigjährig.

Der siegreiche Ausgang der Wiener Revolution war, insofern er das Metternichsche System gestürzt hatte, von höchster Wichtigkeit für Deutschland, dessen Neugestaltung ohne jenes Ereignis kaum möglich zu sein schien. Aber ungleich wichtiger war die Art, wie in Berlin die neue Zeit sich äußerte. Vielleicht durfte man hoffen, es werde dort auch ohne Volkserhebung sich ein Umschwung vollziehen, der den König befähigte an Deutschlands Spitze zu treten. In der That war der größte Schritt zu diesem Ziele doch 1847 schon freiwillig von ihm gethan. Die Berufung des Vereinigten Landtags hatte Preußen in die Reihe der konstitutionellen Staaten eingeführt und eine Volksvertretung geschaffen, mit deren Hilfe eine Verfassung, wie das Land sie wünschte, auf ordnungsmäßigem Wege ins Leben gerufen werden konnte. Es hing nur von dem Willen des Fürsten ab diesen Weg zu betreten, und konnte man nicht hoffen, daß die ernste Erwägung dessen, was die ersten Monate des Jahres 1848 gebracht, diesen Willenschluß herbeiführen würden? Leider besaß Friedrich Wilhelm IV. nicht die Unbefangenheit um durch rechtzeitige Zugeständnisse unberechtigten Forderungen zuvorzukommen. Die Vorgänge der jüngsten Vergangenheit hatte er mit der leidenschaftlichsten Teilnahme verfolgt, besonders die Ereignisse in der Schweiz. Den Radikalismus, welcher dort zur Herrschaft gelangt war, haßte er aus tiefster Seele; ganz Europa glaubte er gefährdet durch

Preußen.

Der König.

den Sieg einer Sekte, der er vorwarf wissentlich von Gott, vom Christentum, von allem bestehenden Recht abgefallen zu sein; und was schlimmer war, er stellte die deutschen Liberalen, diese Konstitutions- und Majoritätsanbetenden Schöpfer und Intriganten, wie er sie in vertraulichen Briefen nannte, ohne weiteres auf eine Stufe mit den Schweizer Radikalen. Schon Ende 1847 war er fest überzeugt, daß eine allgemeine europäische Verschwörung bestehe, zu deren Genossen er unbesehen auch die „Heppenheimer Demagogen“ rechnete. Somenig es daher in seiner Absicht lag auf dem Wege, den er durch die Berufung des Vereinigten Landtages eingeschlagen, stehen zu bleiben, sowenig konnte er sich entschließen die Kluft zu überbrücken, die seine Absichten von den Wünschen der Tagesmeinung schied. Nur äußerer Zwang konnte ihn bewegen den Boden, welchen er als den historischen zu betrachten liebte, zu verlassen und den Pfad einzuschlagen, auf welchen der Liberalismus ihn zu drängen wünschte. Aber selbst so war eine friedliche Verständigung noch denkbar, wenn er die Ausbildung der Einrichtungen, die er begründet, nur schneller betrieb. Vom 17. Januar bis zum 7. März 1848 tagten in Berlin die Ausschüsse, welche der Vereinigte Landtag am 25. Juni gewählt hatte; ihre Aufgabe bestand in der Begutachtung eines neuen Strafgesetzbuches. Als sie mit dieser Arbeit fertig waren, entließ sie der König mit einem Versprechen, dessen Ausführung noch vier Wochen früher ungetheilten Dank geerntet haben würde: er verhieß, bewogen durch seinen Bruder, den Prinzen von Preußen, dem Vereinigten Landtage die regelmäßige Einberufung, welche dieser als sein Recht beanspruchte. Aber am 7. März genügte dieses Zugeständnis nicht mehr. Schon hatte die französische Umwälzung ihre Wirkungen in Süddeutschland geübt, und Berlin lauschte mit gespanntester Aufmerksamkeit auf jede Kunde eines neuen Sieges, den die Sache der Freiheit in dieser oder jener Hauptstadt des Südens errungen. Zu allem Überschuß trafen noch aus den rheinpreussischen Städten, aus Sachsen und Schlesien Nachrichten von Volksbewegungen ein. Alles beschränkte sich freilich vorerst noch auf Versammlungen und Adressen; aber auch das war ja schon etwas Unerhörtes und erweckte mit der lebhaftesten Teilnahme zugleich das Verlangen der Hauptstädter, nicht hinter der Provinz zurückzubleiben. An Männern, die voll Eifer für die gute Sache, aber auch voll persönlichen Ehrgeizes, dieses Verlangen nährten, fehlte es nicht. Mit etwas Leidenschaft und Beredsamkeit war es leicht, eine begeisterte Zuhörerschaft um sich zu sammeln und durch kräftige Schlagworte sich einen billigen Beifall zu erwerben. In unglaublich kurzer Zeit sah Berlin eine Menschenklasse wie Pilze aus der Erde hervorschießen, die es bis dahin noch nicht gekannt hatte, jugendliche Demagogen ohne Vergangenheit und Zukunft, die durch schönklingende Redensarten eine wohlfeile Berühmtheit und damit eine Belohnung fanden, die umsomehr lockte, je ärmer gerade die Hauptstadt an politischen Namen war, die angestrongter Arbeit und wirklichem Verdienste einen

Die Vereinigten Ausschüsse.

Gärung in Berlin.

volkstümlichen Klang verdankten. In Kaffeehäusern, Lesezimmern und Konditoreien nahm die Sache ihren Anfang; der Glückliche, welcher die neueste Zeitung zuerst eroberte, stieg auf Tisch oder Stuhl und las sie vor; an das Vorlesen knüpften sich ungezwungen erst einzelne Bemerkungen, dann umständlichere Betrachtungen, wohl gar Aufforderungen. Ein Zweiter redete — und unversehens war ein politischer Klub entstanden, der zwar gleich wieder zerrann, aber auch ebenso leicht in der nächsten Stunde sich erneuerte. Nachdem dies Treiben einige Tage gewährt hatte, befriedigte es nicht mehr; man verlangte, den Gesetzen zum Trotz, ordentliche Volksversammlungen, und da der Polizeipräsident von Minutoli Nachgiebigkeit für das beste Mittel hielt um Einfluß auf die Führer zu gewinnen, so konnte wirklich am 7. März bei den Zelten im Tiergarten eine Versammlung veranstaltet werden. Sie nahm den besten Verlauf; eine Adresse an den König wurde beschlossen, welche neben den üblichen Forderungen des Tages auch die schleunige Einberufung des Vereinigten Landtages erbat; ihre Überreichung an den Monarchen verhinderte Minutoli durch eine Besprechung mit den dazu gewählten Abgeordneten; es gelang ihm ohne Mühe sie zu bewegen ihren Auftrag durch Vermittlung der Stadtpost auszurichten. Die „hochverrätherischen Judenjungen“, wie die Bossische Zeitung die neu auftauchenden Größen kurzweg betitelte, waren noch lenksam und unsicher genug. Aber jeder Tag verstärkte ihre Stellung und ihr Selbstbewußtsein. Die verbindliche Haltung des Polizeipräsidenten, ein halbes Zugeständnis des Königs, der am 8. März das Ministerium beauftragte die Einführung der Pressefreiheit am Bunde mit Eifer zu betreiben, vor allem der steigende Besuch und die kühnere Sprache der Volksversammlungen, die nun alltäglich stattfanden, alles das gab den Führern einen Rückhalt und eine Bedeutung, die ihre kühnsten Erwartungen übertraf. Aber je mehr ihr Mut wuchs, desto leichter machten sie sich auch mit dem Gedanken einer wirklichen Umwälzung vertraut; unmerklich, aber unweigerlich wurden sie in Bahnen gedrängt, die wenige Tage zuvor sie noch mit unheimlichem Bangen erfüllt haben würden. Es fehlte nicht an Revolutionsmännern, die auf die Kunde dessen, was in Berlin sich vorbereitete, aus Frankreich, Polen und Süddeutschland herbeieilten und planmäßig auf den Umsturz hinarbeiteten; die Polizei wußte davon, konnte aber die Übelthäter nicht ausspüren, und selbst wenn sie ihrer Personen sich bemächtigt hätte, die Ideen konnte sie nicht verhaften. Der französische Gedanke eines Arbeiterministeriums tauchte auf und fand Beifall. Daß die begüterten und gebildeten Klassen sich scheu zurückhielten, daß die Stadtverordneten es ablehnten eine Adresse der Volksversammlung vom 9. März dem König zu überbringen, daß Offiziere und Hofleute mit Gesindel, Rackern und Lumpenpack um sich warfen und einen kleinen Aufstand, der blutigen Unterdrückung gewiß, mehr herbeiwünschten als fürchteten, erhöhte die Erbitterung. Man gewöhnte sich an die Vorstellung eines blutigen Zusammenstoßes. Als den gefährlichsten Gegner

Volksver-  
sammlungen.

Der Prinz von  
Preußen.

betrachtete man den Prinzen von Preußen. Es war deshalb ein glücklicher Gedanke des Königs diesen dadurch aus Berlin zu entfernen, daß er ihm den Oberbefehl über das Heer zuwies, welches er am Rheine aufstellen wollte. Friedrich Wilhelm glaubte nämlich fest, die französische Republik werde einen Eroberungskrieg gegen Belgien und Deutschland beginnen. Um das zu verhüten bemühte er sich eine feierliche Erklärung der vier Großmächte, daß sie mit vereinten Kräften sich jeder Gebietsverletzung widersetzen würden, zustande zu bringen; allein trotz seines eigenhändigen Briefes an die Königin Victoria wollte das englische Ministerium von einer solchen Verständigung nichts wissen. Umsomehr glaubte er Preußens eigene Macht für alle Fälle bereit halten zu müssen. Sein Bruder sollte sie befehligen. Schon war dieser Entschluß kein Geheimnis mehr und die Abreise des Prinzen vorbereitet, als der König Gegenbefehl erteilte. Die Behörden der Rheinprovinz hatten ihm mit grellen Farben die dortige Unzufriedenheit geschildert und erklärt, die Ankunft des unbeliebten Prinzen werde alles verderben. Aber sein Bleiben in Berlin verdarb noch viel mehr. Denn was konnte diese plötzliche Willensänderung anderes bedeuten, so fragte man sich, als den Entschluß in der Hauptstadt selbst es zum Bruch zu treiben und dem Prinzen hier, am entscheidenden Orte, die Leitung zu übertragen? Wirkungslos blieb es, daß der König gleichzeitig, am 14. März, ein paar entgegenkommende Schritte that, daß er den Vereinigten Landtag auf den 17. April einberief und ankündigte, er habe gemeinsam mit Oesterreich die deutschen Regierungen nach Dresden eingeladen um über die Umgestaltung des deutschen Bundes zu beraten. Weit mehr als darauf achtete man auf die kriegerischen Vorsichtsmaßregeln, die in Berlin getroffen wurden, auf die Reiterschwadronen am Brandenburger Thor, die Truppen im Schloß und im Zeughaus, die Kanonen an verschiedenen Punkten der Stadt, auf die berittenen Gendarmen und Patrouillen, die Offiziere und Ordonnanzen, die geschäftig hin und her eilten. Es mehrten sich die Fälle, in denen Zusammenrottungen durch bewaffnetes Einschreiten auseinander getrieben wurden; auch einzelne Verwundungen und Tötungen kamen seit dem 13. März vor. Noch erhitzter wurde die Stimmung auf beiden Seiten als am 15. März die Nachricht von der Revolution in Wien einlief. Vor dem Schlosse und in dessen Umgebung sammelten sich große Menschenmengen; Kavallerie und Infanterie rückten an und jagten sie auseinander. Auch diesmal ging es noch ohne das ärgste ab; viel war dabei den menschenfreundlichen und schonenden Weisungen zu danken, welche der Kommandant von Berlin, General von Pfuel, erteilte. Am 16. und 17. blieb die Ordnung so ziemlich gewahrt. Der König war selbst von Potsdam nach Berlin gekommen und empfing eine Reihe von Abordnungen aus den Rheinlanden, Preußen und Schlesien, die ihn dringend um die Gewährung der Volkswünsche baten. Der Ernst der Lage blieb ihm nicht verborgen; er sprach sich gütig und verheißungsvoll aus und genehmigte wirklich in

Entgegenkom-  
ment des Königs.Zusammen-  
stöße.

Der 18. März.

der Nacht zum 18. einen Erlaß, welcher den Landtag schon auf den 2. April einberief und zugleich die Umwandlung Deutschlands aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat, die Schaffung eines deutschen Parlamentes und die Einführung konstitutioneller Regierungen in den Einzelstaaten als die Vorschläge bezeichnete, welche der König seinen Bundesgenossen machen werde. Der Eindruck dieses Erlasses war ein vortrefflicher. Bald nachdem er bekannt geworden, mittags gegen 2 Uhr am 18. März, zog das Volk in dichten Scharen vor das Schloß um den König jubelnd zu begrüßen. Dankend nahm dieser die Huldigung vom Balkon entgegen und zog sich dann in das Zimmer zurück. Das Volk aber blieb am Platze, hier und da wurde der Erlaß mit lauter Stimme verlesen, und die Aufforderung nunmehr nach Hause zu gehen, die erst der Minister von Bodenschwingh und dann der Offizier der Schloßwache erließ, fand keine Beachtung. Im Gegenteil, es ward der Ruf laut, das Militär solle sich aus dem Schlosse entfernen. Graf Arnim-Bohnenburg, der frühere Minister, eilte zum König um diesen dafür zu gewinnen. Plötzlich fielen zwei Schüsse; ungehört verhallte die Erklärung, daß die Gewehre zufällig losgegangen seien; in wilder Hast jagte die Menge auseinander, Berrät schreiend und Waffen fordernd. Noch wurde kein Widerstand geleistet, aber jeden Augenblick konnte er sich herausbilden. Ihn im Keime zu unterdrücken brachen die Truppen aus dem Schlosse hervor; eine Gewehrsalve erfolgte, Dragoner sprengten heran und hieben ein, Tote und Verwundete blieben auf dem Platze. Aber schnell wie der Angriff regelte sich der Widerstand. In verschiedenen Straßen wuchsen Barrikaden empor; die Waffenläden wurden geplündert, Steine auf die Dächer geschleppt, die Zwischenwände der Häuser durchbrochen um Verbindungswege im Inneren herzustellen. Studenten und junge Litteraten warfen sich zu Führern auf; Hunderte von Arbeitern, besonders aus der Vorsigschen Maschinenfabrik, erschienen, mit Eisenstangen bewaffnet; ein erbitterter Kampf begann in der Umgebung des Schlosses. Alle Beschwichtigungsmittel scheiterten. Mit gellendem Hohn wurde die weiße Fahne begrüßt, die der König auf der langen Brücke mit der Inschrift: Mißverständnis! aufpflanzen ließ. Andererseits wies der Herrscher, freundlich aber fest, die Abgesandten zurück, die, von dem Bischof Neander und dem Buchhändler Reimer geführt, ihn um Zurückziehung der Truppen baten. An Pfuels Stelle erhielt der General von Prittwitz den Oberbefehl. So brach die Nacht herein, und trotz Ermüdung und Dunkelheit dauerte der Kampf fort. Schrittweise gewannen die Truppen Boden. Um Mitternacht beherrschten sie das ganze Stadtviertel zwischen den Linden und der Leipzigerstraße; ostwärts waren sie bis zum Alexanderplatze vorgedrungen. Trotz der begreiflichen Ermüdung der Soldaten standen die Sachen also sehr günstig, aber die Fortdauer des Kampfes am nächsten Tage war doch nicht ausgeschlossen. Um sie womöglich abzuwenden entschloß sich der König zu einem neuen versöhnlichen Schritt. Ein Aufruf: „An meine Der 19. März.

lieben Berliner“ wurde entworfen und am frühen Morgen verbreitet. In warmen Worten bat der Monarch die Bewohner seiner Hauptstadt sich nicht von einer Rottte fremder Bösewichte verleiten zu lassen; nur gezwungen hätten die Truppen von den Waffen Gebrauch gemacht; sobald die Barrikaden entfernt seien, solle auch das Militär zurückgezogen werden; mit seinen eigenen Bitten verbinde er die der liebevollen, leidend daniederliegenden Königin, der wahrhaft treuen Mutter und Freundin ihres Volkes. Allein für diese Sprache gab es kein Gehör mehr, seit der König mit Kanonenkugeln zu seinen lieben Berlinern geredet hatte. Auch gemäßigte Männer forderten zuerst die Zurückziehung der Truppen; nicht früher werde das Volk die Barrikaden räumen. Neue Abgesandte erschienen am Morgen des 19. im Schlosse, die Bürgermeister Krausnick und Naunyn, der Stadtrat Duncker und andere Männer von unzweifelhafter Ergebenheit. Der König fühlte sich erschüttert; nach einer langen Beratung erteilte er den Befehl die Truppen aus den Straßen auf das Schloß hin zurückzuziehen. Das Ministerium Bodelschwingh wurde entlassen; Graf Arnim-Bohnenburg, Alfred von Auerswald, Graf Schwerin bildeten ein neues Kabinett; die Bewaffnung der Bürger wurde zugestanden. Sobald diese Nachrichten bekannt wurden, entstand ein allgemeiner Jubel; ein übermütiges Siegesgefühl bemächtigte sich der Barrikadenkämpfer; daß die Truppen nicht nach dem Schlosse zu, sondern durch eine Mißdeutung des königlichen Befehles aus der Stadt hinaus sich zurückzogen, erhöhte die Zuversicht und das Behagen der Sicherheit. Die Massen wälzten sich zum Schloß, die Leichen der Erschlagenen mit sich führend. Ungestüm erscholl das Verlangen, daß der König sich zeige; zögernd erschien er am Arm der halbohnmächtigen Gemahlin und gezwungen durch den donnernden Ruf der Menge entblößte er sein Haupt die Opfer des Kampfes zu grüßen. Da begann eine Stimme den Choral: Jesus meine Zuversicht, das Volk fiel ein, und als das Lied geendet, zogen sich die Massen mit ihren Märtyrern zurück und das Königspaar begab sich wieder in den Palast. Der Rest des Tages verlief in leidlicher Ordnung; Handlungen der Rache kamen nur vereinzelt vor; der bestgehaßte Mann, des Königs Bruder Wilhelm, der Kartätschenprinz, wie das Volk ihn als den wahrscheinlichen Urheber des Eingreifens der Truppen nannte, hatte auf Befehl des Königs Berlin verlassen und sich über Hamburg nach London begeben; an seinem Palaste prangte in riesigen Kreidebuchstaben die Inschrift: Nationaleigentum. Abends strahlte die Stadt im Glanze einer allgemeinen Beleuchtung. Der nächste Tag brachte die ersten Maßregeln des neuen Ministeriums: der König erteilte volle Begnadigung; im Triumphe wurden besonders die befreiten Polen, unter ihnen Mieroslawski, durch die Straßen geführt. Alle Wachtposten in der Stadt und im Schlosse wurden von der Bürgerwehr, die sich unter Minutolis Befehl gestellt, und von den Studentencorps bezogen. Noch tauchten von Zeit zu Zeit ängstliche Gerüchte auf: der König sollte auf Flucht sinnen, der Prinz von Preußen mit rus-

Ministerium  
Arnim.

Die Leichen im  
Schloßhof.

Die Begna-  
digung.

sich  
ver  
Ma  
Na  
des  
sche  
nell  
Kön  
der  
sch  
rotz  
Vol  
spr  
als  
ich  
daß  
war  
den  
gan  
fahr  
trau  
Die  
Min  
und  
gew  
dem  
Haß  
183  
Sch  
zwei  
wäh  
dem  
dem  
war  
den  
  
lutie  
Die  
Berl  
Woe  
im  
alle  
voll  
Nor  
184

fischen Truppen heranziehen. Um das wankende Vertrauen zu befestigen veranlaßten seine Ratgeber den König zu einer neuen Kundgebung. Am Morgen des 21. März erschien eine Ansprache der Minister an „die deutsche Nation“. Zur Rettung Deutschlands habe sich der König an die Spitze des Gesamt Vaterlandes gestellt; mit den alten ehrwürdigen Farben deutscher Nation geschmückt werde er sich dem Volke zeigen, als konstitutioneller Fürst, als Führer des gesamten deutschen Volkes, als der neue König der wiedergeborenen deutschen Nation. Und wirklich durchritt der Monarch, umgeben von Prinzen, Ministern und Generalen, mit schwarzrotgoldnem Bande geschmückt, unter Vorauftragung des schwarzrotgoldenen Banners, um Mittag die Straßen der Hauptstadt. Wo sich Volksmassen oder Körperschaften ihm entgegenstellten, hielt er an und sprach zu ihnen in gewichtigen schwungvollen Worten. Die Begrüßung als Kaiser von Deutschland lehnte er ab: Ich will mir nichts anmaßen, ich will keine Krone; ich habe nur gethan was schon oft geschehen ist, daß mächtige Fürsten und Herzoge, wenn die Ordnung niedergetreten war, sich an die Spitze des Volkes stellten. Was er so hier und da den einzelnen gesagt, verkündete er abends durch eine Ansprache dem ganzen Volke: Ich übernehme heute die Leitung für die Stunde der Gefahr; mein Volk wird mich nicht verlassen und Deutschland mit Vertrauen sich mir anschließen; Preußen geht fortan in Deutschland auf. Die Berliner wurden durch diese Vorgänge lebhaft gepackt; was die Minister erstrebten ward wirklich erreicht; die Stimmung beruhigte sich und das Verhältnis der Massen zu ihrem Könige gewann wieder eine gewisse Innigkeit; auch das Volk erteilte Verzeihung. Am nächsten Tage, dem 22. März, sollte mit den Leichen der Gefallenen aller Groll und Haß in die Gruft gesenkt werden. In feierlichem Zuge wurden die 183 Särge von der Neuen Kirche auf dem Gendarmenmarke am Schlosse vorbei in den Friedrichshain getragen; entblößten Hauptes zwischen gesenkten Trauerfahnen ließ der König sie an sich vorüberziehen, während die Glocken von allen Thürmen der Stadt erklangen und auf dem Opernplatze der Domchor ein ergreifendes Trauerlied sang. Über dem Grabe sprach der Bischof Neander den Segen. Der wilde Sturm war vorübergebraust, und körperliche wie geistige Ermattung begünstigte den weihewollen Akt, der soviel Irrungen und Leidenschaft in die Tiefe senkte.

Der Ritt durch  
Berlin.Das Leichen-  
begräbniß.Schleswig-  
Holstein.

Gegenüber den Ereignissen in der Hauptstadt konnten die revolutionären Zuckungen in den Provinzen keine Bedeutung beanspruchen. Die übrigen deutschen Staaten hatten ihre März-Revolutionen vor Berlin gehabt, und so war überall in Deutschland binnen wenigen Wochen eine neue Ordnung der Dinge angebrochen: es galt jetzt sie im einzelnen auszubauen und das schützende Dach zu errichten, welches alle deutschen Stämme schirmen sollte. Nur ein Gau des Vaterlandes vollzog seine Erhebung erst nach der preußischen Hauptstadt, die deutsche Nordmark Schleswig-Holstein. Der Tod Christians VIII. am 20. Januar 1848 und die neue Verfassung, welche sein Sohn Friedrich VII. am

28. verkündete, hatten die Bevölkerung zwar längst in lebhafter Erregung versetzt; aber erst um die Mitte des März nahm diese, ermutigt durch die Vorgänge im übrigen Deutschland, festere Formen an. Eine Altonaer Adresse vom 15. März forderte die Aufnahme Schleswigs in den Bund, die Gewährung einer schleswigholsteinischen Verfassung und ein deutsches Parlament. Schnell verbreitete sich dieses Programm durch das Land. In freier Zusammenkunft zu Rendsburg beschloßen am 18. März etwa 70 von den 82 Ständemitgliedern der beiden Herzogtümer unter Wilhelm Beselers Vorsitz dem König durch eine Deputation dasselbe Verlangen vorzutragen. Mit dem Dampfboot, das am 23. in Kiel eintraf, erwartete man die erste Nachricht von dem Erfolg dieses Schrittes. Statt dessen kam die Kunde von einem Ministerwechsel in Kopenhagen. Auch das dänische Volk war in die revolutionäre Strömung hineingerissen und ganz naturgemäß richtete sich auch bei ihm alle Leidenschaft auf die Erreichung der nationalen Wünsche, die den deutschen geradezu entgegenstanden. Die eiderdänische Partei war ans Ruder gekommen, Orla Lehmann, Bischof Monrad, Tscherning nahmen die Ministerstühle ein und die Herzogtümer hatten sich auf das äußerste vorzubereiten. Da faßten die Führer der deutschen Partei einen kühnen Entschluß. Unter dem Vorgeben, daß der König infolge der Kopenhagener Unruhen seiner Freiheit beraubt sei, bildeten sie in der Nacht zum 24. März unter Beselers Vorsitz eine vorläufige Regierung, welcher Prinz Friedrich von Augustenburg = Noer, Graf Reventlow = Breeß, Bankier Schmidt, später auch Th. Olshausen und Bremer angehörten. Die Stadt Kiel und die Truppen in derselben erklärten sich für sie; an der Spitze eines Jägerbataillons eilte der Prinz von Noer nach Rendsburg und bemächtigte sich ohne Kampf der Citadelle; in 24 Stunden war ganz Holstein für die neue Regierung eingetreten. Der nächste Tag brachte zwei wichtige Briefe, beide vom 24. datiert. In dem einen erklärte der König von Dänemark, daß er weder das Recht, noch die Macht, noch den Willen habe Schleswigs Eintritt in den deutschen Bund zu gestatten, sondern entschlossen sei dessen „Unabhängigkeit“ mit den Waffen zu verteidigen; in dem anderen erkannte Friedrich Wilhelm IV. die drei Grundsätze des schleswigholsteinischen Staatsrechtes — Selbständigkeit gegenüber Dänemark, Untrennbarkeit und männliche Erbfolge — unumwunden an und versprach dem nächstberechtigten Erben, Herzog Christian von Augustenburg, seinen und des Bundes Schutz. Auch machte er dies Versprechen sogleich wahr, indem er die Truppen, die aus Berlin hatten abziehen müssen, nach Holstein schickte und den Bund sowie die Regierungen des zehnten Bundeskorps (Hannover, Mecklenburg, Oldenburg, die Hansestädte) zu unverweilter Hilfeleistung antrieb. Auch die vorläufige Regierung hatte sich inzwischen nach Frankfurt gewandt, die Aufnahme Schleswigs in den Bund verlangt und schleunigen Beistand erbeten. Der Bundestag war durchaus nicht in der Lage diese Forderungen abzuschlagen; für die Einmütigkeit,

Vorläufige  
Regierung.

Preussische  
Hilfe.

Der Bundes-  
tag.

mit welcher ganz Deutschland die Sache der Herzogtümer zu der seinen machte, legte gerade in diesen Tagen auch das Vorparlament Zeugnis ab, indem es die unverzügliche Aufnahme Schlesiens forderte. Am 4. April hatte sich die Bundesversammlung noch damit begnügt Preußen und die Staaten des 10. Armeekorps zum Schutze der Rechte Holsteins in seinen Beziehungen zu Schleswig aufzufordern; schon am 12. April verlangte sie den Eintritt Schlesiens in den Bund, unbeschadet übrigens der Rechte Friedrichs VII. Der dänische Gesandte verließ darauf die Sitzung, und der Krieg, der zwischen den Dänen und der vorläufigen Regierung schon seit ein paar Tagen entbrannt war, wurde nun von Preußen im Namen des Bundes aufgenommen.

Diese Handlungsweise Friedrich Wilhelms IV. trug unzweifelhaft dazu bei ihm die Gemüther der gemäßigten Parteien auch außerhalb Preußens wieder geneigter zu machen; aber von wirklich befestigtem Vertrauen zu ihm konnte man doch nirgends reden. Der König hatte die lebhafteste Zuneigung, die ihm bei seinem Regierungsantritt entgegenkam, zu wenig gerechtfertigt, als daß man jetzt seinen Worten leicht Glauben geschenkt hätte; er war von den Stürmen der Märztage wie ein schwaches Rohr hin und her gebeugt worden und bot keine Gewähr, daß er bei seiner jetzigen Rolle verharren werde. Der theatralische Ritt durch die Straßen Berlins, die Übernahme der Führerschaft für die Stunde der Gefahr, die Demütigung der fürstlichen Majestät vor dem Pöbel der Hauptstadt, alles das erweckte in Süddeutschland mehr Abneigung und Spott, als man in Preußen ahnte. Den neuen Ratgebern des Königs fehlte es freilich auch im übrigen Deutschland nicht an Freunden; befanden sich unter ihnen doch die gefeiertesten Namen des Vereinigten Landtags. Graf Arnim-Bohnenburg, der am 19. März an die Spitze der Regierung gerufen war, räumte diesen Platz nämlich schon am 29. dem Präsidenten der Handelskammer zu Köln, Camphausen, ein; neben diesem standen Hansmann, Alfred von Auerswald, Schwerin, Heinrich von Arnim, Bornemann und der General von Reyher, der als interimistischer Kriegsminister schon am 1. April einzelne Truppenteile nach Berlin zurückkommen ließ. Als verantwortliches Ministerium traten sie dem Vereinigten Landtag gegenüber, der am 2. April noch einmal sich versammelte um ein Wahlgesetz zu genehmigen, welches allen unbescholtenen Preußen, die das 24ste Lebensjahr vollendet hatten, das Recht der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung verlieh. In einer Adresse ward dem König die Freude und der Dank für seine Zugeständnisse ausgesprochen; nur zwei Männer weigerten sich dieser Erklärung beizutreten, der eine von ihnen Otto von Bismarck, der nicht mit einer Lüge aus dem Vereinigten Landtag scheiden wollte, und wenn er auch die Vergangenheit als begraben anerkannte und zugab, daß keine menschliche Macht sie wieder erwecken könne, nachdem die Krone selbst die Erde auf den Sarg geworfen, doch keine Freude und keinen Dank heucheln wollte für das, was ihm mindestens als ein unglück-

Friedrich  
Wilhelm IV.Ministerium  
Camphausen.Der Vereinigte  
Landtag.

licher Weg erscheine. Wohl gab es in dem Vereinigten Landtag Männer genug, die gerade so wie Bismarck dachten, und ebendeshalb entbehrte diese Versammlung jetzt alles moralischen Gewichtes; aber durch feig-herziges Schweigen wurde dieser Übelstand nicht gehoben, sondern nur verschlimmert. Auch ein Fehlgriff der Regierung trug noch dazu bei die letzten Stunden des ersten preussischen Parlamentes herabzuwürdigen. Ein Beschluß des Bundestages hatte es am 30. März den Einzelstaaten freigestellt, in welcher Weise sie die Wahlen zum Parlamente anordnen wollten, und nur das eine bestimmt, daß auf je 70 000 Einwohner ein Vertreter kommen solle. Infolgedessen veranlaßte der König das Ministerium den Vereinigten Landtag zur Vornahme dieser Wahlen aufzufordern. Allein kaum waren sie vollzogen, so änderte der Bundestag am 7. April seinen Beschluß und ordnete die Wahl je eines Abgeordneten auf 50 000 Einwohner und zwar durch unmittelbare Volkswahl an, wie das Vorparlament es gefordert hatte. Dem preussischen Ministerium blieb unter solchen Umständen nichts übrig als die vollzogenen Wahlen für ungültig zu erklären und dies dem Vereinigten Landtage anzuzeigen. Es geschah in der letzten Sitzung desselben, am 10. April. Mit einem Vertrauensvotum für das Ministerium, dem unter Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung der künftigen Nationalversammlung ein Kredit bis zu 20 Millionen Thaler eröffnet wurde, ging der Landtag auseinander.

Das Vorparlament.

Weit mehr als seinen Beratungen hatte sich die Teilnahme des deutschen Volkes dem Vorparlamente zugewandt, das vom 31. März bis zum 4. April 1848 unter dem Vorsitz des Heidelberger Juristen Rittermaier in Frankfurt tagte. Willkürlich zusammengesetzt aus denjenigen Mitgliedern deutscher Ständeversammlungen, welche der Einladung des Siebener-Ausschusses gefolgt waren, verstärkt durch besonders Geladene, die sich vorzugsweise des öffentlichen Vertrauens erfreuten, besaßen diese 5—600 Männer ebenso großes moralisches Ansehen wie geringe juristische Berechtigung. Selbst die ungleiche Beteiligung der verschiedenen Stämme, das starke Übergewicht der benachbarten Darmstädter und Badener, das gänzliche Fehlen der Österreicher, als deren Vertreter sich nur ein Litterat und ein württembergischer, auch in dem Kaiserstaate begüterter Standesherr auffinden ließen, schadete der Versammlung nichts. Die wichtigsten Beschlüsse, welche sie faßte, wurden vom Bundestage sofort anerkannt: Schleswig, Ost- und Westpreußen, die deutschen Teile des Großherzogtums Posen wurden in den Bund aufgenommen, die Zahl der Abgeordneten zum Parlamente von etwa 440 auf 605 erhöht, das allgemeine Stimmrecht zugestanden; die Bundesgesandten, welche bei den Ausnahmegeetzen mitgewirkt hatten, forderten ihre Entlassung, diese Gesetze selbst wurden am 2. April aufgehoben und ein Ausschuß von 50 Mitgliedern, welchen das Vorparlament schließlich wählte, vom Bundestag und den Regierungen anerkannt. An der Spitze dieses Ausschusses stand Soiron aus Mannheim, auf dessen Antrag das Vorparlament

jede Beschlußnahme über die künftige Verfassung Deutschlands abgelehnt und „einzig und allein“, also mit Ausschluß der Regierungen, der Nationalversammlung überwiesen hatte; Heckscher, Duckwitz, Mathy, Jacoby, Simon, Blum, Benedey gehörten zu seinen Mitgliedern; die radikalen Republikaner wie Hecker und Struve hatten keinen Sitz darin gefunden. Bei den Verhandlungen des Vorparlamentes aber waren sie kühn genug hervorgetreten und hatten stürmische Szenen veranlaßt. Ihr Verlangen, daß die Versammlung sich für permanent erklären solle, ward mit 368 gegen 143 Stimmen abgelehnt. Dadurch gereizt und bei allen folgenden Abstimmungen geschlagen, verließen sie 40 Mann stark, von Hecker und Struve geführt, das Vorparlament, entschlossen jetzt mit anderen Waffen für ihre Sache zu kämpfen. So gewiß fühlten sie sich, wenigstens in Baden, der Zustimmung der Bevölkerung, daß sie am 5. April bei dem badischen Bundesgesandten Welcker den Antrag stellten die Gemeinden des Landes zu befragen, ob sie die konstitutionelle Monarchie oder die Republik haben wollten. Die großherzogliche Regierung bedurfte dieser deutlichen Sprache nicht mehr um die Unvermeidlichkeit des Kampfes zu erkennen. Den ganzen Monat März hindurch war das Land, besonders der Seekreis, in fieberhafter Aufregung erhalten; im Elsaß und an der Schweizer Grenze standen Tausende von deutschen Arbeitern bereit um unter Herweghs und anderer Flüchtlinge Führung einzurücken; den Behörden wurde der Gehorsam verweigert und unter den Truppen begannen Meutereien. Schon Ende März hatte die Regierung deshalb um Bundeshilfe er sucht; diese war zugesagt worden und am 6. April sollten bayerische und württembergische Truppen in den Seekreis einrücken. Im letzten Augenblicke ließen sich aber die befehligenen Generale bewegen den Einmarsch zu verschieben, weil sie nicht stark genug zu sein glaubten um der Bevölkerung, die sich bewaffnet zu erheben drohte, zu widerstehen. Dieses Schwanken ermutigte die Republikaner den Augenblick zu nützen. Während in Donaueschingen 6000 bewaffnete Bürger ihren Widerstand gegen den Einmarsch der „fremden“ Truppen ankündigten, eilten die Führer der Bewegung auf den Kampfplatz. Der am meisten gefürchtete Fickler wurde freilich durch Mathy auf dem Bahnhof in Karlsruhe verhaftet, als er eben abreisen wollte; auch mißlang es den anderen, wie Struve und Hecker, sich Donaueschingens zu bemächtigen, da ihnen der württembergische General von Miller am 15. April zuvorkam. Gleichzeitig rückten Bayern unter Baligand gegen Konstanz, Badener und Hessen unter Friedrich von Gagern über Freiburg vor. In Konstanz kam es am 17. April zur Bildung einer republikanischen Statthalterschaft, an deren Spitze der bisherige Regierungsdirektor Peter trat; aber schon am nächsten Tage flüchtete er beim Anmarsch der Bayern in die Schweiz. Hecker selbst hatte sich in den Oberrheintreis gezogen und stieß hier bei Kandern am Gründonnerstage, dem 20. April, auf Gagerns Truppen. Ehe es zum Kampfe kam, suchte Gagern die Aufständischen persönlich zur Unterwerfung zu bereden; aber der vergebliche

Republikani-  
scher Aufstand  
in Baden.

Versuch kostete ihm das Leben: kaum zu den Seinigen zurückgekehrt, ward er von mehreren Kugeln getroffen. Hitzig griffen nun die Truppen an und warfen die Auführer nach kurzem Kampfe in schmäbliche Flucht; Hecker selbst rettete sich nach Basel, auch Struve entging der Verhaftung durch die Mutlosigkeit der Behörden. Was von den Freischaren nicht auseinanderlief, wandte sich, von Siegel geführt, nach Freiburg, wo zahlreiche Bewaffnete zusammenströmten. Aber auch dieser Anlauf scheiterte; General Hoffmann, Bagerns Nachfolger, zerstreute die Angreifenden und zog am Ostermontag in die verbarrikadierte Stadt ein. Die Nachricht davon bewog auch den Dichter Herwegh, der mit 800 Mann, darunter Franzosen, Italienern, Polen, Schweizern, Ungarn, den Rhein überschritten hatte, zum Rückzug; unvermutet stieß er jedoch bei Dossenbach am 26. auf die Württemberger und verlor fast die Hälfte seiner Schar an Gefangenen, während er selbst mit Hilfe seiner Frau entkam. Auch im Norden des Landes, im Odenwalde, in Pforzheim, Offenburg, Mannheim war es zu Unruhen gekommen, die aber schnell unterdrückt wurden. Zehn Tage nach dem Beginn der Erhebung konnte sie für erstickt gelten. Allerdings hielten sich die Häupter derselben auf Schweizer Gebiet in nächster Nähe der Grenze auf und standen in täglichem Verkehr mit der badischen Bevölkerung; von einer Beruhigung der öffentlichen Meinung konnte kaum die Rede sein; im Gegenteil, die republikanische Gesinnung griff auch unter den bayerischen und württembergischen Besatzungstruppen um sich; täglich liefen einzelne Soldaten mit Sack und Pack über die Grenze ins Hecker'sche Lager, so daß der Bundestag Anfang Juli auf Verlangen Bayerns und Württembergs die Zurückziehung dieser Truppen gestattete. Und da bald darauf auch die badische Regierung aus Ersparnisgründen die Besetzung der unruhigen Bezirke aufhob, so konnte die Wühlerei der Republikaner ihr Wesen nach kurzer Frist wieder beginnen.

Im übrigen Deutschland fanden diese frevelhaften Bestrebungen geringen Anklang. Selbst ein Benedey, der in der Flüchtlingspolitik herangewachsen war, brandmarkte den Hecker'schen Aufstand als einen Frevel am ganzen deutschen Volke und wandte als Abgesandter des Fünfsziger-Ausschusses alles an um die Führer zur Umkehr zu bewegen. Wenn gleichzeitig wie im badischen Oberlande auch in den entgegengesetzten Grenzlanden, in Schlesien und Posen, gewaltthätige Erhebungen stattfanden, so waren die schlesischen rein sozialer Natur und wurden meist durch das Versprechen der Edelherrn die Reste der Hörigkeit von ihren Bauern zu nehmen beschwichtigt; in Posen stand Volk gegen Volk, Deutsche gegen Polen. Nichts lag in jenen Tagen der Begeisterung den Deutschen ferner als eine Gewaltherrschaft über die Polen zu üben und deren Nationalität zu unterdrücken. Die Berliner hatten Mieroslawski und seine Genossen vom 46er Aufstande fast wie Helden eigenen Stammes begrüßt, als sie am 20. März befreit das Gefängnis verließen. Unter den Beschlüssen des Vorparlamentes prangten die Sätze, daß die

Aufstand in  
Posen.

Teilung Polens ein schmachvolles Unrecht und seine Wiederherstellung eine heilige Pflicht auch des deutschen Volkes sei. Die polnischen Flüchtlinge, die aus Frankreich und der Schweiz in die Heimat zurückzogen, empfingen überall von Bürgern und Behörden Zeichen der Teilnahme und Förderung. Aber bald kühlte sich die Schwärmerei doch ab; auch die eifrigsten fanden, daß die Polen es gar zu arg machten, wenn sie sich nicht damit begnügten ihr eigenes Volkstum zu sichern, sondern alsbald auch die Herrschaft über die Deutschen beanspruchten. Nicht einmal die nächsten Schritte der Regierung, welche schon am 24. März sich äußerst bereitwillig erklärt hatte, wartete Mieroslawski ab, sondern begann sofort den Aufstand, der von den Sensenmännern mit blutiger Grausamkeit geführt, von den Deutschen mit nicht minderer Leidenschaft bekämpft wurde. Eine gewisse Beschwichtigung, die General Willisen am 11. April durch die Aussonderung des rein polnischen Theiles der Provinz erzielte, hielt nicht lange vor, weil die Regierung den Einschluß der Festung Posen in den deutschen Teil anordnete. Willisen aber mußte sich von den Konservativen, als deren Wortführer Bismarck in der Presse auftrat, den Vorwurf nicht bloß der Schwäche sondern auch einer mehr polnischen als deutschen Gesinnung gefallen lassen. Als der Aufruhr darauf mit erneuter Kraft begann, entschloß man sich in Berlin Ernst zu zeigen. General Pfuell griff die Aufständischen kräftig an; am 29. und 30. April kam es bei Kions und Mieloslaw zu heftigen Kämpfen; das Kriegsgesetz wurde verkündet; am 9. Mai mußte der größte Teil der Polen bei Barde sich ergeben und Mieroslawski den Oberbefehl niederlegen; am 13. Mai wurden die letzten Scharen bei Erin geschlagen. Ein sehr weitgehendes Gefühl des Mitleids und der Gerechtigkeitsliebe blieb auch jetzt noch dem deutschen Liberalismus den Polen gegenüber eigen, und die Überzeugung, daß eine Wiederherstellung des Königreiches die beste Schutzmauer gegen Rußland schaffen werde, wurzelte tief; aber vor den äußersten Anwandlungen schwächlicher Gutmütigkeit war man doch durch die Erlebnisse der letzten Wochen gefeit, und mehr als sie ahnen mochten, hatten die Polen ihrer Sache durch die eigene Unbändigkeit geschadet.

Mittlerweile war das deutsche Volk überall zu den Wahlurnen geschritten um Vertreter für sein Parlament zu wählen, und Berufene wie Unberufene hatten ihren Scharfsinn erschöpft um Vorschläge für die Grundlagen der künftigen Reichsverfassung auszufinnen. Unmittelbar betraut mit dieser Aufgabe waren jene 17 Vertrauensmänner, welche dem Bundestag auf seinen Wunsch beigegeben waren und am 30. März ihre Thätigkeit begonnen hatten. Als Leitfaden mußten sie die Beschlüsse des Vorparlaments betrachten, das bestimmte Grundrechte als geringstes Maß deutscher Volksfreiheit bezeichnet hatte. Allein über die schwierigste Frage, über die Gestaltung der deutschen Centralgewalt, war von jenem keine Meinung geäußert. Den Siebzehnern schien es wünschenswert sofort eine vorläufige Behörde zu schaffen, die statt des

Verfassungs-  
entwürfe.

ungelenken Bundestages mit dem Parlamente verhandeln könne und zu der je ein Bevollmächtigter von Österreich, von Preußen und — auf Bayerns Vorschlag — von den übrigen Staaten zu ernennen sei. Gegen diesen Gedanken erhoben aber die Fünziger so lebhaften Einspruch, daß er trotz der Zustimmung des Bundestages unausgeführt blieb. Die Vorlage, welche dem Parlamente gemacht werden sollte, auszuarbeiten übertrugen die Siebzehner Dahlmann. Tief durchdrungen von der Notwendigkeit dem neuen Reiche ein erbliches Oberhaupt zu geben, schlug dieser die Erneuerung des Kaisertums vor, als dessen Träger er sich nur den preussischen König denken konnte. Aber nicht einmal alle seine Kollegen, die für den Entwurf stimmten — und es waren nur 8, während 4 sich des Stimmens enthielten — teilten diese Neigung für Preußen; manche waren unentschieden, manche unbedingt für Österreich. Gegen die Erblichkeit erklärte sich besonders Uhland, der alle fünf Jahre eine neue Kaiserwahl forderte. Am 26. April überreichten die Siebzehner den Entwurf dem Bundestage, der ihn veröffentlichte und damit eine allseitige Kritik herausforderte. Die gewichtigsten Urteile freilich wurden nur in vertraulichen Briefen an Dahlmann gefällt. Da sprach es Friedrich Wilhelm IV. unverhohlen aus, daß er die Kaiserkrone nicht wolle, solange Österreich nicht unwiderruflich zurückgetreten sei; gern würde er unter dem römisch=teutschen Kaiser aus dem Hause Habsburg die Würde eines Königs der Deutschen annehmen, wenn die Wahl der Fürsten auf ihn falle; im Dom von Köln gekrönt, vom Kaiser bestätigt, von dem Primas Germaniae, dem (protestantischen) Erzbischof von Magdeburg, gesalbt, so wolle er gern als von Gott geordnete Obrigkeit das Schwert des Reiches führen. Auch mit dem Titel eines Reichs=Erzfeldherrn war er zufrieden; er dachte sich das Reich in militärische Herzogtümer geteilt, Bayern und Franken, Schwaben und Rhein (Hessen), Ober= und Niedersachsen, dazu vier preussische und vier österreichische, die zehn ersten unter seinem Befehl. Der Fürstenrat, den er sich zur Seite sehen wollte, sollte nach Regensburger Art in Bänke geteilt sein, und das Ganze war wenig mehr als eine poetisch=phantastische Wiederbelebung mittelalterlicher Einrichtungen, in denen mühsam für Preußen ein leidlich ehrenvoller Platz geschaffen war. Ganz anders faßte der verrufene Reaktionär, der Prinz von Preußen, Dahlmanns Entwurf. Er begrüßte ihn aus seiner Verbannung in London ob seiner Klarheit, Gediegenheit und Kürze als eine großartige Erscheinung, bekannte sich unumwunden zur Erblichkeit der Kaiserwürde und zeigte auch in den Ausstellungen, die er machte, ebenso viel nüchtern politische Klugheit, wie sein Bruder verworren romantische Schwärmerei. Mit vollem Rechte — und Dahlmann erkannte das selbst bereitwillig an — verlangte er z. B., daß die Fürsten, welche nach dem Entwurf mit etwa 160 teils gewählten, teils ernannten Reichsräten zusammen ein Oberhaus bilden sollten, aus diesem ausgeschlossen werden und zu einem Fürstenkollegium (oder Bundesrat) zusammentreten müßten. In diesem

Dahlmann.

Friedrich  
Wilhelm.Der Prinz von  
Preußen.

Prinz Albert.

Punkte traf seine Ansicht mit der des Prinzen Albert, Gemahls der Königin Victoria, zusammen, der selbständig einen Verfassungsentwurf ausarbeitete und einflußreichen Männern zuschickte; aber daß er, darin Ahland nahestehend, den Kaiser nur auf zehn Jahre wählen lassen wollte, daß er das Parlament durch Wahlen der Einzellandtage zu bilden empfahl, diese und ähnliche Ideen machten seinen Vorschlag von vornherein aussichtslos. Nicht besser stand es mit einem Entwurfe der bayerischen Regierung, der als Centralbehörde ein Direktorium schuf, in dessen Vorsitz von sechs zu sechs Jahren Österreich, eine norddeutsche und eine süddeutsche Regierung wechseln sollten. Bei dieser Fülle der verschiedenartigsten Gesichtspunkte war eine Verständigung auf gütlichem Wege überhaupt nicht, am wenigsten aber bis zu dem nahe bevorstehenden Zusammentritt des Parlaments möglich, und als der 18. Mai, der Tag der Eröffnung, herankam, war von einem Programm, über das sich die Regierungen oder die öffentliche Meinung geeinigt, entfernt nicht die Rede. Infolgedessen stand das Parlament um so unabhängiger, aber auch um so verantwortungsvoller da; ihm lag es jetzt ob das entscheidende Wort zu sprechen, und so schnell zu sprechen, daß weder der Partikularismus in den Einzelstaaten sich vorher aufraffen, noch eine freiheitsfeindliche Reaktion ihr Haupt erheben konnte. Beide Gefahren waren eng miteinander verbunden und jede schon für sich nicht gering zu schätzen. Der erste Sturmhauf der Revolution war Mitte Mai in ganz Deutschland vorüber, die Gegenwirkungen begannen merkbarer zu werden; mit dem Erstarken der Regierungen wuchs der Widerstand, den sie der Unterordnung unter die künftige Reichsgewalt und den Beschlüssen des Parlamentes zu leisten wünschten; und gerade in dem Staate, auf welchen am meisten ankam, in Preußen, trat fast gleichzeitig mit dem deutschen Reichstag die neugeschaffene Landesvertretung zusammen, die zu groß und einflußreich war um sich der Frankfurter Versammlung gegenüber untergeordnet zu fühlen und die deshalb das preußische Sonderbewußtsein und damit die Schwierigkeiten der deutschen Verfassungsfrage wesentlich vermehrte. Nur wenn die preußische Führung der leitende Gedanke des Frankfurter Parlamentes wurde, durfte dieses hoffen mit dem Berliner in gutem Einvernehmen zu bleiben; dahin drängte also unbedingt die politische Klugheit. Es riet dazu überdies auch die Lage Österreichs, das zu einer hindernden Einmischung augenblicklich ganz unfähig war. Das Frankfurter Parlament aber verpaßte den günstigen Moment und gefährdete so von Anfang an das Gelingen der Aufgabe, die ihm gestellt war.

Der bayerische Entwurf.

### Die Revolution in Österreich und Italien.

Die Zustände in Österreich hatten sich seit der März-Revolution so zerfahren gestaltet, daß der ganze Staat aus den Fugen geraten war. Italiener, Ungarn, Böhmen gingen ihre eigenen Wege, und nicht

Ministerium  
Billsdorf.

einmal in den deutschen Provinzen, nicht einmal in der Hauptstadt selbst wußte das neue Ministerium die Zügel anzuziehen. Die leitende Persönlichkeit in demselben wurde bald der Freiherr von Billersdorf, nicht etwa, weil er den schwierigen Verhältnissen gewachsen war, sondern nur infolge des liberalen Rufes, den er sich früher erworben hatte. Kolowrat, der anfangs noch den Vorsitz führte, mußte sich schon am 3. April 1848 zurückziehen; Ficquelmont, der ihn ablöste, und mehrere seiner Kollegen folgten binnen vier Wochen diesem Beispiel, zum Teil durch Raunen und pöbelhafte Kundgebungen gezwungen. Die politische Presse, die vor dem März in der Hauptstadt nur durch ein amtliches und ein halbamtliches Blatt vertreten war, seitdem sich aber durch eine große Zahl unbedeutender Blättchen schnell vervielfältigt hatte, stachelte durch ihre rohe, aufreizende Sprache die Bevölkerung stets zu neuen Ausschreitungen und Frechheiten an; Nationalgarde und Studenten führten das große Wort, und die Versammlungen in der Aula, die Bürgerkomitès und der Studentenausschuß schrieben den Ministern Gesetze vor. Vollends als zu Anfang Mai die verschiedenen Ausschüsse sich zu einem politischen Centralkomité vereinigten, traten vor dessen Einfluß und Ansehen die kaiserlichen Behörden in tiefen Schatten zurück. Es überraschte kaum noch, wenn die amtliche Zeitung getreulich ein Manifest des Centralkomitès veröffentlichte, welches dem Ministerium das „volle und wohlverdiente Mißtrauen des Volkes“ aussprach. Gegen Ende April hatte Billersdorf einen kühnen Anlauf genommen und am 25. einen Verfassungsentwurf veröffentlicht, der für die weitere Entwicklung die Grundlage bilden sollte; aber trotz des vielgelobten Vorbildes, das er sich genommen, der belgischen Verfassung nämlich, erntete er nichts als Tadel und Spott; man war unzufrieden mit der Bildung einer ersten Kammer, unzufrieden mit dem Wahlgesetz, unzufrieden vor allem damit, daß die Verfassung vom Kaiser erlassen und nicht von einer konstituierenden Versammlung beschlossen werden sollte. Einen Augenblick glaubte das Ministerium sich stark genug die Zügel straff anzuziehen zu können; es versuchte durch einen Tagesbefehl des Grafen Hoyos, des Befehlshabers der Nationalgarde, das Centralkomité aufzulösen. Aber das verschlimmerte die Lage nur. Während die Minister am 15. Mai in der Burg eine Sitzung hielten, strömte der Pöbel vor und in dem Gebäude zusammen und erzwang nicht nur die Rücknahme des Tagesbefehles, sondern auch die Suspension der Verfassung vom 25. April und die Berufung einer Konstituante. Voll Scham über ihre eigene Schwäche reichten die Minister darauf ihre Entlassung ein, nahmen sie jedoch um der Sicherheit des Thrones und des Herrscherhauses willen, wie sie amtlich in der Wiener Zeitung erklärten, wieder zurück und blieben einstweilen im Amte. Dem Kaiser war es unter solchen Umständen nicht zu verargen, wenn er sobald wie möglich seiner Hauptstadt den Rücken zu kehren wünschte; da er aber nicht wagen durfte dies offen anzukündigen, so benutzte er eine Spazierfahrt nach Schönbrunn am

Das Central-  
komité.

Der Verfas-  
sungsentwurf.

1848

Der 15. Mai.

Der Kaiser nach  
Zinnbrud.

Abend des 17. Mai um — ohne dem Ministerium oder dem Hofstaate vorher etwas davon mitzuteilen — mit seiner Gemahlin, dem Thronfolger und dessen Familie nach Innsbruck zu entfliehen. Der erste Eindruck, den dieses Ereignis bei den Wienern hervorrief, war Bestürzung und Scham; der Versuch, den Tuvora, Häfner und andere Zeitungsdemagogen machten in den Vorstädten die Republik auszurufen, endete damit, daß sie selbst vom Volke verhaftet wurden und kaum dem Tod am Strick entgingen. Selbst das Centralkomitee sah sich veranlaßt sein volles unerschütterliches Vertrauen in die Gesinnung des Ministeriums auszusprechen, und Abgesandte aller denkbaren Körperschaften, Stände und Vereine gingen nach Innsbruck ab um den Kaiser zur Rückkehr zu bewegen. Diese günstige Stimmung schnell zu benutzen befaß Willersdorf nicht die nötige Entschlossenheit; erst nach mehreren Tagen fand er den Mut zu einem Schritte, der im ersten Augenblicke von Erfolg hätte sein können: die Studentenlegion wurde aufgefordert ihre Waffen abzuliefern. Allein jetzt war die Niedergeschlagenheit und Betäubung bereits von der Bevölkerung gewichen; an dem bestimmten Tage, dem 26. Mai, erhoben sich von neuem die Barrikaden in den Straßen, die Arbeiter kamen den Studenten zu Hilfe, und ohne ernstlichen Kampf wurden die Minister abermals zum Nachgeben gezwungen. Kleinmütig gewährten sie die Fortdauer der Studentenlegion, erkannten den Bürgerausschuß, der sich zur Aufrechterhaltung der Ruhe und zur Wahrung der Rechte des Volkes bildete, als unabhängig von jeder anderen Behörde an und luden auf dessen Schultern zugleich die volle Verantwortung für die öffentliche Sicherheit ab, unbekümmert darum, daß sie sich selbst damit zu willenslosen Werkzeugen dieses aus 200 Männern bunt zusammengewürfelten Haufens und seines Vorsitzenden, des Doktor Fischhof, erniedrigten.

Der 26. Mai.

Der Bürger-  
ausschuß.

Da eine Centralregierung von dieser Beschaffenheit außerhalb Wiens erst recht jeder Macht entbehrte, hatte die Bewegung in den Provinzen ihren Gang genommen ohne von der Hauptstadt aus beeinflusst zu werden. Dies war um so bedenklicher, als fast alle Nationalitäten des Kaiserstaates nicht bloß nach Erweiterung ihrer politischen Freiheiten, sondern mehr noch nach provinzieller Selbständigkeit trachteten, ja wohl gar wie die Italiener und Magyaren auf völlige Losreißung von Oesterreich sann. In dem ungarischen Reichstage freilich fanden sich immer noch zahlreiche gemäßigte und konservative Männer vor; aber in den Ausschüssen und Klubs der Hauptstädte Ofen-Pest, vor allem in dem Sicherheitskomitee, das schnell auch auf dem Lande zu Einfluß gelangte, herrschten die radikalsten Ansichten. Nur dadurch, daß er diesen möglichst gerecht wurde und sich fast willenlos von Kossuth leiten ließ, behauptete der Reichstag noch sein Ansehen. Als die Abordnung, welche er am 15. März nach Wien geschickt, von dort nur mit allgemein gehaltenen Zusagen zurückkam, antwortete die Landesvertretung darauf sofort mit einer ganzen Flut von liberalen Reformen. In dem Ministerium,

Ungarn.

Ministerium  
Batthanyi.

welches der Palatin Stephan am 22. März bildete, saßen allerdings unter Batthyany's Präsidium auch konservative Männer wie Esterházy und Széchenyi; allein neben Cötvös und Deak hatte auch Kossuth seinen Platz darin gefunden. Und doch war dieses Ministerium stark genug um durch die Drohung mit seinem Rücktritt den Palatin und den Kaiser zu jedem Zugeständnis zu bewegen; denn sein Rücktritt wäre gleichbedeutend mit der Entfesselung der Revolution gewesen. Ich bin nur ein einfacher Bürger, durfte Kossuth im Reichstage sagen, stark nur durch die Macht der Wahrheit, und doch kann ich mit der bloßen Bewegung meiner Hand entscheiden über das Sein oder Nichtsein des Hauses Habsburg. Als der Reichstag am 10. April geschlossen wurde um einem neuen, auf demokratischer Grundlage gewählten Platz zu machen, bestätigte der Kaiser die sämtlichen 31 Gesetze, die in dieser Sitzung entstanden waren, und wahrte nur den Anspruch des Gesamtstaates auf Ungarns Verpflichtung seinen Teil der Schulden zu tragen.

Schluß des Reichstags.

Kroatien.

Auch in den Nebenländern der Stefanskronen schlug die allgemeine Aufregung hohe Wellen. In Kroatien erhoben Gaj und die Nationalpartei schon im März so laut ihre Stimme, daß die Regierung der ersten Forderung, die sie stellten, gerecht wurde, ehe noch die Abgesandten, welche sie vorbringen sollten, in Wien eingetroffen waren: sie bestand in der Ernennung des Obersten Jellatschitsch zum Banus von Kroatien.

Jellatschitsch.

In der That hätte sich eine bessere Wahl gar nicht treffen lassen; denn Jellatschitsch verband bei großer persönlicher Tüchtigkeit unbedingte Treue gegen den Kaiser mit wohlverdienter Beliebtheit unter seinen Landsleuten. Um so verhaßter war er den Magyaren, die in seiner Ernennung eine Feindseligkeit des Hofes gegen Ungarn erblickten und sofort in Zank mit dem neuen Banus gerieten. Die Gelüste der Kroaten sich von der Stefanskronen abzulösen waren ja längst bekannt und mußten jetzt doppelt gefährlich erscheinen. Auch in Serbien und Siebenbürgen erhoben die Feinde der Magyaren das Haupt. Dort beschloß im Mai eine große Versammlung in Carlowitz die Errichtung einer Nationalregierung und den Anschluß der Wojwodenschaft an das dreieinige Königreich Kroatien-Slawonien-Dalmatien; in Siebenbürgen regten sich vor allem die verachteten Walachen, die trotz ihrer Überzahl neben den Magyaren und den Sachsen keine politische Stellung besaßen. Eine Massenversammlung in Blasendorf — bis zu 40 000 wurde die Zahl ihrer Teilnehmer geschätzt — verlangte die Gleichberechtigung mit den anderen Nationen; aber weder die Ungarn und Szekler noch die Sachsen hatten Lust diese gerechte Forderung zu unterstützen; ja die Sachsen zogen es vor in die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn zu willigen um nur das Aufkommen der mißachteten und rechtlosen Walachen zu erschweren. Wie wenig aber diese „Union“, welche der Klausenburger Landtag am 30. Mai beschloß und die der Kaiser umgehend bestätigte, den Wünschen der meisten Landesbewohner entsprach, verriet auch das ungarische Ministerium dadurch, daß es den Baron Nikolaus Bay zur Unterdrückung

Wojwodina.

Siebenbürgen.

aller „Aufreizungen und hinterlistigen Feindseligkeiten“ nach Siebenbürgen entsandte.

In dem nördlichen Grenzlande Ungarns, in Galizien, waren die Revolutionen ziemlich ruhig verstrichen. Der Statthalter Graf Stadion hielt die Zügel in fester Hand, der Gegensatz zwischen Polen und Ruthenen, Katholiken und Griechen, wirkte lähmend ein und auch die Erinnerung an den furchtbaren Bauernaufstand von 1846 schreckte den Adel von gewagten Schritten zurück. Ein Empörungsversuch, der in Krakau am 26. April gemacht wurde, endete mit der Beschießung und schnellen Unterwerfung der Stadt.

Um so lebhafter war die Bewegung in Böhmen geworden. Die Bewohner von Prag waren den Wienern sogar noch vorangegangen. Am 11. März hatten tschechische Patrioten eine Adresse an den Kaiser beschlossen, in welcher sie Gleichstellung mit den Deutschen und Vereinigung des böhmischen, mährischen und schlesischen Landtages forderten. Da nicht alle diese Punkte sogleich bewilligt wurden, während der Ausgang der Wiener Märztag doch die kecke Zuversicht steigerte, bildete sich Anfang April unter dem Vorsitz des Grafen Leo Thun ein Nationalauschuß um die Wahlen zu dem vom Kaiser am 8. April bewilligten konstituierenden Landtage vorzubereiten. Zugleich suchte er die Wahlen zum Frankfurter Parlamente zu verhindern und erreichte auch wirklich, daß sie nur in 13 von 68 Bezirken zustande kamen. Der Gegensatz zwischen den beiden Nationalitäten wuchs von Tag zu Tag; in schnell gebildeten Vereinen, unter denen die Slowanska Lipa, die slawische Linde, besonders berüchtigt war, bekämpften sie sich; aus der Nationalgarde schied sich eine slawische Bürgerwehr, der Swornost, mit eigenen Abzeichen aus; die Straßen Prags waren unausgesetzt der Schauplatz von Unordnungen. Die Wiener Tumulte vom 15. und 26. Mai wurden geschickt benutzt um den entscheidenden Schritt zu thun; weil das Ministerium sich im Zustande der Unfreiheit befinde, forderte man von dem Landeschef die Einsetzung einer vorläufigen Regierung, welche unmittelbar mit dem Kaiser in Innsbruck verkehre. Jener gab dem Ansinnen nach und berief am 30. Mai Palazky und Kieger, die Führer der tschechischen Partei, mit sechs anderen Männern an seine Seite. In der gehobenen Stimmung, welche dieser Erfolg hervorrief, ward in den ersten Tagen des Juni der allgemeine Slawenkongreß in Prag abgehalten, zu dem die Einladungen schon am 1. Mai ergangen waren. Palazky präsidirte demselben; begeisterte Lobreden auf das Slawentum wechselten mit scharfen Verwahrungen gegen die Herrschsucht der Deutschen; aber zu einmütigen Beschlüssen wollte es so recht nicht kommen, denn zu verschiedenartige Kräfte wirkten nebeneinander. Nicht auf die österreichischen Slawen allein war die Teilnahme an dem Kongreß beschränkt geblieben; der Russe Bakunin, der preußische Pole Liebelt, der Serbe Zach aus Belgrad führten das große Wort und suchten für ihre demokratischen Lehren Anhang zu werben. Das einzige Ergebnis tage-

Galizien.

Böhmen.

Vorläufige  
Regierung.Slawen-  
kongreß.

Prager Auf-  
stand.

langer Arbeit war endlich der Beschluß eine Ansprache an die Völker Europas zu erlassen, die Palazky nach einer Skizze Liebelts verfassen sollte. Aber noch ehe sie vom Kongreß genehmigt war, nahm dieser selbst ein jähes Ende. In der Überschätzung ihrer Kräfte glaubte die nationale Partei sich stark genug auch den gefährlichsten ihrer Gegner, Fürst Windischgrätz, den Oberbefehlshaber in Böhmen, hinweg räumen zu können. Am 7. Juni beschloß eine Volksversammlung den Kaiser um seine Entlassung zu bitten; ohne die Gewährung abzuwarten begannen Kundgebungen gegen ihn; am 12., dem Pfingstmontag, zogen große Scharen des Swornost unter Absingung von Spottliedern vor sein Haus; es kam zu Thätlichkeiten; auf den Fürsten, der sich am Fenster zeigte, ward gefeuert; aber der Schuß traf nicht ihn, sondern tötete seine Gemahlin. Nun begann ein erbitterter Straßenkampf, der erst am 17. Juni mit der vollständigen Besiegung der Slawen zu Ende ging. Zwischendurch hatte zwar Windischgrätz, durch zwei Beauftragte des Wiener Ministeriums bewogen, die Stadt einmal geräumt; aber der Mutwille zuchtloser Böbelhaufen entfachte den Kampf von neuem, und nun führte ihn der General nach eigenem Entschluß zu Ende und ließ sich von niemandem mehr dreinreden; kein Wunder, wenn er fortan dem Innsbrucker Hofe als der Mann der Lage galt und durch die geheime Ernennung zum Befehlshaber aller Truppen der Monarchie mit alleiniger Ausnahme der italienischen Armee in den Stand gesetzt wurde den entscheidenden Augenblick auch für die Unterwerfung der Hauptstadt und die Demütigung der Magyaren abzuwarten und auszunutzen.

Erzherzog  
Johann.

Der bedauernswerte und gänzlich willenslose Kaiser hatte mittlerweile sich seiner Regentenbefugnisse fast vollkommen begeben. Während in Ungarn und den zugehörigen Ländern der Erzherzog-Palatin schon seit dem April unbeschränkte Vollmachten besaß, erhielt am 16. Juni für die Länder der westlichen Reichshälfte Erzherzog Johann die gleiche Stellung; denn unermülich hatte das Ministerium Pillersdorf von Wien aus und durch zwei seiner Mitglieder, die beim Kaiser in Innsbruck verweilten, Doblhoff und Baron Wessenberg, vorgestellt, wie nur die Rückkehr des Monarchen oder die Ernennung eines Erzherzogs zum Vertreter desselben der Verwirrung in Wien ein Ende machen könne. Auch leuchtete es ein, wie gefährlich es werden müsse den konstituierenden Reichstag, dessen Zusammentritt bevorstand, sich selbst und den Wiener Wortführern zu überlassen. Erzherzog Johann freilich hatte weder Verlangen nach jenem Posten gezeigt, noch erwies er sich als demselben gewachsen. Wenige Tage nach seiner Ankunft in Wien sah er sich schon genötigt dem Bürgerausschuß das Ministerium Pillersdorf zum Opfer zu bringen. Am 8. Juli ward es durch ein Kabinett Wessenberg ersetzt, in welchem allerdings — und zwar gegen den Willen des Bürgerausschusses — der Finanzminister Kraus und der Kriegsminister Latour verblieben, Pillersdorf hingegen, Sommaruga und Baumgartner im Ministerium des Inneren, des Unterrichts und der öffentlichen Arbeiten

Ministerium  
Wessenberg.

durch Bach, Schwarzer und Hornbostl ersetzt wurden, so daß die Radikalen, zu denen auch Doblhoff gehörte, die Mehrheit hatten. Die Bestätigung dieses Ministeriums verzögerte sich einige Tage, weil Erzherzog Johann zwischendurch nach Frankfurt reiste um dort sein Amt als Reichsverweser anzutreten. Nach seiner Rückkehr eröffnete er am 22. Juli den Reichstag, der für die deutsch-slawischen Länder eine neue Verfassung ausarbeiten sollte, während gleichzeitig seit dem 2. Juli in Pest die Vertreter der östlichen Reichshälfte versammelt waren. So schien sich eine gewisse Beruhigung überall wieder einzustellen. Nur ein Teil der österreichischen Monarchie war jetzt noch im offenen Aufstande gegen den Kaiser begriffen und deshalb weder hier noch dort vertreten: die italienischen Provinzen. Aber auch hier wandte sich das Glück den kaiserlichen Waffen zu und zerstörte grausam die Hoffnungen, deren Erfüllung die Patrioten der Halbinsel schon gesichert gewähnt hatten.

Die Reichstage  
in Wien und  
Pest.

Die allgemeine Gärung, die während der letzten Jahre Italien ergriffen hatte, war auch in der Lombardei sichtbar genug hervorgetreten. Seit dem Beginn des Jahres verging in Mailand und den anderen großen Städten fast kein Tag ohne eine Reiberei zwischen den Bürgern und den Soldaten oder Beamten. Den Anlaß boten meistens die Spottreden und Belästigungen, mit welchen die Patrioten jeden verfolgten, der sich mit brennender Cigarre sehen ließ, während sie doch die Losung ausgegeben hatten durch Enthaltung von Tabak und Lottospiel den Staat in zwei seiner ergiebigsten Einnahmequellen zu schädigen. Wiederholt hatte bei solchen Gelegenheiten das Militär von der Waffe Gebrauch gemacht, und das geschäftige Gerücht unterließ nicht die Zahl der Getödeten und Verwundeten noch zu übertreiben. Dem militärischen Oberbefehlshaber in dem Königreiche, dem Grafen Radetzky, fehlte es trotz seiner 82 Jahre nicht an kräftiger Entschlossenheit; warnend verkündigte er am 18. Januar, daß er gegen jeden Feind von außen oder innen bereit stehe. Aber lauter als diese Mahnungen schlugen an das Ohr der Lombarden die Nachrichten, die aus Sizilien den Aufstand in Palermo und die Räumung der Insel, aus Neapel und bald auch aus Turin, Florenz und Rom die Ernennung liberaler Minister und das Versprechen einer Verfassung meldeten.

Unruhen in  
Mailand.

In Turin ergriffen zuerst die Vertreter der Presse das Wort. Den Grafen Camillo Cavour an der Spitze erbaten sie vom Könige am 5. Februar 1848 eine Verfassung; die städtischen Behörden von Turin schlossen sich der Forderung an; und da dasselbe Verlangen im ganzen Lande ertönte, entschloß sich Karl Albert bereits am 8. ein Grundgesetz zu verkünden, aus dem durch Umarbeitung die am 5. März veröffentlichte Verfassung hervorging. Der Großherzog von Toskana, der bereits vor dem Schicksal Ludwigs XVI. hangte, wartete nun auch nicht länger und gab seinen Unterthanen am 11. Februar eine Konstitution. Nicht so leicht wurde es bei den schwierigen Verhältnissen des Kirchenstaates dem Papste ähnlichen Forderungen nachzukommen; indes bewilligte er doch als Ab-

Das übrige  
Italien.

schlagszahlung sofort den Eintritt von drei Laien ins Ministerium und verdoppelte diese Zahl sogar, als im Laufe des Monats die Bewegung stieg; die bedeutendsten unter ihnen waren Farini und der Kriegsminister Durando, den Vorsitz im Kabinett führte der Kardinal Antonelli. Das Grundgesetz für die weltliche Regierung des Kirchenstaates, welches am 14. März erschien, ordnete eine Volksvertretung in zwei Kammern an, beließ aber auch das Kardinals-Kollegium unter dem Namen eines Senats als politische Körperschaft.

So machte das drohende Gespenst der Republik, welches durch die Entwicklung in Frankreich auch den italienischen Fürsten nahe genug trat, sie gegen alle Volkswünsche äußerst gefügig. In Neapel zeigte sich das besonders in häufigen Ministerveränderungen; aber auch den Sizilianern gegenüber ging König Ferdinand bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit: Ruggiero Settimo, der Präsident der revolutionären Regierung, wurde von ihm am 6. März als Statthalter, seine Kollegen als Minister für Sizilien bestätigt. Gleichwohl bestanden die Insulaner auf völliger Trennung von Neapel; nur soweit wollten sie der bisherigen Verbindung etwa noch Rechnung tragen, daß sie einen jüngeren Sohn des Königs zum Herrscher annähmen. Das ging selbst Lord Palmerston zu weit, und Lord Minto, der noch immer Italien durchreiste, begab sich mit einer Flotte nach Palermo um zur Mäßigung zu raten; doch alles, was er erreichte, war das Anerbieten einer Personal-Union, etwa gleich der zwischen Schweden und Norwegen, was König Ferdinand am 22. März unbedingt ablehnte. Das Gewicht, welches Neapel in die Waagschale zu werfen hatte, wurde durch diesen Zwiespalt seiner beiden Hälften natürlich sehr gemindert, während die Bedeutung Sardiniens und Karl Alberts in demselben Maße stieg. Überdies rückte auch die geographische Lage das norditalienische Königreich, den unmittelbaren Nachbar Osterreichs, in den Vordergrund des politischen Interesses. Wenn die Lombarden den Vorgängen auf der ganzen Halbinsel mit ängstlicher Spannung folgten, so lauschten sie doppelt aufmerksam über den Tessin hinüber, sowie sie andererseits von dort aus auf das sorgsamste beobachtet wurden. Während in den letzten Tagen des Februar Karl Albert mit seinen Unterthanen die neue politische Gestaltung durch großartige Volksfeste feierte, wurde in Lombardo-Venetien am 22. Februar das Standrecht verkündigt, und ein Korps von 12 000 Mann, das Radetzky an der Grenze aufstellte, lehrte genugsam, wessen man sich in Mailand von dem Nachbar versah. Gleichwohl trug Karl Albert gerechtes Bedenken sich vorschnell in ein gefährliches Unternehmen einzulassen, und auch das nationalgesinnte Ministerium, das Cesare Balbo am 8. März bildete, wies die Hilferufe der flüchtigen Lombarden vorsichtig zurück. Erst mußten diese selbst den Beweis liefern, daß es ihnen ernst mit dem Abfall von Osterreich sei, ehe sie Ermutigung und Beistand von Turin erwarten konnten. So lagen die Verhältnisse, als die Märzrevolution Metternichs Herrschaft zu Fall brachte.

Sardinien und  
Osterreich.

Raum waren die ersten Nachrichten von diesem Ereignisse am Abend des 17. März in Mailand bekannt geworden, so gingen die Patrioten ans Werk. In geheimen Versammlungen wurden die Männer erkoren, welche an die Spitze treten sollten, in erster Linie der Bürgermeister der Stadt, Graf Casati. Maueranschläge mit weitgehenden, wenn auch loyalen politischen Forderungen steigerten die Erregung. Am Morgen des 18. begab sich ein Volkshaufe in den Palast des Vice-Statthalters O'Donnell, zwang ihn den städtischen Behörden seine Vollmacht zu übertragen und nahm ihn gefangen. Wenige Stunden zuvor hatte O'Donnell noch an Radetzky das Ersuchen gerichtet die Aufregung doch ja nicht durch Entwicklung militärischer Kräfte zu erhöhen. Radetzky hatte ihm bis dahin gewillfahrt; jetzt zog er sofort seine Streitkräfte, etwa 10 000 Mann, zusammen und ein erbitterter Straßenkampf begann. Trotz einzelner Vorteile, die sie errangen, vermochten die Truppen aber weder an diesem Tage noch am 19. März den Sieg zu gewinnen; Radetzky änderte infolgedessen seinen Plan, zog die Soldaten in der Nacht zum 20. aus der Stadt heraus und schickte sich an diese zu beschließen. Auch davon aber stand er ab, als ihm von allen Seiten Nachrichten von Aufständen zuzingen. Da er obendrein jeden Tag den Einmarsch der Piemontesen erwartete, hielt er es für unerlässlich auf Verona und Mantua zurückzugehen, ehe auch diese Festen gefallen und ihm so der Rückzug verlegt sei: am 22. März trat er den Marsch gegen den Mincio an und erreichte glücklich die beiden schon gefährdeten Waffenplätze, deren schwache Besatzungen sich nicht mehr lange hätten halten können. Denn durch das ganze Land hatte sich mit unglaublicher Schnelligkeit die Erhebung verbreitet und überall fast über die bestürzten österreichischen Generale den Sieg davon getragen. Selbst in Venedig wich der Befehlshaber, Graf Zichy, kraftlos dem Andrängen der Patrioten, an deren Spitze der Advokat Manin stand. Schon am 22. wurde die Stadt geräumt, am 23. durch Manin die Republik des heiligen Marcus erneuert. Auch über die Grenzen des österreichischen Königreiches griff die Bewegung hinüber; aus Modena flüchtete der Herzog am 20. März nach Mantua; in Parma sagte sich Karl Ludwig, der erst am Neujahrstage in seiner neuen Residenz eingetroffen war und vom ersten Augenblicke an mit Widerwärtigkeiten hatte kämpfen müssen, von dem österreichischen Bündnis los, verhiess eine Verfassung und mußte trotzdem am 18. April fliehen; in Toskana behauptete sich der Großherzog nur dadurch, daß er erklärte, die Stunde der Wiedergeburt sei gekommen, und daß er seinen Soldaten und Freiwilligen erlaubte den Lombarden zu Hilfe zu eilen. Selbst in Rom und Neapel verlangte die Volksstimme so ungestüm den Krieg gegen Oesterreich, daß die Regierungen sich dem nicht entziehen konnten. Schon am 24. März marschierte das päpstliche Heer unter der Führung Durandos an die Nordgrenze und der Papst erteilte den Ausziehenden seinen Segen; wenige Tage darauf folgten 14 000 Neapolitaner, von Wilhelm Pepe

Revolution in  
Mailand.

Radetzky's  
Rückzug.

Die Republik  
Venedig.

Das übrige  
Italien.

geführt, dem Revolutionär von 1820. Vergeblich stellte selbst der englische Gesandte dem König Ferdinand vor, daß er ja gar keinen Grund zum Krieg mit Oesterreich habe und durch die Beförderung von Freiwilligen, die auf Staatskosten dem Heere über Livorno vorauseilten, ehe noch der Krieg erklärt war, das Völkerrecht verletze. Der König, der sich mit einem Mal „als Italiener und Soldat“ fühlte, beharrte auf seinem Willen, hauptsächlich wohl, weil er Karl Albert das Feld nicht allein überlassen wollte. Auch bei diesem hatte Lord Palmerston es nicht an Ermahnungen fehlen lassen, aber nur mit kurzem Erfolg. Während der lombardische Graf Arese noch am 20. März ohne Hoffnung auf Hilfe Turin verlassen mußte, beschloß der Ministerrat am 23. den Einmarsch in die Lombardei, und schon am 26. standen die ersten Piemontesen in Mailand. In seinen Ansprachen verkündigte Karl Albert, daß jetzt die Zeit gekommen sei, wo Italien sich selber helfen werde (*L'Italia farà de se*); nicht zum voraus wollte er sich Zugeständnisse ausbedingen, sondern den Lombarden, Parmesanen und Modenesen volle Freiheit lassen, wenn der Sieg errungen sei, selbst über ihre Zukunft zu bestimmen. Bis gegen den Mincio hin fanden die sardinischen Truppen keinen nennenswerten Widerstand; auch den Übergang über diesen Fluß erzwang General Bava am 8. April bei Goito durch ein vierstündiges Gefecht, in dem sich der Bersaglieri-Oberst La Marmora besonders auszeichnete. Damit hatte jedoch das Vorrücken ein Ende; die Angriffe auf Peschiera und Mantua, die im zweiten Drittel des April stattfanden, scheiterten völlig und liefen in eine bloße Einschließung aus, an der sich vor Mantua etwa 10 000 Mann aus Toskana und den Herzogtümern beteiligten. Oberhalb Veronas drangen die Italiener durch das Gefecht von Pastrengo am 30. April zwar bis an die Etsch vor und hoben die Verbindung jener Festung mit Tirol auf; aber mehr als dadurch gewonnen wurde, ging bei dem Hauptheere durch die Schlacht von Santa Lucia am 6. Mai verloren. Mit großer Tapferkeit hatte das piemontesische Centrum dieses auf dem Bergrande des rechten Etsch-Ufers eine halbe Stunde von Verona gelegene Dorf genommen; allein um so härter waren die beiden Flügel bedrängt, deren Vernichtung nur durch rechtzeitigen Rückzug abgewendet wurde. Seit diesem Tage, an dem die österreichischen Erzherzöge Franz Josef und Albrecht die Feuertaufe erhielten, verzichteten beide Heere für etwa drei Wochen auf jeden Angriff.

Die Lombardei.

Politisch war diese Pause für die Italiener höchst nachtheilig. In der Lombardei hatte die republikanische Partei Zeit sich zusammen zu finden und gegen die Vereinigung mit Piemont zu wählen. Mazzini erschien selbst an Ort und Stelle, und seinen Gesinnungsgenossen war die Unthätigkeit Karl Alberts, der nicht einmal fähig sei den schon besiegten Oesterreichern den letzten Stoß zu geben, ein unerschöpfliches Thema für ihre Volksreden. Und dabei geschah doch von ihrer Seite nichts, was eine kräftige Kriegsführung hätte ermöglichen können. Der

Einmarsch der Piemontesen.

Treffen bei Goito.

Pastrengo.

Santa Lucia.

Zuwachs, welchen das sardinische Heer aus der Lombardei durch Freiwillige und Ausgehobene erhielt, war gering an Zahl und noch geringer an Brauchbarkeit. Dazu kam, daß in diesen Wochen die übrigen italienischen Fürsten anfangen sich von der nationalen Sache zurückzuziehen. Die sardinische Politik war daran nicht ohne Schuld. Durch freiwillige Abstimmungen, die in Modena und Parma veranstaltet wurden und große Mehrheiten für die Vereinigung mit Piemont ergaben, erweckte sie die Eifersucht und den Neid der anderen Fürsten und steigerte deren Argwohn noch durch die Weigerung einen Kongreß zu beschicken, der in Rom unter des Papstes Vorsitz die Grundzüge eines italienischen Bundes feststellen sollte. Den Großherzog von Toskana mußte es insbesondere erbittern, daß Karl Albert einzelne Teile Parmas, die sich für den Anschluß an Toskana ausgesprochen hatten, militärisch besetzen ließ, also nicht einmal diese kleinen Striche dem Nachbar gönnte. Der Papst sah mit großem Mißfallen, daß sein General Durando, den er übrigens angewiesen hatte mit Karl Albert zusammen zu wirken, am 21. April wirklich über den Po ging und erst vor Mantua Stellung nahm, dann aber durch das Venetianische gegen den Piave rückte um den nahenden österreichischen Verstärkungen unter Graf Thurn den Weg zu verlegen. Den bitteren Empfindungen, mit welchen Pius diese entscheidende That begleitete, machte er am 29. April in einer Allokution an die Kardinäle Luft, in der er weit die Absicht von sich wies Österreich den Krieg zu erklären, da es vielmehr seines Amtes sei alle Völker mit gleicher Liebe zu umfassen. Aber Handlungen entsprachen dank den lebhaften Kundgebungen der Römer diesen Worten nicht. Vielmehr war die nächste Folge der päpstlichen Allokution die Ersetzung des bisherigen Ministeriums durch ein noch liberaleres unter dem Vorsitz des Grafen Mamiani, der Farini in das Hauptquartier Karl Alberts sandte und die römischen Truppen förmlich dem Befehle des Königs unterstellen ließ. Die moralische Wirkung der Allokution blieb trotzdem eine sehr bedenkliche, und je höher der Papst bis dahin als Vorkämpfer der italienischen Unabhängigkeit in den Augen der Nation gestanden hatte, umsomehr mußte es jetzt alle Patrioten verwunden und alle Reaktionen erfreuen, daß er so unverhohlen seine Sache von der seines Volkes trennte.

Der König von Neapel ging noch einen starken Schritt weiter als der Papst. Zum 15. Mai hatte er das Parlament berufen, welches die Verfassung vom 10. Februar durchberaten sollte. Trotz der Veränderungen, denen sie dabei noch ausgesetzt war, lag es im Plane sie vorher von dem Könige so gut wie von den Abgeordneten beschwören zu lassen. Dahinter erblickten nun die Radikalen eine List, deren Zweck sei jede Verbesserung des Entwurfes zu verhindern; und obgleich der König viel Entgegenkommen zeigte und Vorbehalte im Sinne der Abgeordneten bei der Eidesleistung zu gestatten bereit war, so wußten die Parteiführer das Volk dergestalt aufzuregen, daß es Barrikaden erbaute und die Regierung zwang die Truppen zusammenzuziehen. Wirklich Gewalt anzuwenden lag deshalb keines-

Die sardinische Politik.

Der Papst.

Neapel.

wegs in Ferdinands Absicht, und noch weniger wollte die Versammlung es zum Bruche treiben. Aber mächtiger als beide erwiesen sich die heftigen Republikaner. Als die Truppen eben aus den besetzten Straßen in die Kasernen zurückgeschickt wurden, fielen von einer Barrikade ein paar scharfe Schüsse, die der Pöbel mit lautem Beifall begrüßte; das Militär blieb die Antwort nicht schuldig, und bald war der Kampf allgemein. Das Ministerium wollte die Verantwortlichkeit dafür nicht übernehmen und zog sich zurück; Ferdinand aber glaubte sich jetzt in seinem Rechte und erteilte persönlich die nötigen Befehle. Nach einem heißen Kampfe, der etwa tausend Opfer forderte, blieben die Truppen Sieger, die Volksvertretung wurde, als ob sie mitschuldig gewesen, aufgelöst und ein immer noch liberales, aber dabei partikularistisches Ministerium (Cariati-Bozzelli) eingesetzt. Die bedeutendste Folge dieses Wechsels war, daß Pepe den Befehl erhielt mit seinen 14 000 Mann zum Schutze Neapels zurückzukehren; zwar entschloß sich der Führer selbst nicht zu gehorchen, und etwa 1500 Mann, darunter einige tüchtige Offiziere wie Cosenz, folgten seinem Beispiel; aber der Hauptteil des Heeres kam der Weisung nach, und Karl Albert verlor gerade um diese Zeit, wo Radeky große Verstärkungen bekam und sich zu einem entscheidenden Schlage rüstete, diesen Zuzug, auf den er sicher gerechnet hatte.

Diplomatische  
Verhandlungen.

Radeky aber zögerte umsoweniger die Gunst des Augenblicks zu benutzen, als er mit Besorgnis und Unwillen die Nachgiebigkeit des Wiener Ministeriums bemerkte, das entschlossen war schlimmsten Falls die ganzen italienischen Besitzungen fahren zu lassen und nur einen Teil der drückenden Staatsschuld auf sie abzuwälzen. Gelang es etwa Venetien mit der Mincio-Linie zu retten, so schien das schon ein großer Gewinn; und vollends die Möglichkeit die Lombarden mit der Personal-Union zu befriedigen galt für gar kein Opfer mehr. Mit diesem letzten Vorschlag versuchte man es also zuerst. Am 10. April reiste Graf Hartig mit außerordentlicher Vollmacht von Wien ab um den Italienern dies kaiserliche Zugeständnis zu verkündigen; schon einige Tage früher hatte der Minister des Auswärtigen, Fiquelmont, das englische Kabinett um seine Vermittlung gebeten. Aber der Wirrwar in Wien und der damals günstige Stand der italienischen Sache veranlaßten sowohl England wie die Italiener diese Vorschläge abzulehnen. Beachtenswert fand man es erst, als sie die Abtretung der Lombardei zugestanden, ein Anerbieten, das Baron Hummelauer, der am 14. Mai nach London geschickt war, dort machte. Lord Palmerston war dem Vorschlag wohl geneigt und suchte nur noch ein Stück von Venetien für Karl Albert auszubedingen; denn Österreichs Ohnmacht galt ihm für so zweifellos daß er nur auf dieses, nicht auch auf Sardinien zu drücken für nötig fand. Um so dankenswerter mußte der Beweis sein, daß der Kaiserstaat doch noch imstande sei es mit seinem Gegner aufzunehmen.

Der Kriegsschauplatz.

Wochenlang hatte Radeky auf das Hilfsheer von reichlich 20 000

Mann gewartet, das Graf Nugent im Friaul sammelte. Langsam war dasselbe über den Piave vorgebrungen, hatte Durando und La Marmora, der im Venetianischen den Oberbefehl führte, zurückgetrieben, und erst als Nugent erkrankte und durch den Grafen Thurn ersetzt wurde, einen schnelleren Schritt eingeschlagen, so daß es am 22. Mai mit Radetzky Fühlung gewann. Dieser raffte sofort alles, was vor Verona entbehrlich schien, etwa 40 000 Mann, zusammen und zog damit an der italienischen Front entlang nach Mantua, wo er am 28. eintraf. Am anderen Morgen fiel Fürst Felix Schwarzenberg aus der Festung aus und verjagte die Toskanesen, welche westlich davor lagen, aus Curtatone; dann machte das Heer eine Rechtschwenkung nach Norden und griff mit seinem rechten Flügel am 30. Goito an, während der linke die Straße nach Brescia abschneiden und so den Feind zwischen Mincio und Gtich einschließen sollte. Allein so vortrefflich der Plan auch war, so mißlang er doch. Trotz aller Tapferkeit war Benedek nicht imstande Goito zu nehmen und mußte sich abends zurückziehen; daß obendrein an demselben Tage Peschiera aus Mangel an Lebensmitteln sich ergab, vereitelte das ganze Vorhaben. Radetzky aber ließ sich nicht entmutigen, sondern schritt sofort zu einem neuen Unternehmen. Mit großer Schnelligkeit ließ er den größten Teil seines Heeres über Mantua und Legnago auf Vicenza losrücken, griff hier mit doppelter Übermacht am 10. Juni die 10 000 Mann Durandos an, warf sie nach schweren Kämpfen in die Stadt hinein und brachte sie am nächsten Tage zur Kapitulation, indem er ihnen gegen das Gelöbniß dreimonatlicher Neutralität freien Abzug in den Kirchenstaat zugestand. Sein linker Flügel unter Welden vollendete darauf die Unterwerfung Friauls, während der rechte unter Thurn weniger erfolgreiche Streifzüge in Südtirol machte und der Marschall selbst aufs neue seine Stellung in Verona einnahm.

Wiederbeginn  
des Kampfes.

Peschiera.

Vicenza.

Neue Verhandlungen.

Unter diesen Umständen konnte im österreichischen Hauptquartier natürlich keine Neigung herrschen einen Waffenstillstand abzuschließen, wie es von Innsbruck aus und von dem neuen Minister des Auswärtigen, Baron Wessenberg, befohlen wurde. Den Wiedererwerb der Lombardei faßten die österreichischen Staatsmänner, als ob er doch unmöglich sei, gar nicht mehr ins Auge; aber sie hätten doch gern die Vereinigung des Landes mit Piemont verhindert. Darin trafen sie zusammen mit den Wünschen des französischen Ministers des Auswärtigen, Bastide, der offen heraus sagte, daß nur die Republiken Mailand und Venedig Anspruch auf französischen Schutz hätten. England hingegen zog gerade deshalb, weil es in Oberitalien eine Mauer gegen Frankreich zu errichten wünschte, die Verschmelzung der Lombardei mit Sardinien vor. Wenn es dadurch in einen starken Gegensatz zu den Interessen Österreichs trat, so lag für Wessenberg der Gedanke nahe die Vermittlung, die Hummelauer nachgesucht und Palmerston am 3. Juni angenommen hatte, nachträglich unter geeigneten Formen abzulehnen und sich un-

Anschluß der  
Lombardei an  
Piemont.

Anschluß  
Venetiens.

mittelbar an die Regierung in Mailand zu wenden. Er entfandte zu diesem Zwecke am 13. Juni den Herrn von Schnitzer und bot einen Waffenstillstand sowie, gegen Übernahme eines Teiles der Staatsschuld, die völlige Unabhängigkeit der Lombardei an. Allein die vorläufige Regierung war gar nicht mehr in der Lage auf diese Vorschläge einzugehen. Am 29. Mai war nämlich in der ganzen Lombardei die Abstimmung beendet worden, welche mit 560 000 gegen kaum 700 Stimmen den Anschluß an Piemont entschieden hatte. Zwar stand die Genehmigung des Turiner Parlaments noch aus — sie erfolgte erst am 27. Juni —, aber Karl Albert hatte doch angenommen, und jedenfalls war die Mailänder Regierung gebunden. Graf Casati lehnt also am 18. Juni Schnitzers Eröffnungen ab indem er betonte, daß die Unabhängigkeit der Lombardei nicht genüge, daß auch Venetien von Österreich aufgegeben werden müsse. Den Venetianern aber wurde durch diese Vorgänge recht nachdrücklich vor die Seele geführt, daß sie der am meisten gefährdete Teil seien, eine Lehre, deren Ernst der Fall von Vincenza und Welsens Erfolge noch eindringlicher predigten. Auch dem glühendsten Republikaner konnte doch darüber kein Zweifel bleiben, daß trotz aller großen Worte der französischen Staatsmänner Venedig zuletzt das Eigentum des Siegers, also der Österreicher oder Karl Alberts, werden müsse. Klugheit und Patriotismus geboten also gleichmäßig den letzteren, dessen Herrschaft doch das kleinere Übel war, zu unterstützen und den Anschluß Sardinien nach Mailands Vorgang auszusprechen. So schwer dies Manin und seinen Genossen auch wurde, so fügten sie sich doch der Notwendigkeit und beriefen zum 3. Juli eine Landesversammlung, die mit 127 gegen 6 Stimmen die Vereinigung mit dem norditalienischen Königreiche beschloß.

Alles das schob die Gedanken an einen friedlichen Ausgleich in blaue Ferne; aber auch Kadežky that das seine um dieselben aus der Welt zu schaffen. Fürst Felix Schwarzenberg, der „Armeediplomat“, mußte aus dem Hauptquartier nach Innsbruck reisen und vorstellen, daß eine Verstärkung der italienischen Armee weit mehr in Österreichs Interesse sei als Waffenstillstandsangebotungen. Er konnte diese Vorstellungen mit dem Hinweis auf die Einnahme von Vicenza unterstützen und fand zudem einen kräftigen Beistand in der öffentlichen Meinung Deutsch-Österreichs, die von keinem Verzicht wissen wollte, und an dem erhöhten Selbstbewußtsein, das Windischgrätzens Sieg in Prag auch den Regierungskreisen einflößte. Die Vermittlungs- und Friedensgedanken wurden aufgegeben und Kadežky erhielt freie Hand. Doch war nicht er es, der die zweite Pause, die seit dem 10. Juni in der Kriegsführung eingetreten war, beendete, sondern Karl Albert. Während er die eine Hälfte seines Heeres unter General Sonnaz um Peschiera stehen ließ, rückte er mit der anderen unter Bava am 12. Juli gegen Mantua und umzingelte die Festung; nur schwache Truppenteile verbanden die beiden Hälften. Dies machte sich Kadežky zu nütze. Unbekümmert darum daß Karl Albert ihm am 18. den Vincio-Übergang

Wiederbeginn  
des Kampfes.

bei Governolo (nahe der Mündung des Flusses) entriß, beschloß er für den 23. einen Stoß in das kraftlose Centrum des Feindes. Begünstigt von einem furchtbaren Unwetter rückte er in der Nacht von Verona gegen Sommacampagna vor und warf den Feind in lebhaftem Gefechte nordwestlich auf Peschiera zurück, während er selbst bis an den Mincio vordrang und in der Nacht zum 24. bei Salionze Brücken schlug. Dadurch war die piemontesische Armee zerrissen; nur auf dem westlichen Mincio-Ufer konnte die Verbindung ohne Gefahr wiederhergestellt werden. Sonnaz schlug diesen Weg ein und eilte südwärts gegen Goito Karl Albert entgegen; dieser hingegen wollte voll Ungestüm die Österreicher durch direkten Angriff aus ihren neuen Stellungen werfen und stürmte am 24. von seinem Lager vor Mantua nordwärts. Ein erster Triumph war ihm beschieden; bei Custozza stieß er auf die Brigade Liechtenstein, die Radetzky von Legnago her herbeigerufen hatte, brachte ihr die schwersten Verluste bei und bemächtigte sich des Höhenzuges von Sommacampagna bis Custozza. Infolge dessen standen die beiden Heere in der wunderlichsten Ordnung einander gegenüber, Radetzky bei Valeggio an den Mincio gelehnt, mit der Front gegen Südost, das feindliche Peschiera hinter sich; Karl Albert mit dem Rücken gegen Mantua, durch den Mincio von Sonnaz getrennt, mit der Front nach Nordosten. Er hatte nur 20 000 Mann zur Verfügung, der Feind gebot über 35 000. So begann am 25. Juli die Schlacht bei Custozza. Wäre es dem König gelungen Valeggio zu nehmen und so die Verbindung mit Sonnaz herzustellen, so hätte der Sieg sich auf seine Seite neigen mögen. Aber alle Anstrengungen waren vergebens, vergebens auch, daß auf dem rechten Flügel bei Sona der Herzog von Genua und im Centrum bei Custozza dessen Bruder, der Kronprinz Victor Emanuel, heldenmütig fochten; der gewaltigen Übermacht erlagen sie und gegen Abend mußte der Rückzug über Villafranca auf Goito angetreten werden. Er vollzog sich in guter Ordnung und die Verluste waren geringer als die der Österreicher, angeblich kaum 900 Mann, gewesen. Trotzdem war es eine unzweifelhafte Niederlage, und als der Mincio überschritten wurde, zeigten sich die Anfänge der Entmutigung. Ein verhängnisvoller Fehler am nächsten Tage vergrößerte das Unglück. Um Radetzky, der bei Valeggio den Fluß überschritten hatte, zu verhindern den Rücken der Italiener zu bedrohen erhielt Sonnaz Befehl das nördlich von Goito gelegene Volta zu nehmen. In einem furchtbaren Straßenkampfe in der Nacht zum 27. Juli suchte er diese Aufgabe zu lösen und scheiterte daran. Das gab der entkräfteten Armee den Rest; der Rückzug artete in völlige Flucht aus; auch der tüchtige Bava, dem Karl Albert den Oberbefehl übergab, konnte ihr kein Halt gebieten. Ein Gesuch um Waffenstillstand mit dem Oglio als Trennungsmarke wies Radetzky mit der Forderung der Adda-Linie zurück; diese anzunehmen oder über den Po zu gehen durfte Karl Albert aus politischen Gründen nicht wagen. Unaufhaltsam ging deshalb die Flucht bis Mailand zurück; in der Frühe

Custozza.

Der Rückzug.

des 3. August traf der König dort ein, den feindlichen Vortrab auf den Fersen. Und auch hier konnte von einer längeren Verteidigung nicht die Rede sein; denn nichts war für diesen Fall vorgesehen. Zwar suchte das Volk mit Gewalt den König an Verhandlungen zu hindern; in seinem Palaste wurde er belagert und mit dem Tode bedroht; bis zum äußersten wollte man Widerstand leisten und lieber unter den Trümmern der Stadt zu Grunde gehen. Aber die Macht der Thatsachen war größer als der Ungestüm des Volkes. Schon am 5. August wurde die Übergabe der Stadt vereinbart und in der Frühe des 6. räumte der „Verräter“ unter allgemeinen Verwünschungen die Stadt, in seinem Gefolge gegen 60 000 Einwohner, welche die Rache des Feindes zu fürchten hatten. In den Alpenthälern wurde der Kampf von Freiwilligensharen noch einige Wochen fortgesetzt; besonders Garibaldi, der Ende Juni aus Südamerika zurückgekehrt die Seele des Volkskrieges war, hielt sich tapfer zwischen dem Langen und dem Comer-See, bis ein unglückliches Treffen bei Murazzone am 26. August ihn zur Flucht nach Tessin zwang. Karl Albert dagegen schloß schon am 9. August in Vigevano als Einleitung zum Frieden einen Waffenstillstand auf 45 Tage mit General Fesè, dem Generalstabschef Radetzky, ab und verpflichtete sich die Lombardei, Parma, Modena und Venedig zu räumen. Das piemontesische Ministerium, das unter dem Vorsitz des Mailänders Casati am Tage von Custozza gebildet war und neben dem Venetianer Paleocapa auch Gioberti zu seinen Mitgliedern zählte, weigerte sich diesen Schritt des Königs zu billigen und machte einem neuen Kabinett unter dem Vorsitz Revels Platz. Damit erlosch auch das Hilfesuch, welches Pareto, der bisherige Minister des Auseren, am 5. nach Paris gerichtet hatte. Die Geneigtheit darauf einzugehen war bei der französischen Regierung nicht eben groß gewesen; die Truppen, die zu ihrer Verfügung standen, waren nur gering an Zahl; die Möglichkeit eines Krieges am Rheine mußte sehr in Erwägung gezogen werden und vor allem, die Republikaner empfanden gar keine Neigung dem gehafteten Karl Albert die Lombardei zu erobern. Viel eher waren sie geneigt den flehenden Bitten der Mailänder und Venetianer zu willfahren und für die Unabhängigkeit dieser beiden „Nationalitäten“, vorausgesetzt, daß sie sich republikanisch einrichten würden, einzutreten. Allein ihr Hauptaugenmerk dabei blieb doch nicht allzuviel zu wagen und sich nicht gar zu weit von England zu trennen. Mit diesem gemeinsam versuchten sie also Österreich zur Nachgiebigkeit zu bestimmen oder vielmehr es bei seinen früheren Zugeständnissen festzuhalten. Den Verhandlungen, die deshalb gepflogen wurden, können wir indes erst später unsere Aufmerksamkeit zuwenden, und verlassen Italien in diesem Zustande der unsicheren Ruhe um zunächst die Lage Frankreichs zu betrachten.

Räumung von  
Mailand.

Garibaldi.

1848

Waffenstill-  
stand von  
Vigevano.

Politische  
Lage.

## Die Befestigung der französischen Republik.

Der Vollziehungs-Ausschuß unter Arago's Vorsitz, welcher von der Der 15. Mai. konstituierenden Versammlung am 10. Mai erwählt worden war, erfreute sich von vornherein nicht des Beifalls der Radikalen und der Sozialisten, deren unverrücktes Ziel es blieb ihn zu stürzen und die Versammlung zu sprengen. Dem ersten Versuche in dieser Richtung sollte die weitverbreitete Teilnahme für Polen zum Vorwande dienen. Für den 15. Mai, als eben der Aufstand in Posen niedergeworfen war, stand eine Adresse polnischer Abgeordneter zur Verhandlung, die Wolowski, ein naturalisierter Franzose, überreichen und verteidigen wollte. Während die Sitzung ihren Verlauf nahm, sammelten sich vor dem Palaste ungeheure Scharen Volkes, von Blanqui, Raspail, Huber u. a. geführt. Der Polizeipräsident Caussidière, der im Verdachte stand ihnen geneigt zu sein, ließ sich nicht sehen, und der Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht, Courtais, verhandelte mit ihnen statt Gewalt anzuwenden. So brach die Menge denn in den Sitzungsaal ein und warf die ganze Versammlung über den Haufen. Nachdem Raspail eine wütende Adresse zu Gunsten der Polen, Barbès den Krieg gegen Rußland, Blanqui eine Willkür-Steuer auf den Reichtum durch den Pöbel hatte genehmigen lassen, erklärte Huber die Nationalversammlung für aufgelöst und forderte zur Bildung einer neuen Regierung auf. Der republikanischen Überlieferung gemäß sollte diese aber nicht in dem Palaste der Nationalversammlung, gegen den überdies schon die Truppen heranrückten, sondern im Stadthause thronen; dahin brach also die Menge auf. Raum aber hatten die neuen Machthaber, unter ihnen Albert, Barbès, Blanqui, Louis Blanc, Proudhon, Cabet, Raspail, das Sitzungsgebäude verlassen, so trafen vor demselben, durch einen schriftlichen Befehl des Präsidenten Buchez berufen, die ersten Legionen der National- und Mobilgarde ein. Unverweilt führten Lamartine und Ledru Rollin, welcher den angebotenen Sitz in der neuen Regierung verschmähte, sie gegen das Stadthaus, überrumpelten die Sozialisten und bemächtigten sich ihrer Häupter. Einen so schnellen Sieg hatte niemand erwartet; ein Gefühl der Kraft und Sicherheit, wie sie es lange nicht gekannt, überkam die Partei der Ordnung; kräftige Maßregeln sollten das Errungene sichern. Caussidière und Courtais wurden abgesetzt, die unzuverlässige Polizeigarde umgestaltet und die bewaffnete Macht in der Hauptstadt auf 55 000 Mann gebracht. Auch gegen die Führer ging man entschlossen vor; von dem Gerichtshof zu Bourges, der damit betraut wurde, verurteilt, büßten die einen wie Barbès und Albert ihren Frevel mit Deportation, andere wie Blanqui mit mehrjährigem Gefängnis; Louis Blanc entzog sich der Bestrafung durch die Flucht. Die wichtigste Maßregel, die sich zum Schutze der Ordnung treffen ließ, war aber zugleich die schwierigste: es galt die eigentliche Brutstätte der Verschwörungen, die Nationalwerkstätten, zu

Sicherheits-  
maßregeln.

Die National-  
werkstätten.

beseitigen. Gegen 120 000 Arbeiter faulenzten in diesen auf Staatskosten bei einem täglichen Solde von 2 Franken; die wöchentliche Zubuße der Staatskasse betrug zuletzt eine Million. In den Provinzen hätte man Tausende bei nutzbringenden Arbeiten verwenden können und wäre sie dann zugleich in der Hauptstadt los geworden; auch die Besitzer der großen Fabriken wünschten lebhaft Arbeiter heranzuziehen, da ihnen ihre Leute massenhaft davonliefen zu dem bequemeren Dasein in den Nationalwerkstätten. Die Regierung sann also darauf die letzteren zu schließen; aber sie traf dabei auf entschlossenen Widerstand. Die Verhaftung des Direktors der Werkstätten, Emil Thomas, und seine gesetzwidrige Abführung nach Bordeaux steigerte den Grimm; die Weisung an die Arbeiter von 18 bis 25 Jahren sich mit bestimmten Aufträgen in die Provinz zu begeben oder der Einstellung in das Heer gewärtig zu sein stieß auf offenen Ungehorsam und Vorbereitungen zu gewaltsamer Abwehr. Eine Abordnung, deren Sprecher ein gewisser Pujol war, stellte den Vollzugsausschuß zur Rede; in dessen Namen antwortete Marie, mutig und unbedingt die gestellten Forderungen abweisend; zum äußersten bereit sammelten sich die Arbeiter am Abend des Tages (des 22. Juni) auf dem Pantheons-Platz und beschloßen den Aufstand. Die Nacht verging unter Vorbereitungen; am anderen Morgen erstanden Barrikaden über Barrikaden. Aber auch die Regierung war gerüstet. Cavaignac, der am 17. Juni zum Kriegsminister ernannt war, hatte einen vollständigen Feldzugsplan ausgearbeitet, der jetzt sofort ins Leben trat. Er selbst mit der Hauptmacht der Truppen besetzte den Eintrachtsplatz und deckte den Palast der Nationalversammlung; beim Stadthause führte Bedeau den Befehl, am rechten Seine-Ufer Lamoricière, am linken Damesme. Planmäßig wurde vorgegangen und manche Barrikade erobert; allein die Gefahr zu beseitigen gelang an diesem Tage nicht. Da faßte die Nationalversammlung einen weisen Beschluß; auf Pascal Duprats Antrag verhängte sie morgens am 24. den Belagerungszustand über Paris und übertrug Cavaignac die Diktatur. Mit äußerster Entschlossenheit machte dieser von seiner Gewalt Gebrauch; das Pantheon wurde erstürmt, das linke Seine-Ufer fast ganz unterworfen, vom Stadthaus der Aufstand weit zurückgedrängt. Schon hoffte man die Gegner soweit eingeschüchtert zu haben, daß sie versöhnlichen Zureden nachgäben; allein dieser Irrtum forderte am nächsten Morgen zwei beklagenswerte Opfer. Am linken Seine-Ufer bemächtigten sich (beim Thore von Fontainebleau) die Aufrührer des Generals Bréa, der Verhandlungen eröffnen wollte, und ermordeten ihn auf scheußliche Weise; und in der Vorstadt St. Antoine fiel der Erzbischof Affre, als er in voller Amtstracht mit dem Friedenszweig über die Barrikaden zu den Aufständischen schritt, von einer Kugel, man weiß nicht welcher Partei. Ein mißverständener Trommelwirbel war als Zeichen zum Wiederbeginn des Kampfes, der um des Erzbischofs willen eingestellt war, aufgefaßt worden, und einer der ersten Schüsse traf den mutigen Vermittler. Nun wollte Cavaignac

Der Juni-  
Aufstand.

von keinen Unterhandlungen mehr hören; überall ging es von neuem zum Angriff, und fast überall war die Ordnungspartei Siegerin. Am Abend des 25. war nur noch die festeste Burg des Aufstandes, die Vorstadt St. Antoine, in dessen Gewalt. Trotz ihrer verzweifeltsten Lage verweigerten die Verteidiger die Unterwerfung auf Gnade oder Ungnade, zu der ihnen Cavaignac bis 10 Uhr morgens am 26. Frist gab; ein Kampf von einer Stunde genügte sodann die Hauptmacht zu bezwingen; in den Seitenstraßen setzte sich der Kampf wohl noch bis gegen Abend fort; aber schon um Mittag war die völlige Niederlage der Empörer entschieden.

Freilich furchtbare Opfer hatte sie auf beiden Seiten gefordert; niemals zuvor war mit solcher Hestigkeit in den Straßen von Paris gekämpft worden, wie in dieser viertägigen Junischlacht. Ob zwei, ob fünf, ob zehntausend Menschen gefallen waren, niemand konnte es bestimmen; 12—14 000 Auführer lagen als Gefangene in den Kasematten. Die Truppen beklagten den Tod Bréas und 6 anderer Generale; Damesme war erschossen, Bedeau verwundet; auch Abgeordnete, unter ihnen Bizio, hatten den Tod gefunden; der Erzbischof Affre wurde von allen Parteien gepriesen und betrauert. Cavaignac aber war der Held des Tages. Als er am 28. seine Diktatur niederlegte, sprach die Nationalversammlung ihm den Dank des Vaterlandes aus und ernannte ihn zum Haupt der Vollziehungsgewalt und zum Kabinettspräsidenten. Mit dem Kriegsministerium betraute er Lamoricière, im auswärtigen Amte blieb angeblich bis zur Genesung Bedeau's, in Wirklichkeit aber auch darüber hinaus Bastide; Changarnier wurde Befehlshaber der Nationalgarde. Die Gefangenen in den Kasematten wurden durch Beschluß der Nationalversammlung, da ein gerichtliches Verfahren bei ihrer Menge nicht möglich schien, theils sofort entlassen, theils (etwa 4400) zur Deportation verurteilt, elf der extremsten Blätter unterdrückt, die Press- und Vereinsfreiheit durch neue Gesetze eingeschränkt. Daß die Nationalwerkstätten geschlossen, unzuverlässige Legionen der Nationalgarde aufgelöst und allen Bürgern die Waffen abgefordert wurden, verstand sich von selbst. Der Schreck, den die überwundenen Gefahren jedem Besizenden eingeflößt, erlaubte jetzt Maßregeln, ja heischte sie mit lauter Stimme, die ein halbes Jahr früher über Louis Philipps Regierung das einmütigste Verdammungsurteil heraufbeschworen hätten. Und kaum konnten die Nationalversammlung und Cavaignac der öffentlichen Meinung in solchen Beschränkungen der Freiheit genug thun. Denn war man wirklich sicher, daß die Gefahren überwunden seien? Konnten sie nicht jeden Augenblick von neuem auftauchen? Wagte nicht nach allem was vorgefallen, Proudhon noch eine Steuer im Betrage eines Drittels des reinen Einkommens zu beantragen und der Versammlung, die seine Rede durch Gelächter unterbrach, zuzurufen: Was ich sage, macht Sie jetzt lachen; aber was ich sage, das wird Sie umbringen!? Welcher Art die Stimmung im Lande war, lehrten die Ersatzwahlen. Schon die, welche nach dem Maiauf-

Cavaignac  
Haupt der  
Vollziehungsgewalt.

Louis Napo-  
leon.

stande stattgefunden, hatten neben Extremen, wie Proudhon und Victor Hugo, Monarchisten wie Thiers und Changarnier in die Versammlung geführt; jetzt gesellten sich Molé, Bugeaud u. a. zu ihnen. Schon damals im Mai war auch der Name des Prinzen Louis Napoleon, der noch in London in der Verbannung lebte, in vier Departements aus den Wahlsurnen hervorgegangen; aber wie er Ende Februar auf das Verlangen der vorläufigen Regierung Paris, wohin er geeilt war, sogleich wieder verlassen hatte, so hielt er es auch vor dem Juni-Aufstande für geraten auf seinen Sitz zu verzichten, obgleich die Nationalversammlung seine Wahl am 13. Juni gegen den Antrag des Vollziehungsausschusses auf Befürwortung Jules Favres, Louis Blancs und anderer Radikaler bestätigt hatte; „wenn mir indes das Volk Pflichten auferlegen sollte“, so hatte der Prinz damals an den Präsidenten geschrieben, „so werde ich sie zu erfüllen wissen.“ Jetzt wurde er bei den Ersatzwahlen am 17. September abermals in 5 Departements gewählt; die Hauptstadt selbst gab ihm 110 000 Stimmen; und nun zauderte er nicht, unter Beteuerungen lebhafter Dankbarkeit für die Republik, die seine Verbannung beendet, am 26. September in die Versammlung einzutreten und die Ergebnisse seines einsamen Nachdenkens und seinen guten Willen in ihren Dienst zu stellen. So wenig Anhänger er unter den Volksvertretern hatte, so groß war seine Partei im Lande, zumal unter den Bauern. Diesen hatte die Republik bisher nichts gebracht als erhöhte Steuern und fortdauernde Unsicherheit; in ihren Augen war Cavaignac wohl ein geringeres Übel als Raspail, die gemäßigte und „honette“ Republik erträglicher als die rote; aber Vertrauen erweckte die eine so wenig wie die andere, und Blendendes, Begeisterndes hatte der nüchterne Cavaignac durchaus nicht. Die langwierigen Verhandlungen, in denen vom 4. September bis 4. November die Nationalversammlung in drei Lesungen die neue Verfassung beriet, fesselten die öffentliche Aufmerksamkeit auch nur wenig, und das Ergebnis derselben stieß in diesem Punkte die eine, in jenem die andere Partei zurück. Die erregtesten Verhandlungen waren über drei Fragen geführt worden: ob man das Recht auf Arbeit jedem Franzosen gewährleisten, ob das Ein- oder das Zweikammersystem eingeführt werden, ob der Präsident der Republik aus der Volkswahl oder aus der Abstimmung der Nationalversammlung hervorgehen solle. Wie nicht anders zu erwarten stand, war das Recht auf Arbeit gestrichen, aber statt dessen doch der Republik die Aufgabe zugewiesen das Dasein des dürstigen Bürgers durch Arbeit oder Unterstützung zu sichern; das Zweikammersystem war mit beträchtlicher Mehrheit abgelehnt, die Wahl des Präsidenten endlich mit 627 gegen 130 Stimmen dem Volke übertragen worden. Daß damit die Aussichten Louis Napoleons beträchtlich stiegen, wollte die Mehrheit nicht einsehen; nicht einmal der Antrag sämtliche Mitglieder der Familien, welche über Frankreich geherrscht, von der Bewerbung auszuschließen erschien ihr nötig; es stand also nichts im Wege, daß der Nefte des Kaisers sich

Beratung  
der Ver-  
fassung.

dem Volke zur Wahl am 10. Dezember als Bewerber darbot. Der einzige ernstliche Gegner, der ihm gegenüber treten konnte, war Cavaignac; denn Lamartines glänzende Popularität war spurlos verschwunden, und die Ledru Rollin oder Raspail hatten höchstens in den großen Städten auf beträchtliche Stimmenzahlen zu hoffen. Gegen Cavaignac richtete sich folglich die ganze Arbeit der Bonapartisten, und wissentlich oder unwissentlich halfen ihnen dabei die Radikalen. Ein beliebter Vorwurf wurde es, der Diktator habe den Juni-Aufstand absichtlich erstarken lassen um sich desto besser als Retter aufspielen und den Vollziehungsausschuß beiseite schieben zu können. Mißgriffe Cavaignacs kamen hinzu; eine Liste von 5000 Personen, die er zu Nationalbelohnungen vorschlug, mußte zurückgezogen werden, weil auf ihr die Namen von Dieben und Hinterbliebenen von Mördern nachgewiesen wurden; diese „Pensionäre des Generals Cavaignac“ waren für bonapartistische Federn wie Emil Girardin ein dankbares Wühlmittel. Ein Ministerwechsel, den der Präsident im Oktober veranlaßte, verstimmtete viele Republikaner ohne die Monarchisten zu gewinnen; es half nichts, daß Dufaure als Minister des Inneren den Belagerungszustand in Paris aufhob; das entfremdete wieder die Gemüter der Ängstlichen. Die Ehrgeizigen andererseits unter den Konservativen sogut wie unter den Ultramontanen, ja selbst unter den Radikalen, wandten sich dem Bonaparte zu, weil sie unter ihm leichter zur Macht zu kommen hofften als unter dem starren Cavaignac; so erklärten sich Thiers, Molé, Montalembert, Odilon Barrot, Crémieux für Napoleon. Den Sozialisten war größtenteils jeder recht, der Aussicht bot den verhaßten Juni-Sieger zu stürzen; die Hauptschar aber bildeten die Bauern und kleinen Bürger, die mit Begeisterung an dem Namen des Kaisers hingen und von dem Neffen auf Grund unaufhörlicher Versprechungen die Aufhebung des 45prozentigen Steuerzuschlags hofften, welchen die Republik nun schon seit reichlich einem halben Jahr erhob. Unter solchen Umständen wurde am 10. Dezember 1848 die Präsidentenwahl vollzogen; Bonapartes Sieg wurde mit ziemlicher Sicherheit vorausgesehen, aber so glänzend hatte ihn doch niemand erwartet. Von 7 300 000 Stimmen fielen fast  $5\frac{1}{2}$  Million auf Louis Napoleon, nicht ganz  $1\frac{1}{2}$  Million auf Cavaignac, auf Ledru Rollin 370 000, auf Raspail 37 000 und 17 900 auf Lamartine; unter 86 Departements hatten nur vier in ihrer Mehrheit Cavaignac gewählt, alle übrigen, darunter auch Paris mit reichlich zwei Dritteln seiner Stimmen, den Abenteurer von Straßburg und Boulogne. Zehn Tage darauf, am 20. Dezember, trat er sein Amt an, das verfassungsmäßig bis zum zweiten Sonntag im Mai des Jahres 1852 dauern sollte. Nachdem Cavaignac seine Vollmachten niedergelegt hatte, nahm Armand Marrast, der Präsident der Nationalversammlung, dem 40 jährigen Erwählten den Eid der Treue gegen „die eine und unteilbare demokratische Republik“ ab. Aus freien Stücken fügte der neue Präsident in kurzer Rede die Versicherung hinzu, daß er seine Pflichten als Ehrenmann erfüllen und keinen anderen

Die Präsidentenwahl.

Napoleon  
Präsident der  
Republik.

Willen als den der Bürger-Abgeordneten haben werde. Mit verbindlicher Wendung schritt er auf Cavaignac zu, ergriff dessen Hand und erklärte es für seinen Stolz der Nachfolger eines solchen Mannes zu sein. Eine stumme Verbeugung war die Antwort des Generals. Dann verließ der Präsident, von dem Bureau geleitet, den Sitzungsaal und begab sich zu seinem ersten Empfang in den ihm angewiesenen Palast, Elysée Bourbon. Die Ernennung des Ministeriums wurde noch am selben Tage vollzogen: Odilon Barrot erhielt den Vorsitz, das Auswärtige Drouyn de L'Huys, das Innere Léon de Malville; die meisten Namen, wie Falloux, Faucher, Bizio, Passy, waren ohne hervorragende Bedeutung, ihre Parteistellung sehr verschieden und nur darin gleich, daß alle außer Bizio den Gruppen der konservativen Mehrheit angehörten.

Die rückläufige Bewegung der französischen Revolution war damit an einem auch dem schwächsten Auge erkennbaren Marksteine angelangt. Mit unverhohlenem Behagen begrüßte die Reaktion in ganz Europa, trotz des Mißtrauens, das sie gegen napoleonische Eroberungsgelüste hegte, die neue Entwicklung. Die Besorgnisse, welche die Erhebung eines Bonaparte erwecken mochte, wurden durch die vermeintlich unbedeutende Persönlichkeit des abenteuerlichen Prinzen herabgedrückt. Daß er selbst auf die Dauer sich behaupten werde, erschien nicht sehr wahrscheinlich; viel glaublicher klang die Prophezeiung, daß er nur den Übergang zu der alten monarchischen Ordnung zu vermitteln berufen sei. Jedenfalls war die Republik jetzt in das konservative Fahrwasser hinübergeführt; hatte die Junischlacht den Sozialismus beseitigt, so war durch die Präsidentenwahl das schroffe Republikanertum aus dem Sattel gehoben. Die extremsten Parteien hatten somit ausgewirtschaftet und gefährdeten die rückläufige Entwicklung des übrigen Europa nicht mehr. Auch die Mittelparteien konnten eine gewisse Befriedigung über den neuen Zustand Frankreichs empfinden. Durch die Verfassung vom 4. November hatte derselbe feste Formen angenommen, die einer gesunden Entwicklung durchaus fähig schienen. Eine Störung von links war für lange hinaus nicht zu erwarten, und gerade weil der neue Präsident so wenig zu bedeuten hatte, ließ sich hoffen, daß auch von seiner Seite kein Übergriff geschehen werde. Die Lage Frankreichs war gleichsam durch ein Parallelogramm der Kräfte geschaffen; das Übertriebene der revolutionären Bewegung war überwunden, das Berechtigte und Wünschenswerte geblieben. Der Mann, den vor dem 24. Februar der gesamte Liberalismus an die Spitze des Ministeriums gestellt haben wollte, Odilon Barrot, war jetzt der erste Ratgeber des Präsidenten. Wenn man die Lage als eine befriedigende bezeichnen wollte, konnte man kein überzeugenderes Symptom anführen als diese Thatsache. Zog man dann noch weiter in Erwägung, daß in Preußen und Oesterreich die Dinge ganz ähnlich lagen, so mochte man zu der Überzeugung kommen, daß die Zeit erschienen sei die Errungenschaften der Revolution in Ruhe auszubauen.

## Parlament und Reichsverweser.

Die deutsche Bewegung hatten wir bei einem wichtigen Abschnitt, vor dem Zusammentritt des Frankfurter Parlamentes, verlassen. Um diese Zeit war die unwiderstehliche Gewalt der Revolution bereits gebrochen, aber ein klares politisches Programm hatte sich noch nicht zur Herrschaft durchgekämpft. Den Vertretern des Volkes kam es zu dieser zu finden und zu verfechten. Groß waren deshalb Jubel und Hoffnung, womit man sie begrüßte. Unter Glockengeläut und Kanonendonner, unter dem jauchzenden Zuruf der Menge zogen die 330 Männer, die sich am Eröffnungstage, dem 18. Mai 1848, zusammengesunden hatten, von dem altehrwürdigen Römer in die Paulskirche, die ihnen zum Sitzungsraume angewiesen war. Den Vorsitz führte das erste Mal der 70jährige Alterspräsident Dr. Lang von Berden; anderen Tags wurden Heinrich von Gagern als erster, von Soiron als zweiter Präsident zur Leitung der Versammlung erwählt. Es war keine leichte Aufgabe, die ihnen zufiel. Denn die 586 Männer, welche hier zusammen tagen sollten, bildeten wochenlang ein wildes Chaos, in dem kaum die Ansätze einer gefunden Parteibildung zu erkennen waren, und selbst die Mitglieder aus dem Süden, die des parlamentarischen Lebens doch einigermaßen gewöhnt waren, entbehrten gänzlich der Übung und Gewandtheit in einem so viel größeren Kreise. Mehr als durch die sehr mangelhafte Geschäftsordnung, die man auf Vorschlag der Fünziger vorläufig annahm, litt die Ordnung der Verhandlungen durch die Unbotmäßigkeit der Mitglieder, die sich in furchtbaren Tumulten nur zu häufig kund gab. Dazu gesellte sich eine unglaubliche Redelust und ein unverwüftlicher Drang Anträge zu stellen. Alle die zahlreichen Lokalgrößen, die in der Paulskirche ihren Platz neben den erlauchtesten Geistern der Nation gefunden hatten, wollten ihren Auftragebern den Beweis liefern, daß sie im Parlamente weder unthätig noch überflüssig seien, und ließen sofort, theils aus rein persönlichen Beweggründen, theils nur weil ihnen die Fühlung mit den Gesinnungsgenossen noch mangelte, jeder für sich ihre Anträge los, so daß deren, als die erste Woche verstrichen war, schon über hundert dem Präsidium vorlagen, viele darunter nur durch die Wortfassung voneinander verschieden. Und wie jedes einzelne Mitglied, so mußte auch der Vorsitzende sich erst in die Verhältnisse einleben und einlernen. Es kam zu Anfang wohl vor, daß Gagern selbst von seinem Präsidentensitze aus unter dem Vorwande die Sachlage zusammenzufassen lebhaft in die Versammlung eingriff, daß er Verstöße gegen die Geschäftsordnung begehen ließ und selbst beging, und daß er dem Lärmen in der Versammlung und auf den Gallerien ungestörte Freiheit gewährte. Das souveräne Volk im Zuhörerraume wurde mit der größten Zartheit behandelt; Wochen vergingen, ehe zum ersten Male die Drohung ertönte, der Präsident werde die Tribünen räumen lassen; zunächst wurde der

Das Frankfurter Parlament.

ungeberdigste Lärm von oben wie von unten geduldig hingenommen, oder höchstens die schüchternste Aufforderung gewagt, wer nicht mehr hören wolle, möge sich doch entfernen. Gewiß würde man schneller über diese krankhaften Anfangszustände hinweggekommen sein, wenn man sofort mit ernster Arbeit sich hätte beschäftigen können. Aber ein Verfassungsentwurf war ja trotz aller Vorarbeiten nicht da, es mußte zunächst ein Ausschuß gewählt werden ihn vorzubereiten, und ehe dieser sein Werk auch nur teilweise einreichen konnte, verstrichen Wochen. Womit sollte man diese ausfüllen als mit Debatten, und worüber konnte man debattieren als gerade über die aufregendsten Tagesfragen, welche der Leidenschaftlichkeit und Überschwenglichkeit die reichste Nahrung boten? Daß dabei nicht viel herauskam, verstand sich von selbst, und so erscholl bald, in und außer der Versammlung, die heftige Anklage der Thatenlosigkeit. Der Bundestag sogar, rief Benedey entrüstet aus, führt die Geschäfte rascher als wir, und alle die Antragsteller, deren Vorschläge noch nicht zur Verhandlung standen und bei ihrer maßlosen Zahl dazu auch noch lange keine Aussicht hatten, stimmten in den Chorus ein. Und doch wurde fleißig genug gearbeitet, nicht allein in den fast täglichen Plenarversammlungen, sondern auch in den Ausschüssen, die für Marine und Heer, für die österreichisch-slawische und für die holsteinische Frage, für internationale Angelegenheiten und für die Errichtung einer vorläufigen Centralgewalt und für viele andere Dinge eingesetzt waren. Der Krieg in Schleswig und Oberitalien, der Slawenkongreß in Prag und die Aufstände in Posen, die drohenden Rüstungen Rußlands und das Erstarken der Reaktion, die Stellung zu der Berliner Nationalversammlung und Militärkrawalle in Mainz, das größte und das kleinste, das fernste und das nächste wurde in die Verhandlung gezogen und erregte die Geister ohne ihnen die Befriedigung zu schaffen wirklich etwas geleistet zu haben. Man jubelte ordentlich auf, als man am 14. Juni zuerst einen greifbaren Beschluß gefaßt und 6 Millionen Thaler für die deutsche Flotte bewilligt hatte, wobei es freilich dem Bundestag überlassen blieb für die Beschaffung des Geldes Sorge zu tragen. Wenige Tage darauf lag endlich der Antrag des Ausschusses auf Begründung einer vorläufigen Centralgewalt an Stelle des Bundestages vor. Aber wie wenig sich die Parteien auch jetzt noch geklärt hatten, wie ungeordnet sich das parlamentarische Leben noch bewegte, das zeigte sich gerade bei diesen Verhandlungen aufs schärfste. 16 Anträge hatten dem Ausschuß vorgelegen, und als er den seinen einreichte, kamen 33 neue dazu; 189 Redner verlangten das Wort. Schroff standen sich die Ansichten gegenüber. Sollten die Regierungen allein, sollten sie in Gemeinschaft mit der Versammlung, sollte diese unbekümmert um jene die Centralgewalt schaffen? Sollte eine Mehrheit von Personen oder ein einzelner, eine fürstliche Person oder ein Mitglied der Versammlung, ein Verantwortlicher oder ein Unverantwortlicher mit der höchsten Macht bekleidet werden? Es war ein

Die vorläufige  
Centralge-  
walt.

wirres Durcheinander der Meinungen, in dem die Debatte tagelang in heftigster Leidenschaft hin und her wogte. Der Ausschußantrag, den Dahlmann vertrat, unterlag schnell in diesem Strudel; sein Direktorium von drei Mitgliedern, von den Regierungen bezeichnet und von der Versammlung bestätigt, war ein künstlicher Behelf, der vielleicht in nüchternen Erwägung, aber gewiß nicht in stürmischer Debatte den Sieg erringen konnte. Mit Leidenschaft verfocht die Linke, die sich am schnellsten zusammenschloß, den Antrag von Blum und Trübschler, der als Centralgewalt nur einen Vollziehungsausschuß der souveränen Nationalversammlung wollte. Ungeordnet und zersprengt kämpften die Anhänger der preußischen Spitze; nur ein kleines Häuflein, Braun von Köslin, Nizze von Stralsund und Röder von Neustettin, bekannte sich offen zu ihrer Fahne; nicht einmal die zwanzig Männer, die zur Unterstützung nötig waren, scharten sich um sie und ihr Antrag ward mit „stürmischer Heiterkeit“ abgewiesen. Unter den Rednern, welche die Rechte der Regierungen wahrten und von diesen den Reichsstatthalter ernannt wissen wollten, ragte Georg Vincke an Geist und Schroffheit hervor; unzweideutig wies er auf den Erzherzog Johann von Oesterreich hin als auf den Mann, den die Wahl treffen werde und der jedem in der Versammlung genehm sein könne. Endlich sah man ein, daß man auf dem bisherigen Wege nicht weitergehen dürfe. Noch hatte lange nicht die Hälfte der Redner gesprochen, da ward beschlossen unter den Anträgen eine Auslese zu halten, die unbedeutendsten und prinziplofesten zu beseitigen und es den Freunden der übrigen anheimzustellen für jeden derselben zwei Redner unter sich zu erwählen. Immerhin blieben auch so noch 9 Anträge übrig und 18 Redner sprachen für sie noch zwei Tage lang. Dann ergriff zum Schluß nach sechstägiger Verhandlung, am 24. Juni, auch Heinrich von Gagern das Wort. Aus diesem Labyrinth meinte er nur einen Ausweg zu finden: mit kühnem Griff müsse die Versammlung selbst eine hochstehende Person, nicht weil, sondern obgleich sie fürstlichen Blutes sei, erwählen; niemand zweifelte, daß auch er auf den Erzherzog Johann ziele. Die Rede machte gewaltigen Eindruck und dennoch schien sie ins Leere zu fallen; denn nun begann noch einmal und dauerte zwei Sitzungen hindurch ein unbeschreibliches Ringen über die Fragestellung, über die Zulassung neuer Vorschläge, über persönliche Angriffe und Verdächtigungen, ein Tisteln und Spalten, ein Donnern und Rasen, dem an Langweiligkeit und dann wieder an Maßlosigkeit und Unbändigkeit nichts gleichkam, was Deutschland bis dahin erlebt hatte. Endlich am 28. Juni kam es zur Abstimmung, und nun erst zeigte sich die Wirkung von Gagerns Rede; mit 403 gegen 135 Stimmen sprach sich die Versammlung das Recht zu selbst den Reichsverweser zu ernennen. Die Wahl erfolgte am nächsten Tage; ihr Ausgang unterlag zum voraus keinem Zweifel; 436 von 548 Mitgliedern ernannten den Erzherzog Johann von Oesterreich zum Reichsverweser; von den Stimmen der

Gagerns  
kühner Griff.

Erzherzog  
Johann  
Reichsverwe-  
ser.

Minderheit fielen 52 auf Gagern, 32 auf Jbstein, 1 auf Erzherzog Stephan; 27 enthielten sich der Wahl. Während nun sieben Abgeordnete sich nach Wien aufmachten um den Erfohrenen zur Annahme des Amtes einzuladen, beglückwünschte auch der Bundestag zum großen Verdruß der Linken ihn noch am selben Tage in einer Adresse und fügte hinzu, daß die Regierungen schon vor stattgehabter Wahl ihre Zustimmung erklärt hätten. Da auch Kaiser Ferdinand seine Einwilligung sofort aussprach, zögerte der Erzherzog nicht mit der Annahme. So vereinigte sich in seiner Person zeitweilig die höchste Macht in Deutschland und in der westlichen Hälfte der österreichischen Monarchie; denn schon seit dem 16. Juni war er, wie früher erzählt, zum Stellvertreter des Kaisers erhoben. Am 11. Juli hielt er seinen feierlichen Einzug in Frankfurt, übernahm am nächsten Tage in der Paulskirche auf Grund des Gesetzes vom 28. Juni die Reichsverweserschaft, erklärte, daß er den Kaiser ersucht habe ihn nach der Eröffnung des österreichischen Reichstages von der dortigen Stellvertretung zu entheben, und begab sich darauf in die Bundesversammlung um diese nunmehr aufzulösen.

Auflösung  
der Bundes-  
versammlung.

Es war eine sehr vollzählige Körperschaft, die ihn in der Eschenheimer Gasse empfing. Denn schon vor der Eröffnung des Parlamentes hatten sich auf Anregung des Herzogs von Meiningen viele der kleineren Regierungen entschlossen besondere Vertreter nach Frankfurt zu entsenden, und da sie nur Männer von liberaler Gesinnung dazu erkoren, da auch die größeren Regierungen zum Teil schon früher Männer der neuen Zeit zu ihren Gesandten bestellt hatten, so bot dieser Kreis, dem Schmerling, Uedom, Welder, Jordan, Stockmar, Smidt und andere Namen ähnlichen Klanges angehörten, einen Anblick dar, wie man ihn ein halb Jahr früher für unmöglich gehalten haben würde. Auch verdiente die Thätigkeit, welche die Versammlung seit ihrer Umgestaltung entwickelt hatte, alle Anerkennung. Trotz der hämischen Angriffe, mit denen die Linke sie unausgesetzt überschüttete, hatte sie mit großer Beflissenheit das beste Verhältnis zur Nationalversammlung zu wahren gesucht und in der schleswig-holsteinschen, der böhmischen und vielen anderen Angelegenheiten rasche Thätigkeit entwickelt. Daß trotzdem ihr Scheiden ohne Kummer begrüßt wurde, lag in der Natur der Sache; alle Gemäßigten wandten sich mit ihren Hoffnungen jetzt dem Reichsverweser zu. Mochte die Linke ihn auch öffentlich in der taktlosesten Weise behandeln, mochte ihn Robert Blum in vertrauten Kreisen nicht ohne Scharfblick als den Reichsvermoderer verspotten, die große Mehrheit des Volkes betrachtete ihn wirklich als die beste Wahl, die man hätte treffen können. Daß er auf eine Verständigung mit der Linken von vornherein verzichtete, bewies er durch die Ernennung seiner Minister: für das Innere und Äußere Schmerling, für die Justiz Heckscher von Hamburg, beides Männer, welche in den Verhandlungen des Parlamentes schon auf das Persönlichste mit den Radikalen zusammengestoßen waren; der Kriegsminister, ein Preuße, General von Peucker, gehörte der Versammlung

Das Reichs-  
ministerium.

überhaupt nicht an. Vervollständigt wurde das Kabinett erst im August, nach der Rückkehr des Reichsverwesers aus Wien. Schmerling gab das Äußere an Heckscher, dieser die Justiz an Robert von Mohl aus Baden ab; den Vorsitz übernahm der Fürst von Leiningen, die Finanzen Beckerath, den Handel Duckwitz von Bremen, der wie Peucker nicht Mitglied des Parlamentes war. Unter den Unterstaatssekretären ragten Mevissen, Mathy und Bassermann durch Einfluß und Tüchtigkeit hervor. So entsprach die Zusammensetzung des Kabinetts vorzugsweise dem Standpunkte des rechten Centrums, das bei etwa 120 Mitgliedern unter den Parteien, die nach und nach festere Form gewannen, die stärkste war. Im „Casino“, wo es sich versammelte und nach dem es genannt wurde, fand man die meisten der durch Gelehrsamkeit und besonnenen Freisinn ausgezeichneten Männer des Hauses, die Dahlmann, Arndt, Grimm, Droysen, Duncker, Waitz, Beseler, Bassermann, Simson, Mathy, Mevissen, Beckerath, überwiegend Norddeutsche. Anfang September zweigte sich von ihnen der „Landsberg“ ab, etwa 40 Männer von weniger bekannten Namen, bis auf drei Bayern lauter Norddeutsche, der redegewandteste von ihnen Wilhelm Jordan. Fast unmerklich war der Abstand, der sie vom linken Centrum trennte, das auch in zwei Gruppen zerfiel, den Augsburger Hof, dem Robert von Mohl, Biedermann, Riesser angehörten, und dem Württemberger Hof, zu dessen bekannteren Namen Mittermaier, Giskra, Stremayr, Gumbrecht zählten. Auch diese beiden Gruppen hatten jede etwa 40—50 Mitglieder und kamen erst mit dem Landsberg zusammen an Stärke dem Casino gleich. Auf beide Centren durfte man mit den zahlreichen Wilden, die zu ihnen hielten, gegen 300 Stimmen, d. h. eine schwache Mehrheit, rechnen. Gegen 200 Mitglieder standen links vom linken Centrum; doch war auch hier kein schroffer Abstand. Mit der Westendhalle, wo unter den 42 Mitgliedern Raveaux, Bischer, Benedey genant werden mögen, gab es vielfache Anknüpfungspunkte, und ebenso mit deren Seitenzweig, dem Nürnberger Hof, in dem Kolb von Speyer und Löwe von Kalbe hervorragten. Erst mit dem Deutschen Hause und dem Donnersberg, den beiden Fraktionen des äußersten Radikalismus, wo Karl Vogt und Ruge, Biz und Wesendonck den Ton angaben, hörte jede Verständigung auf. Einfacher als nach links hin grupperten sich die Mitglieder auf der Rechten, die auch an Zahl kaum ein Drittel so stark war wie die Republikaner. Bei ihnen war das Café Milani, später der Englische Hof, der Sitz der protestantischen Norddeutschen, wo Georg Vincke den Ton angab, und neben ihm der Graf Schwerin und die späteren Reichsminister Grävell und Detmold zu nennen sind; während in dem Steinernen Hause der Katholizismus, die Döllinger und Basaulx, aber auch die Radowiz und Lichnowski ihr Hauptquartier hatten. Nicht auf einmal gestaltete sich diese weitgetriebene Gliederung der Parteien, noch blieb sie, einmal eingetreten, von dauerndem Bestande; selbst in Beschränkung auf die zweite Hälfte des Jahres 1848 darf diese Übersicht daher nur als all-

Die Partei-  
bildung im  
Parlament.

gemeine Charakteristik gelten, die für jeden einzelnen Moment verschiedenartigen Abänderungen zu unterwerfen wäre.

Beratung  
der Grund-  
rechte.

Die Hauptarbeit, welcher sich die Versammlung nunmehr und zwar seit dem 3. Juli widmete, galt der Feststellung der sog. Grundrechte. Der Verfassungsausschuß hatte es für geraten gefunden über diesen Teil seines Werkes abgefordert Bericht zu erstatten; in 12 Artikeln und 48 Paragraphen hatte er die wichtigsten Bestimmungen über ein allgemeines deutsches Bürgerrecht, über Gleichheit vor dem Gesetz, Freiheit der Presse, des Glaubens, der Wissenschaft, des Vereinswesens, über Unabhängigkeit der Rechtspflege und Selbständigkeit der Gemeinden, sowie über die Notwendigkeit einer Volksvertretung in den Einzelstaaten zusammengefaßt. Man glaubte in nicht gar langer Zeit mit der Beratung zu Ende zu kommen; der Präsident selbst meinte in drei Wochen fertig zu werden. Aber nun begann aufs neue die Redewut und der unendliche Strom der Änderungsvorschläge; die letzteren schätzte ein Redner schon am vierten Tage auf 350 und prophezeite nach dem bisherigen Maßstabe 4380 Reden für die Gesamtverhandlungen, deren Schluß voraussichtlich im April 1850 stattfinden werde. Ganz so schlimm ward es nun freilich nicht; aber aus Gagerns drei Wochen waren doch schon über drei Monate geworden, als man am 13. Oktober mit der ersten Beratung (und auch das noch unter Zurückstellung von neun Paragraphen) zu Ende gekommen war und in die zweite Lesung eintreten konnte.

Die Einzel-  
regierungen.

Hannover.

Allerdings war nicht die ganze Zeit ausschließlich den Grundrechten gewidmet worden; auch die Konflikte mit der Centralgewalt und mit den Einzelregierungen hatten viel Zeit verschlungen. Unter den letzteren wagte es Hannover zuerst der Nationalversammlung Trotz zu bieten; denn hier war nicht der König allein widerwillig der Strömung der Zeit gefolgt, sondern auch Stüve, sein leitender Minister, der den zweifellosesten Liberalismus mit einem ausgeprägten hannoverschen Sonderstandpunkte zu verbinden wußte, ertrug ungeduldig die Herrschaft der Frankfurter Versammlung. Die Anerkennung des Reichsverwesers ward daher am 7. Juli mit einer scharfen Erklärung an die hannoverschen Stände begleitet, worin der König versicherte, er werde keiner Reichsverfassung seine Zustimmung geben, welche nicht die Selbständigkeit der Einzelstaaten genügend verbürge. Das war also die schroffste Auflehnung gegen die Souveränität der Nationalversammlung, die in ihrer ungeheuren Mehrheit keinem Fürsten, am wenigsten aber einem so verrufenen Reaktionär wie dem König Ernst August, das Recht zugestand eine Verfassung, die sie beschlossen, zu verwerfen. Die Linke stellte kurz und gut den Antrag den Rebellen vom Throne zu stoßen; die Mehrheit beschloß wenigstens die unbedingte Anerkennung der Centralgewalt von ihm zu fordern. Nur scheinbar erreichte sie diesen ihren Willen; der hannoversche Gesandte in Frankfurt leistete die Anerkennung, aber ohne ausdrücklichen Auftrag seines Monarchen; wie wenig damit gewonnen sei, ersah man

schon daraus, daß die hannoversche Armee nicht angehalten wurde dem Reichsverweser zu hulldigen. Durch eine Verfügung des Kriegsministers war eine solche Hulldigung auf den 6. August für die gesamte frühere Bundesarmee befohlen worden; allein nur in Sachsen, Württemberg und den Kleinstaaten ward diesem Befehle gehorcht. In Oesterreich kümmerte man sich gar nicht darum; in Preußen befolgte man ihn nur in den Bundesfestungen und suchte sich mit allerlei Umschweifen herauszureden. Das Reichsministerium besaß nicht die Kraft seinen Willen zu erzwingen und stellte sich befriedigt. Es besaß aber auch nicht die Klugheit das Verhältnis zu den Einzelstaaten durch eigenes Vorgehen zu bessern. Mit Recht wünschte Preußen, damit diesen wenigstens ein beratender Einfluß auf die Centralgewalt ermöglicht werde, aus ihren Vertretern beim Reichsverweser ein Kollegium von elf Stimmen (darunter drei preußischen und drei österreichischen), eine Art von Bundesrat, zu bilden und dieses in regelmäßige Beziehungen zum Reichsministerium zu setzen. Um das bei der Nationalversammlung durchzusetzen hätte es eines starken Druckes bedurft, und den glaubte das Ministerium nicht anwenden zu können, sondern lehnte am 30. August den Plan ab, der allein noch die nötige Fühlung zwischen der Centralgewalt und den Fürsten herzustellen vermochte. Außerlich bestand einstweilen, besonders zwischen Friedrich Wilhelm IV. und Erzherzog Johann, ein recht gutes Einvernehmen. Ein Fest zur Feier des Dombaus vereinigte beide mit dem Präsidenten und vielen Mitgliedern der Nationalversammlung am 15. August in Köln und es fehlte nicht an gegenseitigen Aufmerksamkeiten; aber mahnend erscholl auch das Wort des preußischen Königs an Heinrich von Gagern: Ich werde nie vergessen, welch ein großes Werk Sie zu gründen berufen sind; aber vergessen Sie auch nicht, daß es in Deutschland Fürsten giebt, und daß ich zu ihnen gehöre. Selbst einem Gagern und den Mittelparteien gegenüber war diese Mahnung nicht überflüssig; denn während thatsächlich doch die preußischen Waffen das Reich nach außen auf den blutigen Feldern Schleswigs vertreten mußten, betrachtete die Mehrheit des Parlamentes sich selbst vom Standpunkte des Revolutionsrechtes als die allein maßgebende Gewalt und mißkannte völlig die wirklichen Verhältnisse. Der Zusammenstoß, der daraus hervorgehen mußte, stand näher vor der Thür, als man ahnte.

Die Hulldigung des Heeres.

Preußen.

Das Kölner Dombaufest.

## Preußen und der schleswig-holsteinsche Konflikt.

Unmittelbar nach dem Zusammentritte des deutschen Parlamentes hätte man fürchten können, daß zwischen ihm und der preußischen Nationalversammlung, die nur vier Tage später, am 22. Mai, in Berlin eröffnet wurde, Mißhelligkeiten ausbrechen möchten. Beide Versammlungen waren aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen; an demselben Tage hatten die Urwähler ihre Wahlmänner zu dem einen und zu dem anderen Zwecke erkoren. Galt auch im allgemeinen die Sendung nach Frankfurt

Die Berliner Nationalversammlung.

für die ehrenvollere und wichtigere, so mußte doch den Berliner Vertretern die Frage sehr nahe liegen, wodurch denn die Frankfurter Versammlung bei genau demselben Ursprung eine höhere Weihe und höhere Macht erhalten habe; der preußische Sondergeist, der gefährlichste von allen, konnte sich leicht durch Maßnahmen des deutschen Parlamentes verletzt fühlen und dahin gebracht werden, auf seinem Willen zu beharren, wenn die Frankfurter das Gegenteil beschlossen. Beide Versammlungen waren konstituierende, beide betrachteten sich als souverän in der Vollziehung dieser ihrer Aufgabe; beide schlossen sich daher streng genommen gegenseitig aus, und es war ein sehr begreiflicher Wunsch des Frankfurter Parlamentes, daß die Preußen nicht früher an die Ausarbeitung ihrer Verfassung gehen sollten, als bis die Verfassung des Reiches vollendet sei. Aber es war doch zugleich ein unerfüllbarer Wunsch; Preußen konnte nicht warten; und dieser Einsicht verschloß man sich denn auch in Frankfurt nicht. Man begnügte sich damit am 27. Mai den Satz auszusprechen, daß alle Einzelverfassungen, auch die, welche jetzt erst begründet würden, nur so weit gültig seien, wie sie mit der künftigen Reichsverfassung übereinstimmten. Die Berliner Nationalversammlung wandte gegen diesen Beschluß nichts ein und so konnte die heikle Frage im Grundsatz als geordnet betrachtet werden.

Die Vereinbarung der Verfassung.

Aber auch thatsächlich verlor sie ihre Gefährlichkeit mehr und mehr dadurch, daß der Berliner Versammlung ihr souveräner und konstituierender Charakter seitens der Regierung mit Ausdauer bestritten wurde. Anerkannt war er von dieser Seite niemals. Schon in der Benennung, welche die Versammlung amtlich führte, ward ihr nur das Recht die Verfassung mit der Regierung zu vereinbaren zugestanden. Allerdings bekämpfte die Linke diesen Standpunkt, aber die Mehrheit der Versammlung ließ ihn doch zu, indem sie schon am 30. Mai bei der Beratung der Geschäftsordnung den Antrag abwies sich selbst als Konstituante zu bezeichnen und dem Könige das Recht der Auflösung abzusprechen. Die Linke verfügte in ihren verschiedenen Schattierungen über höchstens 120 Stimmen; manch hervorragendes Talent stand ihr zu Gebote; neben Johann Jacoby, der einen bekannten politischen Namen mitbrachte, schwangen sich besonders Waldeck und Unruh zu Führern empor, jener Westfale, Katholik, Mitglied des höchsten Gerichtshofs und bisher politisch so wenig bekannt, daß die Nationalzeitung seine Wahl als die eines Reaktionärs beklagte. Ähnliche Unklarheit herrschte während der ersten Wochen in bezug auf viele Abgeordnete; die Wähler selbst hatten nicht selten ihre Stimmen ohne volle Kenntnis der politischen Stellung ihres Vertrauensmannes abgegeben. Die bewährteren und bekannteren Politiker waren nach Frankfurt geschickt, und wenn sich gleichwohl auch in der Berliner Versammlung eine beträchtliche Zahl bedeutender Kräfte herausarbeitete, so blieb sie im Verhältnis zu den Unfähigen und Ungeeigneten doch immer klein. Die gelehrten Stände waren sehr stark vertreten; an 100 Juristen, 80 Geistliche und Lehrer, ebensoviel

Die Parteien.

sonstige Beamte; andererseits freilich auch gegen 100 Bauern und Handwerker, so daß der Großgrundbesitz, der Handel und die Industrie, das große Kapital überraschend schwach vertreten waren. Damit war denn auch die Schwäche der konservativen Partei gegeben und der Schwerpunkt in die Centren gerückt. Diesen aber fehlte es an einflußreichen Führern; die Opposition vom Vereinigten Landtage saß teils in Frankfurt, teils im Ministerium. Von diesem mußte die Leitung ausgehen, wenn die Mittelparteien die Stellung behaupten wollten, die ihnen der Zahl nach zukam. Das Ministerium aber befand sich in einer höchst bedenklichen Lage. Wollte es die Versammlung an sich fetten, so mußte es die aufgeregte Stimmung der Berliner Bevölkerung und die Ansprüche, welche diese an die Volksvertretung stellte, berücksichtigen. Die Zeit war noch nicht gekommen und die Mehrheit besaß in sich selbst nicht Kraft genug um dem Unwillen des souveränen Volkes Trotz zu bieten. Trug das Ministerium aber dieser Thatsache Rechnung, so verdarb es seine Stellung zum Könige. Friedrich Wilhelm hatte in den Tagen der Revolution mit nichten eine innere Umwandlung vollzogen; er war ganz und gar der alte, und der gesamte Liberalismus, wie er jetzt am Ruder war, galt in seinen Augen für nichts als für die verkörperte Sünde und den schrecklichsten Abfall von Gott. Er glaubte einer großen europäischen Verschwörung erlegen zu sein; er fürchtete einen neuen Anlauf derselben, und lieber als sich zum zweitenmale beugen wollte er das „treue, rache-schnaubende Landvolk“ aufbieten und die Verschwörer mit starker Hand demütigen. So hatten die Minister vor ihm einen schweren Stand. Nur Camphausen etwa und Schwerin fanden Gnade in seinen Augen; die anderen erklärte er für Feiglinge, die jedesmal ihre Entlassung forderten, wenn er nicht nachgeben wolle; Heinrich von Arnim mißhandelte ihn förmlich. Hätte die Nationalversammlung sich in einer entgegenkommenden Sprache auf die Thronrede, mit welcher der König sie eröffnete, vernehmen lassen, so würde das die Stellung des Kabinetts auch dem Monarchen gegenüber befestigt haben; vollends nachdem der Antrag auf eine solche Adresse von dem Berliner Abgeordneten Duncker einmal gestellt war, mußte das Ministerium dringend die Annahme wünschen; denn jetzt erschien die Ablehnung allerdings wie ein Mißtrauensvotum. Trotzdem schwankte das linke Centrum in seinem Entschluß, und erst als die Minister Hansemann und Camphausen mit ihrem Rücktritt drohten, wurde der Erlaß einer Adresse beschloffen und ein Ausschuß mit dem Entwurf betraut. Noch hatte dieser sein Werk nicht vollendet, als die Linke mit einem kecken Streiche dazwischen fuhr. Wenn die Adresse notwendigerweise eine Anerkennung des Königs und des Ministeriums enthalten mußte, so sollte die Mehrheit vorher auch die Souveränität des Volkes anerkennen, indem sie genötigt wurde die Märztage als die Grundlage ihres Daseins zu verherrlichen, was sie, wie man auf der Linken glaubte, dem Berliner Volke gegenüber schwerlich verweigern konnte. So stellte denn der Abgeordnete Berends am 8. Juni

Das Mini-  
sterium.

Der König.

Die Adress-  
frage.Antrag  
Berends.

den Antrag: in Anerkennung der Revolution zu erklären, daß sich die Märzkämpfer um das Vaterland verdient gemacht hätten. Allein der Anschlag mißglückte. Nach zweitägiger Verhandlung beschloß die Versammlung auf den Antrag von Zacharias mit 19 Stimmen Mehrheit zur Tagesordnung überzugehen, da ihre Aufgabe nicht sei über die unbestrittene Bedeutung der Märzereignisse, denen man in Verbindung mit der königlichen Zustimmung die staatliche Neuordnung verdanke, historische Urtheile zu fällen, sondern vielmehr die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren. Das war also eine vollständige Niederlage der Linken, eine Anerkennung der königlichen Mitwirkung, eine Anerkennung der Vereinbarungslehre. Wäre der Ausgang ein anderer gewesen, so hätte der König, der von Unwillen über die „Freiheit“ der Linken übermeistert war, einen völligen Bruch nicht gescheut. Auflösung der Versammlung, Entlassung des Ministeriums, Umlagerung von Berlin, das waren die Pläne, die ihm durch den Kopf schossen. Auch der Sieg der Gemäßigten beruhigte ihn keineswegs; nahe genug lag die Beforgnis, daß jetzt ein neuer Aufstand ausbrechen werde. Lärmende Volkshaufen hatten während der Verhandlungen das Gebäude der Singakademie, wo die Versammlung tagte, umwogt, und einzelne Abgeordnete und Minister wie der Prediger Sydow und Heinrich von Arnim waren thätlich mißhandelt worden. In den nächsten Tagen wuchs die Aufregung beständig; die Bürgerwehr machte Miene für die Erhaltung der Ruhe einzutreten; um so lauter forderten die Wühler Waffen für das eigentliche „Volk“ und kündigten unverhohlen einen Sturm auf das Zeughaus an. Trotzdem verabsäumte die Regierung das wichtige Gebäude genügend zu schützen, und als in der Nacht vom 15. zum 16. Juni die Massen in dasselbe eindrangten, ward es von der Besatzung ohne Widerstand geräumt. Der Triumph dauerte allerdings nur wenige Stunden, aber für das Ministerium war das Ereignis doch eine schwere Niederlage. Der Kriegsminister Graf Canitz mußte sofort zurücktreten und seine Kollegen folgten ihm am 25. Juni. Nur Hansemann blieb auf seinem Posten; den Vorsitz übernahm an Camphausens Stelle Rudolf von Auerwald; für Canitz war der General Schreckenstein eingetreten; die übrigen Ministerien erhielten Milde, bisher Präsident der Nationalversammlung und als solcher nunmehr durch Grabow ersetzt, Rodbertus, Märker, Gierke und Rühlwetter. Das neue Kabinett sah seine dringendste Aufgabe darin für die Ruhe Berlins zu sorgen, und die Einrichtung des Instituts der Schutzleute diente diesem Zwecke mit bestem Erfolg. Es war aber nicht minder beflissen, die öffentliche Meinung zufrieden zu stellen und kam der Linken bedeutend weiter entgegen als seine Vorgänger. Diese hatten am Tage des Zeughaussturmes auch in der Nationalversammlung eine empfindliche Niederlage erlitten; trotz ihrer Einsprache gegen solchen „Zeitverlust“ ward der Verfassungsentwurf auf den Antrag Waldeck's und Wachsmuth's, eines Mitgliedes der Rechten, einem Ausschuß überwiesen, welcher seine Mängel ausfüllen und verbessern sollte.

Der Zeughaussturm.

Ministerium Hansemann.

Der Verfassungsausschuß.

Das neue Kabinett nahm diesen Beschluß an und versprach überdies wichtige Vorlagen über die Bürgerwehr und die Aufhebung der Steuerfreiheiten des Adels, besonders aber eine neue Gemeindeordnung, die Balbeck für wichtiger als selbst die Verfassung erklärt hatte. Auch mit dem Könige wußte es sich besser zu stellen; dieser meinte wohl, er komme sich jetzt vor wie im Himmel. Sehr unerfreulich gestaltete sich aber das Verhältnis zu Frankfurt. Dort vollzog sich eben jetzt die Bildung des Reichsministeriums. Einer Reihe hervorragender Preußen wurden Sitze in demselben angeboten; Camphausen sollte den Vorsitz führen, Beckerath das Auswärtige übernehmen. Sie lehnten ab, und ebenso zerschlug sich eine Zusammensetzung Stockmar-Bunsen, die gleichfalls für Preußen sehr annehmbar gewesen wäre. Statt dessen erhielt Leiningen die Leitung und nur der Kriegsminister Beucker und Beckerath, der schweren Herzens die Finanzen übernahm, vertraten das preußische Volk im Räte des Reichsverwesers. Über die schwierige Frage der Huldigung kam man, wie erzählt worden, noch so leidlich hinweg, und die Begegnung des Königs mit dem Reichsverweser bei dem Kölner Feste verlief glatt genug. Aber ein viel ernsthafterer Gegensatz bestand daneben fort und konnte nicht lange in der Schwebe bleiben. Er bezog sich auf die schleswig-holsteinsche Sache, und deren müssen wir deshalb hier rückgreifend gedenken.

Stellung zu  
Frankfurt.

Schon Anfang April 1848 war es zwischen den Dänen und schleswig-holsteinschen Truppen, die, verstärkt durch Freiwillige aus den Herzogtümern und dem übrigen Deutschland, sich für die Sache ihres Heimatlandes erklärt hatten, zu blutigen Kämpfen gekommen. Die Gegend nördlich von Flensburg zu verteidigen war unmöglich, da von Alsen aus beständig die Rückzugslinie bedroht wurde. Aber auch die Stellung um Flensburg mußte am 9. April nach dem verlustreichen Kampfe bei Bau und Grusau preisgegeben werden und nur der eilige Rückzug auf die Eiderlinie rettete die Schleswig-Holsteiner vor der Vernichtung durch die Übermacht: schon am 11. April wehte der Danebrog wieder in der Stadt Schleswig. Aber mittlerweile waren auch die preußischen Truppen und das zehnte Bundeskorps zahlreich genug in Holstein angelangt um zum Angriff übergehen zu können. General Wrangel, der sie führte, richtete an die dänischen Heerführer die Aufforderung Schleswig zu räumen und erzwang diese Forderung durch siegreiche Kämpfe am Danewirk bei Schleswig am 23. und Oversee am 24. April; acht Tage später stand er an der jütischen Grenze. Hätte sich Dänemark weiterer Feindseligkeiten gegen Deutschland enthalten, so würde er an der Königsau Halt gemacht haben. Allein die Beschlagnahme und Aufbringung deutscher Schiffe, sowie die Blokade der Häfen in der Ost- und Nordsee machten weitere Schritte nötig. Am 2. Mai besetzte er Südjütland mit der Festung Friedericia und schrieb eine starke Geldzahlung aus zur Vergeltung für die dem deutschen Handel zugefügten Nachteile. Von diesem Zeitpunkte ab wurde jedoch die Entschlossenheit der Kriegsführung

Der Krieg in  
Schleswig-  
Holstein.

Einmarsch  
der Preußen.

Einmarsch in  
Jütland.

durch die Einmischung der fremden Diplomatie gelähmt. Besonders ungeberdig benahm sich Zar Nikolaus, der es seinem königlichen Schwager nicht verzeihen wollte, daß er sich in den Dienst der Revolution gestellt habe, und der sogar dessen Bruder, dem Prinzen von Preußen, als derselbe noch in London war, den Antrag machte mit russischen Truppen auf Berlin zu marschieren und die demokratische Wirtshaft daselbst über den Haufen zu werfen. England war weniger entschieden, aber doch unzweifelhaft den Dänen geneigt; die Frankfurter Centralgewalt erkannte keine der Großmächte an; zu Dänemarks Gunsten erhob sogar Schweden seine Stimme gegen Preußen. Alle verlangten mindestens die Räumung Sütlands, und die Gesandten der Großmächte in Kopenhagen richteten sogar unmittelbar an Wrangel die Forderung sich zurückzuziehen. Natürlich lehnte der General das ab, sofern nicht Dänemark die schleswigische Insel Alsen räume, die gefaperten Schiffe zurückgebe und die Blokade aufhebe. Das preußische Kabinett und der Bundestag billigten auch dieses Verhalten, aber Ende Mai erging doch von Berlin der Befehl zum Rückzug. Die Dänen drangen sofort nach und griffen außerdem von Alsen aus die unter Halkett in Sundewitt stehenden Hannoveraner an. Auch diese Halbinsel mußte nach dem Gefecht bei Mübel am 28. Mai vorübergehend geräumt werden; doch erzwangen die Generale Bonin und Halkett schon am 5. Juni bei Düppel von neuem den Besitz, während der Bajer von der Tann am 7. mit seiner Freischar ruhmvoll und glücklich bei Hoptrup (zwischen Hadersleben und Apenrade) kämpfte, so daß Ende Juni nach einem Gefechte bei Hadersleben das Land bis zur Königsau wieder von den Dänen gesäubert war.

Rückzug  
Wrangels.

Diplomatische  
Verhandlungen.

Unterdessen waren in London eifrige Verhandlungen gepflogen, bei denen Lord Palmerstons Haltung den deutschen Forderungen nicht eben ungünstig war. Dänemark verlangte, daß während des Waffenstillstandes die vorläufige Regierung und das schleswig-holsteinsche Heer aufgelöst und ein Ersatz für beides in Schleswig durch den König von Dänemark, in Holstein durch den Bund geschaffen werde; England dagegen empfahl das Land in der Zwischenzeit völlig sich selbst zu überlassen und begünstigte den Eintritt Schleswigs in den Bund mit der Einschränkung, daß den nördlichen Bezirken bei freier Abstimmung der Anschluß an Sütlund zugestanden werde. Dem widersetzte sich Dänemark hartnäckig und erreichte zunächst so viel, daß die weiteren Verhandlungen unter schwedischer Vermittlung in Malmö stattfanden, wohin der König von Preußen den General von Below entsandte. Friedrich Wilhelm sehnte sich lebhaft nach dem Frieden, da ihm die Sache der Herzogtümer täglich mehr in revolutionärem Lichte erschien und er überdies befürchtete, daß die Drohungen des Zaren und die Erbitterung des deutschen Volkes zum Krieg mit Rußland führen könnten. Entschlossen in diesen niemals zu willigen, bedurfte er militärischer Kräfte zu seinem Schutz, ein Grund mehr die baldige Rückkehr der Garden vom Kriegsschauplatz zu wünschen. So ließ er sich also Ende Juni auf die Verhandlungen in

Malmö ein. Sie zogen sich, einmal bereits abgebrochen, dann in Bellevue bei Kolding wieder aufgenommen, mehrere Wochen hin und ergaben schließlich am 19. Juli ein Einverständnis, dessen wesentlichen Inhalt ein dreimonatlicher Waffenstillstand, die beiderseitige Räumung der Herzogtümer, die Teilung der schleswig-holsteinschen Armee in eine schleswigische und eine holsteinsche und die Ersetzung der vorläufigen Regierung durch eine von Dänemark und Preußen gemeinsam zu ernennende Behörde bildeten. Da nun aber Preußen den Krieg namens des Bundes führte und der Bundestag seit dem 11. Juli nicht mehr bestand, war die Zustimmung des Reichsverwesers und des Parlamentes erforderlich. Letzteres hatte sich wiederholt mit großer Entschiedenheit zu Gunsten der Herzogtümer ausgesprochen und bereits am 9. Juni erklärt, es werde keinen Frieden genehmigen, der die Rechte der Schleswiger und die Ehre Deutschlands schädige. Auch das Reichsministerium war von dem größten Eifer beseelt; es hatte auf das Gerücht von den Malmöer Verhandlungen die süddeutschen Regierungen zu Truppensendungen nach dem Norden aufgefördert und im Parlamente erklärt, der Krieg müsse fortan mit Reichstruppen und Reichsgeldern geführt werden. Aber trotzdem erteilte Erzherzog Johann am 7. August mit einigen Einschränkungen den Verhandlungen von Bellevue seine Zustimmung, und die Verhandlungen begannen darauf in Malmö von neuem. Auch die Reichsgewalt ordnete in der Person May von Gagerns einen Vertreter dazu ab; aber die Dänen weigerten sich so hartnäckig mit ihm sich einzulassen, daß auch Preußen endlich darauf verzichtete. Das verbesserte nun freilich die Stimmung zwischen Berlin und Frankfurt nicht und vollends die weiteren Zugeständnisse, zu denen sich Preußen in dem Vertrage von Malmö am 26. August 1848 herbeiließ, erregten in Frankfurt das größte Mißfallen. Die Dauer des Waffenstillstandes ward auf 7 Monate verlängert, also der Winter, wo die dänische Flotte wenig Schaden konnte, hineingezogen worden und Deutschland nach Dahlmanns bitterem Wortspiel geradezu in den April geschickt. Außerdem sollten alle seit dem März in Schleswig-Holstein erlassenen Gesetze und Verordnungen außer Kraft gesetzt und zum Präsidenten der gemeinschaftlich ernannten Regierung Graf Karl Moltke, einer der verhaßtesten Dänenfreunde, erkoren werden. Diese Nachrichten riefen in Frankfurt ebenso große Bestürzung wie Erbitterung hervor. Hatte man die Mittel sich dem Willen Preußens zu widersetzen? und konnte man andererseits mit Ehren bestehen, wenn man diesen Abmachungen zustimmte, wenn man die Regierung in Rendsburg preisgab und die deutschen Truppen aus deutschem Bundesgebiete zurückzog? Unterwerfen Sie sich jetzt beim Anblick der Gefahr, so rief Dahlmann entriistet den Schwankenden zu, dann werden Sie Ihr ehemals so stolzes Haupt nie wieder erheben, denken Sie an meine Worte: nie! Den Ernst der Lage verkannte wohl niemand im ganzen Parlament. Als das Ministerium am 4. September den Wortlaut des Vertrages mittheilte, wurde auf Antrag von Waitz binnen 24 Stunden ein Aus-

Der Waffenstillstand von Malmö.

Die Opposition in Frankfurt.

Die September-  
tage.

Schlußbericht über die Sachlage erfordert. Dahlmann erstattete ihn und verlangte, daß die Ausführung des Vertrages eingestellt werde. Es gab einen heißen Kampf im Parlamente; die gesamte Linke, die ihn so oft geschmäht und verspottet, scharte sich unter Dahlmanns Fahne; aber die eigene Partei erklärte sich in großer Mehrheit wider ihn und das Ministerium drohte mit seinem Rücktritt, wenn der Antrag durchgehe. Dennoch, und obgleich Preußen mittlerweile den Vertrag schon bestätigt hatte, fand sich eine knappe Mehrheit von 17 Stimmen für die Verwerfung, und Dahlmann als der Führer der bunt zusammengewürfelten Majorität sollte nun ein neues Ministerium bilden. Aber wie das anfangen? Aus der Linken, mit der er nichts gemein hatte, konnte er sich seine Kollegen nicht wählen, seine eigenen Gesinnungsgenossen verweigerten, wie sie nicht anders konnten, ihm ihren Beistand. Nach drei sorgenvollen Tagen mußte er dem Reichsverweser die Unausführbarkeit des Auftrages, der ihm geworden, anzeigen. Nicht glücklicher war ein Versuch des Abgeordneten Hermann aus München; das Ende war also die Rückkehr des früheren Ministeriums, aus dem jedoch Leiningen schied, während Schmerling den Vorsitz übernahm. Nicht einmal der Beschluß vom 5. September war in dieser Verwirrung ausgeführt worden; wenige Tage später ward er ausdrücklich wieder aufgehoben, der Vertrag genehmigt. Die Mehrheit des Ausschusses beantragte zwar auch jetzt noch die Verwerfung, aber wenn auch dieselbe Zahl von Abgeordneten am 16. September für sie stimmte, wie am 5. (238, resp. 236), so waren die Reihen der Gegner in der vollzähligeren Versammlung doch so bedeutend gewachsen (von 221 auf 258), daß der Sieg auf ihrer Seite blieb. Der Ingrim, der sich darob der Linken bemächtigte, war ungeheuer: die Leidenschaftlichsten sannan darauf den Sieg, der ihnen im Parlamente entrisen war, mit Hilfe des Pöbels zurückzugewinnen. Am 17. September, einem Sonntage, veranstalteten sie auf der Pfingstweide eine Massenversammlung, die auf 20 000 Köpfe geschätzt wurde. In den maßlosesten Reden wurde auf die 258 Verräter geschimpft; Zitz, der Abgeordnete von Mainz, forderte die Massen auf „mit Fraktur zu schreiben“; andere Mitglieder der Versammlung, Ludwig Simon, Wesendonck, Schlössel, unterstützten ihn; am nächsten Tage sollte die Überreichung einer Adresse die Gelegenheit bieten das Parlament zu sprengen und die Republik auszurufen. Das Ministerium traf jedoch zu rechter Zeit schützende Vorkehr; österreichische und preußische Truppen wurden aus Mainz herangezogen und die Paulskirche besetzt. Gereizt durch diese neue Enttäuschung, begannen die Republikaner Barrikaden zu bauen ohne doch imstande zu sein sie zu behaupten. Ernstliche Gefahr drohte von diesen wahnwitzigen Versuchen nicht; aber ohne Blutvergießen ging es auch nicht ab. Nicht von den Soldaten allein fanden mehrere ihren Tod, sondern sogar zwei angesehenen Mitglieder der Nationalversammlung, Hans von Auerwald und Fürst Lichnowski, wurden vor dem Friedberger Thor in barbarischer Weise hingschlachtet. Der alte Zahn, der

Der Aufstand  
in Frankfurt.

Minister Hecker entgingen kaum demselben Schicksal, und geringeren Mißhandlungen waren — hoffentlich nur durch Verwechslung, wie die Parteigenossen meinten — selbst Mitglieder der Linken ausgesetzt. Diese schmachvollen Böbelszenen erfüllten alle Vaterlandsfreunde mit Scham und Enttäuschung; mahnend riefen wohlwollende Stimmen den Republikanern zu auf ihrem Wege einzuhalten, aus dem Erlebten sich die rechte Lehre zu ziehen. Aber nach einigen Tagen der Bestürzung und Mäßigung schlugen jene den alten Ton ganz wie früher wieder an und traten mit einer Frechheit — kein anderer als der Präsident von Gagern gebrauchte diesen Ausdruck in offener Sitzung — gegen die Mehrheit auf, die dem Langmütigsten das Blut zum Sieden bringen mußte. Schwer litt die ernste geschäftliche Arbeit unter solchen Vorgängen und fast noch schwerer das sittliche Ansehen, dessen die Versammlung zur Lösung ihrer Aufgabe so dringend benötigte. Den Rückschrittmännern aber schwoh das Herz und wuchs der Mut bei jeder neuen Ausschreitung der äußersten Linken. Täglich wurde es offener, daß der Kreis derer, welche noch mit Hoffnung und Vertrauen auf das Parlament blickten, zusammenschumpfe und die Zahl solcher, die sehnüchtig eine starke Regierung zurückwünschten, sich erweitere. Die Vorgänge in den anderen Teilen Deutschlands bewegten sich in derselben Richtung. Baden erlebte eine zweite republikanische Erhebung, die freilich noch kläglicher auslief als die vom April. Hecker stand diesmal nicht an der Spitze; er war wenige Tage vor dem 18. September nach Amerika abgesegelt; die Leiter waren Struve, Löwenfels und Karl Blind. Von Basel aus, wo sie trotz aller Einreden des Reichsministeriums ruhig wohnen durften, brachen sie am 21. September in Baden ein. Lörrach wurde besetzt, das Volk aufgeboten und durch den Schwarzwald bis ins Rheinthal vorgerückt. Aber schon am 24. zerstoben die ungerichteten Scharen bei Staufien vor den Truppen des Generals Hoffmann und der Spuk war zu Ende. Noch weniger hatten die Gärungen und Bewegungen zu bedeuten, die sich in anderen Teilen Deutschlands bemerklich machten; nur an dem Hauptstie der flachsten Demokratie, in Wien, kam es zu einer Erhebung, die von ernstesten Folgen begleitet war.

Der Aufstand  
in Baden.

### Die Krisis in Osterreich.

Trotz des Erfolges, den die österreichischen Waffen in der Lombardei errungen, war die Lage des Kaiserstaates seit dem Juli kaum besser geworden. Der Reichstag, der in Wien am 22. Juli zusamen-

Der Reichstag  
in Wien.

trat, war eine traurige Versammlung. Er zählte unter seinen Mitgliedern nicht weniger als 92 Bauern, die auf der niedrigsten Bildungsstufe standen und in blindem Hass gegen ihre Unterdrücker, die Gutsherren, aufgewachsen waren. Die alten Geschlechter Osterreichs waren nur sparsam vertreten; die Mehrzahl der Abgeordneten war des Deutschen unkundig. Zu ihrem Vorsitzer erwählten sie einen ganz unfähigen Wiener

Advokaten Schmitt; als Stellvertreter wurden ihm zwei Slawen zugeordnet, der Tscheche Strobach, der ihn bald ersetzte, und der Pole Smolka. Eine feste Parteibildung war nur auf der Grundlage der Nationalitäten möglich; die Deutschen saßen auf der Linken, die Tschechen auf der Rechten. Eine Adresse an den Kaiser eröffnete die Verhandlungen; sie forderte die Rückkehr des Monarchen nach Wien und war erfolgreich. Unsonst verlangten besonnene Männer wie Stadion, daß vorher durch die Auflösung der Studentenlegion und ähnliche Maßregeln Bürgerschaft für die Erhaltung der Ordnung geschaffen würde; ohne sie erlangt zu haben zog am 12. August der kranke Ferdinand, sehr lau vom Volke begrüßt, wieder in seine Hauptstadt ein. Auch die zweite Frage, die in Anregung kam, wurde mit vieler Mühe zu einem guten Ende geführt, die wichtigste, die überhaupt dem Reichstage gestellt werden konnte: noch drückte die Bauern und manche Klassen der städtischen Bevölkerung die unendliche Reihe der Lasten und Fronden, die sich aus dem Unterthänigkeitsverhältnis herschrieb; sie mit einem Schlage aufzuheben beantragte der Abgeordnete Rudlich. Vom 8. August bis 7. September dauerten die Verhandlungen. Nicht die Rede- und Verbesserungslust der Reichstagsmitglieder allein hatte diesen Zeitaufwand herbeigeführt, sondern ebensowohl die innere Schwierigkeit der Sache und der heftige Zwiespalt der Meinungen darüber, ob den Herren für ihre Rechte eine Entschädigung zu gewähren sei oder nicht. Das Ministerium forderte die Entschädigung unter Androhung seines Rücktrittes; die Bauernpartei tobte dagegen in ungezügelmtem Hasse; die Köpfe derer, erklärte ein Redner, die für die Entschädigung sprächen, seien nicht mehr wert als die Anatomie dafür zahle; endlich gewann der Antrag Lassers den Sieg, daß eine Scheidung zwischen den Lasten getroffen und der eine Teil mit, der andere ohne Entschädigung aufgehoben werden solle. Auf dieser Grundlage ward das Gesetz angenommen und am 9. September vom Kaiser bestätigt.

Rückkehr des  
Kaisers.

Aufhebung der  
Feudallasten.

Ungarn.

In denselben Tagen, wo dieser wichtige Fortschritt gelang, traf in Wien eine ungarische Deputation von 100 Mitgliedern ein, die den Kaiser einladen sollte nach Pest zu kommen. Es war der letzte, aussichtslose Versuch den völligen Bruch zwischen beiden Hälften der Monarchie zu verhüten. Geraume Zeit hindurch hatte es den Anschein gehabt, als ob der Kaiser die neue Ordnung der Dinge in Ungarn billige. Mit großer Entschiedenheit hatte er sich gegen die Selbständigkeitsbestrebungen in den Nebenländern der Stefanskronen ausgesprochen und in einem Manifeste vom 10. Juni bei dem lebendigen Gott geschworen, daß er die Unversehrtheit der ungarischen Krone schützen werde. Am härtesten traf dieser kaiserliche Zorn den kroatischen Banus Jellatschitsch, der mit der ungarischen Regierung in offener Fehde lag. Bereits im Mai verfügte diese eigenmächtig seine Enthebung von dem Posten, welchen der Kaiser ihm anvertraut. Jellatschitsch aber, weit entfernt zu gehorchen, verband sich nun erst recht mit der kroatischen Nationalpartei und berief

Jellatschitsch.

zum 5. Juni den Landtag des dreieinigten Königreiches nach Agram. Allerdings blieben nicht bloß die Dalmatiner aus, die ihre Vertreter in den Reichstag nach Wien sandten, sondern auch die Slawonier, die sich auf Ungarns Seite schlugen; und selbst mit den Serben der Wojwodina, die sich doch freiwillig ihnen angeschlossen, kamen die Kroaten nicht zum Besten aus. Die nationalen Forderungen, die in Agram erschollen, hatten daher einen sehr dürftigen Rückhalt; trotzdem waren sie nichts weniger als anspruchlos, denn sie gingen auf ein südslawisches Königreich, das Krain, Kärnthén, Istrien in sich aufnehmen und mit der übrigen Monarchie nur die Ministerien des Krieges, des Auswärtigen und der Finanzen gemein haben sollte. Solcher Pläne hatte man sich in Wien von einem Landtag, den Jellatschitsch beherrschte, nicht versehen; der Banus ward mit den bittersten Vorwürfen überhäuft und nach Innsbruck vorgeladen. Ohne sich zu übereilen traf er Mitte Juni am kaiserlichen Hoflager ein. So schwierig seine Stellung auch schien, so wußte er sich doch leidlich zu rechtfertigen; besonders ein Aufruf, durch den er die Südslawen in Radekys Heer ermahnte treu dort auszuharren und für ihren Kaiser zu kämpfen, befestigte von neuem das Zutrauen in seine Ehrlichkeit und Anhänglichkeit. Der Kaiser lenkte ein, gab seine Parteinahme für die Ungarn auf und übertrug dem Erzherzog Johann den Versuch einer Vermittlung zwischen den streitenden Interessen. Allein dazu war es bereits zu spät. Die Serben, denen die Kroaten noch viel zu bedächtig vorgingen, setzten einen Landesauschuß (Odbor) ein, an dessen Spitze der junge Stratimirowitsch stand, und griffen zu den Waffen. In denselben Tagen, wo Jellatschitsch in Innsbruck verweilte, begannen in der Wojwodina die Feindseligkeiten. Die Ungarn blieben im Nachtheil; ein Angriff, den sie unter General Grabowski auf Karlowitz machten, wurde von Stratimirowitsch erfolgreich zurückgeschlagen. Ungeduldig forderte nun der Agramer Landtag vom Kaiser, daß Jellatschitsch wieder eingesetzt werde und erklärte sich für unauflösbar. Dem Banus mußten diese Schritte sehr unlieb sein, weil sie ihm die Verständigung mit dem Hofe erschwerten; aber er wußte sich mit guter Art aus der Verlegenheit zu helfen. Am 9. Juli bestätigte er die Unauflösbarkeit und vertagte in demselben Augenblicke „mit einem väterlichen Gruße“ den unauflöslichen Landtag, der niemals wieder zusammentrat. Dann eilte er nach Wien um dort mit dem Erzherzog Johann, dem Palatinus Stefan und dem ungarischen Ministerpräsidenten Batthyány über einen Ausgleich zu verhandeln. Dabei fand er Gelegenheit sich einen bedeutenden Anhang in der Hauptstadt zu verschaffen, während die Magyaren von allen Seiten scheel angesehen wurden. In der That hatte sich seit zwei Monaten die Sachlage völlig umgekehrt; jetzt konnte niemand mehr, wie Anfang Juni, in den Südslawen die gefährlichen Feinde und in den Ungarn die Freunde des österreichischen Staates erblicken. Die Tapferkeit, mit welcher die illyrischen Regimenter in Italien gekämpft, bürgte für die Treue ihres Volkes und Jellatschitsch

Rampf in der  
Wojwodina.

Jellatschitsch in  
Wien.

Haltung der  
Ungarn.

selbst hatte sich durch seine letzten Handlungen von jenem Verdachte gereinigt. In Ungarn dagegen mehrten sich die Zeichen einer völligen Entfremdung von den gemeinsamen Interessen des Kaiserstaates. Seit der Erzherzog-Palatin am 26. Juni von dem Kaiser mit den Rechten des Souveräns ausgestattet und der ungarische Reichstag am 2. Juli in Ofen zusammengetreten war, kamen nur besorgliche und verletzende Botschaften über die Leitha herüber. Sämtliche Ministerien des Palatinus handelten, als ob sie völlig von der Wiener Regierung losgelöst seien; ungarische Diplomaten wurden an fremde Höfe geschickt, ein ungarisches Heer begründet, ungarische Anleihen und ungarisches Papiergeld ausgegeben. **Kossuth**, der Finanzminister, wies der Politik des Palatinus ihre Wege an. Jede Woche lieferte neue Belege für seinen gewaltigen Einfluß, dem die Batthyány, Cötvös, Deak nicht das Gleichgewicht zu halten vermochten. Wenn uns der Himmel verläßt, hatte er bei Eröffnung des Reichstags in seiner Zeitung, dem Kossuth-Hirlapia, geschrieben, so werden wir uns aus der Hölle Geld verschaffen. Am 11. Juli forderte er von dem Reichstag mit hinreißender Beredsamkeit 200 000 Mann und 42 Millionen Gulden; krank, wie er war, brach er nach zweistündigem Sprechen ohnmächtig zusammen; aber es weckte ihn der donnernde Ruf, in den die Abgeordneten nach dem Vorgange Nyáry's, eines Führers der Linken, ausbrachen: Wir schwören es, wir geben alles! Und wozu sollte dieses Heer, dieses Geld dienen? Batthyány hatte in Innsbruck versprochen, Ungarn werde sich kräftig an dem Kriege in Italien beteiligen; Kossuth dagegen erklärte sich in offener Kammer-sitzung für die Abtretung der Lombardei bis an die Etzsch, und wenn er das auch anderen Tags einschränkend als seine Privatansicht bezeichnete, so konnte der Reichstag doch nun zu keiner weiteren Zusage vermocht werden, als daß er nach Herstellung der Ordnung in Ungarn dem Kaiser hilfsreiche Hand zur Erkämpfung eines Friedens bieten wolle, der den Wünschen der italienischen Nation und der Würde des Thrones gleichmäßig entspreche. Auch in bezug auf Deutschland ward am 3. August ein Beschluß gefaßt, der in Wien wenig behagen konnte: auf Teleki's Antrag erklärte der Reichstag, in einem Kampfe gegen die deutsche Einheit dürfe man auf Ungarns Hilfe nicht rechnen. Dazu kamen noch Maßregeln wie das Verbot des österreichischen Papiergeldes und der Silberausfuhr in die westliche Reichshälfte, ganz besonders aber die Beschlüsse eine eigene ungarische Anleihe auszuschreiben und neben dem bestehenden Heere gesonderte ungarische Bataillone zu errichten. Infolge dieser Vorgänge zog der Kaiser am 22. August die dem Palatin erteilte unbedingte Vollmacht zurück, verwarf das Anleihe- und das Militär-gesetz und befahl, daß die Feindseligkeiten gegen Serben und Kroaten eingestellt und Beratungen in Wien begonnen würden, an denen ungarische und österreichische Minister samt dem in seine Würde wieder eingesetzten Banus Jellatschitsch teilnehmen sollten. Das Schreiben, in welchem er dies dem Palatin anzeigte, nannte die Richtung, die Ungarn

Bruch des  
Kaisers mit  
den Ungarn.

eingeschlagen, gefährlich für das Gesamtreich und verwies auf eine Denkschrift des Wiener Ministeriums, die dies im einzelnen ausführte und überdies behauptete, die Zugeständnisse, welche der Kaiser den Ungarn seit dem März gemacht, bedürften zu ihrer Gültigkeit die Zustimmung der übrigen Kronländer.

Unverkennbar war durch diese Wendung den neuen Zuständen der Boden unter den Füßen weggezogen. Die magharischen Führer richteten danach ihre Handlungsweise ein. Während Batthyány in Wien mit zornigen Worten die Rücknahme des kaiserlichen Schreibens forderte, drohte Kossuth im Reichstage mit einer außerordentlichen vollziehenden Gewalt, die nicht aus dem Gesetz sondern aus der Gefahr des Vaterlandes die Mittel ihrer Thätigkeit entnehmen werde. Um Batthyány's Forderungen Nachdruck zu geben ward jene Abordnung von 100 Mitgliedern nach Wien geschickt und ihr der Auftrag gegeben die Überriedelung des Kaisers nach Ofen zu verlangen. Statt dessen erhielt sie die Kunde von der am 4. September erfolgten Wiedereinsetzung des gehäbsten Jellatschitsch in alle seine Würden und wenige Tage darauf die weitere Nachricht, daß der Banus mit 40 000 Mann die ungarische Grenze überschritten habe und gegen Ofen rücke. In der ersten Aufwallung des Zornes legte Batthyány seinen Ministerposten nieder und eilte nach Pest, wo er Kossuth bereit fand die Diktatur zu übernehmen. Die Verantwortlichkeit diesen unheilbaren Schritt veranlaßt zu haben bewog ihn seinen Rücktritt zu widerrufen und ein neues Kabinett aus gemäßigt-konservativen Männern, wie Koloman Ghiczy, Erdödy und Bay, zu bilden. Während er seine Bedingungen nach Wien sandte und einstweilen, vom Reichstag und Palatinus anerkannt, die Geschäfte führte, zog Jellatschitsch zwischen dem Platten-See und der Donau gegen Ofen heran. Noch war vom Kaiser durch keine Äußerung der Einfall des Banus gebilligt; auch das Wiener Ministerium hatte nur mittelbar die Vorbereitungen dazu gefördert; noch war es gestattet das Unternehmen für die eigenmächtige Entschließung eines Mannes zu halten, der sich offen rühmte 21 kaiserliche Handschreiben unbefolgt gelassen zu haben und für den Kaiser, selbst gegen des Kaisers Willen, zu kämpfen. Zunächst galt es seinem Vorrücken Einhalt zu gebieten, und der Palatinus selbst ging zur ungarischen Armee ab. Wenn irgend möglich, wünschte er aber doch einen blutigen Zusammenstoß zu vermeiden; er bot deshalb Jellatschitsch eine Unterredung an Bord eines Dampfers an, auf dem er selbst am 21. September nach Szemes am Platten-See, dem Hauptquartier des Banus, fuhr. Der argwöhnische Kroat meinte jedoch, die Maschine des Schiffes könne am Ende zum großen Leidwesen des Prinzen stärker sein als dessen Ehrenwort; er ziehe es deshalb vor das feste Land nicht zu verlassen. So wurde aus der Besprechung nichts, und der Palatinus, ohne Zweifel überzeugt, daß Jellatschitsch auf des Kaisers Befehl handle, entschloß sich von einem Amte zurückzutreten, das ihn in eine unheilvolle Doppelstellung versetzte. Er verließ das Heer, gab

Beginn der  
Feindseligkeiten.

Rücktritt des  
Palatinus.

seine Vollmacht am 24. September in Wien in des Kaisers Hände zurück und reiste, von den Schmähungen der Ungarn wie von der Ungunst des Hofes begleitet, nach seiner nassauischen Besitzung Schaumburg an der Lahn ab, wo er bis an seinen Tod in freiwilliger Verbannung lebte.

Lamberg's  
Er mordung.

Nun säumte auch der Kaiser nicht länger offen Partei zu nehmen. Noch am 24. September ward den ungarischen Truppen verboten Jellatschitsch anzugreifen, am 25. wurde der Hofrichter Georg Majlath zum stellvertretenden Palatinus, Baron Bay an Batthyány's Stelle zum Ministerpräsidenten, General Lamberg zum Oberbefehlshaber aller in Ungarn stehenden Truppen, also auch des kroatischen Heeres, ernannt. Diese letztere Bestimmung konnte zwar die Magyaren insofern befriedigen, als sie eine Unterordnung des Banus enthielt; aber das war ein Zugeständnis in der Form, nicht in der Sache, und genügte deshalb nicht. Ueberdies fehlte der Ernennung Lamberg's die Gegenzeichnung durch einen ungarischen Minister, wodurch sie erst recht als ein ungesetzlicher Willkürakt erschien. Lamberg selbst empfand das lebhaft und eilte sofort nach Pest um sich die Einwilligung Batthyány's zu holen, mit dem er befreundet war. Aber er traf den bisherigen Ministerpräsidenten nicht dort; derselbe war, gleichfalls von dem Wunsche befeelt sich mit Lamberg zu verständigen, ins Lager geeilt, wo er ihn zu finden hoffte. Herr in der Hauptstadt war Kossuth. Schon am 22. September hatte der Reichstag ihn mit Nyary, Madarasz, Szemere und zwei anderen Abgeordneten als Ausschuß zur Landesverteidigung dem Ministerium zur Seite gestellt. Jetzt, in Batthyány's Abwesenheit, beherrschte er vollkommen die Lage. Kaum hörte er von Lamberg's Ankunft in Pest, so ließ er den General, falls er den ihm vom Kaiser ungesetzlich übertragenen Oberbefehl annehme, durch den Reichstag für einen Landesverräter erklären. Mehr bedurfte es nicht um den ohnedies leidenschaftlich erregten Pöbel vollends zu fanatisieren. Wo Lamberg sich sehen ließ, war er feindlichen Angriffen ausgesetzt, so daß ihn schließlich die Nationalgarde zu seiner eigenen Sicherheit verhaftete. Aber während sie ihn am Morgen des 28. September über die Donaubrücke nach Pest führte, stürzte sich ein Pöbelhaufe über den Unglücklichen mit Knütteln, Sensen und Äxten und mordete ihn unter den scheußlichsten Martern und Verstümmelungen.

Jellatschitsch's  
Rückzug.

Jellatschitsch's Nähe und die Furcht vor seiner Rache hatte der Leidenschaft nicht Halt gebieten können; aber schon die nächsten Tage entfernten auch diese Furcht. Eine unbedeutende Schluppe östlich von Stuhlweißenburg, bei Belencze, veranlaßte den Banus sich nach der österreichischen Grenze hinzuziehen. Ein Teil seiner Truppen unter General Roth, gegen 10 000 Mann stark, verlor dabei die Fühlung mit der Hauptmacht und sah sich bald von allen Seiten umzingelt; es war der erste glänzende Erfolg der Magyaren, als sie, geführt von Arthur Görgey und Perczel, am 7. Oktober diese Regimenter bei Dzora

zur Ergebung zwingen. Nun war der Banus nicht sobald zu fürchten und mit Verachtung konnte man das kaiserliche Manifest beiseite schieben, das ihn am 3. Oktober zum Stellvertreter des Königs in Ungarn ernannte, das Kriegsgesetz im ganzen Königreich verkündete und den Reichstag auflöste. Der offene Krieg war ausgebrochen; der Kaiser und Kossuth standen sich gegenüber; es war eine Frage der Macht geworden, wer das Feld behauptete. Und diese Frage lag nicht zu Ungunsten des Rebellen; das Land, das Heer, fast alle Festungen waren in seiner Hand; in dem Verteidigungsausschuß, im Reichstag gebot er unumschränkt; voller Begeisterung stand das Volk in großer Mehrheit hinter ihm. Und wenn noch etwas fehlte um die Hoffnung des Sieges zur unverbrüchlichen Gewißheit zu erheben, so geschah auch das jetzt; deutsche Truppen, die deutsche Hauptstadt Osterreichs erklärten sich wider den Kaiser und für den Empörer; aufs neue mußte der kranke Herrscher aus dem Schlosse seiner Väter fliehen, und statt die Stefanskronen wieder zu gewinnen galt es jetzt die Stammlande, den Herrschersth selbst den Auführern wieder zu entreißen.

Bis in den August hinein war die Stimmung der Wiener den Ungarn durchaus nicht freundlich gewesen; auch die leitenden Demokraten wollten die Erhaltung des Kaiserstaates und grollten den Absonderungsgefühlen der Magyaren. Aber zwei Einflüsse änderten unmerklich die Stimmung: die Hinneigung zu dem demokratischen Geist, der sich in dem ungarischen Reichstage so kräftig entfaltete, und der wachsende Widerwille gegen die Slawen, die sich als die wahren Vertreter des Einheitsstaates aufspielten und ihre Mehrheit in dem Wiener Reichstage ebenso wohl gegen das Deutschtum wie gegen die Magyaren zu verwerten begannen. Wenn sie das Deutsche als Verhandlungssprache noch duldeten, so erzwangen sie doch anfangs September daneben die Einführung von Dolmetschern, die auf Verlangen von zehn Abgeordneten jeden Antrag vor der Abstimmung in allen Sprachen des Kaiserstaates verkündigen mußten, und bei der Beratung dieser Neuerung fielen die schärfsten Worte gegen die Deutschen. Wie leicht konnte nun diese slawische Majorität ihre Macht zu wichtigen Beschlüssen ausnutzen, wie leicht sich mit den Ministern, die längst schon von den Demokraten als Reaktionäre verschrien wurden, zu freiheitsfeindlichen Maßregeln verbinden. Das schien um so bedrohlicher, als die Demokratie seit dem 23. August den Sicherheitsausschuß verloren hatte, in dem bis dahin ihre ganze Stärke lag. Infolge von Lohnverminderungen, welche das Ministerium bei den öffentlichen Arbeiten angeordnet hatte, waren nämlich Unruhen in der Hauptstadt ausgebrochen, und der Sicherheitsausschuß hatte geglaubt durch die Drohung, er werde sich anderenfalls auflösen, die Regierung zum Nachgeben zwingen zu können. Statt dessen hatte diese die Auflösung in verbindlichster Weise angenommen und die Unruhen erfolgreich bekämpft. Ein paar Wochen hatte die verdubzte Demokratie den neuen Zustand ärgerlich ertragen; gegen Mitte September aber versuchte sie sich

Die Stimmung  
in Wien.

Auflösung des  
Sicherheits-  
ausschusses.

Neuer Auf-  
schwung der  
Demokratie.

wieder in neuen Straßenaufmärschen, die am 13. ihren Höhepunkt erreichten. Zwar gelang es dem Ministerium auch jetzt schlimmeres zu verhüten, aber die Errichtung eines Centralkomitees der demokratischen Vereine war doch nicht zu verhindern. Infolgedessen nahm das Klubwesen einen neuen Aufschwung; Prediger, die von auswärts kamen, wie Ronge und Julius Fröbel, brachten neue Anregung; ganz besonders aber boten die Vorgänge in Ungarn dankbaren Stoff. Daß man für die Magyaren Partei zu nehmen habe, konnte nicht zweifelhaft sein; waren doch die reaktionären Minister und die slawische Reichstagsmehrheit gegen sie. Bislang nun hatte sich diese Parteinarahme nur in Reden und Beschlüssen kundgeben können; der Ausbruch des Krieges in Ungarn bot die Gelegenheit sie auch durch die That zu beweisen. Auf Befehl des Kriegsministers Latour sollte nämlich am 6. Oktober ein Wiener Regiment nach Ungarn abmarschieren um den Banus zu verstärken. Aber unzufrieden das gemächliche Leben in der Residenz mit dem beschwerlichen Feldlager zu vertauschen und überdies längst von demokratischen Ideen angesteckt, weigerten sich die Truppen zu gehorchen. Auch als sie durch ein galizisches Regiment dazu gezwungen werden sollten, beharrten sie auf ihrem Widerstande, die Bevölkerung der Vorstädte kam ihnen zu Hilfe und an der Laborbrücke entspann sich ein Kampf, in dem der Führer der Galizier, General Bredy, fiel und die Auführer den Sieg behaupteten. Die Nachricht von diesen Vorgängen brachte auch die innere Stadt in Aufregung; bald füllten sich die Straßen mit bewaffneten Nationalgardisten; die Glocken stürmten, die Kanonen der Meuterer donnerten dazwischen. Währenddessen waren die Minister bei Latour versammelt; bald umzingelte die Menge das Haus und forderte stürmisch die Einstellung des Kampfes. Sie wurde gewährt, aber das genügte den Banden nicht mehr; sie verlangten Einlaß in das Haus. Eine Kanone mit Kartätschenladung und 160 Grenadiere, die im Hofraum standen, würden es ihnen gewehrt haben, wenn Latour gewollt hätte; aber er verbot jeden Widerstand und ließ das Thor öffnen; in einem Verstecke wollte er, während die anderen Minister sich entfernten, den Sturm vorübergehen lassen. Unglücklicherweise erfuhr der Pöbel, daß er noch im Hause sei, und nun nahm das Geschrei nach seinem Kopfe kein Ende. Ein paar Abgeordnete, Smolka und Fischhof, kamen auf den Gedanken Freiwillige aus der Menge zum Schutz des Ministers aufzufordern und ihn nach dem Zeughaus zu bringen. Etwa zwanzig Arbeiter gelobten eidlich ihren Beistand. Aber die Zahl war zu klein, die Wut der Rasenden zu groß. Noch im Hofe des Gebäudes wurde Latour aus der Mitte der Schutzwache herausgerissen, mit Hammern, Stangen und Spießern zu Tode geschlagen und dann an einem Laternenpfahl aufgehängt. Ein Angriff auf das Zeughaus setzte die Rotte sodann in den Besitz brauchbarer Waffen; zahlreiche Barrikaden waren entstanden und wurden erfolgreich behauptet; als die Nacht hereinbrach, waren die Auführer Herren der Stadt. Inzwischen hatte sich der Reichstag versammelt und versuchte eine Vermittlung;

Parteinahme  
für Ungarn.

Der Oktober-  
aufstand.

Latours Er-  
mordung.

Der Reichstag.

freilich war er nichts weniger als vollzählig; der Präsident Strobach und die meisten tschechischen Abgeordneten verließen sogar die Stadt und flüchteten nach Prag. Die Zurückgebliebenen aber setzten unter Smolkas Präsidium einen Sicherheitsausschuß ein, forderten den kommandierenden General Grafen Auersperg zur Einstellung der Feindseligkeiten auf und entsandten eine Abordnung an den Kaiser nach Schönbrunn mit der Bitte um die Ernennung eines volkstümlichen Ministeriums. Die Antwort lautete günstig; aber am anderen Morgen kam eine andere Botschaft: mit Tagesanbruch hatte der Kaiser Schönbrunn verlassen und sich nach Olmütz geflüchtet; ein Manifest verkündigte die Absicht des Monarchen der unterjochten Bevölkerung von Wien Hilfe zu bringen und die durch empörenden Frevel bedrohte Freiheit zu retten. Ein Angriff auf Wien stand also bevor, und es galt auf Abwehr zu denken. Dem Reichstag ward bei dieser Aussicht unheimlich zu Mute; er selbst so gut wie sein Sicherheitsausschuß hielten sich möglichst im Hintergrunde, auch der Wiener Gemeinderat machte den demokratischen Vereinen und Führern die Leitung nicht streitig. Diese erwählten einen früheren Offizier Wenzel Messenhauser zum Befehlshaber der Nationalgarde, den Polen Bem, der bei Ostrolenka gefochten, zum Führer der Mobilgardisten. Die nächste Gefahr schien von Sellatschitsch zu drohen, der die ungarische Grenze unfreiwillig überschritten hatte und froh war seinen Rückzug vor den Magyaren als ein Vorrücken gegen Wien darstellen zu können. Mit ihm vereinigte sich Auersperg, der allein zur Wiedereinnahme der Stadt zu schwach war. Aber ehe sie noch die Feindseligkeiten begannen, erhielten sie Befehl sich dem Fürsten Windischgrätz, dem Bezwiner von Prag, unterzuordnen. Dieser hatte bereits am 11. Oktober auf eigene Hand seinen Entschluß angekündigt den Kaiser zu schützen; fünf Tage darauf ward seine bisher geheim gehaltene Ernennung zum Feldmarschall und Oberbefehlshaber aller österreichischen Truppen mit alleiniger Ausnahme der italienischen Armee veröffentlicht. Gegen die gewaltigen Heeresmassen, die so von Norden und Osten heranzogen, schauten die Wiener vergebens nach Hilfe aus. An jubelndem Zuruf fehlte es ihnen freilich nicht; die Linke des Frankfurter Parlamentes sandte ihnen sogar durch eigene Abgeordnete, Robert Blum, Fröbel, Moritz Hartmann, den Bruderkuß von vielen Tausenden; selbst das Reichsministerium bezeugte ihnen durch die Entsendung Welckers und Mosles eine verwunderliche Teilnahme. Aber von irgend welchem Nutzen war die Anwesenheit dieser Bevollmächtigten im kaiserlichen Hoflager und in Windischgrätz' Hauptquartier nicht. Auch mit dem Beifall, der aus Berlin herübertönte, war den Wienern wenig gedient; unmittelbare Hilfe dagegen versprach das ungarische Heer zu bringen, das unter Moga's Führung Sellatschitsch bis an die Grenze gefolgt war und sie täglich überschreiten konnte. Allein obgleich der ungarische Reichstag feierlich erklärte, er wolle sich dem heldenmütigen Volke Wiens dankbar erweisen, so zögerte Moga doch demgemäß zu handeln. Erst als Windischgrätz

Der Kaiser  
nach Olmütz.

Bedrohung  
Wiens.

Ungarische  
Hilfe.

von Norden her die Hauptstadt schon schwer bedrängte, entschlossen sich die Magyaren über die Leitha zu gehen. Am 30. Oktober stießen sie bei Schwechat mit Jellatschitz zusammen; vom Stefansturm ängstlich beobachtet, belebte ihr Kampf den Mut der Wiener noch einmal zu neuem Widerstande; aber da der Sieg zuletzt auf der Seite des Vanus blieb, so verschlimmerten sie dadurch nur ihr Schicksal. Schon tags zuvor hatten nämlich mit Windischgrätz, der seit dem 26. die Stadt umlagerte und seit dem 28. Herr der nördlichen Vorstädte war, Verhandlungen stattgefunden, in denen der Gemeinderat sich zuletzt zu bedingungsloser Übergabe verstand; allen voran hatte der Kommandant Messenhauser dazu geraten und seine Vollmacht bereits abgegeben. Aber das Erscheinen der Ungarn änderte die Lage; Messenhauser übernahm in Gemeinschaft mit einem anderen Offizier, Jenner von Jenneberg, die Leitung von neuem, und das Versprechen der Übergabe wurde als nicht gegeben betrachtet. Mit dem Rückzuge der Ungarn verschwand auch der kurze Hoffnungsrausch, und nun hüßte die Stadt durch eine Beschießung, zu der Windischgrätz am 31. den Befehl gab. Von ernstlichem Widerstande war nicht mehr die Rede. Abends zogen die Truppen in die eroberte Stadt ein, der Belagerungszustand ward verhängt, Kriegsgerichte eingesetzt, zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Auch Blum und Fröbel, die Mitglieder des Frankfurter Parlamentes, wurden vor das Kriegsgericht gestellt und an dem ersteren das Todesurteil, das auf den Strang lautete, am 9. November 1848 auf der Brigittenau durch Pulver und Blei vollstreckt; Fröbel wurde begnadigt; Messenhauser und einige zwanzig andere hüßten gleich Blum mit dem Tode. Der Reichstag stob bei dem Einzug der Truppen sofort auseinander; bis dahin hatte er die Vertagung, welche der Kaiser am 22. Oktober ausgesprochen, mißachtet; jetzt trug er nicht länger Bedenken sie anzuerkennen und sich am 22. November in Kremsier, einem Städtchen in der Nähe von Olmütz, wohin er auf den Rat der geflüchteten tschechischen Abgeordneten berufen war, wieder zusammenzufinden. Abgeschieden von der Welt und der Regierung führte er hier fortan ein harmloses Dasein, monatelang mit der Beratung der Grundrechte beschäftigt, während ein besonderer Ausschuß sich mit dem Entwurf einer Verfassung abmühte. Der Schwerpunkt des Staates ruhte nicht länger bei ihm, sondern bei dem Ministerium.

Ministerium  
Schwarzen-  
berg.

Dieses ward am 21. November von Grund aus verändert. An die Spitze trat Fürst Felix Schwarzenberg, ein blasierter Weltmann und starrer Anhänger des Alten, aber bewandert in den Geschäften und ein schneidiger Soldat, ihm zur Seite Graf Franz Stadion für das Innere, der Gründer des österreichischen Lloyd, Bruck, einst Buchhändler in Bonn, als Minister des Handels; Bach und Krauß für die Justiz und die Finanzen blieben auf ihren Posten. Das Programm, mit dem sie vor den Reichstag traten, verkündete den strengen Einheitsstaat; wie derselbe den Forderungen der Italiener und Ungarn gegenüber durchgeführt werden sollte, wurde nicht gesagt; auch über die künftige Stellung zu Deutsch-

Wiens Fall.

Blum er-  
schossen.

Der Reichs-  
tag nach  
Kremsier.

land lagerte sich ein tiefes Dunkel. Erst wenn das verjüngte Österreich und das verjüngte Deutschland zur neuen, festen Form gelangt sind, so lauteten die Worte, wird es möglich sein ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen; bis dahin aber werde Österreich fortfahren seine Bundespflichten treulich zu erfüllen. Noch hatte man diese vieldeutigen Sätze zu prüfen und auszulegen kaum begonnen, als von Olmütz eine neue Nachricht kam, die den Beginn einer anderen Zeit außer Zweifel setzte. Am 2. Dezember 1848 um 8 Uhr morgens versammelte sich die kaiserliche Familie, das Ministerium, der Hof, die Feldmarschälle Windischgrätz und Sellatschitsch, die abends zuvor in Olmütz angekommen waren, und andere geladene Personen in der Residenz um Zeugen zu sein, wie Kaiser Ferdinand zu Gunsten seines Neffen, des 18jährigen Erzherzogs Franz Josef, die Krone niederlegte, nachdem zuvor sein Bruder, der Erzherzog Franz Karl, zu Gunsten dieses seines Sohnes auf die Nachfolge verzichtet hatte. Es war ein längst gehegter Plan, der so zur Ausführung gelangte; er war in Innsbruck und dann wieder in Schönbrunn der Verwirklichung nahe gewesen, aber gerade jetzt kam er doch völlig überraschend. Seine Hauptspitze kehrte er gegen Ungarn, dem gegenüber Ferdinand durch Wort und Eid gebunden, der junge Monarch aber persönlich frei war. Allein die Sache hatte auch ihre Rehrseite; auch die Ungarn waren dem bisherigen Herrscher verpflichtet, der neue blieb ihnen solange fremd, bis er mit der Stefanskronen gekrönt war. Der 2. Dezember erweiterte also die Kluft zwischen den Magyaren und dem Throne, und wenn Ferdinands Regierung wenig bedeutet hatte, so war seine Entthronung doch ein Schritt von großer Tragweite. Ein persönliches Opfer brachte er durch dieselbe nicht. „Gott segne dich, sei brav: es ist gern geschehen“, diese Worte, mit denen er seinen Nachfolger umarmte, waren gewiß aufrichtig. Die lange Lebenszeit, die ihm noch beschieden war, verbrachte er fränklisch und stumpf, aber still vergnügt und unbekümmert um die Händel der Welt, an der Seite seiner Gemahlin Maria Anna in Prag, wo er erst am 29. Juni 1875 starb.

Abdankung  
Kaiser Ferdi-  
nands.

### Die Krisis in Preußen.

Sowenig diese Vorgänge in Österreich durch die Ereignisse in Deutschland beeinflusst wurden, so stark war ihre Rückwirkung auf den Gang der Dinge in Frankfurt und Berlin. Die preussische Hauptstadt genoß seit dem Eintritt des Ministeriums Auerwald-Hansemann verhältnismäßig großer Ruhe; die Straßenaufläufe, das Schaumspritzen der Revolution, wie man es nannte, hörten auf; die Nationalversammlung enthielt sich, während ihr Ausschuß die Verfassung beriet, aufregender Verhandlungen. Wohl organisierte sich mehr und mehr der Widerstand der feudalen Partei, die seit dem 1. Juli 1848 in der Kreuzzeitung ein streitbares Organ besaß und nicht bloß in dem Junkerparlament, einer unter Bülow-Gummerows Vorsitz zusammengetretenen Versammlung,

Der Steinische  
Antrag.

sich gegen die Angriffe auf ihre Privilegien zur Wehr setzte, sondern durch die Preußenvereine auch in breiteren Schichten der Bevölkerung Fuß faßte. Aber eine lebhaftere Beunruhigung schienen diese Vorgänge doch kaum zu rechtfertigen. In den Provinzen war es nicht überall so still. Ein erschreckender Vorfall in Schweidnitz setzte auch die Vertreter des Volkes wieder in Bewegung. Dort war am 31. Juli, von dem Kommandanten der Festung beleidigt, die Bürgerwehr vor dessen Wohnung gezogen; eine Kompagnie Linientruppen, die zu Hilfe gerufen ward, gab Feuer und 14 Bürgerleichen blieben als Opfer auf dem Platze liegen. Infolgedavon verlangte der Breslauer Abgeordnete Stein am 9. August einen Erlaß an die Offiziere, der sie anweise alle Zusammenstöße mit den Bürgern zu vermeiden und dadurch ihre Hingebung an den neuen Rechtszustand zu bekräftigen. Der Antrag fand natürlich die Zustimmung der Nationalversammlung und ward auch von dem Kriegsminister Schreckenstein kaum bekämpft. Den König dagegen versetzte dieser Versuch einer Einmischung in die Heeresangelegenheit in die größte Mißstimmung; er verweigerte seine Zustimmung zu dem Erlaß und nötigte das Ministerium zu der Erklärung in der Kammer, daß es der verderblichen Folgen wegen den Beschluß vom 9. August nicht ausführen könne. Darüber geriet nicht bloß die Linke in heftigen Zorn, sondern auch die Centren fanden diese Weigerung unerhört; die Berliner Bürgerwehr, die sich selbst ein wenig bedroht fühlen mochte, steigerte die Widerstandslust durch hunderte von Bezirksversammlungen und durch die Erklärung, sie werde die Beschlüsse der Volksvertreter und diese selbst zu verteidigen wissen. Am 7. September kam die Weigerung des Ministeriums zur Verhandlung; nach lebhaftem Kampfe forderten 219 von 362 Stimmen „zur Vermeidung eines Bruches“ die sofortige Ausführung des Beschlusses vom 9. August. Den Ministern war ein Nachgeben unmöglich; der König dachte nicht daran sich zu fügen; der Sturz des bisherigen Kabinetts war also nach kaum zehnwöchentlicher Dauer unvermeidlich geworden. Nun war in denselben Tagen auch das Frankfurter Ministerium zusammengebrochen, und dem Könige kam der Gedanke, dem Mangel an geeigneten Räten, den er in Berlin verspürte, durch Berufung Beckeraths abzuhefen. Von dem bewährten liberalen Namen dieses Mannes mochte er hoffen, daß er das Mißtrauen beschwichtigen werde, während seine weiche und königstreue Gesinnung eine leichte und aufrichtige Verständigung zwischen Herrn und Diener zu versprechen schien. Aber Friedrich Wilhelm kannte Beckerath noch nicht; unter der milden Außenseite barg sich ein klarer und unerschütterlicher Wille; unbedenklich erklärte der Krefelder Kaufherr, daß nach seiner Überzeugung nur die Verbindung demokratischer und monarchischer Grundsätze den Staat zu retten vermöge; er forderte einen Erlaß an das Heer, der in milden Formen dem Willen der Nationalversammlung genüge; er verlangte eine vollstümliche Umbildung des Heerwesens und Verkürzung der Dienstzeit und stellte endlich als Bedingung die

Sturz des  
Ministeriums.

Anerkennung der in Frankfurt beschlossenen Gesetze und der noch in Beratung befindlichen deutschen Verfassung. Das zu gewähren kam dem König nicht in den Sinn; dennoch gab er die Bemühungen Beckerath zu gewinnen nicht auf. In einem ungemein herzlichen Briefe beschwor er ihn seinem Könige und Freunde nicht das mildernde, beschwichtigende Öl seines Namens zu entziehen und wenn auch ohne Portefeuille in das Ministerium einzutreten. Beckerath blieb fest; er war bereit und sagte das dem Könige alles für Preußen zu opfern, aber sein Gewissen nicht; mit gelähmtem Geiste wolle er dem Vaterlande nicht dienen. So entbehrte denn das neue Ministerium eines vertrauenerweckenden Namens. Der General Pfuell, der an der Spitze stand, galt zwar für einen ehrlichen und wohlmeinenden Mann, aber schon seine Eigenschaft als Soldat machte ihn mißlieblich; die anderen Mitglieder wie Dönhoff, der frühere Bundestagsgesandte, Eichmann, Bonin, gehörten dem alten Beamtenstaate an; es bedurfte kaum noch der Ernennung des aus Schleswig zurückgekehrten Generals Wrangel zum Oberbefehlshaber in den Marken um der öffentlichen Meinung die Gewißheit zu geben, daß die Reaktion begonnen habe. Es half nicht viel, daß Pfuell beim Könige manchen Schritt durchzusetzen wußte, der dieser Auffassung widersprach, daß sogar ein Erlaß an die Armee erging, den der Führer des linken Centrum, von Unruh, aufgesetzt hatte und der völlig den Forderungen vom 9. August genügte, oder daß am 24. September das von Waldeck entworfene Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit veröffentlicht wurde. Die Gereiztheit gegen das Ministerium und den König blieb ungeschwächt und fand einen trefflichen Tummelplatz, als am 12. Oktober die Verhandlungen über die Verfassung begannen: gleich aus den Einleitungsworten wurde mit großer Mehrheit das „Von Gottes Gnaden“ vor dem Titel des Königs gestrichen. Wie übel der Monarch das vermerkte, ließ er die Abordnung fühlen, die ihn am 15. Oktober zum Geburtstag beglückwünschte; danken Sie Gott, sagte er unter anderem, daß es bei uns nicht wie in Frankreich ist, daß Sie noch eine angestammte Obrigkeit von Gottes Gnaden haben! Ein Sturm lag in der Luft, das verkündeten zahlreiche Anzeichen. Die Sitzungen der Versammlung wurden aufgeregter; der Präsident Grabow ward bei einem Ordnungsruf von der Mehrheit im Stich gelassen und legte sein Amt nieder, das von Unruh übernahm, während Waldeck mit sieben Stimmen Mehrheit sein Stellvertreter wurde; aus dem Königsschloß und dem Sitzungssaal verbreitete sich die Gärung auch auf die Straße; Zusammenrottungen wurden wieder häufiger, am 16. Oktober gab es wieder einmal ein blutiges „Schaumspritzen“. Dazu kamen nun die Nachrichten aus Wien: erst vom Siege der Freiheit, der Flucht des Kaisers, der Herrschaft des Volkes; dann von der Verlegung des Reichstages, den Märschen der Sellschitsch und Windischgrätz, der Beschießung der Hauptstadt. Man wollte sich von dem „heldenmütigen Volke Wiens“ nicht überbieten und es in der Not nicht ohne Hilfe lassen. Am 31. Oktober stellte Waldeck

Ministerium  
Pfuell.

Verfassungs-  
beratung.

Gärung in  
Berlin.

Beschluß zu  
Gunsen der  
Wiener.

den Antrag, die preußische Regierung solle mit allen Mitteln zum Schutz der in Wien bedrohten Freiheit einschreiten. Da gab es drinnen wieder leidenschaftliche Verhandlungen und draußen vor dem Schauspielhause, in dem seit vierzehn Tagen die Sitzungen gehalten wurden, konnte der Pöbel nur mit Mühe zurückgehalten werden. Aber trotz dieser Bedrohung ward der Antrag Walbecks abgelehnt, freilich nur zu Gunsten des wenig verschiedenen, den Rodbertus gestellt hatte: statt der preußischen vielmehr die Reichsregierung zum Schutz der Wiener Freiheit anzurufen; nur 52 von 313 Stimmen waren gegen diesen Antrag, der Minister Pful selbst stimmte dafür.

Rücktritt  
Pfuls.

Ministerium  
Brandenburg.

Dem Könige mußte dieser Beschluß und dieses Verhalten seines ersten Rates im Innersten zuwider sein; als nun gar der nächste Tag die Kunde von dem vollkommenen Siege Windischgrätz brachte, glaubte er auch seinerseits rückhaltslos mit der Revolution brechen zu können. Wrangel erhielt die Vollmacht den Belagerungszustand zu verhängen, und da er erklärte, daß energische Maßregeln unmöglich seien, wenn Pful Kriegsminister bleibe, so entließ der König diesen und das ganze Ministerium. Allerdings war es schwer einen Nachfolger zu finden, der die Verantwortung für einen Schritt übernahm, dessen Tragweite man gar nicht übersehen konnte; indes ein Oheim des Königs, Graf Brandenburg, Sohn Friedrich Wilhelms II. und der Gräfin Dönhoff, ließ sich, mehr wohl aus soldatischem Gehorsam als aus politischem Eifer, dazu bereit finden. Man wußte von dem Manne nichts, als daß er kürzlich an die Breslauer Bürgerwehr einen drohenden Erlaß gerichtet hatte; aber auch ohne diesen Umstand wäre ihm ein mißtrauischer Empfang sicher gewesen. Als die Versammlung am 2. November die Anzeige von seiner Ernennung erhielt, beschloß sie sofort eine Abordnung an den König zu senden um ihn zur Ernennung eines anderen Ministerpräsidenten zu bewegen. Unter Unruhs Führung begaben sich nachmittags 25 Männer, Mitglieder aller Parteien, nach Sanssouci. Anfangs wollte der König sie gar nicht vorlassen, dann empfing er sie doch, hörte ihre Adresse an, faltete sie zusammen und ging schweigend der Thüre des Nebenzimmers zu. Ehe er sie öffnete, rief einer der Abgeordneten, Johann Jacoby: Wollen Ew. Majestät uns nicht weiteres Gehör schenken? Ein kurzes Nein war die Antwort. Da verstieg sich der Königsberger Demokrat, dem höfische Sitte freilich fremd war, zu dem dreisten Worte: Das eben ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen! Wenn es noch eine Brücke zur Verständigung gab, so war sie damit abgebrochen. Der Flügeladjutant des Königs, von Manteuffel, erschien und erklärte den Abgeordneten, sie seien entlassen; am anderen Tage lief die schriftliche Antwort des Monarchen ein, welche die Ernennung Brandenburgs, der sich das Vertrauen des Landes schon erworben werde, lediglich bestätigte.

Zunächst aber hatte er Mühe Gehilfen zu finden; die Berufung Bismarcks soll der König mit der schriftlichen Notiz: „Roter Reaktionsär,

riecht nach Blut, später zu gebrauchen!" abgelehnt haben; erst am 9. November konnte Brandenburg mit drei Genossen, Otto von Mantuffel, Ladenberg und Strotha, vor die Versammlung treten; er brachte eine königliche Botschaft mit, welche die sofortige Vertagung der Verhandlungen und die Wiederaufnahme derselben am 27. November in der Domkirche zu Brandenburg befahl; als Grund dieser Maßregel wurde die Notwendigkeit, der Versammlung die Freiheit ihrer Beratungen zu sichern, vorgeschützt. So war der Revolution durch einen Staatsstreich geantwortet. Ein Wortbruch im strengsten Sinne lag freilich nicht vor, geschweige denn ein Rechtsbruch; zur Vereinbarung der Verfassung hatte der König die Versammlung berufen und in dieser Arbeit wurde sie, den kurzen Zeitverlust abgerechnet, nicht behindert; aber eine Demütigung war dieser Schritt, die sich schwer verschmerzen ließ, die das Ansehen der Volksvertretung tief schädigen mußte und die ernsthaft bedrohlich erschien, wenn man der Vorgänge in Wien gedachte, in der Verlegung des österreichischen Reichstages nach Kremsier das Vorbild dieser Maßregel erkannte und die Stellung Wrangels vor den Thoren der Hauptstadt mit der Rolle, die Windischgrätz in Wien gespielt hatte, verglich. Soviel war sicher, nur eine neue Revolution konnte, wie die Dinge jetzt lagen, der Nationalversammlung ihre alte Bedeutung wiedergeben. In dieser Erkenntnis handelte der Präsident von Unruhe und die Mehrheit. Trotz der Verwahrung, die Brandenburg einlegte und der die Rechte durch sofortige Entfernung Folge gab, setzte die Versammlung ihre Sitzung fort, erklärte die Vertagung für ungültig, lehnte einen Antrag sich kraft eigenen Entschlusses auf den 27. November nach Brandenburg zu vertagen mit 252 gegen 30 Stimmen ab und faßte endlich den Beschluß die Sitzungen an jedem Orte wieder aufzunehmen, wohin der Präsident sie verlegen werde. Wider Erwarten konnte man am nächsten Tage, dem 10. November, noch einmal im Schauspielhause zusammentreten; der Kommandant der Bürgerwehr, Major Rimpler, hatte sich geweigert dasselbe nach dem Verlangen des Ministeriums abzusperren, und die Truppen waren noch nicht einmarschiert; denn schon auf 5 Uhr früh hatte Unruhe die Sitzung anberaumt. Im Laufe des Vormittags aber rückte Wrangel ein und besetzte die Straßen um das Schauspielhaus, während vor demselben die Bürgerwehr unter Waffen stand. Zum Angriff schritt er nicht, sondern erklärte einfach, er werde warten, bis die Abgeordneten sich der Vertagung gefügt hätten, und wenn es acht Tage dauern sollte.

In der That stand bei diesem Abwarten nichts auf dem Spiele. Die Stimmung der Bürgerschaft war matt und erschöpft; mit Angstlichkeit sah die große Klasse der Besitzenden dem unruhigen Treiben der Wähler zu und begrüßte die Rückkehr der Truppen als ein rettendes Ereignis. Erleichtert atmete sie auf bei den schneidigen Worten in Wrangels Armeebefehl: Meine Truppen sind gut, die Schwerter haarscharf geschliffen, die Kugeln im Gewehr! Beruhigt sah sie die blutroten

Vertagung  
der Versamm-  
lung.

Fortdauer  
der Verhand-  
lungen.

Einmarsch  
Wrangels.

Plakate von den Straßenecken verschwinden, die den Republikaner zeigten, wie er nach gethaner Arbeit zwischen Laternenpfählen voller Leichen sich zur Ruhe legt. Mit frohem Herzen nahm sie wahr, wie jene unheimlichen Gestalten aus der Hauptstadt entwichen, die selbst den Frankfurter Baffermann erschauern machten, als er an einem Oktoberabend die Straßen Berlins durchwanderte. Der Rückschlag gegen die Maßlosigkeit der Revolutionäre war in der öffentlichen Meinung längst vorbereitet und durch den Schuß, den ihm die Anwesenheit der Truppen bot, ward er nun ganz offenkundig. Auch die Bürgerwehr entzog sich ihm nicht; die Lust zu kühnen Thaten verschwand mit einem Schlage; und die Nationalversammlung, jeder Stütze bar, mußte auf ihren Rückzug denken. Sie bewerkstelligte ihn mit wiederholten Versuchen noch irgend welchen Halt zu gewinnen. Ein Aufruf ermahnte am 10. das Volk zur Verteidigung des Gesetzes und der errungenen Freiheiten; dann ward unter feierlicher Bewahrung gegen den angewandten Zwang für diesen Tag die Sitzung aufgehoben. Als bald besetzten die Truppen das Schauspielhaus, und als anderen Tags die Abgeordneten, von neuem durch den Präsidenten dorthin berufen, den Eintritt verlangten, ward er ihnen verwehrt. Sie tagten darauf im Hotel de Russie. Das Ministerium ließ sie zunächst gewähren, that aber die nötigen Schritte um die Ruhe in Berlin auf die Dauer zu sichern. Am 11. wurde die Bürgerwehr aufgelöst, am 12. der Belagerungszustand verhängt. Die Bürgerwehr leistete keinen Widerstand; in der Nacht versammelten sich zwar ihre Majore unter Teilnahme Waldecks und anderer Abgeordneten sowie mehrerer Vertreter von Arbeitervereinen um zu überlegen, was zu thun sei; allein da Waldeck es nicht über sich gewann sie zum Aufbruch zu reizen, so verhallten die ungestümen Redereien einzelner Hitzköpfe ungehört und diese „Major’snacht“, wie die Reaktionäre sie spöttisch nannten, ging folgenlos vorüber. Mit dem Belagerungszustande wurde auch das Verbot aller Versammlungen von mehr als 20 Personen verhängt. Dies gab die weitere Handhabe zum Einschreiten gegen die Nationalversammlung. Am 11. und 12. hatten ihre Mitglieder ungestört beraten können, das Ministerium behandelte sie wie Privatleute, die nach dem Vereinsrecht beliebig zusammentreten durften; am 13. fielen aber auch sie unter das neue Verbot, und das Militär erhielt Befehl sie aus dem Schützenhause, wo sie tagten, zu vertreiben. Zufälligerweise war die Sitzung schon geschlossen, als die Soldaten kamen, und auch am 14. hob Unruh die Beratung so zeitig auf, daß keine Störung erfolgte. Am 15. kam man in dem Wilenschen Saale Unter den Linden zusammen. Auf der Tagesordnung stand der Bericht von Kirchmanns über den Antrag von Jacoby, Schulze-Delitzsch a. a., welcher dem Ministerium das Recht zur Steuererhebung absprach, solange die Versammlung an der Beratung in Berlin verhindert sei. Da erschien vor der Abstimmung der Major Herwarth von Bittensfeld mit einer Abteilung Soldaten und verlangte Räumung des Saales. Waldeck wollte Troß

Die National-  
versammlung.

Auflösung der  
Bürgerwehr.

Steuerver-  
weigerung.

bieten: Ein Landesverräter, rief er aus, wer diesen Saal verläßt! Unruh dagegen erklärte, die Versammlung weiche der Gewalt. Währenddessen hatten einige Mitglieder den Major bewogen für einen Augenblick den Saal wieder zu räumen. Diese Frist benutzte der Präsident den Ausschußantrag zur Abstimmung zu bringen und zu verkünden, daß er von den 227 Anwesenden einhellig angenommen sei. Mit diesem kleinen Triumphe ging die Versammlung auseinander.

Thatsächliche Bedeutung gewann der Beschluß freilich nicht; die ruhebedürftige Masse der Bevölkerung dachte weder in Berlin noch in den Provinzen daran ihm Folge zu leisten. Ganz vereinzelt waren die Versuche ihm zu gehorchen, am merkwürdigsten der des Oberpräsidenten von Schlesien, Pinder, welcher erklärte, er werde die eingehenden Steuern nicht nach Berlin abliefern. Das Ministerium erleichterte ihm dieses Vorhaben dadurch, daß es ihn sofort absetzte. Unruhen in Frankfurt a. D., Halle, Erfurt wurden noch schneller unterdrückt als die in Breslau, welche Pinder zu jener Erklärung getrieben hatten. Als der 27. November herankam, war das Land zwar in erwartungsvoller Spannung, aber vollkommen ruhig. Die Abgeordneten, welche sich in Brandenburg einfanden, erreichten nicht die Zahl der Beschlußfähigkeit; sie trugen deshalb auch Bedenken nach dem Antrage der Heißsporne die Einberufung der Stellvertreter für die ausgebliebenen zu beschließen. Unter dem Alterspräsidium des Oberburggrafen von Brünnneck warteten sie ab, daß ihre Zahl sich vermehre, und bei der Stimmung im Lande konnten sie ziemlich sicher sein, daß sie nicht lange zu harren brauchten. Schon am 1. Dezember war ihre Zahl von 154 auf 259 gestiegen, und einige Parteigenossen des Präsidenten von Unruh verkündigten, daß dieser auf den 4. Dezember eine Sitzung anberaumt habe und selbst erscheinen werde; bis dahin, so forderten sie, sollte sich die Versammlung vertagen. Dessen weigerte sich die Mehrheit und zwang dadurch die Linke durch sofortige Entfernung abermals Beschlußunfähigkeit herbeizuführen. Nun gab es stürmische Auftritte unter den Zurückgebliebenen. Die Herren Simons und Daniels stellten von neuem den Antrag die Stellvertreter einzuberufen; Brünnneck ließ die Abstimmung zu, obgleich nur 172 Mitglieder zugegen waren; die Mehrheit aber verwarf die ungesetzliche Maßregel auch jetzt; nur 72 stimmten ihr zu, 82 enthielten sich des Votums. Vertagen mußte man sich nun doch, aber jedenfalls sollte es nicht zu dem von Unruh anberaumten Tage geschehen; statt auf den 4. wurde die nächste Sitzung auf den 7. Dezember angesetzt.

Das waren unerquickliche Zustände, der Regierung aber kamen sie sehr bequem. Mit dieser Versammlung, die sich selbst zerfleischte, war nichts anzufangen, konnte also auch die Verfassung nicht vereinbart werden. Das aber war ihr einziger Zweck, zu dem der König sie berufen, das Land sie gewählt hatte. Vermochte sie diesen Zweck nicht zu erreichen, so war sie überflüssig und schädlich, so war es eine Wohlthat für das Land, wenn der König das mißratene Parlament auflöste und

Die Sitzungen  
in Branden-  
burg.

Auflösung  
der Versamm-  
lung.

Die Verfassung vom 5. Dezember.

Eindruck des Staatsreichs.

Das Frankfurter Parlament.

die Verfassung, die dessen Ausschuss entworfen hatte, etwa mit den Änderungen, auf denen er bei den Verhandlungen doch bestanden haben würde, einseitig in Kraft setzte. Sollte das Volk noch weitere Änderungen wünschen, so konnten die ja immer auf dem ersten ordentlichen Landtage getroffen werden. Von diesem Standpunkte aus löste der König am 5. Dezember 1848 die Nationalversammlung auf und verkündete gleichzeitig aus eigener Vollmacht die Urkunde der preussischen Verfassung. Sie stimmte in den meisten Paragraphen wörtlich mit Walbecks Entwurf überein; die bedeutsamste Abweichung war der wichtige § 105, welcher dem Könige das Recht gab in Abwesenheit der Kammern für dringende Fälle Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, allerdings unter Verantwortlichkeit des Ministeriums und mit Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung durch die Kammern. Der Paragraph hatte eine böse Berühmtheit durch die Juli-Revolution erlangt; es war derselbe, auf Grund dessen Polignac die Ordonnanzen erlassen hatte; ihn sparsam und vorsichtig anzuwenden schien deshalb sehr geraten zu sein. Allein der König und seine Ratgeber waren dieser Meinung nicht, sie machten sofort einen sehr reichlichen Gebrauch davon. Bis zum 26. Februar 1849, zu welchem Tage die Kammern einberufen wurden, ergingen auf Grund des § 105 die allerdings unerlässlichen Wahlgesetze, aber auch Verordnungen über die Einführung von Geschworenen, über die Aufhebung der bevorzugten Gerichtsbarkeit, über bauerliche und Gewerbeverhältnisse, kurz, Verfügungen, die keineswegs dringlich waren, sondern nur die öffentliche Meinung oder einzelne Stände für die Regierung gewinnen sollten. Denselben Zweck verfolgte wohl auch die Berufung zweier Männer in das Ministerium, die bisher zu den Liberalen gehört hatten, Hintelens und van der Heydts; beide unterzeichneten schon die Urkunden vom 5. Dezember. Wirkungslos waren alle diese Bemühungen nicht; denn in weiten Kreisen wünschte man nichts eifriger als sich mit guter Art beruhigen zu lassen und den Vorwand zum Einlenken zu finden; selbst solche Männer, welche die letzte Schuld für alle Wirrsale auf die Regierung warfen und es dem Könige nicht verziehen, daß er am 2. November die schiefe Ebene beschritten habe, hielten doch jetzt ein anderes Verfahren kaum für möglich, und daß die Krone überhaupt nur wieder Kraft und Willen zeige, tröstete manchen über die Schmach, die der Verlauf der letzten Wochen über Preußen gebracht hatte. Der König war sehr guten Mutes bei der Wendung der Dinge; er hoffte sich am 5. Dezember gute Winterquartiere erkämpft zu haben, wie einst sein großer Vorfahr an demselben Tage bei Leuthen. Die Verfassung gab ihm freilich „ein wenig Bauchweh“, weil sie eigentlich schlecht sei; aber dafür entschädigten ihn die zahlreichen Glückwünsche und Dankfagungen, die ihm — unaufgefordert, wie er meinte — von allen Enden des Landes zuströmten. Auch die fremden Höfe, selbst das englische Ministerium, waren voll Anerkennung für seine entschlossene Haltung, und die Mehrheit des Frankfurter Parlamentes samt dem Reichsministerium hätte

zwar anfangs gern die Entlassung Brandenburgs gesehen, billigte aber sofort die Vertagung der Versammlung, weil dieselbe in der That der Freiheit ihrer Beratungen entbehrt habe, und weigerte sich die Auflösung und den einseitigen Erlaß der Verfassung zu tadeln, so oft und eifrig die Linke auch darauf antrug.

### Die Krisis in Frankfurt.

Offenbar war jetzt ein Augenblick gekommen, in dem zwischen Berlin und Frankfurt ein fruchtbares und aufrichtiges Einverständnis hergestellt werden konnte. Dieselbe Ernüchterung wie in Preußen herrschte seit den Septembertagen und dem zweiten badischen Aufstande auch in der Majorität des Parlamentes; dieselbe verschämte Befriedigung und vorsichtig zurückhaltende Billigung, mit welcher der geängstigte preussische Liberalismus in seiner gemäßigten Mehrzahl die Vorgänge des November und Dezember aufnahm, empfand man auch im Reichsministerium und in den Mittelparteien der Paulskirche. Auch verkannte man nicht, daß durch diese Ereignisse eine wichtige Machtverschiebung stattgefunden habe, daß der Traum von der Überlegenheit Frankfurts eben nur ein Traum gewesen sei, daß man nur durch den Anschluß an Preußen die eigenen Ziele erreichen könne. So war man denn sichtlich bemüht nähere Fühlung mit Friedrich Wilhelm IV. zu gewinnen und ein vertrauensvolles Zusammengehen anzubahnen. Bassermanns Sendung gegen Ende Oktober war der erste Schritt dazu; ihm folgten eine Woche später die Abgeordneten Simson und Hergenbahn, und um den Schluß des Monats reiste sogar Gagern persönlich nach Berlin. Sie alle wirkten, wie vor ihnen Beckerath, nach besten Kräften dahin den König und seine Ratgeber in ihre Gedankenkreise hineinzuziehen; aber der Erfolg, den sie hatten, war doch kein befriedigender. Sie kehrten heim mit der Überzeugung, daß es noch harte Arbeit kosten werde den König umzustimmen. Und doch gewährte Friedrich Wilhelm diesen Männern nicht einmal den vollen Einblick in seine innersten Empfindungen; in der herzlichen Umarmung, mit der er Gagern begrüßte, in den wohlwollenden Worten, die er zu Bassermann sprach, verloren seine Einwände und Vorbehalte viel von der Schneidigkeit, mit welcher er sie vertrauten Freunden wie Bunsen zu erkennen gab. Die Krone, die man in Frankfurt schmiedete, galt ihm für nichts als einen Keif, aus Dreck und Letten gebacken, der mit seinem Ludergeruch den Träger überschwänglich verumehre. Soll die tausendjährige Krone deutscher Nation wieder einmal vergeben werden, so schrieb er leidenschaftlich, dann bin ich es und meinesgleichen, die sie vergeben, und wehe dem, der sich anmaßt, was ihm nicht zukommt! Das ganze Treiben der Frankfurter Versammlung, in welcher doch die gemäßigten Parteien immer mehr zur Geltung kamen, war ihm ein Greuel; es schien ihm an der Zeit, daß die Fürsten ein Wort dreinsprächen. Er dachte sich, dieselben sollten der Paulskirche ein Staaten-

Der König.

Osterreich und  
Deutschland.

haus zur Seite stellen und die Wahl des Reichsoberhauptes nachdrücklich als ihr ausschließliches Recht in Anspruch nehmen. Dabei hielt er mit wunderbarer Zähigkeit an Osterreich fest, während überall sonst seit dem Oktober die Überzeugung durchbrach, daß mit dem Kaiserstaate nichts anzufangen sei. Das Parlament, das seit dem 19. Oktober in die Verfassungsberatung eingetreten war, hatte am 27. beschlossen, daß nur deutsche Länder zum Reiche gehören und nicht-deutsche Provinzen nur durch Personalunion mit deutschen Staaten verbunden sein dürften. Als darauf Schwarzenberg sein Kremfierer Programm erließ, wonach Osterreich und Deutschland erst jedes für sich eine neue Verfassung gewinnen sollten, ehe über ihr Verhältnis zu einander etwas bestimmt werden könne, wandten sogar die Könige von Bayern und Württemberg sich nach Berlin und schlugen einen Fürstenbund ohne Osterreich vor, in dem Preußen den Vorsitz führen sollte. Alles das machte auf Friedrich Wilhelm keinen Eindruck. Seine Schwärmerei für Osterreichs deutschen Beruf, seine bescheidene Anerkennung der besseren Rechte des Kaiserstaates auf die leitende Rolle konnte durch nichts erschüttert werden. Unverdroffen begann er Verhandlungen mit Schwarzenberg um zunächst Osterreich und dann weiter die Könige zu dem gewünschten Auftreten in Frankfurt zu bewegen, und als er damit noch nicht ans Ziel kam, sandte er im Dezember und Januar sogar den Grafen Brühl dreimal nach Olmütz um auf Grund einer Denkschrift, die er selbst entworfen, die Verständigung zu erzielen. Den osterreichischen Staatsmännern wuchs dadurch der Mut gar sehr; statt auch ihrerseits entgegenzukommen und die preußischen Wege einzuschlagen, die ihnen doch so günstig waren, verfolgten sie hochmütig ihre eigenen Ziele. Vor allem beeilte sich Schwarzenberg den Frankfurtern gegenüber sein Programm auszudeuten; denn die Wirkungen, welche es dort hervorgerufen, waren ihm sehr unerwünscht. Entweder, so hatte man geschlossen, sei Osterreich bereit seine Beziehungen zu dem einheitlich gestalteten Deutschland auf ein enges Bundesverhältnis zu beschränken, oder es strebe dahin die Reichsverfassung so weit zu lockern, daß es mit seinen sämtlichen Ländern Platz darin finden könne. Der zweite Weg bedeutete nichts anderes als die Rückkehr zu den verschlimmerten vormärzlichen Zuständen; nur die erste Deutung war also für Deutschland annehmbar. Als Schwarzenberg nun gleichwohl die zweite Auslegung als die richtige verkündete und offen aussprach, das Verhältnis des Kaiserstaates zu Deutschland müsse „in der Schwebe bleiben“, bis dieser seine eigene Zukunft geordnet habe: dann erst sei die Zeit zu einer „Vereinbarung“ über die Reichsverfassung gekommen; da drängte die Mehrheit des Frankfurter Parlamentes zu entscheidenden Schritten; denn nur zu klar lag auf der Hand, was Beckerath später mit treffendem Worte aussprach: ein solches Warten auf Osterreich war das Sterben der deutschen Einheit. Mit unerbittlichem Mißbehagen sahen die Mittelparteien die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und den Vorsitz im Ministerium in den Händen

Schmerlings  
Austritt aus  
dem Reichs-  
ministerium.

eines Österreicher, und Schmerling selbst fühlte, daß er eine Bürgschaft für seine Zuverlässigkeit geben müsse. Er lud deshalb Gagern ein den Vorsitz zu übernehmen. Dieser war auch bereit dazu und schien sich mit Schmerling, der im auswärtigen Amte bleiben wollte, verständigen zu können; seine Partei aber verlangte mehr; wie sie den Austritt der Österreicher aus dem Parlament für geboten hielt, so sollte auch Schmerling vollständig ausscheiden. Widerwillig ergab sich dieser in die Notwendigkeit und vertauschte sein Ministerpräsidium mit der Stellung eines österreichischen Bevollmächtigten bei der Reichsgewalt; Gagern trat sein neues Amt am 16. Dezember an und wurde als Vorsitzender des Parlamentes durch Eduard Simson von Königsberg ersetzt. Auf Grund der Auslegung, die er dem Programm von Kremser gab, wünschte der neue Ministerpräsident nunmehr einen gesandtschaftlichen Verkehr mit Österreich anzuknüpfen und auf diesem Wege eine Verständigung über das künftige Bundesverhältnis herbeizuführen. Ehe er noch die dazu erbetene Ermächtigung des Parlamentes erhalten hatte, kehrte Schmerling, der nach Olmütz gereist war, mit einer Note vom 28. Dezember zurück, die dagegen entschiedene Einsprache erhob und für Österreich die Stellung in Deutschland forderte, zu der ihm eine tausendjährige Geschichte das Recht gebe. Die Gegensätze standen sich nun klar und scharf gegenüber; es handelte sich um die wichtigste Frage, die das Parlament überhaupt zu lösen hatte, um die Frage, ob die einheitliche Gestaltung Deutschlands wert sei, daß man um ihretwillen auf Deutsch-Österreich verzichte oder nicht. In dreitägiger Verhandlung vom 11. bis 13. Januar 1849 wurde darüber beraten; an der Spitze der beiden großen Parteien kämpften Gagern und Schmerling, dieser unterstützt von den Republikanern und den ultramontanen Reaktionären, jener als Führer der Centren. Gagern behielt den Sieg mit 261 gegen 224 Stimmen: dem Ministerium ward die erbetene Ermächtigung erteilt. Aber heiß wie der Kampf gewesen war, war der Ausgang doch kaum eine Entscheidung zu nennen; nur soviel stand danach unzweifelhaft fest, daß die preussische Partei die Mehrheit haben könne. Aber auch nur könne. Ob sie dieselbe wirklich behauptete, hing von Umständen ab, die außer ihrer Macht lagen; Selbstvertrauen, Siegesgewißheit hatte sie nicht gewonnen; nur zu klar war es, daß die letzte Entscheidung lediglich in der Hand des preussischen Königs liege und was der wolle, wozu der sich im verhängnisvollen Augenblicke herbeilassen werde, das wußte niemand. Der eine glaubte dies, der andere das, eine geschlossene Parteibildung, eine unwandelbare Mehrheit war dabei unerreichbar. Als in der letzten Januarwoche die Verfassungsberatung dazu drängte aus dem Beschlusse vom 13. die notwendigen Folgerungen zu ziehen, trat das in erschreckender Weise ans Licht; zwar von einem Direktorium an der Spitze, von einem sechs-jährigen Wechsel der Führung zwischen den beiden Großmächten wollten nur kleine Minderheiten etwas wissen; auch wurde mit 258 gegen 211 Stimmen die Wahl eines deutschen Fürsten, das hieß also des Königs

Verhandlungen zwischen  
Frankfurt und  
Wien.

Debatten über  
das Kaiser-  
tum.

von Preußen, zum Oberhaupte des Reichs beschlossen; aber nur eine Mehrheit von neun Stimmen erklärte sich für den Kaisertitel und nicht allein die Erblichkeit sondern auch alle Anträge über die Dauer der neuen Würde, ob sie auf Lebenszeit, auf zwölf, sechs oder drei Jahre übertragen werden solle, fielen am 23. Januar durch; die wichtige Entscheidung über das Wesen des künftigen Kaisertums, über die Frage, ob Wahl- oder Erbmonarchie, konnte nicht gelöst werden: sie blieb der zweiten Lesung der Verfassung überlassen.

Annäherung  
Preußens an  
die Mehrheit  
des Parla-  
ments.

Daß eine solche zweite Lesung noch in Aussicht stand, war auch in anderer Hinsicht von Bedeutung. Nicht allein die öffentliche Meinung sondern auch die Regierungen erhielten dadurch Gelegenheit, ihre Forderungen geltend zu machen und so den endgültigen Beschluß zu beeinflussen. Vor allem kam es jetzt darauf an, daß Preußen Farbe bekamte und dadurch das Programm der Mehrheit endlich fest gestalten half. Fast über Erwarten schien sich diese Forderung erfüllen zu sollen. In Verbindung mit Bunsen und Camphausen, die beide nach Berlin kamen, gelang es den Ministern dem Könige die Zustimmung zu einem Rundschreiben abzugewinnen, durch welches die deutschen Regierungen am 23. Januar eingeladen wurden ihre Bemerkungen über den Verfassungsentwurf durch das Reichsministerium dem Parlamente zu übermitteln. Damit brach der König die Unterhandlungen Brühls in Müß ab. Das Rundschreiben enthielt die bestimmte Erklärung, daß man in Berlin, wenn Österreich die Unterordnung unter die Reichsverfassung für unmöglich halte, weil es sich wirklich zum Einheitsstaate umwandeln wolle, nur einen weiteren Bund zwischen dem geeinten Deutschland und dem Kaiserstaate für ausführbar ansehe, daß aber den übrigen Staaten dann das Recht einen engeren Bund zu gründen nicht bestritten werden könne. Damit war der König auf den wichtigsten Gedanken des Gagernschen Programms eingegangen. Von den kleineren Regierungen war kein Widerspruch zu befürchten. Der Großherzog von Baden hatte schon Anfang Januar sich zu allen nötigen Opfern bereit erklärt; sein Bevollmächtigter vereinigte sich auf die Einladung Gagerns mit Preußen und 28 anderen Regierungen zu der Erklärung vom 24. Februar, in welcher sie zwar eine erdrückende Menge von Abänderungsvorschlägen machten, sich aber im ganzen und großen auf den Boden des Verfassungsentwurfes stellten. Da Weimar und Frankfurt, die unter den dreißig fehlten, schon einzeln sich ebenso erklärt hatten, so standen außer Österreich nur die vier Königreiche abseits. Von diesen war ein Entgegenkommen umso weniger zu erwarten, als sie sich auf ihre Landtage stützen konnten. Bayern voran erklärten sie sich gegen den Gedanken eines engeren Bundes und gegen die weitgehenden Befugnisse der Centralgewalt. Österreichs Unterstützung war ihnen dabei sicher. Schon am 4. Februar verwarf Schwarzenberg in einer Note an das Reichsministerium ebensowohl die Unterordnung Österreichs unter eine Reichsgewalt, die von einem anderen Fürsten gehandhabt werde, als die Ausscheidung eines engeren Bundes,

Die kleineren  
Regierungen  
und der Ver-  
fassungsent-  
wurf.

Die König-  
reiche.

Österreichische  
Erklärung.

wie Preußen sie vorgeschlagen; die neue Verfassung müsse eine Grundlage bieten, auf welcher alle deutschen Staaten und alle ihre außerdeutschen Provinzen Raum fänden. Nackter und rücksichtsloser konnte es nicht ausgesprochen werden, daß man in Oelmütz Deutschland lediglich als Anhängsel von Österreich betrachte und daß man ihm keine andere Gestaltung gönne als die, welche das österreichische Interesse fordere. Und doch gab es in Frankfurt noch immer ehrliche Großdeutsche, welche Deutsch=Österreich nicht fahren lassen wollten und dem Parlamente Kraft genug zutrauten um auch Schwarzenberg zur Anerkennung seiner Beschlüsse zu zwingen. Mit ihnen gingen Hand in Hand die österreichischen Abgeordneten, die mit wenigen Ausnahmen ihre Sitze im Parlament festhielten, obgleich es doch sonnenklar war, daß sie dadurch nur die freiheitsfeindliche Politik ihrer Regierung stützten und die Hoffnungen Deutschlands untergraben halfen; mit ihnen Hand in Hand gingen auch die Ultramontanen, die sich darin gefielen dem Kaisertum der Paulskirche höhniisch eine Dauer von nicht sechs Monaten zu prophezeien, während das Kaisertum der Peterskirche, die Krone, die Karl der Große vom Papst empfangen, über ein Jahrtausend gedauert habe. Auch die Republikaner und die Reaktionäre machten selbstverständlich gemeinsame Sache mit den Großdeutschen, wenn es galt die Begründung eines preußischen Kaisertums zu verhindern, und so konnten die Kleindeutschen, die Weidenbuschpartei, wie man die Anhänger des Gagernschen Programms nannte, bei dem letzten Kampfe nur auf eine winzige Mehrheit rechnen. Ziel aber gar der linke Flügel, dem die freiheitlichen Bestimmungen der Reichsverfassung die Hauptsache waren, von ihnen ab, — und das that er gewiß, wenn Preußen denselben die Zustimmung verweigerte, — so verwandelte sich die Mehrheit wieder in eine Minderheit.

Die österreichischen Parteien.

Auflösung des Reichstags von Kremfier.

Verfassung vom 4. März.

Österreichische Vorschläge für die deutsche Verfassung.

Wider Erwarten kam dem Weidenbusch aber der Hauptgegner selbst zu Hilfe. Das siegreiche Vordringen der kaiserlichen Heere in Ungarn, die günstige Aufnahme, welche der Gedanke des österreichischen Einheitsstaates bei Deutschen und Slaven gefunden hatte, der Ärger über viele Beschlüsse des Kremfierer Reichstags, besonders auch in kirchlichen Angelegenheiten, endlich der Wunsch, den Verfassungsentwurf, welchen der Reichstagsausschuß am 2. März vorgelegt hatte, nicht zur Beratung gelangen zu lassen — alles das bewog Schwarzenberg dem Kaiser einen Gewaltstreich zu empfehlen: am 7. März 1849 wurde der Reichstag von Kremfier aufgelöst und eine Verfassung (vom 4. März datiert) für den Gesamtstaat mit Ausschluß der italienischen Provinzen durch kaiserliche Machtvollkommenheit erlassen. Mit diesem ganzen Ländergebiet verlangte Österreich nunmehr in den deutschen Bund einzutreten; das Siebzigmillionenreich, von dem die Wiener Blätter schon seit Wochen gesungen und gesagt, sollte zur Wahrheit werden; eine Note vom 9. März erklärte den Frankfurtern, daß sie die deutsche Einheit nur auf einem Wege suchen dürften, welcher es Österreich ermögliche ohne Aufgeben seiner selbst, d. h. ohne Aufgabe dieser neuen Verfassung, in dem großen Gesamtwaterlande zu verbleiben.

Welkers An-  
trag auf Er-  
richtung des  
preussischen  
Erbkaisers-  
tums.

Zweite Lesung  
der Ver-  
fassung.

Die Kaiser-  
wahl.

Zu dem Zwecke sollte an die Spitze des deutschen Bundes ein Direktorium treten, in dem Oesterreich den Vorsitz führe; der ganze Bund sollte in Kreise zerfallen, deren einen der Gesamtstaat Oesterreich bilde; als parlamentarische Vertretung war nur ein Staatenhaus zugestanden, dessen Mitglieder von den Regierungen und den Einzellandtagen gemeinsam ernannt werden sollten, und zwar so, daß auf jede Million Einwohner ein Vertreter, auf Oesterreich also 38 und auf Preußen samt allen übrigen Staaten 32 kämen. Diese Vorschläge überstiegen denn doch so sehr alles Maß, daß selbst ein Teil der Großdeutschen unter Welkers Führung sich entrüstet von Oesterreich abwandte. Schon im Januar hatte dieser erklärt, daß er zwar um den preussischen Erbkaiser abzuwenden selbst für das ihm sonst verhaßte Direktorium stimmen, daß er aber trotzdem aus vollem Herzen: Es lebe der preussische Kaiser! rufen werde, wenn Oesterreichs Austritt wirklich sich vollziehe. Jetzt stellte er am 12. März kurz entschlossen den Antrag: die Reichsverfassung unverändert im ganzen anzunehmen, dem Könige von Preußen die erbliche Kaiserwürde zu übertragen, dem Kaiser von Oesterreich aber und seinen deutschen Landen jetzt und zu aller Zeit den Eintritt in das neue Reich offenzuhalten. Fünf Tage vergingen, ehe der Antrag in einer vom Verfassungsausschuß etwas veränderten Gestalt zur Verhandlung kam, vier Sitzungen wurden mit hitzigen Redekämpfen ausgefüllt; als aber am 21. März die Abstimmung begann, fiel zwar zunächst der Antrag zur Tagesordnung überzugehen mit 5 Stimmen Mehrheit durch, aber auch der Antrag Welkers wurde mit 283 gegen 252 Stimmen abgelehnt. Den Ausschlag gab das linke Centrum; es hatte sich erboten für den Antrag zu stimmen, wenn die Weidenbuschpartei verspreche, die Verfassung auch dem Könige von Preußen gegenüber unverändert aufrechtzuerhalten; da dies abgeschlagen wurde, stimmten die beiden Simon und ihre Freunde gegen den Antrag und brachten ihn so zu Fall. Dagegen beschloß am nächsten Tage eine Mehrheit von 36 Stimmen, sofort in die zweite Lesung der Verfassung einzutreten und dabei durchaus keine Debatte und nur solche Anträge, die von 50 Mitgliedern unterzeichnet seien, zuzulassen. In täglichen Sitzungen wurde über die einzelnen Paragraphen abgestimmt; die wichtigsten, die, welche über die Reichsregierung handelten, kamen zuletzt. Hier mußten sich mit Notwendigkeit die Vorgänge vom 21. März wiederholen; ohne die Zustimmung des linken Centrums war keine Mehrheit für den Entwurf zu erlangen; der Preis dieser Zustimmung war bekannt. Freilich auch seine Gefahren. Gerade das, was die beiden Simon wollten, wollte der König von Preußen nicht; man hatte also zwischen beiden zu wählen. Und doch war es wiederum keine Wahl zu nennen. Ohne die Zustimmung des Parlamentes konnte ja auch Friedrich Wilhelm die Verfassung gar nicht annehmen; diese Zustimmung mußte zuerst gesichert werden, nachher mochte man weiter sorgen. So wurden dem linken Centrum denn zwei Forderungen eingeräumt: die geheime Abstimmung bei den Wahlen zum Volkshause und die Umwandlung des

unbedingten kaiserlichen Betos in ein bedingtes, das unwirksam werden sollte, wenn der Reichstag in drei aufeinander folgenden Sitzungsperioden denselben Beschluß gefaßt habe. An diesen Bedingungen versprachen 80 Mitglieder der Weidenbuschpartei am 26. März schriftlich festzuhalten und weiterhin für keine irgend erhebliche Abänderung des Verfassungsentwurfes, von welcher Seite sie auch gefordert werden möge, zu stimmen. Es waren etwa 30 Stimmen, welche dadurch der Kaiserpartei zugeführt wurden und die ihr zum Siege verhalfen. Nachdem am 27. März das Kaisertum und seine Erblichkeit (diese freilich nur mit 267 gegen 263 Stimmen) angenommen war, erfolgte am 28. März 1849 die Wahl. Von 538 Mitgliedern enthielten sich 248, darunter gegen 100 Österreicher, der Abstimmung; die übrigen 290 erkoren Friedrich Wilhelm IV. zum Deutschen Kaiser. Nachmittags 3 $\frac{1}{2}$  Uhr ward unter lautem Jubel des überfüllten Hauses das Ergebnis verkündigt, die Glocken aller Kirchen der Stadt erklangen und stimmten ein in die heißen Dankgebete, die sich so mancher patriotischen Brust entzogen, als endlich, endlich das lang-ersehnte Ziel erreicht schien.

Aber freilich auch nur erreicht schien. Denn nun kam der zweite Teil des Kampfes; nur die eine Hälfte des Widerstandes, der zu überwinden war, war überwunden; die andere Hälfte, der Widerstand der Fürsten und besonders der des gewählten Fürsten, dauerte ununterbrochen fort. Mit flehenden und ermutigenden, mit ernst mahnenden und beschwörenden Worten hatten sich der alte Arndt, Bassermann, Beckerath, Bunsen im Laufe der letzten Wochen an den preußischen König gewandt um ihn zur Annahme der Kaiserkrone zu bewegen. Aber alle ihre Beredsamkeit war verloren. In der Annahme des Welkerschen Antrags sah der König, wie er an Beckerath schrieb, eine ungeheure Gefahr; man besiege den Teufel nicht, wenn man sich ihm ergebe. Der Frankfurter Versammlung sprach er unverändert jedes Recht ab eine Krone anzubieten und wies den Gedanken weit zurück solch ein Geschenk anzunehmen; nur wenn der echt und recht vereinte Rat der Kurfürsten und des Volkes ihm die alte, wahre, rechtmäßige, tausendjährige Krone deutscher Nation anbiete, werde er darauf eingehen, und dann allerdings antworten, wie ein Mann antworten müsse, dem die höchste Ehre dieser Welt geboten werde.

Trotz alledem war nun in Frankfurt die Wahl des Königs vollzogen und der Präsident des Parlamentes, Eduard Simson, machte sich an der Spitze von 33 Abgeordneten, unter ihnen Arndt, Dahlmann, Raumer, Soiron, Mittermaier, auf den Weg nach Berlin um dem Erkorbenen die Anzeige zu überbringen. Nach einer Reise, die vielfach einem Triumphzug glich, kamen sie am Abend des 2. April in der preußischen Hauptstadt an. Sie wurden von einer guten Botschaft empfangen: das Ministerium hatte am Vormittag in der Kammer eine allgemein günstig aufgenommene Erklärung abgegeben. Allein diese hoffnungsvolle Deutung sollte bitter enttäuscht werden. Bei dem Empfang am nächsten Tage

Haltung des Königs.

Die Kaiserbotschaft.

Ablehnung  
des Königs.

bemühte sich der König nur der schroffen Abweisung, die er in seinen vertraulichen Briefen längst angekündigt hatte, ein „Hoffleid“ anzuziehen. Der Ruf des Parlamentes gebe ihm ein Anrecht, sagte er, das er zu schätzen wisse; aber er würde das ihm erwiesene Vertrauen verletzen, wenn er ohne das freie Einverständnis der gekrönten Häupter die Wahl annehme; an diesen sei es jetzt die Reichsverfassung in gemeinsamer Beratung zu prüfen; auch in der Zwischenzeit jedoch werde Preußens Schwert und Schild Deutschland gegen innere und äußere Feinde schützen, und getrost werde er, der König, den Weg seines Hauses und seines Volkes wandeln, den Weg der deutschen Ehre und Treue. Ohne Hoffleid hieß das, wie er an Bunsen schrieb: Ich kann euch weder Ja noch Nein antworten, denn ihr habt gar nichts zu bieten; das mach ich mit meinesgleichen ab; jedoch zum Abschied die Wahrheit: gegen Demokraten helfen nur Soldaten! All sein Ehrgeiz beschränkte sich jetzt, wie er sagte, auf zwei Punkte: erstens durch die Wahl der Fürsten Erzherzog Johanns Nachfolger als zeitweiliger Statthalter von Deutschland zu werden um Ordnung zu schaffen, und weiterhin als Erzfeldherr Deutschlands die Ordnung zu erhalten. Alle Bemühungen ihn noch umzustimmen und zum Einlenken zu bewegen, was bei dem Wortlaut seiner Rede ohne allzugreifbaren Widerspruch hätte geschehen können, blieben erfolglos. Die Abgeordneten des Parlamentes schieden von Berlin mit einer schriftlichen Erklärung an das preußische Ministerium, daß sie keine andere Krone anzubieten gekommen seien als die auf Grund der zu Recht bestehenden Reichsverfassung beschlossene, und daß die Verwerfung dieser Verfassung gleichbedeutend sei mit der Ablehnung der Krone. Das Parlament selbst beschloß feierlich an der Verfassung festzuhalten und durch einen Ausschuß prüfen zu lassen, welche Maßregeln infolge der preußischen Ablehnung nötig geworden seien. Troz alledem aber gab man die Hoffnung noch nicht auf, Friedrich Wilhelm werde auf Umwegen zur Annahme der Krone sich entschließen. Ein preußisches Rundschreiben vom 3. April forderte nämlich die Regierungen auf binnen acht Tagen ihre Bevollmächtigten in Frankfurt mit Anweisungen betreffs ihrer Stellung zur Reichsverfassung zu versehen; erst dann werde der König seinen endgültigen Entschluß fassen. Mit Ausnahme der Königreiche kamen alle Staaten dieser Aufforderung nach und erklärten sich für die Verfassung und das Erbkaisertum; die Königreiche freilich beharrten bei ihrer Weigerung und Oesterreich ging noch einen Schritt weiter: es erklärte die Aufgabe des Parlamentes für mißlungen und befahl seinen Abgeordneten auszutreten. Ein beträchtlicher Teil gehorchte und verließ Frankfurt. Es wäre nur folgerichtig gewesen, wenn auch dem Erzherzog Johann der Befehl erteilt wäre seiner Würde zu entsagen. Aus eigenem Antriebe hatte dieser gleich nach der Kaiserwahl sich dazu entschlossen, und die preußische Note vom 3. April hatte daraufhin erklärt, der König sei bereit an seine Stelle zu treten. Hätte das Parlament gleich am 29. März die Abdankung angenommen und dem König

Das Parla-  
ment.

Preussisches  
Rundschreiben  
vom 3. April  
1849.

Die übrigen  
Regierungen.

Erzherzog  
Johann.

das Amt übertragen, so würde dieser es schwerlich abgelehnt haben. Statt dessen beschwor das Präsidium des Reichstags den Erzherzog seinen Rücktritt noch zu verschieben, und nachdem dies geschehen war, erhielt er von Schwarzenberg geradezu den widersinnigen und heimtückischen Befehl an seinem Platze auszuharren. Oesterreich fühlte sich stark genug mit diesem Hebel alles bisher Erreichte wieder aus den Angeln zu heben und, wenn es das geträumte Siebzigmillionenreich nicht durchsetzen könne, wenigstens jede andere Neugestaltung zu hindern und einfach die vormärzlichen Zustände wiederherzustellen. Zu diesem kühnen Selbstvertrauen war es durch sein enges Bündnis mit Rußland und durch die Erfolge gelangt, die seine Waffen seit dem Regierungsantritt Franz Josefs in Italien und gegen die Magyaren davongetragen hatten. Selbst die Rückschläge, die es eben jetzt in Ungarn erlitt, vermochten die wiedergewonnene Zuversicht nicht zu erschüttern.

### Die Unterwerfung Ungarns.

Die Ungarn hatten den Thronwechsel vom 2. Dezember 1848 mit einer feierlichen Bewahrung beantwortet und erkannten nur Ferdinand als ihren König an. Sie zur Unterwerfung zu zwingen rückten in der ersten Hälfte des Dezember von Norden aus Galizien Graf Schlick, von Westen aus Mähren General Simunich, am rechten Donauufer der Oberbefehlshaber Fürst Windischgrätz und aus Steiermark Graf Nugent in das Land ein. Überall zogen sich die Ungarn zurück. Görgey, der gegen Windischgrätz stand, vereinigte sich mit Perczel, dem Gegner Nugents, setzte aber trotzdem nach einigen widrigen Gefechten seinen Rückzug bis Ofen und Pest fort. Die Hauptstadt war nicht zu halten, und am 1. Januar 1849 machten sich der Reichstag und der Verteidigungsausschuß davon um in Debreczin jenseit der Theiß ihren Sitz aufzuschlagen. Sie dort vor einem Angriff zu schützen, sollte die Aufgabe Perczels sein, der mit seinen Truppen die Theißübergänge bei Szolnok besetzte; Görgey erhielt den Auftrag, die Donau hinauf nach Norden zu ziehen und dadurch zugleich Windischgrätz in der Flanke zu bedrohen und Simunich am Vormarsch zu hindern. Viel zu schwach für diesen doppelten Zweck schlug er sich nördlich in die Gebirge, operierte aber dabei so glücklich, daß die ihm folgenden Oesterreicher die Fühlung mit ihm verloren und er Ende Januar die Karpathenpässe in der Zipß besetzen konnte, durch welche Graf Schlick aus Galizien in Ungarn eingefallen war. Dieser hatte anfangs nur den Landsturm unter Pulszky sich gegenüber gefunden, denselben rasch zerstreut und am 11. Dezember das wichtige Kaschau besetzt. Auch einen Angriff, den der Kriegsminister Meszaros am 4. Januar bei Kaschau auf ihn machte, wies er siegreich ab, aber vergebens versuchte er Ende des Monats dessen Nachfolger Klapka, der sich bei Tokay verschanzt hatte, zu vertreiben. Durch Görgeys Marsch in seinen Rücken geriet er nun in eine bedenkliche Lage; einem vereinigten

Der Krieg in Ungarn.

Der Reichstag nach Debreczin.

Görgey und Schlick.

Angriff Görgeys und Klapka war er nicht gewachsen, die Vereinigung zu hindern war es zu spät. Er mußte sich also entschließen auszuweichen und in südwestlicher Richtung die Vereinigung mit Windischgrätz zu suchen. Glücklicherweise gelangt zum Hauptheere und begierig die Scharte wieder auszuweken, beredete er sofort den Feldmarschall zum Vormarsch gegen Tokay; auf dem Wege dahin stieß er auf die Ungarn unter Führung des Polen Dembinski, der in diesen Tagen den Oberbefehl über die Heere Klapka, Görgeys und Perczels erhalten hatte und ihm gefolgt war. Bei Kapolna, unweit Erlau, kam es am 26. Februar zur Schlacht. In heißem Kampfe behaupteten die Österreicher den Sieg; die Magyaren wurden zum Rückzuge gezwungen und suchten Sicherheit hinter der Theiß. Alle Schuld an diesem Mißerfolge wurde nun auf Dembinski, den Fremdling, geworfen; Klapka und andere Generale weigerten sich ihm ferner zu gehorchen und nötigten Kossuth, der den Polen hauptsächlich begünstigte um ihn als Werkzeug gegen den Ehrgeiz der Generale zu gebrauchen, in seine Absezung zu willigen.

Dembinski's  
Niederlage  
bei Kapolna.

Die Lage in  
Siebenbürgen.

Zum Glück für die Magyaren nahm in ihrem Rücken, in Siebenbürgen und in Serbien, ihre Sache einen besseren Verlauf. Beim Beginn der Empörung, im September 1848, hatten sich die Deutschen und Rumänen Siebenbürgens von den Rebellen losgesagt und auf die Seite des Kaisers gestellt, zuerst der Oberst Urban, der an der Spitze seines rumänischen Regiments am 7. September der Regierung in Pest den Gehorsam aufkündigte. Es bildete sich ein rumänischer Landsturm, der unter vielen Greuelthaten die magyarisch gesinnten Ortschaften entwaffnete und in einigen Wochen das ganze Land für den Kaiser eroberte; nur in den Gebirgen hielten sich noch die Scharen der Szekler und verteidigten die Sache Ungarns. Nach den Plänen des kaiserlichen Hauptquartiers hätte nun Buchner, der Oberbefehlshaber in Siebenbürgen, den großen Dezemberangriff auf Ungarn von Osten her unterstützen sollen; aber ehe er den Marsch auf Großwardein angetreten hatte, erschien der Pole Bem, der glücklich aus Wien entkommen war, im Lande und gab der ganzen Lage ein anderes Aussehen. Mit den Truppen, die er um sich sammelte, schlug er verschiedene kleinere Heeresabteilungen und zog am Weihnachtstage in Klausenburg ein; von da rückte er im Januar 1849 gegen die Südgrenze vor und bedrohte Hermannstadt. Urban hatte sich in die Bukowina zurückziehen müssen, und Buchner fühlte sich dem Gegner so wenig gewachsen, daß er den russischen General Lüders, der einen Bojarenaufrüst in der Walachei niedergeschlagen hatte, um die Besetzung von Hermannstadt und Kronstadt ersuchte. Bereitwillig wurde von Petersburg die Genehmigung dazu erteilt und am 2. Februar überschritten die Russen die Grenze. Nun schlug das Glück eine Weile um. Buchner zog die österreichischen Besatzungen aus den beiden von den Russen bewachten Städten an sich und drängte Bem bis an die Maros zurück. Hier aber schlug der Pole mit Hilfe der Verstärkungen, die er aus Südungarn erhielt, Buchners Angriff ab und

Bem's Siege.

Russische Ein-  
mischung.

Wechselnde  
Kämpfe.

warf auch Urban, der aus der Bukowina heranzog, wieder dorthin zurück. Freilich erlitt er dann am 3. März eine ernstliche Niederlage bei Mediasch; aber die Langsamkeit seines Gegners, der mehrere Tage mit dem Angriff auf Schäßburg, wohin Bem sich gerettet, zögerte, ließ ihm Zeit zu entkommen. Mit großer Kühnheit warf er sich nun im Rücken des Feindes auf Hermannstadt und trieb die Russen durch den Rotenturmspaß über die Grenze. Völlig entmutigt folgte Buchner seinen Bundesgenossen und flüchtete sich gleichfalls in die Walachei; das ganze Land war in Bem's Gewalt; nur die kleine Festung Karlsburg und einige Banden im Gebirge hielten noch das Banner des Kaisers hoch; auch die russische Besatzung in Kronstadt zog es vor das Land zu räumen.

Rückzug der  
Österreicher  
und Russen.

Nicht viel besser stand es mit den Kaiserlichen in Serbien; aber hier war die Ursache des Umschwungs mehr politischer als militärischer Art. Serben und Kroaten hatten gegen die Ungarn gekämpft, weil sie ihre Selbständigkeit erstreiten wollten; nun kam die Regierung in Olmütz mit der Gesamtstaatsverfassung vom 4. März, welche die Selbständigkeit der südslawischen Länder ebenso gründlich vernichtete, wie es die Annahmung der Ungarn bezweckt hatte. Bis dahin waren die Serben unter Stratomirowitsch unbeschadet heftigen Parteigezänkens und gelegentlicher Niederlagen doch in ihrer Verteidigung gegen die Magyaren erfolgreich gewesen und hatten ihre Feinde von Pancsova aus immer wieder auf Berscheg und Beckserék zurückgeworfen. Jetzt trat an die Stelle der Begeisterung Lauheit und Haltlosigkeit, und als Mitte März Perczel gegen sie im Felde erschien, erfocht er zunächst auf dem rechten Ufer der Theiß eine Reihe von Siegen, ging dann über den Fluß, jagte die Serben über die Temes und über die Donau und konnte Mitte Mai als Sieger in Pancsova einziehen.

Die Lage in  
Serbien.

Perczel's  
Siege.

Währenddessen waren nach längerer Pause auch auf dem Hauptschauplatz des Krieges die Feindseligkeiten wieder aufgenommen, aber nicht von Windischgrätz, der auf den Lorbeern von Kapolna zu ruhen schien, sondern von den Ungarn. Von Görgey geführt, überschritten sie, 50000 Mann stark, Ende März bei Tokay und südlich davon bei Poroszlo die Theiß und rückten über Gyöngyös auf Pest. Ihr rechter Flügel stieß zuerst am 2. April bei Hatvan auf Schlick und warf ihn nach Gödöllö zurück; am 4. April maßen sich Klapka und Sellschitsch auf den entgegengesetzten Flügeln bei Tapio Bicske und auch hier blieben die Ungarn Sieger. Um Gödöllö entbrannte sodann am 6. April der Hauptkampf, der nach manchen Schwankungen damit endete, daß Windischgrätz seine Truppen vorwärts Pest vereinigte, welcher Bewegung der Feind mit großer Eile folgte, wie es in dem Siegesbericht hieß, den die Wiener zu sehen bekamen. Nur ein Teil des ungarischen Heeres jedoch blieb gegen Windischgrätz stehen; der andere marschierte, von Klapka geführt, am linken Donauufer aufwärts um Komorn zu entsetzen, das von Simunich hart bedrängt wurde. Auch dieses Unternehmen gelang nach einem Siege an der Gran (bei Nagy-Sarlo) voll-

Windischgrätz  
Niederlagen.

Entsatz von  
Komorn.

kommen. Mit großer Besorgnis betrachtete man in Olmütz diese Triumphe der Magyaren. So lebhaften Dank man auch Windischgrätz für die Bändigung von Prag und Wien schulden mochte, so konnte man seine Unfähigkeit zur Beendigung des ungarischen Krieges doch nicht länger verkennen. Am 12. April wurde beschlossen, ihn ans Hoflager zu berufen und den General von Welden zu seinem Stellvertreter zu ernennen. Dieser trat seinen Posten damit an, daß er Pest räumte und die ganze Armee bis auf 10 000 Mann, die unter General Hentzi, einem Schweizer, in Ofen bleiben sollten, an die Leitha zurückführte. Am 21. April war fast ganz Ungarn in den Händen der Rebellen.

Räumung von Pest.

Absetzung des Hauses Lothringen.

Gehoben von diesen Erfolgen, wagte der Reichstag in Debreczin einen verhängnisvollen Schritt. Kossuth war von dem Schlachtfelde von Gödöllö mit dem Entschluß zurückgekehrt, die Absetzung des Hauses Lothringen beschließen zu lassen. Nur Görgey hatte davor gewarnt, die übrigen Generale waren vollkommen einverstanden; im Reichstage zogen es die Gegner eines so unheilbaren Bruches, da sie einsahen, daß Kossuth und die Mehrheit sich nicht zurückhalten ließen, vor zu schweigen. Am 14. April 1849 versammelte sich das Parlament in der reformierten Kirche in Debreczin; Kossuth bestieg die Kanzel und verkündete in glänzender Rede die Losreißung Ungarns und seiner Nebenkänder von der österreichischen Monarchie. Einige Tage darauf ward ihm als Präsidenten die Leitung der neuen Republik übertragen; unter Szemerés Vorsitz bildete er ein Ministerium, in das neben Görgey als Kriegsminister Bischof Horvath, Bukovich, Csany und Casimir Batthyány eintraten. Da die neue Regierung möglichst schnell von Debreczin nach Ofen-Pest zurückzukehren wünschte, galt die Vertreibung Hentzis aus Ofen für die wichtigste Aufgabe der Kriegführung. Auch Görgey, der als Minister den Oberbefehl beibehielt und am liebsten die Österreicher über die deutsche Grenze verfolgt hätte um womöglich Wien zu nehmen, gab den Vorstellungen Kossuths nach. Am 3. Mai begann er die Belagerung und erstürmte die Stadt am 21.

Kossuth Präsident der ungarischen Republik.

Erstürmung von Ofen.

Damit schien die Befreiung des Landes vollendet, die Unabhängigkeit Ungarns zur Thatsache geworden zu sein. Und doch war gerade in diesem Augenblicke alles Erreichte wieder in Frage gestellt. An demselben 21. Mai stattete Franz Josef dem Zaren Nikolaus in Warschau einen Besuch ab um ihm für das Versprechen der bewaffneten Unterstützung zu danken und den gemeinsamen Feldzugsplan zu bereden. Gleich nach dem Rückzuge Weldens war nämlich ein förmliches Hilfs-gesuch von Wien nach Petersburg abgegangen; die Teilnahme polnischer Flüchtlinge an dem Aufstande der Magyaren diente als leichte Bemäntelung; sie verlieh dem Kriege angeblich den Charakter „einer Vereinigung aller Kräfte der europäischen Umsturzpartei“ und rechtfertigte so die „edle Bereitwilligkeit“, mit welcher Nikolaus seinen Beistand in ausgedehntestem Maße zusicherte. Schon am 1. Mai konnte die Wiener Zeitung die frohe Kunde bringen, und wenn man sich in Ungarn auch

Zusammenkunft in Warschau.

Russische Hilfe.

kurze Zeit in allerlei Hoffnungen wiegte, als ob das Bündnis schnell wieder zerfallen oder ein französisch-ungarisches Gegenbündnis zur Folge haben werde, so war doch dieser Trost bald genug verflogen. Unter diesen Umständen konnte es sich nur noch um einen Verzweiflungskampf handeln. Kossuth, Szemere und die Minister überhaupt waren dazu entschlossen; vor dem einbrechenden Feinde, so lautete ihr Aufruf vom 18. Mai, sollte das Volk sich überall zurückziehen, die Vorräte vernichten, Straßen, Brücken, Brunnen zerstören, die Dörfer verbrennen; einer offenen Feldschlacht wollte man den Russen gegenüber ausweichen und möglichst alle verfügbaren Truppen gegen die Österreicher zusammenziehen; selbst Bem sollte zu diesem Zwecke aus Siebenbürgen nach Komorn rücken. An der Spitze der österreichischen Armee stand Baron Haynau, ein Sohn des 1821 gestorbenen Kurfürsten Wilhelm von Hessen, der sich in Italien durch seine rücksichtslose und grausame Härte einen gefürchteten und gehaßten Namen erworben hatte. Mitte Juni begann Görgey gegen ihn die Feindseligkeiten, indem er von Komorn aus die Waag zu überschreiten suchte; aber obgleich die Hauptkräfte der Österreicher gar nicht hier, sondern auf dem rechten Donauufer sich sammelten, wurden die Ungarn doch mit großem Verluste (besonders bei Pered am 21. Juni) zurückgeschlagen. Nun ging Haynau seinerseits zum Angriff über und erstürmte in Gegenwart seines Kaisers am 28. Juni die Verschanzungen bei Raab, die nur schwach besetzt waren, weil Görgey ein Vorgehen der Österreicher südlich der Donau gar nicht befürchtete, sondern als zweifellos angenommen hatte, daß sie, am nördlichen Donauufer vordringend, Fühlung mit den Russen zu gewinnen suchen würden, die 80 000 Mann stark unter Paszkewitsch seit dem 14. Juni dieselben Karpathenpässe überschritten, durch die im Dezember Schlick eingefallen war. Widerstand wurde ihnen nicht geleistet. Der Pole Wisozki, der mit 8000 Mann in jenen Gegenden stand, wich vor der Übermacht auf Pest zurück; Ende des Monats waren die Russen schon in Tokay und konnten mit einer Streifschar Debreczin besetzen. Wenn sie nun gegen Pest und Waizen vorrückten, so mußten sie in wenigen Tagen Görgey den Weg nach der Theiß verlegt und ihn zwischen sich und den Österreichern eingeschlossen haben. Kossuth, Klapka, Eszany, alles drängte deshalb in Görgey, seinen Abmarsch zu beschleunigen und sein Heer möglichst ungeschwächt der großen Armee zuzuführen, die an der Theiß und Maros den letzten Entscheidungskampf kämpfen sollte. Aber Görgey ließ sich Zeit, und da er im Heere sehr beliebt war, konnte er selbst dem Befehl Kossuths trotzen, der ihm am 1. Juli das Kommando entzog und es Meszaros übertrug. Erst als er am 3. und 11. Juli noch zweimal sich mit Haynau vor Komorn gemessen hatte, begann er den Abmarsch, indem er Klapka als Befehlshaber in der Festung zurückließ. Jetzt aber waren auch die Russen bis an die Donau vorgeedrungen und bei Waizen überzeugte sich Görgey, daß er mit seinen 27 000 Mann den geraden Weg über Gödöllö an die Theiß nicht erzwingen könne.

Ungarische  
Verteidigungs-  
maßregeln.

Haynau's  
Siege.

Vordringen  
der Russen.

Görgey's Zug  
nach Urad.

Er warf sich also ähnlich wie ein halb Jahr früher nordwärts und rückte in einem großen Bogen, wenig belästigt, gegen Tokay vor, schlug vor seinem Übergang über die Theiß in den letzten Julitagen mehrere russische Scharen und marschierte dann östlich vom Flusse über Debreczin und Großwardein auf Arad zu, wo er am 9. August ankam.

Der Reichstag  
in Szegedin.

Diese Festung, die erst seit dem 1. Juli nach einer viermonatlichen Belagerung in den Händen der Ungarn war, sollte als letzter Stützpunkt des Aufstandes dienen. Anfänglich war Szegedin, am Einfluß der Maros in die Theiß, dazu ausersehen. Dorthin hatte Kossuth die Regierung und den Reichstag verlegt, als nach Haynaus Sieg bei Raab Pest keine Sicherheit mehr bot. Aber schon am 21. Juli, zehn Tage nachdem sie in die Hauptstadt eingezogen waren, rückten die Österreicher gegen Szegedin heran. Kossuth rief von Truppen herbei, was er nur erreichen konnte. Von Görgey konnte nicht die Rede sein, der stand in diesen Tagen noch jenseit Tokay; aber an der mittleren Theiß befehligte Perczel 20 000 Mann, mit denen er soeben bei Tura unglücklich gegen Paskiewitsch gekämpft, und in Serbien hatte der General Better fast ebensoviele Truppen, die ihre nächste Aufgabe, den Banus Jellatschitsch zurückzuschlagen, am 14. Juli bei Heghes, südwestlich von Szegedin, glänzend gelöst hatten. Beide Heere waren Ende Juli vor Szegedin zusammengezogen und Dembinskis Oberbefehl unterstellt. Statt aber Szegedin zu verteidigen oder gar Haynau entgegenzurücken räumte der General die Stadt und zog sich längs der Maros auf Arad zurück. Die Österreicher waren schnell hinterdrein. Am 3. August setzten Haynau bei Szegedin, Schlick nördlich, Ramberg südlich davon über die Theiß und zwangen Dembinski am 5. August bei Szöreg zu einer Schlacht, durch welche sich dieser von Arad weg auf Temesvar drängen ließ, das noch in den Händen der Österreicher war! Sofort entsetzte ihn Kossuth des Befehls und übertrug die Führung an Bem, der eben als Flüchtling ohne Heer aus Siebenbürgen anlangte. Auch ihm hatten die letzten Wochen alle Erfolge, die er im März erfochten, wieder entrisen. Mitte Juni waren zwei russische Heere, Lüders mit 30 000 Mann aus der Walachei, Grotenhjelm mit 10 000 aus der Bukowina in das Land eingerückt. Verzweifelt schlug sich Bem mit dieser Übermacht herum; wie sehr er die Gegner auch durch kühne Züge überraschte, er blieb doch überall im Nachteil und sah sein Heer in beständigen Gefechten zusammenschmelzen. Bei Groß-Scheuren stieß am 5. August sein letztes Häuflein auseinander, und der General eilte allein nach Arad und von da nach Temesvar, übernahm hier an Dembinskis Stelle den Oberbefehl und verlor ihn schon am 9. August in einer zweistündigen Schlacht vor dieser Festung; die geringen Trümmer seines Heeres konnte er nicht einmal nach Arad zu Görgeys heranziehender Macht führen, sondern mußte sie in den siebenbürgischen Grenzgebirgen sammeln und, da inzwischen doch alles verloren war, so gut wie möglich nach der Türkei hinüber retten. Wenn es noch Hilfe gab, so konnte sie nur von Görgey kommen.

Niederlagen  
der Ungarn.

Der Verlust  
Siebenbürgens.

Bems Niederlage vor Temesvar.

Dieser Einsicht verschloß sich auch Kossuth nicht; am 11. August legte er die Diktatur in des Generals Hände nieder und entfloh mit den Reichskleinodien über die türkische Grenze. Daß Görgey den Kampf noch fortsetzen werde, erwartete doch eigentlich niemand; schon seit Ende Juli stand er mit Kossuths Wissen und unter Mitwirkung des Ministeriums in Verhandlungen mit Paszkiewitsch. Damals konnte angesichts der Heere Dembinskis und Görgeys immer noch von Bedingungen der Unterwerfung die Rede sein; nach den Niederlagen von Szöreg und Temesvar war das vorbei. Es konnte sich nur noch um die Frage handeln, ob man sich den Russen oder den Österreichern ergeben sollte. Die Klugheit hätte geboten die letzteren nicht durch eine Kapitulation mit Paszkiewitsch noch mehr zu reizen; aber der Haß war stärker als die Berechnung; Görgey rückte mit seinem Heere, das noch 23 000 Mann und 129 Geschütze zählte, von Arad den Russen bis Bilagos (etwa vier Meilen nordöstlich) entgegen und ergab sich hier am 13. August bedingungslos. Das schwerere Stück Arbeit in dem Kampfe hatten doch unzweifelhaft die Österreicher gethan, nun fiel der größte Triumph ihren Bundesgenossen in den Schoß. Und diese waren keineswegs beflissen ihn mit Bescheidenheit zu genießen. Mit höhnischem Übermut meldete Paszkiewitsch seinem Herrn den Ausgang des Ringens: Ungarn liegt zu den Füßen Ew. Majestät; wie ein Geschenk erhielt Franz Josef sein rebellisches Land aus den Händen des Zaren zurück. Die Erbitterung, welche darüber am Wiener Hofe herrschte, zeitigte bald den Gedanken, daß Österreich die Welt durch die Größe seines Undanks in Erstaunen setzen müsse; sie suchte aber sofort ihre Entladung in dem härtesten Strafgericht über das unterworfen Land. Görgey mußte man schonen, weil Paszkiewitsch für ihn eintrat; er wurde nach Klagenfurt in Kärnten gebracht und lebte dort lange Jahre, in den Augen der Ungarn ein schwarzer Verräter; Kossuth, Bem, Perczel, Dembinski, Meszaros und viele andere Häupter des Aufstandes waren glücklich ins Ausland entkommen; Klapka erzwang sich durch tapfere Ausdauer in Komorn, das er erst am 27. September übergab, günstige Bedingungen; aber wessen man habhaft werden konnte, den traf das Todesurteil, das die Blutgerichte von Arad und Pest sprachen, unter ihnen als meist bedauerter Opfer den vormaligen Ministerpräsidenten Batthyány; ungezählt waren die Einkerkerungen und Verbannungen, noch zahlreicher die Unglücklichen, die widerwillig in das kaiserliche Heer eingesteckt wurden. Fast mochte man in den herrschenden Kreisen den ganzen Aufstand trotz der Ströme von Blut und der Millionen von Gulden, die er gekostet, jetzt hinterdrein als ein Glück betrachten. Denn ungehemmt und rücksichtslos konnte sich die Rache über dem armen Lande entladen; mit einem Stoße vermochte man alle diese lästigen Vorrechte und parlamentarischen Einrichtungen über den Haufen zu werfen, die selbst in den Zeiten des Absolutismus hatten geehrt und beachtet werden müssen: Ungarn hatte sein Recht verwirkt und war der Gewalt des Kaisers auf Gnade und Ungnade unterworfen. Wenn irgend etwas

Abkantung  
Kossuths.

Görgeys Sage.

Kapitulation  
von Bilagos.Bestrafung  
der Rebellion.

das Selbstvertrauen der Rückschrittmänner erhöhte, so war es dies; und wenn sie irgendwo ihren Gelüsten frei die Zügel schießen ließen, so war es hier. Die Magyaren aber beugten sich in dumpfem Groll und voll bitterer Vergeltungsgedanken dem übermächtigen Joche; sie wichen der Gewalt, aber sie bewahrten ihren Stolz und ihre Hoffnungen, und der siegreiche Kaiserstaat, mochte er der Welt und sich selbst es auch verbergen, trug in diesem Ungarn ein Geschwür mit sich herum, das an seinem Marke zehrte und eines Tages tödlich werden konnte.

### Die Bewältigung Italiens.

Bermittlung  
der West-  
mächte.

Denselben Ausgang wie in Ungarn hatten die Dinge in Italien genommen. Wie schwer die Niederlagen Sardinien im Sommer 1848 auch gewesen waren, Österreichs Sache stand damals doch immer noch bedenklich. Auch nach dem Waffenstillstande von Vigevano konnte Karl Albert noch hoffen den Besitz der Lombardei für Sardinien zu retten und für Venetien wenigstens eine gesonderte Verfassung und Verwaltung durchzusetzen, beides Bedingungen, welche die Westmächte zur Grundlage ihrer Friedensvermittlung machten. Allerdings sträubte man sich in Wien gewaltig dagegen, aber vor einer drohenden Note aus Paris gab man doch Anfang September soweit nach, daß man, ohne die Grundlagen anzuerkennen, die Vermittlung selbst über sich ergehen ließ. Auch gegen den Vorschlag, den Karl Albert am 11. September machte, die vier Mächte sollten um eine Verständigung zu erzielen zu einem Kongreß zusammentreten, wandten die österreichischen Staatsmänner nichts ein; aber indem sie die Frage nach dem Orte des Kongresses und nach der Beteiligung anderer Mächte (Preußens, Deutschlands, Rußlands, der italienischen Staaten) aufwarfen, wußten sie die Sache geschickt in die Länge zu ziehen. Ungeduldig drängte Piemont, das weder entwaffnen noch die schweren Ausgaben für sein Heer ertragen konnte, auf eine Entscheidung und drohte den schon einmal verlängerten Waffenstillstand aufzukündigen; die Oktobertage in Wien und Pest lockten gewaltig zur Erneuerung des Krieges und ungebärdig verlangte die öffentliche Meinung, des Wartens und Verhandeln müde, einen kraftvollen Entschluß. Glühenden Unwillen erregte die strenge Herrschaft Radetzky's in der Lombardei: mehr als 30 Millionen Mark hatte er bis zum Januar an außerordentlichen Steuern, fast die Hälfte dieser Summe schon im November an Strafgeldern von solchen Personen erpreßt, die bei der Erhebung beteiligt gewesen waren. Daß Freiheit und Sicherheit der Bevölkerung unter der Herrschaft des Kriegsgesetzes arg gefährdet war, daß die härtesten Bestrafungen auf geringfügigen Vergehen standen und in Ermangelung des wirklich Schuldigen häufig Unschuldige trafen, lag in den Verhältnissen unabänderlich begründet. Aber nicht minder fühlten sich die Italiener durch scheinbar veröhnliche Maßregeln gereizt, so durch den Erlaß des Kaisers vom 9. Oktober, in welchem die Berufung einer

Bedrückung der  
Lombardei.

lombardisch-venetianischen Abgeordnetenversammlung alsbald nach Wiederherstellung der Ruhe angekündigt wurde; denn gerade dadurch wurde ja der feste Entschluß Oesterreichs seine Beute nicht wieder fahren zu lassen unzweideutig kundgegeben. Dazu kamen noch die Versuche auch Venedig während des Waffenstillstandes zu unterwerfen, die man freilich sofort wieder aufgeben mußte; denn als die Flotte Mitte September von Triest auslief um die Lagunenstadt zu blokieren, kehrte nicht allein das piemontesische Geschwader, das soeben vertragsmäßig abgezogen war, dorthin zurück, sondern es stellten sich auch französische Schiffe ein und nachdrücklich erklärte die Regierung Cavaignacs, daß sie Venedig auch auf die Gefahr eines Krieges hin schützen werde. Dem zu trogen war Oesterreich außerstande, da es auch sonst triftige Gründe hatte es mit Frankreich nicht zu verderben. War es doch ein öffentliches Geheimnis, daß man in Paris die Vergrößerung Sardinien's durchaus nicht wünschte, daß die letzten Absichten vielmehr auf die Begründung eines lombardo-venetianischen Staates gingen, den man gern durch Personalunion auch ferner an Oesterreich knüpfen wollte; man dürfe, so lautete das Schlagwort, Venedig nicht um der Lombardei willen opfern. Mit allem Nachdruck verhinderte daher Bastide, der Minister des Aeußeren, die Kündigung des Waffenstillstandes durch Karl Albert und ermutigte Manin, der seit dem 11. August wieder die Regierung Venedigs in der Hand hatte, zur Ausdauer. Für die Beschleunigung der Friedensverhandlungen und des Kongresses beeiferte er sich aber wenig und wollte besonders Oesterreichs Notlage im Oktober nicht zum Drängen benutzen. Obgleich unzufrieden darüber, gab Lord Palmerston doch nach und brachte erst nach dem Falle Wiens die Sache wieder in Fluß, indem er Brüssel zum Versammlungsort vorschlug. Da zeigte sich denn sofort, wieviel durch diese Zauderpolitik für Italien verloren war. Schwarzenberg wollte nichts von Verhandlungen wissen, und statt des bisherigen Zögerns und Ausweichens wurde ein unverhohlenes Verweigern und Bestreiten die Tonart der österreichischen Diplomatie. Vergeblich suchte Palmerston den Faden, der seinen Händen zu entschlüpfen drohte, festzuhalten; Schwarzenbergs Entschluß war gefaßt; um allen weiteren Vermittlungsversuchen ein Ende zu machen entsandte er Anfang Februar 1849 den Grafen Colloredo nach London und verbat sich in unzweideutiger Weise jede fernere Einmischung Englands.

Auch in Sardinien war man der Vermittlungsversuche satt. Das Verlegenheitsministerium, welches beim Abschluß des Waffenstillstandes an die Stelle des Ministeriums Casati getreten war und aus den konservativsten Elementen, Revel, Alfieri, Perrone, Pinelli, bestanden hatte, fühlte trotz der Mehrheit, über die es anfangs in der Kammer gebot und die mit ihm einen übereilten Ausbruch des Krieges vermeiden wollte, sein Ansehen doch immer mehr schwinden und trat im Dezember aus einem unbedeutenden Anlaß zurück; Gioberti erhielt wieder die Leitung des Staates. Allerdings ging nun auch dessen Plan nicht dahin mit

Lage Venedigs.

Französische Pläne.

Abbruch der Vermittlungsversuche.

Sardinien.

Ministerium Gioberti.

Modena und  
Parma.

Herrschaft der  
Radikalen.

Österreich sofort wieder anzubinden, aber er dachte in Mittelitalien als Verteidiger der bedrohten konstitutionellen Freiheit aufzutreten und dadurch Verwicklungen herbeizuführen. Hier hatten sich in der Zwischenzeit sehr wichtige Ereignisse zugetragen. Während Modena und Parma von den Österreichern sofort im August den vertriebenen Herzögen zurückgestellt waren, hatten die kaiserlichen Truppen an der toskanischen Grenze Halt machen müssen, weil England und besonders Frankreich die volle Unabhängigkeit dieses Landes forderten. Infolgedessen hatten die Radikalen Toskana zum Tummelplatze erkoren und vor allem in Livorno, von dem Advokaten Guerazzi und dem Vater Savazzi gelenkt, unbekümmert um den Großherzog, das Ministerium und die gemäßigten Kammer, ihr zügelloses Spiel getrieben. Um nur einige Fühlung mit der unruhigen Stadt zu erhalten schickte der Minister Capponi den Professor Montanelli als Statthalter in die unzufriedene Hafenstadt, einen Mann, der für das Ideal einer christlichen Demokratie schwärmte und Italiens Neugestaltung, die von den Fürsten nicht mehr zu erhoffen sei, durch ein souveränes italienisches Parlament herbeiführen wollte. Die Nachrichten von der Oktoberrevolution in Wien kamen ihm und Guerazzi trefflich zu statten; Capponi, obendrein halb erblindet, fühlte sich der zunehmenden Gärung nicht mehr gewachsen und räumte das Feld. Was blieb dem Großherzog übrig als nun vollständig nachzugeben und Montanelli samt Guerazzi an die Spitze der Regierung zu berufen? Von diesem Augenblicke an war er selbst eine völlig überflüssige Person; nur scheinbar bestand die Monarchie noch fort, in Wirklichkeit herrschten die radikalen Klubs, und zwar mit solcher Tyrannei und so zerstörender Wirkung, daß die volle Auflösung über das Land hereinbrach und ein Eingreifen von außen dringend nötig wurde.

Rom.

Einmarsch der  
Österreicher.

Aufstand in  
Bologna.

Auch in Rom gelangte etwa vierzehn Tage später der Radikalismus ans Ruder. Das Ansehen des Papstes war seit dem Mai immer tiefer gesunken; man hielt ihn für einen heimlichen Verbündeten der Österreicher und wurde darin bestärkt durch den zweimaligen Einmarsch kaiserlicher Truppen in den Kirchenstaat. Das erste Mal, am 14. Juli, handelte es sich nur um die eintägige Besetzung der Stadt Ferrara, in deren Citadelle ja vertragsmäßig österreichische Truppen standen; diese schienen in ihrer Sicherheit gefährdet und durch die Einstellung der Lebensmittellieferungen, auf die sie Anspruch hatten, bedroht; das plötzliche Erscheinen einer stärkeren Heeresabteilung unter dem Fürsten Liechtenstein schüchterte indes die Patrioten so sehr ein, daß kein längeres Verweilen desselben nötig war und er schon am 15. Juli den Rückmarsch antrat. Ernstlichere Absichten hatte Baron von Welden, der am 2. August in die Romagna eindrang und sich in Bologna festsetzte. Am 8. brach jedoch ein Aufstand aus, bei dem drei österreichische Offiziere ermordet wurden; eine vierstündige Beschießung der Stadt blieb erfolglos; von allen Seiten strömte das Landvolk herbei und vereinigte sich mit den Bürgern zum Angriff; zu schwach um Stand zuhalten und wohl auch durch

Englands und Frankreichs drohenden Einspruch bewogen, zog sich Welken am 15. August wieder über die Grenze zurück. Die Nachwirkung dieser Vorfälle gab sich aber in einer rechtlosen Pöbelherrschaft kund, die zu unterdrücken der päpstlichen Regierung sehr schwer wurde. Die leitende Kraft des Ministeriums war seit dem 1. August, wo Graf Mamiani sich zurückgezogen hatte, der ehemalige französische Gesandte in Rom, Graf Rossi, ein Mann, der trotz seiner Beteiligung am Aufstande von 1831 den Radikalen als vormaliger Diener Ludwig Philipps und Freund Guizots äußerst verdächtig war. Daß er die Kammer, welche zur Kriegserklärung gegen Oesterreich drängte, bis zum 15. November vertagte, machte ihn nur noch anrühiger und ein teilweiser Wechsel des Ministeriums, der ihn am 16. September an die Spitze desselben brachte, stellte ihn vollends auf den ausgezehresten Posten. Unter den römischen Radikalen waren die lautesten und ehrgeizigsten Karl Lucian Bonaparte, Fürst von Canino, und Sterbini, der Herausgeber der einflußreichsten Zeitung. In der Kammer hatten sie keine hervorragende Stellung zu erringen vermocht, um so unbestrittener war ihre Herrschaft in den Klubs; daß sie sich untereinander haßten und anfeindeten, that dem keinen Eintrag. Ihr Ziel war die Begründung eines ähnlichen Parteiregimentes, wie es in Toskana und zeitweilig auch in Genua und Bologna herrschte. Niemand stand ihnen dabei mehr im Wege als Rossi; sein ebenso entschlossener Amtsgenosse Zucchi, den die Revolution aus dem Gefängnis befreit hatte, in dem er seit 1831 schmachtete, war in der Romagna um dort die Ruhe aufrecht zu erhalten und insbesondere Garibaldis Entfernung nach Venedig zu bewirken; er war den Römern also zunächst nicht beschwerlich. Rossi aber mußte beseitigt werden, und dazu war den Radikalen jedes Mittel recht, auch der Dolch. Als der Minister am 15. November 1848 die Kammer mit einer verheißungsvollen Rede eröffnen wollte, ward er beim Eintritt inmitten einer Pöbelmenge meuchlerisch niedergestochen. Sofort begannen nun die Wähler ihr Geschäft und niemand leistete ihnen Widerstand; das Ministerium war so gut wie aufgelöst, die Kammer verwarf unter dem einschüchternden Lärm der Tribünen den schon gefaßten Beschluß dem Papste ihre Ergebenheit zu erklären. Dieser erfuhr am 16. im Quirinal eine förmliche Belagerung; etwa 100 Mann hatte er zu seiner Verteidigung, zu Tausenden aber drängte das Volk gegen die geschlossenen Thore. Die Blitze des Himmels, die er verzweifelt herbeirief, blieben aus, und wenn bisher noch wenig Blut geflossen war, so konnte das Gemetzel doch jeden Augenblick beginnen. Da entschloß sich denn Pius nach Einbruch der Nacht zu weichen; aber ehe er es that, erklärte er feierlich den fremden Gesandten, daß alle Zugeständnisse, die er machen werde, unverbindlich, null und nichtig seien; dann genehmigte er die Bildung eines radikalen Ministeriums, in dem Galletti, Sterbini und Mamiani die bekanntesten Namen waren. Entschlossen sich der Gefahr, in der er schwebte, sobald wie möglich zu entziehen, ließ er durch den französischen Gesandten ein Hilfesuch an

Ministerium  
Rossi.

Die Radikalen.

Ermordung  
Rossi.Belagerung  
des Quirinals.Flucht des  
Papstes.

Cavaignac richten; dieser entsandte sofort den Herrn von Courcelles mit großen Vollmachten und gab Befehl 3500 Mann nach Cività vecchia einzuschiffen; allein Pius wartete ihre Ankunft nicht ab: da er im September schon einmal ohne Erfolg ein Bittschreiben an Cavaignac gesandt hatte, war sein Vertrauen auf französische Hilfe völlig geschwunden. Im Geleite des bayrischen Gesandten Grafen Spaur, der zum Schein eine Geschäftsreise nach Neapel antrat, entfloh er am 24. November, als dessen Hausgeistlicher verkleidet, nach der neapolitanischen Festung Gaeta; Spaur eilte weiter nach Neapel und kehrte von dort mit dem Königspaar zurück, das den Flüchtling demüthig begrüßte und ihm mit Freuden die Festung als Zufluchtsort anbot.

Neapel.

Damit war Pius unwiderruflich in das Lager der Reaktion übergetreten, als deren erfolgreichster Vorkämpfer unter den italienischen Fürsten Ferdinand von Neapel gelten durfte. In seinem festländischen Königreiche konnte er seit dem 15. Mai wieder mit voller Sicherheit auftreten; in Kalabrien kam es zwar mit sizilianischer Hilfe noch zu einem Aufstande, aber er wurde schnell erstickt; die neuen Kammern, die am 1. Juli zusammentraten, legten wohl ihr Fürwort für den Krieg gegen Oesterreich ein und waren einer Verständigung mit Sizilien geneigt, aber der König kümmerte sich einfach nicht um sie, die Minister begnugten ihnen mit Spott und Verachtung; als die Wiedereroberung Siziliens genügend vorbereitet und die Armee glücklich auf der Insel gelandet war, mußten die Kammern am 5. September auf ein Vierteljahr nach Hause gehen um durch ihr Dreinreden der Regierung nicht lästig zu fallen. Auch in Sizilien ließ sich alles für Ferdinand günstig an. Die konstituierende Versammlung, welche seit dem 25. März in Palermo tagte und am 13. April die Absezung der Bourbonen beschlossen hatte, war erst, nachdem sie die Verfassung von 1812 umgearbeitet hatte, zur Königswahl geschritten und hatte in der Nacht zum 11. Juli 1848 den zweiten Sohn des Königs von Sardinien, den Herzog von Genua, erkoren. Allein die Schlacht bei Custoza bewog den König und den Prinzen am 27. August die angebotene Krone abzulehnen. Ferdinand hatte währenddessen eifrig gerüstet, entschlossen den neuen König, wenn er annehme, nachdrücklich zu bekämpfen und in jedem Falle die Wiedereroberung der Insel zu versuchen. Am 3. September setzte General Filangieri, Fürst von Satriano, ein alter Soldat Napoleons und Murats, der, seit Jahrzehnten aus Mißtrauen beiseitegeschoben, jetzt als bewährter Militär herangezogen war, nach Messina über und eröffnete ein fünftägiges Bombardement gegen die unglückliche Stadt, das auch dann nicht aufhörte, als die sizilianischen Fahnen eingezogen und die Kanonen der Verteidiger verstummt waren. Es war ein Trümmerhaufe, in den der General des Bombenkönigs (Re Bomba), wie Ferdinand fortan von seinen Feinden benannt wurde, am 7. September 1848 einzog; drei Tage lang fraßen die Flammen noch in den verödeten Straßen; der angerichtete Schaden wurde auf mehr als 20 Millionen

Sizilien.

Wahl des  
Herzogs von  
Genua zum  
König.Bombarde-  
ment von  
Messina.

Markt geschätzt. Was Filangieri durch dieses barbarische Auftreten erreichen wollte, war die Einschüchterung der Sizilianer; was er wirklich erreichte, war das Einschreiten der französischen und englischen Flotte. Gegenüber dieser unerhörten „Verletzung der heiligen Gesetze der Menschlichkeit“ erklärte zuerst der Admiral Baudin die Neutralität nicht mehr bewahren zu können, sondern die Einstellung der Feindseligkeiten erzwingen zu müssen; der Engländer Parker war damit einverstanden und der Entschluß der Admirale wurde nachträglich auch von den heimischen Regierungen gutgeheißen. Die Neapolitaner mußten ihr Vorrücken einstellen; der nordwestliche Teil der Insel blieb in ihrer Gewalt und das zunächst daranstoßende Gebiet wurde für neutral erklärt; die so geschaffene Waffenruhe gedachten die Westmächte zu benutzen um durch die Erhebung eines der Söhne Ferdinands auf den sizilianischen Thron einen Ausgleich anzubahnen. Da mit dieser Lösung aber keinem der beiden Teile gedient war, so verstrichen Monate in ergebnislosen Verhandlungen, bis gegen Ende März 1849 die Feindseligkeiten wieder begonnen wurden.

Einmischung  
der West-  
mächte.

Waffenruhe.

So waren also um die Jahreswende die Zustände Italiens fast überall unfertig und verworren. Um eine friedliche Lösung herbeizuführen schienen sich drei Wege zu bieten; entweder ein Schiedsspruch Europas, wie er von dem in Brüssel beabsichtigten Kongresse gefällt werden konnte; oder eine Verständigung der italienischen Fürsten, oder das Machtwort eines konstituierenden italienischen Parlamentes. Der Kongreß zerbrach sich, wie oben erzählt wurde; die beiden anderen Wege wurden von dem sardinischen Ministerium, das Gioberti am 16. Dezember 1848 bildete, gleichzeitig verfolgt. Es suchte einerseits mit dem Papste Fühlung zu gewinnen und ihn zur Ausöhnung mit den Römern zu bewegen, wünschte auch den Großherzog von Toskana von der Herrschaft der Radikalen zu befreien und sich Ferdinand von Neapel zu nähern; es ging aber andererseits auch auf den Gedanken Montanellis ein und erklärte sich für ein Nationalparlament. Sehr bald stellte sich jedoch heraus, daß dieses Einverständnis nur ein Trugbild sei. Gioberti wollte und konnte einem solchen Parlamente keineswegs das Recht einräumen, die Fürsten zu beseitigen und die Republik zu beschließen; gerade das aber wollte man in Rom und Florenz und wünschte dabei nicht einmal den Beitritt Sardiniens und Neapels, weil man sicher war von dort eine Mehrzahl monarchisch gesinnter Abgeordneter zu erhalten; man wollte viel lieber eine Konstituante bloß für Mittelitalien berufen. Einzig die Furcht vor einem österreichischen oder auch (im Kirchenstaate wenigstens) spanischen und neapolitanischen Angriff bewog die Machthaber an Tiber und Arno mit Gioberti nicht völlig zu brechen. Eifrig bemühte sich dieser einen Ausweg zu finden um den Papst wieder nach Rom zurückzuführen; er hoffte eine Zeitlang, die römische Konstituante, die Anfang Februar 1849 zusammentrat, werde den Geflohenen feierlich zurückrufen; aber davon war in dieser radikalen Körperschaft nicht die Rede und der Papst würde einem solchen Rufe nicht haben folgen können, da er die Versammlung

Gioberti's  
Pläne.

Die römische  
Konstituante.

schon vor ihrer Wahl mit seinem Fluche belegt hatte. Als sie nun wirklich eröffnet wurde, riet ihm das Kardinalskollegium am 7. Februar 1849 sich an Oesterreich, Frankreich, Spanien und Neapel mit der Bitte um bewaffnete Einmischung zu wenden; fast gleichzeitig aber, am 9. Februar, erklärte die Konstituante die weltliche Herrschaft des Papstes für erloschen und die glorreiche römische Republik für wiederhergestellt. So war Gioberti von beiden Seiten zurückgestoßen und damit schon in seiner Stellung schwer erschüttert. Zu allem Überfluß ging es ihm in Florenz ebenso. Dem Großherzog war seine Lage Ende Januar so unerträglich geworden, daß er nach Siena entwich, wo seine Familie schon länger weilte. Aber auch hier ließ ihm das radikale Ministerium keine Ruhe; Montanelli eilte ihm nach um seine Unterschrift für die Berufung der mittelitalienischen Konstituante zu erzwingen. Entschlossen diese zu verweigern floh Leopold am 7. Februar in die Hafenstadt Santo Stefano und rief von hier Giobertis Hilfe gegen den florentinischen Böbel an, der auf die Nachricht von seiner Flucht ein republikanisches Triumvirat, Guerazzi, Montanelli und den Arzt Mazzoni, eingesetzt hatte. Voller Freude eilte der piemontesische Minister diesem Wunsche nachzukommen und vereinbarte seinen Einmarsch mit dem toskanischen General Laugier, der mit ein paar tausend Mann bei Massa stand und Leopold die Treue bewahrte. Aber ehe das Unternehmen begonnen werden konnte, liefen Laugiers Truppen auseinander; Leopold nahm, durch österreichische und päpstliche Drohungen eingeschüchtert, sein Hilfesuch am 18. Februar zurück und verließ sein Großherzogtum. Damit war Giobertis Stellung erschüttert; er selbst wollte zwar die betretene Bahn weiter verfolgen und trotz allem in Toscana einrücken, aber der König und die meisten Minister ließen ihn im Stich: am 21. Februar erhielt er seine Entlassung.

Römische Republik.

Flucht des Großherzogs von Toscana.

Republik in Toscana.

Giobertis Rücktritt.

Kriegslust in Sardinien.

Kündigung des Waffenstillstandes.

Bei seiner kriegerischen Politik aber beharrte Sardinien trotzdem, nur richtete sie sich jetzt unmittelbar gegen Oesterreich. Karl Albert hatte das Verfahren Giobertis immer als einen Umweg betrachtet und hätte am liebsten sofort den Waffenstillstand aufgekündigt. Die Kammer, die seit dem 1. Februar 1849 an die Stelle der früheren gemäßigt-liberalen und deshalb von Gioberti am 30. Dezember aufgelösten getreten war, teilte ganz diese Gesinnung und begrüßte die Eröffnungsrede, in welcher der Monarch sich als den erwählten König von Oberitalien bezeichnete, mit einer zustimmenden Adresse. England und Frankreich ließen es freilich nicht an Abmahnungen fehlen, aber wie die Dinge lagen, mußte Karl Albert um jeden Preis noch einmal das Glück der Waffen versuchen. Für den 20. März mittags 12 Uhr kündigte er den Waffenstillstand auf. Den Oberbefehl über das sardinische Heer, das mit etwa 85000 Mann ins Feld zog, führte der Pole Chrzanowski. Die Hauptmasse desselben, die in zwei Schlachtlinien hintereinander von Mortara bis Novara aufgestellt war, sollte bei Buffalora den Tessin überschreiten und gegen Mailand vorrücken. Auf ernstlichen Widerstand fürchtete man dabei

nicht zu stoßen, denn allgemein verbreitet und von Radetzky sorgfältig genährt war der Glaube, daß die Österreicher, die kaum 70 000 Mann zählten, sich wieder bis an den Mincio zurückziehen würden. In der That hinderte auch niemand die Piemontesen am Mittag des 20. die Buffalorabrinne zu überschreiten; aber fast ebensowenig Widerstand fanden die Österreicher, als sie um dieselbe Stunde einige Meilen südlich davon nahe bei Pavia über den Fluß und somit in die rechte Flanke des Feindes vordrangen. Daß dies geschehen konnte, war nicht Chrzanowski's Schuld. Er hatte den General Ramorino, der am rechten Pousier südlich von der Tessinmündung stand, schon am 18. März beauftragt auf das linke Ufer überzutreten und Pavia zu beobachten; dieser Befehl war vernachlässigt und Ramorino büßte dafür durch kriegsgerichtlichen Spruch. Aber der Schaden ließ sich nicht wieder gut machen. Er beschränkte sich nicht darauf, daß Ramorino's Truppen jetzt für das Hauptheer verloren waren; schlimmer war es, daß die Österreicher nun die Flanke der Piemontesen bedrohten. Natürlich wurden die Truppen, die schon über den Fluß hinüber waren, schleunigst zurückgezogen und Befehl erteilt sich auf der Linie Mortara-Bigevano zu konzentrieren. Zunächst aber standen bei den genannten Orten nur die Korps, welche die rechten Flügel der beiden sardinischen Heeresabteilungen bildeten, und gegen beide, die Division Bes in Bigevano und die Division Durando in Mortara, rückten am 21. die Österreicher von Süden heran. Bes verteidigte seine Stellung den ganzen Tag über erfolgreich gegen Bratislaw; Durando hingegen, der erst beim Dunkelwerden angegriffen wurde, mußte vor dem doppelt starken d'Aspre erst in die Stadt und dann aus der Stadt zurückweichen, wobei gegen 2000 Piemontesen abgeschnitten wurden. Der nächtliche Kampf in den engen Straßen hatte die Geschlagenen arg entmutigt und Chrzanowski, der mit 30 000 Mann anderthalb Meilen davon stand, durch seine Unthätigkeit seine Unfähigkeit traurig bewiesen. Für den 22. blieb nichts übrig, als die beiden rechten Flügel nordwärts auf die Centren zurückzuziehen und bei Novara eine neue Aufstellung mit der Front nach Süden zu nehmen. Diese Bewegungen wurden glücklich vollzogen, und am 23. März früh standen über 50 000 Mann zur Abwehr bei Novara bereit. Radetzky hatte vermutet, der Feind werde sich westwärts zum Schutz von Turin zurückziehen, und hatte deshalb die Divisionen Thurn und Bratislaw die Straße nach VerCELLI einschlagen lassen; nur d'Aspre, bei dem sich Erzherzog Albrecht und Oberst Benedek befanden, rückte gegen Novara vor. Zu seinem Erstaunen fand er vor der Stadt die ganze feindliche Armee aufgestellt, im Centrum bei Bicocca die Division Bes, westlich davon Durando, östlich die Altpiemontesen unter Perrone, als Reserve die Divisionen der Herzöge von Savoyen und Genua, der Söhne Karl Alberts. Sofort ging Meldung davon an Radetzky, Thurn und Bratislaw ab, aber trotz seiner Minderzahl zögerte d'Aspre nicht, Bicocca anzugreifen. Von 12 bis 3 Uhr war seine Lage äußerst bedenklich, allein als Radetzky mit Verstärkungen von Süden

Beginn des  
Krieges.

Schlacht bei  
Novara.

eintraf, änderte sich der Gang der Schlacht. Gleichwohl hielten sich die Piemontesen noch tapfer, und erst als hinter ihrem rechten Flügel Thurn erschien und auch in der Front die Österreicher immer stärker wurden, gerieten sie ins Wanken. Um 6 Uhr befahl Radezky einen Angriff auf der ganzen Linie; seiner überlegenen Artillerie hielt der Feind nicht stand, er zog sich auf und in die Stadt zurück; Karl Albert, der sichlich den Tod suchte, konnte nur mit Mühe von Bicocca weggebracht werden. Novara selbst noch anzugreifen durfte Radezky bei der Dunkelheit und dem strömenden Regen seinen ermatteten Truppen nicht mehr zumuten, aber der Feldzug war auch ohnedies entschieden. Die fürchterliche Verwirrung, die in seinem Heere herrschte, zeigte dem sardinischen Könige, daß alles verloren sei. Er schickte deshalb den Minister Cadorna und den General Cossato ins feindliche Hauptquartier um einen Waffenstillstand zu verhandeln. Nur mit dem letzteren ließ sich der österreichische Generalstabschef von Heß ein; er sprach dabei von dem Könige wie von einem Wortbrüchigen, mit dem man kaum einen Vertrag schließen könne, ohne daß er Bürgschaften gebe, etwa den Thronfolger als Geisel stelle. Unverrichteter Dinge kehrte Cossato zurück. Nun reiste in Karl Albert der längst genährte Entschluß: er wollte durch ein persönliches Opfer günstigere Bedingungen für sein Land und Haus erwirken. In später Stunde berief er seine Söhne, Cadorna und mehrere Offiziere zu sich und legte die Krone zu Gunsten seines Sohnes Viktor Emanuel nieder. Wenige Stunden darauf fuhr er nach Vercelli ab, wurde von Thurn, unter dessen Vorposten er geriet, unerkant wieder entlassen, und eilte dann, so schnell er konnte, durch Frankreich und Spanien nach Oporto, wo er am 19. April krank anlangte. Die wenigen Monate, die ihm noch beschieden waren — er starb schon am 26. Juli —, gewährten ihm mindestens noch den Trost zu sehen, daß sein Volk den Entschluß, den er gefaßt, im richtigen Lichte betrachtete. Es wurden ihm von allen Seiten Beweise der Liebe und Teilnahme entgegengetragen und die Anklagen der Verrätere, mit denen er seit der Schlacht bei Custoza von den Mazzinisten gemartert war, verstummt. Man gewöhnte sich ihn als ein Opfer der nationalen Sache anzusehen und in dem redlichen Willen und der uneigennütigen Selbstverleugnung, die er in dem letzten schweren Jahre seines Königtums bewiesen, ein volles Gegengewicht gegen die Schwächen seiner politischen und militärischen Befähigung zu erkennen. Er war gefallen bei einem Wagnis, dem er nicht gewachsen war; aber das Banner, das er trug, hatte er nicht sinken lassen, sondern zerfetzt aber unbefleckt seinem Nachfolger übergeben.

Karl Alberts  
Abdankung.

König Viktor  
Emanuel.

Karl Alberts  
Tod.

Waffenstill-  
stand.

Dieser erhielt am Morgen des 24. März in einer Zusammenkunft mit Radezky auf einem Gehöfte bei Novara den erbetenen Waffenstillstand. Die piemontesische Armee mußte auf Friedensfuß gesetzt, das Land bis zur Sesia und die Festung Alessandria den Österreichern als Friedenspfand übergeben werden. Die weiteren Verhandlungen wurden in Mailand gepflogen; man ließ den jungen König bessere Bedingungen hoffen,

wenn er die Verfassung ändern und sich der österreichischen Politik anschließen wolle; er lehnte das ab. In sein Ministerium berief er Massimo d'Azeglio als Präsidenten und für das Äußere, Gioberti, Pinelli, Lamarmora, den Bankier Nigra; der liberale und nationale Charakter seiner Politik war durch diese Namen zur Genüge gekennzeichnet. Trotzdem fielen die Friedensbedingungen unter der Einwirkung der Westmächte und der schlimmen Lage in Ungarn noch leidlich aus; die alten Besitzverhältnisse wurden wiederhergestellt und Piemont kam mit 75 Millionen Franken Kriegssentschädigung billig genug davon. Trotzdem verweigerte die piemontesische Kammer, die zwar nach dem Thronwechsel neu gewählt war, aber so ziemlich aus den alten Mitgliedern bestand, dem Frieden vom 6. August die Genehmigung; sie forderte, was die Minister vergeblich zu erreichen gesucht hatten, daß Oesterreich den lombardischen Flüchtlingen Verzeihung gewähre. Es blieb nichts übrig, als die Kammer gleich wieder aufzulösen: es war die sechste Wahl seit dem Ausbruch der Revolution. Der König selbst trat für den Frieden ein, indem er am 20. November von seinem Schlosse Moncalieri eine Ansprache an die Nation richtete, die, wie Cavour später meinte, das Land rettete. Die im Dezember gewählten Volksvertreter gehörten in ihrer großer Mehrheit der gemäßigten Partei an; sie genehmigten den Friedensvertrag, und gestützt auf sie begann das Ministerium jene Politik der Sammlung und Kräftigung, die bald in dem Grafen Cavour ihren glänzenden Vertreter finden sollte.

In allen übrigen Staaten Italiens begann mit der plötzlichen Niederlage Sardinien's die Reaktion. Furchtbar hart mußten die unglücklichen Lombarden büßen, welche die Kriegführung Karl Albert's durch eine Erhebung im Rücken der Oesterreicher hatten unterstützen wollen. Glücklicherweise ließ der schnelle Verlauf des Krieges derartige Pläne nur vereinzelt zur Ausführung reifen. Am gefährlichsten wurde die Empörung von Brescia. Die Oesterreicher mußten am 22. März die Stadt räumen und Truppen von Verona herbeirufen um sie wieder zu nehmen. General Haynau, „Einhu“ von den Soldaten genannt, war es, dem diese Aufgabe zufiel. Am 31. stürmte er die Thore und die Barrikaden in den Straßen und verhängte ein schaudervolles Strafgericht über die Besiegten. Die Masse der Todesurtheile, die sofort vollstreckt wurden, die barbarischen Strafen, die er selbst an Weibern vollziehen ließ, die unglaublichen Geldsummen, die er der Stadt und der Landschaft auspreßte, machten die „Hyäne von Brescia“ zum Abscheu von ganz Europa. In Wien aber ward er ein gefeierter Mann; man übertrug ihm zunächst die Belagerung Benedigs und bald nachher den wichtigsten aller Posten, den Oberbefehl in Ungarn. Vor Benedig konnte er seine Aufgabe noch nicht beenden. Von Manin's feurigem Geiste befeelt, leistete die Lagunenstadt heldenmütigen Widerstand; auch als der Fall des Forts Malghera am 26. Mai den Anfang des Endes ankündigte, sank ihr Mut nicht so sehr, daß nicht die Nachrichten von Kossuth's Erfolgen ihn

Friedens-  
schluß.Proklamation  
von Monca-  
lieri.Reaktion in  
der Lombardei.Haynau in  
Brescia.

Benedigs Fall.

wieder befestigt hätten. Solange die Ungarn noch das Feld behaupteten, boten auch die Venetianer den Bomben der Feinde, der Hungersnot und der Cholera Trotz; erst bei der Kunde von Vilagos verzichteten die Führer auf längeren Widerstand; am 22. August schlossen sie einen Vertrag, der ihnen freien Abzug gewährte und dies letzte Bollwerk der italienischen Unabhängigkeit in die Hände der Österreicher zurücklieferte.

Bezwingung  
Siziliens.

Viel früher hatte die anderen Landschaften der Halbinsel ihr Schicksal erreicht. Ohne fremde Hilfe machte sich Ferdinand wieder zum Herrn von Sizilien. Die äußersten Zugeständnisse, welche er unter dem Drucke der englisch-französischen Vermittlung am 28. Februar 1849 der Insel bot, waren eine gesonderte Verfassung und Verwaltung. Die Antwort der Patrioten bestand in der Aufkündigung des Waffenstillstandes am

Mieroslawski.

29. März. An die Spitze der gesammelten Streitkräfte wurde der Pole Mieroslawski berufen; mit ein paar tausend Mann eröffnete er die Feindseligkeiten im Süden von Messina, von wo Filangieri mit 13 000 Mann gegen ihn ausrückte. Ein entscheidendes Übergewicht verlieh den Neapolitanern der Besitz ihrer Flotte; unbehindert konnte diese am 2. April südlich von Mieroslawskis Stellung bei Taormina landen und ihm dadurch den Weg längs der Küste nach Catania verlegen. Sobald dies geschehen war, griff die Hauptmacht von Norden die Stadt Taormina an und erstürmte sie. Mieroslawski blieb kein anderer Weg nach Catania als der 15 Meilen lange um den Atna herum; während er diesen in Eilmärschen zurücklegte, rückte Filangieri auf der sechs Meilen langen Küstenstraße ebendorthin, begierig den Wechsel einzulösen, den Radetzky, wie Ferdinand ihm schrieb, soeben bei Novara auf ihn gezogen habe.

Erstürmung  
von Taor-  
mina.

von Catania.

Am Karfreitag, dem 6. April, erfolgte der Angriff, den die Flotte unterstützte. Mieroslawski war seinen Truppen vorausgeeilt und leitete die Verteidigung mit großer Tapferkeit, bis er schwer verwundet fortgetragen werden mußte. Den letzten entscheidenden Sturm und die Eroberung der Barrikaden unternahmen die schweizerischen Söldner des Königs; bis tief in die Nacht schlugen sie sich in den Straßen herum und ließen dann dem Kampfe noch die Plünderung folgen. Unter dem Eindrucke dieser Nachrichten beschloß das Parlament in Palermo am

Französische  
Vermittlung.

14. April, die aufs neue angebotene Vermittlung Frankreichs anzunehmen; ein neues Ministerium ward gebildet, das am 17. die Versammlung auflöste, und alles schien sich danach anzulassen, daß Filangieri, der langsam gegen Palermo vorrückte, ohne Kampf würde einziehen können. Zwar gelang es den Freiheitsfreunden, besonders dem vorigen Kriegsminister La Farina, am 20. das Ministerium der Unterwerfung wieder zu stürzen; aber das war nur ein kurzer Umschwung,

R. Settimo's  
Abdankung.

auch der greise Ruggiero Settimo erachtete weiteren Widerstand für nutzlos und legte seine Regierungsgewalt in die Hände des Stadtrates von Palermo nieder. Während sich nun alle an dem Aufstande schwer Beteiligten ins Ausland retteten, Ruggiero Settimo nach Malta, La Farina nach Piemont, andere nach Frankreich, schloß Filangieri am

11. Mai mit dem Stadtrat den Vertrag der Übergabe. Von den Bedingungen, die Ferdinand Frankreich gegenüber zugesagt hatte, war nicht mehr die Rede. Filangieri verkündigte wohl am 22. Mai, daß der König in seiner heiligsten Brust, dem Sitze aller alleredelsten und großmütigsten Tugenden, beschloffen habe den teuersten Edelstein seiner Krone, seinen Erstgeborenen, einen Engel an Verdienst und Tugend, als seinen Stellvertreter auf die Insel zu senden; aber selbst das geschah nicht, sondern Filangieri blieb bis 1855 Statthalter. Eine ausgedehnte Entwaffnung der Bevölkerung, ein strenger Belagerungszustand, die schleunige Wiedereinführung alter und neuer Steuern waren die begreiflichen Folgen der geänderten Lage. Englands Ermahnung der Insel die versprochene Sonderverfassung zu geben wies Ferdinand unter Berufung auf seine Souveränität unumwunden zurück; nicht mit den Waffen, sondern mit den Knien vor dem Bilde der Mutter Gottes rühmte er sich sein Sizilien wieder erobert zu haben; was Wunder, wenn er seiner fremden Macht auch nur die geringste Einmischung in seine Angelegenheiten zu gestatten entschlossen war.

Übergabe von  
Palermo.

Filangieri's  
Statthalter-  
schaft.

Wirklich ohne Waffengewalt hätte der Großherzog von Toskana in sein Land zurückkehren können. Nach der Schlacht bei Novara ermannten sich die Gemäßigten in Florenz zu einem Aufstande gegen Guerazzi und seine Pöbelbanden. Am 12. April errangen sie den Sieg und übertrugen die Regierung bis zur Rückkehr des Fürsten an Gino Capponi, die Brüder Nicasoli und andere gemäßigte Männer; eine Abordnung lud den Großherzog in Gaeta zur Rückkehr ein. Aber Leopold war durch die Erfahrungen der letzten Monate ängstlich geworden. Er wußte, daß man in Wien seine Verhandlungen mit Piemont ihm sehr verübelt hatte und mit dem Gedanken umging ihn zur Abdankung zu zwingen. Nur durch große Willfährigkeit glaubte er das abwenden zu können; er ließ es deshalb geschehen, daß die Oesterreicher unter d'Aspre am 6. Mai die Grenze überschritten, am 11. Livorno, wo die Radikalen noch das Ruder führten, mit Gewalt besetzten und vierzehn Tage später in das vollkommen ruhige Florenz einzogen. Erst am 27. Juli 1849 kehrte er selbst zurück.

Sieg der Ge-  
mäßigten in  
Toskana.

Einmarsch der  
Oesterreicher.

Rückkehr Leo-  
polds.

Der Kirchen-  
staat.

Noch länger blieb der Papst seiner Hauptstadt fern. Das Hilsegesuch, welches er am 18. Februar 1849 an Frankreich, Oesterreich, Spanien und Neapel richtete, wurde freilich von allen diesen Mächten erhört; aber die Art, wie es erfüllt wurde, entsprach wenig den Wünschen des Papstes. Zwischen Frankreich und Oesterreich bildete sich ein scharfer Gegensatz heraus; in Wien hätte man am liebsten alle liberalen Einrichtungen, die das letzte Jahr dem Kirchenstaat gebracht, über den Haufen geworfen; in Paris wünschte man sie möglichst zu retten und empfahl deshalb den republikanischen Machthabern die gutwillige Rückberufung des Papstes. Ein Abgesandter des Präsidenten Napoleon, Mercier, erschien zu dem Zweck im März an der Tiber und verhandelte mit den drei Männern, die von der Konstituante als Triumvirn an die

Französische  
Vermittlung.

Spitze gestellt waren, Armellini, Saliceti und Montecchi. Aber seine Bemühungen waren vergeblich. Statt zur Versöhnung zu neigen, wurde die Stimmung in Rom durch die Niederlage Karl Alberts nur noch erbitterter; aus dem Triumvirate wurden Saliceti und Montecchi durch Mazzini und Aurelio Saffi verdrängt, und Mazzinis Einfluß war fortan der maßgebende. Nur durch Gewalt war also die Rückkehr des Papstes herbeizuführen, und da die anderen Mächte dazu entschlossen waren, schien es der französischen Regierung durch die Klugheit geboten ihnen zuvorzukommen. Ganz unerwartet forderte Napoleon am 16. April von der Kammer die Mittel zu einer Expedition nach Rom, und schon am 24. landete Dudinot mit 7000 Mann bei Civitá vecchia. Auch jetzt noch hoffte man in Paris ohne Kampf einen Ausgleich zwischen dem Papst und den Römern bewirken zu können; die republikanischen Truppen in der Hafenstadt wurden nicht als Feinde, sondern als Bundesgenossen behandelt und in Rom machte Dudinot den Vorschlag ihn als Freund einrücken zu lassen. Aber sowenig wie der Papst Napoleons Wunsch eine versöhnliche Ansprache zu erlassen erfüllte, ebensowenig waren die Römer zur Nachgiebigkeit bereit. Unter ihnen spielte jetzt die erste Rolle neben Mazzini Giuseppe Garibaldi. 1807 in Nizza geboren hatte er auf den Wogen des Meeres als Kapitán einer kleinen Barke allen Gefahren trogen gelernt, war seit dem Savoyerzuge von 1834 als Flüchtling in Europa und Amerika herumgestreift, hatte in Uruguay sich Erfahrungen im Kleinkrieg gesammelt und glänzende Proben persönlichen Mutes gegeben, und war seit dem August in Italien überall zu finden gewesen, wo man seinen Arm und seine Begeisterung gebrauchen konnte. Uneigennützig und aufopferungsfähig wie kein Zweiter, schwärmerisch hingerissen von dem Gedanken des ewigen Rom und der Erneuerung seiner republikanischen Herrlichkeit, ohne Berechnung und unberechenbar, ohne Falsch und ohne Furcht, erfüllte er Besatzung und Bevölkerung mit einer Widerstandskraft und einem Kampfesfeuer, die Mazzini dann vollends mit seiner prophetischen Begeisterung und seinen pomphaften Aufrufen, in denen er Rom als die Fürstin einer neuen Welteinheit feierte, zu dem selbstgefälligen Traume einer eingebildeten Unbesiegbarkeit steigerte. Und der erste Angriff Dudinots am 30. April 1849 schien den beiden recht zu geben; denn er wurde glänzend zurückgeschlagen, und dieser Sieg erhöhte die Zuversicht umsomehr, als die französische Volksvertretung das feindliche Auftreten gegen Rom am 7. Mai mißbilligte und Herr von Lesseps abgesandt wurde um eine Verständigung mit den Triumvirn zu versuchen. Während insolgedessen die Waffen vor den Thoren der Stadt ruhten, drangen von Süden her die Neapolitaner, von Norden die Österreicher in den Kirchenstaat ein. König Ferdinand fand aber keineswegs jene Mehrung der sizilischen Lorbeeren, auf die er gehofft hatte; sein Feldzug begann am 29. April damit, daß General Lanza mit 10 000 Mann die Grenze überschritt, und endete drei Wochen später mit der fluchtartigen Rückkehr auf den heimischen Boden; zwei

Mazzinis Herrschaft.

Französische Expedition.

Garibaldi.

Angriffe auf Rom.

Die Neapolitaner.

Treffen, bei Palestrina am 9. und bei Belletri am 19. Mai, brachen den Angriffsmut der Neapolitaner und erfüllten den gemeinen Mann mit einem unbehaglichen Schauer vor Garibaldi, der durch Satanskunst gegen alle Kugeln gefeit zu sein schien. Den Franzosen war die Niederlage Ferdinands gar nicht unlieb: sie sollen zwar weiterhin Belagerungsgeschütze von ihm angenommen haben, aber die erneute Verwendung seiner Truppen verboten sie sich ernstlich; auch den Spaniern, die Mitte Juni, etwa 8000 Mann stark, bei Terracina landeten, verweigerten sie die Erlaubnis gemeinsam mit ihnen in den Kampf einzugreifen. Die österreichischen Truppen unter Wimpffen kamen mit der französischen Armee in keine Berührung; nach achttägiger Belagerung und Beschießung nahmen sie am 18. Mai Bologna und rückten dann durch die Romagna in die Marken ein, wo ihnen besonders Ancona zu schaffen machte; erst am 13. Juni übergab die Besatzung diese Stadt, bedang sich aber freien Abzug aus und verstärkte die Reihen der Verteidiger Roms; den Österreichern war es ganz recht, wenn so den Franzosen ihre Aufgabe erschwert wurde. Lesseps war mit seinen Verhandlungen nämlich zuletzt doch gescheitert; er hatte in einer Abkunft vom 31. Mai auf die Besetzung der Stadt durch Dudinot verzichtet und den französischen Truppen nur die freie Bewegung im übrigen Lande ausbedungen, und das galt in Paris wie im Lager vor Rom für unannehmbar, sodaß am 3. Juni die Feindseligkeiten wieder begannen. Der Angriff richtete sich gegen den alten Janiculus und ward mit einem Überfall der Willen vor dem Pancratiusthore, besonders der Villa Pamfili, eröffnet. Nachdem sich die Franzosen hier eingeknistet und Bresche geschossen hatten, überfielen sie am 21. Juni gegen Mitternacht die Mannschaft, welche eine der drei gangbaren Mauerlücken verteidigen sollte und gelangten fast ohne Kampf in den Besitz des wichtigen Punktes. Hinter der ersten war jedoch eine zweite Verteidigungslinie, die alte aurelianische Mauer, in Stand gesetzt und um diese wurde nun acht Tage hindurch ähnlich wie um die erste gekämpft, bis in der Frühe des 30. Juni die Franzosen auch dieses Bollwerk erstürmten. Jetzt konnte nur noch von einem Barrikadenkampf die Rede sein und den zu verantworten, da die Ehre genugsam gewahrt und keine Hoffnung auf Erfolg vorhanden war, wagte auch Garibaldi nicht. Nach dem Abschluß einer Waffenruhe setzte er am 1. Juli der Konstituante die Sachlage auseinander, und diese beschloß auf Antrag Cernuschis sich aufzulösen und dem Stadtrat die Gewalt zu übergeben. Mazzini verkündigte am nächsten Tage vom Kapitol aus noch die eben vollendete republikanische Verfassung Roms und verließ dann die Stadt; Garibaldi sammelte seine Getreuen, gegen 5000 Mann, und führte sie in geordnetem Zuge nach Tivoli; ihm nach rückten die Franzosen, von Süden her bedrängten ihn die Spanier und Neapolitaner, der einzige Ausweg war nach Norden. Aber auch hier harrete seiner der Feind, in Toskana wie in der Romagna standen ja die Österreicher; immer mehr mußte sich seine Schar zerplittern um auf Bergwegen den Gegnern

Landung der  
Spanier.

Die Öster-  
reicher in Bo-  
logna und  
Ancona.

Die Franzosen  
vor Rom.

Garibaldi's  
Abzug.

auszuweichen. Mit einem kleinen Häuflein erreichte er bei Cesenatico das Meer und schiffte sich auf einigen Barken ein; doch österreichische Schiffe trieben ihn ans Land zurück und die Irrfahrt begann von neuem. Seine tapfere Frau Anita erlag den Mühsalen, Garibaldi selbst erreichte glücklich über Elba Genua; von da flüchtete er nach Marokko und endlich zum zweitenmal nach Amerika, wo er durch Arbeit in einer Seifenfabrik seinen Unterhalt erwarb.

Hartnäckigkeit  
des Papstes.

Napoleons  
Brief an Ney.

Dem Papste stand die Rückkehr jetzt frei, der Oberst Niel überbrachte ihm die Schlüssel der heiligen Stadt. Gleichwohl zog Pius es vor in Gaeta zu bleiben und später seinen Wohnsitz gar nach Portici zu verlegen. Die Kardinäle, welche er zur Übernahme der Regierung nach Rom schickte, waren zu keiner versöhnlichen Handlung, zu keiner liberalen Versprechung ermächtigt. Vergebens empfahl Napoleon eine großmütige Begnadigung und die Bestätigung der Verfassung von 1848; vergebens sandte er, um den französischen Republikanern zu zeigen, daß es ihm ernst sei, den Obersten Edgar Ney nach Rom und schrieb ihm einen Brief vom 18. August, der in kräftigen Ausdrücken das reaktionäre Gebaren der Kardinalregierung brandmarkte und einzelne Maßnahmen derselben geradezu für eine Beleidigung seiner Person erklärte. Er erreichte damit nichts; alles, was der Papst in einem Erlaß vom 12. September verhieß, war die Errichtung eines Staatsrates mit sehr beschränkten Befugnissen, dessen Mitglieder obendrein nicht gewählt, sondern ernannt werden sollten; von der Begnadigung schloß er einige Tage später 283 Personen aus, während selbst Ferdinand in Sizilien nur 43 ausgenommen hatte. Der Papst wußte eben recht gut, daß Napoleon ihn nicht entbehren könne und daher auf seinen Forderungen nicht bestehen werde; er wußte, daß sein Fernbleiben von Rom, dieses Weiden des französischen Schutzes, dem Präsidenten je länger desto lästiger werden müsse, und so wartete er bis in den April 1850. Dann erst gab er den Vorstellungen der französischen Bischöfe nach und hielt am 12. April, nach einer Abwesenheit von beinahe 17 Monaten, seinen Einzug in die ungetreue Hauptstadt, in der Marschall Baraguay d'Hilliers ihn als französischer Gesandter und Befehlshaber des Expeditionskorps empfing.

Rückkehr des  
Papstes.

Österreichs  
Einfluß in  
Italien.

Toskana.

Die Reaktion der nun folgenden Jahre stützte sich in ganz Italien mittelbar oder unmittelbar auf die Bajonette der Österreicher. Mit Parma und Modena wurden die militärischen Verträge von 1847 erneuert; in Toskana blieben die österreichischen Regimenter bis 1855, in der Romagna gar bis zum Kriege von 1859. Großherzog Leopold bemühte sich eifrig in Wien volle Verzeihung zu erlangen und stattete im Sommer 1850 seinem kaiserlichen Vetter in diesem Sinne einen Besuch ab; der maßvolle und friedfertige Geist seiner Vorfahren lebte aber auch in ihm, und so waren die Zustände in Toskana trotz einzelner Aufsehen erregender Vorfälle immerhin erträglich, die Verwaltung des aufgeklärten Ministers Baldasseroni einsichtsvoll und redlich. Die Ver-

fassung freilich wurde zunächst stillschweigend beiseite geschoben, dann nach einem Gutachten, welches Schwarzenberg von den übrigen italienischen Regierungen einholte, im September 1850 auf unbestimmte Zeit außer Kraft gesetzt und endlich, am 6. Mai 1852, dem Jahrestag des österreichischen Einmarsches, endgültig aufgehoben. Der eifrigste Parteiläufer der Reaktion war Herzog Karl III. von Parma, der durch Verzicht seines Vaters vom 14. März 1849 die Herrschaft erhalten hatte und sie im allerpersönlichsten Interesse ausnutzte. Seine Erpressungen und Frevelthaten speicherten einen solchen Haß gegen ihn auf, daß er am 26. März 1854 vor seinem Schlosse inmitten vieler Zuschauer erschossen werden konnte, ohne daß man des Mörders habhaft geworden wäre; allzueifrigem Nachspürern diente die Ermordung des Untersuchungsrichters als Warnung. Für den sechsjährigen Erben Robert übernahm seine Mutter Luise, eine Tochter des 1820 ermordeten Herzogs von Berry, die Regentschaft, und das Land stand sich gut bei dem Tausche. Einsichtsvoller und berechnender war Herzog Franz von Modena, der das Bündnis der reaktionären Staaten gern in eine dauernde Form gebracht hätte; wirtschaftlich vereinigte er sein Land 1851 durch einen Zollvertrag, dem auch Parma beitrug, ebenso eng mit Oesterreich, wie das politisch und militärisch schon durch den Vertrag von 1847 geschehen war, und arbeitete so, kinderlos wie er war, dem verfassungsmäßigen Heimfall an Oesterreich vor. Eine verbreitete Meinung ging dahin, daß auch Parma und die Romagna bestimmt seien mit Lombardo-Venetien vereinigt zu werden, und aus Rücksicht auf diese Besorgnis war dem römischen Stuhle die Fortdauer der französischen Besatzung keineswegs unangenehm. Seine politische Stütze suchte er aber trotzdem nicht in Paris, sondern in Wien, während ihm von den italienischen Fürsten der König von Neapel fortwährend am nächsten stand. Dieser betrat die Bahn der Reaktion mit dem größten Wohlgefallen; die Verfassung förmlich aufzuheben schien nicht erforderlich; sie trat von selbst außer Kraft, seit die Kammern am 23. März 1849 nach Hause geschickt waren. Um sich der verhassten Liberalen zu entledigen wurden ein paar gewaltige Prozesse angestrengt, bei denen die Regierung sich nicht scheute Zeugen zu erkaufen. Der eine richtete sich gegen die „Anstifter“ des 15. Mai 1848, der andere gegen den italienischen Einheitsbund; beide endeten mit massenhaften Verurteilungen. Im September 1851 waren über 3000 Personen bestraft, 800 davon lagen in Ketten; wegen Störung der öffentlichen Ordnung waren mehr als 42 000 Anklagen erhoben. Die niederträchtige Führung der Untersuchungen und die gemeine Behandlung der Verurteilten zog ein unverdächtiger Zeuge ans Licht, William Gladstone, der Freund und Kollege Peels, ein Mann, dem niemand ein Haschen nach Übertreibung oder Mangel an Gewissenhaftigkeit zum Vorwurf machen konnte. Zwei Briefe, die er 1851 an den englischen Ministerpräsidenten Lord Aberdeen richtete, enthüllten vor den Augen Europas eine Reihe von Niederträchtigkeiten

Parma.

Modena.

Der Kirchenstaat.

Neapel.

und Gewaltthaten, die jeden billig Denkenden mit Entrüstung erfüllen mußte, und bereiteten den Bruch zwischen England und dem Könige von Neapel vor, der für dessen Dynastie verhängnisvoll werden sollte. Auch mit Frankreich überwarf sich Ferdinand späterhin, obgleich er Napoleons Staatsstreich als erster der europäischen Fürsten anerkannt hatte. Dagegen schloß er sich eng an Rußland und Oesterreich an und des letzteren Einfluß war somit seit dem Sommer 1849 mit Ausnahme von Sardinien für alle Staaten der Halbinsel wieder ebenso maßgebend wie nur je in den besten Tagen Metternichs.

### Das Ende des deutschen Parlamentes.

Dieses Erstarken Oesterreichs mußte auf seine Stellung in Deutschland von großem Einflusse sein, wenn es auch den Sieg noch nicht ohne weiteres herbeiführte. Jeder der beiden Gegner, die es hier zu überwinden galt, das deutsche Volk wie der preußische Staat, würde bei vollem Aufgebot seiner Kräfte erfolgreich haben widerstehen können; vereint wären sie unüberwindlich gewesen. Aber statt dessen war durch die Ablehnung der Kaiserkrone der Bruch zwischen beiden vollzogen worden, und alle Hoffnungen, die nach der Rückkehr der Kaiserboten aus Berlin noch zulässig schienen, waren in kürzester Frist geschwunden. An Bemühungen den Entschluß des Königs zum Besseren zu lenken hatte es nicht gefehlt. Der preußische Landtag, der seit dem 26. Februar 1849 wieder beisammen war, bestürmte den Monarchen förmlich mit Adressen und Beschlüssen um ihn zur Annahme der Krone zu bestimmen. Schon am 28. März war eine erste Adresse, von Vincke vorgeschlagen, angenommen worden, am 1. April folgte eine zweite, am 5. eine dritte. Keine derselben hatte Erfolg und ebenso wirkungslos war es, daß am 21. April auf Antrag des früheren Ministers Rodbertus die Rechtsgültigkeit der Reichsverfassung mit 175 gegen 159 Stimmen anerkannt wurde. Graf Brandenburg erklärte den Rednern, die Preußen auf die Macht der öffentlichen Meinung als seine stärkste Stütze hinwiesen, diese öffentliche Meinung sei gleich dem Sturm und Wind, den man wohl beachten möge, dem man aber niemals, niemals, niemals! das Staatsschiff anvertrauen dürfe, wenn es den rettenden Port erreichen solle. Die Spannung zwischen Regierung und Volksvertretung hatte damit wieder eine solche Höhe erreicht, daß der Bruch unvermeidlich war. Er vollzog sich fünf Tage später durch die Annahme eines Antrages von Waldeck, der die Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin forderte. Vergebens suchte Manteuffel die Notwendigkeit der Fortdauer durch ein kunstvolles Gewebe polizeilicher Verdächtigungen gegen Waldeck und Genossen zu erweisen; es wurde ihm erwidert, für dieses Ministerium möge der Belagerungszustand unentbehrlich sein, aber dieses Ministerium selbst sei sehr wohl zu entbehren. Die Antwort darauf war am nächsten Tage, am 27. April, die Auflösung der zweiten Kammer. Der König

Der preußische  
Landtag.

Auflösung der  
zweiten Kam-  
mer.

und die Minister wußten, daß sie diesen Schritt unter dem Schutz der Bajonette ungestraft wagen durften; den schweren Schaden, den sie dem Staate dadurch zufügten, erkannten sie nicht an. Einige lärmende Zusammenrottungen wurden mit Waffengewalt auseinander geworfen und die Reaktion begann, stolz auf ihre Soldaten, die so trefflich gegen die Demokraten geholfen, freier und unverhüllter ihr Spiel zu treiben.

Nicht denselben Mut bewies der König gegen Oesterreich und gegen seine fürstlichen Kollegen. Noch einmal wurde ihm die Gelegenheit geboten die Früchte des Frankfurter Parlamentes in einer Weise zu pflücken, die seinen ängstlichsten Gewissenskrupeln und Vorurteilen Rechnung trug. Durch Gagerns Bemühungen waren 28 Regierungen vermocht worden am 14. April 1849 die Verfassung und die Kaiserwahl anzuerkennen; die Zusagen angesehener Parteiführer und das Ausscheiden so vieler Oesterreicher aus der Versammlung setzten das Reichsministerium in den Stand dem Könige die feste Zusicherung zu geben, daß bei einer erneuten Durchsicht der Verfassung die anstößigsten Bestimmungen derselben fallen würden. Beckerath ging nach Berlin mit dem Vorschlage die Abgeordneten jener 28 Staaten und Preußens nach Erfurt zu berufen und dort die Verhandlungen vorzunehmen; fehlten dann auch die Königreiche, so war doch das übrige Deutschland geeinigt und der Keim für Größeres gerettet. Aber Friedrich Wilhelm scheute vor der Gefahr zurück. Wenn Sie Ihre beredten Worte an Friedrich den Großen hätten richten können, der wäre Ihr Mann gewesen; ich bin kein großer Regent — mit diesen Worten entließ er Beckerath und verfügte unmittelbar darauf die Auflösung des Landtages.

So waren die Hoffnungen auf eine friedliche Durchführung der Reichsverfassung Ende des Monats vollständig vernichtet. Die amtliche Erklärung Preußens, sein letztes Wort, erging am 28. April: Von dem Werke der Einigung, so hieß es darin, wolle sich Preußen auch jetzt nicht zurückziehen; aber es suche diese nicht auf dem Wege der Reichsverfassung, die nur durch Krieg oder Revolution ins Leben zu führen sei. Wenn man diese Behauptung vielleicht bezweifeln konnte für den Fall, daß Preußen für die Verfassung eintrat, so konnte doch nach Friedrich Wilhelms Weigerung ihre Richtigkeit nicht mehr bestritten werden, und den maßgebenden Parteien fiel jetzt die verantwortungsvolle Entscheidung der Frage zu, ob es gestattet und ratsam sei den Weg der Gewalt einzuschlagen. Seltsam genug, und doch vollkommen naturgemäß, verschob sich darüber die Stellung der Parteien. Die Männer, welche mit dem äußersten Aufgebot ihrer Kräfte die Reichsverfassung durchgeföhrt hatten, die Freunde Preußens, die Weidenbuschpartei, verzichteten zum größten Teil auf die Durchführung ihres Werkes, die ohne Blut und Bürgerkrieg unmöglich geworden war. Der Linken dagegen, die so oft diese Verfassung als freiheitsfeindlich und unannehmbar gebrandmarkt hatte, gegen deren leidenschaftlichen Widerspruch sie angenommen war, galt diese selbe Urkunde jetzt als das Banner, darum sie

Die Klein-  
staaten.

Beckeraths  
Sendung nach  
Berlin.

Erneute Ab-  
lehnung der  
Verfassung  
durch Preußen.

Der Wyden-  
brugische An-  
trag.

Revolutio-  
näre Bewe-  
gungen

in Preußen,

in Hannover,

in Württem-  
berg.

in Bayern.

Der Dresdener  
Maiaufstand.

sich scharte, an das allein sie ferner ihre Hoffnungen knüpfte. Dieser Wechsel in der Stellung der Parteien vollzog sich nicht an einem Tage und nicht ohne die Absprennung einzelner Mitglieder, die sich von der Mehrheit ihrer Freunde trennten; er begann schärfer hervorzutreten, als am 4. Mai mit zwei Stimmen Mehrheit, 190 gegen 188, auf Antrag des weimarschen Ministers von Wydenbrug das ganze Volk aufgefordert wurde die Verfassung zur Geltung zu bringen, die Wahlen für den ersten ordentlichen Reichstag am 15. Juli vorzunehmen, und solange Preußen bei seinem Widerstande beharre, dem größten unter den willfähigen Staaten die Reichsstatthalterschaft zu übertragen. Noch zweifelten manche von der preussischen Partei, ob sie nicht auch diesen Weg noch versuchen sollten; selbst die Minister billigten den Beschluß mit Ausnahme Beckerath's, der deshalb sein Amt und seinen Sitz im Parlamente aufgab. Seinem Beispiel folgten schon in den nächsten Tagen verschiedene Gesinnungs-genossen, und so gewann die revolutionäre Partei bald die Mehrheit. Inzwischen war es auch mancherorten schon zu gewaltthätigen Erhebungen gekommen, zum Teil freilich gerade da, wo sie völlig überflüssig waren. Des stärksten Druckes hätte es in den Königreichen bedurft. Aber in Preußen gab es nur Aufläufe am Rhein und in einigen größeren Städten des Ostens, wie Breslau oder Königsberg; die Straßenkämpfe in Elberfeld und Düsseldorf am 8. und 9. Mai waren bald niedergeschlagen, die Erklärungen der Landwehrpflichtigen in Krefeld, Köln, Iserlohn und anderwärts, daß sie dem Ministerium Brandenburg bei einer Einberufung nicht gehorchen würden, waren ohne augenblickliche Bedeutung. In Hannover beschränkten sich die Kundgebungen auf Adressen der Gemeinden und der Ständeversammlung und die letztere ließ sich ohne Widerstand erst vertagen und am 26. April auflösen. Erfolgreicher war die drohende Bewegung in Württemberg. Mit 70 gegen 7 Stimmen forderten die Stände vom Könige die Annahme der Reichs-verfassung. Dieser antwortete, daß er dazu wohl durch Aufruhr gezwungen werden könne, freiwillig aber dem Hause Hohenzollern sich nie unterwerfen werde, und floh in der Nacht zum 23. April nach Ludwigsburg. Als aber die Aufregung wuchs und die Einsetzung einer vorläufigen Regierung in Rede kam, gab er am 24. plötzlich nach und erkannte die Kaiserwahl an. In Bayern standen die Kammern und der größte Teil der Bevölkerung auf seiten des Königs, der die Reichsverfassung verwarf; nur in der Rheinpfalz herrschte die entgegengesetzte Strömung und führte in Kaiserslautern am 2. Mai zur Bildung eines Landesauschusses, der die allgemeine Volksbewaffnung anordnete und die Losreißung von Bayern betrieb. Nicht minder heftig war der Ausbruch im Königreich Sachsen. Die reaktionären Mitglieder des Ministeriums, Beust und Rabenhorst, verdrängten ihre liberalen Kollegen, welche für die Annahme der Reichsverfassung waren, und lösten die Stände, die einen gleichen Beschluß gefaßt, am 30. April 1849 auf. Sofort begannen in Dresden Unruhen, die am 3. Mai zum Barrikadenbau führten und von den Truppen

nicht gedämpft werden konnten. Der König floh in der Nacht mit seinen Ministern auf den Königstein und erbat von dort die vorher schon angebotene preussische Hilfe. Bis diese anlangte, waren die Aufständischen Herren der Lage. Eine vorläufige Regierung, Tzschirner, Heubner und Todt, ward eingesetzt, dem Russen Bakunin der Oberbefehl übertragen. So mußten die preussischen Garden, als sie am 7. Mai ankamen, erst in zweitägigem Kampf die Stadt erobern; über 200 Leichen, fast alle aus den Reihen des Volkes, lagen auf den Barrikaden. König und Ministerium kehrten zurück, über die Gefangenen wurde strenges Gericht gehalten, und wenn auch kein Todesurteil vollstreckt wurde, so war dafür die Behandlung in den Zuchthäusern um so unmenschlicher. Das Land hatte an der Empörung nur wenig Anteil genommen und mit der Einnahme der Hauptstadt trat überall wieder die tiefste Ruhe ein.

Dafür ging es aber im Südwesten, besonders in Baden um so heftiger los. Die Reichsverfassung war hier vollends nur das Aushängeschild, denn der Großherzog hatte sie längst anerkannt; was die Führer wollten, war ebenso wie im September 1848 die Republik. Das Beispiel der benachbarten Pfalz weckte schnell Racheiferung; als Träger der Bewegung waren längst die Volksvereine geschaffen, die ihren Mittelpunkt in Mannheim und den Advokaten Brentano zum Leiter hatten; das Militär war so gründlich durchwühlt, daß man auf die Untreue zahlreicher Truppenteile rechnen konnte. Sorgsam vorbereitet, brachen seit dem 9. Mai 1849 in der Festung Rastatt die Meutereien aus; alle Bemühungen die Verleiteten zum Gehorsam zurückzuführen waren vergeblich; am 11. Mai mußte der Kriegsminister Hofmann, der selbst an Ort und Stelle geeilt war, mit den meisten Offizieren flüchten. Dieser Triumph steigerte die Hoffnungen der Republikaner ins Maßlose. Zum 13. hatten die Volksvereine nach Offenburg eine große Versammlung berufen. Hier wurden die Einsetzung eines Landesausschusses, die Berufung einer Konstituante, ein Bündnis mit der Rheinpfalz, die Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr und ähnliche radikale Maßregeln beschlossen; kaum daß man sich enthielt sofort die Republik auszurufen. An demselben Abend begannen einige Kompagnien in Karlsruhe zu meutern; es kam zum Kampfe, der Großherzog floh in der Nacht über den Rhein, das Ministerium folgte ihm am nächsten Tage. Als bald siedelte der Landesausschuß, zu dessen Mitgliedern außer Brentano auch Fickler und Struve gehörten, von Rastatt nach Karlsruhe über und beherrschte nun thatsächlich das ganze Land.

Ohne Hilfe von außen konnte der Großherzog die Wiederherstellung seiner Macht nicht erhoffen. Das nächste war, daß er sich an die Reichsregierung wandte; aber Erzherzog Johann, den er persönlich aufsuchte, war an Machtmitteln ebenso arm wie der flüchtige Großherzog. Das Ministerium Gagern und die Reste der Kaiserpartei gingen in den Widersprüchen der Lage zu Grunde. Den Erhebungen in der Pfalz und Sachsen feindlich entgegenzutreten vermochten sie nicht, da deren Ziel

Der badische  
Aufstand.

Flucht des  
Großherzogs.

Reichsver-  
weiser und  
Parlament.

ja die Durchführung der Reichsverfassung war; ihre Mahnungen fanden taube Ohren, und Eisenstuck, der als Bevollmächtigter in die Pfalz geschickt war, förderte geradezu die republikanische Bewegung, während Raveaux in Baden doch wenigstens den gemäßigteren Teil der Aufständischen gegen den radikaleren stützte. Das Einschreiten Preußens in Dresden mißfiel auch dem Ministerium und seiner Partei, aber der Reichsverweser selbst billigte den „schweren Bruch des Reichsfriedens“, wie die Linke des Parlamentes, die jetzige Mehrheit, die preußische Hilfe nannte. Auf Antrag des Freiherrn von Reden wurde das Ministerium am 10. Mai 1849 aufgefordert Preußen mit allen Mitteln entgegenzutreten. Unter diesen Umständen hielt sich Gagern nicht mehr zum Ausharren verpflichtet, sondern nahm mit allen Amtsgenossen seine Entlassung. Der Reichsverweser aber bildete ein überkonservatives Ministerium, dessen Vorsitz der preußische Justizrat Grävell erhielt, während Detmold, Fochmus, Merck und Wittgenstein, sämtlich Mitglieder der äußersten Rechten, die Justiz, das Auswärtige, die Finanzen und den Krieg übernahmen. Als diese Männer sich am 16. Mai dem Parlamente vorstellten, begrüßte sie höhnisches Gelächter und die Erklärung, ihre Ernennung sei eine Beleidigung der Volksvertretung. Gagern und seine Freunde schieden nun auch aus dem Parlamente; am 21. Mai erklärten 65 Abgeordnete, darunter Dahlmann, Arndt, Bessler, Simson, Droysen, Duncker, Mathy, daß sie angesichts der Gefahr des Bürgerkrieges ihre Frankfurter Thätigkeit einstellen müßten; am 23. folgte Raumer mit 40 Genossen, am 26. Mai Welcker mit seinen Freunden. Nicht die Befehle der Regierungen, der preußischen am 14. Mai und bald darauf der sächsischen und hannoverschen, sondern die offenbare Unmöglichkeit noch etwas Segenbringendes zu schaffen trieb sie zu diesem letzten Schritte. Auch von dem Reichsverweser hätte man erwarten sollen, daß er jetzt seine Würde niederlege, aber er blieb; die Weisungen aus Wien hatten bei ihm größeres Gewicht als die wiederholten Aufforderungen aus Berlin. Mit dem Parlamente hatte er jede Fühlung verloren. Die Republikaner, die jetzt fast allein noch ihre Siege behaupteten, kümmerten sich um ihn und seine Minister nicht mehr, sondern stellten alle ihre Hoffnungen auf die Parteigenossen im Süden. Es war natürlich, daß sie den Schauplatz ihrer Thätigkeit in deren Mitte zu verlegen wünschten. Eine Zeitlang hofften sie wohl, die badisch-pfälzische Bewegung werde sich auch Darmstadt's und Nassau's bemächtigen; allein die hessischen Truppen deckten die Südgrenze des Großherzogtums und wiesen die badischen Freischaren unter Siegel am 30. Mai bei Heppenheim blutig zurück. Auch in Württemberg hatten die Republikaner noch keine Erfolge zu verzeichnen; aber wenn das Parlament nach Stuttgart wanderte, mußten ihre Aussichten wachsen. Abgesandte der Linken beredeten daher mit dem Präsidenten der württembergischen Ständeversammlung, Becher, die Übersiedelung, die sodann am 30. Mai auf den Antrag Vogts trotz Uhlands Warnung mit 71 gegen 64 Stimmen beschlossen wurde. Um den Boden zu bereiten fand am 27. Mai eine

Gagerns  
Rücktritt.

Ministerium  
Grävell.

Austritt der  
Kaiserpartei.

Abberufung  
durch die  
Regierungen.

Das Rumpf-  
parlament  
nach Stutt-  
gart.

Versammlung von angeblich 20 000 Menschen in Reutlingen statt und forderte ein Bündnis mit Baden und Pfalz; aber das Land im ganzen und besonders die Hauptstadt blieben doch sehr kühl, Ministerium und Kammer sogar entschieden feindlich, wenn die letztere auch die Benutzung ihres Saales den Ankömmlingen gestattete. Nur 105 Abgeordnete fanden sich am 6. Juni in Stuttgart ein und begannen unter dem Voritze des Dr. Löwe von Kalbe ihre Thätigkeit als Rumpsparlament. Die Hoffnung den König von Württemberg zum Reichsstatthalter ernennen zu können erwies sich als eitel; man mußte zu einem anderen Auskunftsmittel greifen und erwählte fünf Reichsregenten: Karl Vogt, Raveaux, Heinrich Simon, Schüler von Zweibrücken und Becher; nur 10 Abgeordnete, unter ihnen der Minister Römer, Uhland, Schott, Giskra, stimmten dagegen. Sofort begann jetzt der Streit mit der württembergischen Regierung. Römer bekämpfte einen Aufruf zur bewaffneten Durchführung der Reichsverfassung durch eine Gegenerklärung; die Kammer, die städtischen Behörden, die meisten Offiziere der Bürgerwehr stellten sich auf seine Seite; die Regentschaft verlangte 5000 Württemberger als Besatzung für Rastatt und Landau, Römer verweigerte sie; wo sich im Lande republikanische Bewegungen zeigten, wie in Heilbronn, wurde der Belagerungszustand verhängt; Fickler, der aus Baden herübergekommen war um zu wühlen, saß schon seit dem 3. Juni auf dem Asperg; nach Stuttgart wurden zuverlässige Truppen gezogen und in ihrer Mitte erschien der König. Als so alles vorbereitet war, stellte Römer am 17. die Forderung an Löwe, das Parlament solle Württemberg verlassen. Trotzdem wurde für den 18. Juni 1849 eine Sitzung in dem Fritzeschen Reithause anberaumt, denn der Ständesaal war dem Parlamente bereits entzogen. Die Abgeordneten begaben sich gemeinsam dorthin, an ihrer Spitze Löwe, Uhland und Römers Schwiegervater Schott; sie fanden die Zugänge besetzt und da sie gleichwohl nicht von der Stelle wichen, rückten die Truppen vor und räumten, übrigens in schonender Weise, den Platz. Alles, was die Vertriebenen noch thun konnten, war, im Hotel Marquardt Verwahrung gegen den Gewaltakt einzulegen; das war die letzte Handlung des deutschen Parlamentes; dann mußten die Nicht-Württemberger eilen das Land zu verlassen. Die große Mehrheit des deutschen Volkes sah zwar nicht ohne Schmerz das klägliche Ende der einst so hoch gefeierten Versammlung; aber mit den Männern, aus denen sie zuletzt bestand, konnten vom politischen Standpunkt doch nur die Republikaner sympathisieren; nur sie konnten die Erfüllung einer schweren Pflicht — denn das war die Auflösung für Römer, den Veranstalter der Heidelberger Vorversammlung vom 5. März 1848 — als eine empörende Gewaltthat brandmarken; dem klarer Überlegenden erschien die Beseitigung des Rumpsparlamentes schon damals nicht bloß im Lichte einer traurigen Notwendigkeit, sondern auch in dem einer rettenden That.

Wohl berief der Präsident Löwe die Bersprengten zu einer Sitzung auf den 25. Juni nach Karlsruhe; aber sie kam nicht zustande: an eben-

Die Reichs-  
regentschaft.

Vertreibung  
des Rumpf-  
parlamentes.

Der preussische  
Feldzug in der  
Pfalz und  
Baden.

Unterwerfung  
der Pfalz.

Kämpfe am  
Neckar.

Gefecht bei  
Waghäusel.

Kämpfe an  
der Murg.

Zwietracht  
der Republikaner.

diesem Tage rückten preussische Truppen in die badische Hauptstadt ein. Der Großherzog hatte sich nämlich nach Berlin mit der Bitte um Hilfe gewandt, und da der bayerische Gesandte ein gleiches Verlangen stellte, so war ein preussisches Korps (von Hirschfeld), bei dem Major von Roon Chef des Generalstabes war, in die Pfalz eingerückt, während ein Reichsheer, aus Hessen, Mecklenburgern, Nassauern und Württembergern bestehend und von Peucker geführt, in der Bergstraße vordrang und ein zweites preussisches Korps unter von der Gröben ihm folgte; der Oberbefehl über alle diese Truppen ward am 8. Juni dem Prinzen von Preußen übertragen. Die Feindseligkeiten begannen in der Pfalz. Die republikanischen Truppen befehligte ein Pole, der General Sznayde; unter den einheimischen Offizieren war Blencker der befähigteste. Aber die ungeordneten und zügellosen Haufen waren für die preussischen Truppen keine ebenbürtigen Gegner; in mehreren Gefechten, besonders bei Kirchheim-Bolanden am 14. Juni, zurückgedrängt, wichen sie über den Rhein zurück; schon am 18. war die Festung Landau entsetzt, am 20. überschritt der Prinz bei Germersheim den Fluß. Mittlerweile war Peucker an den Neckar vorgerückt. Die badischen Truppen befehligte Mieroslawski, der kaum von seiner sizilischen Wunde genesen war. Mit Erfolg verhinderte er am 15. und 16. die Versuche der Reichstruppen zwischen Mannheim und Heidelberg den Fluß zu überschreiten und warf sie sogar gegen Weinheim zurück. Da aber der größte Teil derselben weiter ostwärts durch den Odenwald marschiert war und oberhalb Heidelbergs den Übergang zu erzwingen suchte, und da die Stellung bei Mannheim obendrein durch den Rheinübergang des Prinzen im Rücken bedroht war, so zog der polnische General seine Hauptmacht auf der Eisenbahn bis Bruchsal zurück und machte Front gegen die von Germersheim und Philippsburg heranrückenden Preußen. Während die Scharen, denen er die Neckarübergänge oberhalb Heidelbergs (bei Eberbach und Hirschhorn) anvertraut hatte, vergebens sich gegen die Reichstruppen zur Wehr setzten, drängte er selbst am 21. Juni die Preußen von Waghäusel gegen Philippsburg zurück, wurde aber, sobald jene Verstärkungen erhalten hatten, seinerseits wieder auf die Heidelberg-Karlsruher Bahnlinie zurückgeworfen. Auch jetzt wollte er die Hauptstadt nicht ohne Kampf fahren lassen; allein die Gefechte der nächsten Tage waren alle unglücklich und am 25. Juni zogen die Preußen in Karlsruhe ein. Während die republikanische Regierung ihren Sitz nach Offenburg und bald nach Freiburg verlegte, suchte Mieroslawski, auf Rastatt gestützt, sich im Murg-Thale zu behaupten; aber die Kämpfe bei Bischweiler und Ruppenheim (beim Eintritt der Murg in die Ebene) zersprengten seine Scharen am 29. und 30. Juni völlig; die ohnmächtigen Trümmer eilten sich durch den Schwarzwald in die Schweiz zu flüchten. Auch der badischen Konstituante und der Regierung blieb nichts anderes übrig, da die preussische Vorhut schon am 7. Juli in Freiburg einrückte; sie hatten die letzten Tage ihres Daseins noch zu den kläglichsten Zänkereien untereinander verwendet; Struve, der Anfang

Juni in Karlsruhe mit seinen radikalen Ansichten gegen Brentano den Kürzeren gezogen hatte und gezwungen worden war die Stadt zu verlassen, rächte sich dafür in Freiburg, wo er die Mehrheit auf seiner Seite hatte, und zwang den „Verräter“ Brentano zur schleunigen Entfernung. Hecker, der vielleicht Ansehen genug besessen hätte um dergleichen Zänkereien zu ersticken, erschien erst Mitte Juli wieder in Europa und überzeugte sich in Straßburg, daß nichts mehr zu machen sei. Das aufständische Rastatt, das seit dem 1. Juli von von der Gröben umschlossen wurde, hielt sich noch bis zum 23. Juli und ergab sich dann auf Gnade und Ungnade; am nächsten Tage konnte der Oberbefehlshaber die gestellte Aufgabe als vollständig gelöst bezeichnen. Die Hilfe österreichischer Truppen, denen man in Wien und Frankfurt gern die Besetzung von Südbaden zugewandt hätte, wies der Prinz natürlich sehr entschieden ab, und die preußischen Farben flatterten vom Neckar bis zum Bodensee. Unter ihrem Schutze ward jetzt die Bestrafung der Schuldigen, soweit man ihrer habhaft geworden war, vollzogen; Mieroslawski, Struve, Brentano, Sigel u. a. waren glücklich entkommen; aber mancher der schwer Beteiligten war doch gefangen und erlitt den Tod durch Pulver und Blei. So erfuhr insbesondere Trützschler, Robert Blums Freund und Parteigenosse, jetzt dasselbe Schicksal, das jenen in der Brigittenau ereilt hatte; Gottfried Kinkel, der Dichter, kam mit lebenslänglichem Gefängnis davon und ward auch dieser Strafe durch die Flucht aus Spandau, die seine Gemahlin und der Student Karl Schurz glücklich vorbereitet hatten, entzogen. Als die Kriegsgerichte ihre Arbeit gethan, kehrte der Großherzog am 18. August 1849 in sein Land zurück; die preußischen Truppen zogen im Oktober triumphierend in Berlin ein und in Babelsberg, dem Schlosse des Prinzen, verewigte ein Erzengel Michael, der den Drachen tötet, den ersten Feldzug des Mannes, dem größere Siege beschieden waren.

Fall von Rastatt.

Kriegsgerichte.

Rückkehr des Großherzogs.

## Preußens Unionsbestrebungen und Niederlagen.

Preußens Stellung in Deutschland war durch dieses militärische Einschreiten gewiß nicht schlechter geworden. Die Parteien, die es niedergeworfen hatte, waren ihm vorher schon unveröhnlich feind gewesen; daß ihr Haß jetzt alle Schranken überschritt, ließ sich verschmerzen. Die gemäßigt-liberale Partei fühlte sich zwar für die Bewältigung der Revolution Preußen nicht eben zu Dank verpflichtet; denn Preußen selbst hatte dieses wüste Nachspiel des Parlamentes durch seine Politik erst ermöglicht, es tilgte also nur, was es selbst verschuldet, und tilgte es in Strömen von Blut; aber immerhin war sein Verhalten, wie die Sachen nun einmal lagen, von dem Interesse Deutschlands geboten, jede andere Handlungsweise wäre eine neue und größere Schuld gewesen. Die große Menge der Ruhebedürftigen, politisch Ermatteten und Gleichgültigen ging daher auch über die bloße Anerkennung der

Die deutsche Verfassung.

Notwendigkeit hinaus und pries mit den Reaktionären und Konservativen um die Wette die Ermannung und Erstarkung Preußens. In diesem Chorus konnten auch die geretteten Regierungen nicht fehlen; sie vor allem mußten sich dem Könige zu Dank verpflichtet bekennen und ihre tiefste Herzensneigung, den Argwohn und die Feindschaft gegen Preußen, für die nächste Zukunft verbergen. Das aber war für die Politik des Berliner Kabinettes schon ein unzweifelhafter Gewinn; denn gerade auf die Regierungen wollte es sich bei seinen ferneren Entwürfen ja stützen, mit ihrer Hilfe aus dem Schiffbruch des Parlamentes und der Reichsverfassung die brauchbaren Trümmer retten, aus denen Friedrich Wilhelm dem deutschen Volke doch noch ein wohlliches Gemach zu erbauen gedachte. Jene Note von 28. April 1849 hatte den Bundesfürsten vorgeschlagen, in gemeinsamer Beratung aus der Verfassung vom 28. März die demokratischen und illegitimen Bestimmungen auszumergen und die dergestalt veränderte Urkunde einem neuen Parlamente vorzulegen. Diesen Vorschlag abzulehnen war nach den Mai-Ereignissen für die meisten Regierungen unmöglich, und widerwillig, aber notgedrungen bevollmächtigten auch Bayern, Sachsen und Hannover ihre Gesandten an den Verhandlungen in Berlin teilzunehmen. Zwei Tage vor dem Beginn, am 15. Mai 1849, kündigte der König dies seinem Volke an. Er rechtfertigte zugleich den Befehl, welcher tags zuvor die preußischen Abgeordneten, die noch im Parlamente ausharrten, zurückgerufen hatte, entwarf zu dem Zweck ein abschreckendes Bild von der jetzt in Frankfurt herrschenden Partei, von ihrem Bündnis mit den Männern der Gottlosigkeit, des Eidbruchs und der Raubsucht, und beanspruchte noch einmal das Vertrauen der Nation, welcher der Patriotismus und das Rechtsgefühl der Regierung keine Enttäuschung bereiten werde. Nach diesem Vorspiel nahmen die Verhandlungen am 17. Mai ihren Anfang. Die Grundlage des Projektes bildete ein engerer preußischer Bundesstaat, der mit Oesterreich in eine weitere Union treten sollte; in dieser Union, die eigene Gesandtschaften und ein in Regensburg tagendes Direktorium besitzen sollte, war dem Kaiserstaate das Präsidium zugewiesen. Allein der österreichische Bevollmächtigte von Prokesch-Osten lehnte jedes Eingehen auf diese Vorschläge ab und trat schon in der ersten Sitzung von den Konferenzen zurück. Die Verhandlungen mußten sich daher auf den engeren Bundesstaat beschränken. Nach der preußischen Vorlage sollte in diesem ein Fürstenkolleg von sechs Mitgliedern die Regierung bilden, doch so, daß die eigentliche Leitung bei Preußen als dem Reichsvorstande lag. Zur Teilnahme an der Gesetzgebung war ein Staatenhaus von 160 Mitgliedern und ein Volkshaus, zu dem auf je 100 000 Seelen ein Abgeordneter zu wählen sei, berufen; die Frankfurter Grundrechte waren mit einigen Abschwächungen in den Entwurf aufgenommen. Alles kam nun darauf an, wie sich die Königreiche verhielten. Am freiesten stand Bayern da, und schon nach wenigen Tagen erklärte es sich gegen die Vorlage und bot dadurch Hannover und Sachsen

Verhandlungen in Berlin.

Oesterreich und Bayern.

die erwünschte Handhabe sich auch ihrerseits bindenden Verpflichtungen zu entziehen. Hatten sie gleich noch nicht den Mut die preussischen Vorschläge offen zu verwerfen, so knüpften sie ihre Zustimmung doch an die Bayerns, bestärkten, weit entfernt diese zu erwirken, die Münchener Regierung in ihrem Widerstande und machten auch vor den fremden Gesandten gar kein Hehl daraus, daß es ihnen selbst nicht ernst mit der Sache sei, daß sie vielmehr mit Zuversicht auf das Scheitern der Verhandlungen hoffen. Der Verfassungsentwurf, den sie am 26. Mai unterzeichneten und zu dessen Annahme sie gemeinsam mit Preußen die übrigen Fürsten einluden, war also von vornherein, soweit es sie betraf, nur eine politische Heuchelei. Dennoch erweckte das Dreikönigsbündnis unter den gemäßigten Patrioten, die nicht wahrnehmen konnten was hinter der Bühne vorging, neue Hoffnungen. Was geboten wurde, war immerhin ein erklecklicher Fortschritt; denn der Krone Preußen wurde in dem Entwurf mit der Vorstandschaft des Deutschen Reiches die ausschließliche diplomatische und militärische Leitung übertragen; auch stand ihr gegen die Beschlüsse der Volksvertretung ein unbedingtes Verwerfungsrecht zu, so daß die rechtliche Stellung der Centralgewalt der nötigen Stärke nicht entbehrte. Auch für eine vorläufige Rechtsordnung war Sorge getragen. Die drei Königreiche schlossen zunächst auf ein Jahr ein Bündnis untereinander und forderten die anderen Staaten zum Beitritt auf; während dieses Jahres sollte die Vereinbarung mit dem zu berufenden Reichstag getroffen werden; einem Verwaltungsrat unter Preußens Vorsitz wurde bis dahin die Leitung der Bundesangelegenheiten übertragen, ein Schiedsgericht sollte etwaige Streitigkeiten schlichten. Auf diesen Grundlagen traten nach und nach siebzehn Regierungen dem Bündnisse bei, und da mit Bayern und Württemberg die Verhandlungen monatelang fortbauerten, da Verwaltungsrat und Schiedsgericht schon in den nächsten Wochen gebildet wurden, so schien der neue Anlauf nicht aussichtslos zu sein. Mit lebhaftem Interesse trat der Prinz von Preußen dafür ein; er lobte die Weisheit des Königs, der die Parlamentsverfassung habe zurückweisen müssen, weil sie nur der Republik die Wege bahne; wenn man Vertrauen hege, werde sich Preußens Geschick doch erfüllen und es werde auf eine Weise, die Dauer und Heil verspreche, an die Spitze kommen. Auch die Kaiserpartei des Frankfurter Parlamentes zauderte deshalb nicht ihre Zustimmung zu erklären. Gagern, Dahlmann, Mathy an der Spitze, fanden sich ihrer etwa 150 in Gotha zusammen und verpflichteten sich durch eine Erklärung vom 28. Juni 1849 in diesem Sinne zu wirken. Die Demokraten und Partikularisten erklärten das für eine Treulosigkeit, einen Bruch der Verpflichtung, welche der Weidenbusch gegen das linke Centrum im März übernommen hatte, ein Preisgeben der Reichsverfassung, die auch der Krone Preußen gegenüber festzuhalten damals versprochen war, und richteten die bittersten Angriffe voll Haß und Hohn gegen die „Gothaer“. Für sie war ja der angebliche Beruf Preußens

Hannover.

Dreikönigs-  
bündnis.Vorläufige  
Einrich-  
tungen.Die Gothaer  
Versamm-  
lung.

Preussische  
Zustände.Prozeß  
Waldeck.Dreiklassen-  
wahlgesetz.Wahlenthäl-  
tung der De-  
mokraten.Der schleswig-  
holsteinische  
Krieg.Beginn des  
zweiten Feld-  
zugs.Sieg bei  
Eckernförde.

Deutschland zu einigen nur ein hohler Schall, und vollends von diesem Könige und diesem Ministerium etwas zu erwarten galt ihnen für äußerste Beschränktheit oder bewußte Heuchelei. Überdies mußte jede Unterstützung der äußeren Politik des Königs auch die innere befestigen, und diese schritt unaufhaltsam weiter auf der Bahn der Willkür. Am 16. Mai wurde der Belagerungszustand in Berlin verschärft und zwei Tage darauf Waldeck verhaftet um wegen Hochverrats auf Grund gefälschter Briefe vor Gericht gestellt zu werden. Bei den Verhandlungen, die ein halbes Jahr später stattfanden, stellte sich die ganze Wichtigkeit der Anklage in der demütigendsten Weise heraus; unter dem lauten Jubel des Volkes wurde das polizeiliche Bubenstück entlarvt und Waldeck am 3. Dezember 1849 freigesprochen. Besser gelang ein zweiter Gewaltstreich, der sich gegen die ganze Linke richtete. Am 30. Mai wurde das Wahlgesetz dahin abgeändert, daß die Wahlmänner künftig nach dem Betrage der Steuern in drei Klassen zerfallen sollten; der kleinen Zahl von Höchstbesteuerten, welche das erste Drittel der Abgaben aufbrachte, wurde dasselbe Stimmrecht erteilt wie der weit größeren Mittelklasse, die das zweite, und der ungeheuren Masse derer, welche das letzte Drittel zahlten; überdies wurde die geheime Stimmabgabe aufgehoben und durch die Öffentlichkeit der Wahl der Beeinflussung ein weiter Spielraum geschaffen. Unter diesen Umständen beschloß die demokratische Partei auf einer Versammlung in Rötzen am 11. Juni sich der Teilnahme an den Wahlen zu enthalten; auch einzelne Altliberale, wie Georg Vincke, wollten den Rechtsbruch nicht durch die Annahme einer Wahl anerkennen, und so kam eine Kammer zustande, die über 200 Beamte zu Mitgliedern zählte und dadurch dem in seinen Mitteln wenig wählerischen Ministerium von vornherein die Mehrheit sicherte.

Wurde somit das Vertrauen in die guten Absichten Preußens durch seine innere Politik schwer beeinträchtigt, so erlitt es einen nicht minder schweren Schlag durch den Ausgang des zweiten schleswig-holsteinischen Krieges. Als eben unter englischer Vermittlung die Friedensunterhandlungen wieder aufgenommen werden sollten, hatte Dänemark Ende Februar den Waffenstillstand von Malmö gekündigt. Bis zu seinem Ablauf am 1. April 1849 wurde allerdings noch verhandelt, aber ohne daß man hüben oder drüben an eine Verständigung glaubte. Das Reichsministerium that, was in seinen Kräften stand um ein schlagfertiges Heer für den Beginn der Feindseligkeiten bereit zu halten und verfügte Anfang April über 45 000 Mann unter dem preussischen General von Wittich. Daß die Dänen von Alsen aus am 3. April auf das Festland übergingen, konnte nicht verhindert werden; um so schwerer büßten sie am 5. den Versuch mit einem Geschwader von 6 Schiffen und 170 Kanonen Eckernförde anzugreifen. Ein paar schleswig-holsteinische Strandbatterien, 10 Geschütze unter dem Befehl des Hauptmanns Jungmann, die mittags Herzog Ernst von Koburg um vier Feuereschilde verstärkte, zwangen die kleineren dänischen Schiffe zur Flucht und die beiden

größten, das Linienschiff Christian VIII. und die Fregatte Gefion mit zusammen 140 Kanonen, zur Ergebung; der Christian flog, nachdem der größte Teil der Besatzung gerettet wurde, in die Luft, die Gefion wurde ein Bestandteil der deutschen Flotte. Gehoben durch diesen glänzenden Erfolg rückten die deutschen Truppen nach Norden vor, hannoversche Bataillone siegten am 6. April bei Ulberup, Bayern und Sachsen erstürmten am 13. die Düppeler Schanzen. Die jütische Grenze zu überschreiten ward jedoch dem Reichsheere aus politischen Bedenkllichkeiten nicht gestattet; für die schleswig-holsteinische Armee, die General Bonin führte, bestanden diese nicht, und so nahm sie am 20. die Stadt Kolbing, schlug die heranrückenden Dänen am 23. zurück, brachte ihnen am 7. Mai bei Gudsjö eine neue Niederlage bei und begann die Belagerung der Festung Fridericia. So weit lagen die Sachen für Deutschland also recht günstig, um so schlimmer aber stand es mit der politischen Führung. Nach Gagerns Rücktritt vom Reichsministerium hörte die Einwirkung der Centralgewalt auf; Preußen erklärte die Leitung selbst übernehmen zu wollen und that damit nur, was die Verhältnisse geboten. Aber der König war von der Zuneigung, die er für die schleswig-holsteinische Bewegung anfänglich gehegt, jetzt völlig zurückgekommen; er sah in ihr eine revolutionäre Auslehnung, die nicht besser sei als die in Dresden oder Rastatt, und fürchtete überdies die drohende Sprache Rußlands. Wohl faßte er noch den Mut auch preußische Truppen unter Brittwitz in Jütland einrücken zu lassen; aber sie wirkten weder bei der Belagerung Fridericias mit, noch griffen sie das dänische Heer unter General Rye entschlossen an; wochenlang ruhte der Krieg fast ganz, während um so eifriger Waffenstillstandsverhandlungen gepflogen wurden. Schon waren diese ihrem Abschlusse nahe, als den Dänen noch ein großer Schlag gelang. Unbemerkt von Brittwitz schiffte sich Rye nach Jütten ein, unbemerkt von Bonin landete er bei Fridericia; mit großer Übermacht überfiel er in der Nacht zum 6. Juli die Belagerer und erkämpfte einen glänzenden Sieg, den er freilich mit seinem Leben bezahlte; fast 3000 Mann, darunter gegen 1500 Gefangene, küßten die Schleswig-Holsteiner in dieser unheilvollen Nacht ein, mit Verlust ihres Lagers und eines Theiles ihrer Artillerie zogen sie sich auf Veile zurück. Und nun, wo alles in den Herzogtümern und in Deutschland nach Rache schrie, wo dem preußischen General die Hauptschuld an diesem harten Schlage beigemessen wurde, wo ein kräftiges Dreinschlagen dem Berliner Kabinett Verzeihung für viele Fehler hätte verschaffen können, nun schloß Preußen einen erniedrigenden Waffenstillstand und der Kunde von der militärischen Niederlage folgte die von der diplomatischen Schmach auf dem Fuße. Aus dem Vertrag vom 10. Juli 1849 las jeder heraus, daß die Herzogtümer preisgegeben seien. Die schleswig-holsteinische Armee mußte über die Eider zurück; Südschleswig besetzten 6000 Preußen, Nordschleswig ein schwedisches Heer von 2000 Mann; Holstein blieb einstweilen noch der Verwaltung

Erstürmung  
der Düppeler  
Schanzen.

Einrücken in  
Jütland.

Preußens  
Zuneigung.

Überfall bei  
Fridericia.

Waffenstill-  
stand.

der Statthalterschaft überlassen, die beim Wiederbeginn des Krieges für beide Herzogtümer gemeinschaftlich von Frankfurt aus ernannt war und aus Wilhelm Bessler und dem Grafen Reventlow-Breese bestand; in Schleswig sollten ein dänischer und ein preußischer Beamte unter Obhut eines englischen Bevollmächtigten die Regierung führen. Eine Möglichkeit sich diesen Abmachungen zu widersetzen gab es für das arme Land nicht, und so trat der Waffenstillstand vom 10. Juli wirklich ins Leben.

Schlaffheit  
der deutschen  
Politik Preu-  
ßens.

Für das moralische Ansehen des Dreikönigsbündnisses war das ein harter Schlag, der den fördernden Beistand der Gothaer Erklärung vollständig aufhob. Auch auf diplomatischem Wege war für seine Durchführung wenig geschehen. Radowik, der diese ganze Politik vorzugsweise beim König durchgesetzt hatte und dem es damit heiliger Ernst war, forderte von Friedrich Wilhelm, daß er den deutschen Fürsten als letzte Frist für ihren Beitritt den 15. Juli setze und schon zum 1. August 1849 den Reichstag nach Erfurt berufe; aber der Monarch wollte keinen Vorteil aus der Revolutionsfurcht seiner Mitfürsten ziehen und lehnte das ab; ebenso verstrichen die späteren Fristen, der 1. September, der 18. Oktober, ohne daß der Reichstag zusammentrat. Statt dessen wurde Zeit und Mühe daran verschwendet Bayern und Württemberg zu gewinnen und mit Österreich sich zu verständigen. Von der Pforden reiste selbst im Juni nach Wien und Berlin, wo am 27. und 28. Juni nochmals Konferenzen gehalten wurden; aber alle diese Bemühungen waren umsonst. Als nächstes Ziel faßte man dabei die Begründung einer vorläufigen Centralgewalt ins Auge, die den völlig machtlosen Reichsverweser und sein Ministerium, an dessen Spitze Fürst Wittgenstein getreten war, ablösen könne. Allein wenn Preußen verlangte, daß zugleich mit diesem Provisorium auch das Dreikönigsbündnis von Österreich und Bayern anerkannt werde, so wollte man darauf weder in Wien noch in München eingehen. Mühsam wurden die Verhandlungen noch einige Wochen hingeschleppt, bis Österreich die Unterwerfung Ungarns und Italiens vollendet hatte. Kaum war dies geschehen, so wurde die Tonart, in welcher die Gegner Preußens sprachen, zuversichtlicher: „Nun ist es Zeit“, schrieb der König von Hannover eigenhändig seinem Gesandten in Wien, „daß wir auch „die“ dumme Deutschland Ruhe und Verstand wiedergeben.“ Bayern lehnte am 8. September (Württemberg am 26.) den Beitritt zu dem Naibündnis endgültig ab und sprach die Hoffnung aus, jetzt nach hergestellter Ruhe werde auch Österreich Vorschläge machen, und dann sei man gern zu neuen Verhandlungen bereit. Friedrich Wilhelm empfand solche Erklärungen kaum als eine Demütigung, denn im Grunde seines Herzens hatte er sich mit diesen Unionsplänen, die unter seinem Namen gingen, doch immer noch nicht völlig befreundet. Er nahm es Österreich gar so übel nicht, daß es sich weigerte das Dreikönigsbündnis anzuerkennen, und nachdem er am 7. und 8. September in Teplitz und Billniz mit Franz

Österreichs  
Erstarken.

Josef und dem sächsischen Könige konferiert hatte, erhielt sein Gesandter in Wien, Graf Bernstorff, den Auftrag, mit Schwarzenberg ein vorläufiges Übereinkommen, das sog. Interim, abzuschließen, ohne dabei des engeren preußischen Bundes Erwähnung zu thun. Kraft dieses Vertrages vom 30. September sollten je zwei Bevollmächtigte der beiden Staaten die Centralgewalt „für den Deutschen Bund“ vom Reichsverweser übernehmen und bis zum 1. Mai 1850, ja falls bis dahin die Regierungen keine neue Verfassung unter sich vereinbart hätten, auch über diesen Zeitpunkt hinaus ausüben. Fast ein Vierteljahr verstrich noch, ehe die vier Bevollmächtigten (für Oesterreich Baron Kübeck, der die Finanzen, und General Schönhals, der das Militärwesen leiten sollte, für Preußen Radowiz, dem das Äußere, und der Oberpräsident Bötticher, dem das Innere übertragen wurde) ihr Amt antraten; erst am 20. Dezember 1849 legte Erzherzog Johann in ihre Hände die Reichsverweserschaft nieder. Damit war denn auf dem Rückwege zum alten Bundestag ein neuer Haltepunkt erreicht. Wohl gab Preußen, indem es den geistigen Leiter der Unionspolitik nach Frankfurt schickte, seinen Entschluß an dieser festzuhalten kund; aber seinen zweifelhaften Bundesgenossen, Sachsen und Hannover, war durch das Interim Hoffnung und Dreistigkeit gewachsen. Beide weigerten sich, als im Verwaltungsrat der Union Anfang Oktober endlich die Ausschreibung der Wahlen zum Unionsreichstage beantragt wurde, diesem Antrage beizutreten; es kam zu heftigen Auseinandersetzungen, in denen Bodelschwingh, der preußische Vorsitzende, kräftig für die Union eintrat; ein Minister-rat, dem auch Radowiz beiwohnte, billigte sein Verfahren, und die Ausschreibung der Wahlen wurde am 19. Oktober trotz des sächsisch-hannoverschen Einspruches beschlossen. Nun riefen beide Staaten ihre Bevollmächtigten zurück und enthielten sich jeder Teilnahme an den Arbeiten des Verwaltungsrates; auch Oesterreich legte im November Verwahrung gegen die Berufung des Unionsparlamentes ein und stützte sich dabei auf die Bundesakte; wenn Preußen auf dem beschrittenen Wege weiter gehe, so hieß es drohend, dann werde es in den Fall kommen können mit der zu Recht bestehenden Bundesverfassung in Widerspruch zu geraten; allen etwaigen Beschlüssen des Erfurter Parlaments ward im voraus die Gültigkeit abgesprochen.

Das Interim.

Abdankung  
des Reichs-  
verwesers.Sprengung  
des Dreikönig-  
bündnisses.

Preußen und seine Anhänger ließen sich dadurch von ihrem Entschlusse nicht abbringen; am 31. Januar 1850 fanden die Wahlen wirklich statt. Noch einmal konnte ein Hoffnungsschimmer die vertrauensvollsten Gemüter täuschen. Alle Erklärungen der Regierung lauteten überaus zuversichtlich; besonders wenn Radowiz in der preußischen Kammer das Wort nahm, hatte man das Gefühl, daß dieser Mann wußte was er wollte, und den Mut hatte auf seinem Willen zu beharren. Nicht eben von großer Tragweite, aber doch ermutigend war der Schritt, zu dem sich um diese Zeit die beiden Fürsten von Hohenzollern entschlossen; sie legten am 7. Dezember 1849 die Regierung zu Gunsten des

Wahlen zum  
Erfurter Par-  
lament.Die Hohen-  
zollerschen  
Fürstentümer.

Haltung der  
Großmächte.

Französische  
Anerbie-  
tungen.

Die preußische  
Verfassung.

Durch-  
löcherung der  
selben.

Neue For-  
derungen des  
Königs.

Königs von Preußen nieder. Auch die Haltung der auswärtigen Mächte bot für das Gelingen des Werkes leidliche Aussichten, die Stellung des Berliner Cabinettes war jetzt ohne Zweifel gesicherter als im Frühjahr; Rußlands Zorn hatte sich gelegt, England sah mit Besorgnis das enge Bündnis des Zaren mit Oesterreich und fürchtete, daß auch Preußen in dem russischen Neze gefangen werde; Frankreich suchte geradezu ein Schutz- und Trugbündnis mit dem König. Napoleons Freund Persigny erschien um die Jahreswende in Berlin und bot für einige Abtretungen, wie etwa Landau, die Hilfe des Präsidenten zur Begründung der Union an. Es war das freilich ein redender Beweis, wie wenig man den König kannte. Sein deutscher Sinn war stark genug auch lockenderen Versprechungen Widerstand zu leisten; für ein Gericht, das ihm selbst so wenig schmachhaft war wie die Union, ließ er sich gewiß nicht erkaufen. Trotzdem entwickelte Persigny große Zähigkeit und blieb wochenlang auf seinem Posten, bis er sich endlich überzeugte, daß der König zur Abtretung deutschen Bodens nicht zu bewegen sei, und Ende Januar nach Paris zurückkehrte.

Das beste Vorzeichen für den Reichstag der Union war aber doch, daß eben jetzt nach schweren Kämpfen die preußische Verfassung endgültig zustande kam. Seit dem 7. August 1849, also ein halbes Jahr hindurch, war zwischen den Kammern und der Regierung verhandelt worden. Der Wunsch des Königs ging dahin aus der Urkunde vom 5. Dezember 1848, die er doch selbst erlassen hatte, eine Reihe von Artikeln, die ihm noch allzusehr den Stempel des Revolutionsjahres zu tragen schienen, zu entfernen; die liberale Minderheit der Volksvertretung war froh, wenn sie nur diese Artikel retten konnte und dachte nicht daran neue Forderungen aufzustellen. Um manche Paragraphen entspann sich ein heißer Kampf; das neue Wahlgesetz wurde anerkannt und nur das durchgesetzt, daß in Zukunft königliche Verfügungen in Abwesenheit der Kammern nur dann mit Gesetzeskraft sollten erlassen werden dürfen, wenn sie mit der Verfassung nicht in Widerspruch ständen; die Befreiung der Presse von Steuern und Kautionen ward aufgehoben, die Beeidigung des Militärs auf die Verfassung gestrichen; nach hartnäckigem Widerstande gaben die Liberalen auch das Recht der Verweigerung bestehender Steuern preis und begnügten sich mit dem Rechte die neuen zu bewilligen. Als am 17. Dezember die Beratung vollendet war, durften die Reaktionäre über die glücklich gelungene Durchlöcherung der Verfassung jubeln und die Liberalen mit berechtigter Bitterkeit des Landtags spotten, der mehr ein gesetznehmender als ein gesetzgebender genannt zu werden verdiene. Und doch war die mühsame und anwidernde Aufgabe noch nicht vollkommen gelöst. Am 7. Januar 1850 wurden die Abgeordneten durch eine königliche Botschaft überrascht, in der nochmals die Abänderung von 15 Artikeln als Vorbedingung für die Beschwörung der Verfassung gefordert wurde. Unter diesen Abänderungen befanden sich einige von geringem Belang; andere,

wie die Zusammensetzung der ersten Kammer aus erblichen und lebenslänglichen statt aus gewählten Mitgliedern, oder die Errichtung eines Ausnahmegerichtshofes für schwerere politische Verbrechen, griffen um so tiefer. Selbst die Minister hatten sich diesen neuen Forderungen des Königs widersetzt; Männer wie Camphausen, Beckerath, Auerwald hielten es für ehrenrührig noch weiter nachzugeben; in jeder Weise wurde auf den König eingewirkt um ihm in den Hauptpunkten Zugeständnisse abzurufen; aber stärker als diese Einwirkungen waren die Einflüsterungen der frommen Hofpartei, an deren Spitze die Brüder Gerlach standen; man sprach von der Auflösung der Kammern und einem Ministerium Kleist-Regow. Die Annahme der königlichen Forderungen in den letzten Januartagen beseitigte diese Gefahr. Freilich be-

Zustimmung  
des Landtags.

trug die Mehrheit in der zweiten Kammer nur 12 Stimmen und einigen Milderungen waren die königlichen Anträge unterworfen worden; insbesondere sollte die zur Zeit bestehende erste Kammer bis zum Ablauf ihrer Wahlzeit, also bis zum 8. August 1852, noch in Thätigkeit bleiben und erst dann auf Grund der neuen Verfassungsbestimmungen durch eine andere ersetzt werden. Der König entschloß sich darauf einzugehen. Am 31. Januar 1850 unterzeichnete und verkündete er das neue Staats-

Beschwörung  
der Verfassung.

Die Stimmung  
im Lande.

grundgesetz, am 6. Februar legte er vor den Kammern den Eid darauf ab. In der Rede, welche er dabei hielt, erneuerte er die Gelübde, die er bei den Huldigungen von 1840 gethan, wiederholte er sein Wort vom 11. April 1847: Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen. Wie nie zuvor und nie hernach stehe er jetzt vor den Abgeordneten des Landes, nicht gedeckt durch die Verantwortlichkeit seiner Räte, sondern als „Ich selbst allein“, als ein Mann von Ehre, der sein Teuerstes, sein Wort geben wolle, ein Ja vollkräftig und bedächtig. Die Verfassung sei entstanden in einem Jahre, das die Treue werdender Geschlechter mit Thränen aus der preußischen Geschichte hinwegwünschen werde, sie trage noch immer den breiten Stempel ihres Ursprungs. Aber verbessert wie sie sei, könne er sie doch beschwören; er könne es in der Voraussetzung, daß ihm das Regieren mit diesem Gesetze möglich gemacht werde, daß die Treue des Volkes ihm beistehen werde gegen die, welche die königlich verliehene Freiheit zum Deckel ihrer Bosheit machen und diese Urkunde als Ersatz der göttlichen Vorsehung betrachten möchten. Er dankte den Kammern für ihre Zustimmung zu den Verbesserungen, die er gefordert, und brachte nachmittags bei dem Festmahl im Schloß ihnen den schönen Trinkspruch: Meine Herren, ein kurzes aber gutes Wort: den Dank des Vaterlandes durch den Mund des Königs!

Es war doch ein großer Schritt, der jetzt unwiderruflich gethan war. Man hatte wieder festen Boden unter den Füßen. Auch wer die Mangelhaftigkeit des neuen Werkes tief empfand, fühlte einen Alp von seiner Brust genommen und sah, nicht freudig vielleicht aber doch beruhigter, in die Zukunft. Die Regung einer an Mitleid grenzenden Teilnahme ergriff manchen königstreuen Mann, als der schwer geprüfte Fürst müh-

sam aber in einem Tone, der aus dem Herzen kam, seine Rede ablas; man fühlte ihm an, daß er ohne Groll, ohne Bitterkeit sprach, daß er versöhnen, daß er um des Vaterlandes willen großes opfern wolle. Und so herrschte denn auch nach der Eidesleistung ein freudiges Gefühl der Begeisterung in der Versammlung und nur die Kreuzzeitungsritter standen schmollend beiseite. Für Preußen war die Zukunft gerettet und für Deutschland leuchtete ein neuer Hoffnungsstern.

Das Vier-  
königsbündnis.

Oesterreichs  
Beitritt.

Forderung der  
Union.

Württembergische  
Drohungen.

Preußens Ant-  
wort.

Auf die Mitwirkung der Königreiche war allerdings nicht mehr zu rechnen. Als der Verwaltungsrat am 13. Februar 1850 das Erfurter Parlament auf den 20. März einberief, that Hannover am 25. Februar den letzten Schritt und sagte sich förmlich von dem Dreikönigsbündnis los. Sachsen gab denselben Entschluß in anderer Form zu erkennen: am 27. Februar unterzeichnete es mit Bayern und Württemberg in München einen Vertrag, der das Vierkönigsbündnis genannt wurde, weil auch Hannovers Beitritt erwartet wurde. Danach sollte ein Direktorium von sieben Mitgliedern (außer Oesterreich und den Königreichen die beiden Hessen) die Leitung Deutschlands übernehmen und eine Volksvertretung von je 100 Oesterreichern, Preußen und Angehörigen der übrigen Staaten ihm zur Seite stehen. Schwarzenberg gab seine Zustimmung, sofern Oesterreich die Möglichkeit geboten werde mit seinen sämtlichen Ländern in den neuen Bund einzutreten; Preußen und die Unionsstaaten wiesen den Vorschlag selbstverständlich zurück. Doch begann auch in ihren Reihen das Schwanken sichtbar zu werden. Einige Bundesglieder wie Oldenburg und Darmstadt mußten ihre Kammern auflösen, weil die demokratischen Mehrheiten derselben den Anschluß an die Union ablehnten oder verzögerten; in Kurhessen wurde am 23. Februar das Ministerium Eberhard entlassen und Hassenpflug wieder in den Rat des Kurfürsten berufen. So wuchs den Preußenfeinden der Mut. Am unverhohlensten sprach der König von Württemberg ihre Gesinnungen aus. Er eröffnete seinen Landtag am 15. März mit einer Rede, welche die Selbständigkeit der einzelnen Stämme als die wahre Grundlage der deutschen Macht und Einheit pries und von Angriffen gegen Preußen überströmte; die unparteiische Geschichte werde dereinst nicht verschweigen, welche Zwecke und welche Leidenschaften das Dreikönigsbündnis gestiftet hätten; es sei ein künstlicher Sonderbundsversuch, auf den politischen Selbstmord der Gesamtheit berechnet, und könne nur durch offenen Bundesbruch und wissentliche Verletzung feierlicher Verträge durchgeführt werden. Preußen antwortete darauf am 22. März mit der Abberufung seines Gesandten, einem Schritte, den es acht Tage früher auch in Hannover gethan hatte. Daß es ihm ernst mit der Sache sei und daß es auch einen Krieg nicht scheuen werde, entnahm man aus der Forderung einer Anleihe von 18 Millionen Thalern, die schon am 12. Februar der zweiten Kammer vorgelegt und am 21. als Vertrauensvotum bewilligt war, und mehr noch aus der gleich darauf erfolgenden Ersetzung des zweifelhaften Kriegsministers von Strotha durch den General Stockhausen.

Unter diesen Vorzeichen trat das Erfurter Parlament am 20. März zusammen. Das Staatenhaus erwählte Rudolf von Auerwald, das Volkshaus Simson zum Präsidenten. Die Führer der Frankfurter Kaiserpartei waren fast sämtlich gewählt; wenn nicht minder die Reaktion in Stahl, Kleist-Megow, Gerlach und Bismarck ihre Häupter am Platze fand, so bestand die Mehrheit in beiden Häusern doch aus Gothaern. Eine Verständigung zwischen dem Parlamente und den Regierungen schien also gesichert. Außer der Verfassung vom 26. Mai, einem Wahlgesetz und einem Gesetz über das Reichsgericht wurde noch die Additionalakte vom 26. Februar vorgelegt, welche die durch das Fernbleiben Bayerns und Württembergs und den Rücktritt Sachsens und Hannovers erforderlichen gewordenen Änderungen an der Verfassung traf; unter anderem führte sie den Namen Union ein und beschränkte das Fürstenkollegium auf 5 Mitglieder. Aber sehr bald bemerkten die Abgeordneten, daß der Verwaltungsrat mit der so umgestalteten Verfassungsvorlage selbst noch gar nicht zufrieden sei und eine unveränderte Annahme derselben gar nicht wünsche. Zur Erklärung wurde gesagt, Preußen wolle nicht genötigt werden sein eben erst beschworenes Grundgesetz um der Unionsverfassung willen wieder zu ändern. Sehr beweiskräftig war dieser Einwand nicht, denn § 118 der preußischen Verfassung hatte diesen Fall schon in Betracht gezogen und den König ermächtigt die etwa nötig werdenden Änderungen seinerseits anzuordnen. Mindestens aber mußte man doch erwarten, daß Preußen genau die unannehmbaren Punkte bezeichnen werde; allein das geschah nicht; Radowicz warnte den Verfassungsausschuß vor der unveränderten Annahme, welche das ganze Werk gefährden werde, und weigerte sich doch bestimmte Forderungen zu stellen. So griff denn die Mehrheit zu dem Auswege die Vorlage zwar zuerst ungeteilt und unverändert anzunehmen, zugleich aber eine Reihe von Änderungen den Regierungen zur Annahme anzubieten. Im Volkshause stimmten am 13. April 125 von 214, im Staatenhause am 17. von 91 Anwesenden 62 für dieses Verfahren; ein größeres Entgegenkommen, als in diesen Beschlüssen lag, konnte das Parlament den Regierungen gar nicht zeigen. Und trotzdem ging man, als die Versammlung am 29. April 1850 geschlossen wurde, in gedrückter Stimmung und mit dem Gefühl auseinander, daß die Lage unklarer sei als vorher und daß in den Kreisen der Regierungen und besonders in Berlin die unionsfeindliche Partei eine verhängnisvolle Stärke gewonnen habe.

Das Erfurter  
Parlament.

Annahme der  
Verfassung.

Die Entscheidung konnte nicht lange auf sich warten lassen, denn schon zwei Tage später, am 1. Mai, ging das österreichisch-preußische Interim zu Ende, und eine österreichische Note vom 26. April hatte für den 10. Mai die Bundesgenossen zu Verhandlungen über die Neugestaltung des Bundestages nach Frankfurt eingeladen. Gegen diese unzweideutige Rückkehr zu den vormärzlichen Zuständen mußten die Unionsfürsten Stellung nehmen. Der Herzog von Koburg schlug zu dem Zweck eine Zusammenkunft in Gotha für den 15. Mai vor; Friedrich Wilhelm

Osterreichische  
Einladung zum  
Bundestag.

Der Fürsten-  
kongress in  
Berlin.

Rücktritt Kur-  
hessens.

Fürstenkolle-  
gium.

Der öster-  
reichische Bun-  
destag.

Beitritt ver-  
schiedener  
Unionsstaaten.

Erneuerung  
des engeren  
Rats.

Der Prinz von  
Preußen.

nahm den Gedanken auf und änderte nur Ort und Zeit; durch eigenhändige Schreiben lud er seine Verbündeten ein in Begleitung ihrer verantwortlichen Minister am 8. Mai nach Berlin zu kommen. Fast alle stellten sich ein, auch der Kurfürst von Hessen, obgleich er schon am 13. April die Vertagung des Unionsparlamentes und die Anknüpfung von Verhandlungen auf Grund des Vierkönigsbündnisses gefordert hatte. Die Fürsten berieten für sich und die Minister ebenso. An den Konferenzen der letzteren nahmen preußischerseits auch Radowiz und Bodelschwingh teil, obgleich Hassenpflug sie unter dem Vorwande, daß sie keine verantwortlichen Minister seien, auszuschließen suchte; eine würdige Einleitung zu seiner schließlichen Erklärung, daß Kurhessen der Erfurter Verfassung nicht beitreten könne. Auch von den anderen Regierungen verweigerten einige ihre Zustimmung, und die übrigen mußten sich begnügen ein neues Provisorium zu begründen und ein vorläufiges Fürstenkollegium zu ernennen, das am 12. Juni in Berlin unter dem Vorsitz des preußischen Bevollmächtigten von Sydow zusammentrat.

Das wichtigste Ergebnis des Berliner Kongresses war der Beschluß, gegenüber der österreichischen Versammlung in Frankfurt ein gleichmäßiges Verfahren einzuschlagen. Aber welches? Darüber waren selbst die preußischen Minister nicht einig. Brandenburg wollte mit Radowiz, daß nur die Union als Gesamtheit einen Vertreter schicke; Manteuffel u. a. befürworteten die Sendung von Bevollmächtigten aller einzelnen Staaten. Am Ende mußte bei der ganzen Sachlage die letztere Ansicht den Sieg behalten, und man begnügte sich damit ein gemeinsames Verhalten der Unionsgesandten gegenüber denen Oesterreichs, der Königreiche, Luxemburgs und Hessen-Homburgs, die schon seit dem 10. Mai in Frankfurt waren, festzustellen. Nur in freie Konferenzen sollten sie mit diesen eintreten, nicht aber zugeben, daß diese Konferenzen das Plenum des alten Bundestages darstellten, daß Oesterreich in ihnen den Vorsitz beanspruchen dürfe, daß etwaige Beschlüsse auch für die Minderheit verbindlich seien. Da ihnen nun Oesterreich und Genossen unter diesen Voraussetzungen die Aufnahme verweigerten, so wurden sie nach langem vergeblichen Notenwechsel zwischen Wien und Berlin Ende Juli wieder abberufen. Aber nicht alle; die beiden Hessen, Strelitz und Bückeberg trennten sich von den Unionsgenossen und traten zu Oesterreich über, das mittlerweile auch Dänemark und Liechtenstein herangezogen hatte und mit dieser Schar von Getreuen am 2. September 1850 den engeren Rat des alten Bundestages, zunächst mit 11 Stimmen, wieder ins Leben rief.

Nur die Schwäche der preußischen Staatsmänner hatte dies Zerbröckeln der Union verschuldet; durch ein entschlossenes, kriegsbereites Auftreten die Gegner einzuschüchtern wagten sie nicht; kaum daß die Berichte des Prinzen von Preußen, der, ein eifriger Freund der Union, im Juni dem Zaren in Warschau und Petersburg einen Besuch abstattete und dann zur Taufe des Prinzen Arthur nach England reiste, sie ein wenig beruhigten. Trotzdem fürchteten sie noch immer den Zorn der

Groß-  
Holf-  
1849  
fortg-  
hisch  
neber  
die  
bean-  
dient  
äuße-  
kurz  
sich  
Lond-  
die  
Inter-  
wort  
Min-  
unter  
Will-  
Land-  
ob f-  
nung-  
preu-  
trat,  
Tann-  
schon  
Idste-  
lage  
von  
der  
Tapp-  
aber  
sie d-  
auf  
dem  
hage-  
Prot-  
vollz-  
Verf-  
denke  
Unte-  
oder  
ständ-  
Haff

Großmächte und gaben, um sie möglichst zu beschwichtigen, Schleswig-Holstein jetzt endgültig preis. Seit dem Waffenstillstande vom 10. Juli 1849 waren die Friedensverhandlungen bald lebhafter bald langsamer fortgesetzt worden. In der Verwaltung von Schleswig hatte der preußische Bevollmächtigte Graf Eulenburg eine sehr unselbständige Rolle neben dem Dänen Tillisch gespielt; die Verfolgung der Deutschgesinnten, die Unterdrückung jeder nationalen Kundgebung war von ihm kaum beanstandet worden; die preußischen Offiziere, die in der Landesarmee dienten, hatten im April ihre Stellen aufgeben müssen; nur zu der äußersten Demütigung, zum Umsturz der rechtmäßigen Erbfolge, die über kurz oder lang die Befreiung der Herzogtümer herbeiführen mußte, wollte sich Preußen schlechterdings nicht verstehen. Als die Großmächte in London hinter seinem Rücken ein Protokoll vereinbart hatten, welches die Unversehrtheit des dänischen Gesamtstaates als ein europäisches Interesse bezeichnete, verweigerte Bunsen am 2. Juli auf eigene Verantwortung seine Unterschrift und erhielt dafür die volle Billigung des Ministeriums. Aber an demselben Tage wurde in Berlin der Friede unterzeichnet, durch den Preußen die Schleswig-Holsteiner der dänischen Willkür und ihrer eigenen Kraft überließ; seine Truppen räumten das Land, die schwedischen desgleichen, und die Herzogtümer mochten sehen, ob sie sich allein der Dänen erwehren könnten. So gering diese Hoffnung war, so versuchten sie es doch. General Willisen, der aus dem preußischen Dienste schied und als Oberbefehlshaber an Bonins Stelle trat, überschritt mit 30 000 Mann die Eider und eröffnete mit von der Tann als Generalstabschef den dritten schleswig-holsteinschen Krieg. Aber schon am 24. und 25. Juli 1850 erlitt er in der zweitägigen Schlacht von Idstedt gegen die dänische Übermacht unter Krogh eine schwere Niederlage und mußte sich auf Rendsburg zurückziehen. Gelegentliche Vorstöße von dort, am 12. September gegen Missunde, am 4. Oktober unter von der Tanns Leitung gegen Friedrichstadt, scheiterten gleichfalls trotz aller Tapferkeit. Um auch Holstein zu unterwerfen bedurften die Dänen aber der Mitwirkung Deutschlands, als dessen berechtigte Centralgewalt sie die Frankfurter Versammlung anerkannten. Sie waren gewiß dort auf die freundschaftlichsten Gesinnungen zu stoßen. Österreich hatte seit dem März 1848 niemals aufgehört in gutem Einvernehmen mit Kopenhagen zu bleiben; es erklärte sich jetzt bereit das oben erwähnte Londoner Protokoll, das am 2. August 1850 von England, Rußland und Frankreich vollzogen war, nachträglich zu unterzeichnen und von der Frankfurter Versammlung genehmigen zu lassen; es konnte folglich auch kein Bedenken tragen den Dänen Schergendienste zu leisten und die völlige Unterwerfung Holsteins selbst in die Hand zu nehmen.

Da fragte es sich nun noch einmal, ob Preußen das geschehen lassen oder ob es sich in letzter Stunde aufräumen werde. Und nicht die Zustände in Holstein allein, auch die in Kurhessen stellten diese Frage: Hassenpflug hatte es in wenigen Monaten dahin gebracht, daß er und

Schleswig-Holstein.

Diplomatische Verhandlungen.

Friedensschluß.

Der dritte Feldzug.

Schlacht bei Idstedt.

Dänemark und der Bundesstag.

Londoner Protokoll.

Kurhessische Birren.

der Kurfürst nur durch fremde Truppen gehalten werden konnten. Als nach seiner Ernennung am 23. Februar 1850 die Stände ihn mit einem Mißtrauensvotum begrüßten und die Forderung einer Anleihe ablehnten, hatte er sie am 15. März vertagt und, da sie nach ihrer Wiederberufung den Beschluß erneuerten, am 13. Juni aufgelöst. Die Neuwahl brachte aber dieselben oder noch entschiedenere Mitglieder in die Kammer; Hassenpflug scheiterte mit seiner Forderung zum drittenmal und der Landtag verweigerte überdies die Bewilligung der direkten Steuern. Nach abermaliger Auflösung am 2. September wandte sich der Minister an den ständischen Ausschuß, der verfassungsmäßig in der Zwischenzeit den Landtag zu vertreten hatte. Auch hier abgewiesen, ließ er am 4. durch kurfürstlichen Erlaß die Forterhebung der Steuern einseitig befehlen und verhängte, da der ständische Ausschuß dagegen Verwahrung einlegte und die Steuerbeamten auf Grund ihres Verfassungseides den Gehorsam versagten, am 7. den Belagerungszustand über das Land. Die Wirkung auch dieser Maßregeln entsprach seinen Erwartungen nicht. Die Gerichte erklärten sich für den ständischen Ausschuß, die Beamten hielten an ihrem Eide fest, die Bevölkerung leistete standhaft, aber ohne Ausschreitungen, Widerstand. So richtete Hassenpflug denn ein Hilfesuch nach Frankfurt und beredete den Kurfürsten in der Nacht zum 13. September Kassel zu verlassen und die Regierung nach Wilhelmsbad bei Hanau zu verlegen. Die Bundesversammlung war gern bereit dem Mann, der sich um die Sprengung der Union so große Verdienste erworben, behilflich zu sein: sie erklärte am 21. September die Steuerverweigerung für einen genügenden Grund um gemäß den Bundesbeschlüssen von 1832 einzuschreiten. Gestützt darauf machte Hassenpflug noch einen Versuch durch Einschüchterung Gehorsam zu erzwingen. Die Kriegsgerichte wurden angewiesen gegen jede regierungsfeindliche Handlung einzuschreiten. Allein die Offiziere hielten ihren Verfassungseid nicht minder heilig als die bürgerlichen Beamten und verlangten bis auf ein Duzend alle, 241 an der Zahl, am 9. Oktober ihren Abschied um sich dem Widerstreit der Pflichten zu entziehen. So war also das Einschreiten der Frankfurter nicht mehr zu entbehren und Preußen mußte sich entscheiden, ob es Kurhessen in die Gewalt Oesterreichs fallen lassen wolle. Leidenschaftlich rangen die Parteien am Hofe noch einmal darum den König auf ihre Seite zu ziehen; noch einmal trug die Unionspartei den Sieg davon, und am 26. September ward das Ministerium des Auswärtigen von Schleinitz auf Radowitß übertragen. Aber auch die Gegner in Frankfurt rührten sich. Am 11. Oktober fand eine Zusammenkunft des Kaisers von Oesterreich mit den beiden süddeutschen Königen in Bregenz am Bodensee statt, und recht geffentlich drückte man ihr das Gepräge der Drohung gegen Preußen auf. Der König von Württemberg brachte der österreichischen Armee seinen Trinkspruch mit der Versicherung, daß ein alter Soldat nicht viele Worte mache, aber dem Ruf seines Kaisers folge, wohin es auch sei — und der Kaiser

Hassenpflug's  
Hilfesuch in  
Frankfurt.

Widerstand  
der Truppen  
und des Lan-  
des.

Ermannung  
in Berlin.

Radowitß  
Minister.

Zusammen-  
kunft in Bre-  
genz.

erwiderte, daß sein Heer stolz darauf sei mit so tapferen Soldaten vor den Feind zu gehen. Schwarzenberg, von der Pfordten, von Linden, die leitenden Minister der drei Staaten, nahmen an der Begegnung teil und keiner machte ein Hehl daraus, daß es gelte, Preußen bewaffnet entgegenzutreten; eine Armee von 200 000 Mann sollte aufgestellt werden; der Bürgerkrieg, dem Preußen so oft mit schweren Demütigungen ausgewichen war, schien unvermeidlich zu sein und das alte Spiel von den sibyllischen Büchern sich zu wiederholen: derselbe Preis, um den die Kaiserkrone vor wenig mehr als Jahresfrist zu haben war, wurde jetzt gefordert für den Einfluß in Kurhessen, für die traurigen Trümmer des Dreikönigsbündnisses.

Die Lage Preußens war bedrohlich genug. Bei keiner der Großmächte war Unterstützung zu finden; Frankreich war seit Persignys erfolgloser Sendung abgünstig geworden und hoffte wohl die erwünschte Vergrößerung durch Einschüchterung leichter als durch Versprechen zu erlangen. Rußland grollte, daß Preußens Unterschrift unter dem Londoner Protokoll fehlte und sprach in hohem Tone von dem Schutze, den es Dänemark gewähren werde; beide schritten zu offenen Drohungen; jenes wollte in Schlesien, dieses in die Rheinprovinz einrücken. In England bedauerte das Ministerium zwar, daß es so weit gekommen sei, aber trotz der Einreden einiger Kollegen und der Königin waren Russell und Palmerston um Dänemarks willen mit der russisch-französischen Politik einverstanden. Sie rechneten freilich mit Sicherheit darauf, daß Friedrich Wilhelm nachgeben werde; aber das thaten Nikolaus und Napoleon auch; keinem der beiden wäre damit gedient gewesen, wenn Preußen den Handschuh aufgenommen, wenn es Kammern und Heer einberufen und offen die nationale Fahne aufgepflanzt hätte. Es fehlte nicht an Staatsmännern, wie Bunsen, Camphausen, Bourtales, die solch eine Politik forderten. Sollte dieser Staat, so fragten sie zornig, der wehrkräftig wie keiner und in den Finanzen gesund, der ohne Verlegenheit im Inneren und des Volksgeistes gewiß war, auf die Kriegsdrohung bramarbasierender Feinde hin diesen den Staub von den Füßen lecken, ohne auch nur den Versuch des Widerstandes zu machen? Zu den Männern, die so dachten, gehörte auch der Prinz von Preußen, der in dem Räte seines Bruders ritterlich für sein Vaterland kämpfte. Allein die Gegenpartei war übermächtig, und der zaghafte, schwankende König, der zwar mit seinen Versprechungen nicht brechen, aber noch weniger sich in die Bahn der Revolution locken lassen wollte, ward Schritt für Schritt zu ihnen hinübergezogen. Trotz der verletzenden Sprache des Zaren hielt er diesen für den einzigen Mann, der ihn aus seiner schlimmen Lage befreien könne. Er bat ihn um seine Vermittlung, und da Österreich Nikolaus' Entscheidung nicht zu fürchten brauchte, so trafen Franz Josef und des Königs Bruder, Prinz Karl, begleitet von Brandenburg und Schwarzenberg, am 28. Oktober 1850 bei dem Zaren in Warschau ein. Preußen war zu großen Zugeständnissen bereit; es wollte den Eintritt von ganz Österreich in den Bund zugeben; es wollte auf die

Haltung der  
Großmächte.

Stimmungen  
in Preußen.

Warschauer  
Zusammen-  
kunft.

Verufung einer deutschen Volksvertretung verzichten; was es für sich verlangte, war das Recht einen engeren Bund mit anderen deutschen Staaten schließen zu dürfen, ein Anteil am Vortize im weiteren Bunde, und vor allem, daß die kurhessischen und schleswig-holsteinschen Streitigkeiten nicht von der Frankfurter Versammlung, sondern von den beiden deutschen Großmächten gemeinsam geschlichtet würden. Aber nicht genug, daß Nikolaus sich diesen Forderungen widersetzte und ohne Einschränkung für Österreich eintrat, er behandelte auch, unwillig darüber daß nicht der König selbst erschienen sei, den preußischen Minister, der als Sohn Friedrich Wilhelms II. dem hohenzollerschen Hause mit Leib und Seele zugethan und — was seine Schwächen sonst sein mochten — von warmer Liebe zum preußischen Staate erfüllt war, mit so hochfahrender Geringschätzung, daß diesem das Herz darüber brach; am 1. November wieder in Berlin eingetroffen, konnte er an den Beratungen, welche infolge seiner Berichte stattfanden, nicht mehr teilnehmen; in Fieberphantasieen sich zur Verteidigung des Vaterlandes rüstend, starb er am 6. November. Mittlerweise war die Demütigung Preußens beschlossen. In einem Ministerrate am 2. November hatten die beiden Parteien den letzten Kampf gekämpft. Die Majorität entschied sich für Nachgeben. Mit Thränen in den Augen, in der herzerreißendsten Weise schloß sich der König ihr an, weil er Manteuffel im Inneren nicht glaubte entbehren zu können. Radowiz erbat und erhielt seine Entlassung. Einige seiner Gefinnungsgenossen blieben zwar auf ihren Posten, aber der deutschen Sache war damit nichts gedient; die einzige Folge war, daß die eine Hälfte des Ministeriums, den neuen Präsidenten Manteuffel an der Spitze, hinter dem Rücken der anderen Politik trieb. Gleich in den nächsten Tagen trat dies hervor. Eine Note vom 3. November, welche Preußens Unterwerfung in Wien anzeigte, wurde damit beantwortet, daß Preußen seine Truppen, die seit dem 24. Oktober unter dem Generallieutenant von der Gröben die Etappenstraße durch Hessen besetzt hielten, sogleich zurückziehen und dem Einrücken der Oesterreicher in Schleswig-Holstein nichts in den Weg legen solle. Ein österreichisches Korps unter Legeditich hatte sich am 1. November von Borarlberg aus nach Norden in Bewegung gesetzt, bayerische Truppen waren an demselben Tage in Hanau eingerückt. Da wallte das preußische Ehrgefühl noch einmal auf, und an Brandenburgs Todestage ordnete der König die Mobilmachung an. Allein während die preußischen Landwehrleute voll Begeisterung zu den Waffen eilten, erklärte Manteuffel dem österreichischen Gesandten, jener Befehl solle nur die öffentliche Meinung beschwichtigen, und ließ von der Gröben anweisen jeden Kampf mit den Oesterreichern und Bayern zu vermeiden. Ein paar Schüsse, die am 8. November 1850 bei Bronnzell gewechselt wurden und denen ein Schimmel zum Opfer fiel, waren die ersten und letzten Feindseligkeiten, zu denen es kam. Alles das genügte um überall jede Teilnahme für Preußen, die etwa aufkeimte, zu ersticken und die ohnedies wenig aussichtsreichen Bemühungen der Kriegspartei um Englands Bei-

Brandenburgs Lob.

Radowiz' Entlassung.

Letzte Krisis.

Scharmügel von Bronnzell.

stand zu vereiteln. Der König hatte seine Zustimmung gegeben, daß Radowiz unter dem Vorwande die englische Artillerie sich anzusehen nach London reise und dort Anknüpfungspunkte suche; aber selbst bei den besten Freunden Preußens fand er nur Mißtrauen und taube Ohren. Manteuffel handelte denn auch gerade so, als ob es keinen Radowiz und kein Gesuch um englisches Bündnis gebe. Als Schwarzenberg die förmliche Auflösung der Union durch einen Beschluß des Fürstenkollegiums forderte und im Fall der Weigerung mit der Abberufung des Gesandten drohte, lud er am 15. November die Vertreter der Unionsstaaten zu einer Konferenz ein, erklärte ihnen, daß Preußen die Unionsverfassung als aufgehoben betrachte, und erbat ihre Zustimmung. Es klang wie Hohn, wenn er hinzufügte, der König wünsche trotzdem mit seinen Verbündeten in der Union zu bleiben und hoffe gegebenen Falls auf ihre Unterstützung so mit den Waffen wie in den Verhandlungen über die Neugestaltung des Bundes. Eine solche Handlungsweise mußte selbst die treuesten Anhänger erbittern; die Union aber war zu Ende, auch wenn die Teilnehmer nicht, dem preußischen Verlangen gemäß, dies einer nach dem anderen, Baden zuerst am 23. November, erklärt hätten.

Radowiz in  
England.Auflösung der  
Union.

Die thatsächliche Demüthigung Preußens war vollzogen; um sie vollkommen zu machen fehlte nur eins noch: eine Maßregel, die alle bisherigen Nachgiebigkeiten gleichsam in eine Handlung zusammenfaßte, und als Denksäule so vieler Schmach von Mit- und Nachwelt verstanden würde. Manteuffel brachte auch dies fertig. Da Oesterreich drohend die sofortige Räumung Kurhessens forderte und seine Rüstungen noch immer nicht einstellte, obgleich Friedrich Wilhelm den Kaiser in einem eigenen Schreiben darum bat, so drängte sich Manteuffel dem österreichischen Minister förmlich auf, ersuchte ihn am 26. November um eine Zusammenkunft und reiste ohne auch nur die Antwort zu erwarten am 27. ab. Am nächsten Tage trafen beide in Olmütz zusammen, der Oesterreicher von dem russischen Gesandten in Wien, Baron Meyendorff, begleitet. Manteuffel trieb wiederum Politik auf eigene Hand. Selbst die bescheidenen Schranken, welche man in Berlin ihm gezogen hatte, hielt er nicht inne. Man hatte ihm vorgeschrieben dahin zu wirken, daß wenigstens nach der Herstellung des weiteren Bundes jeder Staat das Recht erhalten solle sich mit anderen enger zu verbinden; er ließ es fahren. Man verlangte in Berlin, daß der Frankfurter Bundestag so lange seine Thätigkeit einstelle, bis durch freie Konferenzen an einem neutralen Orte die künftige Gestaltung des Bundes geordnet sei; Manteuffel verzichtete auf dieses Verlangen. Seine Instruktionen wiesen ihn an auf der gemeinsamen Besetzung Kurhessens durch Preußen und Oesterreicher zu bestehen; er begnügte sich mit einem Bataillon königlicher Truppen in Kassel. In der schleswig-holsteinschen Frage endlich sollte er die Mitwirkung der übrigen deutschen Regierungen, die Beratung auf den freien Konferenzen fordern; aber Schwarzenberg wußte recht gut, daß auch unter den musterhaft öster-

Der Tag von  
Olmütz.

reichlich gesinnten Mittel- und Kleinstaaten die Sache der Herzogtümer noch manchen Freund habe; also wich Manteuffel auch hier und willigte in die Absendung österreichisch-preussischer Kommissäre, welche die Landesregierung zwingen sollten ihre Truppen hinter die Elber zu zurückziehen und auf ein Drittel zu vermindern.

Dresdener  
Konferenzen.

Am 29. November 1850 wurden diese Vereinbarungen unterzeichnet; das einzige Zugeständnis, welches Preußen errang, bestand darin, daß es die Einladung zu den freien Konferenzen mit unterzeichnen durfte. Als Beratungsort wurde Dresden, als Eröffnungstag der 23. Dezember gewählt. Ein gedeihliches Ergebnis war von den Verhandlungen für Preußen nicht zu hoffen; das höchste, was es noch erreichen konnte, war die Abwehr der österreichischen Forderungen. Schwarzenberg hatte nicht umsonst immer von neuem betont, daß sein Kaiser keineswegs die einfache Rückkehr zum alten Bundestag wolle; jetzt zeigte sich, was er damit gemeint habe: er forderte den Eintritt der ganzen Monarchie, die auch nicht durch eine ideelle Linie getrennt werden dürfe, in den Bund und eine solche Verteilung des Stimmenverhältnisses, daß die Kleinstaaten, die eine so bedenkliche Abhängigkeit von Preußen an den Tag gelegt hatten, zu Gunsten der Mittelstaaten vollständig ihres Einflusses beraubt worden wären. Beide Forderungen überspannten jedoch zu sehr das Maß des Erreichbaren. England erklärte schon im Dezember, daß der Eintritt Gesamt-Osterreichs das Gleichgewicht Europas und die Selbständigkeit Deutschlands gefährde, und ein scharfer Protest Frankreichs schloß sich dem englischen an. Nicht besser ging es mit der Veränderung des Stimmenverhältnisses. Zur Beratung dieser Frage war ein Ausschuß unter Schwarzenbergs Vorsitz gewählt worden; in diesem beantragte er gemeinsam mit Preußen die sieben Stimmen des alten engeren Rates auf neun herabzusetzen, von denen die beiden Großmächte je zwei, die vier Königreiche je eine, und die beiden Hessen zusammen die neunte führen sollten. Diesen Vorschlag verwarf selbst der Ausschuß; er ließ Baden an der hessischen Stimme teilnehmen, gab den sieben nächstgroßen Staaten eine zehnte und den neunzehn Kleinstaaten von Weimar abwärts eine elfte Stimme. Aber auch so wäre Preußens Einfluß verloren, seine politische Stellung mit einem Strich vernichtet gewesen. Glücklicherweise wehrten sich die Mindermächtigen, besonders Baden, Mecklenburg und Weimar, tapfer ihrer Haut und zwangen dadurch auch Preußen zum Widerstande. Trotz der Drohung Schwarzenbergs traten außer den Königreichen nur fünf Staaten seinen Vorschlägen bei; die übrigen, ob sie gleich kaum ein Zehntel der Bevölkerung Deutschlands umfaßten, hielten fest an ihrer Weigerung. Württemberg erhob noch einmal die Forderung einer Volksvertretung am Bunde; der König selbst schrieb deshalb am 18. Januar 1851 an Schwarzenberg. Aber der Vorschlag teilte das Schicksal aller anderen, zumal auch Preußen demselben abgeneigt war. Bei den meisten preussischen Staatsmännern, und bei den besten am stärksten, war jetzt die

Das Siebzig-  
millionen-  
Reich.

Der Bundes-  
rat.

Volks-  
vertretung.

Preussischer  
Pessimismus.

Einsicht zum Durchbruch gekommen, daß man den neuen Bund zu einem möglichst schwachen Abklatsch des alten machen müsse, damit der erste Hauch ihn über den Haufen werfe. Unterdessen, so meinte Bourtales, der Gesandte in Konstantinopel, wirken wir unermüdet gegen unsere besten Freunde Nikolaus und Franz Josef; wir flößen den Türken Mut ein; wir raten den Italienern sich um das Haus Savoyen zu scharen; wir suchen es der revolutionär-nationalen Partei in Europa begreiflich zu machen, daß Piemont und Preußen die beiden einzigen Staaten sind, auf denen ihre Hoffnung beruht. Solche Gesinnungen waren natürlich für den König und für Manteuffel ein Greuel; aber beide konnten nicht verhindern, daß sie in der preußischen Diplomatie wucherten und auch bei Männern Wurzel schlugen, die zu den wärmsten Anhängern der österreichisch-russischen Allianz gehört hatten. Wo es noch ein Fünkchen preußischen Ehrgefühles gab, da mußte es auflodern bei der schnöden, hochmütigen Behandlung, die Schwarzenberg dem gedemüthigten Gegner angedeihen ließ. Mit wahrer Wonne schien der Ketter Österreichs, wie lobhudelnde Zeitungsstimmen ihn nannten, in Preußens Wunden zu wühlen. Die Vorgeschichte von Olmütz den fremden Höfen recht ausführlich auseinandersetzen, mitleidig hinzuwerfen, daß der Kaiser einem „so bescheiden ausgesprochenen Wunsche“ Friedrich Wilhelms wohl habe willfahren dürfen, laut zu prahlen, daß Preußen erst erniedrigt und dann vernichtet werden müsse, das waren die diplomatischen Künste und die feinen Manieren des Staatsmannes, der ausschließlich das Ohr seines eben zwanzigjährigen Kaisers beherrschte. Man schlürfte an der Wien den Taumelkelch des Glückes bis zur Neige; man schwelgte in dem Rausche und fühlte nicht, daß es ein Rausch war; man forderte trotzig das Schicksal heraus und achtete nicht der Wolken, die finster am Horizonte aufzogen, der tödlichen Keime, die überall wucherten, der unverzöhnlichen Feindschaft, die vorsichtig sich verbarg, aber in der Verborgtheit zu Riesenstärke anschwell. Der Übermut war grenzenlos; der Fall, als er eintrat, sollte seiner würdig sein.

Österreichischer  
Übermut.

### Die Reaktion in Deutschland und Österreich.

Noch aber war von keinem Fall die Rede, noch sprach man nur von Verfolgung, von Ausnutzung des Sieges. Die nächste Frucht, die man heimbrachte, war die Wiedereröffnung des vervollständigten Bundestages. Daß man in Dresden überhaupt nichts zustande bringen werde, war allmählich allen Beteiligten klar geworden. Zwar lieferten die Kommissionen, die man zur Beratung der wichtigsten Fragen gebildet hatte, ihre Berichte über die Organisation der Bundesbehörden und die Ausdehnung des Bundesgebietes, über den Wirkungskreis des obersten Bundesorgans, über die materiellen Interessen und über das Bundesgericht. Aber trotz Schwarzenbergs Drängen, der im Februar

Die Dresdener  
Konferenzen.

noch einmal mit Manteuffel nach Dresden kam, das beide bald nach Eröffnung der Konferenzen verlassen hatten, gelang es in keinem Punkte eine Verständigung zu erzielen. Dem Eintritt Gesamt-Österreichs leistete jetzt auch Preußen festen Widerstand, der auch durch unmittelbare Verhandlungen nicht gebrochen wurde, weil der Widerspruch der übrigen Großmächte ihn stützte. Österreich ließ also endlich seine Forderung fallen und begnügte sich damit, daß Preußen ihm in einem geheimen Vertrage vom 3. Mai 1851 alle seine Besitzungen auf drei Jahre garantierte. Nachdem dies geschehen war, erklärte Preußen am 15. Mai, es halte die Beschickung der Frankfurter Bundesversammlung augenblicklich für das allein Erreichbare; alle Regierungen waren damit einverstanden und der Beschluß die Kommissionsberichte dem Bundestage als „schätzbare Materialien“ zu überweisen war das würdige Ende der Dresdener Konferenzen.

Der Bundes-  
tag.

Vorbereitet war diese Wendung schon durch eine preußische Note vom 27. März, die den Unionsregierungen die Rückkehr zum Bundestage empfahl. Infolgedessen trafen deren Gesandte seit Anfang Mai nach und nach in Frankfurt ein. Preußen selbst schickte als seinen Vertreter einen Mann, der trefflich geeignet war die alten Fäden zuerst wieder anzuknüpfen, Herrn von Rochow, den Gesandten am Petersburger Hofe, einen überzeugten Bewunderer der Manteuffelschen Politik. Nicht für die Dauer sollte er in Frankfurt bleiben; war alles ins alte Gleis zurückgebracht, dann kehrte er an die Nawa zurück und übergab den Frankfurter Posten seinem Legationssekretär Otto von Bismarck, der sich als treuen Kämpfer der Reaktion auf parlamentarischem Boden bewährt hatte und jetzt zum erstenmale unter so bewährter Leitung sich in der Diplomatie erproben sollte. Ganz volles Vertrauen setzte man in Berlin nicht in ihn; wohl in seine Gesinnungstüchtigkeit, die stand über allem Zweifel; aber ob er die Mäßigung und Biegsamkeit habe, die einem preußischen Gesandten in Frankfurt not that, das war dem Könige selbst bedenklich. Indessen der Mann hatte durch seine unerschrockene Königstreue es wohl verdient, daß man seine Bitte erfüllte und einen Versuch mit ihm machte. So traf er denn am 14. Mai 1851 mit Herrn von Rochow in der Mainstadt ein und übernahm im August verabredetermaßen die volle Leitung der Geschäfte.

Herr von  
Bismarck.

Aufgaben des  
Bundestages.

Schleswig-  
Holstein.

Als die wichtigste Aufgabe, welche dem Bundestage gestellt war, erschien es möglichst überall die Errungenschaften der Revolution zu zerstören und alles auf den vormärzlichen Standpunkt oder noch darüber hinaus zurückzuführen. Besonders verlockend war diese Aufgabe in Holstein und in Kurhessen, obgleich beider Orten die Hauptarbeit schon gethan war. An der Eider trafen bereits Anfang Januar Bevollmächtigte der beiden Großmächte ein, die Generale von Mensdorff-Pouilly und von Thümen, und geboten die Räumung Schleswigs, soweit es von den Landestruppen besetzt war, und die Verminderung dieser Truppen. Da sich gleichzeitig Lededitzsch, der in Kurhessen ent-

behrlich geworden war, nach der Elbe in Bewegung setzte, blieb der Landesregierung keine Wahl, sie mußte gehorchen; aber zur Ausführung der schmachlichen Befehle wollten sich die Führer der nationalen Bewegung nicht hergeben, sondern legten am 11. Januar 1851 ihre Ämter nieder. Darauf übertrugen Mensdorff und Thümen in Übereinstimmung mit dem dänischen Kommissar Grafen Reventlow-Criminil die Verwaltung des Landes am 2. Februar einer Oberbehörde von fünf Mitgliedern unter dem Vorsitz des Barons Adolf Blome, setzten die Verfassung vom 15. September 1848 und die deutschen Grundrechte außer Kraft, lösten die Landesversammlung auf und überlieferten selbst Kendsburg, das doch zu Holstein gehörte, den dänischen Truppen. Dann begannen die Verhandlungen über das künftige Verhältnis Schleswigs zu Holstein und über die Erbfolge. Teils zwischen den beteiligten Regierungen, teils zwischen Vertretern des Königreichs und der Herzogtümer, die der König zu diesem Zweck ernannt hatte, teils endlich in Kopenhagen zwischen dem Ministerium und dem Reichsrat gepflogen, schleppten sie sich langsam und mühevoll ein ganzes Jahr hin. Ein Erlass des dänischen Königs vom 28. Januar 1852, der bis auf die Universität Kiel und einige andere Anstalten alle Bande zwischen den Herzogtümern durchschnitt und ihre Beziehungen zu dem Königreiche obenhin ordnete, galt endlich als genügende Bürgschaft um Holstein am 18. Februar wieder vollständig an die Dänen auszuliefern. Die Erbfolge wurde durch ein zweites Londoner Protokoll geordnet. Durch das frühere vom 2. August 1850 hatten die Großmächte mit Ausnahme Preußens sich bereits zur Erhaltung des Gesamtstaates Dänemark verpflichtet; es handelte sich jetzt also noch darum Preußens Einwilligung zu erlangen und den Thronfolger zu bestimmen. Die berechtigte Erbin in Dänemark war eine Schwester Christians VIII., die Landgräfin Charlotte von Hessen; deren Tochter Luise war mit dem Prinzen Christian von Glücksburg vermählt und diesen ersah man zum künftigen König. Nachdem Nikolaus schon in dem Warschauer Protokoll vom 5. Juni 1851 diesem Plane zugestimmt hatte, erklärten sich am 8. Mai 1852 in dem Londoner Protokoll auch die anderen Großmächte und Schweden damit einverstanden. Beim dänischen Reichstag stieß diese Anordnung aber auf so hartnäckigen Widerstand, daß er sie erst nach zweimaliger Auflösung und mehreren Ministerwechseln am 24. Juni 1853 annahm. Damit war für das Königreich die Thronfolge des Glücksburgers gesetzlich gesichert, aber keineswegs für die Herzogtümer: weder der Bund hatte seine Zustimmung gegeben, noch waren die Stände der Herzogtümer darum ersucht worden, noch hatten die Augustenburger, die Oldenburger oder wer sonst noch vor oder neben dem Prinzen Christian Erbrechte auf Schleswig-Holstein oder einzelne Teile besaß, Verzicht geleistet. Die Dänen glaubten das alles entbehren zu können; nur von dem regierenden Herzog von Augustenburg erwirkten sie am 30. Dezember 1852 einen Verzicht, indem sie ihm  $2\frac{1}{4}$  Millionen Thaler als Ent-

Übergabe  
Holsteins an  
die Dänen.

Die Erbfolge.

Warschauer  
und Londoner  
Protokoll.

Dänisches  
Strafregiment.

schädigung für seine eingezogenen schleswigschen Güter zahlten. Herr von Bismarck war bei diesem Abkommen sehr thätig gewesen; es unanfechtbar zu machen war aber auch seinem Eifer nicht gelungen, da die Verwandten des Herzogs ihre Zustimmung verweigerten. Den Dänen konnte man es bei dieser Sachlage nicht verübeln, wenn sie gegen die ganze Familie die Verbannung aufrecht erhielten, obgleich der König umfassende Begnadigung verheißen hatte. Aber daran ließ sich ihre Verfolgungssucht nicht genügen. Mit der Fürstenfamilie mußten die Mitglieder der Landesregierung und viele Offiziere der schleswigholsteinschen Armee die Heimat verlassen; acht Professoren der Kieler Universität, viele Lehrer, Prediger und Beamte verloren ihre Stellen und mußten im Auslande ein Unterkommen suchen; in Deutschland mit offenen Armen empfangen und meist auch von den Regierungen begünstigt, fanden viele von ihnen leidlichen Ersatz für das, was ihnen genommen war; Tausende aber, zumal aus dem Handels- und Gewerbe-stande, mußten sich eine neue Existenz jenseit des Ozeans begründen. Der Ingrimm und Haß, mit dem die Dänen besonders in Schleswig deutsche Sprache und Sitte auszurotten trachteten, die Verfolgungssucht, die sie bis in das Familienleben hinein bethätigten, die Bemühungen eine gesetzliche Verschmelzung der Herzogtümer mit dem Königreiche herbeizuführen bilden den traurigen Inhalt des folgenden Jahrzehntes. An lahmten Vorstellungen und halben Drohungen seitens der deutschen Regierungen fehlte es dabei wohl nicht; aber welchen Erfolg konnten sie haben, wenn es in Deutschland selbst nicht anders herging, wenn dieselbe Willkür, die in Schleswig die Nationalgesinnten mißhandelte, in Österreich wie in Preußen, in den Mittel- wie in den Kleinstaaten die Liberalen plackte und schund, die Presse unterdrückte, die Volksvertretung fälschte und schamlos Recht und Gesetz mit Füßen trat? Weit verbreitet war bald in Europa die Meinung, daß Deutschlands Haß gegen Dänemark zusammenfalle mit dem Haß der Reaktion gegen den Liberalismus; und wenn diese Meinung auch künstlich genährt wurde, so war sie doch gewiß entschuldbar bei dem fremden Beobachter, dem nicht entgehen konnte, daß die Beschwerden über Unterdrückung von Regierungen herrührten, die selbst zu Beschwerden über Unterdrückung den reichlichsten Anlaß geben.

Kurhessen.

Kurhessen war das würdige Gegenstück zu Schleswig-Holstein. Hier hatten österreichische und bayerische Truppen gemeinsam die Herstellung des Hassenpflugischen Regimentes besorgt. Da mit ihrem Einmarsch der passive Widerstand der Beamtenkreise noch nicht sofort erlosch, wurden als wirksames Mittel ihn zu brechen die Masseneinquartierungen benutzt, die den Namen der Strafbayern zum geflügelten Worte machten. Kriegsgesichter besorgten das übrige; die Mitglieder des landständischen Ausschusses, viele hohe Beamte und Richter wurden von ihnen verurteilt, meist zu Festungshaft. Preußen suchte die gütliche Unterwerfung der Widerstrebenden zu fördern und als es dem General Peucker gelungen

war das Oberappellationsgericht in Kassel am 18. Dezember zu einer fägigen Erklärung zu bewegen, folgten die meisten Behörden dem Beispiel und die Beamtenrevolution, die Revolution in Schlafrock und Pantoffeln, wie Manteuffel sie höhnisch in der ersten Kammer nannte, ging zu Ende. Hassenpflug aber verstand es die günstige Lage auszunutzen. Obgleich die hessische Verfassung keine Frucht des Jahres 1848 war, sondern schon seit zwanzig Jahren in Wirksamkeit stand, hoffte er sie doch bei dieser Gelegenheit beseitigen zu können. Zunächst ließ er sich durch die beiden Bevollmächtigten des Bundes, den österreichischen General von Leiningen und den preußischen Staatsminister von Uhden, zu einer Reihe von Verordnungen auffordern, welche das Gerichts- und Verfassungswesen völlig umgestalteten; dann vereinbarte er mit ihnen einen neuen Verfassungsentwurf und veranlaßte sie in einem Berichte an den Bund die Unzulässigkeit der Verfassung von 1831 nachzuweisen. In Frankfurt ging man gern auf ihre Darstellung ein und beauftragte am 27. März 1852 die kurhessische Regierung den neuen Entwurf und ein neues Wahlgesetz (an Stelle des im Jahre 1849 geschaffenen) vorläufig in Kraft zu setzen, was denn auch am 13. April geschah. Die Zustimmung der neu zu wählenden Stände war dabei jedoch vorbehalten, und da Hassenpflug diese trotz aller Maßregelungen nicht erlangen konnte, so schleppte sich die Frage ungelöst durch die Jahre der Reaktion um zuletzt doch mit dem Siege der Verfassung von 1831 zu enden.

Verfassungsbruch.

Verfassung vom 13. April 1852.

In anderen deutschen Staaten, wo der Widerstand der Bevölkerungen weniger zäh war, gelang die Beseitigung der revolutionären Schöpfungen schneller. Meistens diente als Handhabe dabei der Bericht, welchen der sogenannte Reaktionsauschuß am 16. August 1851 der Bundesversammlung erstattete. Dieser Auschuß hatte den Auftrag erhalten Mittel zu bezeichnen um den inneren Frieden Deutschlands zu befestigen und das Vordringen der zerstörenden Kräfte zu hemmen, und dazu empfahl er nun vor allem aus den neu entstandenen Verfassungen die Beschränkungen des fürstlichen Vetos, das allgemeine Wahlrecht, die Beeidigung des Militärs und ähnliche demokratische Bestimmungen auszumerzen; jede Regierung sollte das zunächst aus eigener Kraft zu bewirken suchen; wenn sie dazu außer stande sei, müsse sie vom Bunde unterstützt werden. Diese Vorschläge wurden am 23. August angenommen und zugleich die Aufhebung der deutschen Grundrechte beschlossen. Dann ging die Arbeit in den einzelnen Ländern an. Hier und da war man freilich den Bundesbeschlüssen lange vorausgeeilt, sei es wie in Preußen durch Umarbeitung der allzuradikalen Verfassung, sei es wie in Mecklenburg durch den Umsturz derselben. Am 11. Oktober 1849 war in Schwerin nach elfmonatlichen Beratungen ein Staatsgrundgesetz verkündet und vom Großherzog beschworen worden, das dem verkommenen ständischen Wesen des Landes ein Ende machte. Trotzdem gab das mecklenburgische Junkertum sein Spiel nicht verloren; indem es sich auf die Gewähr berief, welche der Bundestag für die alte Verfassung übernommen hatte, legte es bei

Der Reaktionsauschuß der Bundesversammlung.

Aufhebung der Grundrechte.

Mecklenburg.

dem Interim Verwahrung gegen das neue Gesetz ein und forderte dessen Einschreiten. Das liberale Ministerium dagegen, dessen Vorstand Herr von Lützow war, wandte sich an den Verwaltungsrat der Union, zu der Mecklenburg ja gehörte. Hier wie dort, in Berlin wie in Frankfurt, war man bereit sich der Sache anzunehmen, so daß die Bevollmächtigten Preußens, die in beiden Behörden saßen, sich gegenseitig die Befugnis der Entscheidung streitig machten. Wer aus dieser widerspruchsvollen Lage als Sieger hervorgehen werde, konnte jedoch kaum zweifelhaft sein, da der König von Preußen auf Grund seiner Erbberechtigung in Mecklenburg schon am 22. November 1849 gegen die neue Verfassung Verwahrung eingelegt hatte. Nach einigem Sträuben gehorchte daher der Großherzog der Aufforderung, die ihm aus Frankfurt zukam, und willigte in ein Schiedsgericht. Er selbst wählte den König von Preußen, die Ritterschaft den von Hannover zum Schiedsmann und die Bevollmächtigten beider, der Vizepräsident Göthe und der Rabinettsrat von Scheele erkoren als Dritten den sächsischen Präsidenten von Langenn. Bis zum Austrag wurde die Ständeversammlung vertagt und das Ministerium Lützow, das damit nicht einverstanden war, durch ein Kabinett ersetzt, welches der bisherige preußische Unterstaatssekretär von Bülow bildete. Der Spruch der Dreimänner erfolgte am 11. September 1850 zu Freienwalde in Brandenburg zu Gunsten der Ritterschaft und der Großherzog zögerte nicht ihm zu gehorchen; die Ständeversammlung wurde aufgelöst, die Verfassung aufgehoben, der altständische Landtag wieder einberufen. Einige Versuche mit diesem eine verbesserte Verfassung zu vereinbaren scheiterten völlig und so bewahrte Mecklenburg seine verrotteten Zustände und bewahrt sie selbst im neuen deutschen Reiche.

Der Freien-  
walder  
Schiedspruch.

In vielen Staaten und gerade in den größeren machte die Beseitigung der liberalen Verfassungsänderungen und der Gesetze aus der Revolutionszeit nur geringe Mühe; fast überall trug man besonders den Wahlgesezen unverföhnliche Feindschaft nach und hoffte durch Beschränkung des Wahlrechtes gefügige Kammern zu erzielen, die man in Wahrheit doch nur der allgemeinen Ermattung und Hoffnungslosigkeit verdankte. In Sachsen wurden am 1. Juni 1850 die Kammern aufgelöst, nachdem die zweite sich für das Festhalten an der Verbindung mit Preußen ausgesprochen hatte. Da das Wahlgesetz von 1848 provisorisch erlassen und ein definitives nicht vereinbart war, so folgerte das Ministerium daraus, daß die Neuwahlen nunmehr nach dem Gesetz von 1851 vorzunehmen seien, d. h. es setzte einfach die vormärzlichen Stände wieder in Thätigkeit. Die Universität Leipzig, die es ablehnte einen Vertreter zur ersten Kammer zu wählen, wurde dafür von Beust rücksichtslos gemafregelt und eine Anzahl namhaftester Professoren, Otto Zahn, Haupt, Mommsen, trotz gerichtlicher Freisprechung aus politischen Gründen ihres Amtes entlassen. Mit den alten Ständen wurde dann am 5. Mai 1851 eine Revision der Verfassung vereinbart. In Bayern hätte die Regierung gern das Wahlgesetz vom 4. Juni 1848 beseitigt, doch beruhigte sie sich auch dabei,

Verfassungs-  
änderungen in  
anderen Staa-  
ten.

als ihre Bemühungen mißlingen. In Württemberg dagegen stellte der König am 6. November 1850 die durch Gesetz vom 1. Juli 1849 aufgehobene erste Kammer und damit die Verfassung von 1819 wieder her; eine Reform derselben ließ er nach einem ersten Anlauf im April 1852 wieder fallen. Überall wurden die deutschen Grundrechte außer Kraft gesetzt; wo man nicht allein fertig werden konnte, nahm man zu Bundeskommissären seine Zuflucht, deren bloßes Erscheinen in kleineren Staaten wie in Bremen genügte um den Widerstand zu brechen. In Wirksamkeit blieben die Neuerungen von 1848 und 1849 fast nirgends; selbst unter den freisinnigeren Fürsten fand sich kaum einer, wie etwa Herzog Ernst von Sachsen-Koburg, der die Einmischung des Bundes abzuweisen den Mut hatte. In einzelnen Staaten zogen sich diese rückläufigen Bewegungen mehrere Jahre hin, ehe sie zum Abschluß kamen, so in Darmstadt, Luxemburg, Nassau, Altenburg, Schwarzburg, vor allem in Hannover. Hier hatte ein Gesetz vom 5. September 1848 unter anderem auch den ausschließlichen Einfluß der Ritterschaft in der ersten Kammer aufgehoben und dem Handels- und Gewerbebestande eine maßgebende Vertretung in derselben gesichert; noch größere Einbuße als dadurch fürchtete die Aristokratie durch die Umgestaltung der Provinziallandschaften zu erleiden. Als daher die Reaktion in Fluß gekommen und das liberale Ministerium Graf Bennigsen-Stüve am 26. Oktober 1850 dem konservativen von Münchhausen gewichen war, begann die Ritterschaft zunächst in Eingaben an den König ihre Forderungen geltend zu machen. Ernst August wies sie aber ab, da er die große Macht des Adels selbst nicht ungern gebrochen sah, und am 1. August 1851 trat das Gesetz über die Provinziallandschaften in Kraft. Bald darauf starb der König, und sein blinder Sohn bestieg als Georg V. am 18. November 1851 den Thron. Dieser berief sofort unter dem Präsidium des Freiherrn von Scheele ein neues Ministerium, in welchem die Ritterschaft durch hervorragende Mitglieder, von Borries, von der Decken, von Brandis, vertreten war, während das Justizministerium einem Bürgerlichen, Windthorst von Meppen, übertragen wurde, der durch eine neue Gerichtsordnung vom 21. August 1852 sich ein dauerndes Verdienst um das Land erwarb. Den Forderungen des Adels unbedingt nachzugeben war doch auch dieses Ministerium in seiner Mehrheit nicht geneigt; Borries und von der Decken schieden deshalb bald aus und die bleibenden Minister machten dem Landtage eine vermittelnde Vorlage, durch welche sie die Einmischung des Bundestages, an den sich die Ritterschaft gewandt, zu umgehen hofften. Mit kleiner Mehrheit verwarf jedoch die zweite Kammer am 22. Juni 1853 den Regierungsantrag. Sie wurde sofort aufgelöst, allein das Ministerium überlebte sie nicht lange; am 21. November ward es entlassen und der Landdrost von Lütken mit der Neubildung betraut. Nun folgten wieder lange Verhandlungen am Bundestage, der endlich am 12. April 1855 die Regierung verpflichtete die Gesetze vom 5. September 1848 und 1. August 1851 zu ändern. Der neugewählte Landtag war aber

in seiner Mehrheit noch immer oppositionell und forderte Aufklärung über die Verhandlungen in Frankfurt; diese wurde ihm verweigert und als er nun den König bat die Selbständigkeit des Königreiches und die Verfassung vor Eingriffen des Bundestages zu schützen, ward er am 13. Juli vertagt und am 31. aufgelöst. Die letztere Maßregel traf nicht mehr das Ministerium Lütken, sondern ein starr ritterschaftliches, das aus den Grafen Kielmannsegge und Platen-Hallermund, den Herren von Borries, von der Decken, von Bothmer und von Brandis bestand und am 1. August den Bundesbeschluß in vollem Umfang ohne ständische Mitwirkung zur Ausführung brachte. Der nächste Landtag ward wieder nach dem alten Wahlgesetze gewählt und lieferte also eine erste Kammer, die unbedingt zur Regierung stand; in der zweiten Kammer dagegen bildete auch jetzt die Opposition noch die Mehrheit, deren Führung mehrere der früheren Minister, Graf Bennigsen, Freiherr von Münchhausen, Windthorst übernahmen. Erst als nach erneuter Auflösung durch königliche Verfügung nicht bloß die zeitigen, sondern auch die früheren Staatsdiener, insbesondere die genannten Minister, von der Ständeversammlung ausgeschlossen wurden, fand sich auf dem Landtag von 1857 eine ministerielle Mehrheit zusammen, der die Liberalen unter der Führung des jungen Rudolf von Bennigsen einen tapferen, aber hoffnungslosen Widerstand entgegensetzten.

Willkürherr-  
schaft in  
Deutschland.

Es waren traurige Zeiten, die so über Deutschland hereingebrochen waren. Die Regierungen schienen wetteifernd sich gegenseitig in Polizeiwilfür, Rechtsbruch und kleinlicher Ränkessucht überbieten zu wollen. Auflösungen der Ständeversammlungen waren so an der Tagesordnung, daß es kaum ein Ministerium gab, das nicht selbst mehr als einmal dazu gegriffen hätte; schamlose Wahlbeeinflussungen, Einschüchterung so gut wie Bestechung gröberer oder feinerer Art, brachten dann endlich Kammern zustande, die sich dazu hergaben dem vollzogenen Gesetzesbruch den Schein der Gesetzmäßigkeit zu leihen. Die Presse wurde beschränkt und mißhandelt, sowie sie ein offenes Wort zu sprechen sich anmaßte; ein Bundesgesetz vom 6. Juli 1854 regelte die Bedingungen, unter denen die Pressfreiheit gestattet sein sollte. Völlig ertöten ließ sich das öffentliche Wort freilich nicht mehr; die Gewöhnung der Revolutionsjahre hatte schon zu tiefe Wurzeln geschlagen, die Zahl der großen und kleinen Blätter war in kaum geahntem Maße gewachsen; was in dem einen Ländchen nicht gesagt werden durfte, trat in dem anderen ans Licht und fand leicht seinen Weg über die Grenze; die Verhandlungen der Landtage, deren Veröffentlichung man nicht verhindern konnte, boten durch die Reden der Oppositionsmänner immer neuen Anstoß zur Belebung des öffentlichen Geistes. Um so eifriger suchte man andere politische Zusammenkünfte und Vereine zu verhindern. Ein Bundesbeschluß vom 13. Juli 1854 zog ihnen so enge Grenzen wie irgend möglich und schrieb strengste Überwachung vor. Verdächtige Politiker wurden ängstlich beobachtet, die Parteistellung der ruhigsten Bürger aufmerksam ausespioniert;

Die Presse.

Vereinseges.

Polizei.

es kam wohl vor, daß die Polizei die Leidtragenden notierte, welche dem Sarge eines Achtundvierzigers folgten, von der Kontrolle über die Stimmabgabe bei den Wahlen gar nicht zu reden. Das Paßwesen wurde zu höchster Vollkommenheit ausgebildet; wehe dem, der mit einem flüchtigen Demokraten oder anrühigen Oppositionsmann Ähnlichkeit hatte, er war der lästigsten Plackereien und Scherereien sicher, sowie er seinen Wohnort verließ. Vor den übrigen Staaten zeichnete sich auch hier wieder Preußen durch blinden und rücksichtslosen Eifer aus. Der höhere Polizeidienst, ja die ganze Civilverwaltung geriet in die Hände der erbittertsten Reaktionäre. Männer wie Kleist-Neckow, die mit dem persönlichsten Haße den Liberalismus verfolgten, wurden zu Regierungspräsidenten ernannt; die Hauptstadt selbst seufzte unter der Tyrannei ihres Polizeimeisters, des Herrn von Hincfelden, der im Bewußtsein der Macht, die in seinen Händen lag, sogar der eigenen Partei zu trotzen wagte, und weder den Zorn der Kreuzzeitung, die er wiederholt mit Beschlag belegte, noch die Drohungen der Junker, deren gesetzwidrige Spielclubs er schloß, scheute. Daß er in diesem Kampfe schließlich unterlag und im Duell mit dem Edlen von Kochow im März 1856 seinen Tod fand, umgab ihn zuguterletzt noch mit dem Heiligenscheine der Pflichttreue, während seine ganze Amtsführung doch hinlänglich bewies, daß ihm die Wahl der Mittel nicht minder gleichgültig war als den Gegnern, die seinen Beamtenstolz haßten und ihm das Recht nicht zugestehen wollten auch gegen sie das Gesetz in Anwendung zu bringen. Kochows Begnadigung durch den König war ganz geeignet diese Überhebung noch zu steigern, und selbst die Haltung mancher Richter förderte den Übermut. Der Glaube an die Unparteilichkeit der Gerichte geriet ins Schwanken, zumal die Regierungen durch Aufhebung der Bürgschaften für die Unabhängigkeit des Richterstandes, durch Beseitigung der Geschworenen, Einsetzung außerordentlicher Gerichtshöfe, Verwendung von Hilfsrichtern und ähnliche Maßregeln das Ihre thaten um das öffentliche Vertrauen zu untergraben. Mehr als ein Massenprozeß, dem die Unlauterkeit der klägerischen Absicht an der Stirne geschrieben stand, wurde anhängig gemacht und mit den verwerflichsten Mitteln durchgeführt. Preußen, das in dieser Beziehung durch die Anklage Waldeck's schon 1849 das traurige Vorbild gegeben hatte, erlebte weiterhin den Ladendorfschen Prozeß, in dem der Ankläger, obendrein ein früherer Offizier, sich schließlich als der Anstifter der Verschwörung, die er verfolgte, offenbarte. Derselbe Mensch diente dann in Mecklenburg als Werkzeug um in einem vieljährigen Hochverratsprozeß die Häupter der Demokratie, unter ihnen Moriz Wiggers, den Präsidenten des Landtags von 1849, ins Zuchthaus zu bringen. Angebereien und Hezereien wurden ein sicheres Mittel um die Gunst der Regierenden zu gewinnen und in Ämtern und Würden emporzusteigen. In den pflichttreuen und gewissenhaften Beamtenstand, der die Zierde fast aller deutschen Staaten gewesen war, wurden Aufpaffer und Liebediener hineingeschoben um jeder selbst-

Hincfelden.

Rechtspflege.

ständigen Regierung auf die Spur zu kommen und jede unabhängige Gesinnung durch kleinliche Kergeseien und Maßregelungen zu ersticken; „Konduitenlisten“ und „schwarze Bücher“ waren an der Tagesordnung. Mit dem Hochmut nach unten verband sich die Kriecherei vor den Oberen zu einem widerlichen Gemisch. Bis in die Gemeindebehörden hinein verfolgte der Staat den Liberalismus; in Schule und Kirche ertötete er, soweit es in seiner Macht stand, jede freie Denkungsart; Strenggläubigkeit und Frömmerei wurden zu vollgültigen Empfehlungsbriefen für die Mittelmäßigkeit, ja für die Gemeinheit. Die freisinnige Theologie ward fast überall von den Kanzeln und Lehrstühlen verdrängt. Wer nicht aus Überzeugung die alten Satzungen anzunehmen vermochte — und wie viele vermochten das nicht —, dem blieb nichts übrig als zu heucheln oder die Kirche zu meiden, in der für seinen Glauben keine Stätte mehr war. So entfremdeten sich die Gemüter der Religion, und die Lehren des Materialismus, die mit den neuen Entdeckungen der rastlos forschenden Naturwissenschaft zu scheinphilosophischen Systemen verquickt wurden, eroberten das Gebiet, das die Kirche verlor.

Reaktion in  
Osterreich.

Die beiden deutschen Großstaaten gingen in allen diesen Dingen den kleineren mit ihrem Beispiele voran. Sehr verschiedenartig aber entwickelten sich die Verfassungsverhältnisse in ihnen. Während man in Preußen den am 31. Januar 1850 gewonnenen Rechtsboden wenigstens äußerlich wahrte, trug die Reaktion in Osterreich kein Bedenken das Grundgesetz vom 4. März einfach umzustürzen. In den ersten Monaten nach der Bezwingung Ungarns und Italiens hielt sie mit diesen Plänen noch zurück. Die ungarische Verfassung war freilich sofort aufgehoben, weil sie durch die Revolution verwirkt sei; die südillyrischen Länder und Siebenbürgen wurden von der Stefanskronen abgelöst und ebenso wie Serbien für unabhängige Kronländer erklärt; aber dafür wurde noch am 1. November 1849 die Verfassung vom 4. März auf Ungarn ausgedehnt und somit die konstitutionelle Regierungsform neu anerkannt. Auch erhielten die deutschen und slawischen Provinzen zu Anfang 1850 besondere Landesverfassungen, deren Grundzüge durch kaiserlichen Erlaß vom 30. Dezember 1849 festgestellt waren; für Galizien und die Bukowina folgten ähnliche Verfügungen im September 1850. Inzwischen aber reifte der Entschluß mit der Gesamtverfassungsspielerei kurzerhand ein Ende zu machen. Schon am 14. April 1851 wurde ein Reichsrat geschaffen, der, aus kaiserlicher Ernennung hervorgegangen, bei der Gesetzgebung beratend mitwirken und die Volksvertretung ersetzen sollte; am 20. August 1851 hob dann der Monarch die Ministerverantwortlichkeit dem Lande gegenüber auf und verlangte von Schwarzenberg und dem Präsidenten des Reichsrates, Freiherrn von Rübeck, einen Bericht über die Zulässigkeit und die Fortdauer des Staatsgrundgesetzes. Selbstverständlich lautete derselbe dahin, daß die Staatseinheit und das monarchische Prinzip die Aufhebung erforderten, und da inzwischen Napoleon durch seinen Staatsstreich vom 2. Dezember mit gutem Bei-

spiele vorangegangen war, erfolgte durch Patent vom 31. December 1851 die Aufhebung der Märzverfassung. Daß Franz Josef keinen Eid auf dieselbe abgelegt hatte, mochte ihm den Entschluß zu diesem Rechtsbruch erleichtern, der vom politischen Standpunkt aus schwerlich ungerechtfertigt genannt werden konnte. Eine gedeihliche Wirksamkeit von einem Reichstage zu erwarten, der alle die widerstrebenden Elemente des Kaiserstaates in sich vereinigte, war gewiß eine eitle Hoffnung und den gordischen Knoten, den die Verwicklungen der letzten Jahre geschlungen hatten, allmählich und durch gesetzliche Maßnahmen zu entwirren war eine Aufgabe von unsäglicher Schwierigkeit, an der selbst ein größerer Staatsmann als Schwarzenberg zu scheitern fürchten mußte. Viel bequemer und für den Augenblick auch gefahrloser war es mit einem Schlage den Wirrwarr zu durchhauen und mittels kaiserlicher Patente die überstürzten wie die wohlbegründeten Neuerungen rückgängig zu machen. Schwarzenberg selbst war es nicht lange gegönnt sich dieser zerstörenden Thätigkeit zu erfreuen, am 5. April 1852 erlitt ihn der Tod. Aber sein Nachfolger im auswärtigen Amte, Graf Buol-Schauenstein, und seine Kollegen im Ministerium, besonders der einst so freisinnige Freiherr Alexander von Bach und der böhmische Graf Leo Thun, setzten seine Arbeit unverdrossen fort. Das Strafgesetzbuch und das bürgerliche Recht, die Organisation der Gerichte und der Behörden, die Gesetze über die Landwehr und die Nationalgarden wurden durch Patente aufgehoben oder umgestaltet; von den wichtigeren Beschlüssen des Reichstages dienten fast nur die über die Aufhebung der bäuerlichen Lasten der neuen Gesetzgebung als Grundlage. Unendliche Schwierigkeiten bot die traurige Finanzlage, die Jahr für Jahr ein Defizit aufwies und zur Ausgabe von Papiergeld zwang, das immer tiefer im Werte sank und den Aufschwung von Handel und Gewerbe empfindlich hemmte. Zu dem allen kam endlich noch der maßlose Einfluß der Geistlichkeit, der die Souveränität des Kaisers ärger beschränkte, als eine Volksvertretung hätte thun können. Auch von dieser Seite betrachtet wiederholte sich der Eindruck, den das dumpfe Murren der unterworfenen Völker hervorrief. Glänzend und mächtig, wie Osterreich nach außen wieder dastand, war es innerlich durch und durch ungesund und durfte der Zukunft nur mit schweren Sorgen entgegengehen.

In Preußen lagen die Dinge gerade umgekehrt. Gedemütigt und erniedrigt, wie der Staat jetzt war, trug er doch die Keime einer kräftigen Entwicklung in sich. Zu diesen gehörte auch die Verfassung. Auch an Friedrich Wilhelm trat die Verlockung sie durch einen Staatsstreich wieder aufzuheben nahe genug heran. Schon im September 1851 stellte Osterreich die dringende Forderung seinem Beispiele zu folgen. Es war das ungefähr um dieselbe Zeit, wo es auch Sardinien einlud seine Verfassung abzuschaffen. In Turin wußte man sich gegen diese Zumutung nicht besser zu verteidigen als dadurch, daß man England und Frank-

Aufhebung  
der Märzver-  
fassung.

Schwarzen-  
bergs Tod.

Ministerium  
Buol.

Die preussische  
Verfassung.

Die Wünsche  
des Königs.

reich das Ansinnen mittheilte und sie um Hilfe beschwor, die Napoleon auch gern zu gewähren bereit war, aber freilich um den Preis der Abtretung Savoyens. In Berlin stand man zu der österreichischen Forderung anders. In einen Verfassungsbruch zu willigen hätte sich der König niemals entschlossen; aber mit Genehmigung des Landtags die Verfassung umzuarbeiten und an ihre Stelle einen königlichen Freibrief zu setzen, das war eine Aussicht, wie sie ihm nicht lockender vor die Seele treten konnte. Denn unerschütterlich stand in ihm, nach seinem eigenen Zeugnis, die Überzeugung fest, daß der Konstitutionalismus, der in der Verfassungsurkunde seinen Ausdruck gefunden, Preußens Tod werden müsse; und ebenso unerschütterlich war deshalb auch sein Vorsatz, alles, was in seinen Kräften stehe, „mit dem gewaltigsten Ernst als ein König von Gottes Gnaden“ zu versuchen und zu thun um unter Zustimmung der Kammern die Verfassung zum besseren zu ändern. Nur verwarf er dabei mit Abscheu jeden Gedanken an einen Eidbruch; die österreichischen Anmuthungen ließ er sofort als revolutionäre Umsturzpläne zurückweisen, und sein Freund Bunsen erhielt den Auftrag in England allen Verdacht dieser Art nachdrücklich zu bekämpfen. Ja, als Franz Josef und Napoleon ihre Staatsstreiche vollführt hatten, vertagte Friedrich Wilhelm seine Lieblingswünsche sogar um nicht die falsche Deutung aufkommen zu lassen, als ob er jenen Vorbildern folgen wolle. Aber darum brannte er innerlich nicht minder vor Sehnsucht endlich ans Werk gehen zu können, und ließ bis ins einzelne von seinen Vertrauten den Schlachtplan ausarbeiten, den er zu befolgen gedachte. Am 8. Februar 1852 wurde ihm derselbe vorgelegt. Er ging dahin, daß man zunächst die Zustimmung der Kammern zu einer beträchtlichen Reihe von Änderungen einholen solle; die wichtigsten darunter betrafen die Zusammensetzung der ersten Kammer, die Umwandlung der jährlichen Sitzungs- und Budgetperioden in zwei- oder dreijährige, die Aufhebung der Ministerverantwortlichkeit und des Verfassungseides. Wenn die Kammer diesen Forderungen genügt hätte, würde sich, so hieß es weiter, eine neue Redaktion der Verfassungsurkunde als notwendig herausstellen. Diese Gelegenheit sollte dann benutzt werden um ihr die Form eines königlichen Freibriefes zu geben, wodurch von selbst alle Bestimmungen über einzelne Gesetze, seien diese nun mittlerweile schon erlassen oder stünden sie noch in Aussicht, wegfallen würden. Davon abgesehen aber müsse man in dieser Vorlage alle materiellen Änderungen vermeiden. Diese würden vielmehr in einer zweiten Umarbeitung niederzulegen sein, welche den Kammern nicht als Ganzes zur Kenntnis gebracht werden dürfe, sondern nur stückweise, in dem Maße, wie jene in der Beratung der ersten Vorlage vordrückten. Die Hauptsache, die man so hinterrücks noch zu erreichen hoffte, war eine gänzliche Umwandlung des Wahlgesetzes der zweiten Kammer. An die Stelle der bisherigen Wahlkreise sollten die alten historischen Landschaften als Samland, Ermeland, Ufermark, Priegnitz treten, in jeder von diesen aber nach Ständen gewählt werden.

Die Pläne  
der Reaktion.

Der ganze Plan, künstlich und wohldurchdacht wie er war, zielte auf nichts Geringeres ab, als die Zustände Preußens wieder auf die Verhältnisse des Jahres 1847 zurückzuschrauben. Dem Könige selbst war dabei doch nicht sehr zuversichtlich zu Mute. Statt ihn zu billigen und, wie es zur Durchführung unerlässlich war, geheim zu halten sandte er ihn durch seinen Kabinettssekretär Markus Niebuhr an Bunsen um dessen treuen Freundesrat darüber zu hören. Und Bunsen zeigte sich auch in dieser ernstesten Lage wert eines Königs Freund zu sein. Mit zwingenden Gründen und warm zum Herzen sprechenden Worten setzte er auseinander, wie dies Vorhaben die Monarchie untergrabe, des Königs Ehre schädige, ja sein Seelenheil gefährde; denn einen solchen Plan mit Bewußtsein anzubahnen sei unvereinbar mit dem feierlichen Eide, welchen der Monarch geschworen. Diese Vorstellungen blieben nicht wirkungslos; auch der treue Rat des Prinzen von Preußen that, wie Bunsen meinte, das seinige um jene dunklen Entwürfe zum Scheitern zu bringen; aber im einzelnen ließ es der König sich doch nicht nehmen auf Verbesserungen, die er ersehnte, hinzuwirken, und da die liberale Opposition nur ein kleines, wenn auch tapferes Häuflein auf dem Landtag bildete, so ward ihm mancher Herzenswunsch in den nächsten Jahren erfüllt. Die reaktionäre Mehrheit ging sogar oft weiter, als ihm selbst lieb war. Schon bis Ende 1851 hatte sie aus eigenem Antrieb siebzehn Verfassungsänderungen beantragt, denen die Regierung zum Teil ihre Zustimmung versagte. Freilich, wo es sich um Standesinteressen handelte, da konnten auch die Junker sich äußerst hartnäckig zeigen und unbekümmert um die Königstreue, die sie unablässig im Munde führten, auch dem Könige das Leben sauer machen. Jener schlesische Graf, der 1852 in der ersten Kammer den Antrag stellte die ganze Verfassung mit Ausnahme des Artikels 43: „Die Person des Königs ist unverletzlich“ aufzuheben, erschien doch auch seinen Parteigenossen wie ein politischer Don Quixote: von den Rechten, welche sie durch die Verfassung erworben oder verbürgt erhalten, wollten die Junker auch dem König zuliebe nicht ein Titelchen preisgeben. Das trat schon 1852 bei den Verhandlungen über die Zusammensetzung der ersten Kammer hervor. Diese war zur Zeit noch nach dem Wahlgesetz von 1848 gebildet; aber am 7. August 1852 sollten die Bestimmungen der Verfassung in Kraft treten. Danach durfte der König höchstens zehn Mitglieder auf Lebenszeit ernennen und auch die Zahl der erblichen Pairs war begrenzt; diese Schranke hielt Friedrich Wilhelm für unerträglich; die drei schwächsten Kronen Europas, Spanien, Portugal und Griechenland, ja selbst die konstitutionelle Musterkrone, England, besäßen ja größere Freiheit; er hielt es für eine Ehrenpflicht diese Beschränkung zu beseitigen. Aber schon im Ministerium traf er auf Widerstand und vollends die Rechte der ersten Kammer spie, nach seinem eigenen Ausdruck, Feuer und Flammen dagegen, weil sie obendrein sehr mit Unrecht fürchte, die „Junker“ möchten zu kurz dabei kommen. Allein es war ihm mit der Sache zu sehr Ernst, als daß er

Gegenwir-  
kungen.Verfassungs-  
mäßige Ver-  
fassungsände-  
rungen.Die erste  
Kammer.

Die Verord-  
nung vom  
12. Oktober  
1854.

nachgegeben hätte und so erreichte er durch ein Gesetz vom 7. Mai 1853 seinen Willen. Danach wurden die gewählten Mitglieder gänzlich aus der ersten Kammer beseitigt und die neue Zusammensetzung derselben aus erbberechtigten und lebenslänglichen Mitgliedern königlicher Verordnung überlassen. Diese erging nach mehr als Jahresfrist am 12. Oktober 1854 — bis dahin blieb die alte Kammer in Thätigkeit — und die Junker hatten in der That keinen Grund unzufrieden zu sein. Die Mitglieder der ersten Kammer zerfielen danach in drei Gruppen: erstens die volljährigen Prinzen des königlichen Hauses; zweitens (mit erblicher Berechtigung) die Häupter der fürstlich hohenzollerschen Linie, die Standesherrn, die Fürsten, Grafen und Herren, die 1847 zur Herrenkurie des Vereinigten Landtags berufen waren und solche, die der König fernerhin berufen werde; drittens (auf Lebenszeit) die Inhaber der vier großen Landesämter im Königreich Preußen, die Kronsyndiker und andere aus besonderem Vertrauen Berufene sowie die dem Könige von gewissen Körperschaften Präsentierten. Besonders in diesen letzteren fand das Junkertum der östlichen Provinzen seine ausreichende Vertretung. Es wurde zwar auch den Universitäten und den wichtigsten Städten das Präsentationsrecht verliehen; aber die Zahl dieser bürgerlichen Abgeordneten war gering gegen die des kleinen Adels, dessen Mitglieder auf vierfachem Wege präsentiert werden konnten: von den drei protestantischen Domstiftern, von den acht Grafenverbänden, von gewissen adligen Familienverbänden, welchen dieses Recht verliehen wurde, und von den Verbänden des sogenannten alten und besessenen Grundbesitzes. Die Ausführung dieser königlichen Verordnung ergab eine erste Kammer, die von den königlichen Prinzen abgesehen 49 erbliche Mitglieder zählte; dazu kamen 148 Berufene, fast genau zur Hälfte (75) Repräsentanten des alten und besessenen Grundbesitzes, d. h. des Junkertums; die andere Hälfte bestand aus 11 Vertretern der adligen Familienverbände, 28 Bürgermeistern, 17 aus allerhöchstem Vertrauen Berufenen, meist hohen Beamten, den acht Grafen, den drei Stiftern und je einem Professor der sechs Universitäten. Diese Versammlung verdiente wohl den Namen, welchen der König ihr längst zugedacht hatte und den sie durch Gesetz vom 30. Mai 1855 erhielt: das Herrenhaus des preussischen Landtags. In ihr hatte der kleine Adel seine feste Burg gewonnen, die zu erobern fast unmöglich war, da eine Abänderung der Verordnung von 1854 nur durch Gesetz, also nur unter Zustimmung des Herrenhauses erfolgen konnte. Der einzige Weg, der außerdem noch übrig blieb, führte durch eine Hinterthür: die Zahl derer, welche der König aus besonderem Vertrauen berufen durfte, war unbegrenzt; es lag also in seiner Hand durch massenhafte Ernennungen das Übergewicht des Junkertums zu brechen; aber daran war nicht allein bei Friedrich Wilhelm überhaupt nicht zu denken sondern es war auch ein Verfahren, das weder der Würde des Königs noch der des Landtags entsprochen hätte.

Das Herren-  
haus.

Nicht minder bedeutsam als die veränderte Zusammensetzung der ersten Kammer waren andere Änderungen der Verfassung, die in den ersten Jahren der Reaktion beliebt wurden. Zum Teil zielten auch sie darauf ab die Macht des Adels neu zu beleben. So wurde die Errichtung von Familienfideikommissen, welche durch Artikel 40 untersagt war, durch Gesetz vom 5. Januar 1852 wieder gestattet; im Juni 1854 wurde dem König das Recht erteilt den ehemaligen Reichsunmittelbaren die Privilegien zurückzugeben, welche ihnen seit 1848 entzogen waren; am 14. April 1856 wurde die gutherrliche Polizei wieder eingeführt, die Teilbarkeit des Grundbesitzes und die Ablösung der Grundlasten rückgängig gemacht. Noch einschneidender war die Beseitigung der Grundsätze, nach denen die Vertretung in Gemeinde, Kreis, Bezirk und Provinz laut Artikel 105 der Verfassung geordnet werden sollte. Mit gutem Grunde hatte Waldeck schon in der Nationalversammlung die Ansicht vertreten, daß die Einführung der Selbstverwaltung in den Gemeinden und den übrigen organischen Bestandteilen des Staates wichtiger sei als die Vollendung der Gesamtverfassung. Das wußte auch die Reaktion vollkommen zu würdigen. Schon am 19. Juni 1852 wurde die Durchführung der neuen Gemeindeordnung eingestellt, am 24. Mai 1853 wurde sie samt den Kreis-, Bezirks- und Provinzialordnungen vollständig aufgehoben. Damit traten die Zustände, wie sie vor 1848 gewesen, soweit sie nur den Bestimmungen der Verfassung nicht widersprachen, aufs neue in Kraft; von neuem erstand jenes chaotische Durcheinander sogenannter Ortsverfassungen mit ihren Erb- und Lehnshulzen und huntschediger Bauernrechte von Bauern, Halbbauern, Erbzinspflichtigen, Kossäten, Häuslingen, Einliegern u. s. f. Von neuem traten jene alten Kreistage ins Leben, auf denen der Adel in dem Grade überwog, daß von ihm allein die Ausschreibung der Kreissteuern abhing; von neuem begannen die Provinziallandtage ihre Wirksamkeit, zu denen 12 700 Rittergutsbesitzer 278 Vertreter schickten, während 400 000 städtische Hauseigentümer sich mit zwei Dritteln, fünfviertel Millionen bäuerlicher Grundbesitzer mit weniger als der Hälfte dieser Zahl begnügen mußten. Allerdings wurde eine gesetzliche Neuordnung in Aussicht gestellt; aber nur in bezug auf die Städte wurde das Versprechen in allen Provinzen erfüllt, in den östlichen noch 1853, in den westlichen erst 1856; den Landgemeinden wurde nur in Rheinland und Westfalen Wort gehalten, und gar die Kreis- und Provinzialverfassung ließ volle zwei Dezennien auf sich warten.

Trotz alledem konnte die Reaktion die gewaltige Einwirkung, welche die Gesetzgebung und die Ereignisse der Revolutionsjahre geübt hatten, nur teilweise rückgängig machen. Es blieb eine Menge von Neuerungen bestehen, welche das Leben freier gestalteten und den Gesichtskreis erweiterten. Auch der Aufschwung, den Handel und Industrie genommen, der gesteigerte Wohlstand, die größere Verbreitung der Presse, die stetig zunehmende Erleichterung des Verkehrs durch Vermehrung der Eisen-

Gesetzgebung  
im Interesse  
des Adels.

Gemeindever-  
fassung 2c.

Kreis- und  
Provinzial-  
Landtage.

Nachwirkung  
der Revolution.

bahnen und Einführung des elektrischen Telegraphen waren Lichtpunkte, die eine bessere Zukunft in Aussicht stellten. Konnte sich gegen den finanziellen Vorteil, den solche Einrichtungen dem Staate boten, doch selbst der starrste Konservative nicht verschließen.

Preußens  
Stellung in  
Deutschland.

Sogar Preußens Stellung in Deutschland war, die Gesamtheit der Ereignisse seit dem Beginn der Revolution ins Auge gefaßt, nicht schlechter sondern eher stärker geworden. Wenn man freilich die glänzenden Möglichkeiten erwog, die verscherzt waren, wenn man den schweren Druck fühlte, mit dem Osterreich auf Preußen lastete, wenn man die Geringschätzung wahrnahm, die dem Berliner Kabinette überall begegnete, dann war es schwer sich zu dieser Ansicht aufzuschwingen. Und doch entsprach sie der Wirklichkeit. Es war eine unverlierbare Frucht der Revolutionsjahre, daß sich zum erstenmale eine Partei gebildet und behauptet hatte, die Preußens Beruf an die Spitze Deutschlands zu treten auf ihr Banner schrieb, eine Partei, die fast in allen deutschen Gauen ihre offenen und stillen Anhänger hatte, die jetzt wohl zersprengt und eingeschüchtert war, aber nicht mehr ertötet werden konnte. Es war eine fernere unverlierbare Frucht der Revolutionsjahre, daß sich in der preußischen Diplomatie eine Schule gebildet hatte, die diesen deutschen Beruf Preußens als ihr unverrückbares, wenn auch noch so fernes Ziel bekannte, die in den Formen, welche die Reichsverfassung oder die Union vorgebildet hatte, die Verkörperung dieses Zieles sah und Glauben an sich selbst besaß. Es war endlich eine unverlierbare Frucht der Revolutionsjahre, daß man den Bundestag, der jetzt wiederhergestellt war, in seiner ganzen Morschheit hatte zusammenbrechen sehen, daß seine Erneuerung von allen Seiten, auch von Osterreich und den Mittelstaaten, wengleich aus den verschiedensten Gründen nur als Nothbehelf betrachtet wurde, daß der Gedanke einer Neugestaltung wohl zurückgeschoben aber nicht wieder begraben war. Die Idee der Einheit Deutschlands in einer anderen und festeren Form hatte unermessliche Fortschritte gemacht. Pläne, die einst das Eigentum vereinzelter Patrioten gewesen waren, gehörten jetzt den maßgebenden Personen, den Regierungen, den großen Parteien an. Wie weit waren Preußens Ansprüche doch schon gewachsen, verglich man sie mit dem, was seine mutigsten Staatsmänner vor 30, 40 Jahren zu fordern wagten! Jene Stein-Humboldtschen Pläne einer Kreisverfassung, gegen die einst Metternich so eifrig gewühlt, waren jetzt in Berlin vollkommen überwunden; diesmal war es Osterreich gewesen, das sie wohlgefällig aufgenommen hatte. Die verwegenen und verworrenen Träume, in denen Görres einst den Herrscher von Osterreich als Ehrenhaupt und Kaiser, den König von Preußen aber als den wirklichen Führer und „römischen König“ der deutschen Nation geschaut hatte, siekehrten jetzt wieder in den Phantasieen, denen sich Friedrich Wilhelm IV. hingab. Und die bescheidenste Forderung der preußischen Politik, die Berechtigung zum Abschluß eines engeren Bundes, welchen Fortschritt schloß sie schon ein gegenüber dem Gedanken des

Zollvereins, der, auf das wirtschaftliche Gebiet beschränkt, alle paar Jahre kündbar, der Mitwirkung des Volkes entbehrend, doch schon seinerseits sich als ein so mächtiger Hebel der nationalen Sache erwiesen hatte. Wohl waren alle übrigen Pläne für jetzt gescheitert, aber daß ihre Ausführung ernsthaft begonnen war, daß sie der Geschichte angehörten, gab ihnen Macht; keine Polizei, keine Zensur konnte verhindern, daß sie besprochen, bestritten, verteidigt wurden, daß sie neue Anhänger warben und die Zukunft eroberten. Die Feinde Deutschlands hatten für diesmal gesiegt; aber sie konnten solcher Siege nicht viele vertragen; die bloße Nothwendigkeit des Kampfes kam für sie einer Niederlage gleich.

Und ganz ohne Schlappen ging es doch auch in dem Nachspiele des diplomatischen Krieges, das jetzt folgte, für Oesterreich nicht ab. Herr von Bismarck erwies sich sehr bald als ein Vorkämpfer preussischer Interessen, wie der Bundestag noch keinen gekannt hatte. Schon vor Schluß des Jahres empfahl er seiner Regierung die konsequente Befolgung des Systemes nur denjenigen Staaten irgend welche Rücksicht zu schenken, welche sie zu verdienen bemüht seien; nur dadurch werde Preußen sich eine Mehrheit am Bundestage erwerben können. Jedem Übergriff des österreichischen Gesandten, jeder Feindseligkeit der Majorität trat er mit unbeugsamer Entschlossenheit und überlegenem Geiste entgegen und die Klarheit seiner Ratschläge, die Gewandtheit seiner diplomatischen Haltung übte auch bald auf Herrn von Manteuffel einen tiefgreifenden Einfluß. Am schärfsten spitzte sich in Frankfurt der Gegensatz zu in der Frage, was aus der deutschen Flotte werden solle. Mit großem Eifer hatte sich das Reichsministerium der Aufgabe unterzogen die Anfänge einer Seemacht herzustellen, und nicht bloß in den Küstengegenden sondern auch im Binnenlande war ihm dabei vom Volke Beifall und Unterstützung zu teil geworden. Geraume Zeit hindurch konnte fast jede Sitzung des Parlaments mit der Anzeige freiwilliger Gaben eröffnet werden, und wenn ihr Gesamtbetrag nur eine bescheidene Summe darstellte, so lag doch auch in der großen Zahl der Beisteuernden — in Sachsen-Weimar z. B. lieferten 34 000 Personen Beiträge — eine nicht zu unterschätzende moralische Kraft. Das Parlament hatte seinerseits am 14. Juni 1848 sechs Millionen Thaler für Marinezwecke bewilligt und die Hälfte dieser Summe wurde im Oktober von dem Reichsministerium eingezogen; die meisten Staaten leisteten den Beitrag, der auf sie fiel; nur Oesterreich weigerte sich, weil es bereits im Adriatischen Meere eine Flotte zu Deutschlands Gunsten unterhalte; Bayern, Sachsen, Kurhessen und Luxemburg unterließen die Zahlung ohne sich überhaupt zu äußern; andere Staaten blieben nach und nach im Rückstande; im ganzen wurden etwa 3,6 Millionen Gulden wirklich eingezahlt. Die Leitung der Marineangelegenheiten wurde dem Handelsminister Dückwitz übertragen, dem eine technische Behörde unter dem Prinzen Adalbert von Preußen zur Seite stand. Schnell genug war ein tüchtiger Kern der neuen Flotte

Die deutsche Flotte.

geschaffen: im Frühjahr 1849 lagen vier Dampffregatten, fünf Korvetten, zwei Segelschiffe und sechs Kanonenboote in Bremerhaven zum Auslaufen bereit; die dänische Gefion, die Beute von Eckernförde, kam als wertvolle Vermehrung hinzu. Thaten hatte die junge Flotte freilich nicht aufzuweisen, denn da die Seemächte die Anerkennung der deutschen Flagge verweigerten, durfte sie es nicht wagen in See zu gehen. Nach der Wiederherstellung des Bundestages wurde ein Ausschuß niedergesetzt, welcher die doppelte Frage, wem jene Flotte nunmehr gehöre und ob der Bund sie übernehmen solle, zu prüfen hatte. Er konnte darüber lange zu keiner Einigung kommen; endlich schlug er im November 1851 vor eine dreiteilige Flotte für das Adriatische Meer, die Nord- und Ostsee von Bundes wegen zu unterhalten. Dieser Antrag wurde jedoch von der Bundesversammlung abgelehnt; sie beanspruchte wohl das Eigentumsrecht an der Flotte, wollte sie aber nicht behalten, sondern einem neu zu bildenden Flottenverein oder auch den Einzelstaaten, welche dazu geneigt wären, verkaufen. Preußen machte sogleich ein Gebot auf die beiden brauchbarsten Schiffe, Gefion und Barbarossa, und erklärte sich überdies bereit die Unkosten einer Nordseeflotte zur Hälfte zu tragen. Hannover, das selbst an die Spitze eines Flottenvereines zu treten wünschte, vereitelte dieses Anerbieten ohne doch das eigene Ziel erreichen zu können. Eine Konferenz der meisten Mittel- und Kleinstaaten, die im März 1852 unter Scheeles Vorsitz in Hannover stattfand, ging ergebnislos auseinander, und nun wurde am 2. April 1852 in Frankfurt die Auflösung der Flotte beschlossen. Die Versteigerung derselben wurde dem oldenburgischen Staatsrat Hannibal Fischer übertragen und brachte nahezu 1 Million Thaler d. h. etwa den dritten Teil der für die Anschaffung verausgabten Summen ein. Preußen aber, das die wertvollsten Schiffe für sich erworben hatte, zeigte den besten Willen seine Flotte auch den übrigen deutschen Staaten nützlich zu machen. Am 20. Juli 1853 erwarb es durch einen Vertrag mit Oldenburg ein Stückchen Land bei Heppens an der Jade um dort einen Kriegshafen anzulegen und übernahm zugleich die Verpflichtung den oldenburgischen Handel zu schützen. Konnten die Summen, die es auf seine Flotte verwandte, auch anfangs nur gering sein — die ordentlichen Ausgaben überstiegen kaum eine halbe Million Thaler —, so diente das kleine Geschwader, das einige 50 Schiffe mit 250 Kanonen zählte, doch als ein neuer Beweis dafür, daß bei Preußen allein, und selbst bei dem Preußen dieser Jahre noch, der ernstliche Wille vorhanden sei den dringlichsten Forderungen der deutschen Nation nach Kräften entgegenzukommen.

Noch in höherem Maße bewies das seine Zollvereinspolitik, die einen glänzenden Triumph über Österreich und die Mittelstaaten davontrug. Die zwölfjährige Zollvereinsperiode lief am 31. Dezember 1853 ab. Bei der Erneuerung im Jahre 1841 hatte keiner der Teilnehmer auch nur daran gedacht sich dem Bunde zu entziehen; so augenscheinlich waren die Vorteile für alle Vereinsglieder gewesen; wohl aber waren einige

Bundestags-  
ausschuß.

Flottenkon-  
ferenz in Han-  
nover.

Flotten-  
auktion.

Jadebusen.

Die preußische  
Flotte.

Der Zollverein.

Nachzügler noch beigetreten, besonders Braunschweig und Luxemburg. Auch mit Hannover war damals verhandelt worden, aber vergeblich, theils weil man ihm nicht ein Voraus über seinen kopsmäßigen Anteil zugestehen wollte, theils weil es eine Herabsetzung mancher Zölle forderte, während die meisten Vereinsregierungen vielmehr auf eine Erhöhung drängten. Auch Preußen war in dieser Hinsicht unter dem Einflusse Süddeutschlands von seiner Freihandelspolitik beträchtlich abgewichen und neigte während der vierziger Jahre wieder mehr dem Schutzzollsystem zu. Bei dem sinkenden Preise vieler Waren trug schon ein Festhalten an dem Tarife von 1818 einen rückschrittlichen Charakter; Zölle, die ursprünglich nur 10% des Wertes dargestellt hatten, betrugten jetzt 30—50%, weil die Ware soviel billiger geworden war. Auch die Einführung eines gemeinsamen Zollgewichtes, dessen Centner um 4% leichter war als der frühere preussische, kam einer Zollerhöhung gleich, da der Tarif nicht entsprechend herabgesetzt wurde. Überdies aber wurden neue Zölle, z. B. auf Roheisen, in den vierziger Jahren eingeführt, und in den Handelsverträgen, die zahlreich zum Abschluß kamen, griff man auf das System der Bevorzugung durch Unterscheidungszölle zurück. Diese Entwicklung entfernte den Zollverein von Hannover und seinen Genossen im Steuerverein, Oldenburg und Bückeburg, und näherte ihn in einem gewissen Maße Oesterreich. Freilich blieb die Kluft zwischen beiden immer noch gewaltig, solange der Kaiserstaat nicht einmal zu dem einfachen Schutzzollsystem emporgestiegen war, sondern in zahlreichen Ein- und Ausfuhrverboten dem Ausschlußsystem huldigte. Gleichwohl fand auch österreichischerseits eine sichtliche Annäherung an den Zollverein statt, und die Aufhebung aller jener Verbote, die 1841 auf Metternichs Anregung von der Staatskonferenz schon einmal wenn auch vergeblich beantragt war, konnte als das Ziel der Wiener Handelspolitiker gelten. Somit lag der Gedanke die Verschmelzung Oesterreichs mit dem Zollverein anzubahnen vom wirtschaftlichen Standpunkte aus nicht eben fern; in den Vordergrund gerückt aber wurde er durch die politischen Erwägungen der Jahre 1848—50. Auf der einen Seite konnten die Gegner Preußens gerade in dieser Zeit am deutlichsten die Tragweite der durch den Zollverein begründeten Beziehungen Preußens zu dem übrigen Deutschland erkennen; auf der anderen Seite setzten die Pläne des Siebzigmillionenreiches schlechterdings auch die Anbahnung der Zolleinheit voraus. Schon während des Sommers 1848 fanden denn auch in Frankfurt Verhandlungen in diesem Sinne statt; der volkswirtschaftliche Ausschuß des Parlamentes hatte die Regierungen und die wichtigsten Fabrik- und Handelsstädte aufgefordert Sachverständige abzuordnen um die Frage der deutschen Zolleinheit und die künftige Gestaltung des Tariffsystems zu prüfen. Obgleich nun die Mehrheit dieser Sachverständigen ebenso schutzzöllnerisch wie großdeutsch gesinnt war, so kam die Agitation doch weit mehr den Gegnern zu gute. Die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, wenn Oesterreich in das deutsche Zoll-

Schutzzöllnerische Neigungen.

Verhältnis zum Steuerverein und zu Oesterreich.

Idee eines deutsch-österreichischen Zollvereines.

Osterreichische  
Anträge.

Kasseler Zoll-  
Konferenz.

Verhand-  
lungen in Dres-  
den und Frank-  
furt.

Wiesbadener  
Zollkonferenz.

Bedrohung  
Preußens.

system eintreten sollte, erwiesen sich zur Zeit noch als unübersteiglich, und die Freihändler im Zollverein gewannen durch die Beratungen Fühlung mit den freihändlerischen Hannoveranern, Holsteinern, Hanseaten und dadurch neuen Mut und frische Kraft. Seit Anfang 1849 konnte die Gefahr eines deutsch-österreichischen Zollvereins für beseitigt gelten. Da tauchte im Oktober der alte Plan plötzlich wieder auf und obendrein in der amtlichen Wiener Zeitung; der preußische Staatsanzeiger wies ihn sofort zurück; aber trotzdem verfolgte ihn Osterreich weiter und beantragte in einer Denkschrift des Handelsministers Bruck, die am 30. Dezember 1849 der Interimskommission in Frankfurt übergeben wurde, die Einleitung von Verhandlungen auf dem Bundeswege. Die Schwierigkeiten, die sich 1848 als unübersteigbar erwiesen, dauerten allerdings teilweise auch jetzt noch an, z. B. das Tabaksmonopol, das eine wichtige Einnahmequelle für Osterreich bildete, und umgekehrt der weit höhere Verbrauch zollpflichtiger Waren im Zollverein, der von seiner Begründung bis 1852 etwa 360 Millionen Thaler oder 12 Thaler auf den Kopf eingenommen hatte, während in Osterreich sich dieselben Einnahmen nur auf 130 Millionen, resp. 3 $\frac{1}{2}$  Thaler beliefen. Zum Teil aber ließen sie sich jetzt beseitigen, wie z. B. die Zollgrenze zwischen Ungarn und den Erblanden, die nach dem Umsturz der ungarischen Verfassung aus kaiserlicher Machtvollkommenheit aufgehoben wurde, oder der alte Zolltarif, der im November 1851 durch einen neuen ersetzt wurde, welcher alle Aus- und Einfuhrverbote abschaffte. Gewiß lag für Preußen, das den Eintritt Osterreichs in den Zollverein als den empfindlichsten Schlag für seine Stellung in Deutschland betrachten mußte, der triftigste Grund vor nicht länger durch die Beförderung der schutz-zöllnerischen Bestrebungen Osterreich in die Hände zu arbeiten. Gleichwohl trat es auf der Zollkonferenz, die im Juli 1850 in Kassel stattfand, wieder mit dem Antrage auf verschiedene Zollerhöhungen hervor, vielleicht in der Hoffnung Bayern und Württemberg dadurch mehr an sich zu ziehen. Braunschweigs Einspruch brachte diese Vorlagen zu Fall. Den Wunsch Osterreichs, auf dieser Kasseler Konferenz seinen Antrag auf Zolleinigung zur Sprache zu bringen, lehnte Preußen selbst ab; daß er aber auf den Dresdener Konferenzen zur Verhandlung gestellt und an einen Ausschuß verwiesen wurde, konnte es ebensowenig verhindern, wie daß der wiedererstandene Bundestag ebenso verfuhr. Die Forderung Osterreichs hatte jetzt die Gestalt angenommen, daß es für die nächsten Jahre einen Handelsvertrag verlangte, durch den sich beide Teile verpflichten sollten ohne Einwilligung des anderen keine Tarifänderung vorzunehmen, und daß es seinen Eintritt in den Zollverein für den 1. Januar 1859 ausbedang. Preußen beharrte auch dem gegenüber bei seiner Weigerung, die wichtigsten Genossen im Zollverein erklärten sich aber auf der Wiesbadener Zollkonferenz am 7. Juni 1851 dafür, und da sich unter ihnen außer den drei Königreichen auch die beiden Hessen befanden, so hatten sie es in der Hand durch ihren Austritt Preußens beide Hälften wieder

zu tr  
geha  
reich  
Preu  
war  
nicht  
hessen  
treten  
gehei  
rung  
Min  
leicht  
die I  
lung  
Wies  
name  
die Z  
in de  
Kam  
  
zöllne  
kündi  
schen  
war  
reich  
könne  
gezog  
am 2  
die K  
dem  
konfer  
einzu  
barter  
malig  
daß r  
man  
da di  
Zollfr  
am 2  
thürin  
  
am 3  
Anfün  
Einw  
runge

zu trennen; Kurhessen gewann eine ähnliche Bedeutung, wie es sie 1830 gehabt hatte. Da nun jedes Bemühen Hassensflug von seinem österreichischen Schutzherrn loszureißen aussichtslos war, so bot sich für Preußen nur ein Weg, auf dem es seine Gegner entwaffnen konnte; das war die Zolleinigung mit Hannover. Ließ sich diese erreichen, so waren nicht allein die beiden Hälften der Monarchie viel besser als durch Kurhessen verbunden, sondern es war auch ein wertvoller Ersatz für die aus tretenden Südstaaten gewonnen. Preußen machte sich daher sofort an geheime Verhandlungen mit Hannover und bewilligte diesem seine Forderungen, besonders das früher verweigerte Voraus. Die hannoverschen Minister sahen recht wohl ein, daß eine so günstige Gelegenheit nicht leicht wiederkehren werde, und bedurften überdies in ihrem Kampfe gegen die Ritterschaft der Unterstützung Preußens am Bunde. Die Verhandlungen nahmen also einen raschen Verlauf, und drei Monate nach der Wiesbadener Konferenz, am 7. September 1851, erklärte Hannover namens des Steuervereins für den 1. Januar 1854 seinen Eintritt in die Zolleinigung mit Preußen; Bückeburg genehmigte diesen Vertrag noch in demselben Monat, Oldenburg im folgenden März, die hannoverschen Kammern am 29. Januar 1852.

Preußens  
Gegenmaß-  
regeln.Preußisch-  
hannoverscher  
Vertrag.

Unbeschreiblich war die Erbitterung der Österreicher und der Schutz zöllner über diese preußische „Hinterlist“; jetzt konnten nicht sie mehr kündigen, sondern ihnen ward gekündigt, und die Annahme des hannoverschen Vertrages war die Bedingung ihres Verbleibens im Zollverein. Es war eine stumpfe Waffe, wenn sie jetzt noch damit drohten sich an Österreich anzuschließen; sie hätten den Ausfall an Einnahmen nicht ertragen können und wären in Österreichs ungesunde Papiergeldwirtschaft hineingezogen worden. Trotzdem folgten sie der Einladung zu Zollkonferenzen, die am 2. Januar 1852 in Wien eröffnet wurden, und sieben von ihnen, die Königreiche, beide Hessen, Baden und Nassau, verbanden sich außerdem in Darmstadt am 6. April, auf der bevorstehenden Berliner Zollkonferenz nur dann in Verhandlungen über den hannoverschen Vertrag einzugehen, wenn Preußen gleichzeitig auf Grund der in Wien vereinbarten Entwürfe mit dem Kaiserstaate verhandle. Das lehnte der damalige preußische Handelsminister von der Heydt mit dem Bemerkten ab, daß man mit Österreich erst dann erfolgreich verhandeln könne, wenn man wisse, in welchem Umfange der Zollverein künftig fortbestehen werde; da die Darmstädter trotzdem auf ihrer Forderung beharrten, wurde die Zollkonferenz aufgelöst, und Preußen erneuerte den Zollvereinsvertrag am 26. November nur mit Braunschweig, dem Steuerverein und dem thüringischen Handelsverein.

Die Preußen-  
feinde.Wiener Zoll-  
konferenzen.Die Darm-  
städter Kon-  
ferenz.Sprengung  
des Zollver-  
eins.

Nun wandten sich die Darmstädter wieder Hilfe suchend nach Wien; am 30. Oktober 1852 wurden dort neue Besprechungen eröffnet und die Ankündigung eines österreichisch-süddeutschen Zollvereins von 48 Millionen Einwohnern klang ganz stattlich; aber für Österreich hatten die Forderungen der Darmstädter, Entschädigung für den Ausfall an Zollein-

Österreichisch-  
süddeutscher  
Zollverein.

Breussisch-  
oesterreichischer  
Handelsver-  
trag.

nahmen und Gleichberechtigung in Tariff Fragen, wie sie im Zollverein bestand, nichts Verlockendes. Es wollte die Einigung mit Preußen, die ihm allein materiellen Gewinn und politischen Vorteil versprach; ohne viel Umstände ließ es daher seine Anhänger im Stich und verhandelte mit Preußen über einen Handelsvertrag, der am 19. Februar 1853 zustande kam, nachdem im Dezember nicht allein der frühere Handelsminister von Bruck (an seine Stelle war der Freiherr von Baumgartner getreten), sondern auch Franz Josef selbst in Berlin gewesen war. Natürlich war darin keine Rede von gegenseitiger Zustimmung zu Tarifänderungen, und die vollständige Zolleinigung erschien nur als ein Zukunftsplan, über den man im Jahre 1858 von neuem beraten wolle. Preußen hatte seinen Standpunkt siegreich gewahrt und die Darmstädter behielten nur den ärmlichen Trost wenigstens in der Form ihren Willen erreicht zu haben: nach der Wiedereröffnung der Vereinskongressen durften sie den Vertrag mit dem Steuerverein und den mit Osterreich an demselben Tage unterzeichnen. So wurde am 4. April 1853 der Zollverein in erweitertem Umfange — 9046 Quadratmeilen mit 35 Millionen Einwohnern — abermals auf zwölf Jahre, bis zum 31. Dezember 1865, ins Leben gerufen.

Wiederher-  
stellung des  
Zollvereins.

Kirchliche  
Reaktion in  
Preußen.

Zu dem materiellen Aufschwung der folgenden Jahre standen die Bemühungen den geistigen Fortschritt zu hemmen in traurigem Gegensatz. Die ganze Reaktionspartei, und niemand mehr als Friedrich Wilhelm IV., war tief davon durchdrungen, daß die Revolution lediglich aus der Entchristlichung des Volkes und aus der Verbreitung einer irreligiösen Massenweisheit erwachsen sei. Schon im Januar 1849 erklärte der König den Seminarlehrern, die zu einer Konferenz nach Berlin berufen waren, daß sie es seien, die all das Elend des verflossenen Jahres verschuldet, die den Glauben und die Treue in den Gemüthern des Volkes durch ihre pfauenhaft aufgestuzte Scheinbildung ausgerottet hätten. Die Läuterung der Volksschule, ihre Rückbildung in christlichem Sinne, war deshalb ein Hauptziel der Reaktion: denn wer die Schule hat, der hat die Zukunft, so verkündigte Julius Stahl, der scharfsinnigste und schlagfertigste Vorkämpfer der Reaktion im preussischen Landtage. Den Reformbestrebungen, die das Jahr 1848 auch im Unterrichtswesen veranlaßt hatte, wurde nun weiter keine Folge gegeben; an die Spitze des Kultusministeriums trat gleich nach Olmütz der Regierungspräsident von Kaumer, der das Unterrichtsgesetz, das sein Vorgänger Ladenberg fast vollendet hatte, einfach beiseite schob und durch Verordnungen die Umgestaltung des Schulwesens bewirken wollte. Die wichtigsten derselben waren die drei Regulative vom 1., 2. und 3. Oktober 1854, mittels deren die Lehrpläne der Seminarien, der Vorbereitungsanstalten und einklassigen der Volksschule festgestellt wurden. Wenn Stahl zwei Jahre früher bei einem Festmahle, das seine Verehrer ihm gaben, behauptet hatte, die Wissenschaft bedürfe der Umkehr, so wandten die Regulative jetzt diesen Gedanken auf die Elementarschule an. Wie das gesamte Leben des Zeit-

Schulwesen.

Die Regula-  
tive.

alters an einer Grenzlinie angekommen sei, wo ein entscheidender Umschwung nötig und wirklich geworden, so solle fortan auch die Schule empfangend und fördernd in diese berechtigte neue Bewegung eintreten und das Leben des Volkes auf der Grundlage des Christentums neu gestalten helfen. Zu dem Zwecke wurde einerseits dem Religionsunterricht eine bedeutendere Stelle im Lehrplan angewiesen, nicht sowohl durch die Zahl der Lehrstunden, als durch die Fülle des zu bewältigenden Lernstoffes, und andererseits wurden die übrigen Bildungsmomente nach Kräften zurückgedrängt; Geschichte, Geographie, Naturkunde mußten fast gänzlich zurücktreten, in den Seminarien wurden die deutschen Klassiker sogar von der Privatlektüre ausgeschlossen. Auch in ihrer äußeren Stellung sollten die Volksschullehrer möglichst beschränkt, ihre dürftigen Gehalte nicht verbessert, ihre Unterordnung unter die Geistlichen erhalten oder selbst gesteigert werden. Die Ausschreitungen, zu denen Halbwisserei und Einbildung manche Angehörige gerade dieses Standes in den Revolutionsjahren verlockt, und die Übertreibungen, deren sich die Förderer des Volksunterrichtes durch zu hoch gesteckte Ziele nicht ganz selten schuldig gemacht hatten, mußten nun durch ein noch weit maßloseres Zurückschrauben und Demütigen gebüßt werden.

Auch auf die höheren Schulen und die Universitäten wünschte die Reaktion ihren zu Alp wälzen um dadurch die Umkehr der Wissenschaften auf dem nächsten Wege zu erzwingen. Die Berufungen zu Professuren, die Anstellungen und Beförderungen an den Gymnasien wurden zur Parteisache gemacht und Christlichkeit als die erste Bedingung hingestellt. Um so schlimmer war es, daß man diese in dem engherzigsten Geiste verstand. Es bildete sich in den leitenden Kreisen eine Auffassung von dem Wesen der evangelischen Kirche aus, die sich der katholischen Anschauung bedeutend näherte und in der Kirche nicht mehr die Gemeinschaft der Gläubigen sah, sondern eine Institution, die mit bindendem Ansehen über den Menschen stehe. Als die Ausleger und Verwalter dieser Autorität galten die Geistlichen, deren Amt dadurch eine Bedeutung erhielt, die mit der reformatorischen Lehre in immer schrofferen Widerspruch geriet. Trotzdem pochte man andererseits der modernen Schriftforschung gegenüber mit wachsendem Eigensinn auf die Bekenntnisschriften und ihren Buchstaben; selbst die Union geriet darüber in Gefahr, als der König am 6. März 1852 die obersten Kirchenbehörden anwies die Angelegenheiten der Reformierten und der Lutheraner getrennt und zwar nur von Angehörigen des betreffenden Bekenntnisses behandeln zu lassen; die daraus gezogenen unionsfeindlichen Folgerungen lehnte er freilich am 12. Juli 1853 in einer Kabinettsordre ab. Die Leitung der evangelischen Landeskirche hatte er am 29. Juni 1850 einer neuen Behörde, dem Oberkirchenrate, überwiesen, durch dessen Einsetzung er die verfassungsmäßige Selbständigkeit der Kirche hinreichend verbürgt zu haben glaubte. An der Absicht eine Synodalordnung ins Leben zu rufen hielt er auch jetzt noch fest und ließ es

Der höhere Unterricht.

Die Kirche.

Der Oberkirchenrat.

nicht an Vorarbeiten dazu fehlen; aber den Mut damit vorzugehen konnte er nicht fassen und so blieb diese Aufgabe ungelöst. Den milden und mäßigenden Einflüssen Bunsens, der ihm früher gerade in theologischen Dingen so nahe gestanden hatte, wurde er völlig entrückt und schloß sich dafür um so enger an die Stahl, Hengstenberg und Gerlach an, die mit jenem in offener litterarischer Fehde lagen und ihn einen Abtrünnigen vom wahren Glauben, ja einen zweiten Judas schalteten. Es war eine kleine, geschlossene Sippe, die das Ohr des Königs beherrschte und in fast byzantinischer Vermengung von Politik und Religion seine Entschlüsse lenkte. Selbst die getreue Mehrheit der Landratskammern vermochte nicht immer sich in diesem Fahrwasser zu erhalten, und als die Hofpartei z. B. den Versuch machte das bestehende Eherecht nach den Vorschriften der Bibel umzugestalten und die Scheidungsgründe, die das allgemeine Landrecht anerkannte, auf die sogenannten biblischen zu beschränken, ließ eine Mehrheit von 173 gegen 134 Stimmen das Ministerium im Stich. Unter den Geistlichen aber gab es nicht wenige, welche trotzdem bei ihrer Opposition gegen das Landrecht verharrten und ungestraft solchen, die gesetzlich geschieden waren, bei einer zweiten Verheiratung die Trauung versagten, obgleich diese zur staatlichen Gültigkeit der Ehe erforderlich war.

Das Eherecht.

Verwandte  
Zustände im  
übrigen  
Deutschland.

Ähnliche Verhältnisse bildeten sich auch in anderen deutschen Staaten heraus, ja, in der Übertreibung des lutherischen Konfessionalismus ging man in Mecklenburg, Kurhessen und Bayern noch viel weiter. Kliefoth in Schwerin und Wilmar in Marburg verfolgten mit rücksichtsloser Härte die andersdenkenden Geistlichen, und die Universitäten Rostock und Erlangen wurden die Hauptburgen des starren Luthertums. Nur in wenigen Staaten herrschte vollkommene Freiheit des Glaubensbekenntnisses auch für die Geistlichkeit; auch die Staaten bildeten nur die Ausnahme, in denen die evangelische Kirche in den Besitz einer Synodalverfassung gelangte. Sogar die Vermittlungstheologen befanden sich meistens in hart angefochtener Verteidigung und verloren selbst auf den Kirchentagen, die seit 1848 alljährlich einen Vereinigungspunkt für die Altgläubigen bildeten, zeitweilig die Führung. Wohl erhob ihr streitbarster Vorkämpfer, Bunsen, nachdem er von seinem Londoner Gesandtschaftsposten verdrängt war, in den „Zeichen der Zeit“ einen lauten Schlachtruf, der alle die sammeln sollte, welche die kirchliche Freiheit gegen protestantische wie gegen katholische Unduldsamkeit zu verteidigen bereit waren; aber zu schnellem Siege konnte er seine Anhänger nicht führen; das Losungswort, welches sein Gegner Stahl ausgegeben hatte, daß das Christentum die Religion der Exklusivität sei, beherrschte die Regierungen und Konsistorien und rechtfertigte, ja verherrlichte in sophistischer Weise die Verfolgungssucht und die Lust am Berkeßern fremden Glaubens. Man sprach es in diesen Kreisen offen aus, daß man sich dem Katholizismus näher verwandt fühle als einem solchen „Berwüster der Kirche“ wie Doktor Bunsen, und man bewunderte an der päpstlichen Kirche mit unverhohlenem

Beide die strenge Zucht und Geschlossenheit, die keinen Widerspruch aufkommen lasse und unerbittlich jedes selbständige Urtheil und jeden unabhängigen Willen unter das Joch des Gehorsams zu zwingen vermöge.

### Der Papst und die katholischen Staaten.

Für die römische Kirche hatte mit der Niederwerfung der Revolutionen in der That eine Zeit des kräftigsten Aufschwunges begonnen, der die Racheiferung und das Staunen aller derer erregen mußte, denen die Form über dem Inhalt, die Kirche über der Religion stand. Die Kurie befand sich in der günstigen Lage ebensowohl aus den liberalen Neuerungen der letzten Jahre wie aus der reaktionären Strömung ihren Vorteil ziehen zu können, und sie wußte das eine zu thun ohne das andere zu lassen. So ziemlich sämtliche Verfassungen der Jahre 1848 und 1849 entlehnten dem belgischen Grundgesetz die Bestimmung, daß jede Religionsgenossenschaft ihre Angelegenheiten unabhängig vom Staate ordnen solle. Es war das ein Satz, durch den die belgischen Liberalen von ihren klerikalen Landsleuten andere Zugeständnisse erkaufte hatten, und den sie keineswegs als ihre eigene Lehre aufgestellt haben würden. Gleichwohl gewöhnte sich das übrige Europa, das die belgische Verfassung nun einmal als das liberale Mustergesetz ansah, auch diese Bestimmung als unerläßlich mit anzunehmen, und die Forderung, daß die Kirche keiner Überwachung durch den Staat unterworfen sein dürfe, ging in den liberalen Katechismus, ging also auch in die deutschen Grundrechte und in die neu entworfenen Verfassungen über. So wenig nun der Ultramontanismus im übrigen von Grundrechten und Konstitutionen wissen wollte, so zähe klammerte er sich doch an diese Bestimmungen und verteidigte sie mit dem gleichen Kampfesmut gegen die Regierungen, die sie wieder beseitigen wollten, wie er andererseits eben diese Regierungen in ihren sonstigen reaktionären Plänen unterstützte. Eine vorteilhaftere Stellung ließ sich kaum denken. Hätte der Liberalismus sich bei der Herrschaft behauptet, so würde er nicht bloß die Freiheit der Kirche vom Staat, sondern auch die Freiheit des Staates von der Kirche zur Wahrheit gemacht, er würde, wie es andere Paragraphen der Grundrechte forderten, die bürgerliche Eheschließung und die staatliche Leitung des Schulwesens durchgeführt haben. Beide Forderungen ließ die Reaktion fallen, und der Klerus entschlüpfte so noch einmal der großen Gefahr, mit der ihn der Verlust der kirchlichen Zwangstrauung und der Herrschaft in der Volksschule bedrohte. Allerdings wollten nun manche Regierungen auch die Freiheit der Kirche vom Staate wieder rückgängig machen und zu der alten Überwachung zurückkehren. In solchen Fällen erhob dann der Ultramontanismus, der sonst so gern den Altar als die Stütze des Thrones pries, kühnlich das Banner des Liberalismus und hatte mindestens die Fortgeschrittensten stets auf seiner Seite. Den ganzen Umfang seiner Forderungen lehrten

Der Katholizismus und die Revolution.

Bischöfs-  
konferenzen.Würzburger  
Konferenz.Günstige Lage  
in Preußen.

die Beschlüsse der Bischöfskonferenzen kennen, die 1848 und 1849 stattgefunden hatten. Vor allem verlangte man völlig freien Verkehr mit Rom, da ein General, wie der Erzbischof von Olmütz sich ausdrückte, nur bei beständiger Verbindung mit seinem Oberfeldherrn seine Heeresabteilung zum Besten des Gesamtstaates führen könne; man forderte nicht minder den völlig freien Verkehr der Bischöfe mit ihren Untergebenen, den Geistlichen, und sträubte sich deshalb gegen jede staatliche Überwachung der Hirtenbriefe und Erlasse. Die Anstellung der Priester sollte den Kirchenfürsten allein zustehen, nicht minder auch deren Erziehung in besonderen Seminaren und die volle Disziplinarstrafgewalt, gegen die keine Berufung an den Staat erlaubt sein dürfe. Die Verwaltung und Vermehrung des Kirchenvermögens, die Gründung religiöser Vereine, Orden und Niederlassungen sollte von jeder beschränkenden Aufsicht befreit sein. In diesem Sinne äußerten sich schon im Mai 1848 die in Köln versammelten Bischöfe von Rheinland und Westfalen; dieselben Forderungen erhoben in den nächsten Monaten die deutsch-österreichischen Kirchenfürsten; und endlich erneuerte und begründete eine große Bischöfskonferenz in Würzburg, auf der nur wenige fehlten, diese Ansprüche im Oktober und November des Jahres. Auf Döllingers Betreiben wurde dort auch der Plan einer deutschen Nationalkirche, natürlich im engsten Anschluß an Rom und ohne jeden sonderungslustigen Nebengedanken, sowie die Anstellung eines ständigen Vertreters der deutschen Bischöfe beim Papste gebilligt; beide Vorschläge kamen aber nicht über diese erste Stufe der Entwicklung hinaus. In der Ausnutzung der Grundrechte dem Staate gegenüber war man weniger bedächtig; obgleich in vielen Ländern die Genehmigung der Hirtenbriefe durch die Regierung noch gesetzlich geboten war, beschloß man doch in Würzburg sie fortan nicht mehr einzuholen; das freie Vereinsrecht diente zur Bildung eines ganzen Netzes von sogenannten Pius-Vereinen; zahlreiche Klöster entstanden in den katholischen Gegenden und die Jesuiten dehnten ihre Missionsreisen sogar bis in den erzprotestantischen Norden aus. Diesem erwünschten Zustande machte die Aufhebung der Grundrechte in den meisten Staaten ein Ende, nicht aber in Preußen; denn hier war jener Satz von der Selbständigkeit der Kirchen nicht allein in die Verfassung übergegangen, sondern auch der König selbst billigte ihn vollkommen. Daher hatte der Ultramontanismus in seinen Staaten gute Tage; die katholische Abteilung im Kultusministerium nahm sich desselben lebhaft an, und die Bischöfe durften ohne weiteres die Bestimmungen des allgemeinen Landrechtes, soweit sie nach ihrer Ansicht mit der Verfassung im Widerspruch standen, als aufgehoben behandeln. Nur selten streiften sie an die Grenze, wo die Rücksicht des Königs aufhörte. So etwa als Arnoldi in Trier 1853 die Schließung gemischter Ehen nur dann gestatten wollte, wenn der protestantische Teil vorher eidlich die katholische Erziehung aller Kinder gelobe, und der König nun jedem Offizier, der sich darauf einlasse, den Abschied an-

kündigte. Aber daß z. B. die Geistlichen von ihren Bischöfen angewiesen wurden bei der Leistung des Verfassungseides ihre Verpflichtungen gegen die Kirche ausdrücklich vorzubehalten, wurde schon im April 1850 vertrauensvoll zugestanden. Trotz dieser nachgiebigen Haltung der Regierung behauptete übrigens die katholische Partei, die sich unter Führung der Brüder Reichensperger im Abgeordnetenhaus gebildet hatte, eine unabhängige Stellung und trat häufig, auch wenn es sich nicht um Freiheiten der Kirche handelte, für die Sache der Liberalen ein; sie stand fest zur Verfassung, die sie mit Recht für das stärkste Bollwerk der Kirche hielt, und erwarb sich dadurch einen Schein von Freisinnigkeit und Überzeugungstreue, der ihr umsomehr zu gute kam, je kleiner das Häuflein der eigentlichen Liberalen war.

Wesentlich anders lagen die Verhältnisse in der oberrheinischen Kirchenprovinz. Hier hatten die Bischöfe in den Landesverfassungen keine Anhaltspunkte für ihre Forderungen, und die Beschränkungen, denen sie infolge der Verordnungen von 1830 unterlagen, waren viel lästiger als in Preußen. Sie wandten sich daher zuerst einzeln und im März 1851 gemeinsam mit einer Denkschrift an die Regierungen und entwickelten das Programm der Würzburger Konferenz, wobei sie stark betonten, daß es im wohlverstandenen Interesse aller Autorität liege die kirchliche Autorität zu befestigen, weil nur sie einen Rückhalt auch in staatlichen Wirren bieten könne. Die Regierungen waren jedoch anderer Ansicht. Vertreter Württembergs, Badens, der beiden Hessen, Nassaus und Frankfurts (Preußen für Hohenzollern hielt sich fern) berieten vom Februar 1852 ab in Karlsruhe monatelang über diese Denkschrift und lehnten die wesentlichsten Punkte ab. Die geringen Milderungen der Verordnung von 1830, zu denen sie bereit waren, wurden durch gleichlautende Verordnungen im März 1853 bekannt gemacht. Höchst unzufrieden über diesen mißlungenen Anlauf erklärten die Bischöfe am 12. April, daß sie Gott mehr gehorchen würden als den Menschen und so zu handeln entschlossen seien, als ob ihre Forderungen zugestanden wären; in einer zweiten Denkschrift vom 18. Juni begründeten sie dies Verfahren aus dem Kirchenrechte, gegen das sie kein Landesrecht wollten gelten lassen. Daraus entspannen sich bittere Konflikte, die besonders in Baden einen heftigen Charakter annahmen. Der Erzbischof von Freiburg, Hermann von Vicari, hatte sich schon im Mai 1852 durch die Verweigerung des Traueramtes für den verstorbenen Großherzog und durch die Bestrafung von über hundert der Regierung gehorsamen Priestern in den gehässigsten Gegensatz zu der Obrigkeit gestellt. Auf diesem Standpunkte beharrte er nun mit wachsender Verbitterung, und als ihm im November 1853 ein landesherrlicher Kommissar beigegeben wurde, dessen Unterschrift zu allen bischöflichen Erlassen nötig sein sollte, exkommunizierte er nicht nur diesen, sondern auch den badischen Oberkirchenrat. Da wurde er dann freilich verhaftet und die Priester, welche seinen gesetzwidrigen Befehlen gehorchten, traf Geld- und Gefängnisstrafe; auch in

Oberheini-  
sche Kirchen-  
provinz.

Badischer  
Kirchenstreit.

Konventionen.

Württemberg und Nassau wurde mit Strenge gegen den trotzig Ungehorsam eingeschritten; von langer Dauer war aber diese Entschlossenheit nicht. Bald wurden Verhandlungen mit den Bischöfen angeknüpft, und schon 1854 kam es in Darmstadt zu einer geheimen, in Stuttgart zu einer veröffentlichten Konvention, die in wesentlichen Punkten den geistlichen Forderungen nachgab. Trotzdem war der päpstliche Stuhl sehr wenig damit zufrieden, nicht weil ihm die Zugeständnisse der Regierungen zu unbedeutend erschienen, sondern weil er gehofft hatte bei dieser Gelegenheit die oberrheinischen Staaten zu einem förmlichen Konkordat zu drängen. Man beschwerte sich in Rom lebhaft über das selbständige Vorgehen der Bischöfe; fast scheint es, als ob der harmlose Vorschlag einer Nationalkirche Besorgnisse wachgerufen habe. Jeder Bischof, klagte Pius IX. dem württembergischen Konsul, sei jetzt so gut Papst als er; sie gäben ihm nicht einmal Kunde von ihren Schritten, und es sei schon ein Glück, wenn sie sich nur an ihn wendeten, ehe sie Neuerungen begännen. Diese Selbständigkeit zu brechen blieb von da ab ein Hauptziel der Kurie; der erste Schritt dazu war, daß man die Konventionen der Bischöfe mit den Regierungen verwarf und durch die Höfe von Wien und Berlin den Abschluß von Konkordaten anzuregen suchte. Große Geneigtheit dazu fand man eben nicht; aber Österreichs Vorgang, das im Herbst 1855 sein Konkordat zustande brachte, besiegte die Bedenklichkeiten. Nur zu richtig hatten römische Stimmen im voraus verkündet: im Konkordate spricht der Kaiser, und wenn der Kaiser spricht, werden die Markgrafen wohl oder übel folgen; Österreich zeichne die Bahn vor, in welche früher oder später die kleinen, mittleren und ein gewisser großer Staat würde einlenken müssen. Der große freilich sank so tief doch nicht herab, aber aus Karlsruhe, Stuttgart und Wiesbaden erschienen wirklich in den nächsten Jahren Bevollmächtigte in Rom und begannen Unterhandlungen, die zuerst mit Württemberg am 8. April 1857 und weiterhin auch mit Baden und Nassau zum Ziele führten. Gleichwohl traten diese Konkordate nicht rechtlich in Kraft; zur Gültigkeit bedurften sie der Zustimmung der Landesvertretungen, und als diese eingeholt werden sollte, waren die Zeiten der Reaktion vorüber, so daß sie von den Kammern verworfen und auch von den Regierungen trotz aller Klagen des päpstlichen Stuhles meist ohne erheblichen Widerstand preisgegeben wurden.

Das österreichische Konkordat.

Ähnliche Verträge wie mit den süddeutschen Staaten hatte Rom seit 1850 auch mit den italienischen Fürsten abgeschlossen; aber weit aus sein größter Sieg war doch das österreichische Konkordat vom 18. August 1855. Nirgends war man so empfänglich für die römische Lehre, daß nur die Herrschaft der Kirche den Gehorsam der Völker verbürge, wie in Wien. Mit besonders lebhaftem Dankgefühl sah man, daß die Geistlichkeit sich gegen das Nationalitätsprinzip wandte, daß z. B. die Bischöfe, die 1849 in Wien versammelt waren, es für einen Rest des Heidentums erklärten, weil es auf der Verschiedenheit der Sprachen beruhe und diese

wie  
her  
St  
bill  
den  
fein  
Lu  
alle  
Kon  
den  
nur  
bese  
Kon  
und  
also  
gün  
Bis  
Lese  
wid  
Ber  
zu  
Kir  
gew  
der  
nah  
zehr  
sie  
das  
ford  
träg  
der  
ohne  
hinr  
lich  
Erg  
der  
Die  
der  
ausg  
schle  
pfler  
nien  
Ben  
reich  
8

wiederum aus dem Abfall von Gott bei dem Turmbau von Babel sich herschreibe. Wenn die Unabhängigkeitsgelüste der Völker im österreichischen Staate wirklich die schwerste Gefahr für die Einheit der Monarchie bildeten, wo konnte man dann eine bessere Hilfe finden als bei einer so denkenden Geistlichkeit. Um diese bei guter Stimmung zu erhalten durfte kein Opfer zu groß erscheinen, und so gewährten denn schon vor der Aufhebung der Verfassung kaiserliche Verordnungen vom April 1851 alle Forderungen Roms im vollsten Maße. Durch den Abschluß des Konkordates wurden diese Zugeständnisse der einseitigen Änderung durch den Staat entzogen; sie bestanden fortan vertragsmäßig zu Recht und nur die Einwilligung des Papstes oder ein Rechtsbruch konnte sie wieder beseitigen. Vollkommen zufrieden war aber die Kurie selbst mit dem Konkordate noch nicht; die Auslegung der Grundsätze, die es aussprach, und die Ausführungsgesetze mußten das Beste thun. Sofort ging man also daran sich die Früchte des Vertrages zu sichern, und bei der günstigen Gesinnung des Kaisers war das nicht schwer. Da wurde den Bischöfen die vollkommenste Freiheit zugestanden ihre Herden von dem Lesen verderblicher Bücher abzuhalten; die Regierung hatte nichts dawider, wenn die Prälaten von den Buchhändlern die Einsendung ihrer Verlagsartikel verlangten um sie vor dem Druck der geistlichen Zensur zu unterwerfen; in ausgedehntem Maße stand der weltliche Arm den Kirchenfürsten zu Gebote, wenn sie bei der Ausübung ihrer Disziplinalgewalt auf Schwierigkeiten stießen; alle Änderungen, die von ihnen in der Gesetzgebung gefordert wurden, durften der wohlwollendsten Aufnahme und meistens auch der bereitwilligsten Annahme sicher sein; in zehnwöchentlichen Konferenzen mit den Vertretern der Regierung konnten sie vom April bis Juni 1856 ein vollständiges Programm entwerfen, das alle Forderungen und Folgerungen enthielt, die sie aus dem Konkordate zu ziehen für gut fanden; und wie das Eherecht diesen Anträgen gemäß durch kaiserliche Verordnung vom 8. Oktober zum Nachteil der Nichtkatholiken geändert wurde, so setzte man sich in fast allen Fragen ohne Bedenken über die Beschwerden der übrigen Glaubensgemeinschaften hinweg um nur des päpstlichen Segens und des Beistandes der katholischen Geistlichkeit bei der Unterdrückung der Völker sicher zu sein. Das Ergebnis dieser Konkordatsgesetzgebung war also die unbedingte Herrschaft der Bischöfe über Klerus und Kirchenvermögen in Schule und Haus. Die freisinnige josefinische Ordnung, die allerdings in manchen Punkten der Kirche zu nahe getreten sein mochte, wurde mit Stumpf und Stiel ausgerottet und der Staat so vollkommen in die Banden Roms geschlagen, als ob in der That, wie die Bischöfe es so gern zu beteuern pflegten, die Interessen der Kirche den wahren Interessen des Staates niemals widerstreiten könnten.

Nicht so erfolgreich wie in Osterreich war die Kurie mit ihren <sup>Frankreich.</sup> Bemühungen in den übrigen katholischen Ländern, selbst nicht in Frankreich. Hier stützte sich zwar Napoleon als Prinz-Präsident wie als

Kaiser zum großen Teil auf die katholische Geistlichkeit und mußte daher ihre Geneigtheit durch mancherlei Zugeständnisse erkaufen; aber soweit es irgend ging, suchte er sich doch seine Unabhängigkeit zu wahren und verzichtete lieber auf lebhaftere Lieblingswünsche, wie auf die Krönung durch den Papst, als daß er einen zu hohen Preis dafür bezahlt hätte. Die allgemeine Richtung der französischen Politik und die Stimmung im Lande war freilich nichtsdestoweniger den katholischen Interessen günstig; nur der unbedingten Herrschaft, die sie beanspruchten, konnten sie sich nicht erfreuen. Dies und die schweren Niederlagen, welche die Kurie in Sardinien erlitt, wird an anderer Stelle zu erzählen sein. Die übrigen Länder Italiens beharrten in der Willfährigkeit gegen Rom, die ihnen schon durch ihre Abhängigkeit von Oesterreich vorgeschrieben war, und mehr als einmal wurden die protestantischen Mächte durch die Nachrichten von Verfolgungen und Strafen in Bewegung gesetzt, denen selbst in dem gemäßigten Toskana friedliche Bürger nur deshalb preisgegeben waren, weil sie es gewagt hatten die Bibel zu lesen.

**Portugal.** Durchaus unzugänglich für den römischen Einfluß erwies sich Portugal. Dom Pedros Feindseligkeit gegen die Kurie wurde freilich von seiner Tochter, der Königin Donna Maria da Gloria, nicht geteilt; aber die Aufhebung der Zehnten und der Klöster und die ganze kirchenfeindliche Gesetzgebung, die er veranlaßt, blieb auch über seinen Tod und über das Jahr 1841, in dem eine äußerliche Ausöhnung mit dem Papste durch den Nuntius Capaccini zustande gebracht ward, in Kraft. Zu einem Konkordate zeigten sich weder die Liberalen und ihr Führer Saldanha, noch die Konservativen, an deren Spitze Costa Cabral, Graf von Thomar, stand, willig, und auch als im November 1853 die Königin starb und ihr Sohn, anfangs unter der Vormundschaft seines Vaters Ferdinand von Koburg, seit 1855 aber selbständig als Dom Pedro V., die Regierung übernahm, änderte sich an dieser Stimmung nichts. Das Verhältnis zu Rom blieb gespannt, und der frühe Tod des kinderlosen Königs, dem ein Bruder um wenige Tage ins Grab vorausging, ein anderer wenige Wochen später folgte, ward von der einen Seite als die Strafe des Himmels für das gottlose Herrscherhaus betrachtet, von der anderen mit Argwohn und Verbitterung auf unnatürliche Ursachen zurückgeführt. Der neue König aber, der, gleichfalls ein Bruder des Verstorbenen, als Dom Luiz I. am 15. November 1861 den Thron bestieg, wurde durch diese Trauerfälle weder bekehrt noch eingeschüchtert, und Portugal blieb neben Viktor Emanuels Reiche von allen katholischen Staaten Europas der ungefügigste und unkirchlichste.

**Spanien.** Bei weitem nicht so ungünstig, aber doch auch keineswegs befriedigend war die Stellung der Kurie zu Spanien. Eine sehr zuverlässige und ergebene Anhängerin hatte der Papst hier allerdings an der Königin Isabella, die ihren bedenklichen Lebenswandel durch Unterwürfigkeit unter das geistliche Gebot wieder gutzumachen dachte und zuzeiten

auch die Politik ihres Landes ganz und gar im Sinne der Jesuiten beeinflussen konnte. Aber im allgemeinen stand die Entscheidung doch nicht bei ihr, sondern bei der jeweils herrschenden Partei. Narvaez, der an der Spitze der Moderados während des größten Theiles der vierziger Jahre gemäßigt und klug die Regierung geführt hatte, wußte auch in der Nachgiebigkeit gegen Rom Maß zu finden, so schneidig auch die Waffe war, die man dort in der Drohung den Karlismus zu segnen in der Hand hielt. Und wie er der März- und Mai-Krawalle, die das Jahr 1848 in Madrid und ein paar anderen Städten brachte, mit leichter Mühe Herr wurde, so bezwang er in der That auch den katalonischen Aufstand, den Cabrera zu Gunsten Don Carlos VI., des Grafen von Montemolin, anzettelte und beinahe ein Jahr am Leben erhielt, bis die französischen Behörden der Sache ein Ende machten, indem sie am 5. April 1849 den Prätendenten, als er eben die Grenze überschreiten wollte, und drei Wochen später auch Cabrera selbst, der mit einigen Gefährten auf französisches Gebiet übergetreten war, verhafteten. Länger als anderthalb Jahre behauptete sich dann Narvaez noch am Ruder, mußte aber am 10. Januar 1851 einem durchaus reaktionären Ministerium unter Führung von Bravo Murillo Platz machen. Nun endlich gelang es der Kurie ein Konkordat, auf das sie lange hingearbeitet, durchzusetzen und dabei nicht allein die Rückgabe der noch unverkauften Kirchengüter sondern auch eine Entschädigung für die schon veräußerten zu erlangen. Da die Ausübung jeder anderen Religion als der katholischen bei schwerer Strafe untersagt, der Unterricht den Bischöfen überantwortet und eine geistliche Bücherzensur eingeführt wurde, hätte der Ultramontanismus alle Ursache gehabt zufrieden zu sein, wenn er nur Bürgschaft für die Dauer dieser neuen Zustände hätte gewinnen können. Die aber war nirgends zu finden; bald drängte ein Ministerwechsel den anderen, Murillo stieß schon im nächsten Jahre bei den neugewählten Cortes auf so feindliche Gesinnungen, daß er sie am 2. Dezember auflösen und wenige Tage darauf dem Grafen Alcoy das Staatsruder abtreten mußte. Irgend welche Bedeutung hatte dieser Wechsel freilich nicht; eine Schattierung der Moderados löste die andere ab; als die Cortes im März 1853 den Grafen Alcoy mit dem gleichen verdienten Mißtrauen behandelten wie seinen Vorgänger, folgte ihm der General Peris, und unerschöpflich in neuen Kombinationen setzte sich dann der Wechsel bis in den Juli 1854 fort, wo unter dem Ministerium des Grafen San Luis der Zusammenbruch erfolgte. Irgend etwas Haltbares vermochte keines dieser Ministerien zu schaffen, obgleich sie in Entwürfen und Versuchen von Verfassungsänderungen miteinander wetteiferten; die einzige Frucht dieser Reaktionszeit war, daß die Liberalen immer erbitterter und ungeduldiger, die Moderados immer uneiniger und unfähiger zur Regierung wurden. Nach wiederholten mißlungenen Aufständen erhob am 30. Juli 1854 O'Donnell in Bicalvaro nahe bei Madrid die Fahne

Narvaez.

Das Konkordat  
von 1851.Wechselnde  
Ministerien.O'Donnell's  
Aufstand.

der Empörung, und ein Straßenkampf in der Hauptstadt, den die Progressisten vom 17.—19. Juli ausfochten, brachte das Ministerium vollends zu Fall. Die beiden Gruppen der Auführer einigten sich über eine gemischte Regierung; den Vorsitz erhielt Espartero als Haupt der Progressisten, O'Donnell als Vertreter der unzufriedenen Generale das Kriegsministerium; das Konkordat ward aufgehoben, der Verkauf der Kirchengüter von neuem begonnen und nach endlosen Redegefechten am 15. Dezember 1855 auch eine neue Verfassung zustande gebracht. Ins Leben zu treten war indes auch dieser nicht beschieden; noch ehe sie verkündet ward, hatte O'Donnell, der mit Espartero längst zerfallen war, einen neuen Wechsel vorbereitet. Im Juli 1856 führte er durch innere Streitigkeiten den Rücktritt des Kabinettes herbei, und als die Königin darauf ihn, nicht Espartero, mit der Neubildung betraute, verhängte er den Belagerungszustand über ganz Spanien, unterdrückte mit blutiger Energie die Aufstände in Madrid, Saragossa und Barcelona, hob die Nationalgarde auf, schickte die Cortes nach Hause und stellte endlich die Verfassung von 1845 wieder her. Nachdem er so reine Bahn für ein gemäßigt freisinniges Regiment geschaffen hatte und sich anschickte, gestützt auf die liberale Union, eine Mittelpartei zwischen Moderados und Progressisten, die sich in den Cortes von 1854 gebildet hatte, den Weg des vorsichtigen Fortschrittes einzuschlagen, ward er von der Königin, welche die Schwäche der noch jungen Partei wohl kannte, einfach beiseite geschoben und am 14. Oktober 1856 durch Narvaez ersetzt. Dessen Stellung aber war durch die Parteiverschiebungen der letzten Jahre wesentlich verändert; der liberalere Teil seiner Freunde war zu der Union übergetreten, eine äußerste Rechte hatte sich unter dem Namen der Neukatholiken abgezweigt, der Rest der Partei befand sich infolge der zahlreichen Ministerwechsel von 1851—54 in völliger Zersezung und bildete viele kleine Gruppen, die sich um einzelne Personen scharten. Narvaez mußte die bedeutendsten davon in sein Kabinett aufnehmen und selbst Nocedal, einen Führer der Neukatholiken, der durch ein reaktionäres Preßgesetz das Ministerium weit nach rechts drängte, sich gefallen lassen. Die Religionsfreiheit, welche die Cortes von 1855 gewährt, ward wieder aufgehoben, der Verkauf der Kirchengüter abermals rückgängig gemacht, durch ein neues Unterrichtsgesetz das Schulwesen wieder der Geistlichkeit überantwortet. Eine allgemeine Gärung ergriff von neuem das Land, die Cortes zeigten sich unzufrieden und dem Hofe genügte dieses Maß von Reaktion gleichwohl noch immer nicht. Da forderte Narvaez am 1. Oktober 1857 seine Entlassung und nachdem die Königin es zunächst mit dem liberalen Flügel der Moderados unter Armero und Mon, dann mit dem konservativeren unter Isturiz versucht hatte, trat endlich am 30. Juni 1858 O'Donnell mit der liberalen Union wieder ans Steuerruder um es mehrere Jahre hindurch nicht unrühmlich und erfolglos zu führen.

Neues  
Schwanzen.

Belgien.

Damit war denn aller Gewinn auch für die Kurie wieder verloren

gegangen und das Gesamtergebnis des Jahrzehntes war für sie schließlich ebenso nichtig wie für die spanische Nation; über all dem Hin- und Herschwanken war man nicht aus der Stelle gekommen. In gewissem Sinne konnte man dasselbe von der Stellung der Ultramontanen in Belgien sagen. In diesem Lande hatte der englische Parlamentarismus sich so vollkommen eingelebt wie nirgendwo sonst; wenn dem Könige daran ein gut Teil des Verdienstes zukam, so lag es doch nicht minder an dem Umstande, daß, wie England einst an den Whigs und Tories, so Belgien an den Liberalen und Ultramontanen zwei große geschlossene Parteien und damit die wichtigste Vorbedingung für die Begründung eines parlamentarischen Systemes besaß. Die Stärke der beiden Partien war fast die gleiche, und in regelmäßigem Wechsel lösten sie sich am Staatsruder ab; die Folge davon war, daß jede mit der anderen rechnen mußte und der Mißbrauch der Macht seitens der herrschenden Partei sich in bescheidenen Grenzen hielt. Auf der anderen Seite vergaß aber der belgische Ultramontanismus über den heimischen Aufgaben keineswegs die universellen; wenn einer seiner Führer, der Herr von Kerkhove, es offen aussprach, daß der Ultramontanismus kein Vaterland außer Rom kenne, so handelten viele hervorragende Parteigenossen thatsächlich in diesem Sinne. Adel und Klerus stellten ihre besten Kämpfer der Kurie zur Verfügung. Der Jesuitengeneral Beckx und der päpstliche Kriegsminister Graf von Mérode stammten aus Belgien und viele ihrer Landsleute dienten in ihrem Stabe. In diesen Kreisen wurden die Ideen von dem Weltberufe des Papsttums am eifrigsten genährt, und dem Jesuitismus die tüchtigsten Kräfte herangezogen. Hier erkannte man am lebhaftesten die Notwendigkeit der Kurie nicht bloß Zuwachs an äußerer Macht zu bringen, sondern dem Papste selbst zu einer absoluten Gewalt über die ganze Kirche zu verhelfen, damit er den Widerstand freisinniger Strömungen brechen und das ultramontane System vor jeder Verfälschung bewahren könne. Des eigenen Einflusses auf den zeitigen Papst waren die Jesuiten vollkommen sicher, und ebenso sicher hofften sie die künftigen Papstwahlen nach ihrem Willen lenken zu können. Alle Gefahr, die ihnen drohte, konnte nur von den Bischöfen und dem niederen Klerus kommen, und diese zu beugen und zu fesseln mußte daher ihre dringendste Aufgabe sein.

Als letztes Ziel schwebte ihnen dabei die Absicht vor die Unfehlbarkeit des Papstes zum Dogma zu erheben und ihm dadurch eine unangreifbare Stellung gegenüber widerspenstigen Bischöfen zu verschaffen. Allein sie waren vorsichtig genug mit diesem Vorhaben nicht sogleich herauszurücken. Die Verkündigung neuer Dogmen war seit langer Zeit außer Brauch gekommen, und die Welt mußte erst wieder daran gewöhnt werden. Es galt also eine Lehre zu finden, die geeignet wäre als Bedingnis der Seligkeit aufgestellt zu werden und die des Papstes Beifall und bei den Bischöfen wenigstens keinen hartnäckigen Widerstand fände. Dazu empfahl sich der Satz von der sündlosen Geburt der

Universelle  
Tendenzen des  
Ultramonta-  
nismus.

Die unbesleckte  
Empfängnis.

Maria. Schon das Konzil von Ephesus im Jahre 430 hatte sie zur Gottesmutter erklärt; also nicht Christus als Mensch, sondern Christus als Gott war ihr Sohn; daraus war von den Franziskanern schon frühzeitig gefolgert worden, daß auch sie selbst sündlos geboren sei, und das Fest der unbefleckten Empfängnis Mariä (am 8. Dezember) war gegen den Widerspruch der Dominikaner seit dem 14. Jahrhundert in Aufnahme gekommen. Allerdings stand diese Lehre in ihren Konsequenzen im Widerspruch mit einem anderen Dogma, dem von der Erbsünde; wenn die sündlose Geburt der Maria nötig sein sollte, damit Christus selbst sündlos geboren werden konnte, so durfte mit demselben Rechte diese Schlußfolgerung von Mutter zu Mutter bis auf das erste Menschenpaar rückwärts ausgedehnt werden, und mit der Erbsünde war es vorbei. Aber durch solche Bedenken ließen sich die Jesuiten nicht anfechten, sie wußten, daß Pius jeder Maßregel zur Verherrlichung der Maria, die er für seine besondere Gönnerin hielt, geneigt sei, und so beschlossen sie, wie die Spötter meinten, auch dem lieben Gott eine Großmutter zu geben, da der Teufel sie ja schon lange habe. Eine Versammlung von Bischöfen wurde nach Rom berufen und gab ihre Zustimmung; am 8. Dezember 1854 wurde das neue Dogma verkündigt. Es erregte in der protestantischen Kirche mehr Aufsehen als in der katholischen. Friedrich Wilhelm IV. besonders fühlte durch diese Neuerung den gemeinsamen Boden, auf dem der Katholizismus und der altgläubige Protestantismus nach seiner Ansicht standen, heftig erschüttert; alle evangelischen Kirchen, so wünschte er, sollten einmütig ihre Stimme dagegen erheben und erklären, daß mit diesem Dogma der Papst das apostolische Glaubensbekenntnis verlassen und eine breite Kluft zwischen sich und der übrigen Christenheit gerissen habe. Aber er ließ den Plan fallen, als der Erzbischof von Canterbury namens der anglikanischen Kirche Schwierigkeiten machte, und die wirkliche Tragweite des Ereignisses, die Absicht, in der es herbeigeführt war, durchschaute doch auch er so wenig wie irgend jemand sonst zu jener Zeit. Nur das dunkle Gefühl blieb bei den schärfer Beobachtenden zurück, daß die römische Kirche sich zu neuen Eroberungen rüste und daß es nicht wohl gethan sei sie mit stolzem Pochen auf die Tageshelle des neunzehnten Jahrhunderts und die Unüberwindlichkeit der modernen Bildung gewähren zu lassen.

Der Jesuitismus und die freie Forschung.

Dieses selbe Gefühl hätten auch alle übrigen Beobachtungen hervorgerufen sollen, die man bezüglich des Auftretens der jesuitischen Partei machen konnte. Wo innerhalb des Katholizismus selbständige Forschung aufzukommen drohte, wurde sie durch Machtsprüche erstickt oder durch Bannflüche aus der Kirche gewiesen. So waren in Deutschland die Lehren von Hermes ausgerottet, so wurde ein jüngerer Philosoph, der in ähnlicher Weise die Wahrheit der katholischen Dogmen wissenschaftlich zu begründen suchte, Günther in Wien, und mit ihm sein Schüler Balzer in Breslau, von dem römischen Stuhle verworfen. In gleicher

Weise hatte man in Frankreich Lamennais aus der Kirche gedrängt und seine Anhänger Lacordaire und Montalembert zur Unterwerfung gezwungen. Gegen die Bischöfe bediente man sich auf das rücksichtsloseste der Presse; die ultramontanen Heißsporne, wie Veuillot in dem einflußreichsten kirchlichen Blatte Frankreichs, dem *Univers*, mußten über die milder gestimmten Prälaten herfallen und wurden, wenn Beschwerden gegen sie in Rom einliefen, statt mit Tadel mit dem päpstlichen Segen bedacht. Männer, von denen man wußte, daß sie den jesuitischen Plänen feind seien, erhielten gewiß keinen Zutritt zu den bischöflichen Stühlen, und wenn sie in regelrechter Weise gewählt waren, wie der Gießener Professor Leopold Schmidt zu der Mainzer Bischofswürde, so scheute man auch den Bruch des bestehenden Rechtes nicht und zwang den Diözesen ausserkorene Werkzeuge der Jesuiten wie den Freiherrn von Ketteler auf, der fortan die Seele aller jesuitischen Agitationen in Deutschland war und mit unermüdlicher Geschäftigkeit durch Flugschriften und Reden, in der Presse, in Parlamenten und Vereinen zu wirken verstand. Angriffslustig stürzten er und seine Genossen sich auch auf den Protestantismus, den sie dem Volke als die wahre Ursache von Deutschlands Zersplitterung und Ohnmacht zu schildern suchten; wie die Juden durch die Kreuzigung Christi, so habe unser Volk, lehrte der Mainzer Bischof, durch die Reformation seine nationale Existenz verscherzt; nur durch die Rückkehr zur römischen Kirche könne es seine Einheit wiedergewinnen. In demselben Geiste behauptete einige Jahre später sein Paderborner Amtsbruder Martin, daß auch die Protestanten seiner Diözese seiner oberhirtlichen Obhut unterworfen seien, und der Papst erhob zuletzt den gleichen Anspruch sogar persönlich dem deutschen Kaiser gegenüber. Jesuitenmissionen durchzogen Deutschland von neuem nach allen Seiten, man trug sich mit dem früher schon ernstlich verfolgten Plane eines katholischen Bistums in dem protestantischen Hamburg, man machte den Versuch durch die Begründung einer Nuntiatur in Berlin sich in der Hauptstadt des preussischen Staates einzunisten um von da aus bequemer die Fäden nach allen Richtungen hin anspinnen zu können.

Jesuitismus  
und Prote-  
stantismus.

In den übrigen protestantischen Ländern war man nicht minder thätig, und die Erfolge, die erzielt wurden, reizten zu immer neuen Übergriffen. Geradezu glänzend waren die Fortschritte des Katholizismus jenseit des Ozeans in den Vereinigten Staaten von Amerika; den größten Teil daran hatte freilich die Einwanderung katholischer Irländer; aber mochte die Ursache sein, welche sie wollte, es war doch ein glänzender Triumph, als in dem gutprotestantischen Lande, das am Beginn des Jahrhunderts nur einen katholischen Bischof besessen hatte, im Mai 1852 ein Nationalkonzil zusammentrat, das 6 Erzbischöfe und 26 Bischöfe zu Mitgliedern zählte, daß wenige Jahre später mehr als 20 000 katholische Priester und über 50 Bischöfe an beinahe 6000 Kirchen und Kapellen wirkten. Gegen solchen Gewinn trat selbst der Verlust zurück, den man durch die Einbuße der Kirchengüter in Mexiko erlitt. Allein wichtiger

Die Propa-  
ganda in  
Amerika.

als alle Vorgänge in Amerika und die Eroberungen auf den weiten Missionsfeldern Afrikas, Asiens und Australiens waren für die nächste Gegenwart doch die Siege, die der Katholizismus über die protestantischen Kirchen in Europa davontrug. Der Geist der Neuzeit, der in England die politische Gleichberechtigung der Katholiken erzwungen hatte, stürzte auch in Skandinavien die ausschließliche Herrschaft des Luthertums und eröffnete der katholischen Propaganda ganz neue Gebiete, über deren spröde Bevölkerung er allerdings noch keine erheblichen Vorteile zu gewinnen vermochte. In Holland und England dagegen konnte man sich schon bis zu der Neubegründung einer katholischen Hierarchie vorwagen.

Holland.

Beide Länder waren bisher als Missionsgebiete behandelt und ihre katholische Bevölkerung durch päpstliche Vikare geleitet worden. In Holland eröffnete die liberale Verfassung vom 14. Oktober 1848 dem Katholizismus die Bahn zu freierer Bewegung, und als auf König Wilhelm II. im März 1849 sein Sohn Wilhelm III. folgte, und dieser am 30. Oktober das liberale Ministerium Thorbecke berief, legte auch die Verwaltung der jesuitischen Propaganda keine Hindernisse mehr in den Weg. Zahlreich erschienen die Ordensbrüder im Lande, Klöster wurden gestiftet, katholische Zeitschriften begründet, und endlich am 7. März 1853 durch päpstliches Breve ein Erzbischof von Utrecht und vier Bischöfe eingesetzt. Nun brach wohl der Sturm protestantischen Unwillens gegen das Ministerium los, dem man vorwarf diese Maßregel nicht verhindert zu haben; Thorbecke und mehrere seiner Kollegen mußten am 19. April 1853 zurücktreten, aber Hall, der ihn ersetzte, konnte auch nichts anderes thun als durch besondere Gesetze, unter denen das wichtigste die völlige Trennung der Schule von der Kirche betraf, dem Vordringen des Katholizismus gewisse Grenzen ziehen; der Beweis war augenfällig geliefert, daß die Kurie mit großem Geschick die liberalen Theorien auszubeuten wisse, und wenn man diese Theorien um solcher unerwünschten Folgen willen nicht beschränken oder gar verwerfen wollte, so ergab sich mit Notwendigkeit die Pflicht alle Schritte des Jesuitismus vorsichtig zu überwachen und ihm auf jedem seiner Wege entschlossen und unnachgiebig mit den Waffen des Geistes entgegenzutreten.

### England unter der Herrschaft der Whigs.

Diese Pflicht lag nächst Deutschland keinem Lande dringender ob als Großbritannien, und der päpstliche Angriff, der sich ganz in derselben Weise wie gegen die Niederlande gegen England gerichtet hatte, war ein vernehmlicher Aufruf an den protestantischen Sinn des Inselvolkes, der bedenklich eingeschlummert zu sein schien. Statt abzusterben behauptete sich die katholisierende Richtung Buseys siegreich in der anglikanischen Kirche, und dem Übertritte von Newman waren andere Männer von geistiger Bedeutung und gesellschaftlicher Stellung, wie der Archi-

diaconus Manning und zwei Brüder Wilberforce gefolgt. Seit Jahren bereits munkelte man davon, daß Rom die Wiederherstellung katholischer Bistümer in England beabsichtige; aber trotzdem stand die öffentliche Meinung ganz verwirrt und zwiespältig der vollendeten Thatsache gegenüber, als am 29. September 1850 ein päpstliches Breve wirklich an die Stelle der vier apostolischen Vikariate, unter denen bisher die englischen Katholiken gestanden, zwölf Bistümer und ein Erzbistum setzte und das letztere dem Cardinal Wiseman unter dem Titel eines Erzbischofs von Westminster übertrug. Die Entrüstung der englischen Protestanten über diese Maßregel war allerdings außerordentlich; das lange verstummte No-popery-Geschrei erhob sich wieder mit Macht und im Ministerium war wenigstens Lord Russell entschlossen dem „unverschämten und heimtückischen Angriff“ durch gesetzliche Maßregeln entgegenzutreten. Da zeigte es sich aber, daß der Katholizismus auch in England bereits eine politische Macht sei. Das Whigministerium verdankte seine Mehrheit im Unterhause nur der Unterstützung der irischen Vertreter, und diese fielen sogleich von ihm ab, als Russell am 7. Februar 1851 ein Gesetz einbrachte, das allen nicht zur Staatskirche gehörenden Geistlichen die Führung bischöflicher Titel verbot und alle Schenkungen und Vermächtnisse an solche Geistliche untersagte. Der irischen Opposition schlossen sich die unabhängigen Liberalen wie Roebuck und John Bright an, die sonst auch zu dem Ministerium standen, und so war die immer schon schwankende Stellung der Regierung im Umsehen unhaltbar geworden. Allerdings gefährdete das nicht gerade die Titelbill; denn die Tories waren womöglich noch grimmigere Feinde Roms als Lord Russell und liehen ihm in dieser Sache ihren Beistand; aber sie benutzten die Spaltung in den Reihen der Gegner um durch eine Abstimmung über den Antrag des Radikalen Locke King, der eine Ausdehnung des Wahlrechts bezweckte, am 20. Februar den Sturz der Whigs herbeizuführen. Selbst die Regierung zu übernehmen waren sie bei der Zusammensetzung des Unterhauses indes nicht imstande und zu einer Auflösung glaubten sie die Zeit noch nicht gekommen. Die natürlichste Lösung schien unter diesen Umständen die Bildung eines gemischten Ministeriums, sei es aus Whigs und Peeliten oder aus Peeliten und Tories. Beides wurde versucht, aber beides scheiterte. Sir Robert Peel selbst war seit einigen Monaten tot; ein Sturz vom Pferde hatte ihm im Juli 1850 das Leben gekostet; jetzt waren die bedeutendsten Mitglieder der Partei Lord Aberdeen und Sir James Graham. Eine Verständigung mit den Tories machte ihnen ihre Freihandelspolitik unmöglich; aber auch das angebotene Bündnis mit den Whigs lehnten sie ab, weil sie deren Auftreten gegen den Papst nicht billigten. So endete die Ministerkrisis nach 14 Tagen damit, daß auf Wellingtons Rat Russell und seine Kollegen wieder ein-

Katholische  
Hierarchie in  
England.

Ministerkrisis.

Titelbill.

Sache; den Tories gelang es sogar noch mancherlei Verschärfungen hinzubringen. Aber im Grunde war mit alledem doch Rom gegenüber wenig erreicht. Das Gesetz wirklich gegen die neuen Bischöfe anzuwenden lag, wie Russell später erklärte, niemals in seiner Absicht; er wollte nur den Grundsatz zum scharfen Ausdruck bringen, daß in England niemand als die Königin Bischöfe ernennen könne. Die neuen Prälaten traten also unbehindert ihr Amt an, und im Jahre 1870 wurde die Titelbill als völlig nutzlos wieder aufgehoben.

Die Stellung  
der Whigs.

Die schwache Stellung des Whigministeriums war durch den Sieg der Titelbill nicht gekräftigt worden. Die Loslösung der Peelite von den Tories hatte eine ähnliche, aber doch viel tiefer greifende Umwandlung des parlamentarischen Parteilebens herbeigeführt, wie in den zwanziger Jahren die Loslösung der Canningiten; das selbständige Auftreten der unabhängigen Liberalen und der Iren, das Vorhandensein also dreier Parteien von erheblichem Stimmengewicht neben den beiden alten, mußte die breite Grundlage, auf der früher ein Tory- oder Whigregiment zu ruhen pflegte, völlig zerstören. Ohne Zugeständnisse, durch die man die Nachsicht oder Unterstützung einer oder mehrerer dieser drei Zwischengruppen erkaufte, war keine Verwaltung mehr möglich. Nun hatte allerdings das Ministerium Russell viel gethan um sich den Beifall der unsicheren Bundesgenossen zu verschaffen. Die furchtbare Hungersnot, die Irland besonders im Winter 1847 heimgesucht, war von den Whigs durch reichliche Bewilligung von Geldern gemildert worden. Die Zahl derer, welche vom Staate Almosen empfangen, stieg vom September 1846 bis zum März 1847 von 43 000 auf beinahe dreiviertel Millionen; mehr als 7 Millionen Pfund wurden aus öffentlichen Mitteln für die Notleidenden verausgabt; dazu kamen erstaunliche Summen, die durch freiwillige Beisteuern aufgebracht wurden. Die Tories wetteiferten selbstverständlich mit ihren Gegnern in der Bereitwilligkeit zu helfen, aber der politische Dank fiel doch der herrschenden Partei zu. Andererseits hatte diese aber auch die Vorwürfe wegen der doch unerläßlichen Maßnahmen der Strenge zu ertragen. Die furchtbare Not, der die unerhörte Sterblichkeit entsprach (es starben 1847 in Irland etwa 250 000 Menschen, d. h. mehr als in den drei vorhergehenden Jahren zusammen), hatte eine zunehmende Verwilderung im Gefolge; die Verbrechen häuften sich in erschreckender Weise, und die Whigs, die früher Peel gegenüber alle Ausnahmemaßregeln bekämpft hatten, mußten sie jetzt selbst beantragen. Das entfremdete ihnen dann wieder die Gemüther der Iren, und als das Jahr 1848 auch in England und Schottland einige unruhige Wochen brachte und die Regierung zum Aufgebot polizeilicher und militärischer Macht zwang, wurde auch der Groll der Radikalen rege. Erheblichen Umfang gewann die revolutionäre Aufregung indessen nicht. Eine Riesenpetition mit angeblich beinahe sechs, in Wahrheit doch kaum zwei Millionen Unterschriften, die obendrein größtenteils gefälscht waren, wie der Name der Königin oder der sieb-

Irland.

Das Jahr  
1848.

zehnmal wiederkehrende des Herzogs von Wellington bewies, sollte dem Parlamente von einem Pöbelhaufen unter D'Connors Führung überreicht werden. Aber die entschlossenen Vorkehrungen des eisernen Herzogs, der dem Whigministerium bereitwillig seine Hilfe zusagte, und die Einschwörung von 170 000 Londoner Bürgern zum außerordentlichen Sicherheitsdienste genügten um den großen Zug, der für den 10. April 1848 geplant war, zum Scheitern zu bringen. In Irland wurde die Sache etwas ernstlicher, es kam wirklich in Tipperary zu Blutvergießen, aber das kräftige Einschreiten der Regierung unterdrückte den Aufstand schnell, und die Häupter D. Brien, Meagher, Mitchell u. a. büßten ihre Empörung mit der Verbannung nach Australien. Abgesehen von vereinzelt verrannten Ultras konnten schließlich auch die Radikalen das Verhalten des Ministeriums nur billigen.

Schwieriger war es mit den fortgeschrittenen Liberalen sich über eine abermalige Reform des Wahlgesezes zu verständigen. Die Forderung, welche Hume zuerst am 20. Juni 1848 in ihrem Namen aufstellte, daß allen Besitzern eines eigenen Hausstandes das Wahlrecht erteilt werden solle, verwarfen die Whigs durchaus, und die unablässig wiederholten verwandten Anträge führten endlich in Verbindung mit der Titelbill im Februar 1851 zu der schon erzählten Ministerkrisis. Erwünscht war diese den Radikalen keineswegs, da auch ihnen die Erhaltung des Freihandelsystems noch höher stand als ihre Reformwünsche; und da die Whigs in dieser Hauptfrage ihren Forderungen durchaus entsprachen, die Tories aber unausgesetzt an den niedrigen Kornzöllen rüttelten, so mußten die Manchesterleute wohl oder übel die Fortdauer der zeitigen Regierung wünschen. Aus demselben Grunde schenkten die Peeliten, vor allem Sir Robert Peel selbst, dieser uneigennützig ihren Beistand. Der eifrigste und unermülichste Vorkämpfer des Schutzzolls war Lord George Bentinck und nach seinem Tode, im September 1848, Benjamin Disraeli. Sie konnten es doch nicht verhindern, daß die allmähliche Verminderung der Zölle, wie Peel sie durchgesetzt hatte, planmäßig ins Leben trat und mit dem 1. Februar 1849 der Einschillingstarif, die niedrigste Stufe, unter dem lauten Jubel des Landes erreicht wurde. Sie konnten es nicht einmal verhindern, daß die Regierung der Aufforderung der Manchesterleute Folge leistete und die beschränkenden Schiffahrtsgeseze zuerst, während der Hungerzeit, vorübergehend aufhob, dann ihre völlige Beseitigung beantragte. Es handelte sich dabei um die Abschaffung der Vorrechte, die den britischen Schiffen den ausschließlichen Verkehr mit den Kolonien sicherten und den Fremden die Einfuhr anderer Erzeugnisse als der aus ihrem heimischen Lande kommenden verbot; einzelne Lücken waren in dieses System schon gerissen, aber im ganzen und großen bestand es noch wie zu Cromwells Zeiten. Mit 275 gegen 214 Stimmen siegte die Regierung nach vielen erregten Verhandlungen im Unterhause, und nachdem auch die Lords ihren anfänglichen Widerstand aufgegeben hatten, wurde das Gesez am

Wahlreform  
und Freihand-  
del.

Die Schiff-  
fahrtsacte.

12. Juni 1849 vollzogen, und am 1. Januar 1850 trat diese neue befreiende Maßregel ins Leben.

Manchester-  
partei und  
Tories.

Palmerstons  
auswärtige  
Politik.

Doch die Wünsche der Manchesterer hielten sich keineswegs in den Schranken, welche jede Whigregierung, auch die neuerungslustigste, sich setzen mußte, und stießen daher oft genug auf den Widerspruch des Ministeriums. Wenn sie die Freigebung der Kolonien empfahlen, die Verminderung des Heeres forderten, die Einsetzung von Schiedsgerichten zur Vermeidung von Kriegen beantragten, so konnten sie sicher sein, ihre Gegner nicht minder unter den Whigs wie unter den Tories zu finden. Ebendeshalb waren derartige Anträge aber auch der herrschenden Partei durchaus ungefährlich; erst wenn Cobden und seine Freunde aus ihrem Programm die Einzelforderungen in bezug auf die Tagesfragen zogen, wenn sie die Verwaltung der Kolonien tadelten, das Budget der Regierung aus Sparsamkeitsgründen bemängelten oder ihre auswärtige Politik als händelsuchend und friedestörend angriffen, konnten sie der Toryhilfe sicher sein und die Stellung des Kabinetts bedrohen. Und über die auswärtige Politik klagten sie allerdings oft und gern; denn kein Minister bot ihnen weniger Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens als der langjährige Leiter des auswärtigen Amtes, Lord Palmerston. Hatte sein schneidiges und rücksichtsloses Auftreten gegen die fremden Mächte doch auch seinen Kollegen und selbst der Königin schon Anlaß zu lebhaftem Einspruch gegeben. Es schien, als ob Lord Palmerston recht geflissentlich jede Gelegenheit ausspähe, die eine Entfaltung der britischen Seemacht ermöglichte; wo einem britischen Unterthan eine Unbill zugesügt war, konnte er des Schutzes des auswärtigen Amtes sicher sein und brauchte nicht zu befürchten, daß sein eigener Anteil an der Schuld allzuängstlich erwogen werde. Das alte römische Wort: *civis Romanus sum*, sollte auf England übertragen wieder zur Wahrheit werden und Palmerston verfuhr dabei mit einer oft unerträglichen Anmaßung und Hefigkeit. Die Unterstützung des Liberalismus besonders in den romanischen Ländern verwickelte ihn gleichfalls in viele Händeleien mit fremden Regierungen, so daß seine unaufhörlichen Einmischungen und Zänkereien seinen Kollegen längst lästig waren. Aber auf der anderen Seite konnten sie ihn doch wieder nicht entbehren, denn gerade seine selbstbewußte Zielgeschäftigkeit schmeichelte dem britischen Stolz und machte ihn zum vollstümlichsten Minister. Im einzelnen waren die Streitigkeiten, in die er England verflocht, meist ohne größere Bedeutung. Bald verlangte er in Neapel, bald in Toskana Entschädigung für die Verluste englischer Unterthanen; jetzt war mit Spanien und dann mit Griechenland der diplomatische Verkehr unterbrochen; als nach Beendigung des ungarischen Aufstandes Rußland und Österreich die Ausweisung Kossuths, Bemis und der anderen Flüchtlinge von der Pforte verlangten, lief die englische Flotte trotz des Vertrages von 1841 in die Dardanellen ein um den Türken Mut zu machen; während in Südafrika ein Kaffern-

frieg  
vern  
einig  
Wes  
land  
Klip  
ließ  
rung  
Anf  
lich  
Jude  
häuf  
mati  
erwe  
Gen  
viele  
Reg  
und  
Note  
sich  
fran  
Berg  
Drö  
Ford  
griec  
Dies  
nehm  
nach  
Palm  
17.  
man  
Lond  
Eine  
gesan  
auf  
Vert  
Fran  
Eifer  
fang  
dadu  
richt  
Palm  
stets  
eine  
sie e

krieg entbrannte und in Ostindien eine Verwicklung die andere drängte, vernichteten englische Schiffe die chinesische Seeräuberflotte; mit den Vereinigten Staaten zankte man sich um den Besitz der Tiger-Insel an der Westküste von Honduras, mit der argentinischen Republik um das Eiland Martin Garcia, mit Griechenland um ein paar kaum bewohnte Klippen, die zu den ionischen Inseln gehören sollten. Am bedenklichsten ließ sich dieser letzte Streit an. Es waren im ganzen sechs Forderungen, die Palmerston an die Regierung in Athen richtete, außer dem Anspruch auf die erwähnten Inseln sämtlich Entschädigungen für englische Unterthanen. Die bedeutendste derselben betraf einen portugiesischen Juden Pacifico, der unter englischem Schutze stand und bei einem der häufigen Krawalle große Verluste erlitten hatte. Nach längeren diplomatischen Verhandlungen, die kein gütliches Nachgeben Griechenlands erwarten ließen, erhielt Admiral Parker im Januar 1850 den Auftrag Gewalt zu gebrauchen. Die Flotte blockierte den Piräeus und belegte viele griechische Schiffe mit Beschlagnahme. Vergebens schlug die hellenische Regierung ein Schiedsgericht vor, vergebens verwandten sich Rußland und Frankreich zu ihren Gunsten; erst als von Petersburg sehr drohende Notizen kamen und Drouyn de L'Huys in gleichem Tone sprach, fügte sich Lord Palmerston soweit, daß er die Feindseligkeiten einstellte und französische Vermittlung zuließ. Als aber infolgedessen in London ein Vergleich zwischen den Westmächten vereinbart war und alles in bester Ordnung schien, spannten der englische Gesandte und der Admiral ihre Forderungen doch wieder höher als verabredet war und zwangen die griechische Regierung durch neue Gewaltmaßregeln zur Fügsamkeit. Diese Rücksichtslosigkeit wollte Frankreich denn doch nicht ruhig hinnehmen; der Gesandte in London erhielt am 14. Mai 1850 Befehl nach Frankreich zurückzukehren; auch in England rührten sich die Gegner Palmerstons kräftiger als je; im Oberhause setzte Lord Stanley am 17. Juni einen förmlichen Tadel durch und auch des Unterhauses war man nicht sicher. Palmerston mußte einlenken und die Ausführung des Londoner Vertrages an Stelle des in Athen erzwungenen zugeben. Eine fünfständige Rede im Unterhause am 25. Juni, in der er seine gesamte Politik zu rechtfertigen suchte, hatte denn auch den Erfolg, daß auf Roebucks Antrag mit 310 gegen 264 Stimmen dem Minister das Vertrauen des Hauses ausgesprochen wurde. Um sich Rußland und Frankreich wieder zu nähern entwickelte Palmerston darauf doppelten Eifer zu Gunsten Dänemarks und gab Schleswig-Holstein, dem er anfangs nicht ungünstig gesinnt war, preis. Allerdings verschlechterte er dadurch seine Stellung zur Königin und dem Prinz-Gemahl. Erstere richtete im August 1850 ein Schreiben an Russell mit dem Auftrage es Palmerston zu zeigen, in welchem sie forderte, daß der Minister ihr stets bestimmt ausspreche, was er eigentlich wolle, und nicht nachträglich eine von ihr genehmigte Maßregel ändere; in solchem Verfahren müsse sie einen Mangel an der ihr gebührenden Aufrichtigkeit sehen und es

Der Streit  
mit Griechen-  
land.

Die Königin  
und Palmer-  
ston.

Palmerstons  
Rücktritt.

Ministerium.  
Derby.

durch Entlassung des Ministers ahnden. Palmerston steckte den verdienten Verweis ein, antwortete Russell, er habe Abschrift davon genommen und werde sich danach richten, machte es aber doch nicht viel anders als bisher und trug dem Prinzen Albert, den er mit Recht für den Ratgeber der Königin hielt, unversöhnlichen Groll nach. Zum wirklichen Bruch kam es nach dem Staatsstreich Napoleons im Dezember 1851. Das Kabinett hatte im Einverständnis mit der Königin am 3. Dezember beschlossen eine abwartende Stellung zu behaupten; aber Palmerston verzögerte nicht allein die Weisungen, die er Lord Normanby, dem Gesandten in Paris, in diesem Sinne schicken sollte, sondern erklärte dem Vertreter Napoleons, dem Grafen Walewski, geradezu, England werde den Staatsstreich anerkennen, sobald die Volksabstimmung ihn bestätigt habe. Als dies an den Tag kam, verlangte Lord Russell auf Andringen der Königin Erklärungen und, da diese unbefriedigend ausfielen, den Rücktritt seines Kollegen, der am 19. Dezember 1851 erfolgte. Freilich schrieb sich damit das Kabinett sein eigenes Todesurteil. Lord Palmerston hatte nicht die geringste Lust sich so vor die Thüre setzen zu lassen und ergriff nach wenigen Wochen eine Gelegenheit seine bisherigen Kollegen zu stürzen. Es handelte sich um einen Antrag auf Vermehrung der Lokalmiliz. Palmerston begrüßte ihn freudig und wünschte nur, daß die Verwendung dieser Miliz nicht auf den heimischen Bezirk beschränkt, daß daher das Wort „Lokal“ gestrichen werde. Russell wollte davon nichts wissen und erlitt nun bei der Abstimmung eine Niederlage, infolge deren er am 20. Februar einem Toryministerium Platz machen mußte, an dessen Spitze der Earl of Derby (Lord Stanley) stand; Disraeli, Salisbury, Walpole, Malmesbury waren die bedeutendsten Mitglieder des neuen Kabinetts.

Die erste Welt-  
ausstellung.

Nach ihrer ganzen Vergangenheit konnten die Tories, da sie nun wieder die Macht in Händen hatten, gar nicht umhin den Versuch einer Rückkehr zum Schutzzollsystem zu wagen. Aber wenn es je ein aussichtsloses Ankämpfen gegen die öffentliche Meinung gegeben hat, so war es dies, und selbst dem Blindesten hätte darüber das große Siegesfest die Augen öffnen sollen, das die Freihändler in der ersten großen Weltausstellung während des Sommers 1851 gefeiert hatten. Aus etwa 40 Ländern von ungefähr 15 000 Personen besetzt und von sechs Millionen Menschen aus allen Teilen Europas und der civilisierten Welt besucht, war sie geworden, was sie nach der Absicht des Prinzen Albert, dem der erste Gedanke des kühnen Unternehmens gehörte, hatte werden sollen: eine Schaustellung des Vorzüglichsten, was die verschiedenen Völker in Rohstoffen und Maschinen, an Erzeugnissen des Gewerbes und der Kunst aufzuweisen hatten, eine belehrende Schule für die zurückgebliebenen, eine ermunternde Genugthuung für die fortgeschrittenen Industriezweige, eine kräftige Belebung des Wettbewerbs zwischen den ebenbürtigen Nationen und eine laute, eindringliche Predigt von dem Segen der Wechselwirkung und des freien Austausches der Güter und

der Ideen. Alle die hämischen Voraussagen, alle die finsternen Befürchtungen, welche die Gegner ausgesprengt hatten, waren zu nichte geworden. In schönster Ordnung waren alle Schwierigkeiten überwunden; keinerlei Ausschreitungen waren vorgefallen trotz des ungeheueren Andrangs der Bevölkerung aus den Provinzen, trotz der großen Pilgerzüge vom Continente; von Chartisten und Revolutionären, von Verschwörern und Königsmördern hatte man nichts gemerkt, und wohlbehalten kehrten die hohen Gäste, die das Schauspiel herbeigezogen, kehrte auch der Prinz von Preußen, den noch an der Grenze in Aachen ein Minister fußfällig beschwor die Reise zu unterlassen, in die Heimat zurück. Am 1. Mai 1851 ward die Ausstellung eröffnet, am 15. Oktober geschlossen. Kaum vier Monate waren seitdem verstrichen und nun stand ein Ministerium am Ruder, das dem Grundgedanken jener „olympischen Spiele“ nicht bloß fremd, sondern geradezu feindlich war. Die Auflösung des Parlamentes, zu der es nach Abwicklung der nötigsten Geschäfte schreiten mußte, gab dem Lande Gelegenheit durch Neuwahlen zu zeigen, daß es von keinem Rückfall in die alte wirtschaftliche Politik etwas wissen wolle. Der Freihandelsbund erneuerte seine Thätigkeit und konnte durch glänzende Zahlen der Nation den Segen der neuen Gesetzgebung nachweisen. Wenn die Ein- und Ausfuhr 1850 gegen das Vorjahr um 20 Prozent, von 244 auf 296 Millionen Pfund gestiegen war, wenn die Zahl der aus- und einlaufenden Schiffe, die 1850 etwa 60 000 mit 12 Millionen Tonnen betrug, bis 1853 auf 70 000 mit 15 Millionen wuchs, so war es schwer zu bestreiten, daß die Verminderung der Zölle und die Befreiung der Schifffahrt diesen Aufschwung herbeigeführt. Mitwirkende Umstände gab es freilich auch sonst noch, so sehr die Manchester Schule sie auch in den Hintergrund drängte; insbesondere war dem Anwachsen der Kolonialmacht gewiß kein unbedeutender Einfluß beizumessen. Selbst in Amerika war in den letzten Jahren den Vereinigten Staaten gegenüber ein großes Gebiet wenn nicht erworben, so doch gesichert. Bei dem Friedensschluß von 1783 hatte man zwischen dem Felsengebirge und dem Stillen Ozean die Grenzlinie nicht festgestellt und diese offene Frage hatte seitdem mehrfach Verwickelungen herbeigeführt: eine Bewegung des Fingers, meinte Castlereagh 1822 dem amerikanischen Gesandten gegenüber, genüge um augenblicklich den Krieg zu entzünden. Seit 1818 war nämlich durch einen Vertrag das Land den Ansiedlern beider Nationen geöffnet und als neutral behandelt worden. Ein solcher Zustand ließ sich bei der wachsenden Einwanderung nicht halten; von beiden Seiten drängte man auf Entscheidung. Aber die Forderungen wichen sehr voneinander ab; England beanspruchte den 42° nördl. Br. als Grenze, Amerika dagegen den 54° 40'. Daß man sich endlich auf Aberdeens Vorschlag über den 49° vereinigte und auf dieser Grundlage mit dem Präsidenten Polk am 15. Juni 1846 einen Vertrag abschloß, der die südlichen Striche unter dem Namen Oregon mit der Union, die nördlichen und die Vancouver-Insel mit den britischen Besitzungen ver-

Aufschwung  
des Handels.

Die Kolonial-  
macht.

Der Oregon-  
Vertrag.

Afrika und  
Asien.

band, war eine allseitig mit Beifall begrüßte Lösung. Wäre es zum Kriege gekommen, so hätte England wohl gar für Kanada fürchten müssen, wo sonderbündlerische Gelüste wiederholt gewaltsam unterdrückt werden mußten. Wenig bedeutend waren die neuen Erwerbungen Englands in Afrika; die Kaffern wurden im Dezember 1850 mit Nachdruck angegriffen und zurückgeworfen; an der Küste von Guinea wurde Lagos erobert und von den Dänen die Besitzungen an der Goldküste für 10 000 Pfund gekauft. Auch Tranquebar und ihre anderen kleinen Niederlassungen in Ostindien überließen die Dänen schon 1846 den Engländern; weit bedeutender aber waren die umfangreichen Erweiterungen, zu denen 1846 und 1849 die Kriege mit den eingeborenen Fürsten der Hindus oder 1851 und 1852 die Kriege mit Birma die Handhabe boten. Die Manchesterpartei war, wie gesagt, mit diesen ewigen Kriegen und der ganzen Kolonialpolitik sehr wenig zufrieden. Aber die große Mehrheit des Volkes hatte für ihre Vorschläge sich der Kolonien ganz zu entäußern durchaus kein Verständnis; und neben den unverkennbaren Handelsvorteilen konnte sehr wohl auch die große Aufgabe, die Englands civilisatorischer Thätigkeit in allen diesen Ländern noch harre, gegen die einseitige Betrachtungsweise der Cobden und Bright geltend gemacht werden.

Das Tory-  
Kabinett.

Der Ausfall der Wahlen von 1852 machte dem kurzen Zwischen-  
spiele des Toryregimentes schon im Dezember ein Ende. Da aber auch in dem neuen Parlament eine geschlossene Whigmehrheit nicht vorhanden war, so mußte jetzt der längst erörterte Versuch einer whigistisch-peelitischen Verwaltung ernstlich unternommen werden. Die Tories nahmen wohl noch einen Anlauf die Iren für sich zu gewinnen, indem sie ihnen in der Thronrede vom 11. November eine freisinnige und großherzige Politik in Aussicht stellten; aber ihr Schicksal wäre besiegelt gewesen, auch wenn sie nicht gleichzeitig ihre Absicht angekündigt hätten die Zölle wieder zu erhöhen um dadurch, wie die Thronrede besagte, die Industrie des Landes in den Stand zu setzen der unbeschränkten Konkurrenz des Auslandes erfolgreich zu begegnen. Der Angriff der vereinigten Parteien erfolgte bei der Beratung des Budgets, und am 16. Dezember 1852 erlag das Ministerium der Kritik Gladstones mit 286 gegen 305 Stimmen. Lord Aberdeen als Führer der Peeliten erhielt den Auftrag das neue Kabinett zu bilden. Neben Gladstone und Graham nahmen Russell und Palmerston an seiner Verwaltung Theil, und wenn dem letzteren auch nicht wieder das auswärtige Amt übergeben wurde, dessen Leitung der Earl of Clarendon erhielt, so war es doch eine bezeichnende Thatsache, daß er, der wegen seiner eigenmächtigen Billigung des französischen Staatsstreiches vor Jahresfrist hatte ausscheiden müssen, gerade in dem Augenblick wieder in die Regierung eintrat, wo das Kaisertum in Paris ausgerufen wurde.

## Napoleon und die französische Republik.

Napoleon, dem unsere Erzählung jetzt sich zuwenden muß, war ein Napoleon III. Mann, der viel gedacht und viel gearbeitet hatte, und dem von Natur, aber auch durch Lebensschicksale und Gewöhnungen ein ernstes, etwas schwerfälliges Wesen eigen war. Frühzeitig hatte der Gedanke, daß eine weltgeschichtliche Sendung ihm beschieden sei, sich seiner bemächtigt und seinen Geist mit einer fast abergläubischen Zuversicht in sein Schicksal erfüllt. Die Selbstsucht, die ihn beseelte, suchte und fand vor dem eigenen Gewissen ihre Rechtfertigung darin, daß er sich einredete, seine Aufgabe sei die von der Vorsehung gewollte Vollendung dessen, was sein Oheim begonnen. Des ersten Napoleon Worte und Thaten zu studieren war deshalb in den Jahren der Verbannung seine Hauptbeschäftigung gewesen; er versenkte sich darein wie in ein Evangelium und suchte sich ganz mit dem, was er die napoleonischen Ideen nannte, zu durchdringen. Zu klug um nicht das Komische des Gegensatzes zwischen seiner Lage und seinem Ziele zu fühlen und zu überzeugt von seiner Sache um sie zu verleugnen, hatte er seit seiner Flucht aus Ham die Aufmerksamkeit der Welt zu meiden gesucht und sich noch tiefer in sein schweigsames, verschlossenes und verstellungreiches Benehmen einzuleben gewußt. Der unbewegliche Blick seines „hölzernen“ Auges, das kaum merkbare Zucken des Mundes, die spärlich und holpernd hingeworfenen Bemerkungen waren nicht geeignet eine bessere Meinung von seinen Geisteskräften zu erwecken als die sinnlosen Unternehmungen von Straßburg und Boulogne, die zudem auch seinen Mut in zweifelhaftem Lichte erscheinen ließen. Ein langes und oft wiederholtes Abwägen seiner Entschlüsse, ein Zurückkommen auf schon aufgegebenen Pläne, ein gleichzeitiges Verfolgen verschiedener, oft entgegengesetzter Wege bis an den Punkt, wo auf dem einen oder dem anderen ein unwiderruflicher Entschluß gefaßt werden mußte, gaben seinem Verhalten oft auch da den Schein der Hinterhältigkeit, wo der wirkliche Beweggrund nur Unentschlossenheit, ja wo sein Verfahren nur die Frucht der Gewöhnungen war, die er in den Jahren der Einsamkeit und des Grübelns angenommen hatte. Es lag durchaus in seiner Geistesrichtung mit seinen Unternehmungen sehr weit auszuholen, sie von lange her vorzubereiten und sich doch stets noch den Entschluß sie gänzlich wieder aufzugeben frei zu halten. In der Regel stellte sich dieser Entschluß infolge äußerer Einwirkungen ein. Es kostete ihm nichts auf halber Bahn stehen zu bleiben oder zurückzuweichen, wenn schwer zu besiegende Hindernisse sich ihm in den Weg stellten; aber trotzdem war er eine ungewöhnlich zähe Natur; jedem Zurückweichen folgte nach längerer oder kürzerer Pause, auf demselben oder einem anderen Wege, ein erneuter Angriff. In der Wahl der Mittel war er nicht bedenklich; wo nichts auf dem Spiele stand, griff er gewiß zu dem mildesten und menschlichsten; ein mutwilliges

Zerstören fremden Glückes, ein schadenfrohes Zertrümmern fremder Pläne lag ihm durchaus fern; aber kein fremder Plan und kein fremdes Glück war in seinen Augen berechtigt, wenn es ihm selber hinderlich war. Als seine eigentlichste Aufgabe betrachtete er die Verwirklichung der modernen Ideen, der Ideen der französischen Revolution; daß diese nicht aus eigener Kraft ins Leben treten könnten, daß sie zerstörend statt aufbauend wirken müßten, wenn sie nicht geleitet würden, schien ihm die Lehre zu sein, die unwiderleglich aus der Geschichte des Jahrhunderts hervorgehe; große Ideen konnten nach seiner Weltanschauung und Geschichtsphilosophie überhaupt nur von einzelnen Männern zur Geltung gebracht werden; für einen dieser Gottgesandten hielt er sich selbst und vor seiner erleuchteten Einsicht sollte daher das Volk sich beugen. Nicht als ob er ihm dadurch Gewalt hätte anthun wollen; sondern er betrachtete sich selbst in der That als den rechten Dolmetscher der wahren Wünsche und Gefühle der Nation, die, wo sie ihm zu widersprechen schien, durch Parteisucht und Mißwillen irreführt war. Kurz, er wollte der Vormund des Volkes sein und diesem doch den Schein der Mündigkeit lassen; er wollte als aufgeklärter Despot mit den Formen der Freiheit regieren; und dieses heuchlerische System, das er zu bewundernswürdiger Vollkommenheit erhob, galt ihm nicht als Heuchelei, sondern als die wahre historische Form des neunzehnten Jahrhunderts, in der die fruchtbarsten modernen Gedanken, das Nationalitätsprinzip, die bürgerliche Gleichheit, die Freiheit des Verkehrs, am vollkommensten zur Verwirklichung gebracht werden könnten.

Die verfassunggebende Versammlung.

Die Stellung, die Napoleon auf Grund der Verfassung von 1848 bekleidete, war noch weit davon entfernt seinem Ideale zu entsprechen; sie war aber noch schlechter, als sie verfassungsmäßig zu sein brauchte, solange dem Präsidenten die souveräne verfassunggebende Versammlung zur Seite stand, die wenig Lust zeigte sich aufzulösen und ihrer Nachfolgerin Platz zu machen. Sie los zu werden war daher Napoleons nächstes Ziel, und es kam ihm dabei sehr zu statten, daß die Konservativen dasselbe wollten. Schon vor Schluß des Jahres hatte einer von diesen, der Abgeordnete Râteau, die Auflösung beantragt; aber es bedurfte erst eines kräftigen Druckes durch zahlreiche Adressen der Wähler, ehe sich die Versammlung am 14. Februar 1849 entschloß binnen drei Monaten die Neuwahlen auszusprechen und dann auseinanderzugehen. Grundsätzlichen Widerstand hatten der Präsident und sein Ministerium bei der Mehrheit nicht gerade gefunden, aber das gegenseitige Verhältnis war doch ein sehr kühles und verschlechterte sich überdies zusehends. Anfangs richtete sich das Mißtrauen der Versammlung vornehmlich gegen die innere Politik der Minister, und besonders der Entwurf eines Vereinsgesetzes, den Léon Faucher einbrachte, galt ihr als Beweis für die reaktionäre Gesinnung des Kabinettes, ja fast als der Versuch eines Verfassungsbruchs. Als dann aber der zweite oberitalische Krieg ausbrach und Karl Albert unerwartet schnell unterlag, als vollends im

April Dudinot mit seinem Korps in Civitavecchia landete und zu Gunsten des Papstes gegen die römische Republik zu Felde zog, da warf sich der Groll auf diese Vorgänge, und Ledru Rollin stellte sogar den Antrag den Präsidenten wegen Verletzung des fünften Artikels der Verfassung anzuklagen, der die Verwendung des französischen Heeres zur Unterdrückung fremder Nationen verbot. Gefährlich waren aber diese Angriffe nicht, denn die Mehrheit der Versammlung stützte das Ministerium Barrot, und auch aus der Minderheit ließen die meisten die römischen Republikaner fallen, seit die Schlappe der französischen Waffen bei Dudinots erstem Angriffe auf die heilige Stadt militärische Genugthuung heischte.

So kam der Tag der Wahlen heran, der 13. Mai 1849, ohne daß ein Bruch zwischen dem Präsidenten und der Versammlung eingetreten wäre. Die Frage, um die es sich an der Stimmurne handelte, lautete daher nicht: ob bonapartistisch oder republikanisch, sondern ob gemäßigt oder radikal. Die Freunde des Präsidenten hatten die Vorbereitungen gemeinsam mit den Orleanisten und Legitimisten getroffen, und Persigny saß mit Thiers und Montalembert in demselben Wahlausschuß. Der Sieg verblieb ganz unzweifelhaft dieser Verbindung aller gemäßigten Elemente. Als die alte Versammlung am 26. Mai (dem Tage des Dreikönigsbündnisses) der neuen Platz machte und diese (am 28.) zur Wahl ihres Vorsitzers schritt, ward Dupin der Ältere mit 336 Stimmen auf den Präsidentenstuhl berufen, den er unter Louis Philipp so lange innegehabt, und die Gegenkandidaten, Ledru Rollin auf der Linken und Lamoricière von einer Mittelpartei, erhielten nur 182 und 67 Stimmen. Napoleon trug dieser Parteibildung dadurch Rechnung, daß er in seinem Ministerium drei bedeutenden Mitgliedern der Mehrheit, Dufaure, Lanjuinais und Alexis von Tocqueville, Plätze einräumte, während Drouyn de L'Huys und Buffet, die ihm persönlich ohne Zweifel genehmer gewesen waren, ausschieden. Das so veränderte Kabinett bestand bis zum 31. Oktober. Mit der Nationalversammlung wußte es sich im besten Einvernehmen zu erhalten; die Unklugheiten der radikalen Partei sorgten dafür, daß man auf beiden Seiten die Notwendigkeit gegenseitiger Verständigung nicht aus den Augen verlor. Daß die rote Demokratie noch nicht aufgehört hatte sich mit verzweifeltsten Entwürfen zu tragen, zeigte ein leichtsinniger Aufstand, den sie am 13. Juni 1849 in Paris und im Anschluß daran in Rheims, Bordeaux und besonders in Lyon wagte. Den Vorwand mußte die römische Politik des Präsidenten geben, die von der Versammlung insofern gebilligt war, als sie die erneute Anklage Ledru Rollins wegen Verfassungsbruchs verworfen hatte; ein starker Antrieb aber diesen Versuch gerade jetzt nach höchst mangelhaften Vorbereitungen zu wagen lag in den republikanischen Bewegungen in der Pfalz und Baden, die bei der Regierung keine Ermutigung fanden und ebenjehzt durch den Anmarsch des Prinzen von Preußen stark gefährdet wurden. Doch die Pariser Erhebung verlief noch kläglicher als

Die Wahlen.

Ministerwechsel.

Radikale Unruhen.

Nationalver-  
sammlung  
und Ministe-  
rium.

Entlassung  
des Ministe-  
riums.

die deutsche. Changanier zersprengte den Zug der Aufständischen, der sich mittags gegen den Palast der Nationalversammlung in Bewegung setzte, mit geringem Blutvergießen, und als die Rädelsführer in der Gewerbeschule den Widerstand fortsetzen wollten, wurden sie vollständig umzingelt, und nur mühsam entgingen Ledru Rollin, Felix Pyat u. a. der Gefangennahme. Ministerium und Nationalversammlung waren nun einmütig entschlossen mit Strenge vorzugehen. Die Abgeordneten des Berges, die erwiesenermaßen an dem Aufstande teilgenommen, wurden in Anklage versetzt, das Ministerium erhielt die Ermächtigung alle politischen Versammlungen, sofern sie nicht Wahlbesprechungen bezweckten, aufzulösen, das Preßgesetz wurde verschärft und über eine Reihe von Departements der Belagerungszustand verhängt. Auch darin konnte man einen Beweis für den ernstlichen Willen der Mehrheit die bestehende Regierung aufrechtzuerhalten erkennen, daß sie im Oktober, wo sie nach zweimonatlicher Vertagung ihre Geschäfte wieder aufnahm, die von dem Vetter des Präsidenten, Jérôme Napoleon, beantragte Aufhebung der Verbannungsbeschlüsse gegen die Bourbonen und Orleans und ebenso die Begnadigung der im Juniaufstande von 1848 Verurteilten verwarf; die Anerkennung des gegenwärtigen Verfassungszustandes wurde dadurch nach rechts und nach links gewahrt, und man hätte voraussetzen sollen, daß niemand mit dieser Haltung zufriedener gewesen wäre als der Präsident. Aber das gerade Gegenteil war der Fall. Für Napoleon galt es jetzt die zweite Etappe in seinen Plänen zu erreichen, d. h. seine Macht auch über das Jahr 1852 hinaus, wo sie verfassungsmäßig erlöschen mußte ohne wieder erneuert werden zu können auszudehnen. Er liebte es deshalb, und hatte das besonders auf einer Rundreise während des Sommers gethan, sich nicht als den Präsidenten der Republik sondern als Prinzen und Napoleoniden begrüßen zu lassen. Seinen verborgenen Absichten entsprach nichts weniger als eine ruhige parlamentarische Entwicklung; nur dann hätte er ein vertrauensvolles Zusammengehen der Volksvertretung und des Ministeriums annehmbar finden können, wenn das Ministerium ihm selbst und seinen Plänen unbedingt ergeben gewesen wäre, nicht aber jetzt, wo es der getreueste Verfechter der Verfassung war. So wurde die Nationalversammlung am 31. Oktober 1849 durch eine Botschaft überrascht, welche ihr die Entlassung der Minister ankündigte. Als Grund dafür gab der Präsident den Mangel an Einheitlichkeit und Entschlossenheit an, der die Wirksamkeit der Regierung lähme. Frankreich aber bedürfe bei der fortdauernden Wühlerei der alten Parteien eines starken Willens und deshalb suche es in seiner Verwirrung nach der Hand dessen, den es am 10. Dezember gewählt. Diese Wahl habe nicht bloß der Person, sondern dem ganzen System gegolten, das der Name Napoleon darstelle; er bedeute nach innen die Ordnung, die Achtung vor den Behörden, die Religion, das Wohl des Volkes, nach außen die Würde der Nation. Durch die Verteidigung der beschworenen Verfassung, durch Redlichkeit und Ausdauer werde der

Präsident sich das Vertrauen des Landes erwerben und dieser Politif sich anzuschließen fordere er die Versammlung auf.

Ein stärkeres Hervordrängen der eigenen Person als in dieser Votschaft war kaum noch möglich: kein Wunder also, wenn man erwartete, daß den Worten Thaten folgen würden, wenn man schon jetzt einen Staatsstreich fürchtete. Das neue Ministerium flöhte freilich keine Besorgnis ein; es bestand zum größten Teil aus Männern, die sich ihren Namen noch erwerben mußten. Ein Bruder des zurücktretenden Odilon Barrot, Ferdinand, erhielt das Innere, Fould, der Privatbankier des Präsidenten, die Finanzen, Rouher die Justiz; zwei Generale, Hautpoul und Lahitte, übernahmen das Heer und das Außere; unter den anderen Ministern befanden sich der Chemiker Dumas und Pariou. Mit einigen Wechsellern, unter denen die Ersetzung Ferdinands Barrots durch Baroche im März 1850 der bedeutendste war, blieb diese Regierung bis in den Januar 1851 am Ruder; der Präsident war mit ihr sehr zufrieden, denn sie enthielt in Rouher, Fould, Baroche die tüchtigsten Männer, die ihm für seine persönliche Politik zur Verfügung standen. Aber auch die Nationalversammlung ließ sich allmählich das neue Kabinett gefallen, sie verzieh ihm seine ungewöhnliche Entstehung und ging in den wichtigsten Fragen mit ihm Hand in Hand. Das Hauptbindemittel war die Furcht vor den Koten. Der Präsident selbst freilich schien diese nicht zu teilen; er ärgerte und beunruhigte die Versammlung vielmehr dadurch, daß er fast in demselben Augenblicke, wo die Juni-Rebellen von 1849 verurteilt wurden, 1500 derer von 1848 begnadigte, ungeachtet die Nationalversammlung ja vor wenigen Wochen den dahingehenden Antrag von Jérôme Napoleon abgelehnt hatte. Aber daneben trat das Ministerium dem Radikalismus doch sehr entschieden entgegen; es ließ sich ermächtigen diejenigen Volksschullehrer zu beseitigen, welche durch Gesinnung oder Lehrweise ihres Amtes unwürdig seien; es unterstützte das Unterrichtsgesetz des abgetretenen klerikalen Ministers Falloux, dem auch Thiers seinen Beistand ließ, und sicherte dadurch den Bischöfen ihren viel angefochtenen Einfluß auf die Schule; es errichtete in Lyon, Bordeaux und Montpellier Armeekommandos mit großen Vollmachten um jeder revolutionären Bewegung sofort mit Nachdruck entgegenzutreten zu können; es beantragte endlich, als Barrot infolge einiger radikalen Nachwahlen ausgeschieden war, eine Änderung des Wahlgesetzes, die etwa drei Millionen Franzosen ihres Stimmrechtes beraubte. Auch diesem Vorschlage stimmte die Volksvertretung am 31. Mai 1850 bei. Seine ganze Tragweite ließ der Wortlaut kaum erkennen. Es wurde bestimmt, daß zur Ausübung des Wahlrechts fortan ein Aufenthalt von drei Jahren, statt wie bisher von sechs Monaten, an demselben Orte erforderlich sein solle und daß dieser Aufenthalt durch die Steuerlisten oder durch die Erklärung der Eltern und Meister beglaubigt werden müsse; überdies wurden abgesetzte Beamte und mehrere Klassen politisch Verurteilter von der Wahlberechtigung ausgeschlossen und zur Gültigkeit einer Wahl die

Das Ministerium vom 31. Oktober.

Das neue Wahlgesetz.

Stimmen von einem Viertel, statt wie bisher einem Achtel, der eingeschriebenen Wähler gefordert. Nachdem auch noch ein Gesetz, welches die Marquesas-Inseln zum Deportationsorte bestimmte und dadurch zum erstenmale die Ausführung einer Deportation ermöglichte, sowie das Preßgesetz, das durch Stempel und Kautionen, besonders aber durch die Forderung alle politischen Artikel mit dem Namen des Verfassers zu unterzeichnen den Zeitungen sehr lästig wurde, angenommen waren, vertagte sich die Versammlung am 11. August 1850 auf drei Monate.

Vorbereitungen der Parteien.

Diese Zwischenzeit wurde von allen Parteien eifrig zur Verfolgung ihrer besonderen Pläne benutzt. Es fiel in sie (am 26. August) der Tod Louis Philipps, durch den in den königlichen Parteien der Gedanke einer Verschmelzung wieder angeregt wurde. Die ältere Linie der Bourbonen stand nur noch auf zwei Augen; es schien kein unbilliges Verlangen zu sein, daß der Graf von Chambord das jugendliche Haupt der jüngeren Linie, den Grafen von Paris, als seinen Nachfolger anerkennen, die Orleanisten aber ruhig ihre Zeit abwarten und einstweilen die Legitimisten unterstützen sollten. Von beiden Seiten wurden Parteiberatungen gepflogen; die Orleanisten vereinigten sich in Claremont an dem Grabe ihres Königs, die Bourbonisten in Wiesbaden; aber eine Verständigung wurde nicht erreicht und Chambord verdarb seine Sache vollends dadurch, daß er den Plan einiger seiner Anhänger, besonders Larochejacqueleins, ihn mittels des allgemeinen Stimmrechtes zurückzuführen voll Abscheu als eine Beschimpfung des Legimitätsprinzips verwarf. Damit konnte Napoleon sehr wohl zufrieden sein; im allgemeinen aber mußte er in den Verschmelzungsplänen einen Sporn erkennen, nicht zu sehr mit seinen eigenen Entwürfen zu zögern. Eine Rundreise, die er wie im Sommer vorher durch Frankreich machte, bot ihm Gelegenheit seinen Wunsch, der Verfassung zum Troß 1852 wiedergewählt zu werden, in mancherlei Wendungen zu erkennen zu geben; am deutlichsten sprach er sich in Lyon aus, wo er sich bereit erklärte den Volkswillen zu vollziehen, möge derselbe nun Entsaugung von ihm fordern oder Beharrlichkeit. Von den Truppen, die er in ihren Lagern besuchte, ließ er sich gern das Vive l'Empereur gefallen, und wie diese Rufe von seinen Geschöpfen durch gute Bezahlung und zahlreiche Weinspenden hervorgehört wurden, so wußte er auch in den meisten Departementalräthen, die im Herbst zu ihren regelmäßigen Sitzungen zusammentraten, Anträge auf eine Revision der Verfassung herbeizuführen.

Rundreise des Präsidenten.

Revision der Verfassung.

So war die Stimmung, in der die Kammer am 11. November 1850, in den Tagen von Olmütz, wieder zusammentrat, sehr erregt und dem Präsidenten feindlich. Eine Revision der Verfassung war zwar den meisten Parteien, die ehrlichen Republikaner ausgenommen, ganz recht; aber daß Napoleon, wenn er sie fordere, damit ehrgeizige Pläne verbinde, lag doch gar zu sehr auf der Hand. Nur mit Achselzucken ließ man in seiner Eröffnungsbotschaft die Versicherung, daß er die für große Missethäter ansehe, welche die Verfassung aus persönlichem Ehr-

geiz zu untergraben trachteten. Man fürchtete einen Staatsstreich deshalb nicht minder, weil der Präsident seine Überzeugung aussprach, daß nicht die Leidenschaft, nicht ein Überfall oder eine Gewaltthat das Schicksal eines großen Volkes bestimmen dürfe. Und wenn er gar versicherte, daß ihn viel weniger der Gedanke beschäftige, wer Frankreich von 1852 an regieren werde, als das Bestreben den Übergang der Gewalt, der dann eintreten möge, zu erleichtern, so glaubte das niemand. Das gegenseitige Mißtrauen führte zu manchen Reibereien, bei denen die Regierung die Rechte der Versammlung nicht allzuängstlich schonte und diese andererseits auch billige Forderungen des Ministeriums zurückwies. Den ernstlichsten Konflikt führte Changarnier herbei, der als Befehlshaber der Truppen und der Nationalgarde von Paris in einem Tagesbefehl verbot ungesetzlichen Befehlen zu gehorchen, was zuerst als eine Feindseligkeit gegen die Nationalversammlung, die das Recht hatte die Truppen nach ihrem Bedürfnis heranzuziehen, und dann nach einer parlamentarischen Rede Changarniers als eine offene Verdächtigung des Ministeriums erschien. Dies spaltete sich insolgedessen in eine Minderheit, die mit dem Präsidenten Changarniers Absetzung wollte, und eine Mehrheit, die sich dagegen sträubte. Napoleon aber entließ die Mehrheit, beließ Baroche, Rouher, Fould und Parieu in ihren Ämtern und besetzte die übrigen Stellen am 10. Januar 1851 mit Drouyn de L'Huys (das Äußere), St. Jean d'Angély (Krieg), Magne, Bonjean und Ducos.

Das neue Kabinett begann damit Changarnier seines Postens zu entheben und den Befehl über die Pariser Truppen dem General Baraguay d'Hilliers, den über die Nationalgarde dem General Perrot zu übertragen, eine Maßregel, welche die Volksvertretung auf das äußerste reizte. Eine dreitägige Debatte, in der Berryer, Thiers und Cavaignac leidenschaftlich das neue Ministerium angriffen, endete am 18. Januar mit einer Mißtrauenserklärung, die 417 Abgeordnete gegen 278 annahmen. Dieser starken Mehrheit gegenüber wich der Präsident zunächst vorsichtig einen Schritt zurück; am 24. zeigte er der Versammlung an, daß er vorläufig ein Ministerium gebildet habe, das allen Parteien fern stehe; Magne, Randon, Baillant, Schneider waren die bekanntesten Namen in demselben. Eine freundliche Aufnahme fanden auch diese Männer begreiflicherweise nicht, und dem Prinzen persönlich gab die Versammlung ihre Abneigung sehr deutlich dadurch zu erkennen, daß sie den Antrag auf Erhöhung seines Gehaltes um 1 800 000 Franken am 10. Februar 1851 mit großer Mehrheit ablehnte. Einige Monate verstrichen so, ohne daß die Verhältnisse sich geändert hätten; im April aber hielt der Präsident das Bündnis vom 18. Januar für hinreichend gelockert um seine Pläne wieder aufzunehmen. Am 10. ernannte er ein Ministerium, in dem Rouher, Baroche, Fould, Léon Faucher, Magne, Buffet, Randon, kurz fast lauter Männer saßen, auf die er unbedingt zählen konnte. Es schien, als ob es gar keinen Januarkonflikt und gar kein Mißtrauensvotum gegeben hätte. Aber die Berechnung des Präsidenten

Ministerium  
vom 10. Ja-  
nuar 1851.

Ministerium  
vom 24. Ja-  
nuar.

Ministerium  
vom 10. April.

Umarbeitung  
der Verfassung.

erwies sich als richtig; der Streit der Parteien ließ es zu keiner neuen Vereinigung kommen und die Versammlung nahm die neuen Minister ruhig hin. Die Aufgabe, die sie im Sinne Napoleons zu lösen hatten, war eine neue Verfassungsberatung durchzusetzen. Wurde diese mit Dreiviertelmehrheit beschlossen, so mußten Neuwahlen stattfinden und dann erst konnte die Durchsicht beginnen. Es war also ein weiter Weg zu durchlaufen, und da die Präsidentschaft schon im Mai 1852 zu Ende ging, durfte man nicht viel Zeit verlieren. Auf alle Weisen wurde deshalb der Adressensturm begünstigt, der die Dreiviertelmehrheit zuwebringen sollte. Napoleon selbst hielt in Dijon bei der Eröffnung einer Eisenbahnlinie eine Rede, worin er von neuem dem Lande seinen Mut und seine Entschlossenheit zur Verfügung stellte; das Volk brauche nur zu sprechen, wenn es gleich ihm der Meinung sei, daß man über Frankreich nicht ohne Frankreich verfügen dürfe. Den Abgeordneten warf er vor, daß sie zwar allen Maßregeln der Strenge ihre Zustimmung gäben, aber seine wohlthätigen Pläne regelmäßig vereitelten. Der Moniteur unterdrückte seine Äußerungen; bekannt genug wurden sie trotzdem, allein das Ministerium konnte nun vor der Versammlung jede Verantwortlichkeit dafür ablehnen; Changanier aber meinte, dergleichen Drohungen verdienten nur Spott und Verachtung; in der Armee würde sich keine Kompagnie zum Umsturz der Verfassung gebrauchen lassen.

Die Gegen-  
parteien.

Kam die Verfassungsänderung zustande, so konnte Napoleons Wiederwahl als gesichert betrachtet werden, denn den Gegenparteien fehlte es an brauchbaren Kandidaten für den Präsidentenstuhl. Deshalb war die Zulassung der Verfassungsänderung für alle Parteien außer der bonapartistischen eine große Gefahr; aber nichtsdestoweniger und unter ausdrücklicher Anerkennung dieser Sachlage empfahl ein Ausschuß, dessen Berichterstatter Tocqueville war, mit 9 gegen 6 Stimmen in anbetracht der größeren Gefahren, welche die Verwerfung einschleße, die Zulassung, und bei der Abstimmung am 19. Juli erklärten sich 446 Mitglieder dafür, 278 dagegen; die Mehrheit war also erreicht, aber nicht die Dreiviertelmehrheit, und der Antrag war gefallen. Das Ministerium nahm jedoch einen zweiten Anlauf, und obgleich ihm seine Thätigkeit für die Adressenbewegung ein Mißtrauensvotum zuzog, erreichte es im September, daß 80 von den 86 Generalräten der Departements die vorjährigen Beschlüsse erneuten. Auch die Gegenparteien waren nicht unthätig; in einzelnen Departements wurden Verschwörungen angezettelt, aber vorzeitig entdeckt und durch Verhängung des Belagerungszustandes unschädlich gemacht; die Königlich-napoleonischen nahmen die Versuchungszustände wieder auf und Berryer stattete sogar mit einigen anderen Legitimisten den Orleans in Claremont einen Besuch ab; der Erfolg war doch kein besserer als im Jahre vorher. Napoleon aber entschloß sich, es jetzt mit der Versammlung zum Bruche zu treiben. Als Handhabe sollte ihm dabei das Wahlgesetz vom 31. Mai 1850 dienen.

Er konnte sicher sein, daß einem Antrage auf Abänderung desselben die Stimmen der Radikalen zufallen würden; entweder erlangte er dann mit Hilfe derselben die Mehrheit und hatte sich drei Millionen Stimmen für die nächste Wahl erobert; oder er unterlag und hatte dann für den Kampf gegen die Versammlung das volkstümlichste Feldgeschrei, das er wünschen konnte. Ein Übelstand war dabei nur, daß seine Minister, die jenes Wahlgesetz zum Teil selbst beantragt hatten, jetzt Bedenken trugen für die Wiederaufhebung einzutreten; indes ließ sich dem durch eine vorübergehende Entlassung abhelfen. Noch ehe die Versammlung aus den Ferien zurückkehrte, wurde am 26. Oktober ein neues Kabinett gebildet, ähnlich dem vom Januar, wenn auch aus anderen Personen bestehend. Nur ein Mann fand sich darin, der zu mehr als zum bloßen Lückenbüßer bestimmt war, das war der Kriegsminister St. Arnaud. Ein Abenteuerer von mehr als zweifelhafter Vergangenheit, der vor der Julirevolution die Armee hatte verlassen müssen und nach derselben unter neuem Namen — denn eigentlich hieß er Arnaud Leroy — wieder eingetreten war, hatte er sich in Algerien durch Tapferkeit und Rücksichtslosigkeit emporgeschwungen und war von Fleury, einem der Vertrautesten Napoleons, unter den vielen verwegenen und gewissenlosen Offizieren der algerischen Armee als das geeignetste Werkzeug für verfassungswidrige Pläne erkannt und nach Paris herübergeholt worden. Gleichzeitig mit ihm wurde ein anderer, kaum minder anrühiger Mann, der frühere Präfekt der Ober-Garonne, Maupas, zum Polizeipräsidenten von Paris ernannt. Diese beiden Männer waren neben Fleury, Persigny und Napoleons Halbbruder Morny die Mitwisser und Ratgeber bei den geheimen Plänen, die jetzt ins Leben treten sollten.

Die Nationalversammlung fand sich bei ihrem Zusammentritt am 4. November von einer Botschaft begrüßt, welche die Lage Frankreichs sehr trübselig schilderte und als einzigen Stützpunkt innerhalb der Zerrüttung das allgemeine Stimmrecht bezeichnete, das durch Aufhebung des Gesetzes vom 31. Mai 1850 wiederhergestellt werden müsse. Dieser Gedanke sei nicht durch persönliche Interessen eingegeben, sei weder eine Kriegslist noch ein plötzlicher Entschluß sondern das Ergebnis ernststen Nachdenkens und tiefer Überzeugung. Nur mittels des allgemeinen Stimmrechtes könne man dem Bürgerkriege seine Fahne nehmen und Frankreich zu einer Verfassung verhelfen, die ihm die Ruhe verbürge. Durch solche Worte ließen sich die Mittelparteien natürlich nicht fördern, aber der Berg stimmte allerdings mit den Bonapartisten und nur eine Mehrheit von sieben verwarf am 13. November 1851 die Rückkehr zum allgemeinen Stimmrecht. Je näher sie dem Siege gewesen, um so grimmiger zürnten die Radikalen, wie Napoleon ganz richtig berechnet hatte, den „reaktionären“ Mittelparteien; eine Gelegenheit sich empfindlich an ihnen zu rächen bot sich gleich in den nächsten Tagen. St. Arnaud hatte aus den Kasernen die Anschläge wegnehmen lassen, in denen die Nationalversammlung ihr Recht über die Truppen zu verfügen zur Kenntnis der

Abänderung  
des Wahl-  
gesetzes.

Ministerium  
vom 26. Ok-  
tober 1851.

St. Arnaud.

Zusammen-  
tritt der Ab-  
geordneten.

Das Wahl-  
gesetz.

National-  
versammlung  
und Heer.

Soldaten brachte. Daraufhin stellte das Bureau der Versammlung den Antrag dieses Recht durch einen erneuten Beschluß zu wahren. Aber nun erklärte Michel von Bourges, der Wortführer des Berges, höhnisch, daß seine Freunde durchaus nicht gesonnen seien dem 31. Mai auch noch Waffen in die Hand zu geben, und der Antrag fiel am 17. November mit 408 gegen 300 Stimmen.

Der Staats-  
streich.

Diese Entscheidung mußte für Napoleon und seine Vertrauten sehr ermutigend sein; die letzten Vorbereitungen wurden also getroffen und der 2. Dezember 1851, der Tag der Krönung Napoleons I. und seines Sieges bei Austerlitz, zur Ausführung des Staatsstreiches bestimmt. Eine wichtige Person, auf deren Mitwirkung man rechnen konnte, war Magnan, der Befehlshaber der Pariser Truppen. Am 27. November versammelte er die zwanzig Generäle, die unter ihm standen, und vertraute ihnen, daß ein Kampf in Paris bald eintreten könne; einmütig versprachen sie ihre Unterstützung und besiegelten ihren Bund durch eine feierliche Umarmung. Unzuverlässig war dagegen Perrot, der Befehlshaber der Nationalgarde; ihn ohne Vorwand gerade jetzt abzusetzen hätte Verdacht erregen können; man schlug daher den Umweg ein ihm zum Generalstabschef den Obersten Vieyra zu geben, einen so übel berufenen Menschen, daß Perrot entrüstet seinen Abschied forderte. Er erhielt ihn sofort und am 30. wurde der General Lavoestine zu seinem Nachfolger ernannt. Seine Aufgabe beschränkte sich übrigens darauf die Neutralität der Nationalgarde zu sichern.

Am Abend des 1. Dezember war großer Empfang im Palaste des Prinzen; arglos gingen die Geladenen auseinander; von seiner Cousine Mathilde, der Tochter des ehemaligen Königs von Westfalen, verabschiedete sich der Präsident mit der Bitte um ein freundliches Andenken, besonders wenn sie sich nicht wiedersehen sollten. Einige der Gäste blieben zurück, es waren Morny, Maupas und St. Arnaud; außerdem waren der Adjutant und der Geheimschreiber des Prinzen, Oberst Béville, und Mocquard zur Hand; Fleury erschien erst etwas später und brachte die Meldung mit, daß ein Bataillon Polizeisoldaten ohne Aufsehen in den Straßen um die Staatsdruckerei herum verteilt sei. Während nun Béville mit den Entwürfen der Aufrufe, die anderen Tages an den Straßenecken prangen sollten, dorthin eilte und die Seher unter Aufsicht der Polizisten den Druck besorgen mußten, berief Maupas vierzig Polizeioffiziere in den Palast und erteilte ihnen den Befehl um 6 Uhr früh die gefährlichsten Personen der Nationalversammlung, besonders die hervorragenderen Offiziere, wie Changarnier, Cavaignac, Lamoricière, und die bedeutendsten Parteiführer, wie Thiers, Baze, Nadaud, zu verhaften. St. Arnaud erließ den Befehl an Magnan die wichtigsten Punkte der Stadt militärisch zu besetzen; Napoleon unterzeichnete die Ernennung Mornys zum Minister des Inneren und dieser eilte noch in der Finsternis in sein Ministerium um den Provinzen die Mitteilung zu machen,

daß Paris, das noch im tiefen Schlummer lag, die Maßregeln des Präsidenten mit jubelnder Begeisterung begrüßt habe.

Nicht ohne bedenkliche Zwischenfälle waren diese Vorbereitungen getroffen; einige der Verschworenen gerieten ins Schwanken; Fleury soll seine Pistole gezogen und jemand durch die Drohung ihn sofort zu erschließen zum Standhalten gezwungen haben. Die Ausführung ging glatter vor sich. Die Truppen waren am Platz, die 78 Verhaftungen wurden sämtlich vollzogen, an den Anschlagsäulen las man die Schriftstücke des Präsidenten. Die Nationalversammlung, hieß es da, sei ein Herd von Verschwörungen geworden, sie schmiede den Bürgerkrieg; von ihr lege der Präsident Berufung ein an den einzigen Souverän, den er in Frankreich kenne, an das Volk, das ihn mit 6 Millionen Stimmen zu seinem Amte erwählt habe. Werde sein Schritt mißbilligt, so möge man einen anderen an seiner Statt ernennen; er sei es müde an der Spitze einer Regierung zu stehen, die unfähig sei das Gute zu thun und das Staatsschiff vor dem Untergange zu retten. Sein Programm ging wesentlich auf eine Wiederherstellung der Konsularverfassung: eine Präsidenschaft von 10 Jahren, ein dem Präsidenten verantwortliches Ministerium, ein Staatsrat zur Ausarbeitung der Gesetzentwürfe, ein gesetzgebender Körper und ein Senat als Wächter für die Erhaltung des Bestehenden. Die Nationalversammlung wurde aufgelöst, der Belagerungszustand über Paris und zehn benachbarte Departements verhängt, das allgemeine Stimmrecht wiederhergestellt und die Urversammlungen des französischen Volkes wurden auf den 20. und 21. Dezember zur Genehmigung dieser Maßregel einberufen.

Der gesetzliche Widerstand gegen diese ungesetzlichen Maßregeln mußte von zwei Punkten ausgehen, von der Nationalversammlung, die unauflösbar war, und von dem obersten Gerichtshof, dem die Verfassung für den Fall eines Staatsstreiches ein ungesäumtes Zusammentreten und die Erhebung der Anklage gegen den Präsidenten vorschrieb. Gegen beide Körperschaften wurde mit Gewalt eingeschritten. Die Abgeordneten waren in ziemlich großer Zahl trotz der militärischen Besetzung des Gebäudes in ihren Sitzungssaal gelangt und der Präsident Dupin hatte bereits seinen Platz eingenommen. Vor den hereindringenden Truppen wichen sie unter feierlicher Verwahrung ihrer Rechte auseinander. Einige Privatzusammenkünfte erlitten dasselbe Schicksal und mehrere Volksvertreter wurden dabei verhaftet. Eine beträchtliche Anzahl fand sich in dem Rathause des zehnten Bezirkes zusammen und forderte auf Berriers Antrag den obersten Gerichtshof zur Erfüllung seiner Pflicht auf. Aber auch sie wurden von Truppen umzingelt, und da sie nicht freiwillig wichen, 220 an der Zahl, von dem General Forey gefangen abgeführt. Der Gerichtshof kam der Aufforderung nach; er erhob die Anklage und sandte sie dem Präsidenten zu; auch seiner Thätigkeit machten die Truppen ein Ende. Alle diese Vorgänge sahen die Pariser ruhig an, die höheren Stände voll Unwillens aber ohne Mut, die niederen mit einer gewissen

Die Abgeordneten.

Der Gerichtshof.

Staatsrat und  
Ministerium.

Bewaffneter  
Widerstand.

Verbannun-  
gen.

Schadenfreude. Ein Ritt des Präsidenten durch die militärisch besetzten Straßen erregte keinerlei Kundgebungen weder des Zornes noch des Beifalls; niedergeschlagen kehrte Napoleon in seinen Palast zurück. Stundenlang soll er dageessen haben, das Gesicht in die Hände vergraben, voll Zweifel, ob er mit seinen wenigen Genossen, Männern ohne öffentliches Ansehen, ja von bedenklichstem Rufe, sein Werk durchsetzen könne. Keiner der bekannteren Staatsmänner erklärte sich für ihn und die Masse des Volkes blieb kalt. Nun sollte wenigstens der Schein gewonnen werden, als ob bedeutende Männer zu dem Präsidenten hielten; noch am 2. Dezember wurde die Einsetzung eines großen beratenden Ausschusses verkündet, dessen Mitglieder man um ihre Zustimmung gar nicht fragte; Baroche erhielt den Vorsitz; am 3. ward ein neues Ministerium gebildet, in dem neben Morny und St. Arnaud sich Rouher, Magne und Fould, sowie aus dem letzten Kabinett Turgot und Fortoul befanden. Viel gebessert wurde die Stimmung auch dadurch nicht. Es schien, als ob erst die Niederwerfung eines bewaffneten Widerstandes den Staatsstreichern ihr Selbstvertrauen zurückgeben könne. Versuche dazu wurden bereits am 3. Dezember gemacht; es bildete sich ein Ausschuss, in dem Viktor Hugo, Jules Favre, Michel von Bourges u. a. saßen und der mit dem Barrikadenbau in der Straße St. Marguerite begann. Aber leicht wurde dieses Bollwerk von den Truppen genommen, die den Abgeordneten Baudin, unbekümmert um die Verfassungsurkunde, welche er ihnen entgegenhielt, niederschossen. Weiteren Umfang gewann der Widerstand in der Nacht zum 4. Die Straßen zwischen dem Stadthaus und den Boulevards bedeckten sich mit Barrikaden; die Truppen standen früh morgens zum Angriff bereit, aber Magnan zögerte in räthelhafter Weise. Er hatte, wie man sagt, den Glauben an den Präsidenten verloren und meinte sich immer noch aus der Schlinge ziehen zu können, da er bisher nur auf Befehl des Kriegsministers gehandelt hatte; Fleury war es, der ihn vorwärts trieb, und nachmittags um 3 Uhr begann der Angriff. Den Truppen war befohlen keine Schonung zu üben; der Präsident hatte den Rest seiner Privatkasse, 50 000 Franken, unter sie verteilen lassen; ungestüm drangen sie vor, nicht gegen die Barrikaden allein, sondern auch gegen die gaffende Menge auf den Boulevards und in den Häusern, auf die sie eine Viertelstunde lang Ladung auf Ladung abschossen. Obgleich kaum Widerstand geleistet wurde, ließ das Gemetzel nicht nach; selbst wehrlose Gefangene wurden niedergemacht; noch in den beiden folgenden Nächten sollen zahlreiche Erschießungen vorgenommen worden sein. Napoleon hatte an diesen Greuelszenen keinen persönlichen Anteil; die Befehle wurden, soweit es überhaupt Befehle gab, ohne ihn zu fragen erteilt. Erst am 8. Dezember erließ er eine Verordnung, durch welche die Mitglieder geheimer Gesellschaften und die unter polizeiliche Aufsicht Gestellten nach Algier (Lambessa) oder Cayenne transportiert werden durften, was denn sofort auf Tausende der Gefangenen angewendet wurde. Die Abgeordneten, welche noch am 2. abends auf die

Fortis von Vincennes und Mont Valerien gebracht waren, wurden einige Tage später entlassen, die gefährlichsten aber, wie Thiers, Cavaignac, Changarnier, Lamoriciere, aus Frankreich verbannt.

In Paris war somit alles in Ordnung, und in den Provinzen <sup>Die Provinzen.</sup> stand es nicht minder gut. Erhebungsversuche wurden freilich vieler Orten gemacht, sodaß im ganzen 32 Departements unter das Kriegsgesetz gestellt wurden, aber von Belang waren sie nirgends. Der künstlich genährte Glaube, daß Napoleon bedeutende Staatsmänner hinter sich habe und daß Paris ihm Beifall zujauchze, trug nicht wenig dazu bei. Als man die Täuschung erkannte, war es zum Widerstande zu spät, und nun übte auch der Erfolg seine ansteckende Kraft. Der Präsident ließ es nicht an Schritten fehlen um dem nachzuhelfen. Die Armee mußte <sup>Heer und Geistlichkeit.</sup> schon am 3. und 4. abstimmen, ob sie die Verfassungsänderung wolle oder nicht, und erklärte sich natürlich dafür; zahlreiche Beförderungen wurden vorgenommen und der Dienst im Bürgerkriege den Soldaten wie der gegen den auswärtigen Feind doppelt angerechnet; am 14. Dezember wies Napoleon 2 700 000 Francs zur Unterstützung alter Soldaten des Kaiserreiches und der Republik an; der katholischen Geistlichkeit gab er schon am 6. das Pantheon zurück und gewann sie noch mehr durch eine Verfügung über den Schutz der Sonntagsheiligung; Paris wurde am 10. mit der Verheißung einer Ringbahn erfreut, kurz, die Mittel der Bestechung wurden so wenig gespart wie die der Einschüchterung. Das Ergebnis dieser Thätigkeit mußte in den Abstimmungen des 20. und 21. Dezember zu Tage treten; dem beratenden Ausschusse lag es ob das Resultat zu ziehen, und in seinem Namen meldete am letzten Tage des Jahres Baroche dem Präsidenten, daß fast 7 $\frac{1}{2}$  Million mit Ja und nur wenig über 640 000 mit Nein gestimmt hätten; kaum 400 000 sollten sich der Wahl ganz enthalten haben. Noch an demselben Abend beglückwünschten die fremden Gesandten den Erwählten der Nation, und am Neujahrstage erscholl in Notre-Dame zum erstenmale im TeDeum das Domine, salvum fac Ludovicum Napoleonem, an Stelle des Salvum fac Rempubicam.

Aus dem Königspalast der Tuilerien, den er jetzt bezog, erließ der <sup>Verfassung vom 14. Januar 1852.</sup> Präsident am 14. Januar 1852 die neue Verfassung, die dem Programm vom 2. Dezember entsprach. Dem gesetzgebenden Körper, dessen Sitzungen geheim waren, blieb nur das kümmerliche Recht Verbesserungen zu den Regierungsentwürfen dem Staatsrate, und wenn dieser sie billigte, dem Ministerium zu überweisen; der Senat, dessen Mitglieder der Präsident auf Lebenszeit ernannte, begutachtete nur die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze und beantragte Verfassungsänderungen, die sodann der Zustimmung des Volkes bedurften. Die Mitglieder des Staatsrats wurden von dem Präsidenten nicht allein ernannt, sondern konnten von ihm auch wieder entlassen werden. Für die Wahlen zum gesetzgebenden Körper wurde natürlich das allgemeine Stimmrecht zugestanden, aber ein Rundschreiben Mornys an die Präfekten untersagte am 20. Januar die Bildung von

Abstimmung vom 20. Dezember 1851.

Minister-  
wechsel.

Wahlaußschüssen und erklärte, daß die Regierung überall Vertreter bezeichnen werde, welche ihr genehm seien. Es war das die letzte ministerielle Verfügung Mornys. Zwei Tage darauf schied er mit Rouher und Fould aus dem Kabinett und machte Bignon Platz; für Maupas wurde ein besonderes Polizeiministerium gebildet; außerdem traten Abbatiucci und Bineau ein. Die Gründe für diesen Wechsel lagen in einem von den Ausscheidenden mißbilligten Erlaß des Präsidenten, kraft dessen die Güter der Familie Orleans, mit der Morny persönlich stets in freundschaftlichem Verkehr gestanden hatte, binnen Jahresfrist für Rechnung der Eigentümer verkauft, soweit sie aber von Louis Philipp bei seiner Thronbesteigung wider das Herkommen seinen Kindern abgetreten statt mit dem Krongute vereinigt waren, zum Besten des Staates eingezogen werden sollten.

Die Kammer.

Der Ausfall der Wahlen bewies hinlänglich, wie vollkommen das Land in der Gewalt des neuen Machthabers war; kaum ein halbes Duzend ihm feindlicher Abgeordneter wurde gewählt und diese lebten zum Teil noch, wie Cavaignac, in der Verbannung. Ohne Gefahr konnte daher beim Zusammentritt der großen Staatskörper der Belagerungszustand überall aufgehoben werden, der Präsident erklärte seine Diktatur für erloschen. In der Rede, mit welcher er am 29. März 1852 die Sitzungen eröffnete, pries er die neue Verfassung, die Frankreich die Ruhe wiedergebe, deutete aber zugleich darauf hin, daß sie durch Herstellung des Kaisertums noch verbessert werden könne. Wenn sich die Parteien der neuen Ordnung fügten, sei das allerdings nicht nötig; wenn sie das aber nicht thäten, dann könne es in der That zweckmäßig sein, von Frankreich im Namen seiner eigenen Ruhe einen neuen Titel zu fordern, der die oberste Gewalt aus einer zeitlich begrenzten zu einer dauernden mache. Aber die alten Parteien regten sich nicht, und es gab deshalb vor der Hand keinen Vorwand um den letzten abschließenden Schritt zu thun. Drei Monate lang blieben die Staatskörper bei einander, der Senat bewilligte dem Präsidenten 12 Millionen jährlicher Einkünfte, dann wurden die Sitzungen geschlossen, ohne daß sich ein erwähnenswerter Zwischenfall zugetragen hätte. In noch volleren Tönen als bei der Eröffnung pries Napoleon das Glück Frankreichs, das eine Regierung habe, die, von der Liebe zum Guten beseelt, auf dem Volke als der Quelle aller Macht, auf dem Heere als der Quelle aller Gewalt und auf der Religion als der Quelle aller Gerechtigkeit beruhe. Um einen augenfälligen Beweis, wie sicher er sich fühle, zu geben hob er bald darauf für Thiers und vierzehn andere Mitglieder der Nationalversammlung die Verbannung auf und trat im September die übliche Rundreise durch einige Provinzen an. Dabei kam ihm die Entdeckung einer Verschwörung in Marseille ein wenig zu statten; er konnte nun wieder von der unversöhnten Feindschaft der alten Parteien reden und den Gedanken des Kaisertums in Umlauf setzen. Seine Anhänger entwickelten große Rührigkeit. Überall wurde dem Prinzen der lärmendste Empfang bereitet. Die Triumphbögen begrüßten ihn als Caesar Imperator

Rundreise des  
Präsidenten.

und verherrlichten die Abstimmung des Volkes als Gottes Stimme. Vor allem that sich die Geistlichkeit durch Zeichen der Anhänglichkeit und Verehrung hervor und es war ihr ein leichtes für die nötige Menge Volkes zu sorgen um ihren Kundgebungen Bedeutung zu verschaffen. So gestaltete sich die Reise zu einem ununterbrochenen Triumphzuge; ihren würdigen Abschluß erhielt sie am 9. Oktober durch ein Festmahl in Bordeaux. Hier deutete der Präsident unverhohlen an, daß er die Zeit zur Erneuerung des Kaisertums für gekommen erachte. „Zwar gewisse Personen, so meinte er, behaupten, das Kaiserreich sei der Krieg, ich aber sage: das Kaiserreich ist der Friede! Es ist der Friede, weil Frankreich es wünscht; denn wenn Frankreich befriedigt ist, ist die Welt ruhig.“

Die Rede von  
Bordeaux.

Unmittelbar darauf ward der Senat zum 4. November 1852 einberufen und ihm der Antrag auf Abänderung der Verfassung vorgelegt; nur der eine Punkt sollte geändert werden, daß an die Stelle der zehnjährigen Präsidentschaft das erbliche Kaisertum trete, mit der Berechtigung für Napoleon, wenn er keine männlichen Nachkommen habe, ein anderes Mitglied der Familie Bonaparte an Kindesstatt anzunehmen. Die Beratung war bloße Formsache; am 7. genehmigte der Senat gegen eine Stimme den Vorschlag, den am 21. und 22. 7 840 000 Franzosen bestätigten; nur 254 000 Bürger gaben ihr Nein ab und etwa 64 000 Zettel waren aus verschiedenen Gründen ungültig. Nachdem der Senat und der gesetzgebende Körper dieses Ergebnis dem Präsidenten gemeldet, erfolgte am 2. Dezember 1852 die Verkündigung, und der neue Herrscher nahm den Titel Napoleon III. von Gottes Gnaden und durch den Willen des Volkes Kaiser der Franzosen an. Die fremden Mächte zauderten nicht ihn anzuerkennen; Neapel lief allen anderen schon am 3. Dezember den Rang ab, am 6. folgte England, am 7. und 8. Belgien und die Schweiz, und so einer nach dem anderen, bis im Januar 1853 Rußland, Osterreich, Preußen und die deutschen Mittelstaaten den Beschluß machten. Nur unbedeutende Nachzügler, besonders außereuropäische, fehlten noch als der Kaiser am 14. Februar 1853 den gesetzgebenden Körper eröffnete und ihm die erfolgte Anerkennung Europas mitteilte.

Herstellung  
des Kaiser-  
tums.

Die fremden  
Mächte.

Aber zu vollem Rechte war er deshalb doch noch keineswegs in den Kreis der regierenden Familien aufgenommen; man betrachtete ihn als einen Emporkömmling, den das Glück jetzt hoch gehoben um ihn über kurz oder lang vielleicht um so tiefer zu stürzen; andere als politische Beziehungen mit ihm anzuknüpfen, etwa gar seinen Wünschen nach einer fürstlichen Braut zu willfahren war man selbst an den kleineren Höfen nicht geneigt. Nicht einmal den Prinzen Wasa oder den Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen, die beide doch ohne Land und beide durch ihre Vermählung mit Töchtern der verwitweten Großherzogin Stephanie von Baden (einer Cousine von Napoleons Mutter Hortense) dem neuen Kaiser verwandt waren, nicht einmal diese lockte es ihre Töchter auf dem französischen Throne zu sehen. Dieser doppelte Mißerfolg genügte

Napoleons  
Heirat.

um Napoleon von der Lust „sich um jeden Preis in die Familien der Könige zu drängen“ zu heilen. Ganz unerwartet überraschte er Frankreich mit der Ankündigung, daß er sich am 29. Januar 1853 mit Fräulein Eugenie von Montijo, einer 27jährigen Spanierin aus altadeligem Hause, vermählen werde. Durch diese Wahl, so erklärte er in einer Ansprache an die Franzosen, wolle er frei und offen vor ganz Europa die Stellung eines Emporkömmlings annehmen, die, durch die Abstimmung eines ganzen Volkes erlangt, ein ruhmvoller Titel sei. Französin dem Herzen und der Erziehung nach besitze seine Braut als Spanierin den Vorzug in Frankreich keine Familie zu haben, die mit Ehren und Würden bedacht werden müßte, und wenn das Volk diese mit allen Tugenden des Geistes und des Herzens ausgestattete, gute und anmutige, fromme und katholische Kaiserin nur erst kennen lerne, dann werde es sich überzeugen, daß sein Kaiser auch bei dieser Gelegenheit von der Vorsehung inspiriert gewesen sei.

Friedens-  
betenerungen  
und Friedens-  
hoffnungen.

Mit großem Pomp und unter gewaltigem Andrang der Bevölkerung ward die Hochzeit gefeiert; auch über die Grenzen Frankreichs hinaus wurde sie als eine Bürgschaft des Friedens beifällig begrüßt. Mehr und mehr schwanden die beunruhigenden Prophezeiungen, die sich an die Erneuerung des Kaiserreichs geknüpft hatten. Die dumpfen Gerüchte von der beabsichtigten Einverleibung Belgiens, der Pfalz, der preussischen Rheinlande, von deren Wichtigkeit Friedrich Wilhelm IV. ein Vierteljahr früher vollkommen durchdrungen war, die bitteren Anklagen der englischen Presse, daß ohne Kriegsrühm und Grenzerweiterung der Bonapartismus ein Unding sei und daß vor Ablauf des Jahres sich noch Furchtbares ereignen werde, die zornigen Ergüsse über den schlimmsten Tyrannen, den größten Verbrecher, den meineidigsten Bösewicht, den je die Erde getragen habe, milderten sich erst, verstummten dann und schlugen wohl gar in das Gegenteil um. Die Anordnung großer Bauten in Paris, die Ankündigung, daß am 1. Mai 1855, also in zwei Jahren, eine Weltausstellung gleich der Londoner von 1851 in Paris stattfinden solle, beschleunigten diesen Umschwung. Die Thronrede, mit welcher der Kaiser die Kammern eröffnete, versprach überdies eine Verminderung des Heeres um 20 000 Mann und erneuerte in der treuherzigsten Tonart die friedlichsten Versicherungen; Frankreich sei zu stark, um irgend wen zu fürchten; deshalb brauche es auch niemanden zu täuschen und seine Absicht Frieden zu halten verdiene den vollsten Glauben. Daß sie ihn auch finde zu beweisen übernahm die Londoner City, indem sie dem Kaiser eine Adresse mit 4000 Unterschriften angesehenener Kaufleute überreichen ließ, in welcher sie ihn zu dem erfreulichen Einverständnis zwischen den beiden Ländern beglückwünschte und darin eine weitere Bürgschaft des Friedens begrüßte. Kurz die Unruhe, die sich wie ein drückender Alp infolge der Erneuerung des Kaiserreichs über Europa gelagert hatte, begann zu schwinden und machte einer hoffnungsvollen Vertrauensseligkeit Platz.

## Die orientalische Frage.

Bald jedoch wurde diese behagliche Stimmung durch bedrohliche Nachrichten getrübt, die aus Petersburg und Konstantinopel kamen. Es war doch ein wunderlicher Irrtum der öffentlichen Meinung zu glauben, daß nur von Frankreich her dem europäischen Frieden Gefahr drohen könne und darüber der kriegerischen Gelüste des Zaren ganz zu vergessen. Unerklärlich war diese Täuschung freilich nicht. Wenn man in Petersburg den Krieg mit der Türkei wollte, weshalb hatte man dann nicht die Verwirrung der letzten Jahre wahrgenommen, weshalb so manche Gelegenheit, die sich bot, ent schlüpfen lassen? Nur in der Unschlüssigkeit des russischen Herrschers, in einem gewissen Mangel an Mut, konnte man den Grund dazu finden. An großen Worten, an Ansätzen zur That hatte es Nikolaus nicht fehlen lassen, aber nach halbem Anlauf war er immer stehen geblieben. Sein ganzes Verhalten gegenüber der europäischen Revolution konnte das bezeugen. Wie hatte er beim ersten Ausbruch derselben in seinem Aufrufe vom 26. März 1848 gegen diese Heiden des Westens gedonnert, deren Frevel selbst das heilige Rußland zu bedrohen wage! Und dennoch war es zu einem Einschreiten erst spät und nur in Ungarn und den Donaufürstentümern gekommen, wo wirklich große Interessen auf dem Spiele standen. Wie unvergleichlich vorteilhaft war des Zaren Stellung gewesen, als russische Truppen die Moldau und Walachei beherrschten und Oesterreich, schwer gebeugt, alle Änderungen an seiner Südostgrenze geduldig über sich hätte ergehen lassen müssen; und doch hatte er sich mit einer mageren Abschlagszahlung zufrieden gegeben. Welch trefflichen Anlaß zur Kriegserklärung bot ihm die ehrenhafte Weigerung der Türkei ihm die aus Ungarn entkommenen Polen auszuliefern! Und doch schüchtern ihn das Erscheinen der englischen Flotte vor den Dardanellen so ein, daß er friedfertig nachgab. War es berechtigt zu glauben, daß er trotz alledem den Krieg wolle und vorbereite?

Die Unruhen in den Donaufürstentümern waren von einer Anzahl moldauischer Bojaren ausgegangen, die im April 1848 in Jassy von dem Hospodaren Sturdza Reformen und eine gesetzmäßige Regierung forderten. Darauf hatte der Fürst sie aus dem Lande gejagt, die Pforte aber den Vertriebenen Schutz versprochen. Drohungen aus Petersburg schüchtern den Sultan jedoch ein, so daß er jene im Stich ließ und an Reschids und Alis Stelle den russenfreundlichen Rifaat in seinen Rat berief. Als jedoch im Juni auch in der Walachei Unruhen ausbrachen und der Hospodar Bibesko sich vor einer vorläufigen Regierung zurückzog, erlag die Pforte der Verlockung die russenfeindliche Stimmung in den Donauländern zu ihrem Vorteil auszunutzen. Reschid übernahm wieder die Leitung des Staates und schickte einen Bevollmächtigten nach Bukarest, der allerdings die revolutionäre Regierung auf-

Russische Pläne.

Unruhen an der Donau.

löste, aber einige ihrer Mitglieder in die neugebildete „fürstliche Statthaltertschaft“ übertreten ließ. Darüber erbittert nahm Rußland einen Mordversuch auf Sturdza zum Vorwand um am 10. Juli den General Lüders in die Moldau einrücken zu lassen. Die Verwicklung gewann einen bedenklichen Anstrich und dem Sultan entfiel wieder der Mut. Er schickte einen zweiten Bevollmächtigten, den späteren Minister Fuad, nach Bukarest, ließ die Statthaltertschaft auflösen und übertrug die Verwaltung einstweilen dem Bojaren Kantakuzeno. Da es hierbei nicht ohne Widerstand abging, rückten im September auch türkische Truppen unter Omer Pascha ein und besetzten gemeinsam mit den Russen Bukarest. Nikolaus ließ das ruhig geschehen und zog sogar nach wenigen Monaten den größten Teil seiner Truppen zum Zweck des ungarischen Krieges aus den Donaufürstentümern heraus. Die Verhältnisse der beiden Länder wurden durch einen Vertrag vom 1. Mai 1849 zu Balta Liman, einem Schlosse Reschids am Bosphorus, geordnet. Sturdza mußte Bibeskos Beispiel folgen und abtreten; ihre Nachfolger, Stirbey in der Walachei und Gregor Ghika in der Moldau, wurden nur auf sieben Jahre ernannt; statt der bisherigen Bojarenversammlung traten ihnen Ausschüsse zur Prüfung des Staatshaushaltes zur Seite; die alte Verfassung sollte unter dem Beirat russischer und türkischer Bevollmächtigter ungeändert werden und, bis dies geschehen, eine genügende Truppenmacht im Lande bleiben. Erst im Jahre 1851 waren infolgedessen die letzten Russen abgezogen.

Der Vertrag  
von Balta  
Liman.

Aber wie vertrauenerweckend diese Haltung des Zaren für die Friedensfreunde auch sein mochte, sie befanden sich doch in arger Täuschung. Nikolaus wußte recht gut, daß die augenblickliche Lage Europas keinen Staat lebhafter zur festen Verfolgung seiner Interessen auffordere als Rußland, und er war entschlossen sie zu benutzen. Die Stürme der letzten Jahre waren an seinem Reiche vorübergezogen ohne es zu erschüttern; durch den ungarischen Feldzug hatte er bei dem österreichischen Kaiser Anspruch auf den wärmsten Dank erworben; Preußen lag so tief gedemüthigt am Boden, daß von ihm eine selbständige Politik nicht zu befürchten war; der neue Machthaber in Paris stützte sich zu sehr auf die Armee, als daß er diese auf einen entfernten Schauplatz zu schicken Lust haben konnte, höchstens einen Krieg unmittelbar an der Grenze schien er brauchen zu können; und was England betraf, so war dort Aberdeen am Ruder, der gegen den Napoleoniden immer noch ein vorsichtiges Mißtrauen hegte, während er der russischen Politik so nahe stand wie kein anderer britischer Staatsmann. Wenn je so war jezt der Zeitpunkt gekommen um dem türkischen Reiche ein jähes Ende zu bereiten. Es war bei Nikolaus eine tief gewurzelte Überzeugung, daß es mit dem Halbmond in Europa nicht mehr lange dauern könne.

Schon 1844 hatte er sich darüber bei einem Besuche in London offen ausgesprochen. Er erklärte damals, daß es in seinem Kabinett zwei Meinungen über die Türkei gebe, nach der einen liege sie im Sterben

Der kranke  
Mann.

nach der anderen sei sie schon tot; er persönlich huldige der letzteren Ansicht; jedenfalls werde man den baldigen Antritt des Todes durch kein Mittel verhüten können. Deshalb wünschte er sich rechtzeitig mit England über das, was dann geschehen solle, zu benehmen; für sich verlangte er keinen Zoll Landes, aber er werde auch nicht dulden, daß andere Mächte sich vergrößerten, besonders nicht Frankreich, bei dem er das größte Gelüsten dazu voraussetzte. Zu bestimmten Verabredungen war es damals nicht gekommen, aber Peel und Aberdeen hatten es doch nicht abgelehnt im gegebenen Augenblicke die Frage wieder aufzunehmen und eine Verständigung mit Rußland zu suchen. Dieser Augenblick schien jetzt gekommen zu sein, und Nikolaus knüpfte mit dem englischen Gesandten an seinem Hofe, Sir Hamilton Seymour, gelegentlich Gespräche an, die sich ganz in den Bilder- und Gedankenkreisen von 1844 bewegten. Der franke Mann an der Donau werde sterben; Frankreich dürfe aus diesem Ereignis keinen Vorteil ziehen; deshalb sei es nötig eine Verständigung über die Leichenfeier zwischen Rußland und England zu erzielen; für seine Person sei er entschlossen Konstantinopel in dem richtigen Momente zu besetzen, nicht als Eigentum, aber wohl als Unterpfand. An Vergrößerung denke er nicht, die Gelüste Katharinas II. lägen ihm fern. Er wünsche ein aufrichtiges Bündnis mit England, auf das allein er sich in seiner orientalischen Politik stützen könne und wolle. Oesterreichs sei er vollkommen sicher: wenn ich von Rußland spreche, setze er hochmütig hinzu, so spreche ich von Oesterreich.

In London erregten diese Äußerungen ebensoviel Mißbehagen als Widerspruch. Sowenig man den bedenklichen Verfall der Türkei mißkannte, sowenig vermochte man gerade jetzt eine besonders große Gefahr zu erkennen. Denn das osmanische Reich war eben damals ungewöhnlich geübten und rechtlichen Händen anvertraut: der Großvezier Ali und Fuad, der Minister des Auswärtigen, besaßen eine vortreffliche europäische Bildung und wirkten in bester Eintracht für die Wiederbelebung ihres Staates. Allerdings suchten sie dieselbe mehr durch Anlehnung an die Westmächte zu erzielen als durch die Unterstützung Rußlands. Der britische Einfluß in Stambul war dank der Persönlichkeit des Gesandten, Lord Stratford Canning's, von Jahr zu Jahr gewachsen und überwog jeden anderen; aber auch Frankreich spielte eine so bedeutende Rolle, daß der Vertreter des Prinz-Präsidenten, Graf Lavalette, im Dezember 1852 einen Triumph davontrug, der in Petersburg bitter empfunden wurde und den nächsten Anstoß zu des Kaisers Unterredungen mit Sir Hamilton Seymour gab.

Der Gegenstand, um den es sich handelte, schien freilich von geringer Bedeutung. Seit alters gab es im heiligen Lande neun sog. heilige Stätten, an deren Besitz sechs verschiedene christliche Bekenntnisse, darunter die beiden großen katholischen Kirchen, beteiligt waren. Da nun im Oriente die griechische Kirche weitaus die verbreitetste war und ihre Genossen die religiöse Pflicht der Wallfahrt nach dem heiligen Lande

England und die Türkei.

Die heiligen Stätten.

ungleich lebhafter anerkannten und befolgten als die römischen Katholiken, so waren griechische Priester die Hüter der meisten Orte, an die sich Erinnerungen aus dem Leben des Heilandes knüpften, und ihnen waren wichtige Vorrechte in bezug auf diese Stätten durch großherrliche Firmane gewährleistet. Indes war auch die römische Kirche nicht ohne mancherlei Rechte; nur daß sie allerlei Verletzungen derselben im Laufe der Jahre sich hatte gefallen lassen müssen. Allerdings hatte Frankreich durch einen Vertrag vom Jahre 1740 ein gewisses Schutzrecht erworben; aber teils das geringe Interesse, das man in Paris Jahrzehnte hindurch an diesen Dingen nahm, teils das wachsende Übergewicht Rußlands im Oriente hatten bewirkt, daß nach und nach den Griechen Zugeständnisse von der Pforte gemacht waren, welche die Lateiner (so pflegte man die römischen Katholiken kurzweg zu nennen) als Eingriffe in ihre Rechte ansahen. So geringfügig die streitigen Punkte auch dem Unbetheiligten erscheinen mochten, so eifrig verfochten die Priester beider Kirchen ihre Forderungen, und die Zänkereien ruhten keinen Augenblick. Als nun Napoleon im Jahre 1850 überall nach Mitteln suchte um die katholische Geistlichkeit zu gewinnen, richtete sich seine Aufmerksamkeit auch auf diese palästinischen Händel, und seine Gesandten, anfangs der General Lupick, dann seit dem Mai 1851 Lavalette, erhielten Auftrag die Ausföhrung des Vertrages von 1740 mit Nachdruck zu fordern. Angefeuert durch das Lob des Papstes, der die übrigen katholischen Regierungen einlud es zu unterstützen, entwickelte Frankreich nun einen Eifer, der mit dem Gegenstande der Verhandlungen in schlechtem Verhältnisse stand. Aber auch Rußland war nicht lässig, und die einzige Frucht beinahe zweijähriger Verhandlungen war am Ende eine türkische Note vom 9. Februar 1852, die den französischen Forderungen nur in beschränkter Weise genügte. Zugestanden wurde hauptsächlich der Anspruch der Lateiner auf den Besitz des Schlüssels zum Hauptportale der Kirche in Bethlehem und ihre Forderung in derselben einen silbernen Stern wieder anzubringen, der bei einem Streite zwischen den griechischen und lateinischen Mönchen im Jahre 1847 abhanden gekommen war. Vor der Hand beruhigte sich Lavalette dabei und schrieb sich den Sieg zu. Aber seine Freude dauerte nur wenige Tage; schon am 14. Februar erging auf die ungestüme Forderung des russischen Gesandten ein großherrlicher Firman, welcher auch den Griechen alle ihre Rechte bestätigte. Firman und Note standen in unlösbarem Widerspruch: die Rechte, welche der eine anerkannte, waren Verletzungen der Privilegien, welche die andere bekräftigt hatte. Die unglückliche Pforte befand sich eben in einer Lage, die ihr nicht gestattete den einen Teil zu befriedigen ohne den anderen zu verletzen. Vergebens suchte sie sich durch doppeltes Spiel und Versprechungen nach beiden Seiten zu helfen; ihre Ausflüchte hatten nur kurzen Bestand. Es schien schon ein Gewinn zu sein, wenn der Kampfplatz für einige Monate von Konstantinopel nach Jerusalem verlegt wurde. Das geschah dadurch, daß Frankreich die Zusage

erhielt, der russenfreundliche Firman solle dort nicht verlesen werden, und Rußland das geheime Versprechen empfangen, die Auslieferung des Schlüssels werde unterbleiben. Ein besonderer Bevollmächtigter der Pforte, Afif Bey, ging nach Palästina um auf Grund dieser Weisungen dort beide Parteien zu beruhigen. Das System, welches er befolgte, war mit der einen Hand zu geben und mit der anderen zu nehmen. So entschied er, die Lateiner dürften jährlich einmal eine Messe in der Marienkirche auf Gethsemane lesen; aber er verlangte, daß der griechische Altar dabei ohne Änderung der Ornamente benutzt werde, was den Lateinern als eine Schändung der Messe erschien. Die Verlesung des Firmans schlug er dem russischen Konsul ab und that, als ob er von demselben gar nichts wisse; aber erreichte dadurch weiter nichts, als daß der Konsul alsbald eine Beschwerde an den Gesandten schickte. Auch die Auslieferung des Schlüssels konnte er nur verzögern, nicht verhindern; dafür sorgte das unablässige Drängen Lavalettes. Als im Dezember 1852 der silberne Stern in Jaffa ankam, unter feierlicher Begleitung nach Jerusalem und Bethlehem gebracht und in dem Heiligtum aufgestellt wurde, empfing der lateinische Patriarch gleichzeitig den versprochenen Schlüssel.

Die Griechen und mit ihnen Rußland hatten also zuletzt doch den Kürzeren gezogen, und das zweideutige Benehmen der Pforte war nicht geeignet ihnen die Niederlage zu versüßen. So erscholl denn von Petersburg ein lauter Ruf der Klage und Entrüstung. Der Sultan habe sein Wort gebrochen, schrieb der alte Kesselrode; er habe der römischen Kirche ein Übergewicht im Oriente zugestanden, das der Zar nicht dulden dürfe; er fordere sichtliche Genugthuung, und da Frankreich seine Ansprüche durch kriegerische Drohungen erreicht habe, so müsse auch Rußland militärische Maßregeln ergreifen. Diesen Worten folgte die That; ein Armeekorps wurde in Bessarabien aufgestellt und zwei andere zu seiner Unterstützung ausgerüstet.

Russische  
Drohungen.

So lagen die Dinge, als Nikolaus dem englischen Gesandten seine vertraulichen Mitteilungen machte. Ja, er konnte sich noch auf einen zweiten Punkt berufen, der nicht minder eine Katastrophe herbeizuführen schien. Auch in der europäischen Türkei war es zu blutigen Unruhen gekommen. In Montenegro, das bis zum Jahre 1851 unter der Herrschaft eines geistlichen Fürsten gestanden hatte, war zum erstenmale ein weltlicher Gebieter in der Person des jungen Danilo erwählt worden; die Pforte besorgte nun, es möchte dadurch die Erbllichkeit der Fürstenkrone angebahnt werden, und schickte deshalb Omer Pascha, der eben allerlei Unruhen in Bosnien gedämpft hatte, im Dezember 1852 mit 60 000 Mann gegen das kleine Bergvolk. Keine Macht war bei diesen Vorgängen unmittelbarer beteiligt als Österreich, weil die kriegerischen Bewegungen sich hart an seinen Grenzen vollzogen und die russische Einmischung, die den russischen Einfluß in den Provinzen nördlich vom Balkan steigern mußte, seine wichtigsten Interessen

Montenegro.

Osterreichische  
Einmischung

bedrohte. Das Wiener Kabinett entschloß sich daher zuvorzukommen und durch eine drohende Sprache in Konstantinopel die Zurückberufung Omers und seiner Armee zu erzwingen. Mit diesem Auftrag entsandte es den Grafen Leiningen nach Stambul. Nikolaus hatte nicht sobald davon gehört, als er sich den Forderungen Osterreichs anschloß und im Fall der Verweigerung mit Krieg drohte. Es war das kaum nötig um die Pforte, welche die Gefahr hinreichend erkannte, zum Nachgeben zu veranlassen. Leiningens Sendung erreichte ihren Zweck vollkommen: Omer Pascha wurde zurückgerufen, und Nikolaus sah sich zu seinem Verdrusse eines wichtigen Mittels beraubt um die englischen Minister von der Unvermeidlichkeit einer Katastrophe in der Türkei zu überzeugen.

Rußlands  
Vorschläge.

Daß er sie durch das Versprechen eines großen Beuteanteils in seine Bahnen locken könne, mochte er wohl selbst kaum hoffen; doch unterließ er es nicht auch diese Saite anzuschlagen. Während er in den Gesprächen, die er im Januar 1853 mit Seymour hatte, davon noch völlig schwieg, erklärte er ihm am 21. Februar rund heraus, daß er nichts dagegen habe, wenn England bei der Erbteilung Ägypten und Kandia fordere. Das klang um so uneigennütziger als er auch jetzt für Rußland keinerlei Landerwerb beanspruchte, sondern die Provinzen nördlich vom Balkan in selbständige Staaten (Bosnien, Bulgarien, Serbien) umzuschaffen vorschlug, von den Ländern südlich des Gebirges und von der Hauptstadt aber gar nicht sprach. Seymour war genugsam von der Politik seiner Regierung unterrichtet um die Lockeise sogleich zurückzuweisen, und in London billigte man das mit der treffenden Bemerkung: man müsse Verhandlungen, die auf der Voraussetzung eines Zerfalls der Türkei beruhten, schon deshalb ablehnen, weil gerade dadurch dieser Zerfall nur näher gerückt werde.

Schutzrecht  
über die grie-  
chische Kirche.

Unter diesen Umständen ließ der Zar seine weitergehenden Pläne fahren und vereinte alle seine Anstrengungen auf den einen Punkt Genugthuung für die Beeinträchtigung zu erhalten, welche seiner Kirche in Palästina widerfahren war. Diese Genugthuung sollte in einer Bürgerschaft gegen die Wiederkehr ähnlicher Vorgänge bestehen, und eine genügende Bürgerschaft sah er nur in dem unbedingten Schutzrecht über die griechische Kirche in der gesamten Türkei. Da sich leicht erwarten ließ, daß dieser Forderung der Einwand entgegengestellt werde, Frankreich würde das nicht zugeben, so war Nikolaus weiter entschlossen dem Sultan ein Schutz- und Trutzbündnis anzubieten oder vielmehr aufzudrängen, eine Aufgabe, die zu ihrer Lösung einer möglichst rücksichtslosen Persönlichkeit bedurfte. Als der geeignete Mann erschien Fürst Menschikoff, der Statthalter von Finland, dazu General und Groß-Admiral. Ende Februar machte er sich auf den Weg nach Konstantinopel; der gleichzeitige Vormarsch des Generals Dannenberg an den Pruth, eine Flottenschau, die Menschikoff unterwegs in Sebastopol abhielt, die Begleitung zahlreicher Offiziere von der Armee und der Flotte, gaben

Menschikoff in  
Konstantino-  
pel.

der Ankunft des außerordentlichen Gesandten den erforderlichen Nachdruck. Das Auftreten desselben entsprach den Erwartungen, die Nikolaus in ihn setzte. Fuad, den Minister des Auswärtigen, den erklärten Franzosenfreund, zu besuchen weigerte er sich, so daß der eingeschüchterte Sultan die angebotene Entlassung desselben annahm; bei dem Großvezier Ali suchte er nur um eine Privatbesprechung nach und erschien dabei im Reisepaletot und mit bestaubten Stiefeln um durch dieses burchifose Auftreten die Ratgeber des Sultans noch mehr zu entmutigen; dem alten Chosrew dagegen, dem Führer der Alttürken, überbrachte er das Bild des Zaren in Brillanten. Er hatte um so leichteres Spiel, als von seiten der übrigen Großmächte kein genügendes Gegengewicht in die Waagschale geworfen werden konnte, denn der einflußreiche englische Gesandte, Lord Stratford de Redcliffe, war auf Urlaub, und sein Vertreter, der Oberst Rose, konnte ihn durch sein persönliches Gewicht nicht ersetzen. Dennoch war er es, der durch einen eigenmächtigen Entschluß den Türken den Mut wiedergab. Auf den Wunsch des Großveziers, die englische Flotte möge sich von Malta den Dardanellen nähern, erteilte Rose diesen Befehl auf eigene Verantwortlichkeit, und sofort gewannen die Türken die verlorene Fassung wieder. Das englische Ministerium machte zwar den Schritt seines Vertreters rückgängig, aber die erwünschte Wirkung desselben ging auch durch den Widerruf nicht verloren. Nachdem der erste Schreck überwunden war, bewahrte die Pforte eine fast wankungslose Haltung. Überdies nahte jetzt Lord Stratford, der beim Eintritt der ernstesten Verwickelungen von seiner Regierung Befehl erhalten hatte über Paris und Wien auf seinen Posten zurückzukehren. Am 5. April traf er in Stambul ein. Sogleich eilten der Großvezier und Rifaat Pascha, Fuads Nachfolger, zu ihm um seinen Rat einzuholen. Die Lage war ernst genug. Einige Wochen hatte Menschikoff gezögert mit seinen Forderungen hervorzutreten und vorher das Versprechen verlangt, daß aus seinen Anträgen den Westmächten ein strenges Geheimnis gemacht werde. Ende März hatte er dann Farbe bekandt und den Aufträgen des Kaisers gemäß das Schutzrecht über die griechische Kirche gefordert und dagegen ein Bündnis angeboten, welches Rußland zur Stellung einer Armee von 400 000 Mann verpflichtete. Obgleich er dabei drohte, falls die geringste Mitteilung an England erfolge, sogleich abreisen zu wollen, so hatte Rifaat doch dem Obersten Rose Anzeige davon gemacht und wiederholte jetzt den Hergang, wenngleich stückweise und zögernd, weil er Tadel fürchtete, dem Gesandten. Dieser war angewiesen einerseits die begründeten Beschwerden Rußlands zu unterstützen und die Pforte dahin zu drängen ihren christlichen Unterthanen gerecht zu werden, andererseits aber auch den Sultan gegen jeden übertriebenen Druck zu schützen. Er wünschte deshalb die Frage der heiligen Stätten von den neuen Forderungen Rußlands gründlich zu trennen und dadurch, daß er jene zur Zufriedenheit des Zaren erledigte, diese zu beseitigen. Menschikoff ließ sich wirklich auf dies Ver-

Der englische  
Gesandte.

Diplomatische  
Kämpfe in Kon-  
stantinopel.

fahren ein, da ihn die freundlichen Äußerungen Stratfords hinsichtlich der ersten Frage in den Glauben versetzten, derselbe werde sich auch in bezug auf das Protektorat nachgiebig zeigen; vielleicht kam auch die Hoffnung hinzu, Frankreich werde von seinen Forderungen in keiner Weise nachlassen und es dadurch mit England verderben. Das war aber eine Täuschung; denn Stratford hatte seinen Aufenthalt in Paris benutzt um auch Napoleon zu kleinen Zugeständnissen zu bewegen, und so kam schon am 22. April 1853 ein Vertrag über die heiligen Stätten zustande, der alle berechtigten russischen Empfindlichkeiten befriedigte. Wenn die Lateiner den Schlüssel auch behielten, so wurde doch ausdrücklich anerkannt, daß sie damit kein Eigentumsrecht erworben hätten, und einem griechischen Priester wurde die Pfortnerstelle in der Kirche übertragen; der Silberstern sollte als ein Geschenk des Sultans gelten, das den Lateinern keinerlei Rechte verleihe. Die Ausbesserung der Kuppel in der Kirche des heiligen Grabes, über die man gleichfalls stritt, wurde unter die Aufsicht des griechischen Patriarchen gestellt, während die Kosten der Arbeit von der türkischen Regierung übernommen wurden; und endlich ward die Reihenfolge der Messen in den Kirchen, wo beide Konfessionen sie zu lesen berechtigt waren, so geordnet, daß die griechische den Vortritt erhielt.

Der Vertrag  
über die heiligen  
Stätten.

Das Schutz-  
recht.

Die glückliche Erledigung dieser kleinlichen Angelegenheiten sicherte indes noch keineswegs die Erhaltung des Friedens; denn noch blieb die Forderung des Protektorates bestehen, und auf das angebotene Schutz- und Trugbündnis zu verzichten war Nikolaus umsoweniger geneigt, als Frankreich ihn durch Entsendung einer Flotte nach Salamis neuerdings wieder gereizt hatte. Menschikoff hielt deshalb seine Forderungen aufrecht. Vergebens machte ihn Stratford darauf aufmerksam, wie bedenklich es für die Pforte sei, einem fremden Monarchen das Protektorat über zehn Millionen der eigenen Unterthanen zu geben, und wie das Schutzrecht Oesterreichs über die paar hunderttausend Katholiken dafür nicht als Gegenbeweis dienen könne; überdies sei durch das Abkommen vom 22. April ja allen Beschwerden genügt und für ein besonderes Schutzverhältnis kein triftiger Grund mehr vorhanden. Einigermassen in die Enge getrieben, gab Menschikoff nun so weit nach, daß er statt des Protektorates nur einen Vertrag (Sened) forderte, welcher der griechischen Kirche alle Rechte neu bestätige, die sie seit alters besitze; für den Fall der Weigerung ließ er es auch jetzt an Drohungen nicht fehlen; er sei bis zur äußersten Linie der Mäßigung geschritten und Rußland werde es niemals zugeben in Konstantinopel eine untergeordnete Rolle zu spielen. Stratford sah ein, daß jetzt die Stunde der Entscheidung herangekommen sei; er vermutete, daß Menschikoff einen letzten Trumpf ausspielen und den Sultan persönlich einzuschüchtern suchen werde. Um dem vorzubeugen erbat er sich selbst am 9. Mai eine Audienz. Er bereitete den Sultan darauf vor, daß Rußland wahrscheinlich die diplomatischen Beziehungen abbrechen und die Donaufürstentümer besetzen werde; eine

Menschikoffs  
Drohungen.

Englands  
Gegenwirkung.

Kriegserklärung halte er für moralisch unmöglich, wenn der Sultan durch einen neuen Firman aus eigenem Antrieb den Christen ihre Rechte bestätige und davon allen Großmächten Kenntniß gebe. Als sich Abdul Medjid dazu gern bereit erklärte, bemerkte Stratford, daß er dem Monarchen nunmehr eine Mitteilung zu machen habe, die er bisher auch den Ministern vorenthalten habe; er sei ermächtigt im Fall der Gefahr der Flotte in Malta Befehl zu erteilen sich segelfertig zu machen. Das war im Grunde genommen eine höchst unbedeutende Befugnis; denn sie schloß keineswegs den Befehl zur Abfahrt ein; dieser mußte aus London selber kommen. Und dennoch machte diese vertrauliche Mitteilung auf den Sultan den tiefsten Eindruck; Stratford hatte die Wirkung wohl berechnet und deshalb bisher nicht das Geringste von diesem Teile seiner Weisungen verlauten lassen. Hätte er den türkischen Ministern in einem früheren Zeitpunkte davon gesprochen, so würde höchst wahrscheinlich ein unwilliges: Weiter nichts? die Antwort gewesen sein; jetzt, wo er ungefragt im tiefsten Geheimnis dem Sultan selbst die Anzeige machte, war die notwendige Folge, daß jener darin nur den Anfang zu Größerem sah und in seinen Entschlüssen gekräftigt von dem englischen Gesandten Abschied nahm.

In der That war die Haltung der Pforte von jetzt an unerschütterlich. Am nächsten Tage wurde das russische Verlangen eines Seneds abgewiesen. Am Tage darauf, am 11. Mai, übersandte Menschikoff sein Ultimatum. Um den letzten Druck auszuüben begab er sich am 13. zum Sultan und verlangte ohne Vermittlung der Minister eine Privataudienz. Sie wurde ihm zwar gewährt, hatte aber keinen anderen Erfolg, als daß der Sultan jede Erörterung an sein Ministerium verwies. Ja Menschikoff verlor durch diesen Schritt noch Zeit. Denn das Ministerium legte sein Amt nieder, weil der Souverän ohne es zu fragen den Russen empfangen habe, und die neuen Ratgeber des Sultans konnten mit Recht die Verlängerung der dreitägigen Frist des Ultimatus fordern. Sie beriefen einen großen Divan, der mit 42 gegen 3 Stimmen das russische Verlangen ablehnte. Am 18. Mai machte der neue Bezier Reschid Pascha Menschikoff mündlich davon Mitteilung und fügte hinzu, was die Pforte alles thun wolle um thatsächlich jeden Wunsch des Zaren zu erfüllen; auch versprach er ihm den Firman zu senden, welchen der Sultan erlassen wolle. Das wartete Menschikoff aber gar nicht ab, sondern erklärte in einer Note vom selben Tage den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Weil er jedoch nachträglich wohl fühlen mochte, daß er sich damit übereilt habe, so benutzte er die goldene Brücke, welche ihm die Gesandten der anderen Großmächte bauten um noch einmal ein kleines Zugeständnis zu machen. Der österreichische Gesandte Bruck sprach ihm nämlich im Auftrag seiner Kollegen, die sich am 19. Mai bei Stratford zu einer Konferenz vereinigten, das Bedauern derselben über seinen Schritt aus und lud ihn ein wenigstens die schriftlichen Erklärungen der Pforte noch entgegenzunehmen.

Letzte Verhandlungen.

Menschkoffs  
Abreise.

Dies sagte er wirklich zu für den Fall, daß die zu erwartende Note genau dem Wortlaute des von ihm geforderten Seneds entspreche. Als Reschid Pascha mit Stratfords Billigung auch diese gemilderte Form zurückwies, machte er mit seiner oft wiederholten Drohung wirklich ernst und schiffte sich am 21. Mai mit der ganzen Gesandtschaft ein. Sein letzter Akt war eine Erklärung, daß, wenn die Verbürgung der geistlichen Rechte, welche der beabsichtigte Firman zusichere, den Ausschluß der weltlichen Vorrechte des griechischen Klerus bedeuten sollte — was natürlich gar nicht der Fall war —, Rußland darin eine Handlung der Feindseligkeit erblicken werde.

England und  
Frankreich.

So war der Bruch also vollzogen und mit größter Spannung mußte man den nächsten Schritten in Petersburg einerseits und andererseits in London entgegensehen. Das englische Kabinett war trotz der maßvollen Weisungen, welche es seinem Vertreter gegeben hatte, doch unzweifelhaft tief in die Sache verwickelt und konnte ehrenhalber der Türkei seine kräftige Unterstützung nicht versagen. Das erkannte Lord Clarendon, der Minister des Auswärtigen, auch unumwunden an und erklärte England in einer Note vom 31. Mai für verbunden die Unabhängigkeit der Pforte gegen unverschuldete Angriffe zu verteidigen. Zugleich aber suchte er ein engeres Verhältnis zu Frankreich zu gewinnen und fand bei Napoleon, dem nichts Erwünschteres begegnen konnte, bereitwilliges Entgegenkommen. Schon in den ersten Tagen des Juni erhielten die beiden Mittelmeerflotten Befehl sich in die Nähe der Dardanellen zu begeben und gingen in der Besika-Bucht, hart an der Mündung der Meerenge, vor Anker; den Admiralen ward die Weisung erteilt sich den Gesandten in Konstantinopel zur Verfügung zu stellen.

Stimmung in  
Petersburg.

In Petersburg war die erste Äußerung, welche die Nachrichten aus Stambul hervorriefen, der Ausbruch des lang verhaltenen Grolls gegen Stratford, dessen unheilbares Mißtrauen und stürmische Geschäftigkeit bei der Pforte alle versöhnlichen Gesinnungen unterdrückt hätten. An demselben 31. Mai, an dem Clarendon dem Sultan Englands Beistand zusicherte, kündigte Rußland der Türkei die Besetzung der Donaufürstentümer an, wenn Menschkoffs letzte Note nicht binnen acht Tagen angenommen werde; dadurch wolle der Zar ohne Krieg zu beginnen sich ein Pfand für die Erfüllung seiner gerechten Forderungen verschaffen.

Verblendung  
des Zaren.

Offenbar hatte man in Petersburg keine rechte Vorstellung von der Haltung, welche die anderen Mächte einnehmen würden. Die Gesandten derselben, General von Rochow für Preußen, Graf Mensdorff für Österreich und Castalbajac für Frankreich, waren viel zu sehr daran gewöhnt dem Zaren gegenüber die unterwürfigste Gefälligkeit zur Tonart ihrer Verhandlungen zu wählen, als daß sie jetzt plötzlich eine andere Sprache hätten reden können. Und das täuschte die Russen. Ja selbst in bezug auf England glaubte Nikolaus ruhig sein zu können. Er

hatte mit großem Eifer die öffentliche Meinung des Inselreichs studiert und glaubte sie, das sprach er geradezu aus, besser zu kennen als Sir Hamilton Seymour, den jahrelange Abwesenheit des eigenen Urteils beraubt habe. In Wirklichkeit hatte er aber selbst sich durch die Bewegungen auf der Oberfläche täuschen lassen. Er schrieb der Manchester-  
schule und ihrer Friedenspolitik einen viel größeren Einfluß zu, als sie wirklich besaß; und da einzelne Mitglieder des Kabinetts, wie Aberdeen und Gladstone, gleichfalls ausgeprägte Freunde des Friedens waren, so fürchtete er eine kriegerische Bethätigung Englands durchaus nicht. Vollends eine Verständigung desselben mit Frankreich hielt er nach den Berichten, die Kisseleff aus Paris und Brunnow aus London ihm erstatteten, für nichts als ein leeres Schreckgespenst. Ehe er aus diesen Träumen aufgerüttelt werden konnte, erteilte er dem General Gortschakoff den Befehl über den Pruth zu gehen. Am 2. Juli 1853 rückten die Russen in die Moldau ein, und ein Manifest des Kaisers verkündete der Welt, daß der einzige Zweck dieses Schrittes sei die unveräußerlichen Rechte der griechischen Kirche zu schützen.

Die Nachricht von Gortschakoffs Einmarsch wurde in Konstantinopel mit viel größerer Ruhe vernommen als in Wien. Oesterreich hatte bis dahin eine große Zurückhaltung bewiesen, wie es seiner eigentümlichen Stellung zu Rußland entsprach. Jetzt aber kamen die wichtigsten Interessen der Monarchie ins Spiel. Nimmermehr durfte man es zugeben, daß der russische Einfluß sich an der Südgrenze des Staates festsetze und die Umklammerung der östlichen Hälfte des Kaiserreiches vollende. Graf Buol erklärte sein vollstes Einverständnis mit der Politik der Westmächte; sollte es soweit kommen, daß die österreichische Armee in Thätigkeit treten müsse, so werde das nur zu Gunsten der Unabhängigkeit der Türkei geschehen. Da auch Preußen sich in demselben Sinne aussprach, standen alle Großmächte vereint gegen Rußland da, und ihre Gesandten in Wien, Baron Bourqueney, Lord Westmoreland und Graf Arnim, traten mit dem Grafen Buol zur Beratung gemeinsamer Schritte zu einer Konferenz zusammen. Noch am 2. Juli forderten sie in einer Gesamtnote Rußland auf seine Ansprüche mit den Rechten des Sultans als eines unabhängigen Fürsten in Einklang zu setzen. Da keine von ihnen, selbst Frankreich nicht, den Krieg wünschen konnte, so waren sie zu weitgehenden Zugeständnissen bereit. Das bewies am deutlichsten die sog. Wiener Note vom 31. Juli. Der Sultan hatte den beabsichtigten Firman inzwischen erlassen und mit einer Begleitnote vom 20. Juli nach Wien geschickt, damit beides von dort unter der Zustimmung der Konferenz nach Petersburg abgehe. Allein man fand in Wien, daß die Note, die von den Gesandten in Konstantinopel gebilligt war, ihrem Zweck nicht entspreche, und arbeitete sie deshalb um, wobei man die Vorsicht anwandte sich unter der Hand zu vergewissern, daß der beliebte Wortlaut den Zaren befriedige. Nachdem dies geschehen, wurde das Aktenstück namens der Konferenz nach

Russische  
Truppen über  
den Pruth.

Oesterreich und  
Preußen.

Die Wiener  
Konferenz.

Der Vermitt-  
lungsvor-  
schlag vom  
31. Juli  
1853.

Petersburg und Konstantinopel geschickt, damit es, wenn es beider Orten gebilligt sei, als türkische Note noch einmal vom Bosphorus an die Nawa wandere. Nikolaus erklärte sich, wie zum voraus feststand, am 3. August befriedigt; allein die türkischen Minister forderten drei Änderungen und Lord Stratford gab ihnen, wenn er auch amtlich die unbedingte Annahme empfahl, insgeheim recht. Die wichtigste war, daß in dem Satz: der Sultan werde den Bestimmungen der früheren Friedensschlüsse, welche die Beschützung des christlichen Kultus betrafen, treu bleiben — gesagt wurde: die Beschützung der christlichen Religion durch die Pforte, wodurch jede Deutung, als ob von dem Schutze einer anderen Macht die Rede sei, ausgeschlossen wurde. Wie nötig diese Vorsicht gewesen, hatte die Wiener Konferenz, die anfangs sehr schlecht auf die Türken zu sprechen war, bald genug Gelegenheit wahrzunehmen. Denn in einer erläuternden Note vom 7. September gab Graf Nesselrode den streitigen Worten in der That gerade die Auslegung, welche die Türken fürchteten und welche auch die Konferenz nicht wollte. In Konstantinopel war man nun überzeugt, daß eine Verständigung nicht möglich sei, und da die eifrig betriebenen Rüstungen inzwischen weit genug gediehen waren, da die religiös-politische Aufregung unter den Moslemin einen hohen Grad erreicht hatte, so beschloß ein großer Divan von 172 Mitgliedern die Räumung der Fürstentümer von Rußland zu fordern und im Weigerungsfalle selbst den Krieg zu erklären. Eine Frist von 15 Tagen wurde gesetzt, und als diese verstrichen war, am 23. Oktober 1853 der Krieg begonnen.

Scheitern des-  
selben.

Die west-  
mächtlichen  
Flotten.

Es lag den Türken viel daran gleich zum Beginn des Schutzes der westmächtlichen Flotten gewiß zu sein, und Reschid nahm um dies zu erreichen seine Zuflucht zu einem echttürkischen Mittel. Da er Lord Stratford zu beeinflussen nicht hoffen durfte, wandte er sich an den französischen Gesandten und schilderte ihm die Gefahr, in welcher sich beim Ausbruch des Krieges die Christen der Hauptstadt befinden würden, wenn dem muselmännischen Fanatismus, der von 1821 her in schreckhafter Erinnerung stand, nicht durch die Anwesenheit der beiden Flotten ein Dämpfer aufgedrückt werde; die Regierung sei leider der religiösen Wut gegenüber zu ohnmächtig um die Sicherheit der Christen verbürgen zu können. Bis dahin hatten die Westmächte sich sorgfältig in Acht genommen den Vertrag von 1841, der ihren Flotten das Einlaufen in die Dardanellen verbot, zu mißachten; Napoleon hatte die Sache freilich schon zweimal in London angeregt, aber nicht darauf bestanden; jetzt kam er, gestützt auf seines Gesandten Berichte, zum drittenmal und mit großem Nachdruck mit diesem Vorschlag. Und sein Einfluß auf die britischen Minister war wirklich schon so groß geworden, daß sie ihm nachgaben und am 23. September der Flotte den Befehl erteilten trotz des Vertrages von 1841 nach Konstantinopel zu segeln. Den Einspruch Rußlands wies Lord Clarendon mit der Erklärung zurück, daß durch Gortschakoffs Einmarsch in die Donaufürstentümer der Friede längst

gebrochen, und nur für Friedenszeiten die Dardanellen durch den Vertrag von 1841 fremden Geschwadern verschlossen seien.

Für den Kaiser Napoleon war dieser Schritt Englands von großem <sup>Frankreich</sup> Werte; denn allein würde er ihn nicht gewagt haben, und doch lag ihm viel daran in den Augen der Franzosen eine möglichst thätige Rolle zu spielen. Die bloße Beteiligung an den Wiener Konferenzen, wo er einer unter viere war, genügte ihm überhaupt nicht, und er hatte deshalb bei jeder Gelegenheit sein engeres Einverständnis mit England bemerklich zu machen gesucht. Jedenfalls lag ihm an diesem mehr als an der Gemeinschaft mit den deutschen Mächten, die Nikolaus' Handlungsweise zwar auch mißbilligten, aber doch möglichst schonend vorzugehen wünschten. Besonders Preußen vertrat eine der russischen nicht so sehr fernstehende <sup>Preußen.</sup> Auffassung. Auch Friedrich Wilhelm IV. verwarf zwar, als gefährlich für den Bestand der Türkei, ein ausschließlich russisches Protektorat, aber ein gemeinsames Schutzrecht aller fünf Großmächte hielt er für sehr wohl zulässig. Sein bestimmter Antrag war deshalb darauf gerichtet einen solchen Sened, wie Rußland ihn für sich und die griechischen Christen allein verlangte, für alle Großmächte und alle Christen in der Türkei zu fordern; einem bloßen Firman schrieb auch er geringen Wert zu. Noch bedeutsamer war es, daß er jede direkte Hilfe, die dem Islam gegen Christen geleistet werde, für eine unchristliche Thorheit erklärte, für die Gottes Strafgericht nicht ausbleiben werde, und daß er, ganz folgerichtig, das Heil Preußens unter solchen Umständen in der unbedingtsten Neutralität suchte.

Zu einer Kriegsdrohung gegen Rußland wäre daher Preußen um diese Zeit schwerlich zu bewegen gewesen; aber man war in London überhaupt zweifelhaft, ob man sich auf die Haltung des Königs verlassen könne, und beschwerte sich bitter darüber, daß Herr von Wilbenbruch in Konstantinopel ohne den anderen Gesandten etwas davon mitzuteilen „unverschämt russische“ Vorschläge mache. Bei dieser Sachlage konnte es nicht ausbleiben, daß der kriegslustige Teil des Ministeriums, <sup>England.</sup> Palmerston an der Spitze, den Sieg über die Friedenspartei davon trug, und daß auch Aberdeen und seine Gesinnungsgenossen in das gemeinsame Vorgehen mit Frankreich, diesen „Inzest“, wie Friedrich Wilhelm es nannte, willigten. Und doch war die Hoffnung auf eine gütliche Schlichtung auch jetzt noch nicht aufgegeben; ja Nikolaus selbst schien sie lebhaft zu wünschen. Ob freilich im Ernst oder nur zum Schein? ob er nicht jetzt etwa sich friedfertig stelle, weil er vor dem Frühjahr nicht kriegsfertig sein könne? das waren Fragen, die einem vorsichtigen Beobachter sehr leicht kommen mußten. Er hatte bereits am 24. September eine Zusammenkunft mit dem Kaiser von Osterreich in Olmütz und <sup>Osterreich.</sup> weiterhin auch mit Friedrich Wilhelm IV. gehabt. In Olmütz war eine Erklärung der vier Mächte vereinbart worden, welche dem Sinne der Wiener Note entsprach und die Ansprüche der russischen Note vom 7. September in den Hintergrund schob. Damit war man auch in Berlin

sehr zufrieden, und die Westmächte verlangten nur, daß man jene Erklärung in eine türkische Note umwandle, nach deren Empfang Rußland sich zur Räumung der Fürstentümer verpflichten müsse. Diese Absichten wurden aber durch die Thatsachen überholt. Denn während Nikolaus den Großmächten noch am 31. Oktober anzeigte, daß er seinerseits nicht angreifen werde, überschritt Omer Pascha am 28. Oktober bei Widdin die Donau und verschanzte sich am linken Ufer in Kalafat. Am 4. November 1853 erfolgte die türkische Kriegserklärung.

### Der Krimkrieg.

Beginn des  
Krieges.

Seeschlacht  
bei Sinope.

Kriegerische  
Strömung in  
England.

Palmerston.

Große Ausdehnung gewannen die Feindseligkeiten allerdings den Winter hindurch noch nicht; doch erreichten die von den Türken auf der ganzen Flußlinie von Widdin bis Tschernawoda zahlreich ausgeführten Donauübergänge ihren Zweck die Russen zu belästigen vollkommen. Auch an der asiatischen Grenze gingen sie zuerst vor und nahmen dem Feinde das Fort Nikolaus: hier wie dort beschränkten sich die Russen auf die Verteidigung und erfüllten also das Versprechen vom 31. Oktober. Zur See verhielten sie sich anders. Gereizt durch die Anwesenheit der westmächtlichen Flotten im Bosporus, gab Nikolaus der seinigen Befehl von Sebastopol auszulaufen und die Türken aus dem Schwarzen Meere zu vertreiben. Schon am 20. November fiel ein feindlicher Dampfer in ihre Gewalt und acht ihrer Schiffe erschienen auf der Rhede von Sinope, wo Osman Pascha mit der türkischen Flotte lag. Dem russischen Admiral Nachimoff stand ohne Zweifel das Recht zu seinen Gegner anzugreifen; auch die Note vom 31. Oktober konnte ihn nicht mehr daran hindern, seit die Türken zur Offensive übergegangen waren. Osman erwartete deshalb einen Angriff und bat, da er sich nicht stark genug fühlte, um die Entsendung der westmächtlichen Flotte nach Sinope. Allein Stratford verweigerte diesen Schritt, dessen unheilbare Wirkung er fürchtete, und verließ sich darauf, daß Nachimoff nicht angreifen würde. So verschuldete er es, daß am 30. November 1853 die türkische Flotte nach heldenmütigem Widerstande vernichtet, alle Schiffe bis auf eins zerstört, von der Besatzung 4000 getötet und die 400 Überlebenden fast alle verwundet wurden.

Die Nachricht von diesem Ereignis war der letzte Tropfen, der die im englischen Volk schon lange regen Gelüste nach Krieg zum Überfließen brachte. Vergebens suchten sich Aberdeen und der Prinz-Gemahl dagegen zu stemmen. Die öffentliche Meinung forderte das Einlaufen der Flotten ins Schwarze Meer und die Vertreibung Nachimoffs aus demselben. Zu ihrem Dolmetsch machte sich im Kabinett Lord Palmerston, der französische Gesandte drängte in derselben Richtung. Als sich trotzdem die Mehrheit des Kabinetts gegen einen so entschiedenen Schritt aussprach, benutzte Palmerston die Vorlage einer von Lord John Russell ausgearbeiteten Reformbill um am 15. Dezember zurückzutreten; in der

Presse aber entfachte er einen heftigen Sturm gegen die Russenfreunde und insonderheit gegen den Prinzen Albert, der durch seine verfassungswidrige Einmischung die Königin beeinflusse. Dieser Bewegung vermochte Aberdeen nicht lange zu widerstehen, er gab den französischen Vorschlägen nach und berief Palmerston nach kaum acht Tagen wieder auf seinen Posten. Eine Note vom 24. Dezember machte in Petersburg die Mitteilung, daß jedes russische Kriegsschiff, das sich im Schwarzen Meere zeige, von den beiden Flotten nach Sebastopol zurückgewiesen werden solle, und am 4. Januar 1854 liefen die vereinigten Geschwader in den Cuxinus ein. Dadurch wurde Nikolaus' Zorn wieder zur hellsten Flamme angefacht, während er unter dem ersten Eindruck des Sieges von Sinope und der nachgiebigen Haltung Englands so sehr zum Einlenken geneigt gewesen war, daß nach Seymours Berichten seine Popularität dadurch schwer erschüttert wurde und sein Kanzler Nesselrode gar in den Verdacht geriet mit englischem Golde bestochen zu sein. Besonders entrüsteten sich die russischen Patrioten über die anscheinend vorhandene Neigung auf den von der Wiener Konferenz am 5. Dezember vorgeschlagenen Waffenstillstand einzugehen. Mochte Nikolaus wirklich bis dahin diesen Gedanken der Erwägung wert gehalten haben, mit dem Einlaufen der Flotten ins Schwarze Meer war er für ihn beseitigt und der Entschluß gefaßt die diplomatischen Beziehungen mit London und Paris abzubrechen. Der Krieg war unvermeidlich und von beiden Seiten wurde deshalb mit verdoppeltem Eifer um die Freundschaft der deutschen Mächte geworben.

Napoleon hatte schon im November darauf gedrungen, daß die Westmächte sich Klarheit über deren Stellung verschaffen sollten; aber da seine Annäherung in Wien und gar in Berlin nur eine kühle Aufnahme erhoffen durfte, so wünschte er England vorzuschicken. Der preussische Gesandte in London, Bunsen, war ein treuer Anhänger des Zusammenhaltens der vier Mächte und bei seinem Einfluß auf den König und der Vorliebe, welche dieser für Lord Aberdeen hatte, durfte man wohl auf eine erwünschte Wendung hoffen. Wirklich traf Mitte Dezember ein freidenkender preussischer Staatsmann, der Graf Pourtalès, in besonderer Sendung in London ein und suchte zu erforschen, ob man als Gegenleistung für Preußens Unterstützung diesem freie Hand in Deutschland lassen würde, nicht zur Verschluckung der kleineren Staaten, sondern zur Wiederaufnahme der Unionsbestrebungen. Die Hauptpunkte seines Programmes waren: Übertragung des Oberbefehls im Kriege an Preußen, Errichtung eines beständigen Ministerkongresses (Bundesrates) und neben demselben einer Vertretung der Kammern, welcher die Geldbewilligung für Militärzwecke obliegen sollte. Diese Forderungen fanden gerade keine begeisterte Aufnahme bei Aberdeen, dem treuen Freunde Oesterreichs, allein sie wurden doch zugestanden. Leider enthielten sie aber viel mehr das Programm der Pourtalès und Bunsen als Manteuffels oder des Königs selbst. Dieser hatte sich vielmehr mit der ganzen Zähigkeit seines

Drohungen in Petersburg.

Bruch mit Rußland.

Die Russenfeinde in Preußen.

Der König.

frankhaften Gemütes darauf gesteht, daß ihm als Preis für seine Dienste die Zurückgabe Neuenburgs, „seines lieben, treuen, unter die Füße der Gottlosen getretenen Ländchens am Jura“, zugesichert werde, und er verstieg sich in seinem Eifer bis zu der Behauptung, daß kein preussischer König ohne die Erfüllung dieser Bedingung zu Diensten bereit sein werde. Da nun andererseits das britische Kabinett erklärte, kein englischer Minister könne die Verantwortlichkeit für solche Zusage übernehmen, so zerklüfteten sich die Verhandlungen vollständig, und der förmliche Antrag der Westmächte gemeinsam mit ihnen und Oesterreich den Frieden zu erhalten oder zu erzwingen wurde Anfang Januar kurzerhand abgelehnt. Friedrich Wilhelm glaubte schon sehr weit in der Rücksichtnahme auf die Westmächte gegangen zu sein, wenn er ein Neutralitätsbündnis mit Oesterreich, zu dem ihn Nikolaus am 31. Dezember durch den Baron Budberg einladen ließ, gleichfalls verweigerte, und eine Neutralität, die weder unentschieden noch schwankend sondern souverän sein sollte, auf eigene Hand zu beobachten entschlossen war. In vertrauten Briefen aber machte er kein Hehl daraus, daß diese Neutralität sich in ein Bündnis mit Rußland „auf Leben und Tod“ verwandeln werde, sobald Frankreich die Revolution als seinen Alliierten loszulassen beginne.

Preussische  
Neutralität.

Revolutio-  
näre Pläne  
Napoleons  
und Palmer-  
stons.

Dieser Vorbehalt bezog sich auf die weitgehenden Pläne, die Napoleon und mit ihm Palmerston schon damals gelegentlich durchblicken ließen. Sie waren der Ansicht, daß es sich bei dem Streite kaum noch um die Türkei, sondern vor allem darum handle Rußland gründlich zu schwächen. Das nächste schien ihnen die Donaufürstentümer mit Oesterreich zu vereinigen, wofür dieses die Pforte mit einer Million Pfund Sterling für den Tribut, den sie verliere, entschädigen und außerdem die Lombardei an Sardinien abtreten sollte; Frankreich würde sodann Savoyen erhalten haben. Dieser Plan, den Palmerston schon Anfang November seinen Kollegen entwickelte, erweiterte sich später noch bedeutend; Finland wurde für Schweden, Bessarabien und die russischen Sübprovinzen am Schwarzen Meer für Oesterreich bestimmt, das dagegen Preußen in Deutschland Raum machen sollte; auch die Wiederherstellung Polens fehlte natürlich nicht unter diesen „hirnverbrannten Albernheiten“, wie der Prinz-Gemahl sich ausdrückte. Für den sehr denkbaren Fall aber, daß Franz Josef solchen Vorschlägen seine Zustimmung versage und sich wohl gar mit Rußland vereinige, hatte man eine Revolutionierung Italiens und Ungarns ins Auge gefaßt. Dieser Gedanke erregte Friedrich Wilhelms lebhaftesten Abscheu und ihm gegenüber war auch er zum Bündnis mit Rußland entschlossen.

Die österrei-  
chische Politik.

In Wien befand man sich unzweifelhaft in einer sehr unbehaglichen Lage. Es fehlte nicht an Freunden der Idee mit Rußland eine Teilung der Türkei zu vereinbaren; schon 1850 hatte Prokesch-Osten die Annexion von Serbien, Bosnien, Albanien und Makedonien empfohlen, wogegen dann Rußland selbst der Bosphorus preisgegeben wurde; auch jetzt befürwortete sogar ein Mann wie Kardinal Rauscher diese Vergrößerungs-

politik, die mit großen Zugeständnissen an die Ungarn Hand in Hand gehen sollte. Aber die Leitung des Staates ruhte nicht mehr in den Händen eines Schwarzenberg; Graf Buol wünschte wenn irgend möglich den Frieden und die Erhaltung des Bestehenden. Ein enges Verhältnis zu dem Berliner Hofe war bei solchen Absichten von größter Wichtigkeit, und wenn Buol auch nicht daran dachte es durch Gegenleistungen zu erkaufen, so konnte er doch auf die grundsätzliche Zustimmung Friedrich Wilhelms rechnen, wie das bei jeder der wiederholten Begegnungen der Monarchen zu Tage trat. Dagegen war des Zaren Antrag unter seiner Vermittelung ein Neutralitätsbündnis mit Preußen zu schließen auch für Österreich ganz unannehmbar; denn das hätte einen Bruch mit den Westmächten bedeutet. Es war deshalb umsonst, daß Nikolaus im Januar 1854 seinen vertrautesten Freund Orloff an den Kaiser von Österreich sandte, während Budberg in Berlin für das gleiche Ziel wirkte. Hier wie dort wollte man sich auf nichts einlassen, ja der stolzen Erklärung Orloffs, daß sein Herr sich nicht verpflichten könne auf jede Vergrößerung an der Donau zu verzichten, ließ Franz Josef die feste Antwort folgen, daß dann auch Österreich sich die volle Freiheit seines Handels wahren müsse. Wohl aber bezeugte Buol seine russenfreundliche Gesinnung dadurch, daß er auf die Ablehnung der Petersburger Anträge zum großen Arger des englischen Ministeriums noch Gegenanträge folgen ließ, obgleich Orloff die Weisung hatte auf einem einfachen Ja oder Nein zu bestehen. Auch milderte er Nikolaus' Entrüstung dadurch nicht; eine Statuette des österreichischen Kaisers, die der Zar in seinem Zimmer stehen hatte, fand man, als er Orloffs Depesche gelesen, zertrümmert an einer Säule liegen. Es war eine Zeit der bittersten Enttäuschungen für den stolzen Gewaltthaber; aber wenn ihn der schlechte Gang des Donaufeldzuges kränkte, wenn ihn das Einlaufen der Flotten ins Schwarze Meer beleidigte, wenn ihn Preußens unentschlossene und Englands kriegerische Politik verdroß, so war der Undank, durch den Österreich die Welt in Erstaunen setzte, doch der schwerste Kummer und die ernstlichste Gefahr, die ihn heimsuchte. Seinem herrischen und unbeugsamen Geiste wurde ein Einlenken dadurch nur um so unmöglicher; er war zum Bruche mit den Westmächten entschlossen; Anfang Februar 1854 wurden die gegenseitigen Gesandten abberufen und ein Brief Napoleons, der am 29. Januar 1854 noch einmal persönliche Verhandlungen zwischen den Herrschern anzuknüpfen suchte, wurde mit einem kriegerischen Schreiben erwidert. Durch identische Noten forderten die Westmächte endlich, von Österreich unterstützt, am 27. Februar die Räumung der Donaufürstentümer bis zum 30. April, und da Kesselrode darauf erklärte, der Zar halte es nicht für angemessen dieses Ultimatum zu beantworten, erfolgte am 27. März in London und Paris die Kriegserklärung. Mit der Türkei war schon vorher am 12. März ein Bündnis zum Abschluß gekommen. England und Frankreich verpflichteten sich darin außer ihrer Flotte auch ein Landheer dem Sultan zur Hilfe zu

Der Zar.

Westmäch-  
tlich-türkisches  
Bündnis.

schicken, bedangen sich aber vollkommene Freiheit für ihre kriegerischen Bewegungen aus; alle Teile verzichteten auf den Abschluß eines Sonderfriedens mit Rußland, und die Westmächte versprachen überdies vierzig Tage nach der Wiederherstellung des Friedens ihre Truppen vom türkischen Gebiete zurückzuziehen. Unter sich schlossen sie dann noch ein besonderes Bündnis, das am 10. April 1854 in Paris unterzeichnet wurde. Zweck desselben sollte die Sicherung der Türkei gegen die Wiederkehr unbilliger Ansprüche Rußlands und die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts sein; von der Verfolgung eigensüchtiger Zwecke versprachen beide Teile abzustehen; andere Mächte sollten zum Beitritt eingeladen werden.

Französisch-  
englisches  
Bündnis.

Deutschland.

Unter diesen anderen Mächten verstand man einerseits Schweden, das man durch die Erwerbung Finlands und der Ålandsinseln zu gewinnen suchte, vor allem aber doch die beiden deutschen Großmächte. Die öffentliche Meinung in Deutschland war überwiegend russenfeindlich und gab sich in Zeitungen und Broschüren vernehmlich kund; die Anhänger des Zaren traten mit ihrer Thätigkeit viel weniger an das Tageslicht. Dafür waren sie unter der Hand am Berliner Hof und bei den mittelstaatlichen Regierungen um so geschäftiger. In Stuttgart, Darmstadt und anderer Orten fand freilich der Druck der verwandtschaftlichen Beziehungen ein starkes Gegengewicht an der Besorgnis vor Frankreich. Für Bayern aber kam noch ein besonderes Interesse in Frage.

Bayern und  
Griechenland.

Der Arta-  
aufstand.

Russische Hezereien hatten unter den christlichen Unterthanen des Sultans am Busen von Arta, also an der Nordgrenze Griechenlands, einen Aufstand zuwege gebracht, der von der griechischen Regierung unterstützt wurde. Gemeinsam mit den Westmächten forderte die Türkei Genugthuung dafür und Abstellung ihrer Beschwerden; Griechenland aber fügte sich erst, als am 26. Mai 1854 ein verbündetes Geschwader Truppen im Piräus ausschiffte und dadurch jeden Widerstand brach. Eine solche Bedrohung der hellenischen Selbständigkeit erschien in München als eine dem bayerischen Königshause zugefügte Unbill, die man, solange sie noch nicht vollzogen war, zu hindern und nachher durch verstärkte Hingabe an Rußland zu rächen suchte. Aber was konnten die Mittelstaaten ausrichten, wenn Oesterreich und Preußen einig waren? Und diese Einigkeit wurde, wennschon mit großer Mühe, vorderhand noch aufrecht erhalten, selbst dann noch, als in Berlin die Russenfreunde siegten. Der kritische Augenblick wurde durch den Vorschlag Oesterreichs herbeigeführt, das westmächtl. Ultimatum durch einen Vertrag der vier Mächte zu unterstützen, in dem sie die Integrität der Türkei und die Gleichberechtigung der Religionsbekenntnisse verbürgen sollten. Selbst Manteuffel, mehr noch Bonin, Bunsen, Pourtalès waren für die Unterzeichnung des Entwurfes; auch der Prinz von Preußen riet seinem Bruder dringend zu. Aber der König fürchtete dadurch zu weit fortgerissen zu werden, und nicht die russische Hofpartei allein bestärkte ihn darin, sondern auch Herr von Bismarck, der in diesen Monaten öfter nach Berlin berufen wurde um die Depeschen im Sinne des Königs zu

Niederlage der  
Russenfeinde  
in Berlin.

bearbeiten und der nicht geneigt war „Preußen wie einen Heshund in einen ihm fremden Krieg treiben zu lassen“, warnte vor jedem Schritt, der Preußens Stellung zu Rußland verderben könne. So wurde denn der Zutritt zu jenem Vertragsentwurf vom Könige am 4. März verweigert und der Fürst von Hohenzollern nach Paris, der General von der Gröben nach London gesandt um die preußische Politik zu rechtfertigen. Natürlich nützte das gar nichts. Napoleon suchte wohl durch die Versicherung, er wünsche Preußen eine bessere Arrondierung, den König zu ködern; aber er drohte auch schon damit, daß er durch Nichtsthun seinen Einfluß beim Friedensschluß verlieren werde, und ganz ähnlich schrieb die Königin Victoria zurück: wenn Preußen darauf verzichte das Recht in Europa zu schützen, so verzichte es auf seine Großmachtsstellung. Inzwischen hatte Bunsen sein gutes Verhältnis zu seinem königlichen Freunde dadurch völlig verdorben, daß er den Plan, Rußland zu Gebietsabtretungen zu zwingen, befürwortete. Seine Denkschrift wurde sofort dem russischen Gesandten in Berlin verraten und der König bewog ihn einen mehrwöchentlichen Urlaub zu erteilen, ja als Bunsen diesen nicht antreten wollte, ihn abzurufen. Auf diesen ersten Erfolg der Gerlach und Genossen folgte alsbald ein zweiter. Der Kriegsminister Bonin hatte in einer Kommission des Abgeordnetenhauses geäußert: gegen ein Bündnis mit Rußland brauche man sich nicht zu verwahren; es gebe Dinge, die man gar nicht als möglich voraussetzen dürfe; so habe Solon in Athen keine Strafe für den Vaternord bestimmen wollen. Der König erklärte ihm darauf, ihre politischen Ideen seien zu verschieden, als daß sie länger zusammenarbeiten könnten, und entließ ihn. Niemand empfand diese Wendung bitterer als der Prinz von Preußen. Er reiste sofort „aus Gesundheitsrücksichten“ von Berlin nach Baden ab, und mit Recht konnte die Königin Victoria dem preußischen Monarchen vorhalten, ob das wohl eine richtige Politik sei, die einen liebenden Bruder, einen edlen, durch und durch ritterlichen Prinzen zu einem solchen Schritte veranlaßt habe. In der That hielt denn auch der König auf der betretenen Bahn, die ihn ganz in Abhängigkeit von Rußland bringen mußte, inne. Manteuffel, der das Heft in den Händen behielt, schloß sich vielmehr wieder enger an Oesterreich an und suchte durch dessen Vermittelung Fühlung mit den Westmächten zu behalten und den Zaren zum Nachgeben zu drängen. Noch im März erklärte er in der zweiten Kammer, daß Preußens Beistand dem deutschen Staate nicht fehlen werde, der sich durch seine geographische Lage etwa genötigt sehe zuerst das Schwert zur Verteidigung deutscher Interessen zu ziehen. Doch widersetzte er sich, von Bismarck erfolgreich unterstützt, dem Versuche Oesterreichs den Bund zu einer russenfeindlichen Politik zu bestimmen; der dahinzielenden Aufforderung Buols vom 14. März trat der preußische Gesandte an der Spitze der Mehrheit entgegen — das einzige Mal, wie Bismarck später äußerte, wo diese Gruppierung sich herausbildete.

Wiener Pro-  
tokoll vom  
9. April.

Österreichisch-  
preussisches  
Bündnis.

Die Bamberg-  
ger Konferenz.

Österreichisch-  
türkischer Ver-  
trag.

Dagegen schloß sich auch Preußen am 9. April einem neuen Wiener Protokoll an, in welchem die vier Mächte erklärten, daß sie trotz der Verschiedenheit, die in ihrer Stellung durch die westmächtlige Kriegserklärung eingetreten sei, doch einmütig bei ihren Forderungen vom 5. Dezember 1853 verharren, daß sie die Unversehrtheit des türkischen Gebietes, insonderheit also die Räumung der Donaufürstentümer, die ungeschmälerte Souveränität des Sultans auch seinen christlichen Unterthanen gegenüber und die gesicherte Stellung der Pforte im Kreise der europäischen Regierungen nicht preisgeben würden. Gleichzeitig erschien der österreichische General von Hess in Berlin um ein weiteres gemeinsames Vorgehen gegen Rußland zu vereinbaren. Manteuffel machte zwar Schwierigkeiten und Zögerungen genug, verlängerte aber am 20. April wirklich für die Dauer des begonnenen Krieges das dem Ablauf nahe Schutz- und Trutzbündnis vom Mai 1851, durch welches beide Staaten sich ihren vollen Länderbestand verbürgten. Ein Zusatzvertrag vom 28. April bestimmte, daß Österreich die Räumung der Donaufürstentümer, die Preußen am 8. in Petersburg von neuem empfohlen hatte, jetzt seinerseits fordern solle, und daß wenn es darüber in Krieg mit Rußland gerate, Preußen ihm beistehen müsse; sollte Nikolaus aber gar die Fürstentümer einverleiben oder sein Heer über den Balkan schicken, so würden beide deutsche Mächte ihrerseits zum Angriff schreiten.

Den Mittelstaaten gingen diese Verabredungen schon viel zu weit. Aufgefordert dem Bündnis beizutreten, hielten sie am 25. Mai eine Konferenz in Bamberg ab um zu verabreden, wie sie die Rolle des Hemmschuhs, die Preußen aufgegeben zu haben schien, mit besserem Erfolge spielen könnten. Sie einigten sich darüber, daß nicht die einzelnen Staaten, sondern der Bund als solcher dem Vertrage vom 20./28. April beitreten müsse, daß nicht Rußland allein, sondern auch die Westmächte aufzufordern seien ihre Streitkräfte aus der Türkei zurückzuziehen, daß dem Bunde und nicht den beiden Großmächten die Entscheidung zukomme, wann eine thätige Beteiligung am Kriege Platz zu greifen habe und daß endlich der Bund auch auf dem künftigen Friedenskongresse vertreten sein müsse um die Interessen Deutschlands, d. h. die freie Schifffahrt auf der Donau, den Schutz der Christen in der Türkei und die Unabhängigkeit Griechenlands, zu wahren. Von allen diesen Bedingungen wurde schließlich doch nur die erste festgehalten und nachdem die beiden Großmächte ihr Bündnis am 20. Juni in Frankfurt mitgeteilt hatten, gegen die Stimme Mecklenburgs am 24. Juni 1854 der Beitritt beschlossen.

Es geschah das zum Teil unter dem Druck einer Zusammenkunft, die Franz Josef und Friedrich Wilhelm am 8. Juni in Tetschen gehabt hatten, zum Teil aber auch in Folge einer unverhofft friedlichen Gestaltung der Dinge. Rußland fühlte sich durch den österreichisch-preussischen Vertrag ernstlich bedroht, umsomehr als die Türkei am 14. Juni Österreich das Recht erteilte in die Fürstentümer einzurücken. Hätten

die russischen Waffen an der Donau nennenswerte Erfolge aufzuweisen gehabt, so würde der Zar vielleicht selbst einem österreichischen Angriffe Trotz geboten haben; nach Lage der Dinge war das aber kaum möglich. In den ersten Monaten des Jahres hatte Gortschakoff sich vergeblich bemüht die Türken aus Kalafat zu vertreiben; nur Dschurdschewo zu nehmen war ihm im Februar 1854 gelungen. Paszkiewitsch, der ihn Mitte April im Oberbefehl ablöste, hatte dann gar die ganze kleine Walachei (bis zur Muta) geräumt und sich mit allen Kräften auf das starke Silistria geworfen. Fast zwei Monate lag er vor der Stadt, die von Mussa Pascha und dem Preußen Grach vortrefflich verteidigt wurde; als er aber bei einem mißglückten Sturm am 9. Juni selbst verwundet wurde und den Oberbefehl wieder an Gortschakoff abgeben mußte, als dieser vier Tage später durch den Ausfall der Besatzung und den gleichzeitigen Angriff Omer Paschas schwere Verluste erlitt und obendrein gerade jetzt der österreichisch-türkische Vertrag vom 14. Juni geschlossen wurde, da mußte die Belagerung aufgehoben werden, nachdem sie den Russen bereits 12 000 Mann gekostet hatte, und das Heer trat am 21. den Rückzug auf das nördliche Donauufer an. Acht Tage später erklärte sich Graf Nesselrode bereit das Wiener Protokoll vom 9. April als Friedensgrundlage anzuerkennen, wenn Osterreich den Abzug der alliirten Truppen vom türkischen Gebiete verbürgen könne. Diese waren im Mai etwa 50 000 Mann stark, aber schlecht ausgerüstet, in Gallipoli gelandet, die Franzosen von Saint-Arnaud, die Engländer von Lord Raglan geführt, einem alten Waffengefährten Wellingtons und Invaliden von Waterloo. Bei Gallipoli war die Landung erfolgt, weil man die Überschreitung des Balkans durch die Russen fürchtete und ihnen bei dem Marsch auf Konstantinopel in die Flanke zu fallen gedachte. Bald erkannte man, daß diese Vorsorge gänzlich überflüssig sei, und schiffte sich wieder ein um bei Barna im Norden der Balkanlinie zu landen. Auch hier war man keineswegs vor dem Feinde, da die Russen eben jetzt die Belagerung von Silistria aufhoben. Nur in der Dobrudscha, zwischen Donau und Meer, standen noch russische Truppen, die im März bei Galatz über den Fluß gekommen und bis Röstendsche vorgezogen waren. Da auch sie bereits im Rückzuge begriffen waren, so mußte man sich beeilen, wenn man sie noch fassen wollte. St.-Arnaud entsandte deshalb am 24. Juli Espinasse mit 10 000 Mann um ihnen nachzusetzen und eine Schlappe zu sühnen, die sie den Türken bei Tschernawoda beigebracht hatten. Allein es war zu spät dazu. Espinasse konnte den Feind nicht mehr einholen und würde seine Truppen unverfehrt zurückgebracht haben, wenn nicht die Cholera, die auch im Lager von Barna furchtbare Opfer forderte, sein Heer in den Sümpfen und Steppen der Dobrudscha so heftig angefallen hätte, daß von den 10 000 Mann am 10. August nur 4500 zurückkehrten. Ein längerer Aufenthalt in diesem ungesunden Klima drohte das ganze Heer aufzureiben; er war überdies zwecklos, weil die Russen mittlerweile nach

Militärische Lage an der Donau.

Belagerung von Silistria.

Landung der Verbündeten in Gallipoli.

in Barna.

Franzosen in der Dobrudscha.

Rückzug der  
Russen über  
den Pruth.

einer neuen Niederlage bei Dschurdschewo auch über den Pruth gegangen waren und die Donaufürstentümer der österreichisch-türkischen Armee offenstanden. Wäre der Zweck des Krieges nur der gewesen das Protokoll vom 9. April durchzusetzen, so hätten die Westmächte die triftigsten Gründe gehabt ihre Truppen, wie Rußland forderte, vom türkischen Gebiete zurückzuziehen.

Die vier For-  
derungen der  
Westmächte.

Sprengung  
der Wiener  
Konferenz.

Preußens und  
des Bundes  
Zutritt zu den  
vier Punkten.

Aber nachdem es einmal soweit gekommen war, wollten sie auch ihr Hauptziel erreichen und Rußlands Übergewicht auf lange hinaus brechen. Oesterreich war daher nicht in der Lage die von Rußland geforderte Bürgschaft für die Räumung zu übernehmen; es empfahl zwar die Nesselrodesche Note vom 29. Juni in Paris und London, erhielt aber am 22. Juli die Antwort, daß die Westmächte vier Punkte als unerläßliche Bedingungen des Friedens aufstellen mußten: die Aufhebung des russischen Schutzrechtes in den Donaufürstentümern und Serbien, die Freiheit der Donauschiffahrt, die Beseitigung des russischen Übergewichts im Schwarzen Meere und jeder Schirmherrschaft einer einzelnen Macht über die christlichen Unterthanen der Pforte. Nach längeren Verhandlungen in Wien trat Oesterreich diesen Forderungen am 10. August bei, während der preußische König zwar auch diese neue Grundlage in Petersburg befürwortete und in einem eigenhändigen Schreiben dem Zaren mittheilte, daß er bei einem russischen Angriffe Oesterreich zu helfen verpflichtet sei, aber zugleich doch auch in den übrigen Hauptstädten am 6. September erklären ließ, daß er an keinen Zwangsmaßregeln teilnehmen werde und durch die Räumung der Donaufürstentümer den Zusatzvertrag vom 28. April für erledigt erachte. Dadurch war die Einigkeit der vier Mächte, welche die Wiener Konferenz bildeten, gesprengt und weitere Sitzungen derselben fanden nicht statt. In Berlin aber geriet man in eine höchst unbehagliche Lage. Entschieden zu Rußland überzutreten wäre in der That, wie Bonin gesagt hatte, unmöglich gewesen; Oesterreich lenkte immer kräftiger in das Fahrwasser der Westmächte ein und suchte, von Frankreich unterstützt, den deutschen Bund sich nachzuziehen; Preußens Vereinsamung wurde äußerst peinlich. Nach langen Kämpfen entschloß man sich also wieder engere Fühlung mit Oesterreich zu nehmen. Manteuffel gestand am 30. Oktober zu, daß die vier Punkte von den deutschen Großmächten nochmals in Petersburg empfohlen werden und wenn Rußland sie abermals verwerfe, die Stellung Oesterreichs in den Fürstentümern unter den Schutz des Bündnisses vom 20. April fallen solle; und obgleich Oesterreich darüber hinaus sich das Recht wahrte aus der Verteidigung zum Angriff überzugehen und nicht allein den Westmächten, sondern auch sich selbst die Freiheit vorbehielt neue Bedingungen außer den vier Punkten zu stellen, so verpflichtete sich Preußen doch am 26. November durch einen neuen Zusatzvertrag zum Schutze der österreichischen Stellung an der Donau und zur Durchführung der vier Punkte, und auch der Bund trat dem am 9. Dezember bei. Hatte sich Preußen so wieder einen Schritt weiter

ziehen und als Drücker gegen Rußland verwenden lassen, so war der nächste Erfolg doch, wie man ihn in Berlin gehofft: am 28. November 1854 erklärte Rußland, daß es die vier Punkte als Grundlage der Verhandlungen annehmen wolle. Gleich darauf aber zeigte sich, was Österreich mit seinen Vorbehalten gemeint hatte. Ohne Preußen darüber zu verständigen und ohne Rücksicht auf Rußlands erneute Nachgiebigkeit schloß es am 2. Dezember mit den Westmächten ein Bündnis, durch das es auf ein Sonderabkommen mit Rußland verzichtete und für den Friedensschluß weitere Bedingungen über die vier Punkte hinaus vorbehielt; den Westmächten sollte der Einmarsch in die Donaufürstentümer gestattet sein und wenn am Schluß des Jahres der Friede noch nicht gesichert sei, eine neue Vereinbarung über die ferneren Maßregeln stattfinden; würde Österreich dann am Kriege teilnehmen, so solle ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen werden; Preußen wurde der Zutritt zu diesem Verträge offen gehalten.

Osterreichisch-  
westmäch-  
liches Bündnis.

Wohl hatte man in Berlin ein Recht, über diese geringschägige Behandlung erzürnt zu sein und darin eine Mißachtung der preußischen Großmachtsstellung zu erkennen; aber als Manteuffel diesem Verdruß amtlichen Ausdruck gab, erhielt er von Frankreich die spöttische Antwort, die Rechte einer Großmachtsstellung, die man Preußen nicht bestreiten wolle, seien mit der Erfüllung ihrer Pflichten untrennbar verknüpft; wer den Ereignissen des Tages fern bleibe, könne nicht an ihrer Erledigung teilnehmen. Nun bemühte sich der König freilich die verlorene Fühlung mit den Westmächten wiederherzustellen; der einfache Zutritt zu dem Verträge vom 2. Dezember schien ihm aber Preußens unwürdig; er wollte vielmehr selbständig einen analogen Vertrag mit jenen schließen und schickte deshalb Usedom nach London und den General von Wedell nach Paris. Weder die ständigen Gesandten an diesen Orten noch Manteuffel waren damit einverstanden und erschwerten die Ausführung des Planes nach Kräften; die völlige Vereitelung war aber schließlich doch wieder das Werk der russischen Partei, die den König abermals umzustimmen wußte. Österreich hatte inzwischen die Kühnheit von Preußen die Aufstellung von 200 000 Mann bei Breslau und Posen zu fordern, weil es durch die Rüstungen Rußlands bedroht werde; auch lud es die Bundesstaaten, welche seinen Standpunkt teilten, am 14. Januar 1855 insgeheim ein ihre Truppen für den Kriegsfall unter österreichischen Oberbefehl zu stellen und setzte am 8. Februar in Frankfurt zwar nicht die geforderte Mobilmachung, wohl aber die Kriegsbereitschaft des Bundesheeres durch. Viel erreicht war damit allerdings nicht; denn Preußen, das für sich selbst die Aufstellung jener 200 000 Mann unbedingt ablehnte, setzte dabei eine Motivierung durch, durch welche die Kriegsbereitschaft nicht als gegen Rußland gerichtet, sondern als nach allen Richtungen hin verwendbar erschien, was bei den damals auftauchenden Forderungen eines französischen Durchmarsches durch Süddeutschland von großer Bedeutung war. Das rief denn

Mißachtung  
Preußens.

Kriegsbereit-  
schaft des Bun-  
desheeres.

Sardiniens  
Bündnis mit  
den West-  
mächten.

freilich den lebhaften Einspruch Österreichs und Frankreichs hervor und erbitterte sie noch mehr gegen Preußen; aber dieses beharrte auf seiner Ansicht und erfreute sich dabei der Zustimmung fast aller Mittelstaaten. Mißlang es also zu Österreichs großem Kummer Preußen und Deutschland ins Schlepptau zu nehmen, so war es fast noch bedenklicher, daß dafür Sardinien sich dem westmächtlichen Bündnis anschloß. Ein unmittelbares Interesse hatte der italienische Mittelstaat an dem türkischen Streite gewiß nicht; aber jede Verwicklung, die Österreich berührte, mußte seine Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen und ihn zu Vorsichtsmaßregeln veranlassen. Der Gedanke sich an dem Kriege gegen Rußland zu beteiligen hatte Cavour das ganze Jahr hindurch beschäftigt. England wünschte es in hohem Maße, weil es das Mißverhältnis seiner eigenen Landmacht zu der französischen durch den Eintritt eines dritten Verbündeten abzuschwächen hoffte; es dachte sich die Sardinier freilich mehr als englische Hilfstruppe wie als gleichberechtigte Bundesgenossen. Auch Napoleon war dem Plane sehr zugethan; doch lag für ihn der Hauptwert darin, daß die Einschiffung der sardinischen Armee nach dem Oriente Österreich vor einem Angriff in der Lombardei sicherstellte und dadurch das Hauptbedenken, das man in Wien der Teilnahme am Kriege entgegenhielt, beseitigte. Für Cavour konnte es freilich nicht sehr verlockend sein gemeinsam mit Österreich zu kämpfen; denn die Hoffnung auf unmittelbaren Gewinn ging dabei verloren. Aber einerseits schützte doch die Teilnahme Österreichs am Kriege auch Sardinien vor einem Angriff, andererseits konnte die europäische Verwicklung sehr leicht ungeahnte Dimensionen annehmen, und in diesem Fall war es für den kleinen Staat von größter Wichtigkeit am Tage der Abwicklung nicht vor der Thür, sondern mit im Beratungssale zu stehen. Als daher nach dem Vertrage vom 2. Dezember 1854 Österreichs Beitritt zu der westmächtlichen Allianz zweifellos zu sein schien und nun von London und Paris die erneute Aufforderung zum Anschluß auch an Sardinien erging, war Cavour und mit ihm der König entschlossen nicht mehr zu zaudern. Die weitverbreitete Abneigung gegen ein Zusammengehen mit Österreich war zum Teil schon vorher von ihnen erfolgreich bekämpft; Alfons Lamarmora, der Kriegsminister, hatte seine gewichtigen Bedenken fallen lassen; andere, wie der Minister des Auswärtigen, Dabormida, zogen sich wenigstens auf die Forderung zurück, daß Österreich einen Schritt der Annäherung thue und die Güter der flüchtigen Lombarden freigebe, welche es nach einem leichtsinnigen Aufstandsversuche in Mailand am 13. Februar 1853 mit Beschlag belegt hatte. Cavour war von Anfang an sehr nachdrücklich zu Gunsten dieser Flüchtlinge eingetreten, aber seine Verwendung blieb, obgleich von Frankreich und England unterstützt, ohne Erfolg, und die lebhaften diplomatischen Erörterungen, die sich daran knüpften, hatten endlich zur Abberufung der beiderseitigen Gesandten aus Wien und Turin geführt. Jetzt einen Versuch zu machen durch die Westmächte die Aufhebung des Sequesters als Preis des

sardinischen Bündnisses zu erlangen konnte Cavour nicht abschlagen; auch wünschte er das bestimmte Versprechen zu erhalten, daß bei den Friedensverhandlungen der Zustand Italiens in Betracht gezogen werden solle. Aber in London und Paris wollte man auf keine Bedingungen eingehen, die Österreichs Haltung nachtheilig beeinflussen konnten, und so ließ Cavour sie umsomehr fallen, als einige der angesehensten Flüchtlinge ausdrücklich baten den Vertrag nicht daran scheitern zu lassen. Dabormida aber konnte sich zu diesem Verzicht nicht entschließen und legte am 10. Januar 1855 sein Amt nieder, worauf Cavour als Minister des Auswärtigen an demselben Tage den Bündnisvertrag mit dem Herzog von Gramont und Sir James Hudson abschloß. Er verpflichtete sich ein Heer von 15 000 Mann aufzustellen, das von einem sardinischen General geführt, aber auf englische Kosten nach dem Kriegsschauplatz gebracht werden sollte; Hilfgelder bedang er sich nicht aus, obgleich viele das wünschten; er wollte die Sardinier nicht in das schlechte Licht eines Söldnerheeres stellen; dagegen leistete England die Gewähr für eine dreiprozentige Anleihe von einer Million Pfund, deren Sardinien nicht entraten konnte. Die Verhandlungen in den Kammern begannen am 3. Februar, und obgleich Ultramontane und Radikale sich gegen den Vertrag verbündeten, trug er doch in beiden Häusern eine Mehrheit von 30 bis 40 Stimmen davon; alle Nationalgesinnten jubelten über diesen Schritt, und auch die freisinnigen preußischen Staatsmänner freuten sich des „Pistolenschusses“, der hart an Österreichs Ohren vorbeigegangen war.

Der Vertrag  
vom 10. Ja-  
nuar 1855.

Der Kriegsschauplatz, nach dem die sardinischen Truppen am 21. April unter Lamarmoras Führung eingeschifft wurden, war die Krim. Seit sieben Monaten lagerte dort bereits das Heer der Verbündeten um die gewaltige Seefeste Sebastopol zu bezwingen. Als der Kriegsrat in Warna am 21. Juli 1854 auf Antrieb Napoleons die Landung auf der taurischen Halbinsel beschloß, hegte man die Hoffnung den wichtigen Waffenplatz durch einen Handstreich zu gewinnen; niemand besorgte, daß dies Unternehmen ein volles Jahr und die größten Opfer erfordern werde. Am 5. September begann die Einschiffung, vierzehn Tage später waren 58 000 Mann bei Eupatoria gelandet. Den Oberbefehl über die Russen in Sebastopol führte Fürst Menschikoff; er verhinderte die von der starken feindlichen Flotte gedeckte Ausschiffung nicht, sondern beschloß den Vormarsch, der durch mehrere von Ost nach West strömende Flüsse erschwert wurde, zu vereiteln. An dem nördlichsten derselben, der Alma, kam es am 20. September 1854 zur Schlacht, in der die Verbündeten dank ihrer überlegenen Bewaffnung und einer geschickten Umgehung, die General Bosquet leitete, nach heißem Kampfe siegten. Menschikoff zog sich in das Innere der Halbinsel zurück und begnügte sich unter Preisgebung der folgenden Flußlinien den Vormarsch der Verbündeten in der Flanke zu bedrohen. Um nicht auch im Rücken durch anmarschierende russische Heere gefährdet zu werden beschlossen

Landung in  
der Krim.

Schlacht an  
der Alma.

diese sich südlich von Sebastopol bei Balaklawa und der westwärts da-  
 Sebastopol. von gelegenen Kamieschbucht zu lagern. Sebastopol liegt an einem  
<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Meilen tief östlich ins Land einschneidenden Meerbusen, der in der  
 Mitte eine gleichfalls weit eindringende Bucht nach Süden entsendet.  
 Diese bildete den Kriegshafen, zwischen dessen westlicher Seite und der  
 Südküste des Hauptbusens die eigentliche Stadt lag, während sich an  
 dem östlichen Ufer die Schiffervorstadt (Karabelnaja) und an dem Nord-  
 rande des Hauptbusens die Vorstadt Severnaja ausdehnte. Von der  
 Seeseite her anzugreifen wurde den Verbündeten dadurch unmöglich ge-  
 macht, daß die Russen am 23. September die Einfahrt in den Busen,  
 welche die beiden Forts, Konstantin im Norden, Alexander im Süden,  
 deckten, durch Versenkung ihrer Flotte vollständig sperrten. Auch die  
 Severnaja kam unter diesen Umständen für den Angriff nicht in Betracht.  
 Der Altstadt diente eine Reihe von Forts und Bastionen zur Deckung,  
 die sich von der Südspitze des Kriegshafens und dem Thale, das ihn  
 landeinwärts fortsetzte, zum Fort Alexander hinzogen; gegenüber diesen  
 Befestigungen lagerten die Franzosen, denen die Kamieschbucht als Hafens-  
 platz diente. Die Engländer hatten auf Balaklawa gestützt den Raum  
 von dem Hafenthale bis zur Tschernaja, die in die innerste Spitze des  
 Hauptbusens mündet und nahe ihrem Ausflusse bei Inerman überbrückt  
 war, inne. Die ihnen gegenüberliegende Karabelnaja war mit ganz  
 jungen Festungswerken versehen, unter denen der große Redan nicht  
 weit von der Südspitze des Kriegshafens, der Malakoff nordöstlich da-  
 von und der kleine Redan wieder etwas weiter nordöstlich die bedeutendsten  
 waren. Alle diese Werke wurden von den Russen unermüdlich vervoll-  
 ständig und der ausgezeichneten Kunst des Obersten Tottleben, dem  
 dies oblag, gelang es ihnen unter den Augen der Verbündeten eine  
 furchtbare Stärke zu geben. Die Türken, 8000 Mann an der Zahl,  
 standen an der Tschernaja zur Beobachtung Menschikoffs.

St. Arnauds  
 Tod.

Noch ehe die Franzosen ihre Stellungen bezogen, übergab St. Arnaud,  
 der schwer an der Cholera erkrankt war, den Oberbefehl dem General  
 Canrobert; schon am 29. September 1854 starb er an Bord des Schiffes,  
 das ihn nach Konstantinopel bringen sollte. Eine regelrechte Belagerung  
 wurde nunmehr eingeleitet; am 9. Oktober konnten die Laufgräben, am  
 17. die Beschießung eröffnet werden. Bis dahin hatte Menschikoff nichts  
 gethan um die Angreifer zu beunruhigen; Ende des Monats aber glaubte  
 er sich durch Zuzüge von der Donauarmee, welche die Generale Liprandi  
 und Dannenberg herbeiführten, stark genug zu einem Schlage. Liprandi  
 griff am 25. die Türken an, nahm ihre Feldschanzen östlich von Bala-  
 Schlacht bei  
 Balaklawa. klawa und rückte gegen diese Stadt vor; ein furchtbarer Angriff der  
 englischen Reiterei, der zu den glänzendsten Waffenthaten der Neuzeit  
 gerechnet wird, zwang ihn zum Rückzug. Eine Erneuerung des Kampfes  
 am nächsten Tage wurde mit leichterer Mühe von Sir de Lacy Evans,  
 der einst die englische Legion in Spanien geführt hatte, zurückgeschlagen.  
 Menschikoff ruhte nun mehrere Tage um Dannenbergs Truppen vollends

herankommen zu lassen. Am 5. November ließ er dieselben die Tschernaja bei Inkerman überschreiten und bedrängte die Engländer so hart, daß nur das Eintreffen der französischen Reserve unter Bosquet sie rettete; gleichzeitig schlug das französische Belagerungskorps unter Forey einen heftigen Ausfall zurück. Bei Inkerman kam die Schlacht lange zu keiner Entscheidung; endlich siegte das französische Ungestüm über die russische Zähigkeit, Dannenberg zog sich mit einem Verlust von 12 000 Mann zurück; aber wenn die Verbündeten auch nur ein Drittel dieser Zahl eingebüßt hatten, so war dieser Verlust für sie doch viel schwerer zu verschmerzen. Die rauhe Jahreszeit hatte begonnen, und mit ihr waren Fieber, Typhus, Skorbut und andere Krankheiten in dem Lager ausgebrochen. Die Verpflegung der Heere, besonders die des englischen, war außerordentlich mangelhaft; die notwendigsten Schutzmittel gegen die Unbill des Wetters trafen erst ein, als der Winter zu Ende ging; ganz ungenügend waren die Anstalten für die Pflege und Heilung der Kranken. Raglan so wenig wie einer der anderen Generale hatte die entstehenden Bedürfnisse vorhergesehen, da keiner je auch nur eine Division bei einander gehabt hatte; denn unter Wellingtons Einfluß war während der 40 Friedensjahre jede Zusammenziehung größerer Truppenmassen unterblieben. Als freilich der fürchterliche Notstand in England bekannt wurde, regte sich unter dem Druck des allgemeinen Unwillens die amtliche wie die private Hilfsthätigkeit in großartiger Weise. An die Spitze trat Prinz Albert, der sofort auch die Reorganisation der Armee dringend betrieb. Allein für die Hinterbliebenen der gefallenen Soldaten waren schon Ende des Jahres über 25 Millionen Mark gesammelt; um die Ordnung der Hospitalpflege erwarben sich Miß Florence Nightingale und später Miß Stanley, die mit 80 Pflegerinnen nach der Krim gingen, die größten Verdienste. Aber inzwischen hatte die Not viele Wochen gedauert und unzählige Opfer gefordert; im Januar 1855 war der Effectivstand von Raglans Truppen auf weniger als die Hälfte, auf 10 400 Mann, gesunken. Es war ein Glück für die Belagerer, daß auch die Russen sich zu einem neuen Angriff außerstande fühlten und so die Wintermonate ohne kriegerische Vorfälle verstrichen. Wohl aber bereitete man sich auf beiden Seiten vor im Frühjahr mit vermehrten Streitkräften aufzutreten; Frankreich vergrößerte sein Heer durch eine starke Aushebung, England warb eine Fremdenlegion und nahm 20 000 Türken in seinen Sold, die Sardinier sollten mit 15 000 Mann eine wertvolle Verstärkung bringen. Andererseits schickte der Zar alle entbehrlichen Truppen in die Krim und ordnete am 10. Februar die Bildung einer allgemeinen Reichsmiliz an. Mit gespannter Erwartung sah man dem Wiederbeginn der Kämpfe entgegen.

Da durchslog Europa plötzlich die ungeahnte Kunde von dem Tode des russischen Herrschers. Am 2. März 1855 starb Nikolaus I. im sechzigsten Lebensjahre. Tags vorher hatte er die Nachricht erhalten, daß Liprandi am 18. Februar bei Eupatoria eine schwere Schlappe und

Schlacht bei  
Inkerman.Beschwerden  
des Winters.

Rüstungen.

Nikolaus'  
Tod.

obendrein von den verachteten Türken erlitten habe. Das gab ihm einen furchtbaren Stoß; schwer leidend hatte er dann doch bei entsetzlicher Kälte trotz der Warnungen seines Leibarztes, der solches Verfahren einen Selbstmord nannte, eine Musterung abgehalten und war totkrank in den Palast zurückgekehrt. Was war von diesem Thronwechsel zu erwarten? Der Nachfolger des Zaren, sein 1818 geborener Sohn Alexander II., galt für einen milden, aufgeklärten und friedensfreundlichen Mann; aber durfte er es wagen mit der Politik seines Vaters zu brechen? Seine ersten Maßregeln sahen nicht danach aus. Eine Ansprache an sein Volk verkündete, daß er in den Bahnen Peters des Großen, Katharinas, Alexanders I. und Nikolaus' fortschreiten werde; die Ersetzung Menschikoffs durch Gortschakoff deutete auf die Absicht einer entschlosseneren Kriegführung. Andererseits aber erklärte Fürst Nesselrode sich am 10. März zu Verhandlungen in Wien bereit und schon am 15. begannen dieselben unter Beteiligung Rußlands, Englands, Frankreichs, Oesterreichs und der Türkei; Preußen war ausgeschlossen. Über die beiden ersten Punkte, die Aufhebung der russischen Schirmherrschaft in den Donaufürstentümern und die Freiheit der Donauschiffahrt, verständigte man sich schnell; um so ergebnisloser waren die Verhandlungen über den dritten, die Beschränkung der russischen Macht im Schwarzen Meere. Die Westmächte forderten die Herabsetzung der russischen Flotte auf ein ganz geringes Maß, Oesterreich wollte die frühere Stärke zugestehen und verriet seinen Ärger über die Zulassung Sardinien's zu dem Bündnis durch die Erklärung, es könne aus ein paar Linien-schiffen mehr oder weniger keinen Kriegsfall machen; allen berechtigten Forderungen der Westmächte werde vollauf genügt, wenn Rußland die Unversehrtheit der Türkei feierlich verbürge und wenn durch Aufhebung des Meerengenvertrages von 1841 England und Frankreich das Recht erhielten auch mit ihrer Seemacht ins Schwarze Meer einzulaufen; sollte der Zar künftighin seine Flotte im Schwarzen Meere doch über das bestimmte Maß vergrößern, so wolle Oesterreich sich vertragsmäßig verpflichten, das als Kriegsfall zu betrachten. Rußland endlich, dessen Vertretung in den Händen Gortschakoffs, des bisherigen Gesandten am Bundestage, lag, erklärte rundweg, es werde sich durch nichts zu einer Beschränkung seiner Flotte auf ein bestimmtes Maß bewegen lassen. So stellte sich denn nach sechswöchentlichen Beratungen die Unmöglichkeit einer Verständigung heraus; das englische Kabinett erklärte den österreichischen Vorschlag für schlechterdings unannehmbar, da er das russische Übergewicht nicht beseitige, sondern legitimiere und statt eines sicheren Friedens die Aussicht auf einen neuen Krieg schaffe, und Napoleon stimmte dem nach einigem Zögern am 5. Mai zu. Da Drouyn de l'Hay und Lord John Russell, die an den Wiener Konferenzen teilgenommen hatten, persönlich, wenn auch unverbindlich, sich anders geäußert hatten, so wurde jener durch Walewski, den bisherigen Botschafter in London, ersetzt; Russell dagegen ließ sich nicht allein bewegen im Amte

Alexander II.

Wiederbeginn  
der Verhandlungen.

zu bleiben, sondern verteidigte sogar die Ablehnung der österreichischen Vorschläge sehr lebhaft, als die Peeliten, besonders Gladstone, Graham und Lowe, das Ministerium deshalb angriffen. Die Stimmung des Landes und des Parlamentes war äußerst entschieden für die Fortsetzung des Krieges; die Reden der Friedensfreunde wie Gibson, Cobden, Bright, erregten lebhaften Unwillen, und aus den immer wieder erneuten parlamentarischen Debatten ging das Kabinett siegreich hervor. Den Forderungen der Tories, daß die Wiener Verhandlungen ganz abgebrochen, daß die Thür, wie Disraeli sagte, endlich geschlossen würde, geschah am 4. Juni Genüge; da insolgedessen aber Buol in einer Depesche, die veröffentlicht wurde, Russells anfängliche Haltung verriet, sah dieser sich gezwungen am 16. Juli 1855 doch seine Entlassung zu nehmen.

Die bedeutsamste Änderung der Lage bestand in der neuen Stellung Österreichs; es bestritt, daß die Westmächte in ihrer Behandlung des dritten Punktes sich auf den Vertrag vom 2. Dezember berufen könnten; es wollte ihnen nicht wehren ihre weitergehenden Ansprüche geltend zu machen, aber es leugnete, daß es selbst zur Unterstützung derselben verpflichtet sei, und verweigerte diese Unterstützung. Eine Verminderung seines Heeres in den Donaufürstentümern zeigte deutlich, daß es die Wahrscheinlichkeit eines kriegerischen Zusammenstoßes mit Rußland als erheblich gemindert betrachtete. Am Bunde trat es freilich gerade jetzt noch einmal für die Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft auf und verlangte eine zustimmende Erklärung zu seiner bisherigen Politik. Beides wurde ihm auf Preußens Antrag am 26. Juli bewilligt, aber thatsächlich folgten Bayern und bald auch Preußen dem Beispiel, das Österreich selbst gegeben, und verminderten ihren Heeresstand.

Oesterreichs  
veränderte  
Stellung.

Die Belagerung von Sebastopol hatte indessen einige Fortschritte gemacht. Am ungeduldigsten drängte Napoleon auf eine Entscheidung. Da er den langsamen Fortgang der Operationen auf die mangelnde Einheit des Oberbefehls schob, wollte er selbst zum Heere abgehen und solche Verstärkungen mitbringen, daß der Erfolg unzweifelhaft werde. Die englischen Minister, die durch einen Brief des Kaisers an Palmerston vom 26. Februar 1855 die erste Kunde von diesem Plane erhielten, waren davon wenig erbaut; Clarendon, der Minister des Auswärtigen, reiste selbst sofort nach Boulogne, wo Napoleon Truppen inspizierte, um ihn davon abzubringen; es gelang ihm doch nicht vollständig; erst als das Kaiserpaar sechs Wochen später der Königin Victoria in Windsor den Besuch erwiderte, den Prinz Albert im vergangenen September im Lager von Boulogne abgestattet hatte, wurde die Sache aufgegeben und statt dessen von den beiderseitigen Kriegsministern, Marschall Baillant und Lord Panmure, am 21. April eine Vereinbarung über den ferneren Kriegsplan, die Frucht zweier langer Beratungen, unterzeichnet. Unterdes hatten Ende Februar und Anfang März die Franzosen Stürme auf die Werke, welche Tottleben vor dem Malakoff und besonders auf dem Grünen Hügel (Mamelon vert) südlich vom großen Redan hatte errichten

Belagerung  
von Sebastopol.

lassen, unternommen. Sie scheiterten; aber als die Russen am 22. März einen großen Ausfall machten, wurden auch sie blutig zurückgeworfen. Canrobert richtete nun seine Hauptanstrengungen gegen den westlichen Teil der Befestigungen, der gleichfalls im Winter durch vorgeschobene Werke verstärkt war, und General Bazaine gelang es am 1. Mai die Außenwerke der Centralbastion, des Hauptforts an dieser Seite, zu nehmen und zu behaupten. Dieser Erfolg rettete Canrobert doch nicht vor der Abberufung, die in Paris schon beschlossen war. An seine Stelle trat am 16. Mai General Bélissier, der sich durch seine ebenso glückliche wie grausame Kriegsführung in Algier einen Namen gemacht hatte. Dieser erneute zwar vom 22.—24. Mai die Angriffe bei der Centralbastion und nahm noch einige neue Werke in Besitz; aber den Hauptnachdruck verlegte er auf die östliche Hälfte der Festung, da nach dem Gutachten Riels, den Napoleon zur Besichtigung der Belagerungsarbeiten abgeschickt hatte, von dem Besitz des Malakoff die Einnahme Sebastopols abhing. Zur Sicherung der Angriffe von dieser Seite schien vor allem die Beherrschung der Tschernaja-Linie nötig, weil nur dadurch Flankenangriffe der Russen verhindert werden konnten. Canrobert, der jetzt unter Bélissier diente, erhielt deshalb am 25. den Auftrag mit Omer Pascha und Lamarmora den Feind ins Innere zurückzuwerfen und löste denselben vollkommen. Aber noch in anderer Weise sollte die russische Entsatzarmee geschwächt werden. Sie bezog ihre Verstärkungen und Zufuhren nur zum geringeren Teile auf dem schwierigen Landwege über die Enge von Berekop; der weitaus größere Teil wurde ihr zu Schiff über das Nowische Meer zugeführt. Gelang es daher den Verbündeten sich dort zum Herren zu machen, so war Gortschakoffs Stellung wesentlich verschlechtert. Kapitän Lyons und Bruat liefen also mit 66 Schiffen aus, besetzten am 25. Mai Kertsch und Jenikale und kehrten, nachdem sie die großen Vorräte in den Küstenstädten und alle Fahrzeuge der Russen vernichtet hatten, am 6. Juni 1855 nach Balaklawa zurück.

Bélissier.

Schlacht an  
der Tschernaja.Die Flotte im  
Nowischen  
Meere.Der Sturm  
vom 18. Juni

An demselben Tage waren die Parallelen gegen die Außenwerke des Malakoff und der beiden Redans eröffnet, am nächsten Morgen begann der Sturm. Unter schweren Verlusten auf beiden Seiten gelang es doch den Franzosen sich des Mamelons und der Weißen Werke vor dem kleinen Redan zu bemächtigen, während die Engländer die Steinbrüche vor dem großen Redan nahmen. Nun glaubte Bélissier einen Sturm auf die Hauptwerke wagen zu dürfen. Nach 24stündiger Beschießung begann am 18. Juni der Angriff. Während Sir John Campbell gegen den großen Redan und General Brunet gegen den Malakoff voringen, überstieg General d'Autemarre die Verbindungsmauer zwischen beiden und wandte sich gleichfalls gegen den Malakoff. Aber zwischen zwei feindliche Feuer gestellt, mußte er mit schweren Verlusten wieder zurück; den Hauptkolonnen gelang ihr Vorhaben nicht besser; alle Stürme prallten ab, und der Tag endete ohne jeden Erfolg mit einem Verlust

von beinahe 5000 Mann für die Verbündeten; Campbell und Brunet hatten ihren Tod gefunden.

Nun mußte man also auch gegen die Hauptwerke die gewöhnlichen Belagerungsarbeiten vornehmen, so schwierig dieselben auch in dem harten Felsboden waren. Reichlich elf Wochen verstrichen darüber. In dieser Zeit starb, und zwar schon am 29. Juni, Lord Raglan; an seine Stelle trat General James Simpson. Die Russen machten nur einmal einen ernstlichen Versuch den Feind zu stören. Am 16. August rückte Gortschakoff mit 48 000 Mann gegen die mittlere Tschernaja vor und griff die befestigten Höhen des linken Flußufers an; der Kampf entschied sich aber ziemlich schnell zu Gunsten der Verbündeten, unter denen die Sardinier zu Cavours großer Freude besonders Gelegenheit fanden sich auszuzeichnen. Anfang September waren die Belagerungsarbeiten so weit gediehen, daß Napoleon einen Brief an Pélistier zu veröffentlichen wagen durfte, in dem er die Erwartung aussprach, daß der Fall der Festung jetzt nahe bevorstehe. Vom 5. September an wurde die immer schon heftige Beschießung der Stadt auf eine beispiellose Stärke gebracht, die bis mittags am 8. anhielt; Schlag 12 Uhr verstummte der Donner der Geschütze, und der Sturm begann. Während 30 000 Engländer und Sardinier die Flanke an der Infermanbrücke gegen Gortschakoff deckten, gingen Mac Mahon und Bosquet gegen den Malakoff und kleinen Redan, Codrington gegen den großen Redan, de Salles gegen die Centralbastion und die übrigen Werke der Westhälfte vor. Nur der Angriff auf den Malakoff gelang; nach vierstündigem Kampfe waren die Franzosen Herren desselben. Aber dieser eine Erfolg entschied, wie Niel vorhergesagt hatte, den Fall der Stadt und die 10 000 Menschenleben, welche der 8. September den Verbündeten gekostet hatte, waren wenigstens nicht umsonst geopfert. Gortschakoff gab noch an demselben Abend Befehl die Pulvermagazine und Minen in allen Forts der Südhälfte zu sprengen und die Besatzung auf einer Schiffbrücke, die schon seit einigen Wochen geschlagen war, nach der Severnaja hinüberzuführen; am 10. September 1855, am 350. Tage der Belagerung, zog Pélistier in die rauchenden Trümmer von Sebastopol ein.

Der Jubel über diesen langersehnten Erfolg war besonders in Frankreich ungeheuer; Pélistier ward zum Herzog von Malakoff erhoben, überdies ihm sowie Bosquet und Canrobert der Marschallstab verliehen. Es war nicht allein der militärische Triumph, worüber sich Napoleon freute; er sehnte sich auch nach dem Frieden, den er doch ohne die Einnahme Sebastopols zu schließen nicht hätte wagen dürfen. Fortan hatte er an der Weiterführung des Krieges kein sonderliches Interesse mehr. Da von einem Vordringen in das Innere Rußlands nicht die Rede sein konnte, so mußten sich die ferneren Waffenthaten wesentlich auf den Seekrieg beschränken; dabei konnte Frankreich aber nur die zweite Rolle spielen, die vor Sebastopol den Engländern zugefallen war. Außer dem waren bedeutende Erfolge weder bisher zur See errungen noch

Lord Raglan's Tod.

Fall von Sebastopol.

Friedliche Strömungen.

Der Seekrieg.

fernerhin zu erwarten. Aufgetreten waren die verbündeten Flotten freilich in allen russischen Gewässern und kein feindliches Geschwader hatte ihnen gegenüber die See zu halten versucht; aber so empfindlich sie auch durch strenge Blokaden den russischen Handel schädigten, so ließ sich davon doch keine entscheidende Wirkung erwarten. Einige schwächere Küstenplätze waren gefallen, und als am 17. Oktober die Festung Kinburn am Dnjepr-Busen genommen war, gab es im Schwarzen Meere kaum noch etwas zu thun. Wollte man jetzt noch einen ernstlichen Schlag führen, so mußte man den Krieg in die Ostsee verlegen und Kronstadt erobern, eine Aufgabe, gegen welche die Belagerung von Sebastopol als Kleinigkeit erschien. Im ersten Kriegsjahre hatten Sir Charles Napier und Baraguay d'Hilliers den Seekrieg im finnischen und bottenischen Busen mit großem Eifer begonnen, aber die Erfolge hatten sich auf die Einnahme der Festung Bomarsund auf den Ålandsinseln am 16. August 1854 beschränkt. Maßlos wie die Erwartungen, die man in England von Napiers Energie gehegt hatte, gewesen waren, rief dieser dürftige Erfolg das größte Mißvergnügen hervor und führte überdies zu heftigen, vor dem Publikum geführten Kontroversen zwischen dem Admiral und dem Ministerium. Im zweiten Jahre gab es gar keinen Triumph zu verzeichnen, außer etwa, daß Admiral Dundas im August durch ein zweitägiges Bombardement die Docks und Arsenale von Sweaborg zerstörte. Auch die Hoffnung Schweden durch die Anwesenheit des verbündeten Geschwaders zu Feindseligkeiten gegen Rußland zu verleiten war gescheitert. Der Marschall Canrobert, der sich im November 1855 als außerordentlicher Gesandter nach Stockholm begab, brachte nur einen Vertrag (vom 21. datiert) zurück, in dem Schweden sich verpflichtete in keinerlei Gebietsabtretungen oder Austausch mit Rußland sich einzulassen, sondern etwaige Vorschläge dieser Art den Westmächten anzuzeigen, die sodann mit genügenden Streitkräften den Übergriffen Rußlands entgegenzutreten sich bereit erklärten. Es hatte der Vertrag also nur den Fall der Abwehr im Auge, und daß Rußland diesen nicht herbeiführen werde, lag auf der Hand. So waren denn auch in der Ostsee die Verhältnisse nicht danach angethan eine Verlängerung des Krieges den Verbündeten wünschenswert zu machen, und die englische Kriegspartei mußte sich wohl oder übel davon überzeugen, daß die Zeit zum Frieden gekommen sei.

Vertrag mit  
Schweden.

Der Krieg in  
Asien.

Einige militärische Erfolge in Kleinasien erleichterten es dem Zaren selbst den ersten Schritt der Annäherung zu thun. Murawieff war im Juni 1855 mit 30 000 Mann in Armenien eingefallen und belagerte Kars, das von den Türken unter der Leitung des Generals Williams und ungarischer Flüchtlinge tapfer verteidigt wurde. Am 29. September erlitt er vor der Stadt eine ernsthafte Niederlage, die ihm 5000 Mann kostete. Als aber Omer Pascha, der von der kaukasischen Küste zum Entsatz heranrückte, am 6. November zurückgeschlagen wurde, konnte sich das „Bollwerk Kleinasien“ nicht mehr halten und ergab sich am 28. November 1855 an Murawieff. Für weitere Angriffsbewegungen in Klein-

afien, bot es einen trefflichen Ausgangspunkt, und so konnte seine Eroberung wohl dazu dienen Rußlands Friedensanträge ein wenig des demütigenden Scheines, der ihnen anhaftete, zu entkleiden. Alexander ergriff die Gelegenheit um so lieber, als die diplomatische Lage einen solchen Schritt ebenso rätlich wie vorteilhaft erscheinen ließ. In Paris hatte nämlich die russenfreundliche Partei, seit Walewski das Auswärtige Amt leitete, sehr an Einfluß gewonnen und der Kaiser hatte Verhandlungen mit Oesterreich genehmigt, deren Zweck ein neuer Vermittlungsversuch war. Erst als die beiden kaiserlichen Regierungen sich über den einzuschlagenden Weg völlig geeinigt hatten, ließ er in London Mitteilung von dem Plane machen und forderte den Beitritt Englands. Das Verlezende dieser Handlungsweise suchte er durch einen Brief an die Königin (vom 22. Nov. 1855) zu mildern. Er meinte, es gebe nur drei Wege, die man einschlagen könne: entweder müsse man die Offensive aufgeben und Rußland durch Blokade und fortgesetzte Rüstungen entkräften; oder das Nationalitätsprinzip proklamieren und die Herstellung Polens, die Unabhängigkeit Finlands, Ungarns, Italiens, Kaukasiens auf seine Fahne schreiben; oder Oesterreichs Vermittlung auf Grund der vier Punkte annehmen mit der Bedingung, daß wenn Rußland sich weigere darauf einzugehen, Oesterreich ihm den Krieg erkläre. Den letzteren Weg habe er eingeschlagen, und es sei unrecht, wenn England um mikroskopischer Vorteile willen ihm darauf nicht folgen wolle. Übrigens versicherte er, daß er ebensoweit davon entfernt sei einen schlechten Frieden anzunehmen, wie England einen guten auszuschlagen. Die Königin antwortete umgehend in ebenso freundlicher wie fester Weise. Auch sie halte den dritten Weg für den einzig möglichen; aber es handle sich bei den Differenzen nicht um mikroskopische Vorteile. Drei Dinge müsse das englische Kabinett verlangen: daß es selbst an der Abfassung des österreichischen Ultimatums teilnehme, daß dieses wirklich ein Ultimatum sei und keine Gegenvorschlüge Rußlands in Betracht gezogen würden, daß endlich die Neutralisation des Schwarzen Meeres eine Wahrheit werde und nicht eine illusorische Phrase; das aber würde sie sein, wenn die österreichisch-französischen Abmachungen zu Grunde gelegt würden; denn diese umgingen den schwierigen Punkt einfach dadurch, daß sie bestimmten, Rußland und die Türkei sollten sich untereinander über das Maß ihrer Seemacht im Schwarzen Meere einigen. Napoleon erkannte die Berechtigung dieses Standpunktes an und erklärte bestimmt, daß er sich von der englischen Allianz nicht trennen werde; es führte deshalb auch zu nichts, daß der Zar durch den sächsischen Gesandten in Paris, Baron Seebach, seine Geneigtheit zu erkennen gab auf die Bedingungen des projektierten österreichischen Ultimatums einzugehen, wenn dasselbe nicht als Ultimatum überreicht werde. Vielmehr wurde dasselbe nun unter englischer Mitwirkung umgearbeitet und dabei den früheren vier Punkten ein fünfter hinzugefügt, der die Abtretung eines allerdings nur schmalen Landstrichs an der Donaumündung forderte und den kriegführenden Mächten überdies das

Friedensverhandlungen.

Recht wahrte im europäischen Interesse auch noch andere Bedingungen zu stellen; daß die Verpflichtung die Mandsinseln nicht wieder zu befestigen — denn das war englischerseits damit gemeint — ausdrücklich in dem Ultimatum erwähnt wurde, konnte das Londoner Kabinett nicht erreichen. In Petersburg war man über alle diese Vorgänge ziemlich genau unterrichtet; der Zar wollte deshalb dem Ultimatum zuvorkommen und ließ am 23. Dezember in Wien eine Note überreichen, in der er seinerseits Vorschläge zur Neutralisierung des Schwarzen Meeres machte. Aber sie wurde nicht mehr angenommen; denn am 16. bereits war das Ultimatum nach Petersburg abgegangen und der 18. Januar 1856 als letzte Frist für die Annahme gestellt. Eine militärische Konferenz, die für den 10. Januar nach Paris berufen wurde, und an der der Herzog von Cumberland, Admiral Lyons, Lamarmora, Prinz Napoleon, Baillant, Canrobert, Niel und andere englische und französische Militärs und Diplomaten teilnahmen, sollte Zeugnis ablegen für den festen Entschluß der Mächte den Krieg fortzuführen. Unter diesen Umständen gab Alexander noch einen Schritt nach und ließ am 16. Januar 1856 seine bedingungslose Annahme der fünf Punkte in Wien erklären. Infolgedessen traten am 1. Februar die Bevollmächtigten Oesterreichs, Rußlands, Englands, Frankreichs und der Türkei in Wien zusammen, bestätigten die allseitige Annahme der fünf Punkte und verabredeten die Eröffnung eines Friedenskongresses in Paris. Außer Rußland waren alle Staaten durch ihre Minister des Auswärtigen vertreten: es erschienen Walewski, der den Vorsitz führte, Clarendon, Cavour, Ali Pascha, Buol und an Nesselrodes statt Graf Orloff; zu zweiten Bevollmächtigten waren die Gesandten in Paris ernannt, Cowley, Billamarina, Djemil Pascha, Hübnier, für Rußland der Gesandte in Frankfurt Brunnow und für Frankreich der Gesandte in Wien Baron Bourqueney. Das Protokoll führte Benedetti. Preußen war zur Teilnahme nicht aufgefordert; weil aber der dritte Punkt, die Regelung der Flottenverhältnisse im Schwarzen Meere, nicht ohne Änderung des Meerengenvertrags von 1841 geordnet werden konnte und Preußen zu dessen Unterzeichnern gehörte, so beschloß man am 10. März eine nachträgliche Einladung nach Berlin ergehen zu lassen und vom 18. an nahmen Manteuffel und der preußische Gesandte in Paris, Graf Hatzfeld, an den Sitzungen teil. Wie sehr das Ansehen Preußens gesunken war, konnte man besonders daraus ersehen, daß noch im letzten Augenblicke Clarendon den Versuch machte die Teilnahme der preußischen Staatsmänner auf jene eine Frage zu beschränken; hauptsächlich den Erklärungen Frankreichs hatte Manteuffel es zu danken, daß ihm diese Demütigung erspart blieb.

Die Wiener  
Prälimina-  
rien.

Der Pariser  
Kongreß.

Der Pariser  
Friede.

Gleich in der ersten Sitzung hatte der Kongreß einen Waffenstillstand zu Land und Meer bis zum 31. März 1856 beschlossen. In siebzehn darauf folgenden Sitzungen wurde der Friedensvertrag im einzelnen beraten, in der 19. Sitzung am 30. März fand die Unterzeichnung statt. Das Schwarze Meer ward für neutral erklärt; keine Arsenale sollten

an seinen Küsten errichtet, keine Kriegsschiffe in demselben zugelassen werden; nur je zehn leichte Schiffe für den Küstendienst wurden Rußland und der Türkei zugestanden und außerdem jeder der Vertragsmächte das Recht eingeräumt zwei solche Fahrzeuge an die Donaumündung zu senden um die Freiheit der Schifffahrt auf diesem Flusse zu überwachen. Eine Kommission von Vertretern der sieben Mächte erhielt den Auftrag binnen zwei Jahren die nötigen Maßregeln für die Fahrbarkeit des Strombettes zu treffen und zur Deckung der Kosten einen Flußzoll einzuführen; darauf sollten ihre Befugnisse an eine Kommission der Uferstaaten übergehen, in der auch den drei Vasallenstaaten, Serbien, der Walachei und der Moldau, je ein Vertreter zugestanden wurde; die künftigen Verhältnisse der beiden letztgenannten zu ordnen übertrug man gleichfalls einer Kommission, die an Ort und Stelle mit Vertretern der Bevölkerung beraten und später ihre Vorschläge nach Paris richten sollte; die Vereinigung beider zu einem Staate wurde von der Türkei und Oesterreich so heftig bekämpft, daß für jetzt darauf verzichtet werden mußte die Frage zum Austrag zu bringen; dagegen wurde das gemeinsame Schutzrecht der Mächte über die drei Staaten verkündet und der Einmarsch türkischer Truppen an deren Zustimmung geknüpft. Die Moldau wurde durch den Landstrich, den Rußland am linken Donauufer abtreten mußte, vergrößert. Den christlichen Unterthanen der Pforte gegenüber entsagten alle Mächte jedem Schutz- und Einmischungsrecht; sie nahmen Kenntniß von einem großherrlichen Ferman, dem Hattihumayum, der am 21. Februar 1856 in Konstantinopel veröffentlicht ward und in 21 Punkten die wohlklingendsten Versprechungen aufzählte, aber sie erklärten ausdrücklich aus der Mitteilung dieses Fermans keine Rechte ableiten zu wollen. Durch einen besonderen Artikel ward endlich noch die Türkei als gleichberechtigt unter die europäischen Staaten aufgenommen und die Unverletzlichkeit ihres Gebietes von allen Mächten verbürgt.

Mit der Unterzeichnung dieses Friedensvertrages beendete aber der Kongreß seine Thätigkeit noch nicht. Napoleon wünschte die Gelegenheit zu benutzen um durch den Anstoß zu einer großen reformatorischen Bewegung auf dem Gebiete des Seerechtes seinen Eifer für den Fortschritt der Civilisation kundzugeben. Wurde aber eine fremdartige Frage in die Verhandlungen hereingezogen, so konnte man auch andere, an denen diese oder jene Macht besonderen Anteil nahm, nicht zurückweisen. So gestaltete sich die Sitzung vom 8. April zu einer freien Besprechung verschiedener Fragen, die mehr oder weniger lebhaft das europäische Interesse in Anspruch nahmen. Außer mit der Reform des Seerechts beschäftigte man sich mit der Lage Griechenlands und Italiens, mit den Ausschreitungen der belgischen Presse und auf Preußens Anregung mit den Zuständen in Neuenburg. Aber nur in bezug auf das Seerecht wurden förmliche Beschlüsse gefaßt, die nicht allein von den Kongreßmächten sondern auf ihre Einladung auch von den übrigen Seestaaten als völkerrechtlich verbindlich angenommen wurden. Der erste Beschluß

Sonstige Verhandlungen des Pariser Kongresses.

Die Reform des Seerechts.

erklärte die Kaperei für abgeschafft, der zweite und dritte erkannten feindliche Waren unter neutraler Flagge und neutrale Waren unter feindlicher Flagge (immer jedoch mit Ausschluß von Kriegskontrebande) als gedeckt an, der vierte ließ eine Blokade nur dann als gültig zu, wenn sie wirksam sei. Diese Beschlüsse wurden am 16. April 1856 gefaßt; am folgenden Tage hielt der Kongreß seine letzte Sitzung und ging dann auseinander ohne die übrigen angeregten Fragen erledigt zu haben. Gegen die Abschaffung der Kaperei erhoben nachträglich (am 28. Juli) die Vereinigten Staaten Einspruch, nicht weil sie diese Änderung mißbilligten sondern weil sie Privateigentum zur See unter allen Umständen für unantastbar erklärt haben wollten. Da diese Forderung an Englands Widerspruch schon auf dem Kongresse selbst gescheitert war, so blieb es bei der beschlossenen halben Maßregel, die immerhin gegenüber den früheren Zuständen schon einen wesentlichen Fortschritt bildete.

### Frankreichs Vorherrschaft und innere Lage.

Ergebnisse  
des Krieges.

Die Christen  
in der Türkei.

So war Europa denn der Friede zurückgegeben und es war an der Zeit zu prüfen, welche Früchte der Krieg getragen habe. Rußlands Antwort auf diese Frage lag in der Ansprache vor, durch welche der Zar seinen Völkern am 31. März 1856 den Friedensschluß ankündigte. Der Zweck des Krieges ist erreicht, so hieß es da, das Loß der Christen im Oriente ist gesichert. Es klang etwas sonderbar, wenn der besiegte Teil auf diese Weise seinen Willen durchgesetzt zu haben versicherte, und leicht genug war der Einwand zu erheben, daß nicht die Verbesserung des Loses der Christen, sondern die Erweiterung des russischen Einflusses im Orient der eigentliche Zweck des verstorbenen Zaren gewesen sei. Daß dieser wahre Zweck vereitelt worden, das war ein zweifelloses, wenn auch rein negatives Ergebnis des Krieges; aber wie stand es mit jenem vorgeschützten Ziele? War die Lage der christlichen Bevölkerung im türkischen Reiche wirklich sicherer und erträglicher geworden? Das Urtheil darüber hing ausschließlich von dem Werte ab, den man den Versprechungen und Verordnungen der Pforte beimaaß. Der Hatti-Humayum vom 21. Februar 1856 enthielt auf dem Papiere die allerschönsten Zusagen; die Christen wurden den Moslim in ihren Rechten vollkommen gleichgestellt; Gerichtswesen und Schulen sollten verbessert, Verwaltung und Besteuerung von Grund aus umgestaltet, Handel und Gewerbe mannigfach gefördert werden. Aber daß dies alles nun auch wirklich geschehe, dafür bürgte niemand; verzichteten die Großmächte ja doch in dem Friedensvertrag ausdrücklich auf das Recht sich in die Beziehungen der Pforte zu ihren Unterthanen zu mengen. Hingen aber alle diese Reformen des Hatti-Humayums von dem guten Willen des Sultans und seiner Ratgeber ab, so konnte man darin gewiß kein bedeutendes Ergebnis erblicken, und die Erfahrung bewies nur zu bald, daß sie nicht das Papier wert waren, auf dem sie standen. Viel wichtiger

mußte schon die veränderte Stellung der Pforte erscheinen; man hatte sie durch einen eigenen Artikel des Friedensvertrages in das öffentliche Recht Europas aufgenommen; ihre Unverletzlichkeit war nicht allein durch diesen selben Artikel, sondern auch durch einen besonderen Vertrag gewährleistet, den die Westmächte und Oesterreich am 15. April zu Paris schlossen. Die Gefahr, die den Türken von Petersburg her drohte, war dadurch, solange diese Verträge hielten, abgewandt und in der Neutralisierung des Schwarzen Meeres und der Abdrängung Rußlands von der Donau konnte man eine kleine Gewähr dafür auch auf längere Frist erblicken. Im ganzen und großen war doch aber kaum mehr erreicht, als daß der Zustand vor dem Kriege wiederhergestellt und die Entscheidung der orientalischen Frage auf unbestimmte Zeit vertagt war; auch dieser Erfolg war überwiegend negativ. So blieb denn als das wichtigste Ergebnis des Krieges die gänzlich veränderte Stellung der Mächte zu einander, und da konnte kein Zweifel sein, daß aller Vorteil Frankreich zufiel. Es lag das nicht allein daran, daß seine Armee sich als die brauchbarste und beste erwiesen hatte; es lag vielleicht noch mehr in den diplomatischen Verschiebungen, die stattgefunden hatten. Eine breite Kluft hatte sich zwischen Rußland und Oesterreich aufgethan; der Undank des Hauses Habsburg konnte in Petersburg sobald nicht vergessen werden, und kein russischer Staatsmann hielt es für nötig den gerechten Groll irgendwie zu verhehlen, am wenigsten Gortschakoff, der neue Minister des Aeußeren, der sich in sarkastischen Drohungen gegen diesen Staat, der in Wahrheit gar kein Staat sondern nur ein Ministerium sei, erging. Daß die Stunde der Vergeltung nicht sofort schlagen werde, wußte man freilich wohl; denn Kaiser Alexander war entschlossen zunächst der großen Politik zu entsagen um erst wieder neue Kräfte zu sammeln. Aber trotzdem war seine Erbitterung auf Oesterreich von großer Bedeutung; der drohende Nachbar lähmte die freien Entschlüsse des Kaiserstaates und ermutigte alle seine Feinde. In Italien lebten die nationalen Hoffnungen wieder auf, und die sardinische Regierung arbeitete planmäßig und unablässig daran einen neuen Krieg herbeizuführen und sich Frankreichs Beistand dazu zu sichern. Auch Preußen stand Oesterreich jetzt doch ganz anders gegenüber als wenige Jahre früher; des Königs Sympathie für Rußland ließ ihn die Kränkung, die dem Zaren von seinem Schützling widerfahren war, lebhaft empfinden; die hochmütige Behandlung, in der sich Oesterreich besonders am Bundestag Preußen gegenüber gefiel, verdroß ihn mehr und mehr, und es kam bald soweit, daß Friedrich Wilhelm selbst von der Möglichkeit eines Krieges sprach und in Wien die Erklärung abgeben ließ, daß seine Nachgiebigkeit zu Ende sei. Alles das wirkte direkt dahin Frankreichs Stellung zu heben. Alexander selbst war eifrig bemüht sich Napoleon zu nähern; sein Beispiel vermochte viel in Berlin wie an den kleineren deutschen Höfen; in Italien blickte wenigstens die nationale Partei hoffend und bittend nach den Tuileries. Nur etwa England war noch

Europäische  
Stellung der  
Türkei.

Rußland und  
Oesterreich.

Italien.

Preußen.

Frankreichs  
Übergewicht.

England.

imstande eine selbständige Politik Frankreich gegenüber zu befolgen; aber einerseits war durch die Kriegsgemeinschaft doch ein Band zwischen beiden Ländern geknüpft, das schon einen tüchtigen Ruck aushalten konnte ohne zu reißen; andererseits würde das englische Kabinett durch eine Trennung von Frankreich zur Annäherung an Oesterreich gezwungen sein, die einem liberalen Ministerium gewiß herzlich zuwider sein mußte; und endlich brach bald in Ostindien der gewaltige Aufstand der Hindus aus, der die Beteiligung Englands an der europäischen Politik auf ein sehr geringes Maß beschränkte. So traf alles zusammen um dem Emporkömmling auf dem französischen Throne die erste Stellung in Europa zu geben und den Schwerpunkt der Politik des Erdteils wieder einmal an die Seine zu verlegen.

Napoleon und  
die europäi-  
schen Höfe.

Der großen Masse wurde diese Thatsache vornehmlich klar durch die fürstlichen Besuche, welche Napoleon empfing und abstattete, und durch den Glanz, der sich an den Namen Paris knüpfte. Seit im August 1855 die englische Königin dem Kaiser den Besuch erwiedert, den er ihr im April gemacht, — das erste Mal seit 1422, daß ein englischer Souverän die französische Hauptstadt betrat — und seit im November desselben Jahres auch Viktor Emanuel sich in Paris eingefunden hatte, kamen die regierenden Fürsten und ihre Prinzen zahlreich und immer zahlreicher in die Tuilerien und befreiten den Kaiser aus der Vereinsamung, in der er sich bisher befunden. Die Könige von Württemberg und Bayern, der Großherzog von Toskana, österreichische, preussische, englische, russische, schwedische Prinzen stellten sich ein, und Zar Alexander, der in den Tuilerien als Gast zu weilen wie billig noch Bedenken trug, verabredete doch für den September 1857 eine Zusammenkunft mit Napoleon in Stuttgart, der Franz Josef vergeblich den Stachel dadurch zu nehmen suchte, daß er den heimkehrenden Zaren auf der Durchreise in Weimar begrüßte. Paris war besonders seit der Weltausstellung von 1855 das Ziel zahlreicher Wallfahrten. Hunderttausende waren damals aus allen Theilen Europas in die französische Hauptstadt geströmt und voll Staunens und Bewunderung zurückgekehrt. Bauten, wie man sie in Paris sah, von dieser Pracht, diesem Umfange, dieser Großartigkeit kannte man anderwärts noch nicht. Und auf der Bahn, die man einmal betreten, schien es keinen Einhalt zu geben. Hunderte von Millionen verwendete Haupmann, der Seinepräfekt, darauf ganze Stadtviertel niederzureißen und prächtige Straßen, schnurgerade und breit, mit Palästen besetzt, anzulegen, die nebenbei noch den Zweck erfüllten, bei etwaigen Unruhen den Kanonen und den Infanteriemassen bequemen Spielraum zu schaffen. In den ersten zwölf Jahren des Kaiserreichs wurden durchschnittlich im Jahr mehr als 100 Millionen für Bauzwecke in der Hauptstadt ausgegeben und Lyon, Marseille, Rouen wetteiferten mit diesem Vorbilde. Paris war ohne Zweifel die Königin der Städte. Paris war nicht der Mittelpunkt Frankreichs allein, es war der Sitz der Kunst, des Luxus, der Mode, die Hauptstadt

Paris.

Europas. Je weniger der Fremde in seiner eigenen Heimat fand, was er den Wunderwerken an der Seine ebenbürtiges, geschweige denn überlegenes zur Seite stellen konnte, um so maßloser war seine Bewunderung für das Genie Frankreichs. Die kleinen Nationen waren es daher, die am überschwenglichsten in die Posaunen des Lobes bliesen und am eifrigsten ihr Heil in der Nachahmung der französischen Kultur suchten; aber den Dänen und Rumänen, den Schweden und Griechen, den Holländern und Portugiesen folgte auch der Pole und der Russe, der Italiener und der Spanier, der Engländer und der Deutsche nach. Daß unter dem glänzenden Firnis viel Moder und Fäulnis wohne, war kein Geheimnis aber darüber setzte die Welt sich leichtsinnig hinweg. Der sittenlose französische Roman beherrschte die europäische Lesewelt, frivole Pariser Schauspiele und Operetten hielten ihre Triumphzüge über die fremden Bühnen. Der allgemeine Einfluß, welcher dadurch dem französischen Wesen gesichert wurde, erhielt seine besondere politische Färbung durch die Wirksamkeit der Pariser Presse und der in der Hauptstadt ansässigen fremden Korrespondenten. Was in Deutschland und selbst in England, was in Rußland oder Italien und was nun gar in den unbedeutenderen Ländern sich ereignete, das wurde einem großen Teile der übrigen Welt entweder ausschließlich auf dem Wege über Paris oder doch gewiß in französischer Zubereitung mitgeteilt. Man wußte wohl, daß diese französische Presse nichts weniger als unabhängig sei, daß sie ebenso den Winken der großen Geldmänner sich füge wie den Geboten der Regierung gehorche, daß die Widersezlichkeit eines Blattes gleichbedeutend mit seiner Unterdrückung sei; gaben doch zwei Verwarnungen, die einer Zeitung erteilt waren, dem Ministerium das Recht sie auf zwei Monate zu verbieten; konnte der Kaiser sie doch durch besonderen Befehl vollständig unterdrücken; aber trotzdem verbreitete man diese trüben Quellen in zahllosen Kanälen weiter und befestigte unaufhörlich den Einfluß des französischen Urteils auf die öffentliche Meinung Europas.

Einfluß der  
französischen  
Kultur.

Die Pariser  
Presse.

Dieser Einfluß wurde dadurch um nichts gefahrloser, daß er zum Teil von heftigen Gegnern des napoleonischen Regimentes geübt wurde; in der Verherrlichung Frankreichs waren ja doch alle Parteien einig, und die Lobsprüche fanden im Auslande vielfach noch bereitwilliger Glauben, wenn sie mit Schmähungen auf den Kaiser verbunden waren. In Frankreich selbst durften die letzteren sich natürlich nicht hervorwagen, wengleich allen Parteien die Veröffentlichung mindestens einer Zeitung in der Hauptstadt zugestanden blieb; aber durch die Berichterstatter auswärtiger Blätter und die Reden und Schriften flüchtiger Franzosen wurden sie doch an den Markt gebracht. Die Anfeindungen, die so gegen den Kaiser gerichtet wurden, hatten meist etwas Kleinliches und Gehässiges; man fühlte ihnen die Ohnmacht ihrer Urheber an; man sagte sich, daß von dieser Seite dem Kaiserreiche gewiß keine Gefahr drohe, und hörte und las sie deshalb vielleicht um so lieber. Daß der

Die Feinde  
des Bonapar-  
tismus.

Die Aussichten  
der Dynastie.

Thron Napoleons für die nächste Zukunft feststehe, galt für ganz zweifellos, sofern nicht außerordentliche Zwischenfälle eintraten. Denn freilich wenn der Kaiser starb, wenn ein Mordversuch auf ihn glücklicher ausfiel als die, welche der Garibaldianer Pianori am 29. April 1855 und bald darauf der Schuhmacher Bellemare gemacht hatten, dann war der Fortgang der Ereignisse nicht zu übersehen. Napoleon selbst verhehlte es sich gewiß nicht, daß dann die Thronfolge des Sohnes, der ihm am 16. März 1856 geboren war, sehr unwahrscheinlich sei; in seiner Antwort auf den Glückwunsch des Senates gedachte er ernst der Schicksale derer, die vor diesem „Kinde von Frankreich“ als Thronfolger geboren waren; ein Regenschaftsgesetz, das im Juli vom Senate genehmigt wurde, sollte, soweit das möglich war, die Schwierigkeiten im Fall eines vorzeitigen Todes des Kaisers hinwegräumen. Aber schwerlich gab es viele Leute, die einiges Vertrauen in diese papierene Stütze setzten. Das Kaiserreich beruhte ganz augenscheinlich auf zwei Augen; nicht die Kaiserin und nicht der Prinz Napoleon, Jérômes Sohn, waren geeignet in der Stunde der Gefahr den Zusammenbruch zu verhüten. Die Kaiserin genoß freilich in strengkirchlichen Kreisen großer Verehrung, weil sie treu zum Ultramontanismus hielt; aber nicht bei den Ultramontanen lag im Fall einer Revolution die Entscheidung. Und wenn andererseits der Prinz Napoleon mit den Republikanern liebäugelte, so war doch nur ein verschwindender Teil dieser Partei für seine Zukommenheiten empfänglich, und zu größerem Einfluß hätte er besten Falls doch nur durch ein Mittel gelangen können, durch die Aufopferung des kaiserlichen Prinzen. Das Regiment, unter dem Frankreich stand, war also im allerstrengsten Sinne ein rein persönliches; die Partei, auf welche es sich stützte, folgte lediglich dem Kaiser und seinem Glück. Solange er Ämter und Ehren zu verleihen hatte, solange unter seinem Schutze das Börsenspiel blühte und Handel und Wandel in glänzendem Aufschwung begriffen waren, solange sein Wort Europa ängstlich lauschen machte und Frankreich mit dem Bewußtsein erfüllte die erste der Nationen zu sein, solange blieb der große Troß der Ämterfüchtigen und Ruheliebenden, der Erwerbslustigen und Gleichgültigen seiner Fahne treu, solange waren die feindlichen Parteien zur Unthätigkeit verurteilt. Aber weder das Heer noch die Landbevölkerung, die beiden breiten Pforten, auf denen das Kaisertum ruhte, waren danach angethan die Fortdauer des Systems durch thätiges Eingreifen zu verbürgen, wenn der Kaiser einmal die Augen schloß.

Parteidemon-  
strationen.

Im einzelnen der Kundgebungen zu gedenken, durch welche die alten Parteien zeigten, daß sie noch am Leben seien, würde leicht eine falsche Vorstellung von ihrer Wichtigkeit hervorrufen. Mit besonderer Vorliebe wurden die Beerdigungen bedeutender Gegner des Kaisertums zu solchen Demonstrationen benutzt; die Ruhe des Friedhofs und das Gezänk der Parteien traten in eine Wechselbeziehung, als ob kein Verstand und kein gesundes Gefühl sich dagegen empörte. Kleine Verschwörungen, meist

von nichtigen und einflußlosen Leuten angezettelt, tauchten bald hier bald dort auf und wurden ohne Mühe erstickt, mochten sie nun die republikanische oder die legitimistische Farbe tragen. Der Haß und die Bosheit der Unterdrückten fand dann wohl in bitteren Reden der Angeklagten und ihrer Verteidiger eine kleine Genugthuung, aber dieser ärmliche Trost war selbst wieder eine Quelle des Verderbens für die Besiegten; es entschwanden ihnen die großen praktischen Gesichtspunkte unter den hohlen Phrasen ihrer Advokaten und den kleinlichen Nergeleien und Nadelstichen, mit denen sie die Regierung zu ärgern suchten. Die monarchischen Parteien der Bourbons und der Orleans trugen sich eine Zeitlang von neuem mit dem Gedanken ihren Einfluß durch eine Verschmelzung zu mehren. Der Graf von Chambord empfing in den Jahren von 1853—1856 Besuche und Briefe von den Herzögen von Nemours und Montpensier und hatte mit Louis Philipps Witwe Begegnungen in England und Italien. Aber ganz aufrichtig waren selbst diese Annäherungen nicht, die Herzogin von Orleans und ihr Sohn, der Graf von Paris, standen ihnen fern und schließlich kam es selbst zwischen Nemours und Chambord wieder zum Bruch. Napoleon hatte die Befriedigung, daß aus dem Doppellager des Königtums mancher geldbedürftige oder kampfes müde Mann in seine Reihen übertrat, daß besonders der Adel immer weniger den Genuß der hohen Staatsämter verschmerzen konnte und äußerlich seinen Frieden mit der herrschenden Partei machte. In dem gesetzgebenden Körper bestand die kaiserliche Mehrheit vorzugsweise aus vormalig Königlichen. Eigene Parteigenossen, die sich zu Volksvertretern geeignet hätten, waren nur spärlich aufzutreiben; denn die Kaiserlichen geboten nur über wenige Männer von geistiger Bedeutung und gesellschaftlicher Stellung, und diese wenigen mußten an wichtigeren Stellen verwendet werden als in der einflußlosen Kammer. Daß die

Die Monarchisten.

Die Kammer.

Gelder, die zu dem einen Zweck bewilligt waren, zu dem anderen verwandt werden. Der gesetzgebende Körper durfte keine Bittschriften in Empfang nehmen, keine Interpellationen an die Minister richten; er hatte nicht das Recht sich in Adressen an den Kaiser zu wenden oder ungehindert zum Volke zu reden. Seine Verhandlungen wurden in amtlicher Zusammenziehung veröffentlicht und der Presse jede unparteiische oder besser gesagt jede andere Mitteilung als solche im Sinn der kaiserlichen Partei unmöglich gemacht.

Zukunftslosigkeit des kaiserlichen Systems.

Auf diese Weise schnitt sich der Bonapartismus selbst die Zukunft ab; aber freilich konnte er sie sich nur erobern durch die schwerste Gefährdung der Gegenwart. Gerade die Eigentümlichkeiten, in denen das Wesen des Bonapartismus bestand, prägten ihm den Stempel eines zukunftslosen Übergangssystems auf. Napoleon wollte die Wohlfahrt und die Gleichberechtigung der Massen durch eine ihrem Wesen nach absolute Regierung herbeiführen, aber er konnte sich nicht verhehlen, daß der Augenblick kommen werde, wo diese Massen der Vormundschaft überdrüssig werden und sich aus ihrer eigenen Mitte heraus würden regieren wollen. Die Freiheit, so hatte er am 14. Februar 1853 gesagt, hat nie ein dauerhaftes politisches Gebäude gründen helfen, sie kann es nur krönen. Also nötig war doch auch sie, ohne sie war das Gebäude nicht vollendet und gleichwohl war es dem Kaiser unmöglich zu ihr hinüberzuleiten, unmöglich sich eine lebensfähige parlamentarische Partei zu schaffen. Die Möglichkeit dazu gewähren hieß die Freiheit gewähren, und das konnte er wiederum nicht eher, als bis er eine ehrenhafte und tüchtige Partei, die den Kampf mit den anderen aufzunehmen vermochte, hinter sich hatte. Er befand sich in einem fehlerhaften Kreise, aus dem nicht herauszukommen war.

Fürsorge für die Massen.

So blieb also kein anderes Mittel zur Befestigung des bestehenden Regiments als die Befriedigung der Massen. Daran ließ es der Kaiser nicht fehlen. Die großartigen Bauten, die er anordnete, gaben der Arbeiterbevölkerung reichlichen Verdienst, der Bauer wurde durch aufmunternde Worte, durch die Erhaltung der Ordnung, durch die Verbesserung der Verkehrsstraßen festgehalten, der kleine Bürger, der Kaufmann, der Industrielle gewann durch den unerhörten Aufschwung des Handels und der Gewerbe, durch den sich Aus- und Einfuhr in den 15 Jahren nach 1850 von 2 $\frac{1}{2}$  Milliarde auf das dreifache hob. Auch die geistige und sittliche Förderung des Volkes ließ Napoleon sich, soweit es ging, angelegen sein; der Verbreitung des Volksunterrichts widmete er unausgesetzt sein Interesse; in Paris z. B. stiegen die Ausgaben für das Schulwesen von 1847—1867 von etwas über eine Million auf das sechsfache; Arbeiterwohnungen, die zu ganzen Stadtvierteln anwachsen, und Hilfskassen, bei denen 1859 über eine halbe Million Arbeiter beteiligt waren, beförderten nicht nur den Wohlstand der unteren Stände, sondern auch den Familiensinn und das Gefühl der Gegenseitigkeit, also die wirksamsten sittlichen Triebfedern. Wo sich eine

Gelegenheit bot dem atemlosen Jagen nach Gewinn, dem leichtsinnigen und sittenlosen Treiben der Hauptstadt entgegenzutreten, ließ Napoleon sie sich nicht entgehen. Er wußte recht wohl, wie gefährlich es sei sich nur auf den Materialismus des Volkes zu stützen, und je mehr ihn seine Lage gerade dazu zwang, um so begieriger benutzte er die spärlichen Anlässe auch dem Idealismus ein Wort zu gönnen. Die Bundesgenossenschaft, die sich bei solchen Gelegenheiten ihm aufdrängte, der katholische Klerus, war freilich auch wieder gefährlich. Wenn durch die Begründung von Gemeindebibliotheken und durch den Hausverkauf belehrender Schriften die Bildung des Volkes gehoben, wenn durch das Verbot des Vertriebes unsittlicher Bücher (in zwei Jahren wurden ihrer an 6000 verfehmt) der zunehmenden Verwilderung ein Riegel vorgeschoben werden sollte, so dienten diese Maßregeln, da sie unter Mitwirkung und Obhut der Geistlichkeit ausgeführt wurden, doch auch zur Verstärkung des Einflusses der Kirche nicht bloß in den Richtungen, wo er ihr bereitwillig einzuräumen war. Die Mirakelsucht und der Marienkultus mehrten sich in erschreckender Weise, seit 1853 die Jungfrau in La Salette einigen Hirtenkindern erschienen war und der Papst dies Wunder beglaubigt hatte. Auch das Unterrichtswesen befand sich in bedenklicher Abhängigkeit von den Bischöfen, und schon wagten es die Heißsporne unter denselben das Studium der griechischen und römischen Klassiker aus den höheren Schulen verdrängen und die Kirchenväter an deren Stelle setzen zu wollen. Mit den gemäßigten Männern, die noch auf vielen Bischofsstühlen saßen, wie mit dem Erzbischof Sibour von Paris, den ein halbverrückter Priester 1857 in der Kirche ermordete, konnte die Regierung allerdings sehr wohl zusammen wirken ohne dem Staate etwas zu vergeben; aber diese Gemäßigten hatten einen schweren Stand gegen die Hitzköpfe, für die Louis Veuillot im Univers das Wort führte. Sibour nahm den Kampf mit ihnen mutig auf und verbot das übereifrige Blatt; allein der Papst selbst ergriff 1853 für Veuillot Partei und der Erzbischof mußte sich dem Zeitungsschreiber unterwerfen. Zuweilen wagte der Kaiser es wohl den Klerikalen in deutlicher Weise sein Mißvergnügen zu erkennen zu geben; aber im allgemeinen suchte er sich sorgsam ihre Freundschaft zu erhalten, da ihre Feindschaft ihm nur zu leicht die Unterstützung der Landbevölkerung kosten konnte.

Der katholische Klerus.

Alles in allem stand also der Bonapartismus für den Augenblick fest: solange der Kaiser lebte, lag die Gefahr einer neuen Umwälzung in weiter Ferne. Heer, Geistlichkeit und Beamtentum waren für die bestehenden Verhältnisse gewonnen, Arbeiter, Bürger und Bauernstand zufrieden. Die Verwaltung des Reiches war in geschäftskundigen und gewandten, wenn auch nicht immer reinen Händen. Zu Veränderungen in seinem Ministerium griff der Kaiser nicht leicht, wenn ihn nicht Todesfälle dazu zwangen. An St.-Arnauds Stelle war 1854 Baillant als Kriegsminister getreten, als Fortoul 1856 starb, übernahm Rouland den Unterricht. Drouyn de l'Huys allerdings räumte Walewski den

Die Verwaltung.

Platz im Auswärtigen Amte, als Mitte 1855 die Verhandlungen mit Rußland in Wien scheiterten, und Maigne ging aus dem Handels- in das Finanzministerium über; Fould und Abbaticci waren mit ihm seit 1852 im Amte, Villault seit 1854, Rouher und der Admiral Hamelin seit 1855. Da der Kaiser allein verantwortlich war und alle diese Männer von Grundsätzen nicht viel hielten, sondern vorzugsweise auf Bewahrung ihrer Stellung bedacht waren und etwaige Schwankungen daher bereitwillig mitmachten, so war zu häufigerem Wechsel in der That auch kein Anlaß vorhanden. Der Schein von Beständigkeit aber, der dadurch erzielt wurde, kam dem ganzen Regierungssystem zugute und befestigte den Glauben an des Kaisers überlegene Konsequenz und Klugheit, einen Glauben, der den ganzen Erdteil beherrschte und der rückwirkend dem Einfluß Napoleons und der Macht Frankreichs nicht geringen Vorschub leistete.

So verstrichen die nächsten Jahre nach dem Pariser Frieden, ohne daß bedeutende Ereignisse die Ruhe gestört hätten. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Ausführung des Friedensvertrages herausstellten, wurden meist durch den Einfluß des Kaisers beseitigt, und mehr als eine Konferenz, die zu diesem Zwecke in Paris abgehalten wurde, rief den Völkern die Thatsache ins Gedächtnis, daß die Leitung Europas in Frankreichs Händen sich befinde. Manche andere Verwickelung, die sonst noch auftauchte und in derselben Weise geschlichtet wurde, wird im weiteren Verlaufe der Erzählung noch zu berühren sein. Man hätte glauben sollen, daß allmählich das Vertrauen in die friedfertigen Absichten des Kaisers ausschließlich die Herrschaft erlangen werde. Allein das war nicht der Fall, obgleich niemand die eigentümlichen Worte kannte, mit denen Napoleon am Schluß des Kongresses den kriegslustigen Grafen Cavour entlassen hatte: „Beruhigen Sie sich, ich habe das Gefühl, daß der Friede nicht lange dauern wird.“ Dies Gefühl war in der That allgemein. Da trat plötzlich eines jener unvorhergesehenen Ereignisse ein, die das Leben des Kaisers und damit die bestehende Ordnung bedrohten und zwar so ernstlich, daß Napoleon sich dadurch zu den folgenreichsten Entschlüssen für seine innere wie äußere Politik bestimmen ließ.

Ordnis  
Mordversuch.

Am Abend des 14. Januar 1858 fuhr der Kaiser mit der Kaiserin in die Oper. Schon seit einiger Zeit hatte die Polizei Kenntnis von einem Mordanschlag, den ein gewisser Pieri beabsichtige. Ein großes Aufgebot von Polizisten wurde daher stets bereit gehalten die Person des Monarchen zu schützen und war auch an diesem Abend vor der Oper aufgestellt. Unter der Volksmenge, die sie von dem Betreten des Trottoirs abzuhalten hatten, befand sich ein Mensch, der dies Verbot hartnäckig mißachtete; er wurde verhaftet und als Pieri erkannt. Ein paar Minuten später rollte der Wagen des Kaisers heran; in demselben Augenblicke flog eine Bombe durch die Luft, der gleich darauf zwei andere folgten; sie platzten vor und unter dem Wagen und verwundeten durch ihre Splitter 141 Personen, einige davon tödlich. Das Kaiser-

paar blieb unverletzt; nur ein Glassplitter ritzte dem Kaiser die Nase, auch sein Hut wurde durchbohrt. Ein paar Minuten später erschien er, von einem lauten Jubelsturm begrüßt, in seiner Loge und wohnte mit seiner Gemahlin der Vorstellung bis zu Ende bei.

Unter den Verhafteten befand sich ein Italiener, Namens Gomez, der ohne Ausreden sich als Diener des Flüchtlings Felix Orsini bekannte und dessen Wohnung angab. Die Polizei suchte ihn auf und fand ihn im Bett, von einem Bombensplitter im Gesicht verwundet. Weder er noch Pieri machten den Versuch zu leugnen. Orsini war 39 Jahre alt; sein ganzes Leben war eine fast ununterbrochene Kette von Verschwörungen gewesen. Zweimal in die Gewalt der Regierungen gefallen und beidemal dem Gefängnis entkommen, 1846 durch die Amnestie des Papstes, 1855 durch eine abenteuerliche Flucht aus Mantua, hatte er sich zuletzt in London aufgehalten und dort den Entschluß gefaßt Napoleon zu ermorden, weil er schuld an dem Scheitern der italienischen Erhebung von 1848 sei. Zu Genossen seines Planes hatte er einen flüchtigen Franzosen Bernard und seine Landsleute Pieri, Gomez und Rudio gewonnen; Bernard war jedoch nicht mit aus England herübergekommen. Das Geständnis der Verschwörer und die bei ihnen aufgefundenen Papiere ließen alle wesentlichen Punkte mit hinreichender Sicherheit erkennen, insbesondere auch den Umstand, daß der gefürchtete Mazzini, mit dem Orsini in schlechtem Einvernehmen lebte, durchaus unbeteiligt war. Die Verteidigung des Rädelshäufers übernahm Jules Favre, wenn man es anders eine Verteidigung nennen wollte; denn bei dem Eingeständnis des Angeklagten beschränkte sich der berühmte Advokat darauf die Beweggründe seines Schüßlings in ein möglichst günstiges Licht zu setzen und seine That als die Äußerung einer irrefeleiteten Vaterlandsliebe hinzustellen. So wollte auch Orsini seine Handlungsweise aufgefaßt wissen. Ohne für sich um Gnade zu bitten richtete er angesichts des Todes am 11. Februar 1858 einen Brief an den Kaiser, in welchem er ihn beschwor Italien zu Hilfe zu kommen. Nicht einer unmittelbaren Unterstützung bedürfe es; Italien werde sich selbst befreien, wenn Frankreich nur verhindere, daß Deutschland Österreich seinen Beistand leihe. Befreien Sie mein Vaterland, so schloß der Brief, und der Segen von 23 Millionen folgt Ihnen in die Nachwelt.

Der Proceß.

Orsini's Briefe.

Das merkwürdige Schriftstück blieb nicht ohne Eindruck auf das Gemüt des Kaisers; er gestattete, daß Favre es vor dem Gerichtshofe verlas und daß es veröffentlicht wurde. Dafür ihm zu danken schrieb Orsini einen zweiten Brief, am 3. März 1858. Die Teilnahme des Kaisers für sein Vaterland gewähre ihm, so versicherte er, keinen geringen Trost; er bereue seine That, biete willig sein Leben als Sühne für die unschuldigen Opfer derselben und beschwöre seine Landsleute nicht ferner den Mord zu den politischen Mitteln zu zählen. Die Begnadigung, die er nicht erbeten, erhielt er auch nicht; am 13. März erlitten er und Pieri den Tod auf dem Schafott, Rudio und Gomez wurden deportiert.

Einfluß auf  
die innere  
Politik.

Espinasse.

Die Sicher-  
heitsgesetze.

Die Opposition  
in der Kammer.

Espinasses  
Rücktritt.

Die nächste Folge des Ereignisses war eine Verschärfung des Polizeisystems und ein rücksichtsloses Einschreiten gegen die Reste der alten Parteien. Da der Polizeipräfekt Pietri und Villault, der Minister des Inneren, den Plan der Verschwörer trotz mancher Fingerzeige nicht rechtzeitig entdeckt hatten, mußten beide am 6. Februar ihre Posten verlassen und das Regiment an den General Espinasse abgeben, der sich zwar nicht gerade durch Feinheit und Verschlagenheit, umsomehr aber durch brutale Energie empfahl. Die Einteilung des ganzen Landes in die fünf Militärbezirke von Paris, Lyon, Toulouse, Tours und Nancy erleichterte die Verwendung der Truppen an jedem Orte, wo es not thun mochte. Die Presse wurde durch Verwarnungen und Unterdrückungen eingeschüchtert. Der Hauptschlag aber bestand in dem Erlaß der Sicherheitsgesetze, durch die eine Unzahl von politischen Vergehen mit der Verbannung oder der Verweisung nach Algerien oder in ein beliebiges Departement Frankreichs bedroht und überdies der Regierung das Recht gegeben wurde dieselbe Maßregel, wenn ernste Thatsachen es erforderlich machen sollten, ohne richterlichen Spruch über alle die zu verhängen, welche wegen der Ereignisse von 1848 bis 1851 verurteilt worden seien. Mit neunfacher Majorität genehmigte der gesetzgebende Körper am 14. Februar diese Anträge; nur 24 Stimmen erhoben sich dagegen und nach der selbstverständlichen Zustimmung des Senats konnten die Sicherheitsgesetze am 27. Februar 1858 veröffentlicht und sogleich in Vollzug gesetzt werden. Dies geschah in der rücksichtslosesten Art. Die Präfekten wurden nach Paris entboten und erhielten von Espinasse den Auftrag so und soviel Verhaftungen vorzunehmen; etwa 2000 Opfer wurden, oft ohne den geringsten Anhaltspunkt, auserkoren und teils in die Gefängnisse teils unter den größten Mißhandlungen nach Algerien geschafft. Unter diesen Umständen war jeder Widerstand gegen die Regierung eine gefährliche Sache; besonders bedenklich mußte es erscheinen sich von der Opposition in die Kammer wählen zu lassen. Mancher, der sonst gern die Vertretung von Paris, das soeben Nachwahlen zu vollziehen hatte, übernommen haben würde, trat deshalb schein zurück; zwei Männer aber wurden gewählt, die fortan mit den drei 1857 gewählten Republikanern, Emil Ollivier, Darimon und Hénon, zu einer geschlossenen Opposition zusammentraten: Jules Favre und Ernst Picard. Diese Gruppe der Fünf bildete mehrere Jahre hindurch den unscheinbaren aber unschätzbaren Mittelpunkt, von dem aller Widerstand gegen das Kaiserreich ausging, und ihrer geschickten Kampfweise war es zu danken, daß die Fahne der Opposition nicht allein hochgehalten wurde, sondern auch neue Kämpfer um sich sammelte, so daß mit jeder neuen Wahl sich das Häuflein ihrer Verteidiger vermehrte.

General Espinasse mußte übrigens seinen Ministerposten schnell wieder fahren lassen. Er verdarb es mit der Geistlichkeit, indem er die Wohlthätigkeitsanstalten zwingen wollte ihr unbewegliches Vermögen zu verkaufen und das Geld in Staatspapieren anzulegen. Der Stimme

des Klerus, die des Ministers Rücktritt forderte, konnte der Kaiser nicht widerstehen und ersetzte ihn schon im Juni durch Delangle, welcher den Prozeß gegen Orsini geleitet hatte. Gleichzeitig wurde für den Prinzen Napoleon ein neues Ministerium, das der Kolonien und Algeriens, geschaffen, und da der Prinz sich von jeher mit seinen liberalen Ideen und Verbindungen gebrüstet hatte, so konnte man von seiner Ernennung, zumal sie mit Espinasses Entfernung zusammenfiel, immerhin eine Lockerung der straff angespannten Zügel erhoffen.

Die auswärtige Politik Napoleons wurde durch Orsinis That in doppelter Weise beeinflusst; sie begann einen Feldzug gegen die Flüchtlinge in den Nachbarländern, und sie faßte entschlossener den Gedanken ins Auge, mit dem der Kaiser sich schon lange getragen: die Befreiung Italiens vom österreichischen Joch. Gleich nach dem Attentate mußten die Kammern dem Kaiser ihren Unwillen darüber aussprechen, daß gewisse Nachbarländer den Empörern und Meuchelmördern Gastfreundschaft gewährten; eine Adresse der Obersten der Armee schlug denselben Ton an, und gestützt auf diese „öffentliche Meinung“ verlangte Walewski von dem britischen Kabinett und den kleineren Nachbarstaaten, Sardinien, Belgien und der Schweiz, Maßregeln für die Sicherheit Frankreichs. Daß die Grenzländer Hauptherde der Verschwörungen gegen das Kaisertum waren, ließ sich nicht bestreiten. Man brauchte nur die Schaufenster der Buchhandlungen in Brüssel oder Genf zu betrachten um zu sehen, wie hier alles Gift und alle Bosheit gegen den Bonapartismus sich ansammelte. Auch die liberalen Zeitungen dieser Grenzländer standen zum großen Teil im Kampfe wider Napoleon und unter dem Einfluß französischer Flüchtlinge. Zu wiederholten Malen schon hatte das Pariser Kabinett das Einschreiten der Nachbarregierungen gegen diese Anfeindungen erzwungen. Am bereitwilligsten war ihm Sardinien entgegengekommen, wo Cavour schon nach dem Staatsstreich im Februar 1852 einen Gesetzesentwurf durchgebracht hatte, der die Beleidigung fremder Staatsoberhäupter den Geschworenen entzog und den Strafantrag des Beleidigten für unnötig erklärte. Als jetzt ein piemontesisches Blatt den Meuchelmord zu verteidigen wagte und nach dem bestehenden Rechte freigesprochen wurde, beeilte sich der Minister ein neues Gesetz vorzulegen, das solche Urteile in Zukunft verhindern sollte. In glänzender Rede wies er am 16. April 1858 den Vorwurf zurück, daß er fremdem Druck unwürdig nachgebe; nur dem Druck des Gewissens gehorche er; Italien könne der Allianzen nicht entbehren und dürfe sie nicht durch die Maßlosigkeiten seiner Presse verscherzen. So zahlreich die Gegner der Vorlage auch anfangs gewesen waren und wie heftig sie sich widersetzten, Cavour trug doch den Sieg davon, und Napoleon rechnete ihm diesen Dienst hoch an.

Auch Belgien hatte schon ein paar Jahre früher auf Frankreichs Verlangen einschränkende Gesetzesbestimmungen getroffen. Zur Zeit des Pariser Kongresses waren die Angriffe der Brüsseler Zeitungen auf den

Auswärtige  
Politik.

Beschwerden  
über die  
Flüchtlinge.

Sardinien.

Belgien.

Kaiser so heftig geworden, daß Walewski in der Sitzung vom 8. April erklärte, wenn die belgische Regierung nicht aus eigenem Antriebe die Presse zur Ruhe bringe, so müsse Frankreich es ihr begreiflich machen, daß es die erste aller internationalen Pflichten sei keine Gefährdung der Ordnung in den Nachbarstaaten zu dulden. Dieser Sprache mußte sich das klerikale Ministerium, das damals am Ruder stand (de Decker, Vilain XIV., Nothomb), fügen und die gewünschten Verschärfungen der Preßgesetzgebung durchführen; eine Änderung der Verfassung lehnte es aber unbedingt ab. Zur Zeit des Drsinischen Attentates hatten die Liberalen die Regierung in den Händen. Das klerikale Ministerium hatte nämlich 1857 ein Wohlthätigkeitsgesetz eingebracht, das die Macht der Orden in bedenklicher Weise erhöhte, indem es das Vermögen frommer Stiftungen der Staatsaufsicht entzog und der Aufsicht der großentheils klerikalen Gemeindebehörden unterstellte. Schon bei der Beratung der Vorlage drohte Rogier, der Führer der Liberalen, damit, daß der Unwille des Volkes sich in einem Klostersturm Luft machen werde, und als das Gesetz am 27. Mai wirklich angenommen ward, begannen in der That in den großen Städten sofort blutige Straßenunruhen. Der König, der im Jahre vorher bei der Feier seines Regierungsjubiläums die dankbare Huldigung aller Parteien entgegengenommen hatte, war sehr erzürnt über dieses Benehmen der Liberalen. Ich steige zu Pferd, rief er entrüstet aus, um die Volksvertretung zu schützen, ich lasse die Mehrheit nicht beschimpfen! Trotz aller Unparteilichkeit und trotz seiner eigenen liberalen Gesinnungen waren ihm doch die Klerikalen im Ministerium bequemer; die Liberalen, pflegte er zu sagen, sind wie ein Band von Sand; sie waren unter sich oft uneinig und erschwerten ihm, wenn sie am Ruder waren, sehr die Regierung. Bei reiferer Überlegung konnte sich der Monarch aber doch nicht verbergen, daß die Aufreizung von dem Ministerium ausgegangen war. Das Wohlthätigkeitsgesetz war nichts weniger als unentbehrlich, es hatte keinen anderen Zweck als den, das Übergewicht der katholischen Partei dauernd zu machen. Jede Maßregel aber, die einer der beiden großen Parteien die Herrschaft dauernd verbürgen sollte, war für Belgien eine Gefahr. Das erkannte Leopold und sprach es in einem Briefe an den Minister des Inneren am 13. Juni 1857 unumwunden aus; er riet der Mehrheit das gefährliche Gesetz bis zur Beruhigung der Gemüther liegen zu lassen und schloß die Kammer für dieses Jahr. Die Stimmung wurde infolgedessen auch wirklich ruhiger, aber bei den Gemeindevahlen im Herbst bewies die ungeheure Mehrheit, welche die Liberalen gewannen, daß sie in der That das Volk hinter sich hatten. Das Ministerium bot daher am 31. Oktober seine Entlassung und wurde durch Rogier, Frère-Orban, Tesch, die Führer der Opposition, ersetzt. Auch die zweite Kammer mit ihrer klerikalen Mehrheit mußte nun aufgelöst werden, und die Wahlen vom 10. Dezember ergaben fast eine Zweidrittelmajorität für die neue Regierung. Für das Verhältnis zu Frankreich war dieser starke Rückhalt sehr nützlich. Das

Ministerium durfte sich dem Drängen Walewskis, der Sicherheitsmaßregeln forderte, nicht widersetzen und würde bei schwächerer Mehrheit durch den Abfall einzelner Parteigenossen vielleicht eine Niederlage erlitten haben. Wie aber die Dinge jetzt standen, brachte es seine Vorschläge über Fremdenpolizei und Beleidigungen fremder Regenten ohne Schwierigkeit im Februar und März durch, und Napoleon war befriedigt.

Der dritte der kleinen Nachbarstaaten, die sich dem Gebote Frankreichs fügen mußten, war die Schweiz. Für sie waren Beschwerden über das Asylrecht eine längst gewohnte Sache. Wie nach 1830, so war auch nach 1848 und zwar vorzugsweise von Österreich alles aufgegeben um die Bundesbehörden einzuschüchtern. Einen sehr unfreundlichen Notenwechsel hatte schon Ende 1852 die Ausweisung der fremden Klostergeistlichen aus dem Kanton Tessin veranlaßt; Österreich drohte als Gegenmaßregel die Vertreibung aller Tessiner aus der Lombardei an. Da kam am 6. Februar 1853 noch die unglückliche Mailänder Erhebung hinzu, die von der Schweiz aus befördert sein sollte. Sogleich wurde mit der Ausweisung der Tessiner Ernst gemacht, eine strenge Grenzsperrung gegen den Kanton verhängt und vom Bundesrate die Entfernung der Flüchtlinge aus Tessin und Bürgerschaften für die Zukunft verlangt. Allein in Bern blieb man fest und ließ sich auch durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen (am 21. Mai) nicht einschüchtern. Es erforderte das umsomehr Mut, als man auch mit Preußen wegen Neuenburgs auf dem schlechtesten Fuße stand. Für Friedrich Wilhelm IV. war dieser an sich so unbedeutende Streitpunkt zu einer Herzens- und Ehrensache geworden, und es bereitete ihm schweren Kummer, daß er seiner Partei in Neuenburg nicht zum Siege verhelfen konnte. Durch ein Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852 war sein Besitzrecht zwar von den Großmächten anerkannt worden, aber bei keiner fand er Teilnahme für seine Bemühungen um Wiedererwerb eines Ländchens, das nach Wellingtons treffender Bemerkung Frankreich jeden Augenblick besetzen und Preußen nie verteidigen konnte. Nicht einmal die entwickelten Verhältnisse während des Krimkrieges brachten das Berliner Kabinett seinem Ziele näher, und als Herr von Manteuffel in der großen Sitzung des Kongresses vom 8. April 1856 die Aufmerksamkeit der Versammlung auf den einzigen Punkt in Europa lenkte, wo allen Verträgen zuwider noch immer die Revolution herrsche, fand seine Klage nicht den leisesten Widerhall. Wenige Monate darauf wurde die Angelegenheit in weitaus wirksamerer Weise Europa ins Gedächtnis gerufen. Die kleine preussische Partei in Neuenburg erhob sich am 3. September 1856 mit bewaffneter Hand, geführt von den Bourtales, Meuron, Besdehlen und anderen Adelsgeschlechtern des Landes. Man bemächtigte sich des Schlosses, nahm den Staatsrat gefangen und erklärte die Wiedereinsetzung des Königs in sein Fürstentum. Der Umschwung hielt aber kaum 24 Stunden vor. Schon anderen Tags eroberten 1500 Republikaner unter Oberst Denzler das Schloß und nahmen die 6—700 Königlichen

Die Schweiz.

Der Neuenburger Handel.

gefangen. Friedrich Wilhelm hatte dem Butsche seiner Anhänger durchaus fern gestanden; jetzt für sie einzutreten war trotzdem zweifellos ein Gebot der Ehre. Das nächste, was er verlangte, war die Freilassung der Gefangenen; zugleich forderte er die Großmächte auf ihm auf diplomatischem Wege zu seinem Rechte zu verhelfen. Allein keines der Kabinette beilegte sich dieser Einladung nachzukommen; sie begnügten sich in Bern die Freilassung der Gefangenen zu unterstützen und erboten sich sogar, wenn diese erfolgt sei, Preußen zur Anerkennung der Unabhängigkeit Neuenburgs zu veranlassen. Eigensinnig steifte sich der Bundesrat jedoch darauf, daß diese Anerkennung der Entlassung von Pourtalès und 34 anderen Royalisten, die noch in Haft waren, vorausgehen müsse, und ließ sich weder durch die Abberufung des preußischen Gesandten von Sydow, noch durch die angedrohte Mobilmachung von vier Armeekorps und die Gestattung des Durchzugs preußischer Truppen durch die süddeutschen Staaten einschüchtern. Freilich lag eine Ermütigung für ihn darin, daß Österreich am 28. Dezember diesen Durchmarsch beanstandete und erst vom Bundestage genehmigt wissen wollte, was Preußen durchaus ablehnte. Dagegen unterstützte Frankreich ernstlich die Forderung der Freilassung der Gefangenen und verbürgte sich in diesem Fall gleichsam für Preußens Verzicht auf Neuenburg, so daß man in Bern denn doch einlenkte und am 15. Januar 1857 die Gefangenen freigab. Nun unterblieb die Mobilmachung und es begannen unter Frankreichs Vermittelung und Teilnahme der anderen Großmächte am 5. März Verhandlungen. Während derselben kam Herr von Bismarck in außerordentlicher Mission nach Paris. Er fand Napoleon sehr liebenswürdig und gar nicht unzufrieden damit, wenn das Schweizer Demokratennest ausgenommen würde; doch suchte er dem preußischen Ehrgeiz größere Ziele vorzuhalten, sprach von einem Krieg in Italien gegen Österreich als nahe bevorstehend, empfahl Preußen sich mit Hannover und Holstein zu arrondieren und wünschte für Frankreich nur eine kleine Grenzberichtigung am Rhein, da größere Erwerbungen die Koalition heraufbeschwören würden. Bismarck lehnte diese Eröffnungen mit der Bemerkung ab, der Kaiser werde auf diesem Wege in einen Sumpf geraten; in der Neuenburger Frage aber blieb Preußen nur der Rückzug möglich. Es kam endlich zu dem Vertrage vom 26. Mai 1857, der seitens Preußens den Verzicht auf Neuenburg, seitens der Schweiz eine vollständige Begnadigung, die Zahlung einer Entschädigung von einer Million Franken und einige untergeordnete Zugeständnisse enthielt. Unmittelbar nach Abschluß des Vertrages erklärte der preußische Gesandte, daß sein König auf die Geldentschädigung verzichte, daß er aber seinen Fürstentitel weiter führen werde, wogegen die Schweiz natürlich nichts einwenden konnte.

Die Flüchtlingsfrage.

Für den glücklichen Ablauf dieser langwierigen und gefährlichen Verwicklung war man in Bern jedenfalls Napoleon den größten Dank schuldig. Ihn zu bethätigen gewährte das Orsinische Attentat eine recht unerwünschte Gelegenheit. Neue gesetzliche Bestimmungen zu treffen war

allerdings nicht nötig, da der Bundesrat alle Vollmachten, deren er bedurfte, besaß; aber die Anwendung derselben war doch eine sehr unangenehme Sache. Der Kanton Genf widersetzte sich denn in der That auch der Ausweisung von siebzehn Italienern, die von ihm verlangt wurde; aber die Festigkeit des Bundesrates zwang ihn zum Nachgeben und seine nachträgliche Beschwerde bei der Bundesversammlung wurde abgewiesen. Der französische Kaiser hatte also in allen drei Nachbarstaaten seinen Willen erreicht, und wenn man auch mit Recht der Ansicht sein mochte, daß kein Gesetz imstande sein werde Männer von verzweifelterm Charakter von verzweifeltern Unternehmungen abzuhalten, so war doch eine jede Erschwerung solcher Pläne für Napoleon sicher als ein Gewinn zu betrachten.

### England und der Aufstand in Ostindien.

Aber den unmittelbaren Anlaß zu Beschwerden hatten doch bei dem Orsinischen Attentate nicht Sardinien und nicht Belgien oder die Schweiz gegeben, sondern England. Die Hauptsache war also, daß auch dort Napoleons Forderungen befriedigt wurden. Wenn dies nicht geschah, so lag es nicht an dem Ministerium, an dessen Spitze des Kaisers bester Freund in England, Lord Palmerston, stand. Schon im Januar 1855 war nämlich die gemischte Verwaltung, die Lord Aberdeen im Dezember 1852 gebildet, von den peolitischen Elementen gereinigt, die in der That bei ihrer ausgeprägten Friedensliebe während des Krieges nicht an ihrem Plaze waren. Die fortgeschrittenen Liberalen rechneten ihnen überdies die Unfruchtbarkeit des Kabinetts an inneren Reformen zur Schuld an, und einer von ihnen, einer der wenigen, die Lord Palmerstons kräftige äußere Politik von jeher bewundert hatten, Roebuck war es, der den allgemeinen Unwillen über die Zustände im Lager von Balaklava zu benutzen wußte um seinen Freund an die Spitze der Regierung zu bringen. Der eigentliche Urheber der Krisis war indes Lord John Russell. Er hatte bereits im November 1854 den Versuch gemacht, das Kabinett zu sprengen, indem er verlangte, daß der Herzog von Newcastle das Kriegsministerium, dem er nicht gewachsen sei, an Palmerston abtrete. Diese Forderung stieß jedoch bei Aberdeen und den meisten Mitgliedern des Kabinetts, auch bei Palmerston selbst, auf so entschiedenen Widerspruch, daß Russell sie fallen ließ ohne selbst von seinem Posten zurückzutreten. Allein kaum war das Parlament eröffnet, so trat Roebuck mit dem Antrage hervor einen Ausschuß zur Prüfung der Mißstände in der Heeresverwaltung und der Verantwortlichkeit des Ministeriums für diese Mißstände zu ernennen. Noch an demselben Tage forderte Russell seine Entlassung und gestand dadurch seinerseits im voraus zu, daß zur Entschuldigung des Kabinetts nichts vorzubringen sei. Unter dem Eindruck dieser Thatsache wurde Roebucks Antrag mit 305 gegen 148 Stimmen

England und  
die Flücht-  
lingsfrage.

Ministerium  
Aberdeen.

angenommen; Aberdeen mußte mit dem ganzen Kabinett zurücktreten. Nun aber zeigten sich die größten Schwierigkeiten, wie man zu einer Neubildung des Ministeriums gelangen sollte. Derby, den die Königin zuerst berief, hatte keine Mehrheit im Unterhause; ein Versuch sich mit Palmerston, Gladstone und Sidney Herbert zu verständigen mißlang. Lord Lansdowne, der greise Führer der Whigs, unter dem sowohl Russell wie Palmerston zu dienen bereit waren, lehnte aus Gesundheitsrückfichten bestimmt ab. Russell selbst, an den sich die Königin nur zögernd wandte, mußte die Erfahrung machen, daß sein jüngster Schritt ihm in der eigenen Partei arg verübelt wurde und daß er nicht einmal auf den Beistand langjähriger Freunde zählen könne. So verging eine Woche, bis endlich Palmerston die Kabinettsbildung zustande brachte; es waren bis auf Aberdeen, Russell und Newcastle die Männer des früheren Ministeriums; Gladstone, Sidney Herbert und Sir James Graham gehorchten den dringenden Bitten ihres bisherigen Chefs, indem sie blieben. Schon nach 14 Tagen fanden sie ihre Stellung aber doch unhaltbar und traten wieder aus, worauf durch die Berufung Russells und einiger minder bedeutender Männer das Kabinett sich zu einem rein whiggistischen gestaltete. Sehr fest war begreiflicherweise die Stellung auch dieses Ministeriums den verschiedenen Parteien gegenüber nicht; zu inneren Reformen fand es ebensowenig wie seine Vorgänger Zeit oder Kraft; tauchte irgend eine Frage auf, die ihm die fortgeschrittenen Liberalen entfremdete, so war sein Sturz unvermeidlich. Und solch eine Frage rührte nun Napoleon durch seine Beschwerden gegen die Flüchtlinge übereilterweise auf. Palmerston glaubte ihm eine gewisse Genugthuung nicht versagen zu dürfen und brachte am 8. Februar 1858 ein Gesetz ein, das jede Verschwörung zum Zweck des Mordes, auch wenn sie gegen Fremde gerichtet sei, mit Zwangsarbeit bis zu fünf Jahren bedrohte. Diese Nachgiebigkeit gegen den französischen Kaiser führte zum zweitenmale seinen Sturz herbei. In zahlreichen Meetings erhob die englische „öffentliche Meinung“ Verwahrung gegen solche Handlangerdienste, die bei dem Stande der englischen Gesetzgebung oben drein ganz überflüssig seien, und das Unterhaus beschloß am 19. Februar mit 234 gegen 215 Stimmen ein Tadelsvotum, weil das Ministerium eine derartige Vorlage gemacht habe ohne vorher die französische Beschwerde note vom 20. Januar zurückzuweisen. Das Kabinett reichte darauf seine Entlassung ein, und bei der völligen Zerfetzung der liberalen Partei fiel nun den Tories die Regierung zu: Lord Derby trat an die Spitze des Ministeriums, Malmesbury übernahm das Äußere, Disraeli die Finanzen. Um den Bogen nicht zu scharf anzuspannen lenkte darauf auch Napoleon etwas ein und ersetzte seinen Gesandten in London, Herrn von Persigny, durch den Marschall Pelissier, der als Sieger vom Malakoff für eine den Engländern genehme Person gelten durfte. Wirklich stellte sich das gute Einvernehmen auch schnell wieder her und als im August der Kriegshafen von Cherbourg eingeweiht wurde, drückte der Besuch der

Ministerium  
Palmerston.

Palmerstons  
Sturz.

Napoleons  
Rückzug.

Königin von England der auf beiden Seiten gewünschten Versöhnung den öffentlichen Stempel auf.

Die Tories übernahmen von ihren Vorgängern eine so schwere kriegerische Erbschaft in Asien, daß sie einen Bruch mit Frankreich in der That selbst dann nicht hätten verantworten können, wenn ihnen der Kaiser minder bereitwillig entgegengekommen wäre. Einen Krieg mit Persien hatte Lord Palmerston vor Jahresfrist zwar glücklich beendet; aber einen Krieg mit China und schlimmer als das, einen furchtbaren Aufstand in Ostindien, hinterließ er seinen Nachfolgern. Um diese asiatischen Verwickelungen zu schildern müssen wir zum Theil etwas weiter wieder zurückgreifen.

Die Zustände in Persien und Afghanistan hatten seit dem Rachezuge Bollocks und der Rückkehr Dost Mahomets im Jahre 1842 keinen Anlaß zu kriegerischer Einmischung geboten, obgleich Herat nach Kamrans Tode 1843 wieder zum Spielballe der Parteien geworden war. Nach dem Beginn des Krimkrieges wünschte Rußland aber die Engländer in diesen Gegenden wieder zu beschäftigen und stiftete den Schah von Persien an, daß er einen Neffen Kamrans, Yussuf, bei einem Zuge gegen Herat unterstützte. Für kurze Zeit gelangte Yussuf 1855 wirklich in den Besitz der Stadt; bald aber wurde er wieder verjagt und rief den Schah von Persien, den er als Lehnherrn anerkannte, um Hilfe an. Diese wurde bereitwillig geleistet, obgleich ein englisch-persischer Vertrag von 1853 es verbot, und am 26. Oktober 1856 mußte Herat sich den Persern ergeben. Umgehend erklärte England darauf den Krieg. Eine Flotte unter Admiral Leake mit Landungstruppen, deren Befehl später Sir James Outram übernahm, lief im November in den persischen Meerbusen ein und nahm von der Insel Karrat und der Stadt Buschir für die englische Krone Besitz. Ins Innere vorzudringen hielt Outram nicht für geraten, sondern begnügte sich, die Perser am 8. Februar 1857 bei Kuschab zurückzuschlagen und das nahe der türkischen Grenze gelegene wichtige Mohammerah zu besetzen. Inzwischen aber war in Paris unter französischer Vermittelung am 4. März ein Frieden geschlossen, durch den Persien gegen Rückgabe der englischen Eroberungen auf Herat verzichtete und in künftigen Streitigkeiten mit den Afghanen zunächst Englands gute Dienste anzurufen versprach. Im April konnte Outram mit seinen Truppen nach Indien zurückkehren und kam gerade rechtzeitig um dort zur Unterdrückung des großen Aufstandes mitzuwirken. Auch nach der Einverleibung des Pendschab hatte Lord Dalhousie seine Vergrößerungspolitik fortgesetzt und jede Gelegenheit, die ihm der Todesfall eines indischen Fürsten bot, benutzt um weitere Gebiete für verfallen zu erklären und bisher bezahlte Pensionen zurückzuhalten; einer von denen, welche darunter litten, war Nena Sahib, der bald eine hervorragende Rolle spielen sollte. Gegen Osten hin gab ein Krieg gegen Birma Gelegenheit zur Machtentfaltung. Zwei englische Rheder waren von einem birmanischen Gerichtshofe zu einer Strafe von 125 Pfund verurteilt

Der persische Krieg.

Ausdehnung der britischen Herrschaft in Ostindien.

Krieg mit Birma.

worden, die sie obendrein anderen englischen Unterthanen zu zahlen hatten. Auf ihre Beschwerde erschien im November 1851 ein Geschwader unter Kommodore Lambert vor Rangun, dem einige Monate später eine Landungsarmee unter General Godwin folgte. Der Krieg dauerte bis in den April 1854 und endete mit der Abtretung der ganzen Ostküste, soweit sie nicht schon in dem Kriege von 1826 an England überlassen war.

Das Königreich  
Auddh.

Die folgenreichste Einziehung, zu der Lord Dalhousie schritt, war aber die des Königreichs Auddh mit der Hauptstadt Luckno zwischen dem mittleren Ganges und dem Himalaya. Die Zustände, die hier unter der Regierung des Wajid Ali seit 1847 herrschten, waren allerdings so, daß ihre Fortdauer unter den Augen eines britischen Agenten eine Schmach für England war. Wir haben einen Narren zum König, einen Buben zum Minister, und beide stehen unter dem Einfluß des gewandtesten und gewissenlosesten Schurken, so lautete das zusammenfassende Urteil dieses Agenten. Freilich brauchte deshalb nicht gerade gleich das ganze Land eingezogen zu werden; aber Lord Dalhousie bestand darauf und Sir James Outram erklärte im Februar 1856 an der Spitze eines Heeres den Wajid Ali, der eine Pension von 120 000 Pfund erhielt, für abgesetzt, und die 4—5 Millionen Menschen, welche das Königreich bewohnten, der unmittelbaren britischen Herrschaft unterworfen.

Indische Zu-  
stände.

Die gesamte Bevölkerung des indischen Reiches konnte um diese Zeit auf 175 Millionen geschätzt werden, von denen etwa der siebente Teil in Vasallenstaaten lebte. Die bewaffnete Macht der Kompanie belief sich auf reichlich 300 000 Mann, von denen kaum ein Sechstel Europäer waren, ein buntes Gemisch aus den niederen Ständen Großbritanniens aber gestählte und waghalsige Naturen. Die einheimischen Truppen, Sepoys genannt, teils Hindus, teils Mohammedaner, zählten in der wichtigsten der drei großen Armeen, der von Bengalen, viele Brahmanen; in den anderen beiden waren fast nur Hindus der niederen Kasten. Auf ihre Treue war schon seit Jahrzehnten kein ganz sicherer Verlaß; ihr Mangel an Disziplin wurde seit den zwanziger Jahren von den englischen Offizieren bitter beklagt und gelegentlich kamen die Widersetzlichkeiten offenem Aufstande fast gleich. Die europäischen Truppen waren den Sepoys an Zahl bei weitem nicht gewachsen und überdies durch das ungeheuere Land zerstreut, „wie Pfeffer, den man aus einer Pfefferbüchse schüttet“. Bei einem großen Aufstande der Eingeborenen waren diese vereinzelt Häuserlein der drohendsten Gefahr ausgesetzt und bestenfalls mußte geraume Zeit verfließen, ehe sich an irgend einem Punkte eine achtunggebietende europäische Streitmacht versammeln konnte.

Unzufrieden-  
heit.

Die Möglichkeit eines solchen Aufstandes war aber seit langem von den leitenden Männern in Indien sehr wohl erkannt worden; seit zwanzig Jahren waren alle ihre Berichte voll von Befürchtungen für die Zukunft. Die Hindus waren durch Neuerungen aller Art, Einführung der Impfung, Verbot des Kindermordes und der Wittwenverbrennung, Errichtung von

Mädchenschulen u. dgl., empfindlich gereizt; die Mohammedaner erbitterte es einen ihrer Fürsten nach dem anderen seiner Macht beraubt und nun zuletzt auch das Königreich Nudh, die letzte Erinnerung an das Reich des Großmoguls, vernichtet zu sehen. Sie waren es, von denen der Anstoß zur Empörung ausging, die durch Priester und Fakire, durch briefliche Verbindungen und Anschläge an den Thüren der Moscheen Aufregung zu erzeugen suchten, die geheimnisvoll von dem bevorstehenden Erscheinen eines Avatars, eines Erlösers, sprachen und eifrig eine alte Prophezeiung verbreiteten, laut deren die Europäer nicht länger als hundert Jahre in Indien herrschen sollten. Nun war aber der 22. Juni 1857 der Tag, an welchem Lord Clive vor hundert Jahren durch die Schlacht von Plassey die britische Macht am Ganges begründet hatte; auf diesen Tag wurde deshalb der Ausbruch der Verschwörung festgesetzt; mit einem Schlage sollten die zerstreuten Europäer niedergemetzelt und ein einheimisches Reich errichtet werden. Aber die Erregung, die man in den Sepoy-Regimentern genährt hatte, ließ sich nicht so lange zurückhalten; ein geringfügiger Umstand beschleunigte ihren Ausbruch. Zu Anfang des Jahres verbreitete sich das Gerücht, die Patronen zu der Enfield-Büchse, die eben eingeführt wurde, seien mit Schweine- oder Kuhfett verfezt, Schweinefett, das der Mohammedaner, Kuhfett, das der Hindu und besonders der Brahmane, wie alles was von jenen Tieren herkommt, ohne Verunreinigung nicht berühren darf. Fast gleichzeitig wurden von Dorf zu Dorf, von Regiment zu Regiment kleine Mehlkuchen verbreitet, die aus dem Pendschab kamen und als Zeichen der Verschwörung dienten. Die Folge war, daß der verborgene Zunder hier und da vor der Zeit Feuer fing. Brandstiftungen und Widerseßlichkeiten kamen schon im Februar in einzelnen Garnisonen vor, denen die neuen Patronen ausgeteilt waren. In größerem Umfange traten sie im April in Mierut, 11 Stunden nordöstlich von Delhi, auf; aber die britischen Offiziere achteten diese Anzeichen gering und glaubten durch Strenge jede Unbotmäßigkeit unterdrücken zu können. Etwa 80 Sepoys die sich geweigert hatten, sei es die alten sei es die neuen Patronen anzunehmen, wurden zu zehnjährigem Gefängnis verurteilt und der Vorsitzende des Kriegsgerichts glaubte damit die Sache abgethan; noch am 9. Mai 1857 berichtete er: Wir werden nichts weiter von einer Verschwörung hören. Aber schon anderen Tages ging der Sturm los. Die Kameraden der Verhafteten erbrachen das Gefängnis und stürzten sich auf die ahnungslosen Europäer; zwei Infanterie-Regimenter und ein Teil der Bevölkerung schlossen sich ihnen an; es begann ein scheußliches Gemetzel, in dem der Oberst Finnis mit anderen Offizieren, Frauen und Kindern den Tod fand. Allerdings gaben die Meuterer Mierut dann sofort auf ohne sich in einen Kampf mit der europäischen Besatzung verwickeln zu lassen. Sie eilten nach Delhi, wo nur einheimische Truppen standen, die sofort auf ihre Seite traten und die Greuelszenen von Mierut in noch entseßlicherer Weise wiederholten. Ein reiches Kriegs-

Ausbruch der  
Empörung.

Aufstand in  
Mierut.

in Delhi.

material, 64 schwere und gegen 100 leichte Kanonen, große Vorräte von Gewehren, Pulver und Kugeln, dazu etwa zwei Millionen Pfund Sterling in barem Gelde fielen in ihre Hände. Auch ein Haupt, das der ganzen Bewegung den Namen geben sollte, fanden sie hier: den 90jährigen Schah Akber, den Sohn des letzten, 1806 gestorbenen Moguls, den sie am 11. Mai 1857 als Herrscher von Indien ausriefen. Einfluß gewann der alte Mann nicht im entferntesten und von einer gemeinsamen Leitung des Aufstandes war überhaupt nicht die Rede. Planlos wirkten die Führer in den verschiedenen Gegenden nebeneinander, und Nena Sahib, Tantia Topih und wie sie alle heißen mochten, erkannten keinen höheren über sich an. Die Kunde von den Vorgängen in Delhi war überall, wohin sie kam, das Zeichen zum Aufstande. Nur wo englische Truppen neben den Sepoys standen, heuchelten diese Treue und Anhänglichkeit; wo das nicht der Fall war, ging es sofort ans Plündern und Morden, und die furchtbarsten Frevelthaten eröffneten fast allerorten den Aufstand. Glücklicherweise that der Telegraph den Engländern gute Dienste und brachte in die ferneren Teile des Landes die Nachricht so früh, daß Vorsichtsmaßregeln getroffen und viele Sepoy-Regimenter entwaffnet werden konnten. Die Präsidentschaften von Madras und Bombay sowie das Pendschab, wo Sir John Lawrence befehligte, blieben insolgedessen von der Empörung fast ganz verschont; die Sikhs, die eben erst unterworfen waren, enthielten sich jeder Teilnahme und kämpften sogar tapfer an der Seite der Engländer. Auch die Ghorkas und andere Bergstämme des Himalaya blieben treu und was noch wichtiger war, die Landbevölkerung zeigte sich fast überall vorsichtig und zuverlässig. Ihre Haupttriumphe feierte die Empörung im Gebiete des mittleren Ganges und des Dschumna, wo britische Truppen nur in sehr geringer Zahl standen. Hier waren nur vier Garnisonen außer der von Meerut imstande sich zu behaupten, die von Benares unter Oberst Ponsonby, von Luckno unter Sir Henry Lawrence, von Kanpur unter Sir Hugh Wheeler und von Agra, wo Oberst Thompson befehligte. Diese inselartigen Citadellen rechtzeitig zu entsetzen mußte die erste, Delhi, das Hauptquartier der Aufständischen, wiederzugewinnen die andere Aufgabe sein, deren Lösung in Angriff zu nehmen war. Benares konnte auf dem Ganges leicht erreicht werden und war bald außer Gefahr; Kanpur umgekehrt fiel, ehe ihm Hilfe gebracht wurde. General Wheeler hatte dem Aufstande, der dort am 5. Juni ausbrach, drei Wochen lang in einer verschanzten Kaserne getrotzt; ein Ausfall am 26. Juni kostete ihm das Leben, und nun entschloß sich die bedrängte Besatzung zu einer Kapitulation, durch die ihr freier Abzug verbürgt wurde. Allein Nena Sahib, der sich den Ruf erwarb von allen diesen indischen Wüterichen der grausamste und hinterlistigste zu sein, brach den Vertrag, überfiel die Abziehenden, schleppte die Frauen in die Gefangenschaft und ließ alle Männer ermorden. So blieben also nur Luckno und Agra, die auf Entsatz harrten. An beiden Orten gab es

Abfall Ben-  
galens.

Die britischen  
Citadellen.

Der Fall von  
Kanpur.

Luckno und  
Agra.

viele und heiße Kämpfe mit den Schwärmen der Belagerer, und hier wie dort erhielten die Kommandanten Sir Henry Lawrence und Oberst Thompson bei heldenmütiger Verteidigung die Todeswunde. Aber die Hoffnung auf Errettung hielt die Bedrängten aufrecht und ließ sie den schwersten Entbehrungen und Mühsalen trotzen. Von zwei Seiten her war Hilfe im Anmarsch: aus dem Pendschab kam der Oberbefehlshaber der indischen Armeen, Lord Anson, ein alter, gebrechlicher Mann, den die Nachricht von den schrecklichen Ereignissen aus seiner Sommerresidenz Simla (im Gebiete des oberen Sutledsch) aufgeschreckt hatte; von Osten her auf dem Ganges nahen Sir Henry Havelock und Sir James Dutram. Anson nächstes Ziel mußte Delhi sein und trotz mangelhafter Ausrüstung seiner Truppen und glühender Sommerhitze rückte er eilig darauf los; denn hier galt es, wie Sir John Lawrence antreibend ihm zurief, die Sicherheit des Reiches, gegen die alle Bedenken, die aus den Regeln der Kriegskunst erwachsen mochten, zurücktreten mußten. Aber kaum hatte Anson den Vormarsch begonnen, so starb er am 27. Mai an der Cholera. General Barnard, der ihn ersetzte, traf am 8. Juni vor Delhi ein und erkämpfte sich eine feste Stellung vor der Stadt; doch ehe die Belagerungsgeschütze nachkamen, raffte auch ihn Anfang Juli die Cholera dahin. Beinahe zwei Monate verstrichen unter schweren Kämpfen ehe General Wilson, der jetzt die oberste Leitung hatte, am 14. September 1857 den Befehl zum Sturm erteilen konnte; es gelang in die Stadt einzudringen, aber bis zum 20. dauerte der Kampf in den Straßen und über 1200 Mann betrug der Verlust des kleinen englischen Heeres. Schah Akber, der mit den Seinen entflohen war, wurde etwa drei Meilen von der Stadt eingeholt und gefangen; vor Beendigung des Prozesses, der gegen ihn angestrengt wurde, starb er im Gefängnis. Daß die Grausamkeiten der Empörer auch bei den Engländern wilden Rachedurst geweckt hatten, war nur zu begreiflich, und das Strafgericht, das über Delhi und die gefangenen Rebellen erging, war schrecklich. Indes beinahe die ganze Streitmacht derselben war entkommen, und Wilson hatte daher noch die schwierige Aufgabe sie zu verfolgen; den Entschluß von Luckno und Agra mußte er Havelock überlassen, der trotz seiner geringen Mittel einen glücklichen Anfang damit gemacht hatte. Ein schneller Marsch von Allahabad aus, in der Gabel zwischen Ganges und Dschumna, führte ihn nach drei siegreichen Schlachten in kaum drei Wochen am 17. Juli zunächst nach Kanpur, das südöstlich von Luckno liegt. Nena Sahib's Heer wurde in diesen Kämpfen auseinander gesprengt, er selbst aber entkam. Havelock setzte nun unmittelbar seinen Marsch auf Luckno fort; allein die Feinde, die sich ihm entgegenstellten, waren so zahlreich, daß es langer Kämpfe bedurfte, ehe er die Hauptstadt von Audh erreichte, und nachdem er sich am 30. September endlich den Zugang zu den Belagerten, die nur noch die sogenannte „Residenz“ besetzt hielten, erstritten hatte, schlossen sich alsbald wieder die Reihen der Aufständischen, und es war nicht mehr erreicht als eine Verstärkung der

Einnahme  
von Delhi.

Havelocks  
Marsch nach  
Kanpur.

Erster Entschluß  
von Luckno.

Besatzung, bei den geringen Vorräten an Lebensmitteln ein zweifelhafter Vorteil. Glücklicher war der Oberst Grealhed, der zum Entsatz von Agra aufbrochen war und zwar etwas später, am 10. Oktober, dort eintraf, dann aber in seinen weiteren Bewegungen ungehemmt blieb.

Entsatz von Agra.

Sir Colin Campbell. Havelock mußte seine eigene Befreiung jetzt von Sir Colin Campbell erwarten, der als Ansons Nachfolger im Oberkommando Ende Oktober von Kalkutta aufbrach. Über Kanpur näherte er sich Mitte November den hart Bedrängten und vereinigte sich am 17. mit ihnen. Es konnte nicht seine Absicht sein Luckno mit den Streitkräften, über die er verfügte, gegen die ungeheuere Überzahl der Rebellen zu behaupten; es kam zunächst darauf an Frauen und Kinder, Verwundete und Kranke in Sicherheit zu bringen und einen leichter zu verteidigenden Punkt möglichst nahe bei Luckno zu besetzen um von da aus später den Angriff wieder aufzunehmen. Während er selbst mit den Geretteten nach Kanpur zurückkehrte und sie von dort nach Kalkutta sandte, erhielt Dutram den ehrenvollen Auftrag mit etwa 4000 Mann bei Alumbagh, kaum zwei Stunden von Luckno, die Wiederaufnahme des Angriffs abzuwarten, Seinen treuen Kampfgenossen Havelock erteilte hier am 25. November der Tod an der Ruhr. Wochen vergingen ehe Campbell imstande war von Kanpur wieder vorzurücken; denn ehe dies geschah, mußte er in seinem Rücken das Land am rechten Ganges-Ufer von feindlichen Banden gesäubert haben. Glücklicherweise trafen jetzt reichliche Verstärkungen aus Europa ein; in vielen Gefechten wurden die Auführer von Gwalior zurückgeschlagen, und als der Obergeneral selbst sich wieder nach Auddh begab, konnte er den General Sir Hope Grant mit genügenden Truppen zurücklassen um sein Werk in diesen Gegenden zu vollenden. Dutram hatte während dieser langen Zeit allen Angriffen auf Alumbagh siegreich widerstanden. Mitte Februar ward er aus seiner gefährlichen Lage befreit, und von verschiedenen Seiten rückten die Engländer, allein an Fußvolk 50 000 Mann stark, gegen Luckno vor. Auch so war die Eroberung der inzwischen stark befestigten Stadt keine leichte Sache und vom 9. bis 19. März 1858 wurde fast täglich gekämpft und gestürmt bis endlich die Rebellen sich zur Flucht wandten.

Kämpfe in Gwalior und Auddh.

Zweite Einnahme von Luckno.

Die Unterwerfung von Auddh war damit allerdings noch keineswegs gesichert, denn die 50 000 Auführer, die sich in die Berge und Sümpfe gerettet hatten, sammelten sich leicht wieder zu neuen Angriffen. Ebenso dauerte in den anderen Provinzen der Krieg ununterbrochen fort; allein die einzelnen Thatsachen desselben, die Belagerungen und Eroberungen von Städten, das Zersprengtwerden und Wiederzusammenlaufen der Rebellen scharen, trugen doch nur das Gepräge eines großartigen Guerillakrieges: nach dem Fall von Luckno konnte über den Ausgang des Kampfes kein Zweifel mehr obwalten, und die Auszeichnungen, welche die Königin den hervorragenden Generalen verlieh, insbesondere die Erhebung Campbells zum Lord Clyde of Clydesdale, waren wohlverdient. Von den bedeutenderen Häuptern des Aufstandes verteidigte sich Nena Sahib lange

Nena Sahib.

in Gwalior; als im Juni 1858 Sir Hugh Rose diese Stadt und die Burg erstürmte, entfloh er und warf sich in die nördlichen Grenzdistrikte; über seinem Ausgang schwebt ein Dunkel; angeblich soll er in Nepal 1859 gestorben sein. Tantia Topih, von allen Führern der Empörung der ausdauerndste und fähigste, kämpfte bis in den April 1859 gegen die Engländer, wurde dann von einem Freunde verraten und durch ein Kriegsgericht zum Galgen verurteilt. Erbarmen kannten die Sieger nicht und durften sie nicht kennen; es galt nicht allein Frevel zu strafen, die zum Teil alle Vorstellung übertrafen, sondern es konnte auch der Wiederkehr ähnlicher Erhebungen nur durch rücksichtslose Strenge vorgebeugt werden; Gnade würde nur mißverstanden sein, und die Gefangenen selbst wußten sehr wohl, welches Schicksal sie verdient hatten. Zu Hunderten wurden sie vor die Kanonen gebunden und weggeblasen, wie der übliche Ausdruck lautete; nur denen, die keinen Teil an der Ermordung britischer Unterthanen gehabt, wurde Verzeihung versprochen, wenn sie vor dem 1. Januar 1859 die Waffen niederlegten. Je geringer die Aussichten auf Sieg im Laufe des Herbstes wurden, um so häufiger wurde von dieser Begnadigung Gebrauch gemacht, und wenn auch zu Anfang des Jahres 1859 noch zahlreiche bewaffnete Banden vorhanden waren, so war in weitaus den meisten Gegenden doch die Ruhe wiederhergestellt. Die Gefangennahme und Hinrichtung Tantia Topih's durfte als der Endpunkt des Krieges bezeichnet werden.

Tantia Topih.

Strafgerichte.

Die ostindische Kompagnie erlebte diesen Endpunkt nicht mehr. Schon vor dem Ausbruch der Empörung war in England wie in Indien eine kräftige Bewegung im Gange um dieses Kaufmannsregiment zu beseitigen; ohne die Rebellion würde aber doch wohl alles beim alten geblieben sein, da die Kompagnie-Privilegien erst 1853 mit einigen Beschränkungen erneuert waren. Doch hatte man sich diesmal nicht wie 1833 für zwanzig Jahre die Hände gebunden, sondern die Privilegien nur bis dahin verlängert, wo das Parlament andere Bestimmungen treffen werde, und so konnte jetzt die unerläßliche Reform sofort begonnen werden. Eine Verzögerung trat allerdings durch den Ministerwechsel ein, den das Orsinische Attentat im Gefolge hatte. Die indische Bill Palmerstons war kaum am 18. Februar 1858 mit beinahe 150 Stimmen Mehrheit durch die erste Lesung gegangen, als ihr Urheber zurücktreten mußte. Die Tories brachten dann eine neue, nicht sehr verschiedene Vorlage ein, und nachdem das Parlament diese im Juli angenommen hatte, legte das Direktorium der Kompagnie am 1. September 1858 seine Herrschaft nieder, und Lord Stanley übernahm als Minister für Indien die Verwaltung, unterstützt von einem Regierungsrate, der zum Teil aus den bisherigen Direktoren bestand. Zum Vizekönig des mächtigen Reiches wurde der bisherige General-Statthalter Lord Canning ernannt, der während des Aufstandes mit großer Umsicht und Mäßigung seines Amtes gewaltet hatte. Die Finanzen Indiens blieben von denen Englands gesondert, wurden aber den Beschlüssen des britischen Parlamentes

Aufhebung der ostindischen Kompagnie.

unterworfen. Sie waren schon vor 1857 ungünstig genug gewesen und durch die gewaltigen Kosten des Krieges vollends zerrüttet, so daß ihnen nur durch Anleihen und starke Zollerhöhungen aufgeholfen werden konnte. Trotz des Reichthums des Landes und des mächtigen Aufschwungs des Handels, dem durch die Erschließung von China und Japan, durch die Herstellung der Telegraphenverbindung mit England und durch die Eröffnung des Suezkanals neue Wege gewiesen wurden, wollte das Gleichgewicht im indischen Budget jahrelang nicht wiederkehren und Mißernten, die schwere Hungerstot im Gefolge hatten, verhinderten es, daß die Zerstörungen, welche die Empörung angerichtet hatte, so schnell überwunden wurden, wie man unter anderen Umständen wohl hätte erwarten können.

### Verwicklungen in Ost- und Mittelasien.

China. Gleichzeitig mit dem indischen Aufstande hatte England auch gegen China kämpfen müssen um dort die Durchführung der früher erlangten Zugeständnisse zu erzwingen. Der Hafen von Kanton, der nach dem Frieden von 1842 dem englischen Verkehr geöffnet werden sollte, war trotzdem geschlossen geblieben. Auch die Vereinigten Staaten, die 1843, und Frankreich, das 1844 einen Handelsvertrag mit China vereinbart, konnten gegen die Halsstarrigkeit der Chinesen nichts ausrichten. Schreckliche Bürgerkriege, die im Inneren des Reiches wütheten und ganze Provinzen von demselben losrissen, machten die Verhältnisse noch schwieriger. Im Süden des Landes war seit Anfang der fünfziger Jahre die Regierung in Peking ohne jede Macht; statt ihrer herrschte ein Abenteurer, Namens Hung-Siutsuen, der das Reich des Taiping, d. h. des großen Friedens, gestiftet hatte. Volksschullehrer seines Zeichens, hatte er durch den Missionar Gützlaff das Christentum kennen gelernt und diese Kenntnis zur Grundlage der wunderbarsten Lehren gemacht. Seine Götzenbilder warf er aus dem Hause, las die Bibel und verbreitete sie in seinem Stamme, ließ sich aber nicht etwa taufen, sondern erklärte, er sei selbst ein jüngerer Bruder Christi. Bald hatte er so bedeutenden Anhang gewonnen, daß er sich im Herbst 1851 in der Provinz Kuangsi als Kaiser ausrufen lassen konnte. Binnen einem Jahre fiel ihm fast das ganze Land südlich vom Yang-tse-kiang und östlich vom Tsekiang zu; den Gipfel der Macht erreichte er, als es ihm gelang am 19. März 1853 Nanking zu erobern. Über die genannten beiden Flüsse vorzudringen, vermochte er jedoch nicht, und ebenso blieben die Seestädte ihm lange verschlossen. Die Hoffnungen, die man in europäischen Kreisen anfangs auf diese Bewegung gesetzt hatte, verschwanden, sobald man sie genauer kennen lernte und sie des falschen christlichen Schimmers entkleidet wurde. Die traurigen Zustände in den Taiping-Provinzen, das jammervolle Bild der Verwüstung, das vor allem Nanking, die einst so reiche und blühende Stadt, bot, die Unmöglichkeit, irgend welche geordnete Handels-

Die Taipings.

Die europäi-  
schen Mächte.

beziehungen mit den Empörern anzuknüpfen, alles das würde schon längst das Einschreiten der Europäer herbeigeführt haben, wenn diese nicht mit der rechtmäßigen Regierung in ununterbrochenem Streite gelegen hätten. Eine Beleidigung der englischen Flagge im Hafen von Kanton brachte die Feindseligkeiten endlich im Oktober 1856 zum offenen Ausbruch. Kontre-Admiral Seymour bombardierte und erstürmte die Forts von Kanton und die Stadt selbst, und bohrte am 5. November 23 Kriegsschiffen in den Grund. Der Fremdenhaß der Chinesen schwoll dadurch noch mehr an. Sie scheuten sich nicht auch die Flagge der Vereinigten Staaten zu verletzen und die Faktoreien von Kanton in Brand zu stecken. Da nun Seymour zu wenig Truppen bei sich hatte um die sämtlichen Forts zu behaupten und der amerikanische Kommodore Armstrong sich damit begnügte einige Verschanzungen des Feindes zu zerstören, so äscherten die Engländer Anfang Januar 1857 einen Teil der Stadt ein, räumten die Festungswerke und beschränkten sich auf das eine Fort Teatotum. In der Heimat riefen diese Vorgänge große Aufregung hervor; je mehr das entschlossene Drauflosgehen Seymours, der übrigens auf die Weisungen Sir John Bowrings, des Statthalters von Hongkong, handelte, den Beifall Palmerstons hatte, umsoweniger waren die Tories und die Manchesterleute damit zufrieden, obgleich den letzteren Bowring, ein eifriger Schüler Benthams, sehr nahe stand. Im Oberhause trug die Regierung bei einem Mißtrauensvotum Lord Derbys den Sieg davon, im Unterhause aber brachte Cobden, von den unabhängigen Whigs und den Tories unterstützt, am 4. März eine Mehrheit von 16 Stimmen zusammen, die das Völkerrecht durch die Beschießung von Kanton für verletzt und die britische Ehre für gefährdet erklärte. Palmerston kannte die Nation jedoch zu gut um aus solch einem Anlaß zurückzutreten; er löste das Parlament auf und gewann nicht allein eine Mehrheit sondern hatte auch den Triumph, daß Cobden, Bright, Milner Gibson, kurz alle Führer der Manchesterpartei, unterlagen. Zur Wiederherstellung des Friedens wurde nun Lord Elgin nach China geschickt, zugleich aber für den Fall, daß die Fortsetzung des Krieges notwendig sein sollte, ein Bündnis mit Frankreich geschlossen. Elgin bemühte sich vergebens den Streit auf gütlichem Wege zu erledigen; er verhängte deshalb am 8. August 1857 die Blokade über den Fluß und Hafen von Kanton und nahm die Stadt, durch ein französisches Geschwader unter Rigault de Genouilly unterstützt, am 29. Dezember zum zweitenmale ein. Aber auch jetzt blieb die chinesische Regierung hartnäckig; weder die Einsetzung einer den Verbündeten verantwortlichen Verwaltung in Kanton noch die Unterstützung, welche die Bevollmächtigten Rußlands und der Vereinigten Staaten Putjatin und Reed den Vorstellungen Elgins und seines französischen Kollegen Baron Gros schenkten, erschütterte ihre Standhaftigkeit. Der Krieg mußte also weiter verfolgt werden: das verbündete Geschwader dampfte im Mai 1858 nordwärts und lief in die Mündung des Peiho ein, nachdem es die

Englisch-chinesischer Krieg.

Krisis in England.

Lord Elgin.

Frankreichs Teilnahme am Kriege.

Rußland und die Vereinigten Staaten.

Der Friede  
von Tientsin.

Forts von Taku, welche dieselbe beschützten, am 20. genommen hatte. Erst als die Flotte den Strom bis Tientsin hinaufgefahren war, entschloß sich der Kaiser Hienfong zum Frieden, und am 26. und 27. Juni 1858 kamen Verträge mit den Verbündeten, mit Rußland und der Union zum Abschluß, die allen das Recht Gesandtschaften nach Peking zu schicken einräumten, der christlichen Religion Schutz versprachen und England und Frankreich eine Kriegsentschädigung sicherten. Überdies wurden elf neue Häfen den verbündeten Flaggen eröffnet und die Schifffahrt auf dem Yang-tse-kiang freigegeben. Lord Elgin fuhr darauf mit seinem Geschwader den Strom hinauf bis Hankau und begab sich dann nach Japan um auch mit diesem Staate einen Handelsvertrag abzuschließen.

Die Franzosen  
in Cochinchina.

Der französischen Flotte war dagegen eine zweite kriegerische Thätigkeit zugewiesen. Wiederholte Christenmorde in dem Königreiche Annam und besonders neuerdings die Niedermetzlung des spanischen Bischofs Diaz von Tonkin veranlaßten Frankreich und Spanien zu einem gemeinsamen Feldzuge. Rigault de Genouilly dampfte also südwärts nach der Bucht des Turon und blockierte im September die an demselben liegende Hauptstadt von Annam, Hue. Anfang 1859 verlegte er aber seine Angriffe weiter nach Süden und eroberte am 17. Februar die Stadt Saigun, die zur französischen Flottenstation ausersehen war. Mehrere Heere, die zum Entsatz herankamen, wurden mit großen Verlusten zurückgeschlagen, und im Juni hat der König von Annam um Frieden. Durch die Schuld beider Teile zerschlugen sich aber wiederholte Unterhandlungen, und der Krieg dauerte, mehrfach unterbrochen, noch jahrelang fort. Die französische Regierung war sich selbst nicht völlig klar darüber, ob sie einen großen Teil des Landes sich abtreten lassen oder sich mit einigen Hafenstädten begnügen sollte. Erst 1866 erloschen die Feindseligkeiten, doch auch weiterhin war die neue Kolonie noch mannigfachen Gefahren ausgesetzt und gewährte Frankreich kaum einen anderen Vorteil als den einer Kohlenstation in diesen Gewässern.

Der zweite  
chinesische  
Krieg.

Das Verhältnis der europäischen Mächte zu China war durch den Frieden von Tientsin auch nur für kurze Zeit geordnet. Kaum waren die fremden Flotten fort, so gab sich in Peking wieder die alte Halsstarrigkeit kund. Die kaiserliche Bestätigung des Friedensvertrages blieb aus, und was noch bedenklicher war, die Forts am Peiho wurden wiederhergestellt. Ein kleines Geschwader, das unter dem Befehle des Admirals Hope mit den Gesandten Englands, Frankreichs und der Union an Bord am 24. Juni 1859 in den Fluß einfahren wollte, wurde von den Kanonen von Taku gewaltsam daran gehindert, und da China jede Genugthuung verweigerte, mußte der Krieg von neuem beginnen. Im April 1860 vereinigte sich ein ansehnliches Geschwader bei Shanghai und erzwang die Einfahrt in den Peiho. Diesmal war man entschlossen bis Peking selbst vorzudringen. Allerdings stellten sich in Tientsin wieder Friedensboten ein, aber ohne die Verhandlungen deshalb abzulehnen rückten die Verbündeten bis Lung-tschao, vier Meilen von Pe-

king, vor. Hier machten sie Halt und schlossen eine Waffenruhe. Allein die Chinesen brachen dieselbe am 18. September und zogen sich dadurch am 21. bei Palikao eine große Niederlage zu, die dem französischen Befehlshaber Cousin-Montauban den Titel eines Grafen von Palikao einbrachte. Der Eindruck dieses Sieges, den 7000 Europäer über 50 000 Chinesen davongetragen, und vielleicht noch mehr die Plünderung des prachtvollen kaiserlichen Sommerpalastes durch die Franzosen und seine Verbrennung durch die Engländer erschreckten den Kaiser im höchsten Maße. Er selbst floh nach Norden, der Prinz Kong, sein Stellvertreter, unterhandelte mit den Verbündeten, und im Oktober zogen Elgin und Gros, von je tausend Mann begleitet, in die Hauptstadt ein. Am 6. November 1860 wurde der Friede von den Chinesen amtlich veröffentlicht; er gewährte neben den früheren Zugeständnissen den Fremden freien Zutritt in alle chinesischen Städte, dazu eine neue Zahlung an Kriegskosten und das Recht Tientsin samt den Forts am Peiho besetzt zu halten. Kaiser Hienfong überlebte diese Demütigung nicht lange, sondern starb schon 1861, und da sein Sohn Kitfiang erst sechs Jahre alt war, so leitete Prinz Kong, der den Europäern freundlich war, die Regierung anfangs an der Spitze eines Regentschaftsrates, dann, da dieser ihm hinderlich in den Weg trat, nach einem glücklichen Staatsstreich im November 1861 unter dem Beirat von Männern, die ihm treu ergeben waren. Daß seine Politik China zum Vorteil gereichte, bewies alsbald die Unterstützung, welche die Europäer ihm bei der Unterdrückung der Taipings leisteten. Diese begingen die Unklugheit durch Einnahme von Ningpo und Shanghai sich selbst mit den Engländern und Franzosen in Streit zu bringen. Zu der Befreiung der beiden Hafenstädte wirkten die Truppen der Verbündeten unmittelbar mit; für die weitere Fortsetzung des Krieges gestatteten dieselben hervorragenden Offizieren, Sberard Osborne, Coligny u. a., denen sich auch der Amerikaner Ward anschloß, in chinesischen Diensten Fremdenlegionen zu bilden, mit deren Hilfe die Taipings immer mehr zurückgedrängt wurden, bis der Fall ihrer Hauptstadt Nanjing am 19. Juli 1864 ihre völlige Niederlage besiegelte.

Auch andere europäische Staaten zogen aus der veränderten Richtung der chinesischen Politik ihren Vorteil. Die junge preussische Flotte erschien in den ostasiatischen Gewässern, und Graf Eulenburg schloß als außerordentlicher Gesandter am 2. September 1861 einen Handelsvertrag mit China; Spanien, Portugal, Belgien, Dänemark folgten in den nächsten Jahren. Daß auch in Japan gleichzeitig eine den Europäern freundliche Strömung zur Herrschaft kam und die chinesischen Verträge daher durch japanesische ergänzt werden konnten, erhöhte den Wert beider. Den ersten Vertrag mit Japan schlossen die Vereinigten Staaten durch den Kommodore Perry schon am 31. März 1854 ab; er gab ihnen aber noch kein weiteres Recht als in den Häfen Hakodadi auf Jesso und Simoda auf Nipon Holz, Wasser und Proviant für ihre Schiffe einzunehmen und Konsuln zu ernennen. Schon 1856 und 57

Schlacht von  
Palikao.Friedens-  
schluß.

Prinz Kong.

Besiegung der  
Taipings.Die preussische  
Flotte in Ost-  
asien.Japanesische  
Handelsver-  
träge.

Rückschlag in  
Japan.

Ausbruch der  
Feindselig-  
keiten.

Neue Verträge.

folgten dann aber weitergehende Verträge mit Holland und Rußland, 1858 auch mit den Vereinigten Staaten, durch die der freie Handel in Nangasaki, Kanagawa und Hakodadi gestattet wurde, Häfen, denen in den nächsten Jahren Yokohama und andere hinzugefügt wurden. Lord Elgin und Baron Gros erwarben 1858 die gleichen Rechte für England und Frankreich, Graf Eulenburg am 24. Januar 1861 für Preußen und den Zollverein. Dann aber trat ein Rückschlag in Japan ein, der durch die Anhänger des Alten herbeigeführt wurde. Diese fanden sich hauptsächlich unter den Daimios, dem hohen Adel des Landes, dessen Zustimmung der Taikun, selbst ein Daimio, der thatächlich statt des Mikado, des wahren Souveräns, die Regierung führte und daher von den Europäern als der weltliche Herrscher von Japan bezeichnet zu werden pflegte, bei seinen Maßnahmen bedurfte. Im Fall, daß zwischen dem Taikun und den Daimios keine Einigung erzielt werden konnte, stand dem Mikado, der für gewöhnlich nur geistliche Funktionen auszuüben hatte, die Entscheidung zu. Seinem Spruche konnte sich der Taikun nicht entziehen und kündete den europäischen Mächten durch ein Rundschreiben vom 1. Mai 1861 an, daß er sich durch die Wirkungen der Verträge sehr enttäuscht finde. Die Lebensmittel würden im Lande von Tag zu Tage teurer, das Volk verarme und es sei sogar eine Revolution zu fürchten; die Häfen, deren Eröffnung versprochen sei, müßten daher einstweilen geschlossen bleiben und auf neue Verträge einzugehen sei die Regierung außer stande. Die europäischen Mächte ließen sich infolgedessen einen fünfjährigen Aufschub gefallen, aber gewaltsame Ausbrüche der Mißstimmung des Volkes blieben doch nicht aus. Schon Anfang 1861 war ein Dolmetscher des amerikanischen Gesandten ermordet worden, im Juli wurden zwei Engländer im Hause der Gesandtschaft schwer verwundet, im September 1862 ein anderer von dem Gefolge eines Daimios getötet und im folgenden Februar wieder die Wohnung des Gesandten überfallen. Für alle diese Gewaltthaten sagte der Taikun Genugthuung zu und bekundete auch durch eine Gesandtschaft, die 1862 nach Europa reiste, seinen guten Willen; aber er mußte doch der Volksstimmung Rechnung tragen und sich zur Erfüllung der europäischen Forderungen wenigstens dem Anscheine nach zwingen lassen, auch im Frühjahr 1863 von neuem den Gesandten anzeigen, daß der Mikado die Aufhebung der Verträge und die Ausweisung der Fremden befehle; sie möchten also durch ihre Flotten in den verschiedenen Häfen für die Sicherheit ihrer Landsleute selbst sorgen. Daß die Warnung guten Grund hatte, lehrten die Ereignisse sehr bald. Zwei der mächtigsten Daimios, die von Nagato und Satsuma, wagten es amerikanische, französische und holländische Dampfer anzugreifen. Die Antwort darauf war das Bombardement von Simonosaki durch französische und von Kagosima durch englische Kriegsschiffe im Juli und August 1863. Die Mehrzahl der Daimios wurde dadurch eingeschüchtert und auch der Mikado gab seinen Widerspruch auf. Eine neue Gesandtschaft wurde nach

Europa geschickt um die Feindseligkeiten beizulegen und womöglich auch die Fremden auf gütlichem Wege zur Verzichtleistung auf einen Teil ihrer Rechte zu veranlassen. Als diese Bemühungen scheiterten, schlossen die Gesandten am 24. Juni 1864 auch ohne das einen neuen Vertrag mit Frankreich ab, und der Taikun gestattete einer französisch-englisch-holländischen Flotte den Daimio von Nagato, der seine feindliche Haltung beibehielt, zum Gehorsam zu zwingen. Bei der Ankunft des Geschwaders im September 1864 zog der unruhige Fürst es vor sich scheinbar zu fügen; wirklich beseitigt war aber sein und seiner Genossen Widerstand nicht, und die Stellung des Taikun blieb nach wie vor eine sehr schwierige. Die Mittel, deren er sich bediente um gegen eine Empörung gewaffnet zu sein, die Einübung seines Heeres durch europäische Offiziere und die Einführung europäischer Sitten und Einrichtungen, waren sehr gefährlich, weil sie ihm die Gemüter des Volkes immer mehr entfremdeten. Auch die Haltung des englischen Gesandten, der die feindliche Partei durch Entgegenkommen versöhnen wollte und sogar bei dem Fürsten von Satsuma als Gast weilte, untergrub seine Macht, indem sie den Glauben zerstörte, daß die Fremden ihn in jedem Falle unterstützen würden. So griff denn endlich im Jahre 1866 der Daimio von Nagato mit vielen Verbündeten in offener Empörung zu den Waffen, und ein Bürgerkrieg begann, der durch den Tod des Taikun im September nur für kurze Zeit unterbrochen wurde. Denn sein regelrecht gewählter Nachfolger, Stotsbaschi, konnte keine andere Politik verfolgen als sein Vorgänger, und der Angriff der Daimios war auch keineswegs bloß gegen die Person des Taikun gerichtet, sondern gegen das Taikunat selbst. Stotsbaschi fühlte sich bald außer stande seinen Gegnern zu widerstehen und entschloß sich auf sein Amt zu verzichten. Sofort begann unter den Daimios eine große Bewegung in dem Sinne, daß für den abdankenden ein neuer Taikun überhaupt nicht gewählt, sondern der Mikado wieder als einziger Herrscher anerkannt werden solle. Sie traten in einer Art von Parlament zusammen, gaben ihre Besitzungen, natürlich unter der voraus zugesicherten Bedingung sie wiederzuerhalten, in die Hände des kaum zwanzigjährigen Mikado zurück und vollzogen so, im September 1869, eine großartige Revolution, mit der auch die europäischen Mächte einverstanden sein konnten, da sie die Verhältnisse des Inselreiches wesentlich vereinfachte und der Fremdenhaß so sehr zurückgedrängt war, daß der Mikado selbst die Hauptstadt Jeddo dem freien Verkehr am 1. Januar 1869 öffnete und den fremden Kaufleuten einen bestimmten Stadtteil zum Wohnsitz anwies. Auf einen Rückschlag mußte man sich freilich immer noch gefaßt machen, aber die langsame Einwirkung europäischer Sitten, die Reisen vieler Japanesen nach Europa und Amerika, ihr eifriges Studium der dort herrschenden Kultur und die steigende Bedeutung und Verallgemeinerung der Handelsbeziehungen eröffneten doch die Aussicht, daß auch diese Gefahr von Jahr zu Jahr mehr schwinden werde.

Empörung  
der Daimios.

Sturz des  
Taikunats.

Rußlands  
Politik in  
Ostasien.

Erwerbung  
des Amur-  
gebietes.

In dem Verhältnis zu Japan und China hatte sich Rußland im allgemeinen auf einer Linie mit den Westmächten und den Vereinigten Staaten gehalten und bis auf einige Landabtretungen keine besonderen Ansprüche für sich erhoben. Von Japan ließ es sich 1875 den südlichen Teil der Insel Sachalin mit bedeutenden Kohlenbergwerken abtreten, wogegen es seinerseits auf die Kurilen verzichtete; von China hatte es schon 1858 das Gebiet des Amur erworben. Ohne die Bedrängnis, in der sich die Peking Regierung damals durch den Krieg mit England und Frankreich befand, würde es dem General Murawiew, den dafür der Titel Amurski schmückte, wohl nicht so leicht geworden sein diese wichtige Vergrößerung des russischen Reiches zu erlangen. Der Vertrag vom 28. Mai 1858 bestimmte, daß von der Mündung der Schilka bis zu der des Ussur in den Amur dieser Fluß die Grenze bilden sollte, während weiter stromabwärts auch auf dem südlichen Ufer und an der Meeresküste ein großer Landstrich abgetreten wurde, den ein zweiter Vertrag vom 14. November 1860 noch um ein neues Stück (bis 42° 50' N. B.) vergrößerte.

Rußlands  
Politik in  
Mittelasien.

Vordringen  
gegen Kokand.

Khiva.

Bokhara.

In diesen Gegenden erregte das Vordringen der Russen auch bei den Engländern keine Besorgnis; anders aber stand es mit den ungleich größeren Erwerbungen, die das Zarenreich in der Richtung auf Afghanistan machte. Seit der mißglückten Expedition, die Perowski 1839 gegen Khiva unternommen hatte, lenkte Rußland sein Augenmerk vorzugsweise auf das östlichste und schwächste der turanischen Khanate, auf Kokand. Um dorthin vorzudringen brauchten die Heere nicht wie gegen Khiva ungeheure Wüsten zu durchmessen, sondern konnten dem Laufe des Syr Darja folgen; der Besitz von Kokand aber eröffnete wieder westwärts bequeme Straßen nach der Bucharei und nach Khiva. Als Vorbereitungen zum Kriege gegen Kokand diente die Einverleibung der Kirgisensteppe mit ihren 3 Millionen Bewohnern, die Gründung des Forts Aralsk an der Mündung des Syr Darja und die Erbauung einer kleinen Flotte am Aralsee. Als diese Einleitungen 1852 beendet waren begann der Angriff, und das Fort Perowski, einige Tagemärsche stromaufwärts vom Fort Aralsk, war die erste Beute, die den Kokandern abgenommen wurde. Selbst während des Krimkrieges wurden diese Operationen fortgesetzt und auch auf Khiva ausgedehnt, als es sich zum Schutze Kokands einmischen wollte. Ein Vertrag von 1854 gab den Russen auf zwanzig Jahre das Recht eine Besatzung nach Urgendsch, am Südufer des Aralsees, zu legen. Auch Mozaffer, der Khan der Bucharei, mischte sich ein. Er benutzte die Bedrängnis Kokands um es anzugreifen und zur Anerkennung seiner Lehnsheer zu zwingen. Nichts konnte Rußland erwünschter sein. Eine Note Gortschakoffs vom 21. November 1864 setzte den Engländern sehr gründlich und unbefangenen einander, daß die wahre Grenzlinie Rußlands in diesen Gegenden von dem Issikul über die Stadt Tschemkend an den Syr Darja führe, daß diese zur Verteidigung notwendig sei, darüber hinauszugehen aber den

eigenen Interessen Rußlands widerstreiten würde. Allein kaum war man dieser Linie sicher, so änderte sich die Meinung der russischen Staatsmänner; schon 1865 überschritt der General Tschernajeff auch jene Grenze, nahm die südlich davon gelegene Stadt Taschkend und schuf eine neue russische Provinz Turkestan. Als er dann seinem Gegner Mozaffer gegenüber einige Schlappen erlitt, wurde er abberufen, und seine Nachfolger, Romanowski und Kaufmann, verfolgten die betretene Bahn mit noch größerem Nachdruck. Ein großer Sieg bei Jedschar, den 3600 Russen über 40 000 Feinde errangen, öffnete ihnen den Weg nach Rhodschend und Samarkand, das sie am 20. Juni 1866 eroberten. Vergebens hatte Mozaffer sich mit Bitten um Hilfe nach Kalkutta und Konstantinopel gewandt; da er allein den Russen nicht gewachsen war und endlich sogar General Kaufmann sein Hauptquartier eroberte, fügte er sich in einen Frieden, der das eroberte Gebiet in den Händen Rußlands ließ, die Erbauung einer Straße nach Bokhara zusicherte und die Zölle für russische Waren auf 3% herabsetzte, während die englischen 40% bezahlten. Damit schien ein gewisser Stillstand in dem Vorrücken nach Süden wirklich eingetreten zu sein; Rußland half dem Khan von Bokhara eine Empörung seines ältesten Sohnes unterdrücken und bezwang 1870 einige Vasallenfürsten, die von Mozaffer abgefallen waren, beidemale ohne für sich eine Erweiterung der Grenzen zu fordern. Ja, als der Khan von Khiwa dem Zaren, gerade vor Ablauf des zwanzigjährigen Khiwa. Vertrages von 1854, durch die Gefangennahme einiger seiner Unterthanen den Vorwand zu einem neuen Kriegszuge gab und beim Friedensschluß (1873) auf die Ostküste des Kaspisees bis an die persische Grenze und auf das rechte Ufer des Amu Darja verzichten mußte, überließ Rußland sogar einen Teil dieses letzteren Gebietes an Bokhara.

Fast unthätig sah England dem Vorrücken seines asiatischen Rivalen gegen Indien zu. Der alte Glaube an einen Zusammenstoß der beiden Mächte in Afghanistan war im Lauf der Jahre sehr erschüttert worden und galt trotz der düsteren Warnungsrufe, die Urquharts Nachfolger, unter ihnen besonders der ungarische Reisende Vambéry, ausstießen, nicht mehr als unantastbares Dogma. Man verkannte auch in England nicht, daß Rußlands Grenzerweiterungen noch von einem höheren Interesse geboten seien als von dem Durste nach Eroberung und Macht, daß die russischen Waffen zugleich der Wissenschaft und der Gesittung, dem Handel und dem Christentume die Wege bereiteten. Überdies widersprach es der friedlichen Strömung, die das englische Volk seit dem Beginn der sechziger Jahre unverkennbar beherrschte, eine doch mindestens zweifelhafte Gefahr, die im Schoße der Zukunft ruhen konnte, durch die zweifellosen Mühen, Sorgen und Kosten eines augenblicklichen Krieges zu beseitigen. Man begnügte sich daher in London und Kalkutta damit Persien, Afghanistan und das Reich von Kaschgar und Sarkand für die englische Sache zu gewinnen, auch das freilich nur mit geringem Erfolg. Insbesondere Jakob Kuschbegi, der Beherrscher des letztgenannten Kaschgar.

Staates, der seit 1864 die weiten Gebiete zwischen dem Thian-Schan und Kien-Lün von China losgerissen und sich unterworfen hatte, erklärte ganz offen, daß er vor dem waffenmächtigen und kriegsbereiten Zaren weit mehr Respekt habe als vor der friedfertigen Königin von England; er schlug das britische Bündnis aus und verband sich mit Rußland.

**Afghanistan.** In Afghanistan war der Einfluß der Engländer solange gut begründet, wie ihr früherer Feind Dost Mahomet lebte; unbeirrt hielt der alternde Fürst zu England, seit Sir John Lawrence mit ihm 1854 und 1857 Verträge abgeschlossen hatte, die seine und seiner Erben Herrschaft in Afghanistan verbürgten; auch der indische Aufstand brachte ihn nicht ins Wanken. Vor seinem Ende wünschte er sich noch Herat zu unterwerfen und kam auch noch eben ans Ziel; aber am Tage, nachdem die Stadt gefallen war, starb er im Jahre 1863. In den Fehden, die darauf zwischen seinen Söhnen ausbrachen, spielten die Engländer nicht die beste Rolle. Nach den Verträgen hätten sie dem ältesten Sohne Schir Ali beistehen müssen; weil aber ein jüngerer, Afzul Khan, anfangs vom Glück begünstigt war, so verhielten sie sich unthätig und empfahlen eine Teilung. Afzuls Schicksal wendete sich jedoch bald, er wurde ermordet; Schir Ali half sich selbst aus der Not und besiegte auch seine anderen Gegner. Jetzt waren die Engländer gern bereit ihn zu unterstützen, schickten ihm Waffen und versprachen ihm ein jährliches Geschenk von 120 000 Pfund. Schir Ali ging darauf ein und schloß im März 1869 persönlich mit dem Vizekönig von Indien, Lord Mayo, in Umballah einen Vertrag ab, durch den er sich mit England verbündete. Dessen Bemühungen waren nun unausgesetzt darauf gerichtet ihm durch Verträge mit Rußland eine gesicherte Nordgrenze zu schaffen. Zu mehr als allgemein gehaltenen Verabredungen kam es aber nicht, weil man in Petersburg die Möglichkeit einige der beanspruchten Grenzdistrikte selbst zu erwerben nicht aufgeben wollte; man einigte sich wohl über den Grundsatz eine neutrale Zone zwischen dem beiderseitigen Machtgebiete zu schaffen; aber alle Anläufe diesen Grundsatz thatsächlich zu verwirklichen scheiterten, und währenddessen schob Rußland ununterbrochen seine Grenzlinien weiter gegen Süden vor.

Englisch-rußische Verhandlungen.

### Rußland nach dem Krimkriege.

Rußlands europäische Politik.

Die inneren Verhältnisse Rußlands hatten seit dem Krimkriege tiefgreifende Veränderungen erlitten. Kaiser Alexanders fester Vorsatz war es sich in keine europäischen Verwicklungen einzulassen, solange nicht die Wunden des Krieges vollständig ausgeheilt und die Versäumnisse nachgeholt waren, deren sich Nikolaus in seiner langen Regierung und besonders in den letzten Jahren schuldig gemacht hatte. Rußland schmollt nicht, es sammelt seine Kräfte — La Russie ne boude pas, elle se recueille, mit diesen Worten kündigte Fürst Gortschakoff, der im April 1856 an Messelrodos Stelle das auswärtige Amt übernahm, den

fremden Mächten diesen Entschluß an. Damit stand die Ausdehnung der russischen Macht in Asien nicht im Widerspruch, weil ernstere Verwicklungen dabei leicht vermieden werden konnten. In Europa wäre das nicht möglich gewesen, und deshalb enthielt sich Gortschakoff hier jedes selbständigen Schrittes und suchte nur durch Zugeständnisse und Höflichkeiten die guten Beziehungen zu Frankreich immer mehr zu befestigen. Die Zusammenkunft, die Alexander im Herbst 1857 mit Napoleon in Stuttgart hatte, war eine von diesen Höflichkeiten, und zu guten Diensten auf diplomatischem Felde gab es Gelegenheit genug in solchen Fragen, bei denen Rußland nicht unmittelbar beteiligt war. Dafür zeigte sich Frankreich dann in allem, was den Orient betraf, dankbar und wirkte in engem Einverständnis mit dem Petersburger Kabinett.

Daß Alexanders friedliche Haltung keineswegs den Verzicht auf die Eroberungspläne bedeutete, die seit anderthalb Jahrhunderten den roten Faden der russischen Politik gebildet hatten, dessen machte er gar kein Geheimniß; gleich in der Anrede an sein Volk, die er bei seiner Thronbesteigung veröffentlichte, sprach er das ja unumwunden aus. Aber er hatte erkannt, daß seinem Reiche die Kräfte ausgehen würden, wenn es bei seinem schnellen äußeren Wachstum nicht durch innere Reformen gefestiget werde, und sein friedliebender Charakter erleichterte es ihm sehr diese Politik einzuschlagen. Sein ganzes Wesen erinnerte weit stärker an seinen Oheim Alexander I. als an seinen Vater Nikolaus. Eine weiche, heftigen Erregungen durchaus abholde Natur, war ihm die Anlehnung an starke Charaktere ein inneres Bedürfnis. Wo er einen solchen Halt einmal gefunden hatte, sei es im Kreise seiner gekrönten Bettern, sei es in dem seiner Diener, da hielt er mit großer Beständigkeit daran fest; in dieser Hinsicht war er seinem Oheim unzweifelhaft weit überlegen. Ohne Hast und Leidenschaft verfolgte er die Pläne, die er sich einmal vorgesteckt; besondere Wärme für ihre Ausführung verriet er äußerlich nur selten; im Gegentheil hätte die kaltgleichgültige Haltung, die er in der Regel zeigte, oft auf vollständige Teilnahmslosigkeit schließen lassen können. In Wahrheit aber bewies er große Konsequenz in dem, was er einmal begonnen; wo er eine Schwenkung in seinen Regierungsmaßregeln vornahm, geschah es gewiß erst, nachdem die Männer, welche ihn bisda geleitet, vollkommen die Zeit und Gelegenheit gehabt hatten ihren Weg zu gehen, und nicht früher als bis sich die Unmöglichkeit dieses Weges unzweideutig herausgestellt hatte. Der aufgeregten Stimmung des Tages war er wenig zugänglich; aber Vorteil aus ihr zu ziehen, sie zu lenken und auszubeuten, überhaupt die Gunst des Augenblickes zu benutzen verstand er sehr wohl. Vielleicht war es mehr das Verdienst seiner Ratgeber als sein eigenes solche Momente rechtzeitig auszuspähen; jedenfalls wußte der Kaiser das zu würdigen und ließ nicht durch Unentschlossenheit die günstige Gelegenheit wieder entschwinden. Auch Vorurteile und berechtigten Groll zu unterdrücken erwies er sich in wichtigen Fragen als fähig; den hartnäckigen Haß seines Vaters

Alexander II.

kannte er nicht. Allen seinen Reformen lag augenscheinlich nicht allein kluge Berechnung, sondern ebenso sehr menschliches Wohlwollen zu Grunde, und wenn die Durchführung dieser Reformen in der That für Rußland zu einer Lebensfrage geworden war, so konnte es sich Glück dazu wünschen, daß in diesem wichtigen Zeitpunkte gerade dieser Kaiser auf dem Throne saß.

Neue Männer.

Unmöglich konnte sich Alexander bei seinen Plänen der Männer bedienen, die seinen Vater beraten hatten; dennoch trennte er sich von ihnen nicht eher, als bis die Sachlage es gebot. Den wichtigsten Posten hatte seit 1848 Fürst Alexis Orloff bekleidet, der Vorstand der kaiserlichen Kanzlei, Abteilung drei, d. h. der Geheimpolizei. Sein Einfluß war so groß gewesen, daß man die übrigen Minister, etwa den des Krieges ausgenommen, einfach als seine Untergebenen betrachtete. Die Erziehung Bibikoffs, der das Innere, und Kleinmichels, der die Bauten unter sich gehabt hatte, durch Lanskoj und Tschewkin machte daher auch nur geringen Eindruck. Aber als Orloff seinen Platz räumen mußte und der wohlwollende, wenn auch unbedeutende Dolgoruki an seine Stelle trat, begrüßte lauter Jubel diese Maßregel als den entscheidenden

Die Presse.

Umschwung. Ein ganz neuer Geist schien in das öffentliche Leben zu fahren und vor allem in der Presse einen Ausdruck zu suchen. Mit äußerster Strenge hatte Nikolaus diese unterdrückt; seine Zensur ließ nicht allein in Rußland keine Kritik aufkommen, sondern erstickte erfolgreich auch die Stimme des Auslandes; nicht der zehnte Teil der fremden Blätter, die den Einlaß suchten, fand ihn; alle bedeutenderen Bücher wurden grundsätzlich ausgeschlossen, und da ein Paß zur Reise ins Ausland 500 Silberrubel für ein Jahr kostete, so war auch die Möglichkeit sich persönlich über die öffentliche Meinung Europas zu belehren nur wenigen gegönnt. Jetzt schwand die hohe Steuer, die auf die Überschreitung der Grenze gelegt war, es schwand der Druck, der auf der Presse ruhte. So groß war die Zahl der neuen Zeitschriften, daß von 1858—60 gegen 80 wieder eingehen mußten, obgleich ihnen die größte Teilnahme entgegenkam. Weitauß die meisten dieser Blätter huldigten dem fortgeschrittensten Liberalismus, und mit den Schriftstellern wetteiferten die Zensoren an Freisinnigkeit. Wenn es trotzdem Übelstände genug gab, die kein russisches Blatt berühren durfte, so war doch dafür gesorgt, daß auch diese nicht ungesagt blieben. In London, später in Genf erschien nämlich seit 1855 eine Zeitung unter dem Titel Kolokol (die Glocke), deren Herausgeber, der Flüchtling Alex. Herzen, in der rätselhaftesten Weise sich von den geheimsten Dingen Kenntnis zu verschaffen und ebenso auf niemals aufgeklärten Wegen sein Blatt in Tausenden von Abdrücken durch

Parteien.

Rußland zu verbreiten wußte. Die einheimische Presse und mit ihr der einheimische Liberalismus spaltete sich in zwei sich allmählich sondernde Gruppen. Während die eine sich mit westeuropäischer Kultur zu durchdringen suchte und daher den Beinamen der Sapadniki, d. h. der Westlichen, erhielt, legte die andere den Hauptnachdruck auf die russische

Nationalität und wurde daher gewöhnlich als die der Slawenfreunde bezeichnet. In des Kaisers Gunst stand zunächst die erste am höchsten; ihr Führer war der Bruder des Zaren, Großfürst Konstantin, und nicht selten bezeichnete man sie nach ihm als die der Konstantinowzen. Mehr oder minder entschieden gehörten ihr einige der bedeutendsten Minister an, so Gortschakoff und vor allem Walujeff, der anfangs die Domänen und seit 1861 das Innere verwaltete, ein Mann, der schon zu Nikolaus' Lebzeiten, als er noch in untergeordneter Stellung in Livland lebte, durch seine schonungslosen amtlichen Denkschriften über die Branntweinpacht, die Leibeigenschaft und andere Gegenstände Freimut und Scharfblick bekundet hatte. Die Slawenfreunde hatten ihren Hauptsitz in Moskau; auch sie zählten in ihren Reihen vortreffliche Schriftsteller, wie Aksakoff oder Katkoff, und bedeutende Staatsmänner wie die Brüder Miljutin. In den Anfängen der Regierung Alexanders standen sie den Sapadniki noch nicht so feindlich gegenüber wie später; die Lösung der starren Bande, in die Nikolaus alles geschlagen hatte, war beiden Parteien gleich erwünscht. Die Entsetzung betrügerischer Beamten, die Unterdrückung des Spioniersystems, die Befreiung der Universitäten von den Einschränkungen, die ihnen auferlegt waren, die Begnadigung der Unglücklichen, die seit dem Dekabristenaufstande oder der polnischen Revolution in Sibirien schmachteten, die Erbauung von Eisenbahnen, der Nikolaus sich hartnäckig widersetzt hatte, die Verminderung des Heeres, der Erlaß der Rekrutierung für vier Jahre, die Niederschlagung der Steuerrückstände im Belauf von 24 Millionen Rubel, alles das waren Maßregeln, denen der junge Liberalismus jeder Färbung zujauchzte und die den Namen des Kaisers im ganzen Reiche, ja in ganz Europa populär machten.

Aber einschneidender als alle diese Reformen war der große Entschluß, den Kaiser Alexander faßte, die 23 Millionen Leibeigener seines Reiches zu befreien. Der Einsicht, daß dieser Schritt endlich einmal geschehen müsse, hatte sich selbst Nikolaus nicht entzogen. Dreimal, 1826, 1836 und 1839, hatte er Ausschüsse niedergesetzt um die Frage zu prüfen, alle dreimal war er vor der Ausführung zurückgebebt. Aber noch auf dem Totenbette, so erzählte man, war er zu diesen Ideen zurückgekehrt und hatte sie dem Thronfolger warm empfohlen. Alexander war denn auch entschlossen Ernst damit zu machen. Unter dem Adel war das Gerücht verbreitet, ein geheimer Artikel des Pariser Friedens verpflichte ihn dazu, und der Gouverneur von Moskau bat insolgedessen den Kaiser bei seiner Anwesenheit im August 1856 um beruhigende Versicherungen. Alexander erklärte darauf, er habe zwar nicht die Absicht schon jetzt die Sache in die Hand zu nehmen; aber lange könne die Leibeigenschaft nicht mehr bestehen und es sei besser, daß sie von oben her, als daß sie von unten abgeschafft werde. Er schloß mit der Bitte an den versammelten Adel über diese Sache nachzudenken.

In demselben Sinne äußerte er sich bei seiner Krönung im September

Reformen.

Aufhebung  
der Leibeigen-  
schaft.

1856 auch gegen die Adelsmarschälle der übrigen Provinzen und trug ihnen auf in ihren Kreisen dafür zu wirken. Ein geheimer Ausschuß, den er in Petersburg niederlegte und in dem sein Bruder Konstantin bald eine bedeutende Rolle spielte, sollte die ersten Vorbereitungen treffen. Die Unlust, mit welcher die meisten Mitglieder desselben an die schwierige und opfervolle Aufgabe herantraten, lähmte dessen Thätigkeit jedoch sehr und die Bedingungen, über die man sich endlich einigte, waren engherzig genug. Alles Landeigentum, mit Ausnahme der Uçadba, d. h. des kleinen Gärtchens, des Hauses und der Stallung, die jeder Bauer innehatte, sollte im Besitze des Edelherrn bleiben; die Uçadba sollte der Bauer binnen zehn Jahren abverdienen und erst nach Ablauf dieser Frist sollte die Befreiung eintreten. Selbst diese Bedingungen konnten indes nicht auf den Beifall des Adels rechnen, die Zustimmungserklärungen, auf die der Zar gehofft hatte, blieben aus, und als endlich im November 1857 der Gouverneur von Litauen eine solche einsandte, da war sie gefälscht, und niemand war mehr überrascht als der litauische Adel, als ihm ein kaiserliches Schreiben den Dank des Monarchen für die bewiesene Bereitwilligkeit aussprach und ihn anwies einen besonderen Ausschuß zu bilden und mit der Ausarbeitung von detaillierten Entwürfen zu beauftragen. Abschriften dieses Erlasses wurden an alle Adelsmarschälle des Kaiserreichs geschickt um durch gelinden Druck die Bewegung in Gang zu bringen; der Petersburger Adel erhielt unmittelbar vom Kaiser die Aufforderung zur Bildung eines Ausschusses zu schreiten. In den Grundlagen der Befreiung waren inzwischen bereits einige Änderungen als unerlässlich erkannt, insbesondere die Notwendigkeit den Bauern außer ihrer Uçadba noch so viel Land zu geben, wie zu ihrem Unterhalt erforderlich war. Dadurch wurde es dem Adel noch schwerer sich dem kaiserlichen Auftrage zu fügen, und ein Jahr beinahe verging, ehe die Ausschüsse in allen Provinzen ins Leben traten. Auch machte sich in vielen derselben eine große Verbitterung Luft, und nur durch Gewalt und Drohung konnte mancher Heißsporn zur Gefügigkeit gezwungen werden. Erst im März 1859 trafen die letzten Entwürfe in Petersburg ein, und das gesamte Material wurde nun vom Kaiser einem Ausschuß überwiesen, an dessen Spitze der überaus thätige Generaladjutant Rostowzoff stand und zu dessen Mitgliedern Tscherkaski, Miljutin und andere bedeutende Männer gehörten. Bei der Ausarbeitung des Gesetzes sollte dieser Ausschuß sich der Mitwirkung von Abgeordneten bedienen, die aus allen Gouvernements nach Petersburg berufen wurden. Dieses Zugeständnis genügte dem Adel jedoch nicht. Selbst unter denen, welche die Befreiung billigten, waren viele, die eine Entschädigung nicht in Geld oder Geldeswert, sondern in politischen Rechten dafür verlangten. Es lag auf der Hand, daß die Macht des Adels in ebendem Grade gemindert wie die des Kaisers gesteigert wurde. Alle die Millionen, welche bisher den Edelmann als ihren Herrn betrachtet hatten, traten fortan in die gleichberechtigte unmittelbare Unterordnung unter den

Kaiser und konnten von der Krone gegen den Adel verwendet werden; die schwachen Bollwerke, die dem Absolutismus des Zaren bisher noch von der Aristokratie entgegengesetzt waren, wurden eingerissen. Es schien nicht mehr als billig, daß der letzteren dafür eine größere Mitwirkung an der Regierung gestattet werde; in welchem Umfange, darüber gingen die Wünsche auseinander, aber man sprach selbst von einer parlamentarischen Verfassung und wollte jedenfalls die Leibeigenen nicht aus der Hand lassen ohne vorher des Preises sicher zu sein. Dem widersetzte sich der Kaiser auf das entschiedenste und die Wortführer dieser Richtung bekamen seinen Unwillen zu fühlen; er war entschlossen die beiden Fragen völlig auseinanderzuhalten, und als die Abgeordneten nach ungnädigem Abschiede in ihre Heimat zurückgekehrt, von ihren Standesgenossen in augenfälliger Weise geehrt und in ihren Forderungen unterstützt wurden, mehrten sich die Verweise und die Strafen. Auch in dem engeren Kreise des Ausschusses platzten die Gegensätze noch scharf aufeinander, so daß der Kaiser, der es doch auch mit dem Adel nicht ganz verderben wollte, den Großfürsten in Folge einiger überscharfen Äußerungen beurlaubte und auf Reisen schickte. Die Länge der Frist, binnen welcher die Bauern ihren Landbesitz erwerben sollten, der Umfang desselben und die Frage, ob die alte russische Einrichtung des Gemeindebesitzes beibehalten werden solle, waren die hauptsächlichsten Streitpunkte. Für den letzten Vorschlag erwärmten sich besonders die Slawenfreunde, deren Wortführer Miljutin war. Wenn nicht der einzelne Bauer das Besitzrecht an seinem einzelnen Hofe erwarb, sondern statt dessen die ganze Gemeinde das Besitzrecht an sämtlichen Höfen, so war damit ebensosehr eine eigentümliche Entwicklung des russischen Lebens im Gegensatz zum westeuropäischen gesichert, wie ein bedeutender Schritt zur Ausführung der kommunistischen Ideen gethan, die in den Köpfen der slawischen Partei spukten. Den Sieg errang diese aber nicht. Nach langen Verhandlungen, die sich in tiefes Dunkel hüllten, trat die Entscheidung endlich in dem Gesetz vom 3. März 1861 ans Licht. Es steckte eine Frist von zwei Jahren für die Durchführung der neuen Maßregel und ordnete in jedem Bezirke die Wahl von Friedensrichtern an, welche die etwa ausbrechenden Streitigkeiten schlichten sollten. Den Bauern wurde außer ihrer *Uçadba* ein bestimmtes Maß von Landeigentum zugesprochen, das sie allmählich abverdienen sollten; die gutscherrliche Polizei ward aufgehoben und die Bauernhöfe zu Gemeinden zusammengelegt. Daß eine so gewaltige Änderung nicht ohne heftige Zuckungen vor sich gehen werde, verhehlte sich der Kaiser selbst nicht; auch die Befürchtung, daß der Bauer seine Freiheit mißbrauchen und durch Faulheit und Leichtsinne dem Wohlstande des Landes neue schwere Wunden schlagen werde, klang durch die ermunternden Worte, mit denen Alexander die Veröffentlichung des Gesetzes begleitete, vernehmlich hindurch. Die aufrührerischen Bewegungen, zu denen es besonders östlich der Wolga wirklich kam, wurden schnell genug unterdrückt; selbst die 10 000 Bauern, die sich um den Anton

Bauern-  
unruhen.

Petrow scharten um diesen, der sich für den vom Adel aus Petersburg vertriebenen Zaren ausgab, auf den Thron zurückzuführen waren in wenigen Tagen zersprengt. Aber die Unlust zur Arbeit und die Verschwendung des überschüssigen Ertrages der Felder, die man für die nächste Zeit befürchten mußte, trat wirklich ein, und ihre schlimmen Folgen machten sich in bösen Hungerjahren bemerklich.

Aufschwung  
der Demo-  
kratie.

Dazu kam als eine noch bedenklichere und nicht so klar vorausgesehene Wirkung der Aufschwung des demokratischen Geistes, der, in Rußland bisher fast unbekannt, eine ganz unerwartete Macht gewann und den Wunsch des Adels seine eigene politische Stellung zu verstärken als durchaus gerechtfertigt erscheinen ließ. In der gebildeten Jugend erwachte nach diesem einen großen Fortschritte ein ungezügelter Drang nach völlig umstürzenden Neuerungen. Die maßvolle Reform, welche dem Kaiser vorschwebte, fand in diesen Kreisen gar kein Verständnis. Für sie war das einzige Orakel Herzens Kolokol, der um so leichter alle Köpfe beherrschen konnte, als sein Name von der russischen Presse nicht genannt werden durfte und seine Lehren und Forderungen also auch nicht öffentlich bekämpft werden konnten. So bemächtigte sich der sozialdemokratische Gedanke, den Herzen vertrat, im Fluge der Gebildeten und vor allem der studentischen Jugend; ungestüm verlangten sie danach ihn auch im Volke zu verbreiten und in Flugblättern, Vorlesungen, Sonntagsschulen wurde den ungebildeten Klassen, die kaum aus dem Zustande der Unfreiheit heraustraten, das sozialistische Evangelium verkündet. Darüber mußten auch die aufrichtig Liberalen unter den Sapadniki stutzig werden und der Zar selbst hielt es für geboten wenigstens auf dem Gebiete des Universitätswesens mit der Erteilung neuer Freiheiten innezuhalten. Unglücklicherweise übertrug er nun aber die Leitung dieses Zweiges der Verwaltung dem dazu gänzlich ungeeigneten Admiral Putjatin, der durch schroffes Dreinfahren und gewaltsame Unterdrückung die Studenten wieder zur Ordnung zu bringen gedachte. Statt dessen reizte er sie dadurch im Herbst 1861, während der Zar in der Krim weilte, zu Straßenaufmärschen und hitzigen Kundgebungen, die in Petersburg, Moskau, Charkow und Kiew tagelang anhielten und sich des unverhohlenen Beifalls und der Unterstützung der Bevölkerung erfreuten. So weit zu gehen war Alexanders Wille nicht gewesen; Putjatin mußte zurücktreten und wurde durch Golownin ersetzt, einen genauen Freund Walujeffs; auch Miljutin wurde als Kriegsminister in den Rat der Krone berufen, und von Reutern, der Finanzminister, Seleny, der Minister für die Domänen, die gleichzeitig mit ihm Anfang 1862 ins Amt traten, waren ebenfalls liberalgesinnte Männer. In allen Zweigen der Verwaltung wurden die Reformen daher rüstig wiederaufgenommen, allerdings nicht überall mit gleichem Glück. Aus dem Justizministerium erging eine neue Gerichtsverfassung nach westeuropäischem Muster mit Geschworenen und Friedensrichtern und lebte sich trotz zahlreicher erheblicher Mängel schnell ein, teils wegen des populären Rufes, dessen sie sich im voraus erfreute,

Studenten-  
unruhen.

Neue Refor-  
men.

teils weil sie wenigstens einem Übelstande der bisherigen Justiz, der Langsamkeit, wirksam abhalf. Der neue Finanzminister erschöpfte seinen Scharfsinn zwar in vielen vergeblichen Mitteln die Geldblage des Reiches zu bessern, aber er konnte doch auch nicht unwesentliche Fortschritte anbahnen. Zum erstenmale ließ er durch die Zeitungen den Voranschlag des Staatshaushaltes veröffentlichen und traf Vorkehrungen, daß Staatsgelder fortan nicht mehr wie bisher eingenommen und ausgegeben werden konnten, ohne daß das Finanzministerium etwas davon erfuhr; zahlreiche Mißstände, besonders die ganz gewöhnlichen Gehaltsauszahlungen für unbefetzte Ämter, wurden dadurch abgestellt und dem Staate so Millionen erspart. Dazu kamen Reformen wie die Umwandlung der Brauntweinpacht in eine Steuer, die Verbesserung der Zollverwaltung und die Beschränkung der Staatsindustrie durch den Verkauf von Domänen, Bergwerken und Eisenbahnen, so daß allmählich Einnahmen und Ausgaben sich ungefähr deckten und nach einem Jahrzehnt zum erstenmale gar ein kleiner Überschuß veranschlagt werden konnte.

Auch im Heerwesen wurden bedeutende Neuerungen durch Miljutin Das Heer. angebahnt. Auf diesem Gebiete machte sich die Aufhebung der Leibeigenschaft sehr stark bemerklich. Bisher war der Eintritt in das Heer eine Anwartschaft auf die Befreiung gewesen; weil man aber den Adel nicht durch zu häufige Rekrutierungen schädigen durfte, hatte die Dienstzeit 25 Jahre gedauert. Von einer Reserve konnte bei diesem System nicht die Rede sein; ein großer Teil der Soldaten war schon vor Ablauf der 25 Jahre im Grunde völlig unbrauchbar geworden. Miljutin setzte nun die Dienstzeit auf sieben Jahre herab und vermehrte die Zahl der Bataillone auf 664, in Kriegszeiten jedes zu 1000 Mann, im Frieden aber nur halb oder ein Drittel so stark. Ferner sorgte er für eine gründliche Umgestaltung der Offiziersschulen, führte eine bessere Verpflegung ein, hob die körperliche Züchtigung auf, milderte überhaupt die Strenge der Disziplin und erreichte dadurch nach allen Seiten hin die besten Resultate; beispielsweise sank die Sterblichkeit im Heere binnen weniger Jahre von 66 auf 20 Promille. An Gegnern fehlte es ihm, dem Demokraten, der sich von unten heraufgearbeitet hatte, nicht; aber da er der Hauptführer der Slawenfreunde war und diese bald in den unbestrittenen Besitz der Regierung gelangten, so hielt er allen Stürmen erfolgreich stand und konnte sein großes Werk vollkommen durchführen.

Alles in allem genommen unterlag es keinem Zweifel, daß Rußland Fortdauernde Gärung. in dem halben Jahrzehnt, das zwischen dem Pariser Frieden und der Befreiung der Bauern lag, in der „Sammlung seiner Kräfte“ schon tüchtige Fortschritte gemacht hatte und in jedem Jahre neue machte. Daß es trotzdem zu einer kräftigen Politik nach außen auch jetzt noch nicht imstande war, lag wesentlich an den inneren Gärungen, die statt abzunehmen wuchsen. Die Widersetzlichkeit des Adels und sein immer bestimmteres Verlangen nach neuen Rechten war weniger bedenklich als die unklaren sozialdemokratischen Bestrebungen, die in die Massen ge-

schleudert wurden. Räthselhafte Feuersbrünste, die besonders im Mai 1862 Petersburg in unheimliche Aufregung versetzten, ließen die dunklen Absichten ahnen, die im Hintergrunde schlummerten. Mit der Unterstützung einiger demokratischer Blätter, der Schließung verschiedener Klubs, der Verbannung verdächtiger Schriftsteller war doch gegen diese Gefahren nur wenig auszurichten; viel mehr ward schon dadurch gewonnen, daß in dem slawischen Lager eine konservative Gegenströmung aufkam, indem Katkoff, der Hauptvorkämpfer in der Presse, sich mit Erlaubnis der Regierung entschloß Herzen und seine Grundsätze offen anzugreifen. Man erkannte, freilich spät genug, daß das Versteckenspielen die Gefahr nur vergrößere, und der Erfolg lehrte, daß wirklich in dem Geheimnis eine Hauptstärke des Kolokol gelegen hatte. Sobald es gestattet war in den Zeitungen von ihm zu sprechen und gegen ihn zu kämpfen, war auch seine Alleinherrschaft in der öffentlichen Meinung gebrochen. Viel wirksamer war allerdings noch die Ablenkung, welche der Nationalgeist durch den polnischen Aufstand erfuhr. Alexander selbst und die Konstantinowzen waren von den besten Absichten gegen die Polen und überhaupt gegen die nichtrussischen Bewohner des Reiches, die Deutschen in den Ostseeprovinzen, die Finnen u. s. f. erfüllt. Es war für die Slawenfreunde ein Hauptlagepunkt, daß in Riga, Warschau und Helsingfors weit liberaler regiert werde als in Petersburg und Moskau. In den Ostseeprovinzen hatte der treffliche Suwaroff in einer dreizehnjährigen Verwaltung und ebenso seit 1861 sein Nachfolger, Baron Lieven, eine gleichmäßige, den deutschen Interessen freundliche Gesinnung bewahrt; in Finland geschahen sogar einleitende Schritte zur Einberufung der Stände, die seit 50 Jahren nicht versammelt worden waren; es schien als solle die vertragmäßige Selbständigkeit des Großfürstentums, die von Nikolaus schnöde mißachtet worden war, wieder ins Leben gerufen werden. <sup>Polen.</sup> Vollends gegen die Polen war durch Alexander von vornherein ein ungleich milderer Ton als der bisher übliche angeschlagen worden. Er hatte gleich in den ersten Jahren seiner Regierung umfassende Begnadigungen vorgenommen und bei seiner ersten Anwesenheit in Warschau, im Mai 1856, vor Träumereien gewarnt und Vergessen des Vergangenen versprochen wie empfohlen. Diese Sprache war nicht ganz wirkungslos geblieben. Ohne Zweifel war auf der polnischen Seite die Zahl derer, die aufrichtig eine Versöhnung wollten, nur sehr klein; aber diese kleine Zahl bestand aus einflußreichen Mitgliedern des Adels und hatte an ihrer Spitze einen Führer von klarem Geiste und kühnem Willen, den stolzen Marquis Wielopolski. <sup>Wielopolski.</sup> Die erste Aufwartung, die er dem Zaren machte, charakterisierte den Mann. Der Hofmarschall war in Verlegenheit, wo er dem seltsamen Gaste bei der großen Audienz den Platz anweisen sollte; da ersparte ihm Wielopolski die Mühe, indem er sagte, er werde ihn selbst sich suchen, und sich dann entschlossen unter die Gesandten der fremden Mächte stellte. Als Alexander ihn darauf freundlich aufforderte die Vorschläge, die er wegen Polens machen wollte, den

Konservative  
Gegenströ-  
mung.

Die Ostsee-  
provinzen und  
Finland.

Ministern zu übergeben, erklärte er sich dazu bereit, obgleich die Archive dieser Herren als die „Gräber der guten Ideen“ bekannt seien; und wenigstens insoweit bekam er recht, als Jahre vergingen ehe seine Anträge hinlänglich verarbeitet waren um durch den kaiserlichen Ukas vom 26. März 1861 ins Leben gerufen zu werden. Diese Zwischenzeit aber war von den polnischen Hefern, besonders von den Sendlingen Mieroslawskis und anderer Verbannten, tüchtig ausgenutzt um das Mißtrauen der Bevölkerung zu nähren und Wielopolskis Absichten als verräterisch zu brandmarken. Auch allerlei kleine Unruhen hatten sie in Warschau anzustiften gewußt, so zuerst am 30. Jahrestage der Revolution von 1830 und dann in den letzten Februartagen 1861. Von der Geistlichkeit begünstigt, führten sie eine Fahne mit dem polnischen weißen Adler in feierlicher Prozession herum und verleiteten dadurch das leicht erregbare Volk zu so feurigen Kundgebungen für die Unabhängigkeit Polens, daß es die Aufforderung der Behörden sich zu zerstreuen mißachtete und mehrere Opfer tot auf dem Plage ließ. Von diesen Vorgängen nahmen einige angesehenere Bewohner Warschaus, der Erzbischof an der Spitze, Anlaß eine Adresse an den Kaiser zu richten, in der sie das herrschende Regierungssystem hart verdammt und die unverlierbaren Rechte der Nationalität für ihr Vaterland in Anspruch nahmen. Alexander antwortete darauf zwar in sehr schroffem Tone, ließ aber dieser Antwort fast unmittelbar den erwähnten Ukas folgen, durch den er einen polnischen Staatsrat ins Leben rief und die Anordnung traf, daß die Provinzial-, Kreis- und Stadträte künftig aus Wahlen hervorgehen sollten; zugleich wurde Wielopolski in die Regierung berufen und mit der Leitung der Unterrichts- und Kirchensachen betraut. Der gute Eindruck, der durch diese Maßnahmen hätte erzielt werden können, wurde durch die nationale Partei mittels neuer Unruhen vollkommen vernichtet. Daß der Statthalter, Fürst Gortschakoff, und der Marquis Wielopolski darauf mit der Auflösung des landwirtschaftlichen Vereines antworteten, weil dieser unter der Leitung des Fürsten Zamoycki der Mittelpunkt der politischen Hefereien geworden sei, erweiterte die Kluft noch mehr; die Geistlichkeit stellte sich immer entschiedener auf die Seite der Nationalen und der Erzbischof lehnte es geradezu ab einen beruhigenden Hirtenbrief zu erlassen. Kaum eine Woche verging von da an, in der es nicht zu Aufständen gekommen wäre, die nicht selten mit Blutvergießen endeten. Die Wahlen zu den Kreis- und Stadträten mußten unter diesen Umständen vertagt werden, selbst die Verhängung des Belagerungszustandes über das ganze Königreich ward für nötig erachtet und Wielopolski erkannte, daß seine Absichten vereitelt seien, ehe sie nur begonnen hatten ins Leben zu treten. Er schied aus der Regierung wieder aus und blieb nur im Staatsrat. Inzwischen stritten die Parteien in Petersburg eifrig um den Einfluß auf Alexander. Die Sapadniki, vor allem Großfürst Konstantin, waren für Wielopolskis Absichten eingenommen und schoben das Mißlingen darauf, daß die Warschauer Regierung nicht

Unruhen in  
Warschau.

Bersöhnliche  
Schritte des  
Kaisers.

Wachsende  
Unzufrieden-  
heit.

Die Parteien  
in Petersburg.

standhaft genug auf dem betretenen Wege verharret sei. Etwas wahres lag ohne Zweifel in dieser Behauptung; schon äußerlich betrachtet mußte es als durchaus ungünstig erscheinen, daß in dem einen Jahre 1861 hintereinander Fürst Gortschakoff, General Suchozanet, Graf Lambert und General Lüders die Statthalterwürde bekleidet hatten; von einer gleichmäßigen folgerichtigen Politik hatte da nicht die Rede sein können. Wielopolski und die, welche mit ihm an die Möglichkeit einer Versöhnung glaubten, durften das Recht beanspruchen, daß man ihre Ideen nicht früher als unausführbar beiseite werfe, als bis ein ernstlicher, aufrichtiger und ausdauernder Versuch mit ihnen gemacht sei. Das sah Alexander ein, und um diesen Männern wirklich freie Bahn zu geben ernannte er seinen Bruder Konstantin am 11. Juni 1862 zum Statthalter von Polen und übertrug dem Marquis die ganze Civilverwaltung des Landes. Es war Ernst mit diesem Versuche und deshalb konnten die entmutigenden Anzeichen, unter denen er begonnen wurde, die Befolgung desselben nicht hemmen. Am wenigsten schreckte es den beherzten Großfürsten und den für seine Pläne begeisterten Marquis, daß das revolutionäre Gesindel von Warschau innerhalb der nächsten zwei Monate vier Mordanfälle zustande brachte, zuerst auf den bisherigen Statthalter General Lüders, dann auf Konstantin selbst und zwar gleich am Tage nach seiner Ankunft, endlich zweimal binnen acht Tagen auf Wielopolski. Viel bedenklicher war es, daß der polnische Adel nichts zur Erleichterung ihrer Stellung beitrug, daß die Zugeständnisse an den Katholizismus, die Besetzung aller fünf Gouverneurstellen mit polnischen Edelleuten, die völlige Umgestaltung der Verwaltungseinrichtungen von dem Grafen Zamoycki und einer großen Adelsversammlung in echt-polnischer Begehrlichkeit und Verblendung mit der Forderung beantwortet wurden, daß alle Provinzen, die einst zur polnischen Republik gehört, zuvor wieder mit dem Königreiche vereinigt würden. Entweder sprach aus solchem Verlangen die vollendete Unfähigkeit sich auf das politisch Erreichbare zu beschränken, oder der böswillige Wunsch dem wohlgemeinten Vorhaben Steine in den Weg zu werfen. Daß der Adel von Podolien und Litauen die erste Gelegenheit, wo er sich versammelte, ergriff um auch seinerseits die Wiedervereinigung mit Polen zu fordern, legte die Befürchtung einer planmäßigen Durchkreuzung der Versöhnungspolitik nur noch näher. Es war, als sollten die besten Freunde, die Polen in Rußland hatte, gewaltsam zu feindlichen Maßregeln gedrängt werden. Daß Zamoycki zur Verantwortung nach Petersburg geladen und auf drei Jahre ins Ausland geschickt wurde, daß der Kaiser die Adelsversammlungen auflösen und ihre Adressen abweisen ließ, war gewiß keine übertriebene Härte. Die begonnenen Reformen wurden ruhig fortgesetzt und der Kriegszustand fast im ganzen Lande aufgehoben. Aber eine Lehre glaubten der Großfürst und Wielopolski allerdings aus diesen Vorgängen ziehen zu müssen: die, daß es für die Erreichung ihrer Pläne von größter Wichtigkeit sei die schlimmsten Hezer auf möglichst vor-

Großfürst  
Konstantin  
und Wielo-  
polski.

Unversöhnlich-  
keit der Polen.

sichtige Weise unschädlich zu machen. Den Abel konnte man, wie Zamojski, auf Reisen schicken; mit den jungen demokratischen Heißspornen ging das nicht. Für sie mußten andere Wege ausfindig gemacht werden, und als der bequemste erschien der, eine neue Rekrutierung anzuordnen und diese gefährlichen Elemente ins Heer zu stecken.

### Das Nationalitätsprinzip und der Orient.

Die Folgen dieses Entschlusses werden uns erst später beschäftigen. Was die Rekrutierung selbst anlangte, so lag in den augenblicklichen politischen Verhältnissen zwar kein Grund für sie vor, aber da seit sechs Jahren keine Aushebung mehr stattgefunden hatte, konnte man sie doch auch weder verfrüht nennen, noch brauchte man sie als ein Vorzeichen kriegerischer Absichten zu betrachten. Eigentümlich war es freilich, daß der kaiserliche Befehl, welcher sie anordnete, gerade am 20. September 1862 erging, das heißt an dem Tage, an welchem der Zar in Nowgorod mit seinem Volke das tausendjährige Bestehen des russischen Reiches feierte. Lag in diesem Zusammentreffen die Ankündigung verborgen, daß Rußlands Heer berufen sei die Gedanken zu verwirklichen, welche dem Feste von Nowgorod den höheren Schwung gaben, die Gedanken nicht an die Vergangenheit, sondern an die Zukunft, eine Zukunft, welche alle slawischen Völker vereinigen sollte? Dieser Gedanke des Panlawismus lebte unzweifelhaft in Rußland; die ganze junge Generation hing ihm an; die Presse der Slawenfreunde predigte ihn so unverhohlen, wie es die Rücksicht auf Oesterreich, dessen Zerstückelung seiner Verwirklichung hätte voraufgehen müssen, nur irgend zuließ. Und nun erteilte der Zar selbst gar an diesem Jubelfeste des Slawentums Orden und Auszeichnungen an die hervorragendsten Slawen der österreichischen Monarchie. Er bezeichnete sie dadurch gleichsam als Teilnehmer an diesem Feste, als Genossen der großen Familie, deren Haupt er selber sei. Selbst auf die Vorgänge in Polen mußte diese Handlungsweise ein neues Licht werfen. Die bisherige Lage dieses slawischen Landes konnte die übrigen Bruderstämme nicht eben für die Vereinigung mit Rußland begeistern. Vielleicht gelang es Wielopolski jetzt einen Zustand zu schaffen, der als lockendes Vorbild für die Verbindung Galiziens und der übrigen österreichisch-slawischen Provinzen mit dem Zarenreiche dienen konnte. Die Verwirklichung des großen Traumes brauchte deshalb keine Aufgabe des nächsten Tages zu sein. Sie bedurfte ohne Zweifel noch vieler Vorbereitungen. Aber daß auf der anderen Seite auch schon viel geschehen war, daß die Ereignisse der letzten Jahre dem Panlawismus vorgearbeitet hatten, das lag offen vor aller Augen. Die Kluft, die zwischen Petersburg und Wien sich aufgethan, das gute Einvernehmen, in dem der Zar mit Preußen und Frankreich stand, vor allem die schweren Schläge, die Oesterreich erlitten hatte, alles das berechtigte zu weitgehenden Hoffnungen. Oesterreichs Ruin war ein Gewinn, war fast schon

Der Panlawismus.

Oesterreichs  
Gefährdung.

ein Sieg für den Panlawismus. Und dieser Ruin schien unaufhaltsam hereinzubrechen. Ungarn war und blieb widerspenstig und unversöhnlich, in Deutschland garte und brodelte es, und Herr von Bismarck, der am Tage vor der Nowgoroder Feier in Berlin eintraf um die Leitung der Staatsgeschäfte zu übernehmen, war der erklärte Feind Österreichs, der erklärte Freund Rußlands. Vollends nun gar in Italien hatten die großartigsten Umwälzungen sich vollzogen und der Herrschaft Österreichs, der mittelbaren wie der unmittelbaren, ein Ende gemacht. Von allen Seiten war der Kaiserstaat bedroht; sein schlimmster Feind, der nationale Gedanke, war in ganz Europa das Lösungswort des Tages; sollte dieser Gedanke nicht auch für das Slaventum sich verwirklichen lassen? Das waren die Ideen, die in Rußland lebten, die eben so eifrig wie unkritisch genährt wurden, über denen man leichtsinnig es vergaß oder verbarg, daß in Polen gerade das Nationalitätsprinzip sich gegen den Panlawismus wehrte und daß nur die größte Unwissenheit es wagen konnte, Russen und Polen und Tschechen und Kroaten in demselben Sinne als Volksgenossen zu bezeichnen wie Sardinier und Neapolitaner oder wie Preußen und Bayern, Württemberger und Hannoveraner.

Das Nationalitätsprinzip und der Panlawismus.

Napoleon und das Nationalitätsprinzip.

Aber mochte dieser Panlawismus auch eine Verirrung sein, er war jedenfalls eine Verirrung, die in der geistigen Strömung der Zeit ihren Ursprung hatte. Mehr und mehr war seit dem Ende des Krimkrieges der Druck gehoben, der länger als ein halbes Jahrzehnt schwer auf den Völkern Europas lastete. Nur diesem Drucke war es gelungen die aufstrebenden nationalen Bewegungen, die der Erdteil 1848 gesehen, niederzuhalten: sie zu ersticken war ihm nicht gelungen, und sowie der Druck nachließ, traten sie wieder hervor. Der einflußreichste Machthaber in ganz Europa, der Kaiser Napoleon selbst, war es, der ihnen dabei hilfreiche Hand leistete, der diese verpönten Bestrebungen, dieses geächtete Nationalitätsprinzip, als erster in die Kreise der entsetzten Diplomatie einzuführen wagte. Weit entfernt davon den großen Zukunftsgedanken um seiner selbst willen zu fördern bezweckte er damit allerdings nur die eigene Macht zu erhöhen und seinen Namen mit neuem Glanze zu umgeben. Aber mochten seine Beweggründe sein, welche sie wollten, mochten die Geister, die er wachrief, ihm selbst bald zu gewaltig werden und schließlich mehr als etwas sonst zu seinem Sturze beitragen, jetzt, wo er auf der Höhe seiner Macht stand, gab es keinen zweiten, der mit gleicher Kraft das Zauberwort sprechen und den nationalen Bestrebungen jenen politischen Rückhalt bieten konnte, ohne den sie vielleicht noch lange in dem Zustande der Vorbereitung hätten verharren müssen. Daß der Kaiser dies that, daß er sich zum Wortführer der unterdrückten Nationalitäten aufwarf, geschah vornehmlich um Italiens willen und war teils Folge des Orsinischen Mordversuches, teils Frucht der unermüdblichen Anstrengungen des Grafen Cavour. Aber mit seiner gewöhnlichen Vorsicht und Zurückhaltung gab Napoleon das Lösungswort nicht

sogleich in Bezug auf Italien aus; er wollte zunächst die Diplomatie an den übelberufenen Klang, den das Nationalitätsprinzip in ihren Ohren hatte, gewöhnen, und so war es denn eine ziemlich untergeordnete Frage, bei der er es zum erstenmal versuchsweise als leitenden Grundgedanken ausspielte, die Frage der Donaufürstentümer.

Der Pariser Friede hatte über die künftige Gestaltung dieser Länder nur allgemeine Grundzüge festgestellt, die insbesondere die Frage, wie weit eine Vereinigung der Moldau und Walachei zugestanden werden sollte, unentschieden ließen. Die Türkei und Österreich, denen sich England anschloß, wollten von dieser Vereinigung nichts wissen, Rußland und Frankreich, und in ihrem Gefolge Preußen und Sardinien, begünstigten sie. Nun erlosch im Juli 1856 die siebenjährige Amtszeit der beiden Hospodaren, die 1849 auf Grund des Vertrages von Balta Liman eingesetzt waren, und die Verwaltung der Länder ging einstweilen an Statthalter (Kaimakame) über, welche die Pforte ernannte, den Demetrius Ghika in der Walachei und den Nikolaus Bogorides in der Moldau. Deren nächste Aufgabe war es in Gemäßheit eines großherrlichen Fermans vom 7. Januar 1857 die Wahlen zu den Divans auszusprechen, welche Vorschläge über die künftige Gestaltung der beiden Länder machen sollten. Schon vor den Wahlen zeigte sich in der Moldau eine lebhaftere Bewegung gegen die Vereinigung, und die Wahlen selbst fielen dementsprechend aus. Frankreich aber und die ihm folgenden Mächte erklärten, dieses Ergebnis sei durch Mißachtung des Fermans künstlich erzielt, verlangten in Konstantinopel Bogorides' Abberufung und die Erneuerung der Wahlhandlung, und erzwangen diese Forderung im August 1857 durch den Abbruch des diplomatischen Verkehrs. In der That kam nun ein Divan zustande, der mit 82 gegen 2 Stimmen am 19. Oktober 1857 die Vereinigung mit der Walachei forderte und für den erblichen Thron des neuen Staates, der den Namen Rumänien führen und für neutral erklärt werden sollte, einen europäischen Prinzen wünschte: Forderungen, denen der walachische Divan sich zwei Tage später einstimmig anschloß. Die Pforte erhob sogleich nachdrückliche Einsprache und beeilte sich Anfang 1858 die Divans aufzulösen, sobald sie ihre Vorschläge der Gesandtenkonferenz in Konstantinopel übergeben hatten. Napoleon beantwortete diesen Schritt durch eine von ihm veranlaßte Schrift „Napoleon III. und die rumänische Frage“, die entschieden für die Rechte der neuen „rumänischen“ Nationalität eintrat. In den Augen der Pforte und Österreichs war diese Begründung gewiß die schlechteste, die es geben konnte; denn wenn sie zugelassen wurde, so hatten auch die Rumänen in Siebenbürgen ein Recht sich dem neuen Staate anzuschließen, so durften auch die Serben für die Wiederherstellung ihres altserbischen Reiches den Beistand der Mächte anrufen. Der Entscheid der Pariser Konferenz, welche die Frage zu lösen hatte, fiel denn auch nicht so günstig aus, wie die Rumänen im Vertrauen auf Napoleons Geneigtheit wohl gehofft hatten. Unter dem Namen der Vereinigten Fürstentümer der

Die Donau-  
fürstentümer.

Napoleon III.  
und die rumä-  
nische Frage.

Moldau und Walachei sollte das Land zwar in Fokschani einen gemeinsamen höchsten Gerichtshof und einen aus 16 Mitgliedern bestehenden ständigen Ausschuss, eine Art von Staatsrat, erhalten, aber jedes Fürstentum sollte seinen eigenen Hospodaren und seine eigene Landesvertretung wählen, und die Abhängigkeit von der Pforte samt der Tributpflichtigkeit (der Tribut betrug 4 Millionen Piaster, d. h. etwa  $1\frac{1}{4}$  Mill. Mark) wurden ausdrücklich von neuem anerkannt. Indessen die Rumänen wußten doch, über die Zugeständnisse der Mächte hinaus, ihre Wünsche durchzusetzen. Nachdem die Moldau am 29. Januar 1859 den Obersten Alexander Kusa zum Hospodaren gewählt hatte, erfor die walachische Landesversammlung 14 Tage später denselben Mann zu ihrem Fürsten. Frankreich und Rußland waren damit sehr zufrieden; die übrigen Mächte befanden sich in großer Verlegenheit. Osterreich, das an der Schwelle eines großen Krieges stand, mußte die Sache gehen lassen, England wollte sich um einen so geringen Preis nicht mit Frankreich überwerfen. So ließen sie denn die Pforte im Stich und erkannten am 6. September 1859 für die Lebenszeit Kusas, der als Alexander Johann I., Fürst von Rumänien proklamiert wurde, die Vereinigung an; der Sultan mußte sich damit begnügen, daß der Hospodar persönlich die Bestätigung in Konstantinopel einholte, und Anfang 1862 konnte der neue Staat „Rumänien“, nachdem Ende 1861 die Anerkennung Kusas durch die Pforte erfolgt war, in pomphaften Proklamationen den Völkern Europas vorgestellt werden.

Dieses Vorbild ging begreiflicherweise für die übrigen christlichen Unterthanen der Pforte nicht verloren; am stärksten mußte es auf die benachbarten Serben wirken. Aus ihren Befreiungskämpfen in den Jahren 1804—15 hatten diese in ihr politisches Leben Parteiungen mit hinüber genommen, die weit mehr persönlicher als sachlicher Art waren. Ihr erster Führer im Aufstand wider die Türken, Karageorg, der schwarze Georg, hatte 1813 nach vielen Unglücksfällen das Land verlassen müssen, und der Ruhm der Befreiung war daher seinem Nachfolger, dem Milosch Obrenowitsch, zugefallen, den die Pforte freilich erst nach dem Frieden von Adrianopel als Fürsten anerkannte. Bis 1839 behauptete dieser sich in der Herrschaft, zum Teil durch die härtesten Mittel, wie durch die Ermordung Karageorgs, der 1816 nach Serbien zurückgekehrt war. Eine ernstliche Bewegung, die gegen ihn 1835 ins Werk gesetzt wurde, veranlaßte ihn zwar eine Verfassung zu geben, durch die er sich selbst Schranken zog. Aber da weder Rußland und Osterreich noch die Pforte dieselbe billigten, trat sie nicht ins Leben, und die Gegner des Fürsten, sein Bruder Sephrem und seine früheren Anhänger Wutschitsch und Protitsch, mußten ins Ausland fliehen. Dennoch war Milosch nur scheinbar Sieger geblieben. Auch der Sultan wünschte seine Macht zu beschränken und sandte ihm im Einverständnis mit seinen Gegnern eine Verfassung zu, durch welche fast alle Gewalt in die Hände eines unabhgbaren, aus 17 Mitgliedern bestehenden Senats gelegt wurde. Obendrein wurden nun in diesen Männer wie Sephrem und Wutschitsch

Die Wahl  
Kusas.

Serbien.

gewählt, während alle Freunde des Fürsten durchfielen. Das trieb ihn dazu eine Bauernbewegung gegen diese Neuerungen anzuzetteln. Aber Wutschitsch schlug dieselbe schnell nieder und zwang, nach Belgrad zurückgekehrt, am 13. Juni 1839 den Milosch zu Gunsten seines Sohnes Michael der Herrschaft zu entfagen und über die Grenze zu gehen. Michael wurde von der Pforte bereitwillig anerkannt; aber das Land kam dadurch nicht zur Ruhe, denn nun gerieten die Führer der Bewegung unter sich in Streit, und Wutschitsch mußte unter türkischem Schutz aus dem Lande entweichen. Den eindringlichen Vorstellungen des Sultans gelang es freilich bald ihm die Rückkehr zu erwirken; aber nun arbeitete er nur um so eifriger daran seine Gegner, besonders Jephrem und Protitsch, zu beseitigen. Schon 1842 griff er wieder zu den Waffen und Michael sah sich bald so vollständig verlassen, daß er Ende August nach dem österreichischen Semlin entfloß. Eine von Wutschitsch berufene Skuptschina erwählte darauf den 1806 geborenen Sohn Karageorgs, Alexander, zum Fürsten und der Sultan bestätigte ihn. Dagegen erhob dann freilich Rußland, lebhaft von Osterreich unterstützt, Einspruch; aber weil es nicht verkannte, daß die Wiedereinsetzung Michaels undurchführbar sei, begnügte es sich damit, daß Karageorgewitsch sich einer Neuwahl unterzog, Wutschitsch aber für einige Zeit das Land verließ. Die folgenden Jahre verstrichen ohne erhebliche Ereignisse; auch die eifrige Beteiligung der Serben an dem Kampfe ihrer österreichischen Landsleute gegen die Ungarn blieb ohne dauernde Nachwirkung. Während des Krimkrieges hielt Karageorgewitsch sich neutral, jedoch mit stets wachsender Annäherung an den österreichischen Standpunkt, obwohl die Stimmung im Volke entschieden russenfreundlich war. Teils dadurch, teils durch den Umstand, daß er jahrelang die Skuptschina nicht berufen hatte, erregte er große Mißstimmung gegen sich, die durch die günstigen Bestimmungen des Pariser Friedens keineswegs beseitigt wurde. Es kam soweit, daß im Schoße des unabsehbaren Senates eine Verschwörung gegen den Fürsten entstand, welcher er durch schnelle Verhaftung und Verurteilung der Teilnehmer die Spitze abbrechen suchte (Okt. 1857). Als aber die Pforte dieses Verfahren für ungesetzlich erklärte, wagte er nicht derselben zu trotzen, setzte die zur Abdankung gezwungenen Senatoren wieder ein und berief den alten Wutschitsch und den als Gegner Osterreichs bekannten, europäisch gebildeten Garaschanin in das Ministerium. Diese trafen sofort, von Rußland der Pforte zum Troß begünstigt, die Einleitungen zur Wahl einer Skuptschina, die am 12. Dezember 1858 eröffnet wurde. Gleich in den ersten Sitzungen zeigte sich, daß Karageorgewitsch's Partei in schwacher Minderheit war und daß die Mehrheit den alten Milosch oder seinen Sohn Michael wieder auf den Thron zu setzen wünschte. Ein türkischer Kommissär, Rabuli Effendi, der dies zu verhüten abgeschickt war, bemühte sich nun unter der Hand den alten Wutschitsch, Garaschanin und den durch seinen Reichtum gewichtigen Mischa für den Plan zu gewinnen,

Die serbische  
Skuptschina.

daß sie als Kaimakame vorläufig die Regierung übernehmen sollten; allein ehe diese Intrigue ins Werk gesetzt war, forderte die Skuptschina am 22. Dezember 1858 den Fürsten zur Abdankung auf und erklärte Milosch zu seinem Nachfolger. Karageorgiewitsch floh in die Festung, die von türkischen Truppen besetzt war; er gedachte von da sich leicht wieder der Stadt bemächtigen zu können; aber Volk und Heer erklärten sich gegen ihn und Österreich, das Wien machte ihm Beistand zu leisten, wurde von dem hereinbrechenden Unwetter des italienischen Krieges überrascht. So gab der Fürst das Spiel verloren und Milosch hielt, auf Rußlands und Frankreichs Verwendung vom Sultan bestätigt, am 6. Februar 1859 seinen Einzug in Belgrad. Ihn umgab, als den Befreier vom Türkenjoch, noch immer ein nationaler Heiligenschein und trotz der Vertagung der Skuptschina, trotz Wutschitsch' Verhaftung und seines verdächtigen Todes blieb ihm die Liebe des Volkes bewahrt, bis er im Alter von 81 Jahren am 26. September 1860 starb.

Mehr noch als auf ihn baute die jungserbische Partei ihre nationalen Hoffnungen auf seinen Sohn Michael, der ihm folgte, ohne daß die Pforte das Erbrecht anerkannte, aber auch ohne daß sie es hindern konnte. Das Ziel der Nationalen war die Vereinigung von Bosnien, der Herzegowina und Montenegro mit Serbien zu einem großserbischen Reiche. In allen diesen Ländern war es seit 1856 auch unruhig genug zugegangen; blutige Aufstände waren besonders im Frühjahr 1858 ausgebrochen, und der Fürst von Montenegro, Danilo Petrowitsch, pochte trotzig auf fremden Beistand. Eine Reise nach Paris im Februar 1857 hatte große Hoffnungen in ihm erweckt, die durch die Ankunft französischer Kriegsschiffe im adriatischen Meere noch verstärkt wurden; von Rußland flossen ihm die Geldmittel ganz offenkundig zu. Allzuweit wollte man die Dinge in Petersburg und Paris aber noch nicht kommen lassen, sondern nur die Gärung unterhalten um zu passender Zeit einen Ausbruch herbeiführen zu können. Deshalb mußte Danilo jetzt mit einer Grenzregulierung, die unter Mitwirkung der Großmächte vollzogen wurde, sich zufrieden geben, und ehe er die Erlaubnis zu neuen Unruhen bekam, fand er im August 1860 seinen Tod durch die Kugel eines Feindes. Kraft eines Erbfolgefesetzes, das er vor seiner Reise nach Paris gegeben und das jeden, der Freundschaft für die Türken an den Tag lege, ausschloß, folgte ihm sein Neffe Nikita. Ein neuer Aufstand in der Herzogewina verwickelte diesen schon 1862 wieder in Krieg mit den Türken; da aber die Pforte eine bedeutende Armee unter Omer Pascha absandte, mußte sich auch Nikita zum Frieden bequemen ohne die gewünschte Ausdehnung seines Landes bis an die Küste erreicht zu haben. Wirklichen Vorteil zog aus diesen Unruhen von 1862 nur Michael Obrenowitsch von Serbien. Reibereien zwischen der türkischen Besatzung und der Bevölkerung von Belgrad hatten den Kommandanten veranlaßt seine Truppen in die Festung zurückzuziehen und von da aus die Stadt zu bombardieren. Die Mächte mischten sich ein und beschränkten im September 1862 das türkische

Flucht des Fürsten.

Fürst Milosch.

Fürst Michael.

Aufstände in Bosnien u. i. f.

Montenegro.

Streit in Belgrad.

Besatzungsrecht auf vier Zitadellen im Lande, darunter allerdings auch die von Belgrad, während in der Stadt selbst das Türkenviertel geräumt werden mußte. Dadurch besänftigte sich die aufgeregte Stimmung der Serben soweit, daß die Ruhe erhalten blieb. Aber im ganzen Norden und Westen der Balkanhalbinsel glomm das Feuer unter der Oberfläche weiter und konnte nur notdürftig verdeckt werden.

Auch die Griechen blieben von der nationalen Strömung dieser Jahre nicht unberührt; doch hatten sie keineswegs bloß Gewinn von derselben zu erwarten. Unter den slawischen Bulgaren, die sich zur griechischen Kirche bekannnten und ihre Bischöfe von dem Patriarchen von Konstantinopel erhielten, äußerte sich das erwachende Leben in einer griechenland feindlichen Weise. Man wollte seine eigene Nationalität pflegen und deshalb die hohe Geistlichkeit aus der eigenen Mitte wählen und nicht mehr stammfremde Griechen sich schicken lassen. Rußland zeigte sich diesen Ideen günstig, die Pforte nicht minder, und wenn der Streit erst gegen Ende des Jahrzehnts zur wirklichen Losreißung der Bulgaren von dem Patriarchate in Konstantinopel führte, so erregte er doch jetzt schon alle Gemüther und bedrohte das Hellenentum mit schwerem Verlust. Unter den griechischen Unterthanen der Pforte brachen gerade wie unter den serbischen mancherlei Unruhen aus, 1858 auf Randia, 1860 in Makedonien, aber da sie keine erhebliche Unterstützung aus dem Königreiche erhielten, wurden sie schnell gedämpft. In Athen war man durch die Erfahrungen des Krimkrieges sehr vorsichtig geworden. Trotz Rußlands Fürsprache auf dem Pariser Kongreß zogen die Westmächte sich aus dem Piräus erst im Februar 1857 zurück, und diese dreijährige Anwesenheit fremder Truppen in der Hauptstadt hatte die Regierung, wie auch die wechselnden Minister heißen mochten, ernstlich eingeschüchtert. Das Volk freilich vergaß die Warnung schnell und rechnete die Schmach, die dem Lande widerfahren war, dem Könige selbst zur Schuld an. Otto I. war nicht imstande gewesen auf diesem Boden wirklich festzuwurzeln; nur einer machtvollen Persönlichkeit hätte es gelingen können in diesem Gewirr von Parteiungen und Begehrlichkeiten zu Ansehen und Einfluß zu gelangen; statt dessen war der König eine lässige Natur, die sich nur schwer zu Entschlüssen aufzuraffen vermochte und gern an Kleinigkeiten haftete. Unlustig zum Regieren und fränklich, überließ er nicht allein während seiner wiederholten Reisen nach Deutschland der Königin, einer entschlossenen, aber hastigen und unbeliebten Frau, die Regierung, sondern gestattete ihr auch sonst großen Einfluß. Den Schwierigkeiten des parlamentarischen Systems war er in keiner Weise gewachsen und daß es ihm durch eine Revolution am 15. September 1843 aufgezwungen war, hatte er auch nicht vergessen. Die Willkürlichkeiten, deren sich alle seine Minister ohne Unterschied der Partei schuldig machten, die Fälschungen der Wahlen, das Polizeiregiment verbitterten die Stimmung gegen den Monarchen selbst; daß er obendrein kinderlos war, beraubte ihn auch der Stütze, die ein im Hellenentum heranwachsender Sohn ihm

Die Bulgaren.

Aufstände in  
Randia u. s. f.

Griechenland.

König Otto.

Stimmung  
des Volkes.

Berschwörun-  
gen.

Bertreibung  
des Königs.

Die Königs-  
wahl.

würde gegeben haben. Kein Wunder, wenn man ihm jetzt Gleichgültigkeit gegen die höchsten Interessen des griechischen Volkes vorwarf, wenn man die Schuld daran, daß nicht längst die Grenzen des Reiches sich erweitert hatten, daß so mancher griechische Stamm vergebens sich der Türkenherrschaft zu entwinden suchte, seiner Teilnahmlosigkeit zuschrieb und von jedem anderen Fürsten eher die Erfüllung der nationalen Hoffnung erwartete. Besonders gern dachte man sich einen englischen Prinzen auf dem griechischen Throne; als sicheren Gewinn glaubte man dann die ionischen Inseln davon zu tragen, die in den letzten Jahren sich sehr lebhaft für den Anschluß an das Königreich auszusprechen begonnen hatten, und auch die Hoffnung auf Kandia, Samos und andere unzufriedene Inseln schien nicht allzukühn. Neben dieser nationalen Strömung, die in dem Könige das größte Hemmnis sah, lief eine radikale, die jedes Königtum haßte, und liefen zahlreiche persönliche Feindschaften, wie sie der Monarch in dem zerklüfteten Lande gar nicht hatte vermeiden können. Auf den Beistand der Schutzmächte durfte er nicht rechnen; mit England hatte er fast immer auf gespanntem Fuße gestanden; Rußland und Frankreich betrachteten ihn mindestens mit Gleichgültigkeit. So war die Lage, als im Jahre 1861 die feindseligen Stimmungen sich in Thaten Luft zu machen begannen. Die ersten Versuche, eine Verschwörung in Athen, ein Mordanschlag auf die Königin, mißlangen. Ernstlicher war eine Militärrevolution, die im Februar 1862 in Nauplia ausbrach und der sich die Inseln Syra, Santorin und Naxos anschlossen. Allein auch sie wurde glücklich unterdrückt, und der König suchte durch Milde die Unzufriedenheit zu beschwichtigen. Er änderte sein Ministerium, ließ den vom Aufstande heimgesuchten Gegenden beträchtliche Geldsummen durch die Kammern bewilligen, schlug die Preßprozesse nieder, erteilte eine umfassende Begnadigung und trat im Oktober mit der Königin eine Reise durch den unzufriedenen Peloponnes an. Gerade diese Reise aber war das Zeichen zum Ausbruch einer weitverzweigten Verschwörung. Am 19. erhoben sich die Rebellen in Boniza am Golf von Arta, am 20. in Patras, am 22. in Athen. Hier in der Hauptstadt erklärten sie sofort das Königtum Ottos für erloschen und bildeten eine Regierung, in die Bulgaris, Kanaris und Rufos eintraten. Otto, der sogleich nach dem Piräus zurückeilte, überzeugte sich hier durch eine Unterredung mit den fremden Gesandten, die zu ihm an Bord seines Schiffes kamen, von der Ausichtslosigkeit jeder Gegenwehr. Am 24. Oktober 1862 gab er durch eine Proklamation seinen Entschluß nach Deutschland zurückzukehren kund, verzichtete aber nicht auf sein und seiner Familie Anrecht auf die Krone. Da die vorläufige Regierung ausdrücklich die Fortdauer der monarchischen Staatsform als notwendig anerkannt hatte, mochte er hoffen, daß der Thron seinem Bruder Luitpold und dessen Nachkommen erhalten werden könne. Indes die Griechen wollten von den Bayern nichts mehr hören; alle ihre Wünsche richteten sich auf den Prinzen Alfred von England, und obgleich dieser durch den Vertrag

der Großmächte von 1832 wie alle Prinzen aus deren Häusern ausgeschlossen war, obgleich England dies in Athen ausdrücklich erklären ließ und auch mit Rußland von neuem die Verpflichtung austauschte, daß weder ein englischer noch ein russischer Prinz (der Herzog von Leuchtenberg) eine Wahl annehmen dürfe, so stimmten doch von 240 000 Wählern 230 000 für den Sohn der Königin Victoria, natürlich ohne dadurch den Entschluß des britischen Kabinetts zu ändern. Man empfand nun aber in London eine Art von Verpflichtung den Griechen andere Vorschläge zu machen, und da der zuerst empfohlene Herzog Ernst von Koburg-Gotha unbedingt ablehnte, verfiel man auf den minderjährigen zweiten Sohn des dänischen Thronfolgers, den Prinzen Wilhelm von Dänemark, dessen Schwestern mit den Erben von England und Rußland verheiratet oder verlobt waren. Die griechische Nationalversammlung griff um so bereitwilliger zu, als sie den Boden unter ihren Füßen bereits wanken fühlte, und wählte am 30. März 1863 den dänischen Prinzen einstimmig unter dem Namen Georg I. zum König. Von den Groß-

Georg I.

Die ionischen Inseln.

mächten trotz aller bayerischen Verwahrungen am 5. Juni anerkannt, traf er am 31. Oktober, ein Jahr nach Ottos Sturze, in Athen ein und brachte den Griechen als Mitgift die ionischen Inseln mit, deren Abtretung England schon im Dezember 1862 in Aussicht gestellt und ein Protokoll der Schutzmächte vom 26. Juni 1863 genehmigt hatte. Von weiteren Vergrößerungen des Königreiches aber war nicht die Rede, und was die innere Ordnung und das Parteigetriebe betraf, so zeigte sich bald, daß darin durch den Thronwechsel auch nicht die leiseste Besserung eingetreten sei.

Auch unter der türkischen Bevölkerung, die an und in ihren Grenzen so gewalthätige Bewegungen sich vollziehen sah, regte sich der Nationalstolz und, was damit zusammenfiel, der religiöse Fanatismus mit erhöhter Kraft. Daß der Hatti-Humajum den Christen die Gleichberechtigung mit den Mohammedanern zugesichert hatte, kränkte jeden Rechtgläubigen aufs tiefste, und gleich nach dem Erlasse des Gesetzes waren in den kleineren Städten des Reiches vielfache blutige Angriffe auf die Christen gemacht worden; vollends die türkischen Grundherren in Bosnien, Rumelien, Albanien plagten ihre andersgläubigen Unterthanen fortan mit verdoppelter Bosheit und reizten sie dadurch erst recht zu jenen Aufständen, von denen oben die Rede war. Andererseits klagte Rußland beständig, daß die Lage der Christen sich um nichts gebessert habe, daß der Hatti-Humajum ein leeres Wort geblieben sei; aber England und Österreich steiften sich so hartnäckig auf den neunten Artikel des Pariser Friedensvertrages, der jede Einmischung der Großmächte in die Beziehungen des Sultans zu seinen Unterthanen ausschloß, daß die russischen Beschwerden fruchtlos blieben. Zweimal indes ließ sich der muselmännische Fanatismus in entfernteren Provinzen zu solchen Frevelthaten hinreißen, daß auch den englischen Ministern die Geduld ausging; zuerst im Juni 1858, wo in Dschidda, dem Hafenorte von Mekka, eine große

Die Mohammedaner.

Das Blutbad von Dschidda.

Der Aufstand  
im Libanon.

Die Groß-  
mächte.

Das Blutbad  
von Damas-  
kus.

Frankreich, stattfand; dann zwei Jahre später, wo der Libanon und Damaskus Zeugen noch weit entsetzlicherer Greuel wurden. Dschidda büßte durch ein furchtbares Bombardement, mit dem ein englisches Kriegsschiff die Stadt heimsuchte; durch rücksichtsloses Einschreiten hoffte und vermochte man auch wirklich der Verpflanzung der Schandthaten, die damals Ostindien mit Entsetzen erfüllten, in andere mohammedanische Länder vorzubeugen. Bei dem Blutbade in Syrien war der Strafvollzug nicht so leicht und gefahrlos wie der gegen die arabische Küstenstadt, da man ins Innere des Landes vordringen mußte. Schon seit alters hatte zwischen den verschiedenen Stämmen des Libanons der religiöse Haß häufige Fehden und scheußliche Gewaltthaten herbeigeführt. Mehr als drei Viertel der über 200 000 Seelen zählenden Bevölkerung nannten sich Christen, sie zerfielen aber in mehrere Sekten, Maroniten, Melchiten, griechische Orthodoxe; ihnen gegenüber standen die mohammedanischen Drusen und Metuali, zusammen nur gegen 50 000 Köpfe, aber durch ihre Wildheit und Kriegslust der Schrecken ihrer Nachbarn und häufiger siegreich als besiegt. Seit anderthalb Jahrzehnten hatten sie indes so leidlich Ruhe gehalten, und um so überraschender und unheilvoller war daher ihr plötzlicher Losbruch Ende Mai 1860. Bis auf 30 000 wurde die Zahl der Opfer, die ihrem Haße fielen, angegeben; die türkischen Obrigkeiten thaten nichts dem Blutbade zu wehren. In Konstantinopel freilich war man über diesen Ausbruch tierischer Wildheit nicht minder entsetzt als in den christlichen Hauptstädten, denn es gab keine ungünstigere Zeit, in der das schreckliche Ereignis hätte eintreten können, als gerade diese Monate. Eben erst war das dringende Verlangen Rußlands die Beschwerden der Christen durch großmächtige Kommissare untersuchen zu lassen von den anderen Mächten zu Fall gebracht; sie hatten sich damit begnügt, daß der Großvezier Kiprisli Pascha eine Rundreise zur Kenntnisaufnahme und Verbesserung der Lage der Christen anzutreten sich verpflichtete. Nun kamen diese Vorgänge im Libanon, die alle Voraussetzungen des Petersburger Kabinetts nicht erfüllten, sondern weit übertrafen; nur durch schnelles Eingreifen des Sultans konnte jetzt die fremde Einmischung abgewendet werden. So ging denn Fuad Pascha am 8. Juli mit 16 000 Mann und großer Vollmacht nach Syrien ab; allein fast gleichzeitig kam die Nachricht von einem neuen Blutbade. Am 9. Juli wollte der Statthalter von Damaskus an einigen Muselmännern, welche Christen beleidigt hatten, die Strafe vollziehen; darüber empörten sich deren Glaubensgenossen und fielen über das christliche Stadtviertel her; die Truppen, die gegen sie geschickt wurden, schlossen sich ihnen an; vergebens suchte Abdel Kader, der zurückgezogen in Damaskus lebte, dem Morden ein Ende zu machen; sechs Tage dauerte die Schlächtereier, das Sengen und Brennen, das Plündern und Rauben; eine Obrigkeit gab es nicht mehr. Daß Fuad, als er ankam, das strengste Gericht hielt, daß er den Statthalter selbst und beinahe 200 Schuldige erschießen oder hängen ließ, konnte die Ent-

rüstung des Abendlandes nicht mehr besänftigen. Gleich auf die ersten Nachrichten hatte Napoleon zwei Kriegsschiffe an die syrische Küste geschickt und die Großmächte zu gemeinsamen Maßregeln aufgefordert; schon am 3. August 1860 kam in Paris ein Protokoll zustande, kraft dessen 6000 Franzosen unter General Beaufort d'Hautpoul sich fünf Tage später nach Syrien einschifften und die Entsendung von weiteren 6000 Mann einer anderen Macht vorbehalten wurde, wenn es mit diesen Kräften noch nicht gelinge die Ordnung zu sichern. Die sechsmonatliche Frist, die für den Aufenthalt der Franzosen bestimmt wurde, ward vor ihrem Ablauf noch einmal verlängert; länger als bis zum 5. Juni 1861 ihre Anwesenheit zu gestatten war jedoch England in keiner Weise zu bewegen. Auch erwies sich dieser Zeitraum als völlig genügend; die Pforte bewilligte eine neue Verwaltungseinrichtung für den Libanon, durch die ein christlicher Statthalter, Daud Pascha, eine sehr selbständige Stellung und in einer einheimischen Miliz das Mittel erhielt sich in derselben zu behaupten.

Die syrische Expedition.

Diese Umgestaltung war das letzte Werk Abdul Medjids, der nach zweiundzwanzigjähriger Regierung am 25. Juni 1861 starb. Mit großen Schritten war unter ihm die Türkei ihrem Verfall entgegengeeilt; daß sie noch bestand, war nicht sein Verdienst, sondern die Folge des Interesses, das Oesterreich und England daran hatten. Die fanatischsten Mohammedaner aber gaben dem verstorbenen Sultan in erster Linie Schuld an der Zerbröckelung des alten Regierungssystemes, in der sie die Quelle alles Unheils sahen, und es hatte nicht an Verschwörungen gefehlt um Abdul Medjid aus dem Wege zu schaffen; die gefährlichste wurde im September 1859 entdeckt. Ruhig beobachtenden Türken konnte es freilich nicht entgehen, daß die Reform das einzige Mittel war ihre Herrschaft noch länger zu fristen; über den schließlichen Ausgang gestattete allerdings schon der finanzielle Zustand des Landes, die immer höher anschwellende Masse der Schulden, kaum noch Zweifel. Abdul Medjid hatte wenig gethan um die unverantwortliche Vergeudung der Staatsgelder zu beschränken; aber trotzdem war es seinem Bruder und Nachfolger Abdul Aziz vorbehalten ihn darin noch weit zu übertreffen und im Schuldenmachen das Unerhörte zu leisten. Die Staatsschuld belief sich 1861 auf 300 Millionen Mark und erforderte etwa 20 Millionen, d. h. 10% der Einnahmen an Zinsen; daneben aber existierte noch eine Unsumme von Papiergeld, das von der Regierung selbst nicht zum Vollen angenommen wurde und im Dezember 1861 auf 30—40% seines Nennwertes herabgesunken war, so daß man es schlechterdings einziehen und zu diesem Zweck eine neue Anleihe machen mußte. Da diese gelang, so folgten bald neue und immer neue, und es kam schließlich dahin, daß dieses Reich, welches ein Vierteljahrhundert vorher noch schuldenfrei gewesen war, eine Staatsschuld von mehr als 4 Milliarden Mark hatte und daß die sämtlichen Staatseinnahmen, die sich inzwischen auch verdoppelt hatten, bis auf einen Rest von 60 Millionen Mark für die Verzinsung und Tilgung der auswärtigen Schuld erforderlich ge-

Abdul Medjids Tod.

Abdul Aziz.

wesen sein würden, während der Sultan für sich nicht weniger als 40 Millionen Mark verwandte, der Großvezier ein Gehalt von 600 000, der Finanzminister von 300 000 Mark bezog und so die übrigen Würdenträger im Verhältnis. Um diese Summen aufzubringen mußte die christliche Bevölkerung mit den schwersten Steuern gedrückt werden; die Unzufriedenheit, das Verlangen nach einer selbständigen nationalen Existenz zog daraus immer neue Kräfte, und nur der Mäßigung Rußlands, der türkenfreundlichen Gesinnung Englands und Österreichs, der tiefen Verwicklung Frankreichs in andere Fragen war es zuzuschreiben, daß der oft gefürchtete allgemeine Aufstand der slawischen Stämme immer und immer wieder auf sich warten ließ.

### Italien vor dem Kriege.

Italien und  
das Nationalitätsprinzip.

Mittlerweile hatte das Nationalitätsprinzip unter Napoleons Beistand längst in Italien seinen ersten entscheidenden Sieg gefeiert, einen Sieg, gegen den die kleinen Erfolge desselben im Orient vollständig in den Schatten traten. Schwer und mühevoll war es gewesen den Stein ins Rollen zu bringen; aber sobald er einmal in Bewegung gesetzt war, riß er unaufhaltsam alles mit sich fort, was ihm in den Weg trat, und Napoleon selbst war nicht mehr imstande ihm Halt zu gebieten. Die große Umgestaltung nahm Verhältnisse an, die weit über seine Wünsche und Erwartungen hinausgingen: die Ideen waren mächtiger als die Menschen; nur der behielt die Kraft sie zu lenken und zu meistern, der selbstlos sich in ihren Dienst gestellt, der innerlich von ihnen durchdrungen war. Dem französischen Kaiser galt die Wiedergeburt der Völker, die Erhebung des Nationalitätsprinzips zu dem herrschenden Grundsatz, an dem die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Staaten gemessen werden sollte, doch nur als Mittel zu ganz anders gearteten eigensüchtigen Zwecken; er wollte davon Gebrauch machen, wo es ihm vorteilhaft schien, und es schien ihm nach und nach an nicht wenigen Orten vorteilhaft; aber er dachte nicht daran das Mittel zum Selbstzweck zu erheben, dem auch er sich beugen und gehorchen müsse. Der Mann, der das Nationalitätsprinzip in diesem Sinne auffaßte, der alle seine Kraft aus ihm sog und auch die bitteren Folgen zu verschmerzen wußte, war Camillo Benso Graf di Cavour, der Schöpfer des neuen Italien. Mit allen seinen Vorzügen und allen seinen Schwächen ein echter Sohn seines Volkes und seiner Zeit, gehörte er zu jenen Männern, die ebenso sehr durch die heiße Leidenschaft des Herzens wie durch das nüchterne Urtheil des prüfenden Verstandes auf ein einziges Ziel hingedrängt werden, das zu erreichen ihnen Lebenszweck, Gewissenssache und unaussprechliches Glück zugleich ist. Seit er die nationale Einigung Italiens als seine persönliche Aufgabe erfaßt hatte, gehörte jede Minute, jeder Gedanke, jede Fiber seines Herzens diesem Ziele. Bald vorsichtig und zurückhaltend, bald leidenschaftlich drängend, bald achtsam vorbereitend,

Napoleon.

Cavour.

bald hastig=entschlossen zugreifend, schonte er sich selbst nicht und gönnte anderen keine Schonung, hieß er jedes Mittel gut, das Erfolg versprach, ordnete er dem einen Endzweck jede seiner Handlungen, seine ganze Person unter. Mag mein Ruf, mein guter Name darüber zu Grunde gehen, so schrieb er; gleichviel, wenn nur Italien gemacht wird. Eine heitere, lebensfrohe Natur, voll Empfänglichkeit und Verständnis für die Wirklichkeit, frei von jedem Anfluge phantastischer Träumerei, durchschaute er die Bedingungen, unter denen er seine Aufgabe lösen mußte, mit der nüchternsten Klarheit, die sich doch wieder zu fast prophetischem Scharfblick steigerte und ihm den Mut gab Schritte zu wagen, die dem kurzsichtigen Beobachter oft genug wie das ziellose Umhertasten eines Abenteurers erschienen. Gewandt und verstellungreich, ein Meister in der Intrigue, verschmähte er durchaus nicht die Schleichwege und die kleinen Künste der Diplomatie; aber mehr als durch sie täuschte er seine Gegner durch die vielbespöttelte Offenheit und Zuversicht, mit der er seine letzten Ziele rückhaltslos aussprach und doch dabei Wege einschlug, die in völlig entgegengesetzter Richtung zu laufen schienen. Er wußte, daß er nur auf Umwegen ans Ziel gelangen könne, und ließ sich den weitesten Bogen nicht verbrießen, wenn er ihn nur ein Stückchen auf seinem Wege förderte. Sein Herz brannte vor Verlangen selbst noch der Früchte seiner Arbeit zu genießen und nie zweifelte er daran, daß diese Früchte reifen würden; aber ob in zwei, in zwanzig, in hundert Jahren, das wußte er nicht, und doch hemmte diese Unsicherheit nie seine Thatkraft, lähmte nie seinen Eifer. Aus konservativen, streng-katholischen Familienkreisen hervorgegangen, war er zum Bruche mit vielen Vorurteilen und festgewurzelten Empfindungen genötigt; aber sollten auch die ältesten Freunde sich in bittere Feinde verwandeln, so galt das Opfer ihm nicht zu hoch. Er hatte in den Jahren der stürmischen Aufregung tapfer und trotzig zur Mäßigung geraten, dem Spotte der Radikalen und dem Toben der Gallerieen gelassen die Stirne geboten und gern sich als „Mylord“ Cavour und als Führer der Popspartei, wie man die Aristokraten nannte, mißhandeln lassen. Es machte ihn nicht irre, daß in diesen Jahren sein Programm der Reformen kein Verständnis fand. Der politischen Erhebung des Volkes, das war seine Überzeugung, konnte nur durch die wirtschaftliche eine feste Grundlage gegeben werden. Wie er vor 1848 in dem absoluten Staate unablässig die Hebung der Landwirtschaft, die Förderung der Gewerbthätigkeit, die Befreiung des Handels verfochten hatte, so fuhr er in diesen Bemühungen nach 1849 fort. Aber freilich war sein Gesichtskreis ein weiterer geworden. Er hatte sich von den letzten Resten aristokratisch-konservativer Vorurteile frei gemacht; er ermaß die Notwendigkeit umfassender Reformen und verlangte, daß die Minister die ruhigen Zeiten, die eingetreten waren, dazu benutzen und sich so als wahre Staatsmänner erweisen sollten. Offenkundig vollzog er seinen Übertritt zur liberalen Partei durch die glänzende Verteidigung des Gesetzes, durch welches der Justizminister

Parteistellung  
während der  
Revolutions-  
jahre.

Die Siccar-  
bischen Gesetze.

Eintritt Ca-  
vours ins  
Ministerium.

Handelsver-  
träge.

Das Konnu-  
bium.

Cavours  
Rücktritt.

Siccardi die geistlichen Gerichte beseitigte. Als dasselbe am 9. März 1850 mit großer Mehrheit angenommen und dadurch das Ministerium Azeglio neu befestigt war, konnte der Eintritt Cavours in den Rat der Krone nur noch eine Frage der Zeit sein, und kaum erledigte der Tod seines Freundes Santa Rosa das Ministerium des Handels und Ackerbaues, so ward er vom Könige am 11. Oktober 1850 an diese Stelle berufen. Sofort begann er seine volkswirtschaftlichen Grundsätze ins Leben zu führen. Die einseitige Aufhebung der Schutzzölle würde in der Kammer einer übermächtigen Opposition begegnet sein; deshalb stand Cavour davon ab und wählte den Weg der Handelsverträge, durch die er für die piemontesische Industrie Gegenleistungen von Frankreich, Belgien und England erwirkte. Aber auch aus politischen Gründen zog er dieses System vor. Wir wollen, rief er der Kammer im Januar 1851 zu, durch unsere Verträge jenes wünschenswerte Bündnis herbeiführen, das zwischen den freien Völkern Westeuropas herrschen muß. Die freien Völker waren dabei allerdings nicht viel mehr als ein verlockendes Aushängeschild; denn Cavour trug nicht das mindeste Bedenken sich auch dem unfreien Frankreich anzuschließen und unmittelbar nach dem Staatsstreich Napoleons Gunst dadurch zu gewinnen, daß er das Urteil über Beleidigungen fremder Herrscher den stets zur Freisprechung geneigten Geschworenen entzog. Aber im Inneren wollte er in der That liberal regieren, und weil er das wollte, befriedigte ihn die bisherige ministerielle Mehrheit nicht. Diese bestand aus der Rechten und dem rechten Centrum; schon das linke Centrum, dessen Führer Rattazzi und Lanza waren, befand sich für gewöhnlich in der Opposition. Andererseits konnte Azeglio auch auf die Unterstützung der Revel und Margarita nie mit Sicherheit zählen, und die Verhältnisse geboten daher augenscheinlich eine Verschiebung des ministeriellen Schwerpunktes nach links hin. Cavour sah das ein; er erbat sich und erhielt bei jenem Gesetze über die Beleidigung fremder Herrscher die Unterstützung Rattazzis und erklärte dies offen in der Sitzung vom 5. Februar 1852. Erzürnt bezeichnete Revel diese Ehe (connubio) mit dem linken Centrum als die Scheidung von der Rechten und gab dadurch der neuen Parteiverschmelzung den Beinamen des Konnubiums, den sie behalten hat. Aber nicht die beleidigte Rechte allein war unzufrieden mit Cavours Verfahren; fast das ganze Ministerium mißbilligte seinen Schritt, und als er trotzdem entschlossen die Konsequenzen zog und bei dem Tode des Kammerpräsidenten Pinelli die Wahl Rattazzis auf diesen wichtigen Posten beförderte, brach der Konflikt offen aus, und das Ministerium reichte am 16. Mai 1852 seine Entlassung ein.

Für kurze Zeit behauptete die konservative Partei den Sieg. Da nur Farini, der seit einem Jahr etwa Unterrichtsminister war, auf Cavours Seite stand, so entschloß sich der König seine übrigen Räte nicht zu entlassen, und Azeglio blieb noch einige Monate am Ruder. Gerade diese Frist bewies aber, wie richtig Cavour gehandelt hatte. Als das

Ministerium ein Gesetz über die Civilehe einbrachte, hatte es große Schwierigkeiten eine Mehrheit dafür zu finden, und Azeglio fühlte sich durch diese parlamentarischen Nöte so ermüdet, daß er im Oktober sein Entlassungsgesuch wiederholte. Diesmal nahm der König es an. Balbos Versuche ein konservatives Kabinett zu bilden scheiterten, und am 4. November 1852 ward Cavour mit der Neubildung des Ministeriums und dem Vorsitz in demselben betraut, den er von da ab mit kurzer Unterbrechung bis an seinen Tod bekleiden sollte.

Sein Wieder-  
eintritt.

Jetzt erst war er imstande, gestützt auf das Konnubium, seine Politik nach allen Richtungen zur Ausführung zu bringen. Drei Gesichtspunkte waren es, die er vorzugsweise ins Auge faßte: es galt das Land durch innere Reformen zu stärken, das Vertrauen auf Piemont in dem übrigen Italien zu beleben und unter den Mächten Europas Freunde und Bundesgenossen für den Krieg mit Oesterreich zu werben. In allen drei Richtungen hatte Azeglio und hatte Cavour selbst schon tüchtig vorgearbeitet; aber erst jetzt und von jetzt an volle sechs Jahre hindurch hatte der große Staatsmann freien Spielraum für seine Entwürfe und konnte sich auf eine Kammermehrheit stützen, die ihn selbst dann nicht im Stich ließ, wenn seine Politik sich verschleiern und scheinbar befremdliche Wege wandeln mußte.

Die inneren Reformen kamen vor allem dem Heere zu gute, dessen Schlagfertigkeit von dem fleißigen und entschlossenen, wenn auch kurz-sichtigen Lamarmora durch Abschaffung vieler Mißbräuche, durch Schärfung der Disziplin und besonders auch durch Nachahmung preussischer Einrichtungen gehoben wurde. Handel und Verkehr nahmen einen großen Aufschwung durch die Zollermäßigungen und durch den Bau von Eisenbahnen, dem der Venetianer Paleocapa seine ganze Aufmerksamkeit zuwandte. In den sechs Jahren nach 1848 wurden 400 Kilometer neu gebaut, während es vorher nur gegen 20 gegeben hatte. Der Eisenbahn über den Apennin, die seit 1853 Turin mit Genua verband, folgten die Vorbereitungen zur Durchbohrung des Mont-Genis, mit der am 30. August 1857 der Anfang gemacht wurde. Die Einfuhr des Landes wuchs von 1850 ab in drei Jahren um das fünffache; mit der Ausfuhr freilich stand es schlimm, denn die beiden Hauptartikel, Wein und Seide, wurden mehrere Jahre hindurch von Krankheiten der Reben und der Seidenraupen schwer heimgesucht. Unter diesen Umständen vermochten auch die Finanzen des Landes, die Cavour persönlich leitete, sich nicht zu erholen und zu vielen nötigen Dingen, beispielsweise zur Hebung des Volksschulwesens, fehlte weniger der gute Wille als das Geld. Sehr nahe lag die Versuchung der Finanznot, die durch mehrere Anleihen nur noch wuchs, durch Einziehung des reichen Kirchengutes abzuheben. Aber dazu mochte Cavour sich nicht entschließen. Er hob allerdings durch das Klostergesetz von 1855 über 300 Ordenshäuser mit mehr als 4000 Mönchen und 1200 Nonnen auf und ließ nur 264 Niederlassungen mit ungefähr 4000 Insassen bestehen; aber das Geld, welches der Verkauf

Lamarmora  
und das Heer.

Handel und  
Verkehr.

Schule und  
Kirche.

Ministerkrisis.

ergab, floß in eine besondere Klasse und diente zur Aufbesserung schlecht besoldeter Pfarrstellen; für die wirtschaftliche Lage des Landes war das Gesetz nur insofern ein Gewinn, als die Kirchengüter von ihren neuen Besitzern ganz anders ausgenutzt wurden als bisher. Die ultramontane Partei hatte die äußersten Anstrengungen gemacht die Vorlage zu hinterreiben. Auf die erste Kunde davon exkommunizierte der Papst die Urheber und die Vollstrecker; an den König, der eben damals binnen fünf Wochen Mutter, Gemahlin und Bruder durch plötzliche Todesfälle verlor, drängte sich der hohe Klerus in der Hoffnung sein erschüttertes Gemüt vollends einschüchtern zu können; und als das Gesetz trotz alledem von den Abgeordneten angenommen war, versuchten die Bischöfe es im Senate dadurch zu Fall zu bringen, daß sie dem Staate dieselbe Summe, die als Erlös für die geistliche Klasse veranschlagt war, etwas über 900 000 Franken, bar auszuzahlen sich erbieten. Cavour hielt es demgegenüber für angemessen dem Könige seinen Rücktritt anzubieten und Viktor Emanuel schwankte in der That einen Augenblick. Allein bei ernster Erwägung erkannte er, daß Cavour's Entlassung vollends in dieser Zeit, wo Sardinien eben in den Krimkrieg eingetreten war, den Verzicht auf die ganze bisherige Politik einschließen würde. Das Anerbieten der Bischöfe wurde abgelehnt, das Gesetz vom Senate angenommen und vom Könige am 29. Mai 1855 vollzogen. Der Haß der Ultramontanen gegen Sardinien kannte nun allerdings keine Grenzen mehr; aber die Erfahrungen der letzten Jahre hatten hinreichend gelehrt, daß man ihn nicht zu scheuen brauche, daß entschlossene Gegenmaßregeln vielmehr auch den widerspenstigen Klerus zu bändigen instande seien. Über die Siccardischen Gesetze war ebenso heftiges Geschrei entstanden wie jetzt über den Verkauf der Klostersgüter: der Heißsporn der Ultramontanen Fransoni, Erzbischof von Turin, hatte sich offen dagegen aufgelehnt und durch Gefängnisstrafe zur Ordnung gezwungen werden müssen; aber obgleich er infolgedessen sogar das Land verließ und es von Lyon aus durch Hirtenbriefe aufzuheben suchte, war die Regierung doch als Siegerin aus dem Streite hervorgegangen. Der Widerstand gegen das Klostergesetz verlief ebenso; der Verkauf der Kirchengüter ging unter großem Lärm der Ultramontanen trotz aller Drohungen mit den Strafen des Himmels glücklich von statten, und die Orden, die bestehen blieben und der Aufsicht des Staates unterstellt wurden, fügten sich wohl oder übel in das Unvermeidliche. Selbst bei den nächsten Wahlen im November 1857 gelang es der Priesterpartei nicht Rache zu nehmen; sie brachte durch den rücksichtslosen Gebrauch der geistlichen Waffen zwar eine starke Schar ihrer Anhänger in die Kammer, aber die Mehrheit blieb doch dem Ministerium und die lebhaften Besorgnisse, die Cavour eine Zeitlang gehegt, erwiesen sich als hinfällig.

Die Ultramontanen.

Die Radikalen.

Der radikalen Partei war mit dem Klostergesetze natürlich lange nicht genug gethan, und Cavour selbst wäre an die Verminderung der Bischofsstühle und ähnliche Reformen sehr gern herangetreten; aber er

wußte, wieweit er gehen dürfe ohne auf unüberwindlichen Widerstand zu stoßen. Überdies hegte er vor den Radikalen keine große Furcht; sie waren nicht bloß in Sardinien eine schwache Minderheit geworden, sondern hatten auch im übrigen Italien viel von ihrer Macht verloren. Die öffentliche Meinung der ganzen Halbinsel, etwa Neapel ausgenommen, wandte sich mehr und mehr Sardinien zu. Schon 1851 bekannte sich Gioberti in seiner Verbannung zu der Ansicht, daß die Erneuerung Italiens ganz ausschließlich von Piemont zu erwarten sei und die Schrift, in der er die piemontesische Hegemonie predigte, sein *Rinascimento civile degl' Italiani*, die bürgerliche Erneuerung der Italiener, fand anhängliche und gelehrige Leser auch unter den extremen Parteien. Gerade von den bedeutendsten Köpfen wandten sich viele der Politik Cavour's zu. Der flüchtige Diktator von Venedig, Daniel Manin, der Sizilianer La Farina, der heldenmütige Verteidiger Roms, Garibaldi, und viele andere wurden allmählich an der Ausführbarkeit ihres republikanischen Programms irre, lernten an die Möglichkeit der konstitutionellen Monarchie glauben und brachten der Liebe zum Vaterlande ihre Parteianschauungen zum Opfer. Das Hauptverdienst an diesem Wandel fiel Cavour zu, wengleich der König und Azeglio durch ihr treues Festhalten an der Verfassung die Wege geebnet hatten. Aber die Verfassung allein hätte jenen Republikanern kein Genüge gethan; die konstitutionelle Monarchie an sich hatte für sie noch immer keine Reize; sie glühten von dem Verlangen nach Rache an Oesterreich, und Rache an Oesterreich war es, was ihnen die Politik Cavour's verhieß. Schon nach jenem unglücklichen Mailänder Aufstandsversuche vom 6. Februar 1853 hatte Sardinien der feindlichen Großmacht gegenüber solche Entschiedenheit gezeigt, daß zahlreiche republikanische Herzen widerwillig dem Manne zujauchzten, der diese Sprache zu führen wagte. Daß die Gesandten gegenseitig abberufen wurden, daß die piemontesische Kammer einmütig ein Gesetz annahm, welches die flüchtigen, ihrer Güter beraubten Lombarden bestmöglich zu schützen suchte, daß ganz Europa die österreichischen Gewaltschritte mißbilligte, alles das war für Cavour und seine Politik ein großer Gewinn. Sie haben uns ein Übel zufügen wollen und haben uns den größten Dienst erwiesen, rief er; wir werden unseren Vorteil daraus ziehen: wir werden den Tessin um so früher überschreiten! Er verschmähte auch nicht die kleinen Nadelstiche um Oesterreich zu reizen; er wußte, daß Kundgebungen wie die Ernennung lombardischer Flüchtlinge zu sardinischen Senatoren in italienischen Herzen den lautesten Beifall wachrufen würden. Welches Vertrauen seine auswärtige Politik (die dem Namen nach übrigens Dabormida leitete) bereits erworben, zeigte ihm der Beifall, den trotz des heftigsten Widerspruches der Gegner sein Bündnis mit den Westmächten im Krimkriege fand. Was ließ sich gegen diesen Plan nicht alles einwenden! Wie entfernt und wie unsicher waren die Erfolge, die er versprach! Hatte Cavour doch nicht einmal die Fürsprache der Verbündeten für die lombardischen Flüchtlinge zu

Die Nationa-  
len.Verhältnis zu  
Oesterreich.

Der Krimkrieg.

erwirken vermocht! Und trotzdem stand die Mehrheit der Kammern zu ihm. Instinktiv fühlten die Italiener, daß dieser Schritt der Ausgangspunkt großer Ereignisse sein werde. „Als ich von diesem Bündnis erfuhr,“ erzählte später Carl Boerio, „fühlte ich auf meiner Galeere das Gewicht meiner Ketten leichter werden“; und Ferdinand II. von Neapel, der Boerio an die Galeere schmiedete, meinte gleichzeitig: „Diesmal hat er uns, dieser Herr Graf aus Piemont!“

Der Pariser  
Kongreß.

Die kriegerischen Vorbeern, die Lamarmora in der Krim, besonders an der Tschernaja erwarb, waren für Cavour's Politik von hohem Werte; aber wichtiger noch als sie war die diplomatische Ausnutzung der Teilnahme am Krieg auf dem Pariser Kongreß. Sardinien saß in der Reihe der Großmächte, saß gleichberechtigt an einem Tische neben dem gehäßten Österreich: schon das war ein großer Triumph. Aber noch mehr: Österreich stand allein, als lauer Freund, als halber Feind von allen Seiten mit Mißgunst betrachtet. Cavour hingegen, der nach einigem Bedenken selbst nach Paris gegangen war, erfreute sich nicht nur der Zuverlässigkeit seiner Verbündeten, sondern auch der freundlichsten Aufnahme von russischer Seite. Mit Napoleon hatte er bereits sehr genaue Fühlung gewonnen. Seit der ersten persönlichen Bekanntschaft, die er im September 1852, als er zeitweilig aus dem Ministerium geschieden war, in Paris gemacht hatte, war Cavour davon überzeugt, daß dem Kaiser Italien am Herzen liege und daß von ihm etwas zu erwarten sei. Diese Überzeugung hatte sich in den folgenden Jahren gekräftigt, und als bei dem Besuche, den Viktor Emanuel und Cavour im November 1855 in Paris abstatteten, Napoleon in seiner unbestimmten Weise wiederholt durch die Frage: Was kann man für Italien thun? das Gespräch auf die Zukunft der Halbinsel lenkte, schloß der kluge Diplomat daraus mit Sicherheit auf keimende Entwürfe des Kaisers. Zum Kongreß stellte er sich daher sehr zeitig ein und benutzte die Frist bis zur Eröffnung dazu den Boden zu prüfen. Er fand ihn günstig; Napoleon gab seine Zustimmung dazu, daß die italienische Frage in einer der Schlußsitzungen zur Sprache gebracht werde. Noch wagte der Kaiser nicht sich auf den Boden des Nationalitätsprinzipes zu stellen. Als Ausgangspunkt sollte die Anwesenheit österreichischer Truppen in den nördlichen Teilen des Kirchenstaates dienen. Sobald dies festgestellt war, berief Cavour den Romagnolen Minghetti nach Paris um von ihm die genauesten Nachrichten über die örtlichen Verhältnisse zu sammeln und stellte dann die Sachlage in einer Note dar, die er den französischen und englischen Vertretern am 27. März 1856 überreichte. Der freundlichen Gesinnungen Englands war er seit langem sicher. Die Pariser Reisen von 1852 und 1855 hatte er auch auf London ausgedehnt und dort bei Tories und Whigs Ermutigung gefunden. Der britische Gesandte in Turin, Sir James Hudson, „unser bester Gesandter“ wie Palmerston sagte, war der Sache Italiens mit Leib und Seele ergeben; Lord Clarendon, der Minister des Aeußeren und erste Bevollmächtigte auf dem Kongreß, ließ

Napoleons  
Geneigtheit.

Englands  
Haltung.

im vertraulichen Gespräch sogar die Versicherung fallen, daß Englands Beistand in einem Kriege gegen Oesterreich Sardinien nicht lange fehlen werde. Einen besonderen Groll hegten die beiden Westmächte außerdem noch gegen Neapel, und das kam Cavour vortrefflich zustatten. Seit Gladstones Briefen an Aberdeen bestand zwischen England und Neapel offene Feindschaft; während des Krimkrieges dehnte diese sich auf Frankreich aus, indem Ferdinand unter dem Scheine strenger Neutralität eine Getreidesperre verfügte, welche die Verproviantierung der französischen Truppen sehr erschwerte. Es kam so weit, daß zwischen den Westmächten die Ersetzung Ferdinands durch den Prinzen Murat erörtert wurde. Der Friedensschluß machte diesen Gedanken nun freilich ein Ende, aber beide Kabinette wünschten doch dem König von Neapel eine empfindliche Rüge zu erteilen. In der Sitzung des Kongresses vom 8. April nahm daher Walewski das Wort um das Bedauern des Kaisers über die Art der Regierung in Neapel auszusprechen und knüpfte daran den Wunsch, daß es bald zulässig werden möge die französischen und österreichischen Truppen aus dem Kirchenstaate zurückzuziehen. Lord Clarendon unterstützte diese Äußerungen mit noch weit lebhafteren Worten; die übrigen Gesandten hielten ihr Urteil zurück; Cavour aber, um dessentwillen die ganze Sache eingeleitet war, gab den Klagen Italiens in aller Form einen feierlichen und beredten Ausdruck. Die Wirkung, das wußte er wohl, war nicht ein förmlicher Beschluß, sondern nur die Erregung der öffentlichen Meinung, die darüber jubelte Oesterreich und Neapel auf der Anklagebank und Sardinien als den Ankläger zu sehen; und diese Wirkung verstärkte er noch durch eine Note vom 16. April, in der er Piemont den Rächer Italiens, den Bürger des Friedens und der Ordnung auf der Halbinsel nannte. Vorübergehend hatte er wohl gehofft mehr noch als dies auf dem Kongreß zu erreichen; lebhaft trug er sich mit dem Gedanken die Herzöge von Parma und Modena nach der Moldau und Walachei zu verpflanzen und ihre Länder für seinen König zu erwerben. Daß diese Hoffnung im ersten Keim erstickt wurde, daß er „nicht das kleinste Herzogtum in der Tasche“ mit nach Hause brachte, daß Napoleon drei, vier Entwürfe Sardinien zu vergrößern aufstellte und alle wiederfallen ließ, war schmerzlich, aber doch zu vermeiden; denn als unzweifelhafter Gewinn des Kongresses blieb bestehen, daß Italiens Sache vor den Richterstuhl Europas gezogen war, daß Oesterreichs Stellung zu den Westmächten sich erheblich verschlechtert hatte, und daß, wie Cavour in offener Kammerrede erklärte, die Grundsätze Oesterreichs und die Grundsätze Sardinien als unversöhnlich erkannt waren. Binnen drei Jahren werden wir den guten Krieg ausbrechen sehen, schrieb er von Paris, und mit Zuversicht rechnete er schon jetzt für diesen Fall auf französische Hilfe.

An Oesterreich aber waren die Vorgänge auf dem Kongreß doch nicht spurlos vorübergegangen. Es suchte einzulenken und den Groll der Italiener zu beschwichtigen. Es empfahl dem Könige von Neapel

Die Westmächte und Neapel.

Die Sitzung vom 8. April 1856.

Cavours Beschwerden.

Wideres Regiment in der Lombardei.

Nachgiebigkeit; freilich umsonst; denn solche Schwäche, meinte König Ferdinand, sei gleichbedeutend mit dem Verzicht auf seine Souveränität; es berief die Central-Kongregation der Lombardei und Venetiens im Dezember 1856 wieder zusammen; um dieselbe Zeit statteten der Kaiser und die Kaiserin dem Lande einen mehrmonatlichen Besuch ab, und die Aufhebung der Güterbeschlagnahme, die 1853 gegen die lombardischen Flüchtlinge verhängt war, eine anfangs beschränkte, bald aber, am 25. Januar 1857, eine umfassende allgemeine Begnadigung, der Abzug der österreichischen Besatzungen aus Parma und Modena, die Ersetzung des 91jährigen Radetzky durch den liberal gesinnten Erzherzog Maximilian, der den Titel eines Vizekönigs erhielt, alles das waren Versuche die Herzen der Lombarden dem Kaiserhause wiederzugewinnen. Allein keines dieser Mittel verfiel. Die guten Absichten und wohlwollenden Maßregeln des Erzherzogs machten auf die Lombarden keinen größeren Eindruck als vorher Verbannung, Kerker und Standgericht. Und wenn sie Engel wären, wir wollen keine fremden Herren im eigenen Hause: das war die Stimmung, die das ganze Land beherrschte und die jeden Erfolg Maximilians vereitelte. Wenn jemand, so wäre sonst dieser aufgeklärte und milde Prinz die geeignete Persönlichkeit für das neue System gewesen; scheiterte auch er an dem Unterfangen, so war die Unmöglichkeit des Versuches erwiesen. Cavour unterließ nichts um diesen Beweis zu erbringen, und Oesterreich selbst erleichterte ihm das durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. An demselben Tage, an welchem Franz Josef seinen Einzug in Mailand hielt, berichteten die Turiner Blätter von den Gaben, die aus der Lombardei für ein Ehrendenkmal der piemontesischen Armee und für die Ausrüstung der Festung Alessandria mit 100 Kanonen einliefen. Dadurch gereizt, erging sich die österreichische Presse in heftigen Angriffen auf Cavour, und die piemontesischen Blätter vergalteten das mit noch gröberem Gegenstoßen. Vergebens beschwerte sich Graf Buol darüber und verlangte Abhilfe; Cavour verteidigte lebhaft den Nutzen der Pressfreiheit und verwies jenen an die Gerichte des Landes. Ihm konnte nichts Erwünschteres widerfahren, als daß Oesterreich gerade jetzt diese ungeberdige Sprache führte und endlich erklärte, wenn ihm keine Genugthuung würde, könne auch der kaiserliche Geschäftsträger nicht länger in Turin bleiben. Mit Freuden sah er den Grafen Paar am 23. März 1857 abreisen, und sofort erteilte er dem sardinischen Vertreter in Wien den Befehl gleichfalls zurückzukehren. Dadurch ward offenkundig ausgedrückt, daß Oesterreichs milderes Verfahren in der Lombardei keinen Einfluß auf das Turiner Kabinett habe, daß nicht die Art der österreichischen Herrschaft allein, daß diese Herrschaft selbst von Cavour bekämpft werde. Mehr brauchten die Lombarden nicht um in ihrem Widerstande bestärkt zu werden. Man kümmerte sich nicht im geringsten um des Erzherzogs Reformen; man fragte nicht einmal danach, ob sie ernstlich gemeint seien. Es schien, als ob die ganze Bevölkerung sich bei hellem Tageslichte verschworen

Erfolglosigkeit.

Sardinien  
und Oesterreich.Abbruch der  
diplomatischen  
Beziehungen.

habe, und unbefangene fremde Beobachter bedauerten bald den Prinzen, der sich abquälen müsse einen Mohren weiß zu waschen.

Dennoch war dieser Umschwung der österreichischen Politik für Cavour nicht ohne Gefahr; er bedrohte ihn ernstlich mit dem Verluste der englischen Freundschaft. Um sich diese zu erhalten verfiel er vorübergehend auf die abenteuerlichsten Pläne; selbst an der Expedition nach China wollte er sich einmal beteiligen. Was in London sehr unangenehm berührte, war die Unterstützung, die er Rußland zu teil werden ließ. In allen Fragen, die durch die Unabhängigkeitsgelüste der Völker auf der Balkanhalbinsel aufgewühlt wurden, fand man Sardinien stets im Gefolge Frankreichs und Rußlands, und was noch mehr besagen wollte, durch die Einräumung einer Kohlenstation in Villafranca bei Nizza machte Viktor Emanuel es der russischen Flagge möglich sich trotz des Pariser Friedens dauernd im Mittelmeer zu entfalten. Eine gewisse Entfremdung zwischen den Kabinetten von London und Turin war unter diesen Umständen unvermeidlich; um so eifriger war Cavour darauf bedacht sie nicht allzugroß werden zu lassen, und Sir James Hudson stand ihm darin treulich bei. Auch die Verblendung der Gegner that ab und zu das ihre. So gab Ferdinand von Neapel Cavour die Gelegenheit gemeinsam mit England die Herausgabe des Dampfers Cagliari zu verlangen, dessen Kapitän von den Passagieren gezwungen war an der neapolitanischen Küste zu landen und sie dort zum Zweck eines Aufstandsversuches auszusetzen. Ein Kriegsschiff Ferdinands hatte darauf den Dampfer weggenommen und die Mannschaft, darunter einige Engländer, nach Neapel gebracht. Hartnäckig verweigerte Ferdinand ihre Freilassung und suchte die Mitschuld Don Camillos, wie er Cavour spöttisch zu nennen pflegte, zu erweisen; endlich aber mußte er doch nachgeben. Cavour war an der albernen Cagliari-Geschichte ebenso unschuldig wie an den zahllosen kleinen Äußerungen des revolutionären Geistes, die sonst in diesen Jahren an den Tag traten. Er hätte einen Thronwechsel in Neapel freilich sehr gern gesehen um die Mitwirkung dieses Königreiches bei dem Kriege gegen Osterreich zu sichern; denn noch war die Herstellung eines italienischen Bundes, nicht der Einheitsstaat, das Ziel, das er ins Auge faßte; aber um keinen Preis wollte er das radikale Verschwörertum begünstigen, das er für Italiens größtes Unglück hielt. Daß der Mazzinismus zusehends an Einfluß auf der Halbinsel verlor, war für ihn eines der erfreulichsten Zeichen. Ohne geheime Gesellschaften ging es freilich auch bei der nationalen Partei, die auf Piemont ihre Hoffnung setzte, nicht ab, da sie ihr Banner in den übrigen Staaten ja nicht offen entfalten durfte. Der italienische Nationalverein, den Giorgio Ballavicino, La Farina und Manin im August 1857 gegründet, konnte seine Thätigkeit nicht auf Sardinien beschränken, und doch war sein Programm, die Unabhängigkeit und Einheit Italiens, überall sonst aufs strengste verpönt. So galt es denn insgeheim in den übrigen Staaten Anhänger zu werben, nicht große

England und  
Rußland.

Neapel.

Der Ratio-  
nalverein.

Massen, die zum Loschlagen vorbereitet wurden, sondern zuverlässige und einflussreiche Männer, die im gegebenen Augenblicke an die Spitze treten konnten. Übrigens stand Cavour auch diesem Vereine zunächst ganz fern, und erst als der Tag der Entscheidung anbrach, nahm er die angebotene Mitwirkung an und leitete den Verein durch La Farina in seinem Sinne.

Napoleons  
Entschluß.

Dieser Tag kam durch Orsinis Attentat auf Napoleon. Der Kaiser gelangte zu der Einsicht, daß es kein anderes Mittel gebe die italienischen Banditen zu entwaffnen als die Erfüllung der nationalen Wünsche. Seit Jahren hatte er sich mit diesem Gedanken getragen, aber niemals den Mut fassen können ernst damit zu machen. In bedächtigem Erwägen zwischen der Ausführung und dem Preisgeben eines Planes zu schwanken, alle Gründe für und wider stets von neuem zu ermessen ohne zu einem festen Entschluß zu kommen und dann plötzlich unter irgend einer äußeren Einwirkung die Entscheidung zu treffen, das war ja wie früher schon hervorgehoben recht eigentlich die Eigentümlichkeit des französischen Kaisers. In seinem Verhältnis zu Oesterreich und Italien hatte ihm dieser äußere Anstoß bis dahin gefehlt. Alles war vorbereitet um gegebenen Falls die Befreiung der Halbinsel vom österreichischen Joche als Vorwand und Ziel eines Krieges aufzustellen, aber nichts war geschehen, wodurch das Beschreiten dieser Bahn unwiderruflich geworden wäre. Erst nach der That Orsinis wurde der letzte Entschluß gefaßt und alles auf dies Ziel gerichtet. Um Englands Freundschaft nicht einzubüßen gab Napoleon seine Forderungen in betreff des Asylrechts auf; um Rußland bei sich festzuhalten war er ihm an der Donau, in Serbien, Rumänien, Montenegro, in jeder Weise gefällig. Der Gegendienst, den er verlangte, war, daß der Zar Preußen und den deutschen Bund von jeder thätigen Parteinahme für den Kaiserstaat abhalte. Auch Englands Freundschaft wurde nur zu diesem Zweck in Anspruch genommen; eine aktive Beteiligung seines Alliirten aus der Krim hätte dem französischen Kaiser nicht einmal erwünscht sein können, da sie ihn in der Freiheit seiner Entschlüsse behindern mußte ohne ihm einen wesentlichen Zuwachs an Macht zu geben. Der einzige Bundesgenosse, den er gebrauchte und auf den er unbedingt zählen konnte, war Sardinien.

### Der italienische Krieg.

Die Zusammenkunft von  
Plombières.

Mit welchem Jubel mag Cavour die Einladung Napoleons empfangen haben, die ihn im Juli 1858 nach dem Bade Plombières in den Vogesen berief um dort im tiefsten Geheimnis mit dem Kaiser die Vertreibung der Oesterreicher aus Italien zu vereinbaren. Ein schriftlicher Vertrag wurde nicht aufgesetzt, aber in mündlichen Besprechungen vereinigten sich beide Staatsmänner am 20. Juli über Leistung und Gegenleistung. Für den Erwerb der Lombardei und Venetiens ver-

pflichtete Cavour sich Savoyen an Frankreich abzutreten; für den Erwerb von Parma und Modena, der nur als Möglichkeit in Aussicht genommen wurde, versprach er Nizza zum Opfer zu bringen. Die Zeit bis zum Frühjahr sollte zu energischen Rüstungen benutzt werden. In Turin gab man sich kaum die Mühe diese zu verheimlichen oder die gegen Oesterreich gefehrte Spitze zu verhüllen. Die lombardischen Flüchtlinge wurden militärisch organisiert, eine ungarische Legion gebildet, Italiener aus allen Theilen der Halbinsel im Staatsdienste angestellt. Mit dem Nationalverein knüpfte Cavour jetzt durch La Farina innigere Beziehungen an; auch mit Garibaldi kam er dadurch im Dezember 1858 zuerst in persönliche Berührung. Er brauchte diese Männer um schlimmstenfalls ganz Italien zu revolutionieren und entwarf den Plan dazu im Oktober mit La Farina. In Massa und Carrara sollte die Erhebung beginnen; als Zeitpunkt wurde der 1. Mai 1859 festgesetzt. Mit seinen Hoffnungen auf Napoleon hielt Cavour auch diesem Vertrauten gegenüber zurück; erfüllten sie sich, so förderten die Vorbereitungen des Nationalvereins die Erreichung der darauf gebauten Pläne und wiesen das drohende Übergewicht des mächtigen Bundesgenossen einigermaßen in engere Schranken; erfüllten sie sich nicht, so war ein Weg zu selbständigem Vorgehen eröffnet, der sich als Schreckmittel gegen den französischen Kaiser verwenden ließ und im schlimmsten Falle wirklich mit einiger Aussicht auf Erfolg betreten werden konnte.

Europa merkte nichts von dem, was sich vorbereitete, und glaubte weniger als je an einen neuen Krieg. Um so größer war das Entsetzen, als der erste Tag des neuen Jahres plötzlich die schwarzen Wolken aller Augen enthüllte. Beim Empfange des diplomatischen Korps sprach der Kaiser dem österreichischen Gesandten, Baron Hübnier, sein Bedauern darüber aus, daß die Beziehungen seiner Regierung zu der österreichischen nicht so gut wie früher seien; ich bitte Sie übrigens, fügte er hinzu, Ihrem Kaiser zu sagen, daß meine persönlichen Gesinnungen für ihn unverändert sind. Weder dieser Zusatz noch die beschwichtigenden Versicherungen der amtlichen Blätter vermochten die Unruhe und Aufregung zu dämpfen, welche dieser Neujahrsgruß überall hervorrief, und Schlag auf Schlag traten neue Anzeichen hervor, welche die Nähe des Sturmes verkündeten. Auf den 10. Januar 1859 waren die sardinischen Kammern einberufen; Viktor Emanuel eröffnete sie mit einer Thronrede, welche des Schmerzensschreies gedachte, der aus so vielen Theilen Italiens an sein Ohr dringe und gegen den er bei aller Achtung vor den Verträgen nicht unempfindlich bleiben könne. Unmittelbar nach diesen drohenden Worten reiste der Prinz Napoleon nach Turin, und die Pariser Blätter meldeten, daß am 17. Januar seine Verlobung mit des Königs Tochter Klotilde stattfinden werde. Der Unterzeichnung des Ehekontraktes voranging der Abschluß eines förmlichen Vertrages, der die Verabredungen von Plombières für beide Teile verbindlich machte. Mit Recht konnte Viktor Emanuel den Kammern versichern: „Das Jahr beginnt gut und

Der Nationalverein.

Der Neujahrsgruß.

Der „Schmerzensschrei“ Italiens.

Heirat des Prinzen Napoleon.

Der Turiner Vertrag.

ich hoffe, daß es noch besser endigen wird; das französische Bündnis kann uns ein Quell vieler Vorteile werden.“ Schon am 30. Januar wurde die Hochzeit gefeiert, und das junge Ehepaar reiste nach Paris ab. Ein Zweifel an dem nahen Ausbruch des Krieges war jetzt kaum noch möglich, und wenn Napoleon in seiner Thronrede vom 7. Februar die Phrase gebrauchte, es sei kein ausreichender Grund zu Befürchtungen vorhanden, so steigerten sich diese infolgedessen nur um so schneller.

Oesterreichs  
Rüstungen.

Auch in Wien hatte man den Ernst der Lage erkannt und schritt zu Gegenmaßregeln. Aber es war schwer in wenigen Monaten nachzuholen, was seit Jahren versäumt war. Der Zustand der österreichischen Armee war in manchen Stücken unbefriedigend. Insbesondere litt sie großen Mangel an Offizieren, zumal an tüchtigen und beliebten Offizieren. In der Einteilung, Ausrüstung und Bewaffnung waren die Erfahrungen der letzten Kriege wenig verwertet worden. Überdies befand sich die größere Hälfte der Armee in dem östlichen Teile der Monarchie, während Italien nur von drei Korps (etwa 55 000 Mann) besetzt war, die unter dem Befehl des ganz unfähigen Giulay standen. Ein schnelles Hinüberwerfen von Truppen nach der Lombardei war aber unmöglich, weil die Sömmeringbahn noch im Bau war; seit Jahren wartete man auf dessen Vollendung um dem gewaltigen Festungsviereck an der Etich und dem Mincio die schweren Positionsgeschütze zuzuführen, deren es bedurfte. Thatsächlich waren und blieben die berühmten Festungen während des ganzen Krieges mit glatten Sechs- und Zwölfpfündern armiert, während die für sie bestimmten Geschütze auf der letzten Eisenbahnstation fest lagen. Wären die Verhandlungen, welche dem Beginn des Krieges vorangingen, nicht so zeitraubend gewesen, so würde es kaum möglich gewesen sein eine kampffähige Armee in Oberitalien aufzustellen. Allein dank den Vermittelungsversuchen der Großmächte gewann Oesterreich Zeit genug um seine Rüstungen hinreichend fördern zu können; es war ausschließlich Schuld der eigenen Langsamkeit, wenn trotzdem beim Beginn des Krieges noch vieles an der vollen Kampfbereitschaft fehlte.

Zu unmittelbaren Verhandlungen zwischen Wien und Turin kam es zunächst nicht, da der Verkehr zwischen beiden Höfen noch immer unterbrochen war. Die Sprache, in welcher man miteinander redete, waren militärische und polizeiliche Maßnahmen. Auf die Bildung der italienischen Freiwilligenkorps antwortete Oesterreich durch die Verstärkung der lombardischen Armee; das dritte Korps wurde Giulay zu dem fünften, siebenten und achten, die er bereits befehligte, hinzugegeben, und alle vier auf Kriegsfuß gebracht, so daß er Ende Februar etwa 100 000 Mann zur Verfügung hatte. Erzherzog Maximilian ward abberufen; Post, Telegraph, Eisenbahndienst wurden von italienischen Beamten gereinigt und mit zuverlässigen Männern besetzt. Cavour beschleunigte dagegen die Armierung von Alessandria, forderte und erhielt von den Kammern eine Anleihe von 50 Millionen Franken und setzte seine Rüst-

ungen fort. Unter den Großmächten durfte er neben Frankreich auch auf Rußlands Freundschaft zählen; denn in Petersburg war der Wunsch Österreich gedemüthigt zu sehen nicht minder lebhaft als in Turin; nachdrücklich erklärte der russische Gesandte in Berlin Ende Januar, der Zar könne einen Sieg Österreichs über Frankreich nicht dulden, weil er sich mit jenem nie über die Türkei zu einigen vermöge. Preußen und England erkannten wenigstens an, daß es Sardinien nicht an berechtigten Klagepunkten fehle, und waren zu einseitiger Parteinahme für den Wiener Hof nicht geneigt. An England wandte sich Graf Buol um durch eine Note vom 25. Januar 1859 seine Vermittelung anzurufen. Das britische Kabinett schickte darauf seinen Gesandten in Paris, Lord Cowley, am 25. Februar mit Vorschlägen, auf deren Annahme durch Napoleon es hoffte, nach Wien: Österreich sollte auf seine Schutz- und Trutzbündnisse mit den oberitalienischen Herzogtümern verzichten, der Kirchenstaat von den fremden Truppen geräumt, in allen Staaten der Halbinsel zeitgemäße Reformen eingeführt werden. Buol stellte wenigstens in bezug auf den ersten und letzten Punkt einige Nachgiebigkeit in Aussicht, forderte dafür aber die Verbürgung der österreichischen Besitzungen in Italien. Als nun aber England daraufhin mit Cavour anknüpfte und von diesem das Maß der Reformen, die er beanspruche, zu hören verlangte, zeigte die Antwort, welche jener gab, sofort die Unmöglichkeit eines Vergleiches; denn neben der Einführung konstitutioneller Verfassungen in den Poststaaten forderte er vor allem die Errichtung einer getrennten nationalen Regierung für Lombardo-Venetien. Auf diesem Wege war nicht weiter zu kommen. Da trat Rußland auf und schlug einen Kongreß vor, indem es sich auf die Pariser Verabredungen von 1856 berief, nach denen vor dem Beginn eines Krieges Versuche einer gütlichen Verständigung durch die Unbetheiligten unternommen werden sollten. In London und Berlin war man damit zufrieden; Napoleon knüpfte seine Zustimmung an die Bedingung, daß Sardinien zu diesem Kongreß zugelassen werde; Cavour forderte dasselbe; in Wien verweigerte man aber nicht bloß dies Zugeständnis, sondern verlangte am 22. März noch obendrein, daß Piemont vorher abrüstete. Cavour's größte Besorgnis war die, daß Napoleon der letzten Forderung zustimmen möchte; denn das unmittelbare Ergebnis derselben, die Entlassung der Freiwilligen, an deren Spitze Garibaldi stand, wäre dem französischen Kaiser gar nicht unlieb gewesen. Eine heimliche Reise, die der sardinische Staatsmann am 23. März nach Paris machte, beseitigte glücklich diese Gefahr; Napoleon verwarf die Forderung Buol's. Nun trat England noch einmal in den Vordergrund, erkannte den Anspruch Sardiniens auf Teilnahme am Kongreß als begründet an, wollte dasselbe Recht aber auch den anderen italienischen Fürsten einräumen; die Abrüstung, die Österreich forderte, billigte es gleichfalls, doch mit dem Zusätze, daß der Kaiserstaat dasselbe thun müsse, und daß Vertreter der Großmächte und Sardiniens die allseitige Entwaffnung einleiten sollten. Diesem Vorschlage sich zu widersetzen

Die Großmächte.

Bermittlungsversuche.

Kongreßpläne.

Napoleons  
Schwanken.

hielt Napoleon nicht für rätlich, weil er fürchtete seine oft gepriesene Friedensliebe dadurch in ein bedenkliches Licht zu setzen. Der Moniteur verkündete seine Einwilligung, und am 20. April erhielt Cavour von Paris die telegraphische Weisung die englischen Bedingungen anzunehmen. Mit einem Schlage schien alles verloren zu sein. Überanstrengt durch wochenlange Aufregung und übermenschliche Thätigkeit, die nicht bei Tag und nicht bei Nacht unterbrochen war, geriet Cavour in die furchtbarste Verzweiflung; ohne Trank und Speise zu sich zu nehmen, ohne jemanden, auch nur seine Vertrauesten, zu sich zu lassen, stöberte er ruhelos in seinen Papieren und verbrannte viele. Pläne nach Amerika auszuwandern und Selbstmordgedanken durchkreuzten seine Seele. Nach acht Jahren der rastlosesten Arbeit sich weiter vom Ziele zu sehen als am Anfang, der Gedanke war schrecklich. Der einzige Ausweg, der noch offenzustehen schien, grenzte an ruchlose Verwegenheit. Sollte er Napoleons Gebote trotzen? Sollte er mit Sardinien's unzulänglichen Mitteln den Krieg gegen Oesterreich aufnehmen, und um nur die Zukunft zu retten für jetzt die sichere Niederlage, die schmachlichste Demütigung herbeiführen? Die Verblendung seiner Feinde ersparte ihm diesen verantwortungsvollen Entschluß. In demselben Augenblick, wo Oesterreich's Lage sich wahrhaft beneidenswert gestaltete, begingen Oesterreich's Staatsmänner den unverzeihlichen Fehler sie gründlich zu verderben. Statt den englischen Entwaffungsvorschlag anzunehmen richtete Buol am 19. April ein Ultimatum nach Turin, durch welches er binnen drei Tagen eine nackte Erklärung, ja oder nein, darüber verlangte, ob der König die Abrüstung versprechen wolle. Nun war Cavour gerettet. Ohne Gefahr konnte er dem englischen Vorschlage beitreten, konnte den Kammern und Napoleon Oesterreich als den Angreifer und Friedensstörer hinstellen, konnte von jenen die Diktatur für Viktor Emanuel und von dem französischen Kaiser auf Grund des Januarvertrages bewaffnete Hilfe verlangen. Am 23. April traf der außerordentliche österreichische Gesandte Kellersperg in Turin ein; am selben Tage bewilligten die Kammern dem Könige die verlangte Machtvollkommenheit. Am 26. April beantwortete Cavour das feindliche Ultimatum weder mit ja noch mit nein, sondern durch Berufung auf seine Zustimmung zu den englischen Vorschlägen; am selben Tage erklärte Napoleon in Wien, er werde die Überschreitung des Tessin als eine Kriegserklärung gegen Frankreich betrachten. Die Würfel waren gefallen, und ehe der Monat zu Ende ging, hatte der Krieg begonnen.

Oesterreichisches  
Ultimatum.

Beginn des  
Krieges.

Als Graf Gyulay in der Nacht zum 30. April 1859 den Grenzfluß überschritt, stand seinen 100 000 Mann nur erst die sardinische Armee von 70 000 Mann unter des Königs Oberbefehl gegenüber; von den 150 000 Franzosen, die nach Italien bestimmt waren, hatten kaum die Spitzen die Alpenpässe überschritten oder die Landung in Genua begonnen. Ein kräftiger Vormarsch am nördlichen Poufer hätte Turin binnen weniger Tage in die Hand der Oesterreicher gebracht und die Alpenpässe ver-

riegelt. Nach diesem Plane schien Gyulay anfangs zu handeln; aber nach kaum einer Woche gab er ihn auf und setzte sich in der Lomellina zwischen Tessin und Sesia fest. Denn unaufhörliches Regenwetter erschwerte und verlangsamte die Märsche, so daß, ehe man Turin zu erreichen vermochte, große Massen von Franzosen zu Genua hätten landen und mit den Sardinern vereinigt am südlichen Pousfer durch Parma marschieren und in die Lombardei einbrechen können. Dort aber stand noch kein zweites österreichisches Heer bereit, und Gyulay glaubte deshalb die Deckung seines linken Flügels als seine wichtigste Aufgabe betrachten zu müssen. Selbst über den Po zu gehen und die Feinde, welche sich auf das starke Alessandria stützten, anzugreifen fühlte er sich zu schwach und wurde es auch in der That von Tag zu Tage mehr. Da auch seitens der Verbündeten kein Angriff unternommen, sondern die Ankunft der französischen Heeresteile abgewartet wurde, so folgte eine vierzehntägige Pause in den beiderseitigen Bewegungen. Gyulay machte ihr am 20. Mai ein Ende, indem er dem Grafen Stadion eine Rekognoszierung gegen Alessandria befohl, durch die er sich überzeugen sollte, ob die feindliche Hauptmacht dort noch stehe oder den befürchteten Rechtsabmarsch gegen Parma schon angetreten habe. Diese Aufgabe, die übrigens durch Spione weit zweckmäßiger erledigt worden wäre, löste Stadion nicht einmal, da er nur eine einzige französische Division zum Schlagen brachte und von dieser, unter Foreys Befehl, mit einem Verlust von 1200 Mann bei Montebello zurückgedrängt wurde. Napoleon aber faßte jetzt den Entschluß statt des von Gyulay allein befürchteten Rechtsabmarsches eine Linksschwenkung in der Weise zu unternehmen, daß man oberhalb der Sesiamündung bei Casale auf das nördliche Pousfer übertreten und den rechten Flügel der Österreicher im Norden umgehen wollte. Die Einleitung dazu wurde Garibaldi mit seinen Alpenjägern als äußerstem linken Flügel übertragen. Am 23. Mai überschritt er bei Sesto Calende, wo der Tessin aus dem Lago Maggiore strömt, die lombardische Grenze, drang über Varese bis Como vor und schlug sich mit wechselndem Glück während der nächsten Tage in den Ausläufern der Alpen mit dem General Urban herum, der gegen ihn ausgesandt wurde. Trotz seines Erscheinens an dieser Stelle argwöhnte Gyulay noch nichts von den Plänen der Feinde. Hinter den Piemontesen, die längs dem Po und der Sesia aufgestellt waren, zogen sich die Franzosen nordwärts gegen Vercelli hin und hatten diesen Linksmarsch glücklich vollzogen, als Gyulays Generalstabschef, Oberst Kuhn, endlich seine Täuschung erkannte. Der Oberfeldherr selbst beharrte auch dann noch in seiner Verblendung, als Cialdini mit den Piemontesen, nachdem er unbehindert über die Sesia gegangen, ihn am 30. Mai bei Palestro angriff. Umsonst suchte Gyulay am nächsten Tage, obendrein mit ungenügenden Kräften, das verlorene Dorf wiederzugewinnen. Von einem Regiment Zuaven unterstützt, schlugen die Italiener unter den Augen des tapfer mitkämpfenden Viktor Emanuel, den die Zuaven

Gefecht von  
Montebello.

Garibaldi.

Gefecht bei  
Palestro.

nach der Schlacht zu ihrem Korporal erwählten, die Feinde in die Flucht nahmen ihnen acht Kanonen und brachten ihnen einen Verlust von 2200 Mann bei. Schlimmer als das aber war es, daß während dieses Kampfes ein ganzes französisches Armeekorps unter Niel bei Vercelli die Sesia überschritt und nordöstlich auf Novara marschierte, womit die Umgehung des rechten Flügels der Österreicher vollzogen war. Während Kuhn auch jetzt noch einer kräftigen Offensive auf dem rechten Ufer des Tessin das Wort redete, glaubte Gyalay, daß seine einzige Rettung der schleunige Übergang über den Fluß sei und gab am 1. Juni den Befehl „sich rückwärts zu konzentrieren“.

Schlacht von  
Magenta.

Jenseit des Flusses, an der Straße von Novara nach Mailand, nahm er wieder Stellung, vom 3. Juni ab unterstützt durch den Rat des greisen Heß, der vor einem Jahrzehnt Radetzky's Generalstabschef gewesen war und den jetzt der besorgte Kaiser zu ihm gesandt hatte. Fast ohne Kampf überschritten indessen die Franzosen den Tessin. Während die Hauptmacht unter Napoleons Anführung auf der Mailänder Straße vorrückte um die schlechtgesprengte Brücke von Buffalora zu benutzen, gingen Mac Mahon's Korps und ein Teil der Garde schon am 3. Juni weiter nördlich bei Turbigo auf das lombardische Ufer über und rückten am nächsten Tage südöstlich gegen Magenta vor, das nicht weit von Buffalora an der Straße nach Mailand liegt, zwischen sich und dem Tessin aber noch einen mit dem Flusse parallel laufenden Kanal, den Naviglio grande, hat. Während nun Mac Mahon sich mit dem General Clam-Gallas, der soeben mit seinem Korps durch Tirol angekommen war, nordwärts von Magenta herumschlug, rückte Napoleon mit etwa 50 000 Mann gegen den Naviglio grande vor. Gyalay hatte ihm etwa 58 000 Mann gegenüber zu stellen und machte ihm in erbittertem Kampfe die Kanalübergänge streitig. In ihrem Besitz hätten die Österreicher den Feind auf und in den Tessin zurückwerfen, die Franzosen aber Clam-Gallas von Gyalay trennen und von beiden Seiten fassen können. Trotz des blutigsten Ringens gelang es aber keinem Teile den Sieg zu gewinnen; die Entscheidung mußte von Norden her kommen. Für die Österreicher wäre freilich die bloße Abwehr des feindlichen Anpralles schon ein Erfolg gewesen, und da er an der Behauptung seiner Stellungen nach stundenlangem Widerstande nicht mehr zweifelte, telegraphierte Gyalay triumphierende Siegesbotschaften nach Wien und verließ sogar den Kampfplatz. Er hatte das nördliche Schlachtfeld gänzlich außer acht gelassen. Hier war Mac Mahon in langsamem, aber beständigem Vordringen; gegen 6 Uhr traf er vor Magenta ein, und die Erstürmung des Dorfes, bei der Espinasse den Tod fand, entschied den Tag für die Verbündeten. Die hereinbrechende Nacht, die zerstreute Stellung der Franzosen, ihre schweren Kämpfe und Verluste — sie hatten 4000 Tote und Verwundete, die Österreicher 6000, dazu 4500 Gefangene verloren — machten jedoch eine Verfolgung des Sieges unmöglich. St. Jean d'Angely, der in dem Kampfe am Naviglio das

Hauptverdienst hatte, und Mac Mahon wurden zu Marschällen ernannt, der letztere, der Held des Tages, auch zum Herzog von Magenta. Gyulay trat am Morgen des 5. Juni den Rückzug an und gab den Siegern den Weg nach Mailand frei; auch die Festungen in seinem Rücken, Pavia, Piacenza und weiter Pizzighetone, Bergamo, Brescia ließ er räumen. Nur einer seiner Generale, Benedek, kam am 8. Juni bei Melegnano, drei Meilen südwestlich von Mailand, noch einmal zum Schlagen und wies einen Überfall Baraguay d'Hilliers' erfolgreich zurück; ja er marschierte am anderen Morgen auf der Straße gegen Mailand vor und bot, freilich umsonst, den Gegnern eine Schlacht an; dann wandte auch er sich rückwärts und am 10. Juni 1859 überschritten die letzten Österreicher die Adda.

Gefecht von  
Melegnano.

Napoleon übereilte sich nicht ihnen zu folgen. Am Tage der Schlacht von Melegnano hielt er mit Viktor Emanuel seinen Einzug in Mailand. Proklamationen an die Armee und an die Italiener bezeichneten das Ende dieser ersten Hälfte des Krieges. Hatte der Kaiser bei seiner Abreise von Paris in der Proklamation vom 3. Mai die Losung „Italien frei bis zur Adria“ ausgegeben, so wiederholte er jetzt die Versicherung seiner Uneigennützigkeit, versprach die Wünsche des Volkes zu erfüllen und rief die Italiener unter die Fahnen Viktor Emanuels. Es waren nicht die Lombarden allein, welche diese Worte auf sich bezogen. Aus Toscana, Parma und Modena waren die Fürsten entflohen; der Abzug der österreichischen Besatzungen aus den Städten der Romagna gab auch den nördlichen Provinzen des Kirchenstaates das Zeichen zur Erhebung und Mitte Juni hatte ganz Oberitalien, soweit es die österreichische Armee nicht besetzt hielt, und ein gutes Stück von Mittelitalien sich der Bewegung angeschlossen.

Napoleon in  
Mailand.

Mittelitalien.

In Wien empfand man jetzt bitter den Ernst der Lage, den man bis dahin unterschätzt hatte. Der Kaiser begab sich selbst zum Heere und übernahm am 16. Juni den Oberbefehl. Es standen ihm jetzt ganz andere Truppenmassen zur Verfügung, als Gyulay kommandiert hatte. Die Armee, die zwischen dem Gardasee und dem Po stand, zählte 220 000 Mann; halb so viel standen am Adriatischen Meere, in Tirol und Illyrien, und im übrigen Reiche befand sich noch eine Viertelmillion unter den Waffen. Aber was sich durch den kaiserlichen Oberbefehl nicht besserte, war die Unentschlossenheit und Unklarheit der Leitung. Zwei verschiedene Ansichten bekämpften sich. Der alte Heß wollte hinter den Mincio zurückgehen, der zweite Generalstabschef, Ramming, die Linie des Chiese, welcher westlich vom Mincio, diesem parallel, in den Oglio fließt, verteidigen. Der Kaiser schwankte zwischen beiden Ratschlägen hin und her. Am 24. Juni sollten die bereits zweimal geräumten Stellungen am Chiese zum drittenmal wiederbezogen werden. Aber auch die Verbündeten waren inzwischen vormarschiert und wollten an demselben Tage die Gegend zwischen Chiese und Mincio besetzen; auf keiner Seite erwartete oder beabsichtigte man eine Schlacht. Zu gegenseitiger Über-

Franz Josef  
zur Armee.

Unsichere Be-  
wegungen.

Schlacht von  
Solferino.

raschung traf man in der ersten Morgenfrühe, gleich beim Beginn des Marsches, aufeinander. Die Linie der Oesterreicher zog sich vom Südufer des Gardasees über Solferino, wo das Centrum war, südwestlich gegen Medole. Bei diesem Orte traf ihr linker Flügel auf General Niel, den Canrobert unterstützen sollte; bei Solferino standen die beiden Kaiser sich persönlich gegenüber; rechts bei Pozzolengo stieß Benedek auf die Piemontesen. Die Schlacht zerfiel dadurch in drei fast ganz unabhängige Kämpfe. Die Entscheidung lag bei Solferino. Hier wurde von 5 Uhr früh bis 2 Uhr mittags erbittert gestritten; die Oesterreicher unter Stadion bedeckten sich mit nicht minderem Ruhm als die Franzosen, bei denen sich Bazaine und Ladmiraull besonders auszeichneten. Als das Dorf endlich aufgegeben werden mußte, setzte Franz Josef den Widerstand persönlich in San Cassiano und Cavriana fort. Verloren und wiedergewonnen blieben auch diese Orte endlich 5 Uhr abends in der Hand der Franzosen, als ein furchtbares Sturm- und Regenwetter dem Kampfe ein Ende machte. Auch auf dem südlichen Schlachtfelde waren die Franzosen um diese Stunde siegreich, da Canrobert endlich seinem Rivalen Niel Hilfe gebracht hatte. Im Norden hingegen, wo Benedek gegen Viktor Emanuel stand, war das Glück von Anfang an auf Seiten der Oesterreicher. Die Piemontesen wurden bis hart an den See zurückgedrängt; durch neue Truppen verstärkt rückten sie zwar wieder vor, aber selbst ein fünfmaliger Sturm auf Benedeks Stellung San Martino brachte den Ort nicht in ihre Gewalt. Auch während des Unwetters dauerte hier der Kampf fort. Da erhielt Benedek die Nachricht von dem Ausgang der Schlacht bei Solferino und den Befehl zum Rückzug. Vor Zorn weinend gehorchte er, und um 7 Uhr abends konnte Lamarmora San Martino besetzen. Die Hauptmacht der Oesterreicher hatte unter dem Schutz des Unwetters inzwischen bereits den Rückzug über den Mincio angetreten; 13 000 Tote und Verwundete, über 9000 Zersprengte hatte ihnen der Tag gekostet; die Verluste der Frankosarden waren fast noch größer; an Toten und Verwundeten zählten sie über 14 000 Mann, doch beliefen sich die Zersprengten nicht ganz auf 3000. Die Stärke der beiden Heere war fast gleich gewesen, gegen 160 000 Oesterreicher, 150 000 Verbündete.

Politisch-militärische Lage nach der Schlacht.

Gegenüber der großen moralischen Bedeutung des Sieges waren die unmittelbaren Folgen nur sehr gering. Das Land bis an den Mincio, und auch der Übergang über den Fluß stand den Verbündeten allerdings offen aber jenseit desselben, gegen die Etsch hin, inmitten des berühmten Festungsvierecks, hart unter den Mauern von Verona, auf dem Schlachtfelde von Santa Lucia standen die Oesterreicher, reichlich 200 000 Mann stark, in den vorteilhaftesten Positionen. Die französische Armee erhielt mittlerweile zwar auch Verstärkungen, da Prinz Napoleon, der mit einem Korps am 23. Mai in Livorno gelandet und von da nach Parma gezogen war, sich in den ersten Tagen des Juli mit der Hauptarmee vereinigte. Aber dieser Zuwachs war geringfügig im Vergleich

zu den Truppenmassen, welche die Belagerung der beiden Minciofestungen erforderte; gegen Mantua wurde außer dem Prinzen noch Canrobert, gegen Peschiera die Piemontesen und Baraguay d'Hilliers entsandt, nur mit den drei Korps St. Jean d'Angelys (der Garde), Mac Mahons und Niels konnte der Kaiser dem Feinde zu einer dritten Hauptschlacht entgegenreten. Eine Niederlage war durchaus nicht unwahrscheinlich; ein Sieg stellte nur kümmerliche Früchte in Aussicht. Leicht konnten bei einer mühsamen Belagerung der Festungen, während gefährliche Seuchen im Heere ausbrachen, die Lorbeern von Magenta und Solferino wieder verloren gehen. Andere Erwägungen traten hinzu die Kriegslust zu mindern. Der Zug des Prinzen Napoleon durch Toskana und die Herzogtümer hatte dort das Verlangen hervorrufen sollen diesen Vetter des Kaisers zum Regenten zu erhalten. Aber keine Stimme hatte sich in diesem Tone vernehmen lassen; die allgemeine Forderung ging auf Verbindung mit dem oberitalischen Königreiche. Je länger der Krieg dauerte, desto lauter mußte sie ertönen und desto weniger konnte Napoleon sie überhören. Eine solche Stärkung Sardinien's lag aber keineswegs in seinen Absichten. Vollends der Anschluß der päpstlichen Romagna an den neuen Staat hätte des Kaisers Wünschen durchaus widersprochen und ihn in Verwickelungen mit dem Papste gebracht, die er ängstlich scheute. Mit dem wird man nicht vermittelst Kanonenschüssen fertig; diese Seite des Krieges gefällt mir nicht, hatte er schon bei seiner Landung in Genua bedenklich zu seinem Freunde Arese gesagt. Zu alledem gesellte sich jetzt noch die Gefahr Preußen und Deutschland auf die Seite Österreichs treten zu sehen. Eine ungeheure Aufregung hatte sich beim Beginn des Krieges der oberdeutschen Bevölkerungen bemächtigt; fast ungehört verhallten die Stimmen derer, welche zur Besonnenheit mahnten und den alten Grundsatz, daß am Po der Rhein verteidigt werde, bestritten. Mit endlosem Jubel wurden die österreichischen Truppen begrüßt, welche durch Bayern und Tirol nach Italien zogen; daß Preußen zögerte, mit voller Kraft dem bedrängten Bundesgenossen beizuspringen, galt für nichts Geringeres als Vaterlandsverrat. Und selbst im Norden war die öffentliche Meinung überwiegend für den Eintritt in den Krieg. Die schwärmerische Begeisterung für Österreich fand hier zwar nur spärlichen Anklang; umso mehr aber die Erwägung, daß Napoleon das Spiel seines Oheims zu wiederholen scheine, und, wenn er den Kaiserstaat gebrochen, sich über Preußen und Deutschland stürzen werde. Auch das Berliner Kabinett verkannte diese Gefahr nicht; aber in seinen Augen mußte die andere nicht minder bedenklich erscheinen: Österreichs Macht durch einen mit Preußens Hilfe erfochtenen Sieg so hoch zu schrauben, daß es seinen Willen dem Bundesgenossen als unweigerliches Gebot auferlegen könne. Man war in Berlin zum Kriege bereit, aber nur gegen Zugeständnisse an Preußens Machtstellung. Österreich brauchte nur die preußischen Bedingungen zu erfüllen, so marschierten die kriegsbereiten deutschen Regimenter, und Napoleon mußte an den Rhein eilen um das

Deutschland  
und Preußen.

Rußland. eigene Land zu schützen. Was ihm zunächst bevorstand, war eine Friedensvermittlung, über welche die drei neutralen Großmächte seit Solferino unterhandelten. Die Grundlagen derselben waren: Vereinigung der Lombardei und der Poherzogtümer mit Sardinien, Venetiens Konstituierung als selbständiger Staat unter einem österreichischen Erzherzog, Gründung eines italienischen Bundes, der aus Sardinien, Venetien, Toskana, dem Kirchenstaate und Neapel bestehen würde. Am 6. Juli erhielt Napoleon einen Brief des Kaisers von Rußland, welcher diese Vorschläge ankündigte und mit dem Bemerkten, daß Preußen und England entschlossen seien sie durchzuführen, die Entschuldigung verband, daß Rußland sich deshalb nicht in einen Krieg stürzen könne. Nun war Napoleons Schwanken vorüber; er wollte der Vermittlung zuvorkommen und jene Bedingungen als eigene Vorschläge an den Kaiser von Oesterreich richten. Noch an demselben 6. Juli überbrachte sein Adjutant Fleury dem Kaiser Franz Josef in Verona ein Handschreiben mit dem Antrag auf einen Waffenstillstand; am anderen Tage traf in Valeggio, dem französischen Hauptquartier, die österreichische Zustimmung ein und am 8. wurde in dem neutral erklärten Villafranca von Hefß, Baillant und della Rocca der Waffenstillstand abgeschlossen. Am 11. Juli 1859 fand an demselben Orte eine Zusammenkunft der beiden Kaiser statt. Sie dauerte eine Stunde und führte zu einer Verständigung. Napoleon begab sich nach Valeggio zurück und zeichnete die Ergebnisse der Unterredung in Vertragsform auf. Die Hauptpunkte waren: Gründung eines italienischen Bundes, Abtretung der Lombardei an Frankreich, das sie Sardinien übergeben werde, Rückkehr der Herrscher von Toskana und Modena (Parma wurde mit Stillschweigen übergangen) jedoch ohne bewaffnete Mitwirkung der Friedensschließenden, Reformen in diesen Ländern und im Kirchenstaat. Prinz Napoleon brachte diesen Entwurf nachmittags 4 Uhr nach Verona. Franz Josef änderte einiges daran. Mantua und Peschiera wurden von dem abzutretenden Gebiete ausgenommen; die Klausel wegen der bewaffneten Einmischung in Toskana und Modena gestrichen. In dieser Fassung unterzeichnete Franz Josef den Entwurf und erhielt am anderen Morgen Napoleons und Viktor Emanuels Unterschrift.

Zusammenkunft in Villafranca.

Die Präliminarien.

Der Züricher Friede.

Rücktritt Cavour's.

Mit diesen Präliminarien von Villafranca war der Krieg beendet; der wirkliche Friedensschluß fand erst vier Monate später am 10. November 1859 in Zürich statt. Nur die Abtretung der Lombardei wurde so vollzogen, wie sie verabredet war. Die Rückkehr der Fürsten, die Reformen im Kirchenstaat, der italienische Bund, alles das existierte nur auf dem Papier. Die lebendige Weiterentwicklung der Thatsachen ging rücksichtslos darüber hinweg.

Der Italiener bemächtigte sich, als sie die Nachricht von Villafranca erhielten, ein gewaltiger Zorn. Am tiefsten getroffen war Cavour. Mit ungeheurer Anstrengung hatte er von Turin aus als stellvertretender Kriegsminister — Lamarmora war zum Heer abgegangen —, als Minister des Aeußeren, als Ministerpräsident für das Gelingen seines

Werkes gearbeitet. Er hatte nicht mehr daran gezweifelt: daß des Kaisers Programm: Frei bis zur Adria! zur Wahrheit werde. Kühnere weitergehende Hoffnungen hatte die Erhebung Mittelitaliens geweckt. Was war demgegenüber der Gewinn der Lombardei? Mußte man sich nicht aus allen Kräften den Abmachungen von Villafranca widersetzen? Konnte Italien nicht mit eigener Macht den Krieg fortführen? Auf die erste Kunde von dem Geschehenen eilte Cavour ins Hauptquartier; aber es war zu spät. Eine heftige Scene mit dem König, und der Graf sah ein, daß seine Stunde gekommen sei; er kehrte nach Turin zurück und gab am 19. Juli seine Entlassung. Ein Kabinett Rattazzi ersetzte ihn <sup>Rattazzi.</sup> und seine Kollegen. Der Wechsel war aber nicht bloß eine Folge des Unmuths und der Aufwallung, er war eine politische Nothwendigkeit für Italien. Die Klagen und Forderungen, welche die Nation jetzt noch zu erheben hatte und die auf einem Kongreß, den Napoleon beabsichtigte, zur Sprache kommen mußten, konnten weit nachdrücklicher von neuen Männern geltend gemacht werden als von Cavour, dem man in Berlin und Petersburg nicht minder als in Wien und Paris Revolutionspläne zutraute. Davon abgesehen arbeitete der neue Minister des Auswärtigen Dabormida vollkommen in seines Vorgängers Sinn. Schon am 23. Juli kündigte er in einem Rundschreiben an, daß Sardinien dem italienischen Bunde nicht beitreten und auf dem Kongreß die Forderungen der Herzogtümer verfechten werde. Die Hoffnung nicht bloß Parma, sondern auch Modena, Toskana und die Romagna doch noch zu gewinnen gab man in Turin keinen Augenblick auf.

### Mittelitalien, Savoyen und Nizza.

Am wenigsten Neigung die staatliche Selbständigkeit zu opfern be- <sup>Toskana.</sup> stand wohl in Toskana, obgleich dessen Fürst der erste gewesen war, der sein Land verließ. Anfang April hatte der piemontesische Gesandte Boncompagni wiederholt die dringende Aufforderung an ihn gerichtet dem Bündnis gegen Oesterreich beizutreten; sie war höhnisch zurückgewiesen worden. Als aber in den Ostertagen das Ultimatum Buols und der bevorstehende Ausbruch des Krieges bekannt wurden, als eine lebhafteste Bewegung durch die Bevölkerung ging und die Führer der gemäßigten Liberalen (der sogenannten Aristonationalen) den Großherzog beschworen seine Krone nicht aufs Spiel zu setzen, als die Radikalen offen seine Abdankung verlangten und im Heere die Zeichen der nationalen Gesinnung sich mehrten, da entschloß sich Leopold in der Nacht zum 27. April 1859 ein liberales Ministerium zu berufen und in das verlangte Bündnis zu willigen. Aber jetzt war es schon zu spät. Ricasoli, das Haupt der Aristonationalen, hatte, an der Befehrsung des Großherzogs verzweifelnd, bereits Florenz verlassen; die Radikalen wollten von der Erhaltung des Herrscherhauses überhaupt nichts wissen; schon

Flucht des  
Großherzogs.

mittags überzeugte sich Leopold, daß seine Rolle vorerst ausgespielt sei, und verließ unter dem Schutze des diplomatischen Korps mit seiner Familie das Land. Sogleich wurde eine vorläufige Regierung eingesetzt, an deren Spitze Peruzzi stand, und am nächsten Tage die Diktatur für die Kriegszeit dem Könige Viktor Emanuel übertragen. Dieser lehnte den Titel ab, weil Frankreich ihn übel vermerken konnte, übernahm jedoch die Oberleitung der Streitkräfte und die Beschützung des Staates, dessen Unabhängigkeit ausdrücklich anerkannt wurde. Zu seinem Stellvertreter in Florenz ernannte er den bisherigen Gesandten Boncompagni, der von der provisorischen Regierung am 8. Mai die Gewalt übernahm und ein Ministerium Ricasoli-Ridolfi bildete. Der Aufenthalt des Prinzen Napoleon im Lande und seine Versuche sich Anhang zu verschaffen blieben ohne jeden Erfolg; dagegen wuchs mit jedem Tage die Partei des Anschlusses an Sardinien; auch Ricasoli und andere Minister bekannten sich offen zu ihr, und als nach der Schlacht von Magenta der Erfolg der verbündeten Waffen einen Umschlag des Glücks unwahrscheinlich machte, ertönte von allen Seiten der Ruf nach Annexion.

Modena und  
Parma.

Modena und Parma gingen darin mit gutem Beispiele voran. Die Herzogin Luise von Parma hatte ihr Land schon am 1. Mai verlassen, war aber nach einigen Tagen zurückgekehrt. Als jedoch infolge des Rückzugs der Oesterreicher und besonders der Räumung von Piacenza ihre Lage gefährlich wurde, entwich sie zum zweitenmal. Auch Herzog Franz von Modena verließ sein Land, aber an der Spitze seiner Truppen, die ihm treu blieben. Sofort erklärten nun die Stadträte den erneuten Anschluß an Piemont auf Grund der Abstimmungen von 1848 und erbaten sich von Turin einen Statthalter, der ihnen in der Person Farinis am 14. Juni 1859 geschickt wurde. Ebenso geordnet und unblutig wie hier ging die Revolution auch im Norden des Kirchenstaates vor sich. Unmittelbar nach der österreichischen Besatzung verließ auch der päpstliche Legat am 12. Juni Bologna. Forlì, Ravenna, auch das zuletzt, am 22., geräumte Ferrara erhoben sich für den Anschluß und erkannten die vorläufige Regierung an, die in Bologna unter des Marschese Pepoli Vorsitz gebildet war. Das Anerbieten der Diktatur lehnte Viktor Emanuel auch hier unter derselben Form wie in Toskana ab; allein Massimo d'Azeglio erschien als sein Vertreter und stellte eine geordnete Regierung her, in der Pepoli, Montanari und der Piemontese Pinelli die bedeutendsten Kräfte waren. Weniger glücklich entwickelten sich die Sachen in den Marken und in Umbrien. Ancona wurde von den Oesterreichern geräumt, aber von den Päpstlichen wieder besetzt. Damit war der Ausdehnung der Revolution nach Süden hin ein Riegel vorgeschoben. Noch geringeren Erfolg erzielte sie jenseit des Apennins. Hier hatte sich Perugia an der Tiber auf das Beispiel Bolognas am 14. Juni erhoben und den Legaten zur Flucht gezwungen. Aber schon nach wenigen Tagen nahte die Rache. Ein päpstliches Schweizerregiment unter dem Obersten Schmid erstürmte am 20. Juni die Stadt und vollzog

Aufstand in  
Perugia.

durch Ermordung, Mißhandlung und Plünderung der Einwohner ein fürchterliches Strafgericht.

Dieses Ereignis, dessen Greuel obendrein noch bedeutend übertrieben wurden, wirkte zwar einerseits einschüchternd, so daß Jano, Sinigaglia und andere umbrische Städte sich ohne Widerstand die päpstlichen Besatzungen gefallen ließen, auf der anderen Seite kam es doch auch der nationalen Bewegung zu gute, und nicht bloß moralisch. Der Schweizer Bundesrat protestierte dagegen, daß Truppen, welche derartiger Thaten fähig seien, als Schweizer bezeichnet würden, und verlangte, daß aus ihren Fahnen die Schweizer Kantons-Wappen entfernt würden. Das wollte sich ein Teil der neapolitanischen Schweizerregimenter nicht gefallen lassen, sondern revoltierte am 7. Juli 1850, und wenn dieser Aufstand auch in kurzer Zeit blutig niedergeschlagen wurde, so überzeugte er doch die neapolitanische Regierung so gründlich von der Morscheit dieser Stütze des Thrones, daß sie unmittelbar darauf allen Schweizern den Austritt aus dem Heere freigab. Allein in Palermo machten 1300 davon Gebrauch; nur 800 Veteranen erklärten sich bereit zu bleiben und wurden zu einem Bataillon formirt. So hatte das süditalienische Königreich infolge der Einnahme von Perugia einen guten Teil seiner Soldaten verloren. Der Papst selbst empfand die Wirkungen zunächst nur insofern, als der Bundesrat Neuwerbungen in der Schweiz mit Nachdruck entgegentrat.

Auflösung der  
Schweizer-  
truppen.

Die neuen Zustände in der Romagna und den Herzogtümern hatten sich kaum ein wenig befestigt als der Friede von Villafranca sie schon wieder umzustößen drohte. Die Bevollmächtigten Viktor Emanuels, Azeglio, Farini und Boncompagni, wurden natürlich zurückberufen; der Herzog von Modena mit seinen 6000 Mann und die päpstlichen Truppen standen bereit über ihre Beute herzufallen; kaum (minder gefährliche Feinde waren besonders in der Romagna die Mazzinisten, welche nur auf den Zusammenbruch der bisherigen Behörden lauerten um selbst ans Werk zu gehen. Es kam also viel darauf an, die sardinischen Bevollmächtigten schleunigst durch andere leitende Persönlichkeiten zu ersetzen. In Modena war man dessen überhoben; Farini legte zwar sein Amt nieder, trat aber zugleich aus dem sardinischen Dienst aus und wurde sofort zum Diktator ausgerufen; auch Parma erkannte ihn als solchen an. In Bologna ward nach Azeglios Abreise der Korsé Cipriani zum Generalstatthalter erkoren; in Toskana übergab Boncompagni seine Gewalt in die Hände des Ministerrates, an dessen Spitze Ricasoli als Haupt der vollziehenden Gewalt verblieb. Überall fühlte man jetzt das Bedürfnis durch feierliche Erklärungen sich gegen die Rückkehr der vertriebenen Fürsten zu verwahren; in Parma geschah das durch eine Volksabstimmung, in Modena durch die Sammlung von 90 000 Unterschriften, endlich in diesen beiden Staaten sowohl wie in Florenz und Bologna durch Beschlüsse neugewählter Nationalversammlungen: in Toskana schon

Der Friede von  
Villafranca.

Annexions-  
beschlüsse.

Viktor Ema-  
nuels Beden-  
ten.

Schutz- und  
Trugbünd-  
nisse.

Ermordung  
Anviti in  
Parma.

Mazzini.

Garibaldi.

am 16. August, in Modena am 20., am 6. September in Bologna, am 14. in Parma. Überall wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt; die vereinzelteten Gegner blieben aus den entscheidenden Sitzungen weg. Den Deputationen, die darauf nach Turin geschickt wurden um Viktor Emanuels Zustimmung zu erbitten, ward allen in verschiedener Form dieselbe Antwort zu teil; der König versprach kraft der ihm durch den Volkswillen übertragenen Rechte die Sache der vier Länder bei den Großmächten und besonders bei Napoleon kräftig zu verteidigen; die Regierung derselben zu übernehmen durfte er nicht wagen und gegen gewaltsamen Angriff ihnen keine Hilfe in Aussicht stellen. Drohte dieser Angriff aber nur von den vertriebenen Fürsten, so waren die provisorischen Regierungen ohne Furcht. Die päpstlichen Flüche und Bannbullen vom 20. Juni und 26. September blieben wirkungslos; der neue Großherzog von Toskana, zu dessen Gunsten sein Vater Leopold abgedankt hatte, wurde zwar durch französische Noten warm empfohlen; aber weder er noch die Herzogin von Parma hatten Truppen zur Verfügung. Außer dem Papste gebot nur Franz von Modena über eine bewaffnete Macht. Ihnen waren jedoch die vier Länder vollständig gewachsen, da sie bereits im August ein Schutz- und Trugbündnis geschlossen, das eine gemeinschaftliche Armee von 25 000 Mann ins Leben rief. Der piemontesische General Fanti, der die Organisation leitete, wußte diese Zahl binnen kurzer Zeit auf 40 000 zu bringen und bewährte dabei solche Tüchtigkeit, daß ihn Cavour im nächsten Jahre zum piemontesischen Kriegsminister machte. Die Gefahr, vor der man zunächst am meisten auf der Hut sein mußte, war Anarchie im Inneren oder mazzinistische Einfälle in den Kirchenstaat. Das eine wie das andere konnte die Handhabe zu österreichischer oder französischer Einmischung werden. Im allgemeinen erkannte aber auch das Volk diese Klippen sehr wohl und beobachtete eine preiswürdige Ruhe und Ordnung. Nur in Parma kam es einmal zu einem politischen Tumult, als eines der verhaßtesten Werkzeuge des 1854 ermordeten Herzogs, der Oberst Anviti, zurückzukehren wagte; um ihn zu schützen brachte ihn die Regierung ins Gefängnis; aber dieses wurde von der erbitterten Menge erstürmt und Anviti fiel als Opfer des blinden Hasses. Verhänglicher waren die Pläne Mazzinis. Ihm erschien selbst das Höchste, was auf dem bisher beschrittenen Wege erreicht werden konnte, die Vereinigung der vier Provinzen mit Sardinien, als verwerfliche Abschlagszahlung; nur der Einheitsstaat der ganzen Halbinsel befriedigte ihn; um dieses Ziel zu erreichen war er zu jedem Opfer bereit, selbst zur Anerkennung der Monarchie. Von der Schweiz aus verhandelte er deshalb direkt mit dem Könige selbst; als dies erfolglos blieb, wagte er sich persönlich nach Mittelitalien und knüpfte mit Fanti, Farini, Ricasoli, Garibaldi und anderen an. Der letztere sollte die Hauptrolle spielen und aus der Romagna in den Kirchenstaat einfallen. Die Vorbereitungen waren schon weit gediehen, als sie Mitte November 1859 an der entschiedenen Weige-

zung Farinis, der wenige Tage zuvor an Ciprianis Stelle Diktator auch in der Romagna geworden war, und an dem strengen Befehl des Turiner Kabinetts scheiterten. Ergrimmt über diese „miserable Fuchspolitik“ nahm Garibaldi seinen Abschied; die Stellung der sardinischen Regierung aber war durch dies entschlossene Auftreten nach außen hin ebenso sehr verbessert wie nach innen verschlechtert worden.

Daß der beabsichtigte Kongreß sich noch hinauszog, kam der italienischen Sache nur zu gute. Denn mittlerweile thaten Ricasoli und Farini das ihrige um in den vier Provinzen piemontesische Einrichtungen einzuführen. Besonders kräftig ging Farini damit vor, der die Romagna, Modena und Parma als „Emilische Provinzen“ (ein Name, den er von der alten Römerstraße entlehnte, die sie durchschnitt) zu einem Ganzen vereinigte und den Regierungssitz nach Modena verlegte. Er führte die sardinische Verfassung ein, übertrug das Postwesen an Piemont und hob die Zollgrenzen gegen das Königreich und Toskana auf. Auch den letzteren Staat in dieses enge Bündnis einzureihen gelang nur unvollkommen. Ricasoli war bereit und ging sogar damit voran die Regentschaft über die verbündeten Provinzen dem Better Viktor Emanuels, dem Prinzen von Carignan, anzubieten, der während des Krieges Stellvertreter des Königs in Sardinien gewesen war. Als aber Carignan auf Befehl Napoleons ablehnte, wollte der toskanische Minister den zum Ersatz vorgeschlagenen Boncompagni nicht annehmen und es dauerte bis gegen Weihnachten, ehe er sich fügte; der Einfluß, der dem neuen Regenten zugestanden wurde, war überdies äußerst gering. Alle diese Vorgänge hatten indes ihren Eindruck auf Napoleon nicht verfehlt. Daß in Toskana für seinen Better nichts zu machen sei, war ihm ebenso klar geworden, wie daß in der Emilia ein bloßer Kongreßbeschuß die Rückführung des alten Zustandes nicht ermöglichen werde. Und selbst gegen einen solchen Beschluß stand der Protest Englands und Sardinien's in sicherer Aussicht; von Preußen und Rußland war mindestens keine Einwilligung zu bewaffneter Einmischung zu erwarten. In Erwägung dieser Sachlage entschloß sich der Kaiser zu einem Wechsel seiner Politik; er wollte in die Annexion Toskanas und der Emilia willigen und dafür Savoyen-Nizza als Lohn fordern. Die Einladungen zum Kongreß ergingen und eine Broschüre: Der Papst und der Kongreß, die am 24. Dezember 1859 erschien, enthüllte das neue kaiserliche Programm. Der kurze Inhalt desselben war, daß der Papst zur ungestörten Ausübung seiner geistlichen Pflichten nur einer beschränkten weltlichen Macht benötige und daß die Stadt Rom mit dem sog. Erbteil St. Peters dazu völlig ausreiche. Dem Jubel der Italiener entsprach der Grimm im Vatikan. Der Papst selbst brandmarkte die Schrift in seiner Neujahrsansprache an das französische Offiziercorps in Rom als ein Denkmal der Heuchelei, als ein unedles Gemälde von Widersprüchen. Allein durch seinen Briefwechsel mit dem Kaiser mußte er sich wohl oder übel davon überzeugen, daß es diesem ernst mit dem Vorschlag sei, und die

Die Emilia.

Toskana.

Der Papst und  
der Kongreß.

Ernennung Thouvenels zum Minister des Auswärtigen an Walewskis statt vollendete die Schwenkung der französischen Politik.

Wiedereintritt  
Cavour's.

Jetzt war auch Cavour's Stunde wiedergekommen. Längst schon zum Vertreter des Königs auf dem Kongreß ausersehen, war er, der Vertraute von Plombières, jetzt der richtige Mann um die Annexion Mittelitaliens, aber freilich auch die Abtretung von Savoyen und Nizza zu vollziehen. Rattazzi, der sich leidenschaftlich an seinen Posten klammerte, war zwar durch seine Willfährigkeit in Paris auch recht gut angeschrieben, aber er hatte gerade in den letzten Wochen doch noch mehr durch sein Liebäugeln mit den Radikalen, die unter Garibaldis Vorsitz einen Verein, la nazione armata, gebildet hatten, verdorben. Am 16. Januar 1860 gab er seine Entlassung, am 20. hatte Cavour ein neues Ministerium gebildet, in dem Fanti, Farini, der Lombarde Jacini, der Romagnole Mamiani sogleich oder nach einigen Wochen ihren Platz fanden. Ein Rundschreiben Cavour's vom 27. Januar kündigte den festen Entschluß an die mittelitalienische Frage ihrer Lösung zuzuführen. Englands Unterstützung war ihm dabei sicher. Schon am 22. hatte Russell in Paris die allmähliche Räumung Roms durch die französischen Truppen und eine neue freie Abstimmung in der Emilia und Toskana vorgeschlagen. Frankreich billigte beides und erlangte von Oesterreich wenigstens soviel, daß es sich am 17. Februar anheischig machte keinen Konflikt deshalb hervorzurufen, wenn es gleich den neuen Zustand nicht anerkennen werde. Cavour gegenüber schlug Thouvenel aber noch einen zurückhaltenderen Ton an. In zwei Noten vom 24. Februar bot er die Annexion von Modena und Parma sowie das Vikariat in der Romagna an, verlangte aber für Toskana Wiederherstellung der Selbständigkeit; dagegen müsse Frankreich für sich die Abtretung von Savoyen und Nizza fordern. Cavour erwiderte, Sardinien sei nicht in der Lage den Bewohnern dieser Provinzen die freie Entscheidung über ihr Schicksal zu verweigern, da es dieselbe für Mittelitalien ja selbst in Anspruch nehme; es werde sich hier wie dort der freien Abstimmung des Volkes fügen; über Toskana und das Vikariat enthielt er sich weiterer Erörterungen. Sogleich aber wurde von Farini und Ricasoli (Boncompagni legte seine Würde nieder) die Abstimmung auf den 12. und 13. März anberaumt. In der Emilia stimmten für die Annexion 426 000, dagegen 756; in Toskana dafür 366 000, dagegen 15 000. Am 18. März überbrachte Farini, am 22. Ricasoli das Resultat. Der König acceptierte beide Abstimmungen und übernahm die Regierung am 25. März. Ein letzter Versuch den Papst dadurch zu versöhnen, daß ihm die Oberhoheit in der Romagna gelassen werden und der König nur sein Vikar sein sollte, wurde wie frühere Anerbietungen derselben Art in Rom unbedingt zurückgewiesen; ein Breve vom 26. März verhängte die Exkommunikation über alle bei dem Abfall Beteiligten. Von Napoleon war kein weiterer Widerstand zu befürchten; er verwahrte sich zwar noch am 15. März in einem Briefe an den König gegen die Aneignung Toskanas, allein

England und  
Frankreich.

Abstimmungen  
in Mittel-  
italien.

Annahme  
durch den  
König.

das sollte nur die Abtretung Savoyens und Nizzas beschleunigen. Am 23. März wurde der Vertrag, welcher diese regelte, von Talleyrand und Benedetti, Cavour und Farini in Turin unterzeichnet. Die Abstimmung vom 13. April ergab in Nizza auf 25 000 Ja nur 160 Nein, in Savoyen auf 130 000 Ja etwas über 2000 Nein. Daß französische Wühlereien, Versprechungen wie Drohungen viel dazu gethan dies Ergebnis herbeizuführen, lag auf der Hand; aber auch die zwingende Macht der Thatfachen, die geographische Lage Savoyens am Westabhange der Alpen, die französische Abstammung und Sprache seiner Bewohner durften nicht vergessen werden. Für Nizza trafen die letzten Umstände zwar nicht zu; aber auch diese Stadt neigte durch ihre Handelsbeziehungen, durch ihren Fremdenverkehr, durch den provençalischen Charakter ihrer Bevölkerung mindestens ebenso sehr zu Frankreich wie zu Italien. Nur in den gebildeteren Familien war ein nationales Bewußtsein entwickelt; daß Garibaldi hier geboren war, er, der volkstümliche Held des neu-erstehenden Italien, konnte nur solche über die wirkliche Stimmung der Nizzarden irreführen, die aus einem vereinzelt Umstand einen allgemeinen Schluß zu ziehen für erlaubt hielten. Sein Protest und sein Austritt aus der Kammer am 23. April machten großen Eindruck, änderten aber an der Sachlage nichts. Auch das Parlament, in dem die Vertreter Mittelitaliens bereits ihre Sitze eingenommen hatten, bestätigte am 29. Mai nach tagelanger Debatte mit großen Mehrheiten (229 gegen 35 im Abgeordnetenhaus, 92 gegen 10 im Senat) die Abtretung, und Frankreich war um 240 Quadratmeilen größer, um 800 000 Einwohner reicher geworden.

Abtretung  
von Nizza und  
Savoyen.

Garibaldi.

Von allen europäischen Mächten wurde dieser Schritt mit Mißbehagen angesehen; entschieden dagegen aufzutreten wagte keine. In England machte die Opposition dem Ministerium bittere Vorwürfe, als ob der soeben abgeschlossene vorteilhafte Handelsvertrag mit Frankreich das Linsengericht gewesen sei, um das es seine Zustimmung verkauft habe. Die Schweiz beschwerte sich lebhaft, weil die Neutralität der nördlichen Teile Savoyens, die vom Wiener Kongreß verfügt war, durch die Einverleibung in Frankreich hinfällig geworden sei. Aber trotz des eifrigsten Notenwechsels, trotz der heftigen Sprache der Zeitungen war von Napoleon nichts anderes zu erlangen als freundschaftliche Versicherung und begütigende Worte. Von einer Abtretung jener Nord-distrikte, des Chablais und Faucigny, die er im Februar der Schweiz in Aussicht gestellt, wollte er nichts mehr hören. Dem Bundesrate blieb daher nichts übrig als seine Rechte zu verwahren und jedes Abkommen, durch welches er die Einverleibung Savoyens anerkannt hätte, zu verweigern. Soweit es die Neutralität der Schweiz zuließ, entfernte sich dieselbe in ihren politischen Beziehungen von Frankreich und näherte sich Italien.

England und  
die Schweiz.

## Neapel und der Kirchenstaat.

Umfang des  
neuen König-  
reiches.

Gefährdung  
des Kirchen-  
staates.

Sizilien.

Neapel.

Franz II.

Viktor Emanuels Macht hatte sich durch die Ereignisse des letzten Jahres mehr als verdoppelt. War durch die Abtretung Savoyens und Nizzas die Bevölkerung seines alten Königreiches auf wenig über 4 Millionen gemindert, so waren 2 $\frac{1}{2}$  Millionen Lombarden, 500 000 Parmesen, 600 000 Modenesen, über eine Million Romagnolen und fast zwei Millionen Toskaner dafür hinzugekommen. Aber es war doch immer erst die kleinere Hälfte der Italiener, die unter seinem Scepter stand. Von Venetien mit 2 $\frac{1}{4}$  und Wälschtirol mit  $\frac{1}{2}$  Million ganz abgesehen, zählten der Kirchenstaat mit 2 und Neapel-Sizilien mit 8 $\frac{1}{2}$  Millionen zusammen ebensoviel Unterthanen wie das neue Königreich. Das Werk der Wiedergeburt Italiens war deshalb noch lange nicht beendet, und Cavour war nicht willens auf den Weiterbau zu verzichten. Jetzt sind wir Komplizen, nicht wahr? sagte er sarkastisch zu Benedetti, als er den Abtretungsvertrag vom 23. März 1860 unterzeichnet hatte. Er selbst durfte freilich fortan nicht offen in den Vordergrund treten; aber es fehlte nicht an anderen Kräften, die das für ihn besorgten und die mehr des Zügels als des Sporns bedurften. Geographisch hätte es am nächsten gelegen die weitere Annexion des Kirchenstaates zuvörderst zu betreiben; auch politisch konnte die Broschüre: Der Papst und der Kongress, dazu verlocken. Denn das Patrimonium Petri, welches diese als einen genügenden weltlichen Besitz des Kirchenhauptes bezeichnete, umfaßte nur  $\frac{3}{4}$  Millionen Einwohner und fast die doppelte Anzahl in den Marken und Umbrien erschien deshalb als gestattete Beute. Die Radikalen brannten denn auch vor Begier sich über diese zu stürzen, allein Cavour hielt sie zurück. Lohnender und folgenreicher erschien ein Angriff auf das neapolitanische Königreich, das in Sizilien eine tödlich verwundbare Stelle hatte. Dorthin verwies Fanti den Nizzarden Ribotti, der in Umbrien einbrechen wollte; dort hatte Lafarina seit langem seine Verbindungen angeknüpft; dort sollte Garibaldi Genugthuung für den Verlust seiner Vaterstadt suchen. Als er im Begriff war nach Nizza abzusiegeln um dort die Annexion zu hintertreiben, erhielt er in Genua ein lakonisches Billet Cavour's: Nizza oder Sizilien? Er blieb in Genua und begann seine Vorbereitungen.

Neapel hatte dem Kriege von 1859 unthätig zugesehen. Beim Beginn desselben, am 22. Mai, starb Ferdinand II., ein Fünfziger, nach neunundzwanzigjähriger Regierung. Vergeblich hatte seine Witwe, die Erzherzogin Maria Theresie, ihrem eigenen Sohn, dem Grafen Trapani, die Nachfolge zu verschaffen versucht; der berechtigte Erbe, Franz Herzog von Kalabrien, ein Sohn des Königs aus erster Ehe und seit wenigen Wochen Gemahl der bayerischen Prinzessin Marie, einer Schwester der Kaiserin von Oesterreich, bestieg den Thron. Eine leichte Wendung zum besseren trat in der inneren Regierung ein; die politisch Verdächtigen wurden zu

Ämtern zugelassen, manchen Flüchtlingen die Rückkehr erlaubt, bald auch die verhasste Schweizertruppe aufgelöst. In der äußeren Politik war die Anknüpfung der diplomatischen Beziehungen zu den Westmächten ein Gewinn. Aber in den beiden Hauptpunkten folgte Franz dem Vorbilde seines Vaters: er wollte nichts von einer Verfassung wissen und verwarf das von Cavour angebotene Schutz- und Trutzbündnis mit Sardinien, so warm dies auch von Rußland empfohlen wurde. Ja, er trug sich sogar mit kriegerischen Gedanken und ließ sich im Herbst 1859 mit Antonelli, dem Wiener Hofe und der Königin Isabella von Spanien in allerhand Bittungen ein, welche die Wiedereroberung der Romagna, die Rückführung der vertriebenen Fürsten nach Toskana, Parma und Modena und die Begründung eines österreichisch-italienischen Gegenbundes gegen Piemont zum Ziele hatten. Je näher man aber diesem Plane trat, desto zweifelhafter erschien sein Gelingen, und so schrumpfte er immer mehr zusammen bis im März 1860 auch der letzte Überrest desselben, der Voratz die neapolitanischen Truppen in die Marken und Umbrien als Besatzung einrücken zu lassen, vor dem kräftigen Einspruch Cavour's und dem dringenden Rate Englands zusammenfiel.

Auch die innere Lage des Landes hätte von solchen Entwürfen zurückhalten müssen; denn während auf dem Festlande die Muratisten von Frankreich heimlich begünstigt, geschäftig am Werk waren, arbeiteten die Mazzinisten und der Nationalverein um die Wette an der Revolutionierung Siziliens. Die Berichte der königlichen Behörden lauteten immer bedenklicher, und als es am 3. April 1860 in Palermo zu einem Aufstande kam, wurde derselbe zwar in der Stadt schnell unterdrückt, verbreitete sich aber über das flache Land und selbst nach Messina und anderen Städten. Überall verkündigte das Gerücht, daß Garibaldi in kurzer Frist mit seinen Freiwilligen erscheinen werde, und in den Häfen von Messina liefen sogar piemontesische Kriegsschiffe unter Persanos Kommando ein, was die Rebellen nicht wenig ermutigte. Die Landung Garibaldis wünschte Cavour freilich zu verhindern oder mindestens zu verzögern. Wenn die Aktionspartei nicht länger zu bändigen war, dann hielt er wohl Sizilien für ihr bestes Arbeitsfeld und suchte sie dorthin zu lenken; indes am liebsten wäre es ihm gewesen, sie hätte sich überhaupt still verhalten. In den letzten Tagen des April mußte Casarina Garibaldi, der in der Nähe von Genua weilte, besuchen und ihn zur Ruhe mahnen. Der Erfolg war nicht so günstig wie jener wähnte. Angestachelt von seinen sizilianischen Freunden Lamasa und Crispi, von Bertani, dem Ungarn Türr, Rino Virio und anderen Getreuen, traf Garibaldi die letzten Vorbereitungen und ging in der Nacht zum 6. Mai 1860 mit 1067 Mann von Genua in See. Ohne Zweifel hätte Cavour ihn mit Gewalt daran hindern können, aber dann wäre seine Rolle zu Ende gewesen. Er begnügte sich damit Persano anzuweisen die Schiffe festzuhalten, falls sie in einem Hafen der Insel Sardinien anlegen sollten. Das geschah aber nicht. Garibaldi landete zwar noch einmal

Restaura-  
tionspläne.

Aufstand in  
Palermo.

Garibaldis  
Abfahrt.



Landung in  
Marsala.

um seine Ausrüstung zu vervollständigen; aber er that es an der Südgrenze Toskanas, bei St. Stefano. Ungehindert setzte er dann seine Fahrt nach Marsala an der Westspitze Siziliens fort und landete hier, beschützt von zwei englischen Kriegsdampfern, die unter dem Vorwande ihrer eigenen Sicherheit von den neapolitanischen Schiffen eine Unterbrechung der Kanonade verlangten und erhielten. Sogleich brach er gegen Palermo auf. Bei Calatafimi schlug er am 14. Mai die ersten königlichen Truppen. Sein Häuflein vermehrte sich durch den Zuzug aufständischer Scharen; aber die Aushebung aller Wehrfähigen von 17—20 Jahren, die er als Diktator im Namen Viktor Emanuels anordnete, hatte wenig Erfolg. Nur mangelhaft gelang es Lamasa und anderen Sendlingen die Insulaner zur Erhebung zu reizen; erst wenn ein größerer Trupp Garibaldianer erschien und die Königlichen wichen, wagten es die unkriegerischen Sizilianer sich jenen anzuschließen; die mutigsten waren die Mönche. Ohne Schlappen ging es auch für Garibaldi nicht ab; so verlor er bei Parco südlich von Palermo am 24. Mai seine Kanonen; aber während die Neapolitaner einen Teil der Seinen südwärts verfolgten, wandte er selbst sich mit kaum 3000 Mann gegen die Hauptstadt und drang in der Frühe des 27. ein. Bis zum Mittag des 30. dauerte der Kampf, da bot Lanza, der königliche Befehlshaber, einen Waffenstillstand an; mehrfach verlängert verwandelte sich derselbe am 6. Juni unter vorheriger Billigung des Königs Franz in eine Kapitulation; Flotte und Heer räumten die Hauptstadt; an demselben Tage lief Persano mit zwei Kriegsschiffen in den Hafen ein.

Einzug in  
Palermo.

Die europäische  
Diplomatie.

Während nun Garibaldi in Palermo einen mehrwöchentlichen Aufenthalt nahm um die Regierung der Insel neu zu ordnen, während er dem Drängen der Annexionisten widerstand, weil er die Kräfte Siziliens zu seinen weiteren Unternehmungen selbst in der Hand behalten wollte, während er so weit ging Cavour's Vertrauten Lasarina von der Insel zu verbannen und dem König, der ihm von weiteren Plänen abriet, eine abschlägige Antwort zu geben, entwickelte die gesamte europäische Diplomatie eine fieberhafte Thätigkeit theils um die Früchte des Unternehmens zu sichern, vorwiegend aber um sie zu nichte zu machen. Im ersten Augenblick war alles wie verduzt über die verwegene Reckheit des Abenteurers. Nicht übel stellte ein italienisches Witzblatt die Gesandten dar, wie sie mit langen Nasen den absegelnden Schiffen nachsehen; auch Cavour's Nase ist sehr lang, aber der Russe behauptet, sie sei von Papiermache. Aus Neapel erschollen natürlich die heftigsten Klagen und Anklagen; alle Welt wurde um Hilfe angerufen, aber die Neigung war nirgends groß. Am meisten war Rußland erbittert, das übrigens Sardinien so wohl geneigte; daß Cavour und die Engländer seinen alten Bundesgenossen in dieser Weise behandelten, erklärte Alexander für infam, und Gortschatoff ließ nach Turin melden, nur die geographische Lage Rußlands halte es von bewaffneter Einmischung ab. In Berlin und Paris mißbilligte man das Geschehene auch mit kräftigen Worten; aber

dort war von thätlichem Eingreifen überhaupt nicht die Rede, und hier übten die muratistischen Hoffnungen im stillen ihre Zauberkraft. England machte kaum ein Gehr aus seinem Beifall. So fanden Neapels Bittgesuche, die der Minister de Martino persönlich nach Paris trug, nirgends Gehör; statt dessen drängten sich von allen Seiten die Ratschläge, König Franz solle eine liberale Verfassung verkünden und ein nationales Bündnis mit Viktor Emanuel schließen; dann werde er sein Reich behaupten und Sizilien wenigstens in der Form der Personalunion behalten können. Am 25. Juni 1860 entschloß sich der junge Monarch dazu diese bittere Pille zu verschlucken. Er übertrug dem Liberalen Spinelli die Bildung eines neuen Ministeriums, nahm die dreifarbige Fahne an, entließ die politischen Gefangenen und rief die Verfassung vom 10. Februar 1848 wieder ins Leben. Die Verhandlungen mit Viktor Emanuel begannen erst Mitte Juli, nachdem der Papst dazu eine halbe Erlaubnis erteilt hatte. Da sie von keiner Seite recht ernst gemeint waren, schleppten sie sich wochenlang ohne Ergebnis hin. Wohl aber lähmten sie und das ganze liberale System, das den Bourbonen doch widernatürlich war und des Selbstvertrauens entbehrte, die Kriegsführung auf Sizilien. Dort standen dem Könige reichlich 30 000 Mann zur Verfügung, die sämtlich auf der Ostküste, zur Hälfte in Messina, sich befanden. Leicht konnte ihre Zahl vom Festlande aus vermehrt und ein kräftiger Angriff auf Palermo ins Werk gesetzt werden. Aber das wagte das Ministerium nicht zu befehlen um die Westmächte nicht zu reizen. Nur ein General, Bosco, der die Nordostküste der Insel besetzt hielt, ermannte sich auf eigene Faust zu einem Angriff und warf sich am 17. Juli bei Milazzo auf den Garibaldiner Medici. Der Versuch schlug fehl, und Bosco verschanzte sich auf der Halbinsel von Milazzo, die sich nordwärts in die See zieht. Hier ward er seinerseits am 20. von Garibaldi angegriffen, in das Kastell gedrängt und nach tapferer Gegenwehr am 23. zur Kapitulation genötigt, die ihm den ehrenvollen Abzug nach dem Festlande sicherte. Garibaldi aber hatte nach dem Siege ein Strafgericht an den Bewohnern von Milazzo zu vollstrecken, die während des Kampfes auf die Seinen geschossen; jedenfalls ein Beweis, daß der kühne Norditaliener nicht überall auf der Insel willkommen war.

Boscos Niederlage hatte die kleinmütige Preisgabe von Messina im Gefolge. Auf Befehl aus Neapel schloß der Kommandant Clary am 28. Juli einen Vertrag mit Medici, kraft dessen nur die Citadelle mit einigen Hafensforts den Königlichen belassen wurde. Die Mehrzahl der Truppen schiffte sich nach dem Festlande ein. Es fragte sich jetzt, ob und wie bald Garibaldi folgen werde. Zwar das stand fest, daß er mit der Bewältigung Siziliens seine Aufgabe nicht gelöst zu haben glaube; aber viele hofften, nicht Neapel sondern der Kirchenstaat werde sein nächstes Ziel sein. Längst hatte die Aktionspartei in dieser Voraussicht Freiwillige gesammelt; 2000 standen unter Nicotera in der

Liberaler  
Schwenkung  
in Neapel.

Der Krieg in  
Sizilien.

Kapitulation  
von Milazzo.

Räumung  
Messinas.

Rüstungen der  
Aktionspartei.

Gegend von Florenz; für 8000 andere war Terranova an der Ostküste Sardinien zum Sammelplatz bestimmt. Dem Turiner Ministerium war dies wohl bekannt; es hatte durch Farini ausdrücklich deshalb mit Bertani, dem Bevollmächtigten Garibaldis in Genua, verhandelt, und beide hatten Ende Juli ein Abkommen geschlossen, wonach diese Tausende sich in kleinen Abteilungen nach Terranova begeben und von da unter Pianciani's Führung über Sizilien nach der römischen Küste abgehen sollten. In Wirklichkeit aber war der lebendige Wunsch Cavour's jene Freiwilligen auf Neapel zu werfen, und darin traf er diesmal mit Garibaldi zusammen, der ohne neue Unterstützung sich nicht stark genug fühlte; von den Sizilianern aber durfte er nichts hoffen; als Medici seine Truppe fragte, wer mit auf das Festland wolle, meldeten sich — acht. Er bedurfte so des für Rom geworbenen Corps und begab sich deshalb am 6. August von Palermo nach Cagliari auf Sardinien, wo er Pianciani fand; denn auf Cavour's Befehl hatten sich die einzelnen Abteilungen, so wie sie ankamen, von Terranova dorthin verfügen müssen und waren so bereits von dem Wege nach Rom ab und auf den nach Sizilien hingedrängt worden. So ungern nun viele von ihnen den römischen Plan auch aufgaben, so zauderten sie doch nicht Garibaldis Verlangen zu erfüllen und folgten ihm nach Sizilien, wo sie am 17. August 1860 landeten.

Garibaldis  
Verstärkungen.

Übergang nach  
dem Festlande.

Mittlerweile hatte der Übergang auf das Festland schon begonnen; doch waren es nur 150 Mann unter Missori, die als Pfadfinder am 9. August vorangegangen waren und sich einstweilen auf dem Aspromonte in der Südspitze Kalabriens festsetzten. Jetzt, da er im ganzen über 18 000 Mann verfügte, folgte Garibaldi ihnen nach. Glücklicherweise vermied er ein paar königliche Kriegsschiffe und landete am 19. August von Taormina aus bei Melito, dem südlichsten Dorfe der Halbinsel. Drei Tage darauf ergab sich ihm Reggio, die Hauptstadt des jenseitigen Kalabriens. Am demselben Tage landeten nördlich von Reggio Medici und Cosenz mit ein paar tausend Mann. Dadurch geriet ein ansehnliches Truppenkorps unter General Briganti bei Piale zwischen zwei Feuer und kapitulierte am 23. Über 10 000 Mann waren es, die so die Waffen streckten und — was noch mehr den schlechten Geist der neapolitanischen Armee kennzeichnete — da ihnen freigelassen wurde zu gehen, wohin sie wollten, nach allen Richtungen auseinanderliefen, so daß nur 1800 von ihnen sich wieder zusammefanden. Im Fluge verbreitete sich jetzt die Erhebung durch die südlichen und östlichen Provinzen; in Potenza, in Bari, in Foggia standen die Bewohner auf, und die Truppen, die gegen sie geschickt wurden, machten gemeinsame Sache mit ihnen. Einzelne Regimenter auszusenden durften die neapolitanischen Generale gar nicht mehr wagen und sammelten fast alle ihre Streitkräfte, etwa 36 000 Mann, in dem Dreieck Neapel-Salerno-Ariano. Was sich an Truppen noch südwärts befand, wurde zur Kapitulation gezwungen; so am 30. August der General Ghio mit 12 000 Mann und wenige Tage später die Brigade Caldarelli. Bis Salerno stand

Schnelle Er-  
folge.

der Weg dem Eindringling offen, und wenn überhaupt, so mußte es dort zu einer Schlacht kommen und das Schicksal der Hauptstadt sich entscheiden.

Dort war es bis dahin auf der Oberfläche leidlich ruhig geblieben; aber in der Tiefe arbeiteten die Parteien um so heftiger. Als Sturmvogel war am 3. August Persano in den Hafen von Neapel eingelaufen. Er hatte von Cavour die Weisung, wenn irgend möglich die Abreise des Königs zu veranlassen und vor Garibaldis Ankunft die Revolution zu entfesseln. Sobald dies geschehen, sollte er seine Truppen ausschiffen und die Forts besetzen, die neapolitanische Flotte aber, deren Offizierkorps in der Mehrzahl für den Plan gewonnen war, mit der seinigen vereinen. Er selbst oder der sardinische Gesandte Villamarina war zum Diktator bestimmt. Auf solche Weise hoffte Cavour Garibaldi zu überlisten und ihm das Heft zu entreißen, das er gutwillig in Sizilien nicht hatte aus der Hand geben wollen. Die Mittel, deren sich Persano und Villamarina bedienten, waren von der bedenklichsten Art. Für Bestechungszwecke war ihnen ein unbegrenzter Kredit eröffnet; im entscheidenden Augenblick mischten sie sich selbst verkleidet unter die Matrosen im Hafen um sie durch Geldspenden zu vermögen die Steuerruder ihrer Schiffe unbrauchbar zu machen, das Wasser aus den Heizkesseln zu lassen und durch solche Mittel die Flotte unfähig zu machen dem fliehenden König zu folgen. Um ihn zur Flucht zu bewegen bedienten sie sich des verrätherischen Ministers Liborio Romano, ja sie gewannen selbst den Oheim des Monarchen, den Prinzen von Syrakus, dessen Gemahlin eine Base Viktor Emanuels war, und veranlaßten beide dem ratlosen Franz Briefe (am 20. und 25. August) zu schreiben, in denen sie Flucht oder Abdankung als die einzige Rettung hinstellten. Auch mit den geheimen Revolutionsausschüssen knüpften sie Verbindungen an um durch sie den Aufstand und die Wahl des Diktators zu beschleunigen; aber nur der mindermächtige der gemäßigten Partei war dazu bereit; der mazzinistische wollte keinen anderen Diktator als Garibaldi und warnte in seinen Aufrufen vor den piemontesischen Intriguen; nicht eher dürfe die Erhebung beginnen, als bis Garibaldi nahe sei. Daran scheiterte vornehmlich die Absicht Cavour's; am 31. August erkannte er, daß er dem gefeierten Volkshelden den Vorsprung nicht abgewinnen werde; er verzichtete für jetzt darauf und bereitete sich vor im Kirchenstaate zum drittenmal den Versuch zu machen, der in Palermo und Neapel mißlungen war.

Bis zum 4. September bestand am neapolitanischen Hofe noch die Absicht vor Salerno dem heranrückenden Feinde eine Schlacht zu liefern; besonders die Königin Marie bestürmte ihren Gemahl an der Spitze seiner Truppen seinen Thron zu verteidigen. Aber je näher Garibaldi kam, desto mehr schwand der Mut. Kein General wollte den Oberbefehl in diesem Entscheidungskampfe übernehmen, und so ward am 6. September beschlossen die Armee nördlich von Neapel bei Capua am Vol-

Bustand in  
Neapel.

Sardinische  
Wählereien.

Falsche Rat-  
geber.

Cavour und  
Garibaldi.

Flucht des  
Königs von  
Neapel.

turno zusammenzuziehen. Noch an demselben Tage dampfte das Königs-  
paar auf einem Postschiffe, begleitet von zwei spanischen Kriegsfahrzeugen,  
dem österreichischen, preussischen und spanischen Gesandten, nach der  
Festung Gaeta ab.

Einzug Garibaldi's.

Seine Diktatur.

Sogleich machte sich Villamarina auf Garibaldi entgegen zu reisen; Vitorio Romano stellte dem „unbesiegbaren General, dem Diktator beider Sizilien“ seine Dienste zur Verfügung. Schon anderen morgens traf der gefeierte Held, von wenigen Offizieren begleitet, ein und fuhr in offenem Wagen durch die Stadt, deren Forts noch von 8000 königlichen Soldaten besetzt waren. Er übernahm die Diktatur, bildete ein Ministerium Scialoja-Romano, führte die sardinische Verfassung von 1848 ein, und übergab die Flotte, die aus 34 Schiffen bestand, dem piemontesischen Admiral. Von der Vereinigung Neapels mit dem norditalischen Königreiche wollte er aber noch nichts wissen; erst wenn er auch den Kirchenstaat von dem Joche, das auf ihm lastete, befreit, hielt er die Zeit zur Annexion für gekommen.

Cavour und der Kirchenstaat.

Auf der anderen Seite war aber Cavour nicht länger gewillt der Bewegungspartei allein das Feld zu überlassen. Garibaldi persönlich war gut königlich gesinnt, aber seine vertrautesten Ratgeber arbeiteten für ihr Ideal: eine süditalische Republik, die sich bei günstiger Gelegenheit auch über Norditalien ausdehnen sollte. In klarer Einsicht dieser Gefahr stand Cavour's Programm fest: soll die Monarchie gerettet werden, so müssen die königlichen Truppen am Volturno sein, ehe Garibaldi bis an die Grenze der Romagna vordringt. Kaum war daher in Turin die Nachricht von dem Einzug in Neapel eingetroffen, so erließ Cavour eine Aufforderung an den Kardinal Antonelli, deren einziger Zweck war den Bruch herbeizuführen: er verlangte die Entlassung der fremden Söldner, welche das Eigentum, die Ehre und das Leben der Bewohner gefährdeten. Es hieß das nichts anderes als die Auflösung der päpstlichen Armee fordern. Seit mit dem Ende des Jahres 1859 die Möglichkeit einer Abberufung der französischen Besatzung, die seit 1849 in Rom stand, näher getreten war, hatte nämlich der päpstliche Kriegsminister Graf Merode mit großem Eifer die Verstärkung des eigenen Heeres betrieben und da die Bevölkerung des Kirchenstaates weder sehr zuverlässig noch sehr kriegstüchtig war, vorzugsweise glaubenseifrige oder abenteuerlustige Ausländer angeworben. Die österreichische Regierung unterstützte ihn dabei äußerst wirksam, indem sie den Übertritt aus ihrer Armee in die päpstliche begünstigte; der klerikale Adel Frankreichs und Belgiens — letzterem gehörte Merode selbst an — drängte sich mit Eifer unter die Fahnen des Kirchenfürsten, und da der vielgerühmte französische Legitimist Lamoricière den Oberbefehl übernahm, so setzte die Kurie nicht geringe Hoffnungen auf die neue Armee, die etwa 20 000 Mann stark sein mochte. Selbstverständlich wies also Antonelli Cavour's Aufforderung verächtlich zurück, und Pio Nono verkündete seinen Getreuen, daß der Zorn des Herrn diese neuen Sanheribe aus-

Merode und Lamoricière.

rotten werde. Dies Vertrauen ging nicht in Erfüllung. Am 11. September 1860, demselben Tage, an welchem Antonelli die piemontesische Forderung abschlug, rückte General Fanti in die Marken und Umbrien ein. Während sein rechter Flügel die Tiber hinauf nach Perugia und weiter über Foligno und Spoleto bis an die neapolitanische Grenze vordrang und so den Truppen Lamoricières den Rückzug durch die Pässe des Apennin verlegte, rückte Cialdini längs der Küste an Ancona vorbei um sich zwischen diese Festung und Lamoricière zu werfen, dessen Hauptquartier seit dem 17. September der Wallfahrtsort Loreto am rechten Ufer des Musone war. Am linken Ufer bei Castel Fidardo nahm Cialdini mit 18 000 Mann Stellung, und da Lamoricière nur 6000 Mann hatte, waren seine Aussichten sich nach Ancona durchzuschlagen sehr gering. Der Angriff, den er selbst durch Überschreiten des Flusses begann, wurde zurückgewiesen; schon mittags gab er das Spiel verloren und rettete nur sich selbst mit etwa 130 Begleitern nach Ancona; der Hauptteil seiner Truppen, gegen 4000 Mann mit 11 Geschützen unter dem Obersten Cudenhoven, mußte am nächsten Tage in Loreto kapitulieren. In Ancona stand eine Besatzung von etwa 5000 Mann. Als Lamoricière am Abend des 18. den Oberbefehl über dieselbe antrat, war die Festung schon auf der Seeseite von 10 Schiffen Persanos blockiert, die auf Befehl Cavour's sich von Neapel in die Adria begeben hatten. Cialdini mit den Landtruppen trat erst am 24. in Thätigkeit; den vereinten Bemühungen gelang es die Festung am 29. zur Ergebung zu zwingen. Da inzwischen auch mehrere kleinere Forts gefallen waren, konnte Fanti als Erfolg des 18tägigen Feldzugs die Einnahme von 6 festen Plätzen, die Erbeutung von 190 Geschützen, die Gefangennahme von 17—18 000 Feinden rühmen. Sein eigener Verlust betrug 579 Mann.

Ein Angriff auf das Erbteil St. Peters, auf die ewige Stadt selbst konnte nicht in Cavour's Plänen liegen; er hätte ihn unausweichlich mit Frankreich in Krieg verwickelt. Schon den Einfall in die Marken mißbilligte Napoleon, wenn auch mehr zum Schein als im Ernst. Wie die Dinge lagen, mußte ihm Viktor Emanuels Sieg und Herrschaft, so unerwünscht sie an sich waren, doch lieber sein als Garibaldis und der Bewegungspartei Erstarken. Seinen Gesandten berief er freilich gleich am 11. September von Turin ab, allein unter der Hand mochte Cavour doch zur Genüge erfahren, wie man in den Tuileries denke. Er zauderte deshalb auch nicht auf dem beschrittenen Wege zu beharren. Daß er dabei einen ernstlichen Zusammenstoß mit dem heißblütigen Garibaldi zu bestehen haben werde, machte er sich vollkommen klar; aber er baute auf die Notwendigkeit seiner Politik. Die Radikalen suchten mittlerweile sich Garibaldis immer mehr zu versichern. Sie bewogen ihn bei einem kurzen Aufenthalt in Palermo seinen bisherigen Stellvertreter in Sizilien, den Cavour freundlichen de Pretis, am 11. September durch Mordini zu ersetzen; sie hätten ihn sogar gern zu dem Befehle vermocht die von Norden her anrückenden königlichen Truppen als Feinde zu behandeln.

Einmarsch der  
Piemontesen.

Schlacht von  
Castel Fidardo.

Fall von  
Ancona.

Diploma-  
tischer Bruch  
Sardiniens  
mit Frank-  
reich.

Cavour und  
Garibaldi.

Dazu besaß Garibaldi jedoch zu viel gesunden Patriotismus. Überdies war er dem Könige in wahrer Ergebenheit zugethan; all sein Haß richtete sich gegen den Diplomaten Cavour. Ihn zu stürzen war sein lebhafter Wunsch, und er machte den direkten Versuch dazu, indem er den Marchese Pallavicino, den er zum Prodiaktor des festländischen Neapel ernannte, nach Turin schickte um von Viktor Emanuel eine Änderung nicht seiner Politik aber seiner Minister zu fordern. Der König würdigte indes den Ernst der politischen Lage und die Unentbehrlichkeit Cavour's viel zu sehr, als daß er dessen angebotene Entlassung hätte annehmen können. Vielmehr genehmigte er die augenblickliche Berufung des Parlaments, das am 2. Oktober zusammentrat und seinen Richterspruch in diesem persönlichen und prinzipiellen Streite zu Gunsten Cavour's fällte, indem es am 11. Oktober 1860 nach lebhaften Erörterungen mit überwältigenden Mehrheiten (im Unterhause 296 gegen 6) die Annexion von Mittel- und Unteritalien genehmigte, falls die Bevölkerungen in freier Abstimmung dieselbe verlangen sollten. Trotzdem suchte Garibaldi, von Crispi und Mordini verleitet, seinen Widerspruch noch fortzusetzen und ordnete Wahlen zu einer Nationalversammlung an, welche zuvor die Bedingungen der Annexion und die Art der Abstimmung festsetzen sollte. Doch hier war er an der Grenze seiner Macht angelangt. Pallavicino forderte seine Entlassung, wenn die von ihm auf den 21. Oktober anberaumte Abstimmung vereitelt werde; die Stadt Neapel vollzog eine großartige Demonstration, indem am 13. morgens alle Welt, „als ob in der Nacht ein si-si-Schneefall stattgefunden hätte“, mit si (Ja-) Zetteln auf den Straßen erschien. Eine Menge von Adressen, eine Beratung mit den angesehensten Männern überzeugte Garibaldi, daß die öffentliche Meinung auf Pallavicinos Seite stehe. Dieser blieb im Amte, sein Hauptgegner Crispi schied aus dem Ministerium, und am 21. Oktober fand die Abstimmung auf dem Festland und auf der Insel statt. Hier ergab sie auf 430 000 bejahende nicht ganz 700, dort auf 1 300 000 zustimmende etwas über 10 000 verneinende Stimmen. In den Marken und Umbrien befragte Cavour die Bevölkerung 14 Tage später; auch sie entschied sich am 4. und 5. November (mit 230 000 gegen 1600 Stimmen) für die Vereinigung mit dem übrigen Italien. Nur Venetien und das Erbteil St. Peters fehlten jetzt noch in dem neuen nationalen Verbands.

Richterspruch  
des Parla-  
mentes.

Annexion  
Neapels, der  
Marken und  
Umbriens.

Kämpfe um  
Capua.

Inzwischen hatten aber die Waffen nicht geruht. Das bourbonische Heer stand seit dem 7. September hinter der Volturnolinie, an welcher Capua ihr starkes Ausfallsthor bildete. Die Stellung war fest und die Verteidiger an Zahl den Garibaldianern weit überlegen. Deshalb zögerten diese mit dem Angriff, zumal ihnen ein Versuch jenseit des Flusses bei Cajazzo festen Fuß zu fassen am 21. September eine empfindliche Schlappe zugezogen hatte. Da ergriffen am 1. Oktober die neapolitanischen Truppen die Offensive und bedrängten, 30 000 Mann stark, in Gegenwart des Königs Franz, die 20 000 Freiwilligen, die südöstlich von Capua um

Maddaloni und Caserta standen. Eine Umgehung des rechten feindlichen Flügels schien ihnen den Sieg zu verbürgen; aber sie wurde zu langsam ausgeführt und scheiterte. Mit dem Aufgebot der letzten Kräfte kämpften Garibaldi und mit ihm vorzüglich Medici den ganzen Tag über, bis sich abends die Neapolitaner auf Capua zurückzogen: 3000 Mann, die in Caserta zurückblieben, wurden am nächsten Tage umzingelt und zur Ergebung genötigt. Bei diesem Nachspiel wurde Garibaldi, dem der vorhergehende Tag über 3000 Mann gekostet hatte, zum erstenmal von königlichen Truppen, die Villamarina von der Flotte schickte, zum großen Ärger seiner radikalen Generale unterstützt. Er selbst war sehr dankbar dafür und lud ein paar Tage darauf Viktor Emanuel, der sich inzwischen nach Ancona begeben hatte, zu einem Besuche in Neapel ein. Der König folgte dieser Einladung an der Spitze von 30 000 Mann. Ohne Widerstand zu finden rückte er längs der adriatischen Küste vor und überschritt den Apennin ohne Kampf. In dem Paß von Castel Sangro, welcher zu den Volturnoquellen hinab nach Isernia führt, kam es am 20. Oktober zuerst zum Gefecht. Der Langsamkeit seiner Gegner hatte es Cialdini, welcher die Vorhut befehligte zu danken, daß er den Engpaß rechtzeitig besetzen und den Feind in die Ebene hinabwerfen konnte. Durch diesen erfolgreichen Marsch war das oberitalische Heer in den Rücken der Volturnolinie vorgedrungen und die Neapolitaner mußten dieselbe bis auf das feste Capua räumen und hinter den Garigliano zurückgehen. Vor dem Übergang über diesen Fluß empfing Viktor Emanuel in Teano am 26. Oktober den Besuch Garibaldis, der den Umständen gemäß etwas kühl verlief. Die beiden Heere teilten sich in die noch zu lösende Aufgabe, und zwar so, daß den Freiwilligen die Bezwingung von Capua, den Königlichen die Belagerung von Gaeta zufiel. Jene Festung mit ihrer 10 000 Mann starken Besatzung und fast 300 Kanonen ergab sich schon am 2. November 1860, und am 3. gelang es dem Nordheere den Garigliano zu überschreiten. Mehrere Tage war es daran behindert durch den Einspruch des französischen Admirals Barbier de Tinan, der mit einer Flotte vor Gaeta lag und auf Persanos Schiffe zu schießen drohte, wenn diese sich an dem Kampfe beteiligen würden. Auf die telegraphischen Beschwerden des Königs wies jedoch Napoleon seinen Admiral an sich auf die Beschützung Gaetas von der Seeseite zu beschränken, und gestattete dadurch den Übergang über den Fluß. Das feindliche Heer war noch so zahlreich, daß es in der Festung keinen Raum und keine Lebensmittel gefunden hätte; deshalb zogen sich nur 10 000 dorthin zurück; fast doppelt soviel überschritten die römische Grenze und wurden dort entwaffnet. So war denn in den ersten Tagen des November außer der Citadelle von Messina und einem kleinen Kastell an der römischen Grenze, Civitella del Tronto, Gaeta der einzige Punkt, wo König Franz noch gebot. Hier verteidigte er sich noch fast ein Vierteljahr hindurch, bis zum 13. Februar 1861. Die Belagerer befanden sich in einer sehr unglücklichen Lage, weil ihnen bis Ende Januar von den Franzosen der

Viktor Emanuel nach Neapel.

Capua und Gaeta.

Fall von Gaeta.

Angriff auf den drei Seiten, welche das Meer bespült, unterjagt wurde. Erst als Barbier de Tinan auf Englands Drängen die Rhede verließ und seit dem 22. Januar die Flotte unter Persano in die Beschießung mit eintrat, wurde eine erfolgreiche Belagerung möglich. Dem jungen König und seiner bayerischen Gemahlin, die mit großem Mute sich der Pflege der Kranken und Verwundeten widmete, wurde dadurch wenigstens ein ehrenvolles Ende ihrer kurzen Königsherrlichkeit bereitet. Ein französischer Dampfer brachte sie nach Civitavecchia, als Gaeta nach 101 tägiger Belagerung die weiße Fahne aufziehen mußte. Noch einen Monat länger hielt sich Messina, Civitella del Tronto gar um 5 Wochen; jenes ergab sich am 13., dieses am 20. März 1861, zu einer Zeit, wo Viktor Emanuel bereits den Titel eines Königs von Italien angenommen hatte.

Garibaldi  
nach Caprera.

An der Belagerung von Gaeta nahm dieser keinen Teil, sondern begab sich am 7. November nach Neapel, wo er mit Garibaldi und den beiden Prodictatoren Pallavicino und Mordini in geschlossenem Wagen und bei strömendem Regen, aber unter dem endlosen Jubel der dichtgedrängten Menschenmenge seinen Einzug hielt. Als neuen Statthalter des Königreiches brachte er Farini mit. Vergeblich waren die Bemühungen Garibaldis diese Würde für sich zu erlangen, vergeblich seine Klagen, daß er wie eine ausgepreßte Orange jetzt beiseite geworfen werde. Es war eine unabweisliche Notwendigkeit, daß eine politisch zuverlässigere Hand die Zügel der Regierung übernahm. Erbittert lehnte er den höchsten Orden der Annunciata, den ihm der Monarch bot, als königliche Klingelware ab, verabschiedete sich von seinen Getreuen und schiffte sich am 9. November 1860, arm wie er gekommen, auf dem Washington nach seiner Felseninsel Caprera ein. Seine Freiwilligen sollten, nach einem Dekret vom 12. neben dem stehenden Heer auch ferner ein besonderes Korps bilden; doch sah es die Regierung nicht ungern, daß sich die Reihen immer mehr lichteteten und diese gefährliche Stütze des Thrones einer allmählichen Auflösung entgegenging. Für Garibaldi freilich war das ein neuer Grund zum Haß gegen Cavour, und mit ungemildertem Zorn erschien er in dem ersten Parlamente, das, ganz Italiens Vertreter vereinigend, am 18. Februar 1861 zusammentrat. Während der ersten zwei Monate hielt er sich schmollend zurück; er nahm nicht teil an dem einstimmigen Beschlusse, der am 14. März Viktor Emanuel zum Könige von Italien (durch die Gnade Gottes und durch das Volk) erklärte, noch an dem Ausspruch, durch welchen die Kammer Italiens Anrecht an Rom als an seine Hauptstadt verwahrte. Als aber Ricasoli den Versuch machte eine Verständigung zwischen den beiden Männern herbeizuführen, welche das größte Verdienst um das Vaterland sich erworben hatten, da wies er in lebhafter Rede jede Versöhnung mit dem Manne, der Nizza verschachert und den Bürgerkrieg heraufbeschworen habe, zurück. Es lag in dieser unerbittlichen Feindschaft doch etwas von der rächenden Nemesis für so manches versängliche Mittel, dessen beide Männer sich zur Erreichung ihres großen Zweckes bedient

Seine Frei-  
willigen.

Das König-  
reich Italien.

Garibaldi  
und Cavour.

hatten. Cavour empfand das tief und verließ das Parlament, als es sich am 20. April für ihn ausgesprochen hatte, heftig erschüttert. Er fühlte wohl schon den Keim des Todes in sich. Aufreibende Arbeit und Sorgen aller Art zehrten an seinen Kräften. Das neue Ministerium, das er am 22. März aus Männern aller Provinzen gebildet, war ohne ihn nichts. Der Toskaner Peruzzi, der Modenese Fanti, der Romagnole Minghetti, der Neapolitaner de Sanctis und all die anderen neuen Kollegen waren wohl tüchtige Männer, aber sein Werk fortzusetzen war keiner von ihnen fähig. Die Opposition in der Kammer war fürerst zwar noch schwach; aber in der Mehrheit waren zahlreiche Ansätze zu Spaltungen und Feindschaften. Schwere Aufgaben waren im Inneren zu lösen. Die ganze Verwaltung des Königreiches mußte geordnet werden, und es war eine verhängnisvolle Frage, ob die Anhänger der straffen Einheit oder die Verteidiger des Regionalsystems, die aus den bisherigen Einzelstaaten Provinzen von ausgedehnter Selbständigkeit machen wollten, das rechte trafen. Cavour selbst schwankte, wofür er sich entscheiden sollte. Nicht mindere Sorge mußte ihm das Verhältnis der Kirche zum Staate bereiten. Zwar stand das Ziel ihm hier klar vor Augen. Die freie Kirche im freien Staate war sein Lösungswort, das letzte Wort, welches auf dem Totenbette von seinen Lippen kam. Aber die Wege zu diesem Ziel, die Mittel zur Überwindung des Widerstandes der Geistlichkeit, die Bemühungen unter den Abgeordneten die richtige Einsicht zu verbreiten, erforderten unausgesetzte aufreibende Thätigkeit. Dazu die bedenkliche Lage nach außen. Von allen Großmächten hatte nur England das neue Königreich anerkannt; von anderen europäischen Staaten bis zu Cavour's Tode nur die Schweiz und Griechenland, dazu die Vereinigten Staaten und ein halbes Duzend Staaten von dem Kaliber Marokkos und Uruguays. Frankreich, Rußland, Oesterreich, Spanien hatten keinen Gesandten in Turin. Die Zukunft war in dunkle Wolken gehüllt. Aber Cavour's Vertrauen und sein Glaube in diese Zukunft wurde deshalb nicht erschüttert; moralisch blieb er stark, auch als sein Körper der Last der Arbeit erlag. Am 29. Mai kam er fieberhaft erregt aus dem Parlament nach Hause; es sollte sein letzter Ausgang gewesen sein. Vergebens suchten die Ärzte durch häufige Aderlässe die Fieber zu bekämpfen; sie beschleunigten dadurch nur die Abnahme der Kräfte. Vergeblich suchte der Graf selbst seine Schwäche zu überwinden und hielt sogar im Bette liegend noch einen zweistündigen Ministerrat ab; nach wenigen Tagen war sein Zustand hoffnungslos. Am 4. Juni empfing er die Sacramente und den letzten Besuch des Königs; am 6. Juni 1861, dem achten Tage seiner Krankheit, gegen 7 Uhr morgens, verschied er.

Vollendet hatte er das Werk seines Lebens nicht, selbst in den äußeren Umriffen nicht; denn noch fehlten Rom und Venedig in dem jungen Einheitsstaate. Viel ernstlicher aber als dieser Mangel war der berechtigte Zweifel, ob das neue Gebäude den Stürmen, die da kommen

Das neue Ministerium.

Verwaltungsaufgaben.

Kirche und Staat.

Die Lage nach außen.

Cavour's Tod.

Der Zustand Italiens.

würden, standzuhalten vermöge. Alles, was Italien feind war, hoffte auf die inneren Spaltungen, und prophezeite, daß Beelzebubs Reich in sich selbst uneins werden und nicht bestehen würde. An Stoff zu solcher Voraussage fehlte es nicht. Nur durch Cavour's starke Hand waren die republikanischen Gelüste zeitweilig gebändigt und nicht so sehr überwunden als überlistet; der Boden, auf dem Viktor Emanuels Thron stand, war bis in die Tiefen durchwühlt, ein kräftiger Stoß konnte über kurz oder lang kommen und das neue Königreich über den Haufen werfen. Heer und Flotte hatten, wie achtungswerthes sie auch geleistet haben mochten, die letzte Probe doch jedenfalls noch nicht bestanden; in dem Kampfe mit Oesterreich hatten die französischen Bundesgenossen den Ausschlag gegeben; im Kampfe mit dem Papste und Neapel war der Gegner schwach und schlecht vorbereitet überfallen. Die Finanzen Sardinien's waren schon vor dem Kriege nicht im besten Stande, trotz hoher Steuern hatten die Schulden sich gemehrt; zwei Milliarden betrugten sie zu Anfang des Jahres 1861 und einer Einnahme von 500 Millionen standen Ausgaben von der doppelten Höhe und darüber entgegen; daß der neue Zustand keine Verminderung derselben zulasse, lag auf der Hand, die Hilfsquellen der eroberten Provinzen waren unentwickelt und boten für die nächste Zukunft keine Erleichterung. Mußten aber trotzdem neue Steuern ausgeschrieben werden, so gab das der Unzufriedenheit wiederum Nahrung und den feindlichen Parteien erwünschte Vorwände zum Heben. Über das ganze Land zerstreuten sich Garibaldi's Freiwillige, die ihren Abschied verlangt hatten, und über das ganze Land zerstreut waren ohnedies schon die Vorkämpfer des Papstes, die Freunde des Alten, die Priester, die von der Kanzel und im Beichtstuhl das sündhafte neue Regiment offen und versteckt angriffen. Wenn Radikale und Reaktionäre zusammenwirkten, konnte da die Schöpfung Cavour's sich ohne fremden Beistand erhalten? Und war fremder Beistand zu erwarten? Das einzige England stand unbedingt auf der Seite Italiens und selbst bei ihm war von freundlichen Gesinnungen bis zu thatkräftiger Unterstützung in der Stunde der Gefahr doch ein weiter Schritt. Allerdings war auch von Napoleon anzunehmen, daß er seinen Schützling nicht gänzlich fallen lassen werde. Doch wenn dieser Schützling von der radikalen Partei zum Angriff auf Rom oder Venetien gedrängt wurde, wie dann? Nur den Züricher Frieden und die Erwerbungen in Mittelitalien erkannte Frankreich als rechtsverbindlich an; was weiter geschehen war, entbehrte seiner Zustimmung und konnte von ihm ohne Demütigung preisgegeben werden. Ja faßte man den Fall ins Auge, daß Napoleon aufhöre Frankreich zu beherrschen, so standen die Sachen für Italien noch weit schlimmer; denn in der Masse der französischen Bevölkerung und bei den Gegnern des Kaiserreiches war Mißgunst gegen das einheitliche Königreich weit häufiger zu finden als Wohlwollen und Freundschaft. Wohl stand Napoleons Thron zur Zeit noch fest; aber durch den ganzen Erdteil ging die dumpfe Ahnung, daß dem Kaiser ein

neuer Krieg unentbehrlich sei, daß er mit neuen Eroberungsplänen sich trage; — und daß dann Verwickelungen eintreten müßten, die Italien ernstlich gefährdeten, wer konnte das verkennen? Wo also lag die Stärke des neuen Staates, die ihm die Zukunft verbürgte? Sie lag trotz aller Parteilungen, die ihn zerrütteten, trotz aller Wühlereien der Mazzinisten und der Klerikalen, in dem großen Gedanken der nationalen Einheit. Der Glaube an das Prinzip der Nationalität war eine Macht geworden in Europa, und die ihn genährt, solange er noch nicht zur Verwirklichung gelangt war, die sogen jetzt, da sie vom Glauben zum Schauen vorgebrungen waren, aus ihm eine Kraft, die sie unbesiegbar machte. Viel Lug und Trug, viel Selbstsucht und unedle Berechnung hatten mitgewirkt um Italien ins Leben zu rufen; aber es stand jetzt da und war die Verkörperung einer Idee, deren Sittlichkeit, innere Gesundheit und Naturgemäßheit selbst der bitterste Gegner nur für den einzelnen Fall, nicht aber im allgemeinen bestreiten konnte. Daß dieser Fortschritt um der Mängel und Sünden willen, unter denen er sich vollzogen, wieder rückgängig gemacht werden sollte, war für jeden, der an den Fortschritt glaubte und der da wußte, daß große Umwälzungen fast nie ohne großes Unrecht sich vollziehen, ein Ding der Unmöglichkeit. Aber mehr noch als dies: wenn das Nationalitätsprinzip in Italien den Sieg errungen hatte, so war das ein mächtiger Antrieb für alle die anderen Völker und Völkchen, die von demselben Grundsätze das Heil auch für sich erwarteten. Jedes dieser Völker war für Italien ein Bundesgenosse, für Oesterreich und die vertriebenen italienischen Fürsten ein Gegner. Allen anderen voran stand an Wichtigkeit die deutsche Nation, stand der preußische Staat, dem jenseit der Alpen die Rolle zufallen mußte, die Sardinien im Süden gespielt hatte. Auf Preußen waren deshalb Cavour's Blicke seit langem sehnsüchtig gerichtet gewesen. Unmittelbar nach seinem Besuche in Plombières war er nach Baden-Baden geeilt um dort die Bekanntschaft des Prinzregenten zu machen. Er gewann schon damals die Überzeugung, daß Manteuffels Tage gezählt seien, daß bald ein kräftigerer Geist in die preußische Politik einziehen werde. Auch der Eindruck, den er selbst auf den Prinzen machte, war ein günstiger, und in Berlin erscholl bald die Klage, daß er den Regenten ganz für sich erobert habe. Das war nun freilich übertrieben, und Cavour sollte bald die Erfahrung machen, daß sich die preußischen Staatsmänner nicht so leicht um der großen Idee willen über das bestehende Recht hinwegsetzten, wie er das vermochte. Als wenige Monate später der Fürst von Hohenzollern ein neues Ministerium bildete, versuchte der sardinische Minister durch den Marquis von Pepoli, einen Verwandten des Fürsten, von diesem die Zusicherung einer wohlwollenden Neutralität oder wohl gar der Unterstützung in einem Kriege mit Oesterreich zu erlangen. Napoleon, den Pepoli vorher besuchte, begünstigte diese Bemühungen eifrig und zeigte sich einer Vergrößerung Preußens und einem Bündnisse mit ihm sehr geneigt, ohne vorderhand von Gegenleistungen zu sprechen.

Die Kraft  
des Nationalitätsprin-  
zips.

Cavour und  
Preußen.

Hohenzollern jedoch lehnte diese Eröffnungen ab. So sehr Cavour das bedauern mußte, ließ er doch den Gedanken eines Bundes mit Preußen nicht fallen. Er ist mit breiten Lettern in das Buch der zukünftigen Geschichte eingeschrieben, meinte er damals; Preußen ist unwiderruflich an die nationale Idee gebunden. Und dieser Ansicht blieb er bis auf das Totenbett treu; in seinen letzten Fieberphantasien beschäftigte er sich emsig mit diesen Preußen, die so langsam seien, die fünfzig Jahre zu dem brauchten, was Italien in dreien vollbracht. Als eine Art von Vermächtnis hinterließ er den Plan eines preußisch-italienischen Bündnisses seinen Nachfolgern; erst dieses Bündnis, erst die Frucht, die es zeitigen sollte, die Einigung Deutschlands, konnte der Einigung Italiens zu der inneren Gewähr der Dauer auch die äußere geben; erst dieses Bündnis eröffnete auch die Möglichkeit trotz Frankreichs Abneigung die letzten Steine in das Gebäude der italienischen Einheit zu fügen, Venetien und Rom mit dem neuen Staate zu verbinden. Daß der gewünschte Augenblick bald kommen werde, war kaum zu hoffen; unfreundlich genug hatte die preußische Regierung die letzten Schritte Cavour's beurteilt, beängstigende Gerüchte erzählten, daß der Kaiser von Oesterreich im August 1860 persönlich von dem preußischen Regenten zu Tepliz das Versprechen bewaffneter Hilfe bei einem Angriff auf Venetien erhalten habe. Und soviel war in der That richtig, daß man in Berlin entschlossen war nicht zum zweitenmal ein Bündnis Napoleons und Viktor Emanuels gegen Oesterreich hinzunehmen. Man erkannte dort die Berechtigung des Nationalitätsprinzipes vollkommen an; es bildet, so schrieb der preußische Minister des Aeußeren am 13. Oktober 1860 nach Turin, den laut ausgesprochenen Ausgangspunkt unserer eigenen Politik in Deutschland; aber als Beschränkung stellte er ihm das Rechtsprinzip gegenüber, das Cavour beständig mißachte, während die preußische Regierung beflissen sei die Forderungen der Nation auf Grund desselben zu verfechten; wer das nicht thue, der verlasse den Boden der Reform und betrete den der Revolution. Cavour meinte darauf lächelnd, Preußen werde ihm für das Beispiel, das er gegeben, dereinst noch dankbar sein, und er erlebte noch die Freude, daß der preußische Landtag sich im Februar 1861 zu Gunsten der neuen Ordnung in Italien aussprach. Aber die Hoffnung schon in nächster Zukunft auch die Regierung ungestimmt zu sehen und dadurch die Möglichkeit zu einem Angriff auf Venetien zu gewinnen hegte er nicht. Solch einen Angriff konnte er ohne Frankreichs Hilfe nicht wagen, und Frankreichs Hilfe, das erklärte auch England, mußte einen europäischen Krieg heraufbeschwören. Die Abtretung von Savoyen und Nizza hatte eine reiche Saat des Mißtrauens gegen den französischen Kaiser ausgestreut, so daß alle seine Nachbarn die Hand an die Waffen legten und entschlossen waren jeder ferneren Gefahr rechtzeitig zu begegnen: wollte er nicht einem großen europäischen Bündnisse trotzen, so mußte Napoleon, und mit ihm Cavour, für die nächste Zeit wenigstens auf jeden Angriff verzichten.

## Frankreich und seine Nachbarn.

Die Schweiz und Belgien, England und Deutschland waren es, die sich am meisten von den Vergrößerungsgelüsten Frankreichs bedroht fühlten. So vernehmlich erhoben sich die Äußerungen des Argwohn und Zornes, daß der Moniteur in bittere Klagen über dieses „einstimmige Konzert böswilliger Gerüchte und falscher Beurteilungen“ ausbrach, und daß Napoleon all seinen Scharfsinn erschöpfte um auf Beruhigungsmittel zu sinnen. Nur den besten Weg, den er hätte einschlagen können, der Schweiz sein Wort zu halten und ihr die nördlichen Bezirke von Savoyen abzutreten verschmähte er. Bitter enttäuscht nahm der Bundesrat eine drohende Haltung an, die er doch nur dann zu behaupten vermochte, wenn die Großmächte ihm beisprangen. Aber Österreich und Preußen dachten nicht daran um dieser paar Quadratmeilen willen Krieg zu beginnen, Rußland erklärte den französisch-italienischen Vertrag geradezu für einen durchaus regelmäßigen Hergang, und England schmolte und grollte zwar mit dem Kaiser, war aber viel zu friedliebend, als daß es den gefährlichen Nachbar hätte reizen mögen. Diese Unlust der großen Mächte erstickte denn bald den anfangs sehr regen Kriegseifer der Schweizer. Die Bundesversammlung ließ sich vornehmlich durch den Züricher Regierungspräsidenten Dubs zur Nachgiebigkeit bestimmen; sie verweigerte dem Bundesrate die Ermächtigung Nordsavoyen militärisch zu besetzen, wie es die Kriegspartei, an deren Spitze Stämpfli von Bern stand, beabsichtigte, und der Bundesrat entließ daher die Truppen wieder, die er bereits aufgeboden hatte, und bemühte sich, auch das vergeblich, die Großmächte für eine Konferenz über die savoyische Frage zu gewinnen. In den östlichen Kantonen dauerte jedoch die Erregung noch lange fort, und als im Juni 1860 das Schweizer Schützenfest in Genf begangen wurde, erklangen trotzige und mutvolle Worte in Rede und Lied: eher sei man bereit die blühende Stadt in einen Trümmerhaufen zu verwandeln, als sie französisch werden zu lassen; wie die Schweiz auf Genf, so könne Genf auf die Schweiz zählen. Wenn ja der französische Kaiser sich mit der Hoffnung geschmeichelt hatte auch diesen Boden allmählich für seine Abstimmungskünste vorbereiten zu können, so mußte ihn der kräftige Ausdruck der öffentlichen Meinung belehren, daß hier nur die Gewalt eine Fremdherrschaft begründen könne.

Einen lauten Widerhall fanden diese Schweizer Stimmen in Belgien, das nicht minder ernstlich den Beginn einer neuen Periode französischer Annexionen fürchtete. Wenige Tage nach dem Genfer Schützenfest, am 17. Juni 1860, wurde in Brüssel ein Verein begründet, dessen Mitglieder sich verpflichteten mit Gut und Blut die Unabhängigkeit ihres Landes zu verteidigen. Die Provinzialräte überschütteten den König mit Adressen, die ihn von der Einmütigkeit der öffentlichen Meinung überzeugen sollten, und in den Reden, die bei solchen Anlässen gehalten

Mißtrauen  
gegen Frank-  
reich.

Die Schweiz.

Belgien.

Befestigung  
von Antwer-  
pen.

wurden, erlang nicht minder entschlossen als in der Schweiz der Ruf: eher sollen unsere Städte in Grund und Boden zerstört und unsere Felder zu Wüsten werden, ehe wir die Herrschaft der Fremden uns gefallen lassen. Daß König Leopold und seine Regierung die vorhandene Gefahr nicht unterschätzten, konnte man besonders aus ihrem Eifer für die Befestigung von Antwerpen entnehmen. Seit 1848 schon war dieser Plan im Werke und seit 1851 lag er ausgearbeitet vor, allein die Genehmigung der Kammern war bisher nicht zu erlangen gewesen; die einen fürchteten der Entwicklung Antwerpens zu schaden, die anderen hielten es für richtiger Brüssel zu befestigen, nicht wenige wollten es vermeiden Frankreich zu reizen. Erst das Jahr 1859 erschütterte diese buntscheckige Opposition, und die Regierung erhielt im September 50 Millionen Francs für die Verteidigungsarbeiten. Späterhin machte ihr die Sache freilich noch große Not. Die Stadt Antwerpen klagte über die Schädigung, die sie erleide, ihre fünf Vertreter entzogen dem Ministerium ihre Unterstützung und brachten dessen Mehrheit dadurch so herunter, daß gelegentlich eine Stimme den Ausschlag gab. Erst durch allgemeine Neuwahlen im August 1864 gewann die Regierung wieder eine feste Majorität. Auf die Bereitwilligkeit für Belgiens Selbstständigkeit einzutreten waren diese Spaltungen jedoch völlig einflußlos; eine französische Partei, das zeigte die Bewegung des Jahres 1860 deutlich, gab es im Lande nicht. War das schon eine starke Bürgschaft gegen das Gelingen napoleonischer Angriffspläne, so wurde sie noch verstärkt durch die Entschlossenheit der Nachbarn Belgien zu schützen.

Holland. Selbst in Holland war der alte Groll so weit geschwunden, daß die gesamte Presse warm für den Nachbarstaat eintrat und der König im August 1860 den letzten Schritt that, der zur vollen Versöhnung noch immer fehlte, den einer persönlichen Zusammenkunft mit Leopold in Wiesbaden. Und wie er bei dieser Gelegenheit versicherte, daß die Stunde der Gefahr die beiden Völker brüderlich verbündet finden werde, so sorgte er durch die Vorlage eines neuen Wehrgesetzes im folgenden Monat dafür, daß Holland dann nicht unvorbereitet überrascht werde.

Es waren diese Maßnahmen um so bedeutungsvoller, als es wohl bekannt war, daß Wilhelm III. dank den Einflüssen seiner württembergischen Gemahlin dem Tuilerienhofe sehr nahe stand. Auch war er sichtlich beflissen eine Verständigung mit demselben anzubahnen und durch Besuche, die er im nächsten Jahre am französischen und am belgischen Hofe machte, vermittelnd zu wirken. In gleichem Sinne zu handeln war auch der englische Ministerpräsident Lord Palmerston, der alte Freund Napoleons, vorzugsweise geeignet. Unzufrieden im höchsten Grade mit der französischen Politik, wollte er doch mit dem Kaiser nicht brechen. Wenn ich Frankreich die eine Hand reiche, erklärte er im Parlamente, werde ich die andere an den Schild halten. Rüstig und energisch, wie er trotz seines hohen Alters noch war, zeigte er doch in diesem seinem letzten Ministerium weit größere Friedensliebe als früher,

England.

und sein Bestreben alle ernstlichen Verwickelungen im inneren oder von außen fern zu halten war unverkennbar. Insbesondere verhinderte er, der stets ein Gegner neuer Wahlreformen gewesen war, die Wiederaufnahme dieser Frage, obgleich sie es gewesen, die das Tory-Ministerium gestürzt hatte. Eine Reformvorlage Disraelis, die das Wahlrecht an die Zahlung einer jährlichen Pacht oder Miete von 10 Pfund knüpfte, war nämlich am 31. März 1859 in einer Minderheit von 39 Stimmen geblieben. Statt zurückzutreten hatten die Tories darauf Berufung an das Land eingelegt, waren aber nur wenig gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen, so daß sie am 10. Juni vor einem Mißtrauensvotum des neuen Unterhauses doch zurücktreten mußten. Die Sieger konnten nun ein einheitliches Ministerium nicht herstellen, sondern mußten ihre Verwaltung aus Whigs, Peeliten und Radikalen bilden. Das auswärtige übernahm Lord John Russell, die Finanzen Gladstone, das Handelsministerium ein bewährter Freihändler, Milner Gibson. Gern hätte Palmerston das Haupt der Manchesterleute, Richard Cobden, in das Ministerium aufgenommen; allein so freudig dieser seinen Beistand gegen die Schutzzöllner versprach, so groß war sein Mißtrauen gegen die kriegerischen Gelüste des Lord Feuerbrand, den er noch immer für den gefährlichsten aller Premiers erklärte. Seine Besorgnisse waren unbegründet; nachgiebiger und friedenssüchtiger konnte kein Ministerium nach außen hin auftreten als unter Russells, Gladstones und Milner Gibsons Einfluß dies letzte Palmerstonsche Kabinett, und der erste wichtige Schritt, den es vornahm, war eine zweifellose Bekräftigung seiner friedlichen Absichten: der Abschluß eines Handelsvertrages mit Frankreich.

Sturz des  
Tories.

Ministerium  
Palmerston.

Das Hauptverdienst daran gebührte Cobden, der natürlich kein Bedenken trug in dieser besonderen Sache sich dem Ministerium zur Verfügung zu stellen. Auf französischer Seite war Michel Chevalier sein wichtigster Verbündeter. Dieser gewann den Kaiser nicht sowohl für die Idee des Freihandels, der Napoleon schon seit Jahren huldigte, als vielmehr für den Entschluß sie jetzt auf dem Wege des Vertrages ins Leben zu rufen. Er teilte Cobden brieflich die günstige Stimmung des französischen Herrschers mit, dieser benachrichtigte das Ministerium davon und übernahm die Führung der Verhandlungen in Paris. Die Grundlagen des Vertrages waren sehr bedeutende Zollermäßigungen für Eisen, Woll- und Baumwollwaaren in Frankreich, für Weine, Seide und Luxusartikel in England; für die Zukunft gestanden sich die beiden Länder gegenseitig alle Zollerleichterungen zu, die sie etwa dritten gewähren würden; der dadurch vorbereitete Bund der „meistbegünstigten“ Nationen, die in gewissem Sinne ein einziges Handelssystem bildeten, das bald alle bedeutenderen europäischen Staaten umschloß, durfte in der That für einen tüchtigen Schritt zu einer Verbrüderung der Nationen, zu einer Zeit dauernden Friedens gelten. Dafür wollte auch Napoleon den Handelsvertrag angesehen wissen und sprach das in einem schnell

Französisch-  
englischer  
Handelsver-  
trag.

veröffentlichten Briefe aus, den er am 5. Januar 1860 an den Minister Fould richtete. Die Begeisterung darüber war in England größer als in Frankreich; in goldenen Buchstaben, so meinte John Bright auf einem Feste, das an dem Tage, an welchem der Vertrag unterzeichnet wurde, am 24. Januar, die Freihändler von Manchester feierten, in goldenen Buchstaben verdiene dieser Brief der Nachwelt überliefert zu werden, und Gladstone erging sich in den wärmsten Lobsprüchen auf Cobden, als er den Vertrag dem Unterhause vorlegte. In Frankreich erhoben dagegen die Schutzzöllner so laut sie nur durften ihre klagende Stimme, und da dem gesetzgebenden Körper nicht einmal Gelegenheit geboten wurde die Ermäßigungen des Tarifs zu prüfen, so schloß sich die politische Opposition ihren Beschwerden bereitwillig an. Auf beiden Seiten des Kanales aber waren die Gegner darin einig, daß der ganze Vertrag ein Schachergeschäft gewesen sei, durch das Napoleon unter Aufopferung blühender französischer Industriezweige Englands Willfährigkeit erkaufte, England aber gegen einen guten Markt für seine Baumwollwaren Savoyen preisgegeben habe. Wie einseitig ungerecht diese Urteile waren und welche segensreiche Folgen die neuen Verkehrsverhältnisse für beide Länder bringen sollten, konnte erst die Zukunft lehren; der unglaubliche Aufschwung des französischen Handels, der 1857 in Aus- und Einfuhr noch nicht drei, und 1865 schon über 7½ Milliarde Franken an Wert betrug, war die beste Rechtfertigung des kühnen Vertrages, der stets als eines der größten Verdienste Napoleons gelten wird.

Englische  
Rüstungen.

Aber daß politische Beweggründe mächtige Triebfedern bei dieser Angelegenheit gewesen, blieb deshalb nicht minder wahr. Napoleon wünschte aus guten Gründen England zu fördern, ehe er mit der Aneignung von Savoyen und Nizza herausrückte, und ganz mißglückt war dieser Versuch jedenfalls nicht. Wenigstens die Manchesterleute glaubten an die Friedensliebe des Kaisers und bekämpften den Argwohn und die Furcht ihrer Landsleute in Wort und Schrift. Aber die Entrüstung über die französischen Annexionen, die Teilnahme für Belgien und die Schweiz, der Glaube an die Möglichkeit einer Gefährdung des eigenen Landes waren im britischen Volke doch stärker als Cobdens Beredsamkeit. Die Minister selbst befiel ein ernstes Gefühl ihrer Verantwortlichkeit. Schon 1847 hatte Wellington auf den schlechten Zustand der Verteidigungsmittel aufmerksam gemacht, und doch war seitdem nichts von Bedeutung geschehen. Eine Verschiebung der Machtverhältnisse zur See zu Ungunsten Englands ging ganz allmählich dadurch vor sich, daß die Benutzung der Dampfkraft und die Vervollkommnung der Artillerie, bald auch die Panzerung der Fahrzeuge, die alten Flotten mehr und mehr entwertete und dadurch den Vorsprung Englands aufhob. Betreffs der Landmacht konnte man natürlich nicht daran denken mit Frankreich zu wetteifern, und so brach sich die beängstigende Vorstellung Bahn, daß eine französische Landung schwer zu verhindern und ein gelandetes Heer noch schwerer zu vertreiben sei. Das heimische Wehrsystem mußte also

verbessert werden, und wie konnte das in diesem Lande, wo von großen stehenden Heeren und allgemeiner Dienstpflicht nicht die Rede sein durfte, anders geschehen als durch die Bildung einer gewaltigen freiwilligen Miliz? Darauf lief also das ungestüme Verlangen der öffentlichen Meinung hinaus, und wie mit einem Schlage wuchsen neue Milizregimenter aus dem Boden; schon im Juni 1860 konnte die Königin in London eine Musterung über 20 000 freiwillige Vaterlandsverteidiger halten, im nächsten Monate eröffnete sie das große Schützenfest der Freiwilligen in Wimbledon, im August marschierten in Edinburg 20 000 Schotten an ihr vorüber. Mochte viel Soldatenspielerei dabei mit unterlaufen, der Kern der Bewegung war doch gesund, und der Kaiser der Franzosen verstand die Sprache des Patriotismus vollkommen. Das englische Ministerium blieb an seinem Teile hinter dieser freiwilligen Bewegung nicht zurück. Am 23. Juli verlangte Lord Palmerston 11 Millionen Pfund zur Verteidigung der Küsten. Schwere Stürme, so äußerte er, ständen am Horizonte, und die nächste Gefahr drohe von Frankreich; trotz des Handelsvertrages sei England nicht sicher vor einem Ausbruch der Kriegslust seines Nachbarn; zur Verteidigung bedürfe Frankreich nicht der großen Flotte, die es sich schaffe; sei sie aber zum Angriff bestimmt, so müsse England sich vorsehen; eine Landung freilich fürchte er nicht, aber schon durch die Zerstörung der Arsenale könne das Land in die Gewalt des Feindes geraten. Napoleon beeilte sich natürlich darauf mit „offenherzigen Erklärungen“ zu antworten; in einem Briefe an Persigny, seinen Botschafter in London, klagte er in gekränktem Tone über diese kleinen Eifersüchteleien, dieses ungerechtfertigte Mißtrauen, das wohl zwischen Dieben, die sich gegenseitig übervorteilen wollen, aber nicht zwischen anständigen Leuten am Plage sei. Alles, was er damit erreichte, war, daß Palmerston im Parlamente sein Vertrauen zu der Fortdauer des Friedens aussprach, vorausgesetzt, wie er hinzufügte, daß England gerüstet gegen jeden Angriff sei; und das Unterhaus billigte diese Auffassung, indem es am 3. August 1860 die geforderten 11 Millionen einmütig bewilligte. So stand also England dem Kaiser nichts weniger als freundlich gegenüber, und wenn das Ministerium seine Friedensliebe auch durch das laue Verfahren gegenüber den Klagen der Schweiz zweifellos bethätigte, so durfte Napoleon doch ziemlich sicher sein, daß ein Angriff auf Belgien oder den Rhein England zu den Waffen rufen werde.

Eine Besprechung, welche die Königin Victoria am 12. Oktober 1860 in Koblenz mit dem Prinzregenten von Preußen unter Teilnahme der beiderseitigen Minister des Äußeren hatte, war auch ein Glied in der langen Kette der Mißtrauenserklärungen, die Napoleon sich durch die Erwerbung der italienischen Grenzprovinzen zuzog. Überhaupt waren die Fürstenbegegnungen in diesem unruhigen Jahre so zahlreich wie kaum zuvor. Des Fürstentages in Baden, auf dem der Prinzregent, umgeben von den deutschen Königen und mehreren Großherzögen und Herzögen,

Fürstenbegegnungen.

Frankreichs  
Stellung.

Liberale Zu-  
geständnisse  
Napoleons.

Der Erlaß  
vom 24. No-  
vember 1860.

dem Kaiser Napoleon entgegentrat, der holländisch-belgischen Begegnung in Wiesbaden, der Zusammenkünfte von Teplitz, Salzburg, Warschau, die eine Annäherung zwischen Österreich einerseits, Preußen und Rußland andererseits zur Folge hatten, ist entweder schon gedacht worden oder wird noch gedacht werden. Sie alle trugen den Stempel des Argwohns gegen Napoleon an der Stirn und beglaubigten in gewissem Sinne die mißtrauische Erregung, welche die Völker ergriffen hatte. Unverkennbar war es, daß Frankreich in Europa augenblicklich ganz vereinsamt dastand, wenn man nicht etwa Italien, mit dem es doch den diplomatischen Verkehr abgebrochen, und Spanien, dem der Kaiser die Aufnahme unter die Großmächte zu verschaffen gedachte, als seine Bundesgenossen ansehen wollte. Gleichwohl war die Stellung Frankreichs dadurch in keiner Weise gefährdet; denn alle Mächte, die ans Schwert griffen, thaten es nur um sich zu verteidigen und von einem Angriff auf das Kaiserreich war nicht die Rede. Zuguterletzt fühlten sich die Franzosen wohl gar geschmeichelt durch die Aufmerksamkeit, die man ihnen von allen Seiten schenkte, und die Furcht, die man vor ihnen bezeugte; es befriedigte ihren Stolz zu sehen, wie vorsichtig man mit ihnen umging und wie sorgsam die fremden Regierungen sich hüteten ihren Herrscher zu reizen. Vollends als Lord Palmerston und Persigny bei dem Lord-Mayors-Bankette im November wieder friedliche und freundliche Reden miteinander austauschten, die unbequemste der Spannungen, die mit England, also beseitigt war, gewöhnte man sich auf die unruhige Beweglichkeit der übrigen Nachbarn mit einer Art wohlwollender Überlegenheit herabzusehen und die Herstellung der natürlichen Grenzen gegen Nord und Ost als eine bloße Frage der Zeit zu betrachten. Napoleon aber, der persönlich auf solche Vergrößerungen um ihrer selbst willen kein Gewicht legte, sondern als erstes und letztes Ziel seiner Politik doch immer nur die Befestigung seines Thrones verfolgte, hielt es an der Zeit durch die Erteilung einiger neuen Rechte an die Kammern nach außen hin ein Pfand für seine Friedensliebe und nach innen eine kleine Abschlagszahlung für die Ungeduldigen zu geben. Wenn er am 5. Januar 1860 im Ministerium des Auswärtigen Walewski durch Thouvenel ersetzt hatte, so wurde jetzt am 24. November Walewski an Foulds Stelle Staatsminister und einige Tage darauf Persigny für den Herzog von Padua Minister des Innern, während Billault und Magne ohne Portefeuille in das Kabinett eintraten. Ein kaiserlicher Erlaß vom 24. November gab dem Senate und der Kammer das Recht auf die Thronrede mit einer Adresse zu antworten; er versprach Änderungen in der Geschäftsordnung und größere Öffentlichkeit der Verhandlungen. Rundschreiben Persignys vom 5. und 8. Dezember empfahlen den Präfekten das Versöhnungswerk zwischen den Parteien zu vollenden, die ehrenwerten Männer der früheren Regierungen zum öffentlichen Leben heranzuziehen, der Presse einen größeren Spielraum zu gestatten und die Gewohnheiten der freien Diskussion zu begünstigen. Wenige Tage später zog der

Kaiser alle bisher den Zeitungen erteilten Verwarnungen zurück und verkündete volle Begnadigung für Preßvergehen. Es war wenig genug, was so gewährt wurde, viel zu wenig um irgend einen Gegner zu entwaffnen, aber auch zu wenig um dem kaiserlichen Regimente Schaden zu können; und dennoch war die leise Schwenkung, die das Kaiserreich damit vornahm, nicht wirkungslos; sie beruhigte die auswärtigen Mächte und sie befriedigte als ein Zeichen des Vertrauens und der Sicherheit die großen Massen, die nichts anderes wünschten als die Erhaltung des Bestehenden. Zog man dazu noch in Betracht, daß die französischen Waffen den unentbehrlichen Ruhm in China und Anam, in Syrien und Algier suchten und fanden, so hatte man Anhaltspunkte genug um für Europa eine friedliche Entwicklung hoffen zu dürfen.

### Deutschland und die neue Ära.

Diese Friedenshoffnungen, die sich an die liberale Wendung der napoleonischen Politik knüpften, waren gleichsam stillschweigend auf die Voraussetzung gegründet, daß nur ein willkürlicher Krieg, wie man ihn von Frankreich befürchtete, ausbrechen könne; sie ließen die Möglichkeit völlig außer acht, daß Deutschland auf ähnlichem Wege wie Italien die Schäden, an denen es litt, zu heilen und zur nationalen Einheit durchzudringen versuchen könnte. In der That war zu keiner Zeit der Glaube, daß unser Vaterland auf friedlichen Bahnen seine Umgestaltung vollziehen werde, verbreiteter als in den Tagen, wo Cavour starb und Napoleon sich friedlichen Reformen zuzuwenden schien. Offen lag es vor den Blicken aller Welt, daß eine mächtige Gärung das ganze Land durchzog und ein Aufschwung des nationalen Geistes sich vollzogen hatte, wie ihn ein halbes Jahrzehnt früher niemand für möglich gehalten hätte. Drei schnell aufeinanderfolgende Ereignisse hatten diese Erweckung und Neubelebung der vaterländischen Hoffnungen veranlaßt: der Wechsel des Regierungssystems in Preußen, den andere deutsche Staaten bald nachahmten, das Vorbild des italienischen Volkes, das mit schnellen Schritten seiner staatlichen Einigung entgegeneilte, und die Befürchtung eines Krieges mit Frankreich, der alle Parteien gleichmäßig zur Abwehr bereit fand.

Der traurige Zustand, der seit den Tagen von Olmütz in Preußen herrschte, war, solange Friedrich Wilhelm IV. am Staatsruder blieb, in keiner Weise erfreulicher geworden. Die Unsicherheit der auswärtigen Politik während des Krimkrieges und ihre Heftigkeit in der Neuenburger Frage trug nur zu sehr den Stempel der eigenen Persönlichkeit des Königs, als daß eine Änderung bei seinen Lebzeiten hätte erwartet werden können. Die Grundsätze, von denen er sich leiten ließ, und die Interessen, welche er verfolgte, waren zuletzt wenig mehr als persönliche Schrullen, die sich in seinem kranken Geiste aus ursprünglich hochsinnigen und edlen Gedanken zu fixen Ideen verdichtet hatten. Leiden-

Das Ende  
der Reaction.

Die preußi-  
schen Minister.

schaftlich erregt, wie er häufig war, mochte ihn zuweilen mit Macht das Bewußtsein der schmähligen Abhängigkeit packen, in die er seinen Staat Österreich gegenüber gebracht hatte; zu einer folgerichtigen und entschlossenen Umkehr auf der betretenen Bahn hätte er doch nicht mehr die Kraft besessen. Selbst zu einer offenen Auseinandersetzung mit dem österreichischen Kaiser konnte er sich nicht entschließen. Während er dem alten Metternich, den er im Juli 1856 in Königswart besuchte, darüber klagte, daß man ihn in Wien nicht verstehe oder nicht verstehen wolle und daß man seine vertraulichen Äußerungen in Paris mitteile, hüllte er sich Franz Josef gegenüber, mit dem er im August in Teplitz zusammentraf, in Schweigen. Manteuffel aber, sein Minister des Äußeren, entbehrte von vornherein jeder staatsmännischen Befähigung; sein gebildet und ein durchaus makelloser Charakter, sprach er sich als Staatsmann doch selbst das vernichtendste Urteil, als er der Kammer einst erklärte, er wolle nichts weiter als ohne Rücksicht auf seine eigenen Anschauungen den Willen des Königs, seines Herrn, ausführen. Diesem Grundsatz entsprechend handelte er während seiner ganzen Amtsführung, und da andere seiner Kollegen nicht dieselbe Entfagung besaßen sondern in Gemeinschaft mit der persönlichen Umgebung des Königs den Willen des Monarchen vollständig nach den Wünschen der Kreuzzeitungspartei zu lenken wußten, so war Manteuffel, obgleich dem Namen nach Haupt des Ministeriums, doch keineswegs dessen Seele. Dafür konnte am ersten der Minister des Inneren Westphalen gelten, den kundige Beobachter für den geschicktesten und gefährlichsten Mann im Kabinett erklärten und neben ihm Otto von Raumer, der Kultusminister, den Alexander von Humboldt für den schädlichsten von allen hielt, da er die Wissenschaft geradezu verachte. Unter den anderen Ministern war von der Heydt als tüchtiger Fachmann der bedeutendste, und obschon viele seiner Maßnahmen auf lebhaften Widerspruch stießen, so erwarb er sich doch durch die eifrige Förderung des Eisenbahnbaues, durch die Einführung von Nachtzügen, durch die Ermäßigung des Briefportos, durch den Abschluß des deutsch-österreichischen Post- und Telegraphenvereins große Verdienste, die gegen seine Zustimmung zu dem reaktionären Bedrückungssystem dieser Jahre als Ausgleichung in die Waagschale geworfen werden konnten.

Der Prinz  
von Preußen.

Die Leiter der preußischen Politik, die amtlichen im Ministerium wie die privaten in der Camarilla und in der Presse wußten recht wohl, daß sie nur eine kleine, wenn auch zur Zeit mächtige Partei bildeten. So gut sie durch die Zusammensetzung des Herrenhauses dafür gesorgt hatten, daß der eine Teil der Landesvertretung ganz und gar von ihnen abhing, so war es doch zweifellos, daß mit dem Tode des Königs ihr Einfluß auf die Krone ein Ende haben werde. Der Prinz von Preußen, der bei der Kinderlosigkeit des Monarchen zur Nachfolge berufen war, hatte nie auf ihrer Seite gestanden, und das Mißtrauen, welches er ihnen einflößte, war so groß gewesen, daß sie ihn durch eines ihrer ver-

kommensten Geschöpfe, einen gewissen Lindenberg, förmlich überwachen und sich Bericht über ihn erstatten ließen. Mit Männern, denen die Ehrfurcht gegen das Königshaus, die sie beständig heuchelten, nicht wehrte sich zu solcher Auspürerei und Angeberei zu erniedrigen, konnte der Prinz dereinst gewiß nicht die Regierung führen, und der Zeitpunkt, wo die Krone auf ihn überging, mußte daher den Sturz der Kreuzzeitungspartei und die Berufung neuer Männer mit sich bringen.

Das Leben des Königs war also für die herrschende Richtung vom höchsten Werte, und kein geringer Schreck mußte sie ergreifen, als sich bei Friedrich Wilhelm, der eben das sechzigste Lebensjahr überschritten hatte und äußerlich noch immer ein Bild blühender Gesundheit war, die Spuren einer Geisteskrankheit zeigten. Mochte man sich eine Zeit lang mit trügerischen Hoffnungen über diese Wahrnehmung hinwegsetzen: im Laufe des Spätsommers 1857 wurden die Symptome unverkennbar. Aus einem Zustande unnatürlicher Aufregung verfiel der König oft plötzlich in völlige Stumpfheit, die sich bis zur Geistesabwesenheit steigerte. Im Oktober schien seine nahe Auflösung bevorzustehen. Wider Erwarten trat noch einmal eine Besserung ein, aber die Unfähigkeit des Monarchen zur Regierung ließ sich nicht mehr verbergen. Während also die Ärzte darauf drangen, daß er für längere Zeit eine Reise außer Landes unternehme, mühten die Kreuzzeitungsleute sich ab eine Form zu finden, die ihnen die Macht noch möglichst lange in den Händen ließ. Es kam ihnen dabei sehr zu statten, daß die königliche Familie (und der Thronfolger wohl nicht am wenigsten) es zu vermeiden wünschte die Geisteskrankheit des Königs, solange noch eine entfernte Hoffnung auf Besserung vorhanden war, offen anzuerkennen. Diesem Umstande verdankten sie einen Ausweg, von dem freilich die Verfassung nichts wußte: am 23. Oktober 1857 ernannte der König seinen Bruder Wilhelm zum Stellvertreter. Als solcher glaubte der Prinz die Regierung im Sinne des Königs und also auch mit dessen Räten fortführen zu müssen; dreimal ließ er sich seine Ernennung, die jedesmal auf drei Monate erfolgte, verlängern; als aber nach Jahresfrist, im Oktober 1858, in dem Befinden des Königs noch immer keine Besserung eingetreten war, bestand er darauf, daß man nunmehr zu der verfassungsmäßigen Regentschaft übergehe. Dieser Forderung zu widerstehen fehlte den Ministern der Mut; nur Westphalen verweigerte seine Zustimmung und nahm lieber seinen Abschied. Nachdem der König selbst am 7. Oktober eingewilligt hatte, traten am 9. die beiden Häuser des Landtags zusammen um die Notwendigkeit des Schrittes zu prüfen, und nachdem sie einstimmig und ohne Diskussion auf den Antrag eines dazu niedergesetzten Ausschusses ihre Einwilligung ausgesprochen hatten, leistete der Prinz am 26. Oktober 1858 den Eid auf die Verfassung. Wie ungern die Minister sich von ihren Posten trennten, ersah man daraus, daß sie zögerten ihre Entlassung einzureichen. Nur die beiden Rheinländer, Simons und von der Heydt, welche Hoffnung hatten auch in dem neuen Kabinett ihren Platz wieder-

Erkrankung  
des Königs.

Die Stellvertreterung.

Die Regentschaft.

zufinden, drängten auf ein gemeinsames Rücktrittsgesuch; die übrigen wollten davon nichts wissen und warteten bis ihnen die Mitteilung wurde, daß der Prinzregent den Fürsten Anton zu Hohenzollern-Sigmaringen mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraut habe.

Das Mini-  
sterium  
Hohenzollern.

Die deutsche Gesinnung dieses Mannes, die er 1849 durch den Verzicht auf sein Fürstentum bewährt hatte, seine vornehme Stellung, die ihn hoch über den brandenburgischen Junkeradel hinaus hob, der gute Ruf, der seinen staatsmännischen Einsichten vorausging, alles das machte die Wahl des Prinzregenten zu einer höchst glücklichen. Auch mit den Persönlichkeiten der übrigen Minister war das Land voll auf zufrieden. Schleinitz, der Minister des Äußeren, hatte in demselben Amte 1849 und 50 eifrig für die Union gewirkt; Patow, der die Finanzen übernahm, gehörte zu den verdientesten Vorkämpfern der liberalen Partei in der reaktionären Landratskammer; Bonin, der Kriegsminister, war im Mai 1854 aus dem Manteuffelschen Kabinett geschieden, weil er dessen russenfreundliche Politik nicht stützen wollte; Bethmann-Hollweg, dem Kirchen- und Schulwesen zuviel, war ein treuer Anhänger der Union und hatte manchen Strauß mit Stahl und anderen ihrer Gegner durchgefochten; Flottwell, der 72 jährige Minister des Innern, der übrigens schon vier Wochen früher an Westphalens Stelle getreten war, zählte zu den tüchtigsten Verwaltungsbeamten; in fünf Provinzen war er Oberpräsident gewesen und vor 1848 auch schon einmal Finanzminister; daß er aufrichtig den Verfassungsstaat anerkenne, war außer Zweifel. Wenn Simons und von der Heydt durch ihre letzte Vergangenheit keiner großen Beliebtheit sich erfreuen konnten, so erregten sie doch durch ihr Verbleiben nicht gerade Mißtrauen gegen das neue Kabinett, das ein äußerst wertvolles Mitglied endlich noch in Rudolf von Auerswald erhielt. Dem Prinzregenten durch innige Jugendfreundschaft verbunden, erfreute sich dieser Mann andererseits einer solchen Volksbeliebtheit, daß die Vossische Zeitung vorschlug, man solle ihn einstimmig in allen Wahlbezirken Berlins zum Abgeordneten erwählen. Es war recht eigentlich ein Ministerium der vorsichtigen besonnenen Reform, das so zustande gekommen war; weder ein schroffer Bruch mit der Vergangenheit noch ein Verharren auf dem bisherigen Wege war von ihm zu erwarten, sondern nur ein langsames und rücksichtsvolles, dabei aber zielbewußtes Überleiten in neue Bahnen. Mehr als das verlangte man für jetzt selbst in den gelichteten Reihen der alten Demokratie nicht; Schulze-Delitzsch beispielsweise lehnte einen Sitz in der Kammer ab, weil seine Wahl der Rücksrittspartei erwünscht sein und dem Ministerium Schwierigkeiten schaffen werde; Unruh, Birchow, Rodbertus u. a. gaben ähnliche Erklärungen ab oder fanden, wenn sie doch in den Wahlmännerversammlungen vorgeschlagen wurden, nicht die erforderliche Unterstützung. Mit ungeteilter Befriedigung nahm das Land den Umschwung auf und erwartete vertrauensvoll die Änderungen, die er im einzelnen nach sich ziehen mußte.

Über den Umfang derselben gab die Rede Aufschluß, mit welcher der Prinzregent am 8. November sein Ministerium begrüßte. An Verwahrungen gegen die Erwartung, als ob nunmehr ein liberales Parteilager beginnen werde, fehlte es darin nicht; Versprochenes, so hieß es, solle treu gehalten aber Nichtversprochenes mutig verhindert werden; die konservative Grundlage des Staates wurde stark betont. Wenig bestechend klang die Aufforderung auf Grund der wahren Besteuerungsfähigkeit des Landes in Zukunft erhöhte Geldmittel zu beschaffen, diese Geldmittel vor allem zur Verstärkung des Heeres zu verwenden, den Bau von Eisenbahnen aber nötigenfalls einzuschränken; allein gerade das bestach und gewann die öffentliche Meinung, daß man jedem Worte der Rede die ehrliche Überzeugung und das nüchterne Urteil ansah, dem es entsprungen war; gerade die Verbindung mit minder lieblichen An- und Absichten erhob den Wert der übrigen Sätze. Wo sich willkürliches oder den Bedürfnissen der Zeit widersprechendes zeige, versprach der Regent die sorglich bessernde Hand anzulegen; eine Regierung sei stark, wenn sie ein reines Gewissen habe, wenn sich in ihren Handlungen Wahrheit, Gesetzmäßigkeit und Konsequenz ausspreche. Er beklagte, daß in kirchlichen Fragen leßthin leider viel vergriffen sei, daß die Religion als Deckmantel politischer Bestrebungen eine Orthodoxie und in deren Gefolge eine Heuchelei und Scheinheiligkeit großgezogen habe, die man entlarven müsse, wo es nur möglich sei; denn die wahre Religiosität zeige sich nicht in äußerem Gebahren und Schaustellungen, sondern in dem ganzen Verhalten des Menschen. Die evangelische Union sollte kräftig aufrechterhalten, der katholischen Kirche kein Übergreif über ihre verfassungsmäßigen Rechte gestattet werden; den Unterrichtsanstalten ward die Aufgabe zugewiesen Preußen an der Spitze der geistigen Intelligenz zu erhalten, doch ohne einzelne Klassen über ihre Sphäre zu heben. Durch eine weise Gesetzgebung im Inneren und durch die Pflege von Einigungselementen wie der Zollverein, der übrigens einer Reform bedürfe, hoffte der Regent in Deutschland moralische Eroberungen für Preußen zu machen. Die Welt muß wissen, so schloß er, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist, und was dem Staate an materieller Macht fehlt, das muß die Besonnenheit, Konsequenz und Energie seiner Politik ersetzen.

Wie verschieden war diese Sprache doch von der, mit welcher der kranke König einst Preußens und Deutschlands Volk entzückt hatte. Die glänzenden Bilder, die genialen Wendungen, die andeutungsvolle Unbestimmtheit des Ausdrucks, sie fehlten gänzlich; alles war scharf umgrenzt, rund herausgesagt, das Ergebnis ruhiger Prüfung und fester Entschluß. Etwas soldatisch strammes und christlich ernstes ging durch die ganze Rede; ein selbstbewußter Manneswille lenkte fortan die preußische Politik und dieser Wille erkannte die neue Zeit, erkannte insbesondere die bestehende Verfassung ohne Rückhalt an. Es war ein Aufruf an alle gesunden Elemente des Volkes sich um das Banner der Gesetzmäßigkeit

Das Programm des Prinzregenten.

Zustimmung des Volkes.

und des Staatsinteresses zu scharen. Die nächste Antwort mußte das preußische Volk in den Wahlen zum Abgeordnetenhaus geben; wie nicht anders zu erwarten, fiel sie vollkommen zustimmend aus. Wenn auch die Gardeoffiziere gegen den Kriegsminister, die Staatsanwälte und Prediger gegen Bethmann-Hollweg stimmten, so wurden doch alle Minister gewählt, Auerwald (und neben ihm Schwerin und Grabow) viermal, Patow dreimal, Georg Vincke, Beckerath und andere Führer der konstitutionellen Partei doppelt; von den abgetretenen Ministern fand nur Manteuffel wieder einen Sitz. Damit war der neuen Richtung auch vom Volke das Siegel der Bestätigung aufgedrückt und mit den freudigsten Hoffnungen sah man der „neuen Ära“, die nun begonnen hatte, entgegen.

Rückwirkung  
auf andere  
deutsche  
Staaten.

Daß die Bewegung an der preussischen Grenze nicht inne hielt, verstand sich von selbst. Eine mächtige Förderung erhielt sie in Süddeutschland durch den Umschwung in Bayern. König Max, der durch seinen Minister von der Pfordten in einen langen erbitternden Streit mit seinem Landtage verwickelt war, dessen stets wiedergewähltem mißliebigen Präsidenten Weiß er hartnäckig die Bestätigung versagte, entschloß sich am 9. April 1859 zum Nachgeben, erklärte, daß er Frieden haben wolle mit seinem Volke, und schickte von der Pfordten als Bundestagsgesandten nach Frankfurt, während der Freiherr von Schrenk von dort als Ministerpräsident nach München berufen wurde. Die Bedeutung des Schrittes lag nicht sowohl in dem Wechsel der Personen, denn Schrenk war um nichts liberaler als von der Pfordten, wie in der Thatsache, daß der König die Macht der öffentlichen Meinung anerkannte. Auch andere Fürsten konnten sich der neuen Strömung nicht entziehen. In die erste Linie der deutschgesinnten und liberaldenkenden Herrscher traten fortan der Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha, der seine politische Denkweise zwar auch in der Reaktionszeit nie verleugnet hatte, aber doch zu kräftigem Auftreten ohne andere Unterstützung nicht imstande gewesen war, und Großherzog Friedrich von Baden, der seit dem Februar 1852 erst als Regent für seinen Vater, der schon im April jenes Jahres starb, und für seinen älteren Bruder Ludwig II., dann seit dessen Tode (im September 1856) selbständig die Regierung geführt, bisher aber der österreichisch-ultramontanen Einflüsse sich nur mühsam erwehrt hatte. Durch seine Vermählung mit der Tochter des Prinzen von Preußen war er in seinen patriotischen Gesinnungen nur noch befestigt worden; jetzt, da sein Schwiegervater die Zügel des Staates führte, trat er mit entschlossener Kraft für die preussische Hegemonie ein und erwarb sich schnell neben dem Herzog Ernst von Koburg den begründetsten Anspruch auf den Dank des deutschen Volkes.

Der Bundes-  
tag.

Selbst da, wo die alten Diener der Reaktion am Ruder blieben, bemerkte man doch meistens, daß sie gelindere Saiten aufzogen, daß die Behandlung der Kammern, der Presse, der Vereine zuvorkommender und milder wurde. Auch der Bundestag mußte es erleben, daß unerhörte Dinge vor ihm zur Sprache kamen. Schon während seiner

Stellvertretung hatte der Prinz von Preußen mancherlei anregen lassen, was den meisten Regierungen damals noch sehr unlieb war, z. B. die Veröffentlichung der Bundestagsprotokolle, die seit 1824 sich in tiefes Dunkel hüllten. In der schleswig-holsteinischen Frage, die später im Zusammenhang erzählt werden soll, ging man bereits bis zur Androhung der Bundesexekution. Gegen Österreich führte der preußische Gesandte von Bismarck-Schönhausen eine sehr kräftige Sprache. Selbst in der Mantuffelschen Zeit hatte er durch seine klare und feste Haltung das Ansehen Preußens am Bunde sehr zu heben gewußt; jedem Übergriffe der österreichischen Präsidialgesandten, besonders des Barons von Prokesch-Osten, der vom Februar 1853 bis Oktober 1855 als Nachfolger des Grafen Thun und Vorgänger des Grafen Rechberg diesen Posten bekleidete, war er scharf und schneidig entgegengetreten, und sein Einfluß auf den König, der ihn häufig nach Berlin zu berufen pflegte, war groß genug um fast immer die Zustimmung des Ministeriums zu verbürgen. Ein schon länger schwebender Streit gab jetzt den Anlaß zu besonders entschiedenem Vorgehen. Es handelte sich um einen österreichisch-badischen Antrag, nach welchem die Friedensbesetzung von Rastatt zum Teil aus österreichischen Truppen gebildet werden sollte. Dem entschiedenen Einspruch, der dagegen von Berlin erhoben wurde, und der Forderung, daß dann mindestens auch preußische Truppen nach Rastatt gezogen würden, gelang es das Vorhaben zum Scheitern zu bringen und so den österreichischen Einfluß in Baden zu erschüttern. Die Sache war an sich nicht unwichtig, viel wichtiger aber als erster Schritt zur Umkehr auf dem Wege einer ängstlichen Absonderung und der endlichen Rückkehr zu den Grundsätzen einer nationalen Politik. Und als solchen bezeichnete ihn die amtliche Berliner Zeitung mit der Versicherung, daß dem Ernst der Erklärungen der Ernst der Handlungen folgen werde. Sehr zu statten kam diesem festen Entschluß der italienische Krieg. In-  
des zeigte sich doch gerade hier auch die schwache Seite des preußischen Kabinetts, seine übertriebene Gewissenhaftigkeit, die vor der rücksichtslosen Ausnutzung der Bedrängnis des Bundesgenossen zurückscheute. Ratsschläge, wie Ferdinand Lassalle sie in einer Flugschrift erteilte: Preußen solle auf Sardinien's Seite treten, die deutsch-österreichischen Provinzen erobern und so das deutsche Kaisertum gründen, waren freilich schon deshalb nicht ausführbar, weil nicht ein Duzend Anhänger für solch eine Politik in Deutschland wäre zu finden gewesen. Aber auch maßvollere Vorschläge fanden in Berlin kein Gehör. Herr von Bismarck, der mit Offenheit seine Teilnahme für Italien aussprach, wurde von Frankfurt nach Petersburg versetzt, oder, wie er selbst meinte, wie Champagner für späteren Gebrauch kalt gestellt, und die öffentliche Meinung suchte, freilich mit Unrecht, den Grund dafür in einer ihm irrigerweise zugeschriebenen Broschüre, die Preußen empfahl Österreichs Not zu benutzen um diese undeutsche und undankbare Macht aus ihrer Stellung in Deutschland zu verdrängen.

Der italienische Krieg.

Herr von  
Bismarck.

Es war eine erstaunliche Wandlung, die sich in diesem Staatsmann während seines Aufenthaltes in Frankfurt vollzogen hatte. Wenige Monate hatten genügt um ihn zunächst von aller Schwärmerei für Bund und Bundestag zu heilen. Das mißtrauische Auspionieren, die wichtigthuende Kleinigkeitskrämerei, der völlige Mangel an Wahrheitsliebe und Vernunft, womit diese „superklugen Bundestagsmenschen“ ihn quälten, und von der sich, wie er glaubte, selbst der böswilligste Demokrat keine Vorstellung machen könne, erfüllten ihn mit Ekel. Nicht ein einziges Fettagge vermochte er auf den nüchternen, einfältigen Wassersuppen, die sie kochten, zu entdecken, und Heines schnöde Verse: O Bund, du Hund, du bist nicht gesund, schienen dem preußischen Diplomaten angesichts dieser Tämmerlichkeiten die passendste deutsche Nationalhymne zu sein. Für sein liebes Preußen, das ihm als ein realer Staat hoch über dem Traumbild eines einigen Deutschland stand, erkannte er in dem Bundesverhältnis eine drückende, unter Umständen lebensgefährliche Fessel, die man zerbrechen müsse, sobald ein Beschluß, der sich als Überschreitung der Bundesbefugnisse deuten lasse, die Gelegenheit dazu gebe. Die bloße Beseitigung des Bundes, selbst wenn nichts Besseres an die Stelle gesetzt werde, hielt er schon für einen Fortschritt; denn innerhalb des Bundes, das war seine auf Erfahrung begründete Überzeugung, ließ sich für Preußen auch gar nichts erreichen, weil die Magnetnadel der mittelstaatlichen Politik trotz aller kleinen Schwankungen doch immer wieder dahin weise gemeinschaftlich mit Österreich Preußens Macht und Einfluß niederzuhalten und ihm nur soviel Spielraum zu gönnen, wie nötig sei um dem Kaiserstaate einige Schranken zu ziehen. Der preußische Bundestagsgesandte war also ein entschiedener Feind des Bundes, er wollte ihn untergraben. Zu solch entschlossener Politik konnten sich die Minister der neuen Ära nicht bekennen; sie hofften auf den gegebenen Grundlagen doch für ihr Land noch eine bessere Stellung erringen zu können, und da war es dann natürlich, daß sie Herrn von Bismarck im März 1859 durch Herrn von Ussedom ersetzten, der von der Frankfurter Versammlung vielleicht nicht respektvoller dachte, aber doch weniger ungestüm war als sein Vorgänger.

Preussische  
Rüstungen.

Es galt nun aus dem italienischen Kriege möglichst großen Vorteil für Preußens Einfluß in Deutschland zu ziehen. Dabei wünschte man, wenn irgend möglich, die Teilnahme am Kriege zu vermeiden, nicht bloß aus Friedensliebe, sondern wohl mehr noch, weil man das Heer zu reorganisieren wünschte, ehe man es gegen den Feind führte. Aber die Wahrscheinlichkeit ohne Schwertstreich davonzukommen war nicht groß, und jedenfalls mußte Preußen um ein Wort mitsprechen zu können gerüstet sein. Deshalb wurden schon Mitte April drei Armeekorps in Kriegsbereitschaft gesetzt und im Mai von dem Landtage 40 Millionen für den Fall der Mobilmachung gefordert. Diese ward in der That am 14. Juni angeordnet und der Entschluß des Prinzregenten verkündigt durch bewaffnete Vermittelung Österreich seinen Länderbesitz zu erhalten.

Diesem Vorgehen entsprach auch Preußens Haltung in Frankfurt; schon am 23. April hatte es dort die Marschbereitschaft des Bundesheeres beantragt, aber dem herausfordernden Antrag Hannovers ein Beobachtungskorps am Oberrhein aufzustellen den entschiedensten Widerspruch entgegengestellt; jetzt beantragte es selbst die Mobilmachung der Bundes-  
truppen. Vielfache Verhandlungen mit Österreich hatten die Zwischenzeit ausgefüllt; Mitte April war Erzherzog Albrecht in Berlin gewesen, Ende Mai ward General Willisen nach Wien geschickt, am 3. Juli erschien wiederum Fürst Windischgrätz am preußischen Hofe. Es handelte sich teils darum, welche Zugeständnisse Österreich in Italien machen wolle, teils um die Stellung, die Preußen für sich in Deutschland forderte. In Italien sollte Österreich nach der Meinung des Berliner Kabinetts auf die militärische Besetzung der Herzogtümer verzichten und Lombardo-Venetien eine unabhängige Stellung unter einem Erzherzog als Bizekönig einräumen; in dieser Form wäre ihm sein ganzer Besitzstand gewährleistet worden. Für sich selbst begehrte Preußen die Führung der Bundesarmee ohne die beschränkenden Bestimmungen der Bundeskriegsverfassung. Zeitweilig schien Österreich nicht abgeneigt um diesen Preis die preußische Hilfe zu erkaufen, aber schließlich siegte die Eifersucht auf den nordischen Bundesgenossen und das Klagegeschrei der Preußenfeinde, die flehentlich vor dem Otterungezüchte warnten, das dem Prinzregenten die Eroberung Deutschlands und die Erneuerung des Kaisertums anrate. Besonders eifrig wirkte der sächsische Minister von Beust gegen diese „Umsturzpläne“, und als es zur Entscheidung kam, trug er den Sieg davon. Franz Josef verlor lieber die Lombardei, als daß er Preußen die selbständige Führung der Rheinarmee überlassen hätte. Den Prinzregenten zum Bundesfeldherrn zu ernennen, so daß er den Weisungen aus Frankfurt hätte gehorchen müssen, dazu waren Österreich und die Mittelstaaten bereit, und am 7. Juli stellte der Präsidialgesandte einen Antrag in diesem Sinne. Aber nie und nimmer konnte ein preußischer Fürst auf eine solche Unterordnung sich einlassen, und der österreichische Vorschlag wäre deshalb ein totgeborener Entwurf geblieben, auch wenn Franz Josef nicht an demselben 7. Juli jene Waffenruhe zu Villafranca geschlossen hätte, der vier Tage später der Friede folgte. So war die Eifersucht zwischen den beiden Großmächten durch die Verhandlungen ans Licht gebracht, aber nicht im mindesten der Lösung entgegengeführt. Bitterlich beklagte sich der Kaiser in dem Manifest, durch welches er seinen Völkern den Frieden mitteilte, über die Täuschung, die seine ältesten und natürlichen Bundesgenossen ihm dadurch bereitet, daß sie Österreich mit seinem guten Recht im Stich gelassen hätten. Die feindliche Spannung zwischen beiden Höfen war damit öffentlich anerkannt und in weiterer Folge ein Kampf zwischen ihnen in Aussicht gestellt, dessen nächster Gegenstand die Umgestaltung der Bundeskriegsverfassung sein mußte.

Natürlich konnte das kein Kampf zwischen den Kabinetten bleiben;

Preußische  
Forderungen.

Zerwürfnis  
der beiden  
Großmächte.

Das deutsche  
Volk.

das ganze deutsche Volk war herausgefordert daran teilzunehmen und Partei für oder wider zu ergreifen. Und wenn die Regierungen imstande waren den Kampf zunächst auf den Boden der Militärverhältnisse zu beschränken, so mußte er sich im Volke sofort über das ganze Gebiet, um das zuletzt doch gestritten wurde, über die gesamte Verfassung des Bundes, erstrecken. Völlig erstorben war die preußische Partei doch auch in den Jahren der schlimmsten Reaktion nicht und litterarische Werke von großer Bedeutung hatten ihr auch in der heranwachsenden Generation den Boden bereitet, so F. G. Droysens Geschichte der preußischen Politik (1855), Ludw. Häußers deutsche Geschichte seit Friedrichs des Großen Tode (1854), Heinr. von Gagerns Biographie seines Bruders Friedrich (1856), Klüpfels Geschichte der Einheitsbestrebungen (1853), Beitzkes Befreiungskriege und ähnliche. Ohne eben die preußische Hegemonie zu wünschen, waren seit 1855 nach dem Vorbilde der württembergischen Kammer auch andere Landtage wieder mit Erklärungen zu Gunsten einer Bundesreform hervorgetreten. Die Parteien von 1849 lebten in verjüngter Gestalt wieder auf und von neuem erscholl der Ruf nach einer Centralgewalt mit Volksvertretung, nach der Reichsverfassung von 1849, nach dem preußischen Kaisertum. Genährt wurde die Bewegung durch die wachsende Gefahr eines Krieges mit Frankreich. Hauptsächlich die Überzeugung, daß ein solcher Krieg mit dem Napoleoniden doch unvermeidlich sei, hatte selbst in Norddeutschland den Wunsch erweckt, Preußen möchte Österreich zu Hilfe eilen; jetzt schien die Gefahr zwar aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Die vergönnte Frist sollte genützt werden um Deutschland einig zu machen. Noch im Juli, auf die erste Nachricht von dem Friedensschlusse, traten in Eisenach und in Hannover patriotische Männer zusammen und forderten Preußen auf ein deutsches Parlament und eine Centralgewalt zu schaffen. Aus vielen anderen Städten erfolgten Zutrittserklärungen zu diesem Programm, und der Gedanke brach sich Bahn nach dem Vorbilde des italienischen Nationalvereins eine gleiche Verbindung in Deutschland zu begründen. Eine zweite, größere Versammlung in Eisenach nahm den Plan am 14. August 1859 auf und selbst in der bayerischen Kammer fand an demselben Tage ein Antrag, in dem der Abgeordnete Bölk Centralgewalt und Parlament forderte, reichlich ein Drittel (45) der abgegebenen Stimmen. Die Mehrheit der Süddeutschen wollte freilich von diesen Plänen nichts wissen, weil die alte Abneigung gegen Preußen durch dessen Haltung im italienischen Kriege nur noch verstärkt war; an thätigen und begabten Vorkämpfern fehlte es der preußischen Spitze aber auch dort nicht. Sie kamen am 15. und 16. September 1859 in Frankfurt mit den Freunden aus dem Norden zusammen und begründeten den Nationalverein. An die Spitze desselben trat Rudolf von Bennigsen, der seit zwei Jahren die liberale Partei in Hannover führte, und diese Wahl zeigte deutlicher als die absichtlich etwas verschleierte Worte des Programms, daß auf Preußen allein die Hoffnung des Vereins beruhe. Die Gegner gaben sich darüber auch keiner

Der National-  
verein.

Täuschung hin und stürzten sich sofort auf den neuerstandenen Feind mit einer Wut, die dessen Bedeutung nicht wenig erhöhte. In dem Herzog Ernst von Koburg fand er einen Beschützer, der ihm gestattete in Koburg seinen Sitz aufzuschlagen, nachdem der Frankfurter Senat das gleiche Gesuch zurückgewiesen hatte. Manche Regierungen, wie die von Mecklenburg, Kurhessen und Darmstadt, verboten ihren Unterthanen den Beitritt; andere, wie besonders die von Hannover, verfolgten die Mitglieder durch kleinliche Maßregelungen und mannigfache Zurücksetzung; Hessen-Darmstadt ermannte sich sogar nach Jahresfrist (am 5. Januar 1861) zu einem Antrag am Bunde, der ein allgemeines Verbot herbeiführen sollte; aber alle diese Behinderungen brachten der Sache des Vereins mehr Nutzen als Schaden; sie verhinderten vielleicht das Anschwellen der Zahl seiner Mitglieder, die nie über 20 000 stieg, aber sie vermehrten seine Anhänger und verbreiteten seine Ideen. Die liberale Presse stellte sich der Mehrzahl nach auf die Seite des Vereins, und wenn die Ansichten sogar über wichtige Punkte auch noch weit auseinandergingen, wenn z. B. im Vereine selbst die Gegner der preussischen Führung keinen geringen Einfluß hatten, so trat das doch weit zurück hinter der Thatsache, daß die deutsche Frage, die jahrelang förmlich totgeschwiegen war, jetzt wieder in jedem Zeitungsblatt und bei jedem Festmahle ihre Stimme erhob, daß die Regierungen selbst ihr Vorhandensein anerkennen mußten. Mit gewaltiger Kraft machte sich der Einheitsdrang des Volkes Luft, als der 10. November 1859 den hundertsten Geburtstag des Dichters herbeiführte, der des Volkes Liebling und zugleich der lauterste Prophet seiner Nationalität war. Ein Fest wie Schillers Jubelfeier war in Deutschlands Grenzen noch nicht begangen worden. Keine Stadt, kein Flecken blieb teilnahmslos an diesem großen Ehrentage und über die Meere hinüber und herüber, wo irgend Deutsche bei einander waren, erscholl mit des Dichters Worten Mahnung und Gelübde: Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr! Die belebende Kraft, welche von diesem Feste ausging, regte den Wunsch an dergleichen Jubeltage der Nation häufiger zu feiern. So mächtiger Schwung, wie ihn Schillers Name verlieh, war freilich aus keiner anderen Quelle zu schöpfen; aber wenn Hunderte und Tausende von kräftigen Männern aus allen Gauen Deutschlands sich zusammenfanden, dann war zuletzt doch immer der nächste Anlaß, aus dem es geschah, nebensächlich, und mochten es nun Schützen oder Turner oder Sänger sein, die miteinander tagten und zechten, immer brach sich der Vaterlandsgedanke Bahn und wandelte diese Wanderfeste, die in der ersten Hälfte der sechziger Jahre in Gotha, Frankfurt, Bremen, Dresden, Stuttgart und anderen Orten stattfanden, zu nationalen Freudentagen um, an denen Rede und Lied die Herzen packten und erwärmten und das Verlangen nach Einheit, Freiheit und Macht des deutschen Volkes in jeder Brust neu entzündeten oder kräftigten. Nüchternen Beobachtern mochte des Festjubels besonders in den späteren Jahren leicht

Die Schiller-  
feier.

Andere nation-  
ale Feste.

etwas zu viel scheinen und die überschwängliche Beredtsamkeit mit ihren stets wiederkehrenden Schlagwörtern abgedroschen und ermüdend klingen; ungeduldige Naturen mochten die Worthelden spottend zu Thaten auffordern und in dieser Schönrednerei und dem ganzen „Festesdufel“ das Grab der Thatkraft und der klaren Würdigung des Bestehenden erkennen; in Wirklichkeit war doch diesen Festen und Versammlungen eine wichtige Aufgabe zu teil geworden, die sie glücklich lösten: die tiefere und völligere Durchdringung des gesamten Volkes mit dem Gefühl seiner unverlierbaren Einheit und mit der Forderung diese auch äußerlich in irgend welcher Form zur Erscheinung zu bringen. Es fehlte daneben nicht an solchen Vereinigungen, welche auch die schwierigere Arbeit nach der besten dieser Formen zu suchen in Angriff nahmen und die selbst, wo sie irrten, doch zur Klärung der Meinungen beitrugen. Die Generalversammlungen des Nationalvereins in Koburg, Heidelberg, Leipzig waren in dieser Hinsicht von besonderer Bedeutung. Nicht zu gleicher Geltung vermochte sich die Gegenpartei aufzuschwingen, die erst im Jahre 1862 als deutscher Reformverein zusammentrat und ihre Forderungen auf ein Bundesdirektorium und eine Kammer von Vertretern der einzelnen deutschen Landtage beschränkte. Dem Nationalverein gelang es in manchen Kammern der kleineren Staaten die Mehrheit zu gewinnen, so daß vom Jahre 1860 ab bald diese bald jene Regierung von ihren Ständen aufgefordert wurde für die Schaffung einer Centralgewalt und einer Volksvertretung am Bunde zu wirken. Auch da, wo man in der Minderheit war, scheute man solche Anträge nicht, da man schon von dem Kampf mit den Gegnern eine Förderung der guten Sache erhoffte. Zwischen den Liberalen der einzelnen Länder bestand die regste Verbindung; im Herbst 1862 schlossen sich die Abgeordneten der liberalen Partei zu einem besonderen Vereine zusammen, der alljährlich tagen sollte und die Durchführung der Reichsverfassung von 1849 auf sein Banner schrieb. Ohne solche bestimmte Parteirichtung waren naturgemäß die wissenschaftlichen und meist auch die wirtschaftlichen Wanderversammlungen; aber nichtsdestoweniger ward auch ihnen ein politischer Charakter mehr und mehr eigen. Juristen und Philologen, Naturforscher und Journalisten hielten in dieser Weise ihre Vereinstage ab; der volkswirtschaftliche Kongreß und der Handelstag gewannen eine hervorragend praktische Bedeutung, jener vor allem durch das siegreiche Eintreten für die Gewerbefreiheit, die seit dem Jahre 1860 zuerst in Sachsen, dann in vielen anderen Staaten eingeführt wurde, der Handelstag vornehmlich im Jahre 1862 durch seinen Beschluß zu Gunsten des Handelsvertrages mit Frankreich.

Politische  
Versamm-  
lungen.

Vereinstage.

Kirchliche  
Parteien.

Auch auf kirchlichem Gebiete hielten die Parteien in ganz Deutschland zusammen; der Kirchentag, die Generalversammlungen des Gustav-Adolf-Vereins und der katholischen Gesellschaften Deutschlands waren schon älteren Ursprungs; erst im Jahre 1863 kam als Vertreter der freisinnigen Bestrebungen in der evangelischen Kirche der Protestantenverein hinzu, dessen Ziel eine deutsche Nationalkirche und die Durch-

führung der Gemeindeverfassung bildete. Aber schon vor der Gründung dieses Vereines hatten in mehr als einem Einzelstaate kirchliche Fragen zu heftigen Kämpfen geführt; schwere Niederlagen erlitt besonders der Ultramontanismus. Glücklicherweise hatte die Reaktion es versäumt oder für überflüssig gehalten die Genehmigung der Kammern zu den Konkordaten, die man mit Rom geschlossen, einzuholen. Auch die Landtage ihrerseits hatten bisher geschwiegen oder nur schüchterne Einrede gegen die Beschränkung erhoben, die ihrem Gesetzgebungsrechte durch diese Verträge gezogen war. Jetzt aber, wo mit dem Volksbewußtsein auch das Selbstbewußtsein der Landesvertretungen wieder erwacht war, erhoben diese, die zweite badische Kammer voran, ihre Stimme gegen die Konkordate und verlangten dieselben ihrer Prüfung zu unterziehen. Die Folge war, daß am 29. März 1860 der badische Vertrag von der zweiten Kammer mit großer Mehrheit verworfen wurde. Vergebens steifte sich der Minister Stengel darauf ihn trotzdem zur Ausführung zu bringen, der Großherzog griff persönlich ein, erklärte, daß er den Verfassungstreit, der daraus entstehen müsse, nicht wolle, daß der Inhalt des Konkordates in Gesetzesform gebracht und dadurch der katholischen Kirche ihr Recht zu teil werden könne, und berief ein liberales Ministerium Stabel-Lamey, dem sich ein Jahr später als Leiter der auswärtigen Angelegenheiten der Freiherr von Roggenbach, ein erklärter Freund der preußischen Führung, zugesellte. Allerdings erhoben sich die Ultramontanen heftig gegen diesen Umschwung: aber trotz des Protestes, den der Erzbischof von Freiburg erließ, trotz der Erklärung von 300 Priestern, daß sie der Kirche und nicht dem Staate gehorchen würden, kamen die badischen Kirchengesetze noch im Juli zustande, und das Beispiel der Karlsruher Kammern fand in Stuttgart, Wiesbaden und Darmstadt Nachfolge. An letzterem Orte stemmte sich der Minister Dalwigk allerdings lange gegen die Forderungen des Landtags und gab ihm nicht einmal volle Kenntniß von den Konventionen, die er mit dem Mainzer Bischof Ketteler abgeschlossen hatte; selbst einem Beschlusse ihn deswegen in Anklagezustand zu versetzen konnte er Trotz bieten, weil er wußte, daß die erste Kammer ihre Zustimmung dazu doch nicht erteilte. Erst nach dem Kriege von 1866 fügte er sich in das Unvermeidliche und hob am 6. Oktober die Konventionen auf; die gesetzliche Neuordnung, die dadurch nötig wurde, fand gar erst unter seinem Nachfolger 1875 ihren Abschluß. In Württemberg aber nahm der Streit denselben schnellen Verlauf wie in Baden. Im März 1861 verwarf die zweite Kammer die Konvention und die Regierung gab nach; nur beschränkte sich hier der Ministerwechsel auf die Ersetzung des Kultusministers Rümelin durch den Staatsrat Goltzer; der leitende Kopf, ein heftiger Preußenfeind, Freiherr von Linden, verblieb am Ruder.

Auch in den evangelischen Landeskirchen fehlte es nicht an schweren Kämpfen, aber meistens begnügte sich die freisinnige Richtung mit der Abwehr feindlicher Angriffe, so in dem Pfälzer Gesangbuchsstreit von

Die süddeutschen Konkordate.

Die evangelischen Landeskirchen.

1858—61, den der protestantische Verein mit seinen 20 000 Mitgliedern zum siegreichen Ende, d. h. zur Abschaffung des aufgezwungenen Gesangbuches führte. Ähnlich hatte man im jenseitigen Bayern gegen eine neue Liturgie, in Baden gegen eine neue Agende, in Hannover gegen einen neuen Katechismus zu kämpfen. Der erste Sieg gehörte dabei überall dem Liberalismus; aber zu behaupten verstand er ihn nur in Baden; nur hier und in einigen Kleinstaaten wurde die freisinnige Theologie als gleichberechtigt anerkannt; überall sonst, auch in Preußen, war ihr Einfluß gering und blieb ihr Bestand gefährdet.

Verfassungs-  
kämpfe.

In denjenigen Ländern, welchen in der Reaktionszeit ihre Verfassungen von 1848 geraubt oder verstümmelt waren, begann natürlich auch eine Bewegung zu Gunsten der Wiederherstellung des gestörten Rechtszustandes. Aber weder der Bundestag, den die Unhaltiner um Hilfe anriefen, noch die einzelnen Fürsten ließen sich einschüchtern; besonders in Mecklenburg, das am schwersten unter seiner mittelalterlichen Ständeversammlung litt, waren alle Bemühungen um Besserung umsonst. Im allgemeinen fanden diese Bestrebungen jenseit der engen Grenzen des einzelnen Ländchens keine große Teilnahme; in zwei Fällen aber wurden sie als deutsche Nationalangelegenheit aufgefaßt, in Kurhessen und Schleswig-Holstein.

Kurhessen.

Die kurhessischen Kammern hatten trotz der Gewaltmaßregeln, welche erst Hassenpflug und, nachdem dieser beim Kurfürsten in Ungnade gefallen war, sein Nachfolger Scheffer gegen sie anwandte, die Verfassung, die dem Lande am 13. April 1852 aufgezwungen war, nicht bestätigt und dadurch die Rückkehr zu dem Grundgesetz von 1831 offen gehalten. Ermutigt durch die Neubelebung des öffentlichen Geistes und auf Preußens Beistand hoffend, wandte sich die zweite Kammer im Februar 1860 nach Frankfurt. Schon im nächsten Monat trat Preußen wirklich mit einem Antrag zu Gunsten des Rechtszustandes am Bunde hervor, allein die Mehrheit der Regierungen konnte sich zu einem solchen Bruch mit der Vergangenheit noch nicht aufschwingen; sie begnügte sich damit der Verfassung von 1852 die von dem Kurfürsten erbetene Garantie insoweit zu versagen, als die Stände sie nicht genehmigt hätten. Nun machte sich die hessische Regierung daran die Forderungen, welche besonders von der ersten Kammer erhoben waren, zu berücksichtigen und ein umgearbeitetes Grundgesetz unter dem 30. Mai 1860 zu erlassen. Damit war vielleicht einzelnen Beschwerden abgeholfen, aber der Rechtsbruch blieb ungesühnt, und diese Sühne war es doch vor allem, was das Land forderte. Schon die Proteste, die seitens der städtischen Behörden nach wenigen Tagen beim Bundestag einliefen, lehrten, wie fruchtlos diese Maßregel der Regierung sei. Als dann im November der Landtag zusammentrat, erließ er sofort auch seinerseits eine Verwahrung gegen die Rechtsbeständigkeit des neuen Zustandes und erklärte sich für nicht befugt die neue Verfassung durchzuberaten, so daß der Regierung nichts übrig blieb, als ihn schon am 8. Dezember wieder auf-

zulösen. Derselbe Vorgang wiederholte sich im Juni 1861 und im Januar 1862. Aber weder die unerschütterliche Haltung der Stände und ihres Präsidenten Nebelthau noch die mit Tausenden von Unterschriften bedeckten Adressen, weder die dringenden Ermahnungen der preussischen Regierung noch die Beschlüsse, die fast in allen deutschen Landtagen zu Gunsten der Verfassung von 1831 gefaßt wurden, machten den Kurfürsten irre; es schien ihm unglaublich, daß der Bundestag je mit seiner Vergangenheit brechen, oder daß Preußen es wagen werde Gewalt zu gebrauchen. Allerdings war in Frankfurt die Mehrheit immer noch auf seiner Seite und Badens Antrag, der Bund solle sich für die Verfassung von 1831 erklären, blieb monatelang gänzlich unbeachtet; nur Preußen und Weimar gaben ausdrücklich ihr Einverständnis zu erkennen. Als aber im Januar 1862 auch der dritte Versuch des Kurfürsten einen willfährigen Landtag zu schaffen gescheitert war, gelang es der preussischen Regierung endlich auch Oesterreich von der Unhaltbarkeit dieser Zustände zu überzeugen. Ein gemeinsamer Antrag vom 8. März, der sich nur in Nebendingen von dem badischen unterschied, war das Ergebnis der Verhandlungen. Für den Kurfürsten schien das Spiel verloren. Aber nun häumte er sich in seinem Trotz erst recht auf. Eine Verordnung vom 26. April beraubte alle die, welche nicht vor der Wahl die Rechtsbeständigkeit der Verfassung von 1860 protokollarisch anerkannten, des Wahlrechts. Alle Proteste dagegen halfen nichts; die Vorstellungen des Berliner Kabinetts wurden kalt zurückgewiesen. Diese Dreistigkeit konnte Preußen sich unmöglich bieten lassen; es ließ in Wien erklären, daß es fortan seine Schritte in Kassel nicht mehr von dem Zögern und Schwanken in Frankfurt abhängig machen werde, und sandte am 11. Mai 1862 den General von Willisen mit einem sehr ernstern Handschreiben des Königs an den Kurfürsten. Der Empfang des königlichen Abgesandten war derart, daß der preussische Geschäftsträger in Kassel sofort Befehl zur Abreise erhielt und für zwei Armeekorps die Marschbereitschaft auf den 23. Mai angeordnet wurde. Nun wurde die Sache doch auch dem Bundestag und der österreichischen Regierung bedenklich. Am 13. Mai bereits forderte die Frankfurter Versammlung den Kurfürsten auf die Wahlbeschränkung wieder aufzuheben, und eine österreichische Note erklärte rund heraus, daß dieser Beschluß trotz seiner milden Form als ein zwingender Befehl zu betrachten sei; wenige Tage später kam der österreichisch-preussische Antrag vom 8. März zur Verhandlung und wurde gegen die eine Stimme Mecklenburgs angenommen. Längeren Widerstand zu leisten war rein unmöglich; der Kurfürst entließ also am 26. Mai seine Minister und übertrug Herrn von Dehn-Rothfelsen die Leitung der Geschäfte und die Wiedereinführung der Verfassung von 1831. Die neugewählten Volksvertreter, die am 30. Oktober zusammentraten und wiederum Nebelthau zu ihrem Präsidenten erkoren, kamen der Regierung durchaus versöhnlich entgegen; aber der Kurfürst hatte seinen Ärger noch nicht überwunden, und weil er ihn in anderer Weise

Herstellung der  
Verfassung.

nicht auslassen konnte, so machte er sich das Vergnügen allen Vorlagen, welche die Minister an die Kammer bringen wollten, seine Zustimmung zu versagen. Der Zustand wurde schließlich so unerträglich, daß die Minister den Landtag auf unbestimmte Zeit vertagen mußten, zugleich aber selbst ihre Entlassung forderten. In Preußen saß um diese Zeit schon Herr von Bismarck am Ruder. Er war nicht willens sich dieses tolle Treiben gefallen zu lassen. Die gesandtschaftliche Verbindung mit Kassel war noch nicht wiederhergestellt; nach der Behandlung, die dem General Willisen im Mai widerfahren war, konnte man eine Person von Rang nicht wieder an den Kurfürsten schicken; es ging also am 24. November 1862 ein simpler Feldjäger an ihn ab mit einer Note, die den sofortigen Zusammentritt des Landtags befahl und im Falle des Ungehorsams Zwangsmaßregeln ankündigte, die solange dauern würden, bis unter Zuziehung der Agnaten des Kurfürsten hinlängliche Bürgschaften gegen die Wiederkehr ähnlicher Mißstände gewonnen seien. Dem preussischen Feldjäger folgte ein österreichischer General mit ähnlichen Mahnungen, und so entschloß sich denn der Kurfürst zu der neuen Demütigung. An erneuten Reibungen zwischen ihm und seinen Ministern war auch fürderhin kein Mangel, aber in der Hauptsache wurden die Verhältnisse jetzt doch glatt geordnet. Die bundeswidrigen Bestimmungen wurden aus der Verfassung ausgemerzt und im nächsten Jahre zum erstenmal nach dreizehnjähriger Unterbrechung ein regelmäßiges Budget zustande gebracht. Über das erzielte Resultat herrschte allgemeine Freude in Deutschland; es war ein Unrecht und eine Schmach geföhnt, die kaum von der schleswig-holsteinschen überboten wurde; aber daß dieses Resultat solange Zeit erfordert hatte, daß ein einziger eigensinniger Fürst das deutsche Volk und seine beiden Großmächte solange hatte verhöhnen dürfen, das blieb doch immer eine tief beschämende Thatsache und ein trübseliger Beweis für den kläglichen Zustand, in welchem sich das deutsche Volk befand.

Noch vernehmlicher freilich predigte dieselbe Lehre der zähe Widerstand, welchen Dänemark den Forderungen des Bundes entgegenstellte, und das kecke Spiel, das es mit seinen Geboten trieb. Aber ebendeshalb, weil es seinen Trotz noch erheblich länger fortsetzte als der hessische Kurfürst und die Entscheidung der schleswig-holsteinschen Frage daher einem späteren Zeitpunkte angehört, gedenken wir ihrer an dieser Stelle nur flüchtig um sie später im Zusammenhange zu erzählen.

### Bundesreformversuche.

Preußen und  
die Mittel-  
staaten.

Unterdessen hatte Preußen die Reform der Bundesverfassung, oder eigentlich nur der Bundeskriegsverfassung, in Fluß gebracht und dadurch auch die mittelstaatlichen Regierungen unsanft aus der Ruhe gerüttelt. Wenn irgendwo, so wußte man es an den Höfen der Königreiche, daß der bisherige Zustand auf die Dauer nicht zu halten sei, daß Preußen,

wenn es nur, mit Bismarck zu reden, mutig wollte und seines Willens sich nicht schämte, wenn es am Bunde, in der Presse und vor allem in der Kammer offen darlegte, wessen es bedürfe und was es fordere, des Sieges früher oder später sicher sein könne. Die Klugheit gebot daher den Mittelstaaten durch rechtzeitige Zugeständnisse zu retten, was zu retten war. Eine solche Politik wurde ihnen ungemein erleichtert durch die kalte Zurückhaltung, die das Berliner Kabinett gegen die Anerbietungen der Nationalpartei an den Tag legte. Graf Schwerin, der bewährte liberale Minister von 1848, der sehr bald an Flottwells Stelle Minister des Inneren geworden war, eine Ernennung, die das Vertrauen des Volkes in die neue Ära nicht wenig gehoben hatte, erklärte doch schon im September 1859 den Bürgern Stettins als sie sich in einer Adresse an den Prinzregenten wandten: Stärkung der Wehrkraft und Sicherung des Rechtszustandes sei für Deutschland mehr wert als verfrühte Anträge auf Änderung der Bundesverfassung. Ängstlich vermied man in Berlin alles, was bei den übrigen deutschen Fürsten Mißtrauen erwecken konnte. Die Thronreden besleißigten sich einer vorsichtigen Zurückhaltung da, wo sie auf die mangelhafte Gestaltung des deutschen Bundes zu sprechen kamen. In den Adreßdebatten wehrten die Minister eifrig jeden Ausdruck ab, der unverhüllt die preußische Spitze forderte, und bis zum Jahre 1861 schwächten die Abgeordneten auch stets ihre Forderungen bis zu der Tonart ab, welche der Regierung genehm war. Einigkeit macht stark, und da wir stark sein müssen, so müssen wir auch einig sein; die Einigkeit steht höher als die Einigung; das war der Grundgedanke, der aus allen Maßnahmen des Prinzregenten wie seiner Minister hervorleuchtete. Die Besorgnis, daß Frankreich unter irgend welchem Vorwand Krieg beginnen und bei einzelnen deutschen Fürsten auf rheinbündlerische Neigungen stoßen könnte, war dem Ministerium offenbar nicht fremd, und unberechtigt durfte sie gewiß nicht genannt werden. Ganz geslistentlich drohte der hannoversche Minister von Borries mit auswärtigen Bündnissen; in öffentlicher Kammer Sitzung erklärte er am 1. Mai 1860, die Bestrebungen des Nationalvereins seien dazu angethan die deutschen Mittel- und Kleinstaaten dem Ausland in die Arme zu treiben; und als sich über diese Äußerung ein Sturm des Unwillens in ganz Deutschland erhob, als im preußischen und anderen Landtagen in Vereinen und Versammlungen die heftigsten Verwahrungen gegen solchen Vaterlandsverrat eingelegt wurden, erhob König Georg, wie er freilich schon länger geplant hatte, seinen Minister in den Grafenstand, und der Prinzregent erklärte begütigend in der Rede, mit welcher er die Kammern schloß: in der unerschütterlichen Treue gegen das gemeinsame Vaterland seien alle deutschen Regierungen mit ihm einig.

Auch Kaiser Napoleon, dem der Verdacht, der auf ihm ruhte, lästig genug war, wünschte zur Beruhigung etwas beizutragen und bot deshalb dem Prinzregenten eine freundschaftliche Zusammenkunft an; im Hintergrunde schlummerte dabei vielleicht die Hoffnung auf diese Weise

Der Badener  
Fürstentag.

dem Mißtrauen, das an den übrigen deutschen Höfen gegen Preußen herrschte, neue Nahrung zu geben. Aber wenn diese Berechnung vorhanden war, so wurde sie durchkreuzt. Der Prinzregent erklärte sich zu einer Besprechung gern bereit, wenn es auch anderen deutschen Fürsten gestattet sei daran teilzunehmen. Diese Bedingung konnte Napoleon nicht wohl abschlagen, und so ersuchte der Prinzregent die süddeutschen Fürsten mit ihm gemeinsam in Baden-Baden den Kaiser zu empfangen. Der König von Hannover sprach seinerseits den Wunsch aus gleichfalls zugezogen zu werden und veranlaßte dadurch noch eine Einladung an den sächsischen König, so daß die Zahl der vom 16.—18. Juni 1860 in Baden versammelten deutschen Herrscher sich auf zehn belief. Sie nahmen die lebhaften Friedensversicherungen des französischen Kaisers gemeinsam entgegen und pflogen überdies noch vertraulicher Beratungen über die Lage Deutschlands, die wenigstens das eine Resultat hatten, daß die Verhandlungen über die Bundeskriegsverfassung ein wenig gefördert wurden.

Die Bundes-  
kriegsver-  
fassung.

Die Notwendigkeit einer erneuten Prüfung dieses Gesetzes war dank Preußens Bemühungen schon durch einen Beschluß vom 12. November 1859 anerkannt worden. Aber statt durch ernstliches Eintreten in diese Reform weitergehende Forderungen abzuschneiden suchten die Mittelstaaten kurzfristig genug gerade diese Frage in den Hintergrund zu schieben; denn in keinem Punkte war ihr Souveränitätsdünkel verletzlicher als in militärischen Dingen. Das Mittel, das sie erfannen, war nicht übel.

Die Würz-  
burger An-  
träge.

Am 21. November 1859 versammelten sich ihre Minister zahlreich in Würzburg, erkannten den Wunsch der Nation als berechtigt an und fügten dem Verlangen nach einer verbesserten Kriegsverfassung noch sieben andere Forderungen hinzu, unter denen sich die Befestigung der Küsten, die Begründung eines obersten Bundesgerichts, die Vorbereitungen zu einer gemeinsamen Civil- und Kriminalgesetzgebung, zur Einheit von Maß und Gewicht, kurz ganz vortreffliche Ratschläge befanden. Mit diesem Programm, das sie als den einzig praktischen Weg bezeichneten, traten sie am 17. Dezember 1859 vor die Bundesversammlung. Die preußische Regierung aber war mit dieser Zersplitterung der Thätigkeit keineswegs zufrieden und überdies völlig abgeneigt der Wirksamkeit des Bundes einen größeren Spielraum zu gestatten. Auch ohne damit hervorzutreten hielt sie doch immer noch fest an dem Plane eines engeren Bundesstaates mit gemeinsamer Volksvertretung; diesem und nicht dem Frankfurter Schattenwesen hatte sie die Durchführung derartiger Reformen zgedacht; in Frankfurt wollte sie nichts anderes erzielen als eine gesteigerte Wehrhaftigkeit Deutschlands und einen gesicherten Einfluß Preußens auf die Leitung eines möglichen Bundeskrieges. Allen anderen Vorschlägen der Würzburger stellte daher Herr von Usedom die größte Lauheit entgegen; in dem Militärausschuß aber beantragte er, daß im Fall eines Krieges die norddeutschen Truppen unter Preußens, die süddeutschen Truppen unter Österreichs Oberbefehl treten, und daß die Regierungen der beiden Großstaaten sich alsdann unter Zuziehung von

Preußens  
Forderungen.

Vertretern der übrigen Bundeskorps über einen gemeinsamen Feldzugsplan einigen sollten. Dieser Forderung stemmten sich die Würzburger mit aller Macht entgegen und Oesterreich stand ihnen bei; nur unter der Bedingung, daß Preußen ihm den Besitz Venetiens verbürge, schien es zeitweilig geneigt auf dessen Seite zu treten; aber diese Bedingung zu erfüllen war für Preußen schon deshalb unmöglich, weil Oesterreich dadurch zu einem Angriffskrieg gegen Sardinien ermutigt worden wäre. Das Ende war also, daß der Militärausschuß am 2. Mai 1860 die Berliner Anträge gegen Preußens einzige Stimme verwarf. So lagen die Dinge, als der Badener Fürstentag zu erneuten Versuchen führte und zwar in doppelter Weise, theils durch Wiederaufnahme der Würzburger Konferenzen, theils durch eine Annäherung zwischen den Herrschern von Oesterreich und Preußen. Diese letztere einzuleiten und dadurch die Spannung, die seit dem Frieden von Villafranca bestand, zu lösen übernahm der König von Bayern. Er brachte eine Begegnung der beiden Monarchen in Teplitz (am 26. Juli 1860) zustande und überbrückte dadurch wenigstens die Kluft in den persönlichen Verhältnissen. Das politische Ergebnis der Zusammenkunft aber war geringer, als hier gehofft und dort gefürchtet wurde. Franz Josef konnte sich nicht entschließen auch nur Norddeutschland der preussischen Führung zu überlassen, und der Prinzregent übernahm in bezug auf Venedig keine andere Gewähr, als daß er für den Fall eines französisch-italienischen Angriffs seine Hilfe in Aussicht stellte, und auch das schwerlich ohne den alten Vorbehalt in betreff des Oberbefehls. Die Furcht, daß Preußen wieder einmal „mit Wiener Gemüthlichkeit über den Löffel balbiert sei“, war sicherlich unbegründet, wenngleich sie durch die schwungvolle Erwähnung der Teplitzer Zusammenkunft in einem Toaste des österreichischen Kaisers, als dieser vierzehn Tage später mit dem Könige von Bayern die Wien-Münchener Eisenbahn in Salzburg eröffnete, einige Nahrung erhielt. Unter diesen Umständen war auch von den Würzburger Konferenzen, die in der ersten Augustwoche stattfanden, nicht viel zu erwarten. Die Annäherung an die preussischen Forderungen, die der König von Württemberg auf dem Fürstentage versprochen hatte, beschränkte sich darauf, daß in solchen Fällen, wo die Großmächte über ihre bundesmäßigen Verpflichtungen hinaus für die Verteidigung Deutschlands einträten, der Oberfeldherr von ihnen und nicht von der Bundesversammlung ernannt werden solle; das, was Preußen verlangte, die freie Verfügung über sein eigenes Heer und über die anderen norddeutschen Truppen, erhielt es also nicht; im Gegenteil, es wurde ihm nur die Aussicht eröffnet sich Oesterreich unterordnen zu müssen; denn mit der Hoffnung, daß dieses sich jemals einem preussischen Oberbefehl fügen werde, konnte sich doch niemand ernstlich tragen. Den Würzburgern war die Wichtigkeit ihres Planes auch so vollständig klar, daß sie nicht die mindeste Eile zeigten mit demselben hervorzutreten; erst am 31. Mai 1861 legten sie ihn dem Bundestage vor. Dem Berliner Kabinett war er natürlich schon länger

Annäherung  
zwischen  
Oesterreich und  
Preußen.

Weitere Ber-  
handlungen.

bekannt gewesen; es konnte nur dann darauf eingehen, wenn den beiden Großmächten das Recht erteilt wurde nicht den Oberfeldherrn, sondern die Oberleitung unter sich zu vereinbaren; ward diese Fassung gewählt, so blieb die Zweiteilung des Oberbefehls, wie Preußen sie wünschte, wenigstens offen und die Aussicht sie im gegebenen Fall von Österreich zu erdringen war nicht so gering. Aber auch von diesem Vorschlage wollten die Würzburger, als Preußen ihn am 2. Mai 1861 machte, nichts hören; nur Baden trennte sich von den bisherigen Genossen und trat auf Preußens Seite. Mit den übrigen war eine Verständigung nicht zu erzielen und die ganze Angelegenheit verschwand von der Tagesordnung.

Sächsisches  
Reformprojekt.

Ungebulb  
der öffentlichen  
Meinung.

Aber nur um in erweiterter Gestalt alsbald von neuem aufzutauchen. Dem Ehrgeiz des sächsischen Ministers von Beust war es beschieden den Streit um die Verbesserung des Bundeskriegsverfassung in einen Streit um die Neugestaltung des gesamten Bundes umzuwandeln. Dem geistvollen, aber unruhigen und eitlen Manne schien der Augenblick günstig um den Lorbeer des Regenerators von Deutschland, nach dem niemand mit voller Entschiedenheit zu greifen wagte, für sich zu erhaschen. Auf der einen Seite war das Drängen im Volke so mächtig, daß es durch irgend welche Zugeständnisse beschwichtigt werden mußte; auf der anderen Seite hatte sich der freudige Jubel, mit dem die Regentschaft in Preußen begrüßt war, sehr gedämpft, der laute Ruf nach der preußischen Spitze war bedenklich leiser geworden, und selbst der Nationalverein unterließ in den Beschlüssen, die seine Generalversammlung in Heidelberg am 23. August 1861 in betreff der deutschen Centralgewalt faßte, jede Erwähnung Preußens. An diesem Rückschlag der öffentlichen Meinung war die mangelhafte politische Bildung, die in der Erhebung Preußens zur Führerrolle weit mehr eine Belohnung, als eine Notwendigkeit erblickte, nicht minder schuld, als das schwächliche Auftreten der preußischen Regierung, die keineswegs mit ihren Zielen wuchs. Je geringere Hoffnung sie hatte am Bunde eine Stärkung ihrer militärischen Kraft zu erreichen, umso mehr suchte sie das eigene Heer auf eine höhere Stufe der Vollendung zu erheben und bediente sich dabei keineswegs immer der klügsten Mittel. Die festen Grenzen, welche der Prinzregent sich für die inneren Reformen und in seiner deutschen Politik vorgezeichnet hatte, blieben in der That unverrückt; die Zeit aber drängte weiter, und nicht ohne Mißbehagen hörte man den Herrscher mit einer gewissen Vorliebe den Gedanken wiederholen, daß jede Regierung ihre eigene Aufgabe habe und daß er sich nicht wider seine Überzeugung über die Linie hinaustreiben lassen werde, die er sich selbst gezogen. Die Enthaltbarkeit der fortgeschrittenen Parteien hielt dem gegenüber nicht stand, und wenn 1858 die Männer der Linken freiwillig auf die Beteiligung an der Landesvertretung verzichtet hatten, so führten die Ersatzwahlen doch einen nach dem anderen, vor allem im Dezember 1860 den bewährten und vielgehaßten Waldeck, in die Kammer. Der Wider-

stand, welchen das Herrenhaus den dringendsten Gesetzen, z. B. denen über die Grundsteuer und über die bürgerliche Eheschließung, bereitete, regte die Parteileidenschaft lebhaft an, und die Forderung, die erste Kammer müsse ganz beseitigt werden, verbreitete sich in wenig erfreulicher Weise. Auch mit der auswärtigen Politik, besonders mit dem Verhalten der Regierung gegen Italien war der Liberalismus unzufrieden, und Vincke selbst, die Hauptstütze des Ministeriums, beantragte und erreichte, wengleich mit knapper Mehrheit, im Februar 1861 jene Erklärung, die das neuerstandene Italien freudig begrüßte.

Es geschah dies in der Antwort auf die erste Thronrede, welche Wilhelm I. als König hielt. Am 2. Januar 1861 war sein Bruder Friedrich Wilhelm IV. endlich seinen Leiden erlegen. Irgend welchen Einfluß auf die Regierung hatte er längst nicht mehr geübt; auch sein Tod schien deshalb eine politische Bedeutung nicht zu haben. Dennoch gab er mittelbar zu einer Verschlechterung in der Stellung der Regierung mancherlei Anlaß. Die Proklamation des neuen Königs an sein Volk enthielt zwar goldene Worte: Es ist Preußens Bestimmung nicht, hieß es darin, dem Genuß der erworbenen Güter zu leben; in der Anspannung seiner geistigen und sittlichen Kräfte, in dem Ernst seiner religiösen Gesinnung, in der Vereinigung von Gehorsam und Freiheit, in der Stärkung seiner Wehrkraft liegen die Bedingungen seiner Macht — aber man hatte neben diesen beherzigenswerten Mahnungen auch freiheitliche Zugeständnisse, man hatte ein entschiedeneres Programm in der deutschen Frage erhofft und war mißmutig über die Enttäuschung. Die Verhandlungen über die Reorganisation des Heeres verbitterten sich; nur mit Mühe wurde ein vorläufiges Abkommen zustande gebracht; daß die Frage bereits zu einem politischen Duell zwischen dem General Edwin von Manteuffel und dem späteren Abgeordneten Twisten führte, bot einen richtigen Gradmesser für die herrschenden Stimmungen. Dem Schluß des Landtages folgte die Bildung einer neuen Partei auf dem Fuße nach: am 9. Juni 1861 erschien das Programm „der deutschen Fortschrittspartei in Preußen“. Die bisherige Mehrheit habe sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt; das Volk müsse bei den bevorstehenden Neuwahlen kräftigere Männer nach Berlin senden; die deutsche Centralgewalt in den Händen Preußens, eine gemeinsame deutsche Volksvertretung, Beseitigung der noch gültigen reaktionären Gesetze, Ministerverantwortlichkeit, Trennung des Staates von der Kirche, Sparsamkeit im Heerwesen, gründliche Umgestaltung des Herrenhauses, das seien die dringendsten Erfordernisse, die es durchzusetzen gelte. Demgegenüber rafften sich auch die konservativen Schichten auf und gründeten im September einen preußischen Volksverein, dessen Programm durch eine wahre Flut von Verneinungen (kein Untergehen in dem Schmutz einer deutschen Republik, kein Kronenraub und Nationalitätenschwindel, keine Beseitigung des christlichen Fundaments, keine konstitutionelle Ministerverantwortlichkeit — und so ins endlose) sich hervorthat. Dem Könige

König  
Wilhelm.

Die Fort-  
schrittspartei  
und der  
preußische  
Volksverein.

Die Königs-  
berger Krö-  
nung.

selbst aber lag daran seine persönliche Stellung vor dem ganzen Lande durch einen nicht mißzuverstehenden Akt zu kennzeichnen: am 3. Juli 1861 kündigte er an, daß er am 18. Oktober sich in Königsberg feierlich krönen werde und daß diese Krönung in Gegenwart des Landtags an die Stelle der im absoluten Staate gebräuchlichen Erbhuldigung treten solle; dadurch, daß er die Krone vom Altare nahm und sie sich selbst aufs Haupt setzte, wollte er aussprechen, daß er sie niemandem als Gott verdanke und daß sein königliches Amt über dem Volkswillen und seinen Schwankungen stehe; dadurch, daß er den Landtag zum Zeugen dieses Aktes einlud, bestätigte er die Erwartung, daß er dem so verstandenen Königtum doch keine Befugnisse beimesse, die durch die Verfassung ihm entzogen waren, und daß er in dem Königtum von Gottes Gnaden, das er gern nachdrücklich betonte, keinen Gegensatz zu dem Konstitutionalismus sehe, der sich geschichtlich in Preußen entwickelt hatte. Dieses gewissenhafte Abwägen des Alten und Neuen fand aber innerhalb der vorwärtsdrängenden Parteien wenig Verständnis; man sah darin ein neues Zeichen der Beschränktheit, des Mangels an Mut, der Unfähigkeit die große Aufgabe der Einigung Deutschlands unter preußischer Führung zu lösen. Bei einem jugendlichen Fanatiker, der obendrein durch seine ausländische Erziehung dem deutschen Volke entfremdet war, bei dem Studenten Oskar Becker aus Odessa, verdichteten sich diese Klagen und Anklagen zu dem frevelhaften Plane des Mordes; den König beiseite zu schaffen und dadurch einem anderen die Möglichkeit zu geben an seiner statt das Verlangen des deutschen Volkes zu befriedigen schien dem erhitzten und verblendeten Verbrecher eine patriotische That. Am 14. Juli 1861 schoß er auf der Promenade in Baden-Baden ein Pistol auf den Fürsten ab; er verfehlte ihn; die schwerste Strafe, die ihm hätte zu teil werden können, ward ihm erspart: er erlebte es nicht mehr, wie am neunten Jahrestage seiner That das ganze deutsche Volk dem Manne, den er hatte ermorden wollen, als dem Hort des Vaterlandes, dem Wahrer deutscher Ehre, entgegenjauchzte. Zu zwanzigjähriger Zuchthausstrafe verurteilt, ward er später begnadigt und starb in Ägypten im Irtsinn.

Beckers Mord-  
anfall.

Beusts Ent-  
wurf.

So lagen die Dinge, als sich Freiherr von Beust ermutigt fühlte die Frage der Bundesreform im mittelstaatlichen Interesse in Anregung zu bringen. Drei Tage vor der Krönung in Königsberg, am 15. Oktober 1861, versandte er sein Programm. Der Bundestag sollte fortan nur zwei Monate jährlich beraten: im Mai unter Österreichs Vorsitz in Regensburg, im November unter Preußens Präsidium in Hamburg; wenn er ein Gesetz erlassen wolle oder es sonst für zweckdienlich halte, solle er eine Versammlung von Vertretern der deutschen Landtage berufen; aus Österreich und Preußen würden je 30, aus den übrigen Staaten 68 daran teilzunehmen haben; endlich sollte für die Zeit, wo er nicht beisammen sei, eine ausführende Gewalt, bestehend aus Österreich, Preußen und einem Dritten, gebildet und diese für den Fall außer-

ordentlicher Verwickelungen mit ausgedehnter Vollmacht ausgestattet werden. Der ganze Plan war so lächerlich dürftig, daß er nur den Spott herausforderte. Baden und Koburg-Gotha, die beiden vollstümlichen Regierungen, kamen mit ihrem vernichtenden Urteil zuerst hervor. Der Herzog Ernst, der schon im Januar selbst einen sehr künstlichen Reformplan ausgearbeitet und verschiedenen Staatsmännern vertraulich mitgeteilt hatte, erklärte am 31. Oktober am Bunde: Deutschland brauche eine einheitliche Volksvertretung, eine einheitliche Kriegsverwaltung, Armee, Flotte, Vertretung im Auslande; bestimmte Anträge zu stellen sei Sache der größeren Regierungen; er wünsche sehr, daß diese sich dazu entschließen möchten, denn die Reform sei dringlich. Der badische Minister von Roggenbach bezeichnete den sächsischen Vorschlag als einen Stein, den man dem deutschen Volke statt des Brotes biete; ein einheitlicher Wille thue Deutschland not und der Großherzog sei bereit die Opfer zu bringen, welche dazu erfordert würden. Auf der anderen Seite wollte man in Wien von dem Beust'schen Vorschlage auch nichts wissen; der Wechsel im Vorsitz am Bundestage sei eine Einbuße, in die Oesterreich nur dann willigen könne, wenn ihm der Besitz seines ganzen Gebietes vom Bunde verbürgt werde; solange es vorkommen könne, daß der eine Teil der deutschen Nation gegen das Ausland kämpfe, während der andere den egoistisch rechnenden Zuschauer spiele, sei jede Verfassungsreform wertlos. Oesterreich kam also mit der Sprache sehr offen heraus und gab den Preis, den es forderte, rund zu erkennen. Aber auch Preußen hielt diesmal mit seiner Meinung nicht zurück. Im Oktober hatte der bisherige Minister des Äußeren, Herr von Schleinitz, seine Entlassung gefordert; unter den Staatsmännern, die als seine Nachfolger in Betracht kommen konnten, befand sich vor allen Herr von Bismarck, dessen Ansichten über Preußens Stellung zum Bunde sich in Petersburg eher verschärft als gemildert hatten. Seine Privatbriefe waren voll bitteren Spottes über den ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränitätsschwindel der kleinen Fürsten, denen der Bund nur als Piedestal diene um von da herab europäische Macht zu spielen; die ganze Bundesverfassung sei ein Unsinn, ein Treibhaus gefährlicher Sonderbestrebungen; eine straffere Zusammenfassung der deutschen Wehrkraft sei so nötig wie das liebe Brot; für eine gründliche Reform ehrlich und ernst einzutreten sei Preußens Pflicht, und weshalb es dabei vor der Idee einer Volksvertretung am Bunde zimperlich zurückschrecken solle, sehe er nicht ein. Dem Könige, der ihn nach Baden berief, setzte er diese Ansichten mündlich und schriftlich auseinander; Auerwald riet ihn mit der Leitung der Geschäfte zu betrauen; aber noch schien dem König dieser Schritt zu gewagt; nicht Bismarck, sondern Graf Bernstorff wurde zu Schleinitz' Nachfolger ernannt. Einen kräftigeren Zug brachte aber auch dieser in die preußische Politik und Bismarck's Entwicklungen waren dabei schwerlich ohne Einfluß. In der Antwort, die dem sächsischen Minister am 20. Dezember 1861 zu teil wurde, stellte Bernstorff zum erstenmal

Baden und  
Koburg.Oesterreich und  
Preußen.Bismarck und  
Bernstorff.Der engere  
Bundesstaat.

Die gleichlautenden Notizen.

wieder den lange verhüllten Gedanken des engeren Bundesstaates in den Vordergrund; er lehnte es ab die Befugnisse des jetzt bestehenden Bundes zu erweitern und erklärte, jede engere Vereinigung müsse auf dem Wege der freien Vereinbarung erfolgen, der jetzige Bund sei bloß ein völkerrechtlicher Verband; seine Grundlagen seien zwar mannigfach verändert, aber nicht zu seinem Vorteil; statt auf diesem Wege fortzufahren, müsse man sie wieder vereinfachen und auf den Schutz nach außen beschränken; innerhalb des so gelockerten Staatenbundes sei aber die Bildung eines engeren Bundesstaates sehr wohl möglich, und Preußens Ziel sei es diese anzubahnen. Wie eine Bombe platzte diese Erklärung in das mittelstaatliche Heerlager. Herr von Beust selbst gab zunächst eine vornehm ablehnende Antwort, in der er andeutete, Preußen werde sich wohl noch eines besseren besinnen; die anderen Königreiche aber, Darmstadt und Nassau sandten am 2. Februar 1862 gemeinsam mit Österreich gleichlautende Notizen nach Berlin, in denen sie den Abschluß eines derartigen engeren Bundes als eine Unterwerfung unter Preußen bezeichneten, die mit dem Wesen und der Verfassung des Bundes unvereinbar sei und diesen thatsächlich sprengen würde. Wenn sie mit der Aufforderung schlossen, Preußen möge seinen Standpunkt ändern und auf Beratungen über die Reform des Bundes eingehen, so verstand sich von selbst, daß die Antwort darauf entschieden ablehnend ausfiel. Der Nationalpartei war aber dieses Auftreten Preußens noch bei weitem nicht energisch genug; es belebte wohl wieder ihr Vertrauen in etwas und der Ausschuß des Nationalvereins erließ am 3. März eine Ansprache an die Vereinsgenossen, die voll guter Hoffnungen war und unzweideutig den preussischen Bundesstaat anempfahl; aber daß zwischen diesen Anschauungen und denen der preussischen Regierung doch eine weite Kluft bestand, ward durch die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus offenbar, welche zu einem vollständigen Bruche führten.

### Die Heeresreform und das Ende der neuen Ära.

Die Mittliberalen und ihr Ministerium.

Unglücklicherweise war es dem Ministerium der neuen Ära nicht gelungen mit dem Landtage der Jahre 1859—1861 die vom Könige geforderte Neugestaltung des preussischen Heeres zu vereinbaren. So sicher es auf die wohlwollende Unterstützung der großen Mehrheit der Volksvertreter rechnen konnte, so hatte es doch nicht in so enger Fühlung mit ihr gestanden, daß es ihre Führer vertrauensvoll in die Schwierigkeiten seiner eigenen Lage eingeweiht und dadurch eine den Verhältnissen entsprechende Haltung der Partei herbeigeführt hätte. Einen Teil der Schuld daran trugen freilich auch diese Führer und besonders Vincke, der jede allzunähe Berührung mit den Ministern mied und um ihnen keinen Einfluß über sich zu gestatten sich auch des Einflusses begab, den er auf sie hätte üben können. Das mochte so lange gefahrlos sein, als der Druck von rechts und links die Widerstandskraft der regierenden

Mittelpartei nicht überstieg; aber auf die Fortdauer dieses Zustandes war doch nicht mit Sicherheit zu rechnen, und je deutlicher die Anzeichen wurden, daß eine bedeutende Partei im Lande die Politik der Minister nicht kräftig genug fand, umso mehr hätten diese sich bemühen müssen die wichtigste Frage, die sie zu ordnen hatten, und das war eben die Umgestaltung des Heeres, zum Abschluß zu bringen, ehe die Neuwahlen des Jahres 1861 eine andere Parteibildung des Abgeordnetenhauses herbeiführen konnten.

Dem Prinzregenten und nunmehrigen Könige konnte man nicht vorwerfen, daß er seinerseits einen Zweifel über die Wichtigkeit, welche er der Heeresreform beilegte, habe aufkommen lassen. Seit seiner ersten an die Öffentlichkeit gelangten Ansprache an das Ministerium der neuen Ära hatte er jede Gelegenheit benutzt um seine Ansicht dem Lande kund zu geben. Er betrachtete und bezeichnete die Umgestaltung als sein eigenstes Werk, das um so unerläßlicher für Preußens Machtstellung wurde, je hoffnungsloser die Bemühungen um eine Besserung der Bundeskriegsverfassung sich anließen. Daß einzelne Kleinstaaten nach dem Vorbilde Koburgs von 1861 an ihre Truppen freiwillig unter Preußens Leitung stellten, war militärisch natürlich von keinem Belang und nur als Bezeugung des guten Willens und als moralische Unterstützung des Berliner Kabinettes von Wert; die Kräftigung des eigenen Heeres war die unerläßliche Vorbedingung für jede entschlossene Politik nach außen, und wenn sie dem Lande schwere Lasten aufbürdete, so bot sie doch auch viele Vorteile und Erleichterungen, die es wohl verdienten sorgsam gewürdigt zu werden.

Die Notwendigkeit einer Reorganisation wurde denn auch in der liberalen Partei gerade von sachverständiger Seite durchaus eingeräumt. Den schmächtigsten Mißbrauch des besten Materials, die elendeste und teuerste Reserve, die man sich denken könne, so bezeichnete im Februar 1861 ein genauer Freund Binkes, ein höherer Offizier, Lamarmora gegenüber die preussische Landwehr. Die Landwehr aber stand nach der bisherigen Heeresverfassung in engster Verbindung mit der Linie; je ein Regiment aus beiden Teilen des Heeres wurde im Kriegsfall zu einer Brigade verschmolzen; jeder Mangel und jede Verzögerung bei der Landwehr schädigte deshalb die Feldarmee. Das hatte man bei der Mobilmachung im November 1850 schmerzlich empfunden, und seit der Zeit waren die Reformbestrebungen im Gange. Schon unter Friedrich Wilhelm IV. wurde die dreijährige Dienstzeit, die seit zwanzig Jahren thatsächlich von der zweijährigen verdrängt war, obgleich sie noch gesetzlich zu Recht bestand, wiedereingeführt und die Stärke der Cadres erhöht; Willisen und Clausewitz arbeiteten vollständige Reorganisationspläne aus. Zur Deckung der Mehrkosten sollte der Ertrag der Grundsteuer dienen, deren Regulierung 1857 bei den Kammern beantragt wurde. Die Ablehnung dieser Vorlage durch das Herrenhaus und die Krankheit des Königs hatten die Sache dann ins Stocken gebracht, bis der Prinz von Preußen

Der König  
und das Heer.

Vorgeschichte  
der Reorgani-  
sation.

die Regentschaft übernahm. Ohne Zweifel gehörte dieser zu den gründlichsten Kennern des Heeres. Er hatte nicht allein durch den praktischen Dienst im Frieden sowie durch den badischen Feldzug reiche Erfahrungen gesammelt, sondern auch seit 1819 allen Kommissionen über militärische Fragen als Mitglied und in späteren Jahren als Vorsitzender angehört. Seine Ansichten über den Wert oder Unwert der preußischen Heeresverfassung standen fest und die Mobilmachung des Jahres 1859 bekräftigte sie noch mehr. Er glaubte durch eine Umgestaltung auch dem Lande eine Erleichterung zu verschaffen; kam es 1859 doch vor, daß in einer einzigen Landwehrkompagnie (250 Mann) sich 242 Familienväter befanden, deren Familien von der Gemeinde unterstützt werden mußten. Andererseits wurden bei weitem nicht alle brauchbaren Militärpflichtigen wirklich in das Heer eingestellt, weil dessen Friedensstärke dazu nicht ausreichte. Zwar war dieselbe von 1815—1858 allmählich um etwa 20 000 Mann gesteigert, aber die Bevölkerung war in viel stärkerem Maße gewachsen, und während nach den Befreiungskriegen 1,25 Prozent der Einwohner unter die Waffen traten, geschah dies jetzt nur von 0,85 Prozent. Die allgemeine Wehrpflicht war also nur noch dem Namen nach vorhanden; in Wirklichkeit wurden von 40 Prozent brauchbarer Mannschaft nur 26 Prozent eingestellt; statt der 40 000 Rekruten, die jährlich ausgehoben wurden, hätte man über 60 000 einkleiden müssen. Auf diesen Erwägungen, die gewiß nicht antiliberal genannt werden konnten, beruhten die Reorganisationspläne, die der Prinzregent beförderte. Durch eine stärkere Rekrutierung sollte die Friedensarmee vergrößert und in den Stand gesetzt werden im Kriegsfall ohne die Landwehr ins Feld ziehen zu können. Um das zu ermöglichen mußte die Zahl der Linienregimenter vermehrt, und der jüngste Teil der Landwehr zur Reserve gezogen werden. Nach dem Gesetze von 1814 bestand die letztere nur aus zwei Jahrgängen, die natürlich nicht ausreichten um die vermehrte Regimenterzahl auf den Kriegsfuß zu bringen; erst wenn man die Reservspflicht um zwei oder drei Jahre verlängerte, konnte man bei einer Mobilmachung auch ohne Landwehr dieselbe Heeresstärke aufstellen, wie jetzt mit derselben. Die drei Jahrgänge des stehenden Heeres und die zwei der bisherigen Reserve erhöhten sich von je 40 000 auf 63 000, d. h. zusammen um 115 000 Mann; hierzu traten die zwei neuen Jahrgänge mit je 63 000 Mann, so daß eine Steigerung von 200 000 auf 440 000 Mann in Aussicht gestanden hätte, wenn nicht in jedem späteren Jahrgange ein höherer Ausfall durch Tod, Auswanderung und andere Ursache in Anschlag zu bringen gewesen wäre. Immerhin aber konnte man hoffen die Zahl von 400 000 Mann zu erreichen und somit für denselben Zweck künftighin mit Leuten unter 27 Jahren auszukommen, für den man jetzt bis zum 32. Lebensjahre greifen mußte. Die Landwehr wurde deshalb nicht aufgehoben, sondern nur eingeschränkt; es fiel das sog. zweite Aufgebot weg, und während der Preuße bisher erst mit dem vierzigsten Jahre zum Landsturm entlassen wurde, geschah dies nach den

Die allgemeine Wehrpflicht.

Plan der Reorganisation.

neuen Plänen schon mit dem dreiunddreißigsten. Die großen Vorteile der Einrichtung lagen also auf der Hand. Die älteren Klassen der Bevölkerung wurden zu Gunsten der jüngeren, überdies kriegstüchtigeren entlastet; dem Lande wurde im Kriegsfall die Versorgung aller der mittellosen Familien erspart, deren Väter nun nicht mehr zu den Fahnen zu eilen brauchten; und endlich wurde der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht wieder in erhöhtem Maße zur Geltung gebracht. Wenn es in der bisherigen Art weiterging, so mußte mit jeder Million, um welche die Bevölkerung zunahm, während die Zahl der eingestellten Rekruten gar nicht oder unerheblich wuchs, der Widerspruch zwischen jenem Grundsatz und den thatsächlichen Verhältnissen größer werden, und keiner, der in der allgemeinen Wehrpflicht die wichtigste moralische Kraft des preussischen Heeres verehrte, konnte sich der Überzeugung verschließen, daß etwas zur Abhilfe gegen diese Gefahr geschehen müsse.

Dazu war denn auch die liberale Partei in ihrer großen Mehrheit völlig bereit, aber sie glaubte diesen Zweck auf billigere Weise erreichen zu können: durch einen schnelleren Wechsel der Soldaten; sie billigte die stärkere Aushebung, aber sie wollte den einzelnen Mann nur zwei Jahre bei den Fahnen festhalten und dadurch die Möglichkeit schaffen in derselben Zeit und mit denselben Kosten drei statt zwei Soldaten heranzubilden. Dann brauchte die Zahl der Regimenter nicht vermehrt zu werden und man erreichte für dasselbe Geld, das man bisher auf die Armee verwandt, alle die Vorteile, welche sich der König von seinem Plane versprach. Wenn auf diesem Wege alljährlich Millionen erspart werden konnten, so schien es Pflicht zu sein trotz der dringenden Vorstellungen des Herrschers und seiner Minister daran festzuhalten und vielmehr von diesen Nachgiebigkeit zu fordern. Auf den Einwand, welcher militärischerseits gemacht wurde, daß in zwei Jahren der Rekrut nicht hinreichend ausgebildet werden könne, daß insbesondere durch den zu schnellen Wechsel der Mannschaft den einzelnen Truppenteilen der feste Zusammenhang, die innere Einheit geraubt werde, glaubte man kein großes Gewicht legen zu brauchen, weil ja länger als zwanzig Jahre die zweijährige Dienstzeit thatsächlich in Übung gewesen war und die Kriegsminister und Generale jener Zeit somit Zeugnis gegen den König und seine Fürsprecher ablegten. Der König aber war von der Richtigkeit und Unerläßlichkeit seiner Forderung zu tief durchdrungen, er schätzte die Schäden, welche in jener früheren Zeit dem zweijährigen Dienste entsprungen seien, zu hoch, als daß er es mit seiner Pflicht hätte vereinbaren können den Vorstellungen der liberalen Partei nachzugeben. So stand Pflichtbewußtsein gegen Pflichtbewußtsein, und der Zusammenstoß war unvermeidlich. Aber er hätte doch vielleicht schnell erledigt werden können, wenn die liberalen Minister ihm von vornherein mutig ins Gesicht geschaut und zu einer Zeit, wo sie noch allgemeiner Verehrung genossen, ihre Forderung offen und mit aller Kraft auf gesetzlichem Wege durchzubringen sich entschlossen hätten. Statt dessen

Der Liberalismus.

Die Kriegsbereitschaft von 1859.

benutzten sie die Zeitverhältnisse nur dazu um die Reorganisation thatsächlich und schrittweise ins Leben zu führen. Als der Friede von Villafranca geschlossen war, hoben sie die Mobilmachung nicht auf, sondern ließen die einberufenen Landwehrbataillone bei der Fahne. Allerdings wurden die Wehrleute aus denselben entlassen, aber statt ihrer stellte man Rekruten und Reservisten ein und schuf so thatsächlich neue Truppenkörper innerhalb des stehenden Heeres. Eine Kommission von erfahrenen Generalen prüfte dann unter Wrangels Vorsitz vom 28. Oktober an noch einmal die Hauptpunkte der Reorganisation, worauf der Regent selbst den Entwurf derselben durcharbeitete und am 28. November 1859 abschloß. Acht Tage später wurde Generallieutenant von Roon, ein Mitglied der Kommission, zum Kriegsminister ernannt und am 10. Februar 1860 dem Landtage das Gesetz vorgelegt, durch welches die Reorganisation eingeführt werden sollte. Allein das Abgeordnetenhaus zeigte sich schwierig und das Herrenhaus verwarf die Grundsteuervorlagen, aus deren Ertrag die Mehrkosten der neuen Einrichtung bestritten werden sollten; mit dem 1. Mai lief die Frist ab, bis zu welcher die Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft bewilligt war; wenn sie nicht verlängert wurde, so mußte die Regierung aus Geldmangel die Landwehrbataillone entlassen. In dieser Verlegenheit zogen die Minister ihre Gesetzbildung zurück und beantragten statt dessen die Bewilligung von 9 Millionen Thalern für die Zeit bis zum 30. Juni 1861 um damit auf Grund der bestehenden Gesetze die bisherige Kriegsbereitschaft und erhöhte Streitbarkeit des Heeres aufrechtzuerhalten und zu vervollständigen. Wirklich bewilligte der Landtag die geforderte Summe und erteilte dadurch der Regierung das Vertrauensvotum, das sie verlangt hatte. Ausdrücklich aber bezeichnete er die Kriegsbereitschaft als eine nur „einstweilige“ und legte dadurch Verwahrung ein gegen die endgültige Vermehrung der Bataillone. Unter diesen Umständen war es sehr bedenklich, daß gleichwohl die Landwehrbataillone zu besonderen Regimentern zusammengezogen wurden und als solche am 4. Juli 1860 von dem Regenten neue Namen erhielten, mehr noch, daß ihnen im folgenden Januar eigene Fahnen verliehen wurden. Zu alledem hatte der Kriegsherr zwar vollkommen das Recht; aber da die Kammern durch Verweigerung der Gelder den Fortbestand dieser Truppenteile schon in wenigen Monaten unmöglich machen konnten, so lag in dieser Fahnenweihe eine nicht wegzudeutende Mißachtung der Volksvertretung. Schlimmer noch war es, daß ihr in der Sitzung von 1861 das Wehrgesetz des vorigen Jahres gar nicht wiedervorgelegt wurde. Die Regierung erklärte die Änderung des Gesetzes von 1814 zwar immer noch für wünschenswert und versprach sie später zu beantragen; aber unerläßlich für die Reform sei sie nicht; denn es komme eigentlich nur die Verlängerung der Reservspflicht in Betracht, und so wünschenswert diese sei um die Landwehr zu entlasten, so werde die Frage doch immer erst im Falle einer Mobilmachung brennend, und dann stehe es der Regierung vollkommen frei entweder

Die Verlängerung derselben.

Die Fahnenweihe.

die Bataillone statt auf 1000 Mann nur auf 800 zu bringen oder die fehlenden 200 Mann aus der Landwehr in die Linie einzustellen. In der That sei die Reorganisation dem Landtage gegenüber nur eine Geldfrage; sie bestehe schon jetzt thatsächlich und rechtlich; bis zum 30. Juni 1861 seien die nötigen Summen bewilligt, und die Regierung bitte sie fortan in den ordentlichen Staatshaushalt aufzunehmen.

Dazu konnten sich Vincke und die Mehrheit nicht entschließen; die Fähigkeit des Landes die Mehrkosten zu tragen stand freilich bei der guten Finanzlage außer Frage, zumal nachdem das Herrenhaus am 7. Mai endlich die Abänderung der Grundsteuer, die 2—3 Millionen Mehreinnahme versprach, angenommen hatte; aber die Hoffnung doch schließlich die zweijährige Dienstzeit noch zu erreichen, und nicht minder das Verlangen einen unzweifelhaft gesetlichen Zustand zu schaffen bewog die Abgeordneten auch diesmal die Mittel nur in außerordentlicher Weise für das nächste Jahr zu bewilligen. Es waren nur elf Stimmen Mehrheit, mit denen dieser Beschluß durchging, auch wurden die Ansätze der Regierung noch um  $\frac{3}{4}$  Millionen verkürzt, und in einer besonderen Erklärung, die Vincke beantragte, forderte das Haus für das nächste Jahr die Vorlage eines Wehrgesetzes; aber in der That hatte jetzt die Kammer das Heft schon aus den Händen gegeben; unmöglich konnte 1862 die neue Einrichtung, die dann zwei Jahre bestanden hatte, wieder rückgängig gemacht werden; die ganze Armee wäre dadurch in Verwirrung und das Land somit in die größte Gefahr geraten.

Zwiespalt  
zwischen Re-  
gierung und  
Kammer.

So hatte man auf beiden Seiten die kostbare Zeit verloren, sich mühsam durch kleine Aushilfsmittel immer einen Schritt weiter geschleppt, und entdeckte nun angesichts der Neuwahlen, deren Ausfall niemand verbürgen konnte, daß man eine breite Kluft zwischen sich habe. Die Zusammensetzung des neuen Abgeordnetenhauses, das im Januar 1862 zusammentrat, war der Regierung so ungünstig wie möglich; die Fortschrittspartei hatte einen glänzenden Sieg errungen und beherrschte die Kammer. Die Regierung suchte in vielen Stücken den liberalen Forderungen entgegenzukommen; ein Gesetz über Ministerverantwortlichkeit, eine neue Kreisordnung, auch das versprochene Wehrgesetz wurden vorgelegt; die Antwort Bernstorffs auf das sächsische Reformprojekt, die Haltung Preußens in der kurhessischen und schleswig-holsteinischen Frage, überhaupt die auswärtige Politik näherte sich wesentlich den Forderungen des Volkes; mit der früheren Mehrheit des Abgeordnetenhauses wäre die Verhandlung unter diesen Umständen schwerlich erfolglos geblieben. Jetzt stand es anders; der Fortschrittspartei genügten die Zugeständnisse nicht; der konservative Teil des Ministeriums andererseits verhielt sich kalt und ablehnend gegen die neue Mehrheit. Besonders galt dies von dem Kriegsminister von Roon, der gleich dem Könige seinem Herrn alle Kraft für die Durchführung der Neuordnung einsetzte. Von Haus aus ein konservativer Mann, durch gründliche Fachbildung und wissenschaftliche

Der erste Land-  
tag von 1862.

von Roon.

Leistungen hervorragend, schlagfertig und klar, aber auch scharf und verlegend in der Debatte, war er schon der früheren Mehrheit nur halb genehm gewesen und konnte in dem neuen Hause noch weniger auf Freunde zählen. Andererseits lag auch ihm nichts an der Fortdauer des liberalen Regimentes; ein Bruch mit den Abgeordneten erschreckte ihn nicht, wenn dadurch ein Sieg in der Militärfrage herbeigeführt wurde. Das Herrenhaus, dem die Fortschrittspartei den Krieg erklärte, war ihm ein viel behaglicherer Aufenthalt als die zweite Kammer, und scherzend lobte er, als er die Ergänzung zum Wehrgesetz von 1814 zuerst im Oberhause einbrachte, die angenehme Temperatur, die hier im Gegensatze zu den Bestrebungen an einem anderen Orte herrsche. Zum Dank dafür beeilten sich die Herren sehr mit der Vorlage, die natürlich an der dreijährigen Dienstzeit festhielt, und genehmigten sie schon am 1. Februar; die zweite Kammer dagegen verwies sie an einen Ausschuss, der zu zwei Dritteln aus Mitgliedern der Fortschrittspartei bestand. Aussicht auf eine Verständigung war nicht vorhanden. Auch in den anderen Kommissionen des Hauses platzten die Gegensätze aufeinander; es wurde die Anerkennung des Königreiches Italien gefordert: die Regierung lehnte jede Teilnahme an der Beratung darüber ab; es wurde ein ausführlich begründeter Antrag in der deutschen Frage beschlossen: der Minister erklärte sich gegen die Begründung, die auf die Reichsverfassung von 1849 bezugnahm, und selbst gegen einzelne Sätze des Antrages, die er als eine Drohung gegen die übrigen Regierungen bezeichnete. Endlich verlangte am 6. März 1862 das Haus selbst auf den Antrag des Abgeordneten Hagen mit 171 gegen 143 Stimmen, daß in dem bereits vorgelegten Staatshaushalt für 1862 die einzelnen Posten nachträglich in kleinere Summen mit genauer Angabe des Zweckes zerlegt werden und die Regierung nicht berechtigt sein solle etwaige Ersparnisse an dem einen Posten auf Mehrausgaben für den anderen zu verwenden. Es half nichts, daß der Finanzminister von Patow den Antrag als grundsätzlich berechtigt anerkannte und seine Durchführung in dem Staatshaushalt von 1863 versprach; auch nicht daß er andeutete, die Regierung könne, wenn der Antrag angenommen werde, die Verantwortung für die fernere Leitung der Geschäfte abzulehnen veranlaßt sein. Die Mehrheit war nicht willens den wesenlosen Schein, der nach ihrer Ansicht bei der bisher üblichen Gestaltung des Haushaltes an die Stelle einer wirksamen Prüfung getreten sei, sich auch nur noch ein Jahr gefallen zu lassen. Die Minister nahmen von diesem Vorfall den Anlaß um das unerquickliche Verhältnis zu lösen; in der That, entweder sie mußten gehen oder der Landtag. Am 8. März reichten sie dem Könige ihre Entlassung ein. Dieser erwiderte, daß sie bei ihm und dem wohldenkenden Teile der Nation volles Vertrauen genossen und daß sie ihm demnach andere Vorschläge machen möchten; nur der Fürst von Hohenzollern und der Kultusminister von Bethmann-Hollweg beharrten auf ihrer Entlassung und erhielten sie. Die übrigen empfahlen dem Monarchen die Auflösung

Die Opposition.

Der Hagensche Antrag.

Auflösung des Landtags.

des Abgeordnetenhauses, die denn auch am 11. März 1862 erfolgte. Es mußte also zu Neuwahlen geschritten werden. Aber ließ sich von diesen eine freundlicher gesinnte Mehrheit erwarten? Die Aussichten dazu waren nicht groß; selbst die altliberale Minderheit des aufgelösten Hauses versprach in ihrem Wahlaufruf vom 13. März nur dann dem Ministerium ihre Unterstützung, wenn es durch die That beweise, daß es den Grundsätzen der konstitutionellen Partei treu bleiben wolle; als eine solche That wurde ausdrücklich die Umgestaltung des Herrenhauses gefordert. Dazu war der König in keinem Falle zu bewegen; um die Grundsteuergesetze durchzubringen hatte er 1860 weiteren sechs Städten einen Sitz im Herrenhause verliehen und 18 neue Mitglieder aus allerhöchstem Vertrauen ernannt; aber eine solche Maßregel durfte nicht zu bald wiederholt werden und war in seinen Augen am wenigsten jetzt berechtigt, wo die erste Kammer fest zu der Heeresreform stand; ohne einen derartigen Pairschub war aber die verfassungsmäßige Zustimmung des Herrenhauses zu seiner eigenen Umgestaltung nimmer zu erlangen. Wie der Monarch über diese Frage dachte, konnte man deutlich genug daraus ersehen, daß er gerade den Präsidenten des Herrenhauses, den Fürsten Hohenlohe-Ingelfingen, an Hohenzollerns statt zum Vorsitzenden des Staatsministeriums ernannte. Die liberalen Minister mußten sich nun wohl überzeugen, daß ihre Stellung zwischen dem

Ministerium  
Hohenlohe.

Könige und der eigenen Partei unhaltbar geworden sei: acht Tage nach der Auflösung des Hauses baten sie zum zweitenmal um ihre Entlassung und erhielten sie. Es schieden aus Rudolf von Auerwald, von Patow, Graf Schwerin, der Hausminister Graf Bückler und Herr von Bernuth, der seit dem Dezember 1860 als Simons' Nachfolger der Justiz vorstand. Es blieben von der Heydt, der statt des Handelsministeriums die Finanzen übernahm, von Roon und Graf Bernstorff. Ihre neuernannten Kollegen waren Graf Ikenplitz für die Landwirtschaft, Graf Lippe für die Justiz, von Jagow für das Innere und von Mühler für den Kultus.

Wahlerlasse.

An Bemühungen das Land zu ihren Gunsten zu stimmen ließen es die neuen Räte der Krone nicht fehlen. Um die Konservativen zu reger Beteiligung an den Wahlen anzufeuern ergingen sich nicht allein die amtlichen Blätter, sondern sogar die Erlasse der Minister in Anklagen gegen die aufgelöste Kammer, als ob dieselbe die der Krone zustehende Macht sich selbst habe anmaßen wollen; eine unheilvolle Verblendung habe das Volk bei den letzten Wahlen beherrscht und dem Fluche dieser Geburt sei das Abgeordnetenhaus erlegen; von neuem würden die Demokraten jetzt ihre Aufreizungen beginnen um das königliche Regiment zu Gunsten einer sog. parlamentarischen Regierung zu erschüttern; der König halte unverändert an seinem Programm von 1858 fest, und die Pflicht jedes treuen Unterthanen, insbesondere aber jedes Beamten, sei es im Sinne des Ministeriums zu wählen. Gegen diese letztere Zumutung verwahrten sich indes viele Beamte, voran die Pro-

Steuer-  
ermäßigung.

fessoren der Universitäten Berlin und Bonn; auch wußten die Minister wohl, daß sie mit diesen Mitteln allein keine gefügige Kammer erhalten würden. Von der Heydt machte deshalb den Vorschlag, die Regierung solle auf den Zuschlag von 25 Prozent verzichten, der seit 1859 von der Einkommen- und anderen Steuern erhoben wurde. Das bedeutete aber eine Mindereinnahme von  $3\frac{3}{4}$  Millionen. Mochte dieselbe auch teilweise bei dem allgemeinen Aufschwung der Geschäfte durch höhere Einnahmen beglichen werden, so wäre das Gleichgewicht im Staatshaushalt doch nur durch Ersparnisse herzustellen gewesen. von der Heydt wandte sich deshalb am 21. März in einem vertraulichen Briefe, der bald in die Öffentlichkeit drang, an den Kriegsminister, stellte ihm vor, daß in allen Verwaltungszweigen die Ausgaben schon seit Jahren über Gebühr beschränkt seien und daß nur in der Heeresverwaltung nichts gespart sei; diese müsse deshalb mindestens  $2\frac{1}{2}$  Millionen von ihren Forderungen ablassen. Dazu erklärte sich von Roon und ein Ausschuß von Generalen, den der König mit der Prüfung betraute, außerstande; aber es wurde doch ein Abstrich von über 800 000 Thalern für dieses, und von über 1 100 000 für das nächste Jahr bewilligt, und durch königliche Entschliebung vom 16. April der Wegfall des Steuerzuschlages gutgeheißen. Auch in anderer Weise suchte von der Heydt den Wünschen der Liberalen entgegenzukommen; er kündigte an, daß dem neuen Landtag nicht allein der Haushalt für 1863 sofort zugleich mit dem für 1862 vorgelegt werden solle, während bis dahin stets schon ein beträchtlicher Teil des Jahres verstrichen war, ehe die Vertreter die Forderungen der Regierung prüfen konnten, sondern auch, daß diese Vorlagen nach dem Hagenschen Antrag eingerichtet sein würden. Daneben regnete es andere Verheißungen: Aufhebung der Getreidezölle, Herabsetzung des Briefportos, Ermäßigung der Eisenzölle u. dgl. Aber alles war umsonst; als man die Wahlen vom 6. Mai übersehen konnte, ergab sich eine Verminderung aller Parteien mit einziger Ausnahme des verfolgten Fortschrittes, der beträchtlich verstärkt am 19. Mai in Berlin wiedereintrückte; von den Ministern aber war nicht ein einziger gewählt.

Anderer Zuge-  
ständnisse.

Der zweite  
Landtag von  
1862.

Was dem Lande gegenüber mißlungen war, versuchte die Regierung nun den Abgeordneten gegenüber; alle möglichen Zugeständnisse, zu denen sich das frühere Ministerium nicht hatte bereit finden lassen, wurden hervorgesucht. Trotz Oesterreichs Zorn erkannte der König am 21. Juli 1862 das Königreich Italien an; den Ernst in der schleswig-holsteinschen Frage sollte die Forderung von fast  $1\frac{1}{2}$  Millionen für die Flotte kennzeichnen; gegen Kurhessen ließ man gar, wie früher erzählt wurde, zwei Armeekorps mobil machen; da die Wählerlasse mit Recht viel böses Blut erregt hatten und selbst der Präsident des Abgeordnetenhauses, Grabow, in seiner Ansprache bei der Eröffnung beredte Klage wider die erhob, die in das verfassungstreue Volk den Wahlruf: ob Königtum, ob Parlament? hineingeschleudert, so erklärte von der Heydt zur Ehrenrettung, daß in jenen Erlassen nicht etwa ein Teil der Landesvertretung gemeint

worden sei! Den bedenklichen Prinzipienfragen suchte man einstweilen aus dem Wege zu gehen, indem die im Januar vorgelegten Gesetze, auch das Wehrgesetz, bis zur Wintersitzung zurückgezogen wurden; im allgemeinen aber versprach das Ministerium die Durchführung der Verfassung in freisinniger Weise fördern zu wollen.

Nur mit tiefem Kummer konnten die Freunde Preußens, welche von ihm gerade jetzt auf Grund der Bernstorff'schen Noten mutige Schritte zur Einigung Deutschlands gehofft hatten, diese inneren Zerwürfnisse sehen. Daß die Begründung eines engeren Bundes, für den man doch nur auf die liberalen Regierungen hätte zählen können, unter den obwaltenden Umständen unmöglich sei, lag auf der Hand. Aber es schien nicht allein der erhoffte Fortschritt in die Ferne gerückt zu sein, sondern obendrein ein gewaltiger Rückschritt zu drohen. Der Zollverein geriet in eine schwere Krisis. Angeregt durch den englisch-französischen Handelsvertrag, der schon mehrfach Nachfolge gefunden, hatte das Ministerium Hohenzollern auch für den Zollverein einen Handelsvertrag mit Frankreich nach den Grundsätzen der Handelsfreiheit vereinbart, der unmittelbar nach seinem Sturz am 29. März 1862 zur Unterzeichnung kam. Nun stand es jedem Zollvereinsstaate frei die Genehmigung zu diesem Vertrage zu verweigern; Preußen aber war entschlossen ihn für sich in jedem Falle durchzuführen und also mit den Zollvereinsgenossen, die ihn verwarfen, die Zollgemeinschaft bei ihrem Ablauf am 31. Dezember 1865 nicht zu erneuern. Darüber erhob sich ein großer Sturm; viele Regierungen erklärten sich gegen den Vertrag; die Anhänger des Schutzzolles machten in Zeitungen, Vereinen und Kammern gewaltigen Lärm über die Schädigung der deutschen Gewerthätigkeit; die österreichische Regierung behauptete, der Vertrag widerspreche den Verpflichtungen, die der Zollverein 1853 gegen den Kaiserstaat eingegangen sei. Dies war jedoch in keiner Weise der Fall; denn in der Verminderung seiner Zollsätze war der Verein durch den Vertrag mit Österreich keineswegs beschränkt; hielt er dieselbe jetzt in seinem Interesse um den Verkehr zu beleben, so gebot es die Klugheit, daß er dazu nicht auf dem Wege der Gesetzgebung, sondern auf dem des Vertrages schritt, und so entsprechende Zollermäßigungen von Frankreich erkaufte. Unbequem genug war die Sache allerdings für Österreich; denn die französischen Waren, die jetzt so viel billiger nach Deutschland kamen, wurden von Deutschland auch um so viel billiger nach Österreich eingeführt und bereiteten dort den einheimischen Gewerben eine gefährliche Konkurrenz; wollte man diese ausschließen, so mußte Österreich seine Zölle gegen Deutschland erhöhen und dadurch seinen Handel mit Deutschland erschweren und schädigen. Schon aus politischen Gründen wünschte man das in Wien zu vermeiden, und da Preußen alle Einwendungen gegen den Vertrag beharrlich zurückwies, so entschloß sich die österreichische Regierung zu einem kühnen Schritt; sie verlangte am 10. Juli 1862, und durch die Ablehnung Preußens nicht geschreckt, noch nachdrücklicher am 26.

Der französische Handelsvertrag.

Österreichs Einspruch.

desselben Monats die Aufnahme Österreichs in den Zollverein. In dem Vertrage von 1853 war diese ja wirklich als letztes Ziel hingestellt und die Verabredung getroffen worden, daß 1860 Verhandlungen in dieser Richtung eröffnet werden sollten. Das war nicht geschehen, und es jetzt nachzuholen erklärte Preußen für nutzlos: einmal sei es durch den Vertrag mit Frankreich, den Österreich ja unbedingt verwerfe, ebenso unbedingt gebunden: sodann aber würde selbst ohne diesen Umstand eine Verständigung unmöglich sein, weil Preußen im eigenen Interesse die mit Frankreich verabredeten Zollermäßigungen festhalten müsse, während Österreich von denselben die Vernichtung seines Gewerbes befürchtete.

Der Landtag  
und der Han-  
delsvertrag.

Während diese Verhandlungen im Gange waren, mußte das preußische Abgeordnetenhaus sich über den Vertrag entscheiden. Schadenfroh hoffte man in den Kreisen der Gegner, die Verbitterung gegen das Ministerium werde groß genug sein um die Verwerfung herbeizuführen. Aber dieser Wunsch ward nicht erfüllt. Einem so zweifellosen Interesse des Landes gegenüber schwiegen die Parteiungen und mit 264 gegen 12 Stimmen nahmen die Abgeordneten am 25. Juli den Vertrag an; das Herrenhaus folgte ein paar Tage später, und am 2. August 1862 ward derselbe in Berlin unterzeichnet.

Rundgebungen  
für und gegen  
den Vertrag.

Von den übrigen Regierungen hatte sich Sachsen, dessen entwickelte Industrie von dem Vertrage den größten Vorteil erwartete, schon im April auf Preußens Seite gestellt; nicht minder Baden, Oldenburg und manche Kleinstaaten. Aber die süddeutschen Könige, Hannover, Darmstadt u. a. blieben widerspenstig, verlangten, daß Preußen auf Österreichs Forderungen eingehe, und nahmen die Miene an, als ob sie anderenfalls mit Anlehnung an Österreich einen eigenen Zollverband gründen würden. Die preußische Regierung ließ sich dadurch nicht irre machen und das Abgeordnetenhaus setzte sich zum zweitenmal über alle Parteibedenken hinweg, indem es den Entschluß der Minister selbst einer Sprengung des Zollvereins Trotz zu bieten mit überwältigender Mehrheit am 5. September billigte. Auch aus dem übrigen Nord- und Mitteldeutschland lauteten fast alle Rundgebungen der öffentlichen Meinung zu Gunsten Preußens; selbst auf dem deutschen Handelstage, der im Oktober in München stattfand und zahlreich aus Bayern und Österreich besickt war, erklärte sich eine knappe Mehrheit, darunter aber fast zwei Drittel aller zollvereinsländischen Abgeordneten, unter Bederaths Führung für den Handelsvertrag. Zugleich wurde ein Beschluß erneuert, den schon der erste Handelstag am 15. Mai 1861 in Heidelberg gefaßt hatte: zur Vermeidung solcher gefährvollen Krisen sei die Begründung eines Bundesrates und einer Volksvertretung nötig, deren übereinstimmenden Mehrheitsbeschlüssen für den ganzen Zollverein Gesetzeskraft beizulegen sei. Dieselbe Forderung war einige Wochen vorher auch von etwa 200 Abgeordneten verschiedener Staaten, die in Weimar zusammentraten, erhoben worden und klang nach in vielen ähnlichen Beschlüssen der kleineren Landtage und freier Versammlungen.

Der Mittelstaaterie konnte der Zollverein durch solche Zukunftspläne freilich nicht lockender gemacht werden; denn augenscheinlich drängten sie ja gerade auf den Weg, den Graf Bernstorff in seiner Dezembernote angedroht hatte, auf die Begründung eines unter preußischem Einflusse stehenden engeren Bundes und auf die Vernichtung des bisher jedem einzelnen Staate zukommenden Widerspruchsrechtes. Aber daß selbst in so ungünstiger Zeit, wie es diese Sommermonate von 1862 waren, der Zollverein der feste Boden blieb, auf dem die Freunde Preußens sich behaupten konnten, das war eine Hoffnung für die Zukunft, die über manche Besorgnis der Gegenwart hinweghelfen mochte.

Um den inneren Frieden in Preußen sah es freilich traurig aus. Die tiefe Kluft zwischen der Krone und dem Abgeordnetenhause wurde gleich nach Eröffnung des Landtages durch das Verschwinden der Binekeschen Partei noch unüberschreitbarer. Die bescheidenen Reste dieser alten ministeriellen Mehrheit wurden durch ihren Führer selbst auseinandergesprengt, indem er gleich in der ersten Versammlung die Erklärung forderte, daß man wohl mit der Fraktion Bockum-Doljfs, aber nicht mit der Fortschrittspartei eine Verständigung suchen wolle. Zu neuer Verbitterung gab dann die Antwort auf die Thronrede Anlaß. Von einem der versöhnlichsten und klarsten Köpfe der neuen Mehrheit, von Twisten entworfen, beklagte sie doch die Verdächtigungen, denen der treue Sinn des Volkes, das sich Eins mit seinem Könige wisse, von den Ministern ausgesetzt worden sei, und sprach die Überzeugung aus, daß keine Regierung, die den freiheitlichen Bedürfnissen der Nation widerstrebe, die Machtstellung Preußens fördern könne. Dabei bezog sie sich auf einen Satz aus der Rede des Prinzregenten vom 8. November 1858; der König aber erwiderte: man solle nicht nur die einzelnen Sätze herausheben, sondern sich das ganze Programm Zeile für Zeile einprägen, dann werde man seine Gesinnungen recht erkennen. Die Ausschußverhandlungen über die Militärfrage führten zu keiner Annäherung; im Gegenteil, bald stellte sich deutlich heraus, daß die Mehrheit die geforderten Millionen ganz zu streichen entschlossen sei. Was dann geschehen solle, war schwer zu sagen. Selbst wenn man die neuen Regimenter aufgelöst und die Verwirrung, in welche das Heer dadurch geraten wäre, auf sich genommen hätte, so wären doch von den gestrichenen Geldern große Summen nötig gewesen um den Offizieren in diesen Regimentern, die natürlich nicht auf Kündigung angestellt waren, ihre Gehälter weiterzubezahlen. Für diese Summen zum mindesten war der Staat rechtlich haftbar; die Regierung mußte sie zahlen, und doch konnten und wollten die Abgeordneten sie verweigern, ein Widerspruch, für den die Verfassung keine Lösung an die Hand gab. Zu demselben Ergebnis führte die Streichung aller der Ausgaben, die in den verflossenen Monaten bereits geleistet waren; denn eine gesetzliche Handhabe die Minister persönlich zur Wiedererstattung anzuhalten gab es nicht; der Staat mußte die Lasten tragen. Um aus dieser hilflosen

Landtagsverhandlungen.

Die Schwierigkeiten der Lage.

Die Lückentheorie.

und widerspruchsvollen Lage einen rechtlichen Ausweg zu finden kamen die Räte der Krone auf den Gedanken zu erklären, es sei hier eine Lücke in der Verfassung und — so führte Herr von Bismarck später aus — diese Lücke müsse ergänzt werden aus demjenigen Rechte, das vor der Einführung der Verfassung bestanden habe, aus dem Rechte des unumschränkten Königtums: wenn die Kammer einen unmöglichen, unausführbaren Staatshaushaltsentwurf annehme und die Krone denselben verwerfe, so sei das in der Verfassung geforderte Gesetz über den Staatshaushalt nicht zustande gekommen, und weil die Staatsmaschine doch unmöglich stille stehen könne, so liege es in der Befugnis des Königs die Fortführung der Geschäfte zu befehlen und die zwar gestrichenen, aber unentbehrlichen Ausgaben doch leisten zu lassen. Andererseits fanden die Konstitutionellen durch diese Schlussfolgerung das gesamte Ausgabenbewilligungsrecht des Landtages in seinen Grundlagen erschüttert; wenn die Krone nach eigenem Gutdünken ihre Zustimmung zu dem Haushaltsgesetz verweigern und dann beliebig Ausgaben, die gestrichen waren, leisten konnte, so war die vorhergehende Beratung der Kammer eitel Trug und Schein und Zeitvergeudung; nur einer könne, so meinten sie, in Streitfällen die Entscheidung geben, und das sei der, welcher die geringste Summe bewillige; über diese geringste Summe sei dann ein Einverständnis erzielt, und dieses Einverständnis müsse Gesetzeskraft erhalten. Dagegen konnte dann freilich wieder die Regierung einwenden, daß von allem anderen abgesehen die Landesvertretung aus zwei Teilen bestehe, daß der eine dieser Teile, das Herrenhaus, verfassungsmäßig nur das Recht habe den Haushalt in seiner Gesamtheit, wie er ihm von den Abgeordneten zukomme, anzunehmen oder zu verwerfen, und daß also in dem letzteren Falle, nach eingetretener Verwerfung, das behauptete Einverständnis unzweifelhaft nicht erzielt sei und somit die bestrittene Lücke doch vorliege.

Die Militär-  
debatte.

Alle diese Gedankenreihen waren angeregt, obwohl noch nicht amtlich zum Ausdruck gekommen, als am 11. September 1862 die große Militärdebatte begann. Es lagen drei Anträge vor. Der Ausschuß forderte die Streichung aller Reorganisationskosten, d. h. von mehr als 6 Millionen Thalern; drei Mitglieder desselben (Stavenhagen, Sybel und Dwesten) wollten für dieses Jahr sie noch bewilligen unter Abstrich von etwa  $\frac{1}{4}$  Million; Reichensperger endlich namens der katholischen Partei beantragte Aussetzung des Beschlusses, bis die Regierung für die thatsächlich schon geleisteten Ausgaben Rechtfertigung erbeten habe. Als nach viertägigem Reden am 16. September die Abstimmung begann, wurde zunächst dieser letzte Antrag fast einstimmig verworfen und dann nach dem Verlangen des Ausschusses der erste der Posten, die sich auf die Umgestaltung des Heeres bezogen, mit 273 gegen 68 Stimmen gestrichen. Damit war die Frage für den gesamten Betrag der 6 Millionen grundsätzlich entschieden. Als indes am nächsten Tage in der Einzelberatung fortgeföhren wurde, deutete der Kriegsminister an, daß die

Scheinbares  
Einlenken des  
Kriegs-  
ministers.

Regierung in dem Haushalt für das nächste Jahr unter Umständen sich die zweijährige Dienstzeit gefallen lassen würde; für dieses Jahr sei natürlich nichts mehr zu ändern; aber gegenüber den Verdächtigungen, als ob die Regierung einen Konflikt suche, sei er veranlaßt diese Bemerkungen zu machen. Das Aufsehen, welches sie erregten, war groß; selbst von den entschiedensten Fortschrittsmännern wie von Hoverbeck war wiederholt ausgesprochen, daß man bei zweijähriger Dienstzeit die Umgestaltung sich gern werde gefallen lassen; gab die Regierung also in diesem Punkte nach, wenn auch erst für 1863, so war eine Verständigung möglich, ja wahrscheinlich. Die Sitzung wurde vertagt und die Regierung ersucht zunächst im Ausschusse weitere Mitteilungen zu machen und eine Verständigung herbeizuführen. Aber die schöne Hoffnung erwies sich schnell als trügerisch. Roon hatte nichts weiter in Aussicht gestellt, als daß 1863 unter gewissen Bedingungen (Vermehrung der Unteroffiziere u. dgl.) kein Soldat über zwei Jahre im Dienst gehalten werden solle; auf eine gesetzliche Einführung der zweijährigen Dienstzeit erklärte er aber durchaus nicht eingehen zu können, und nur mit dieser gesetzlichen Regelung war der Mehrheit etwas gedient. Statt einer Verständigung war daher eine gesteigerte Reizbarkeit auf beiden Seiten die Folge der Enttäuschung. Die Beratung wurde wiederaufgenommen und endete am 23. September mit dem Beschlusse die 6 Millionen zu streichen; 308 Stimmen waren dafür, nur 11 dagegen, unter diesen Patow und die paar Konservativen des Hauses (Bethusy-Huc, Gottberg, Denzin).

Streichung  
der Reorgani-  
sationskosten.

Am folgenden Tage traten Fürst Hohenlohe und von der Heydt aus dem Ministerium aus: Herr von Bismarck war zur Übernahme der Regierung in Berlin eingetroffen. Schon im März war es ernstlich erwogen worden ihn an die Spitze der Geschäfte zu berufen; doch hatte er es vorgezogen zunächst die Gesandtschaft in Paris zu übernehmen um mit Napoleon Fühlung zu gewinnen. Er trat jetzt sofort den Vorsitz im Staatsministerium an und am 9. Oktober 1862 an Bernstorffs Stelle auch die Leitung des Äußeren. Herr von der Heydt wurde durch den früheren Minister von Bodelschwingh ersetzt; Graf Ikenpliz übernahm das Handelsministerium, von Selchow am 9. Dezember das landwirtschaftliche. An demselben Tage trat für den Minister des Inneren von Sagow Graf Eulenburg ein, der vor kurzem aus Japan zurückgekehrt war. Damit war das Ministerium der Konfliktzeit vervollständigt: während der nächsten drei Jahre fand in seinem Bestande (Bismarck, Roon, Ikenpliz, Lippe, Mühler, Bodelschwingh, Eulenburg, Selchow) keine Veränderung statt.

Das Konflikt-  
ministerium.

Das Kabinett war vor allen Dingen darin einig, daß es den „unausführbaren“ Beschlüssen des Abgeordnetenhauses gegenüber in der Notlage sei die Verwaltung für das laufende Jahr ohne Staatshaushaltsgesetz führen zu müssen. Um aber für das Jahr 1863 eine Regelung offen zu halten und die Hindernisse einer Verständigung nicht noch höher

Bismarcks  
erstes Auf-  
treten.

anschwellen zu lassen, zog Bismarck die Vorlage für 1863 bereits am 29. September zurück. Am nächsten Tage verhandelte er mit dem dafür niedergesetzten Ausschusse. Mit Mißtrauen aufgenommen erregte er durch seine offene und wie es schien verwegene Sprache noch größeres Mißfallen. Es klang wie Spott, wenn er einen Ölweig vorzeigte, den er in Avignon gepflückt habe um ihn als Friedenszeichen den Gegnern anzubieten; es klang wie frevelhafter Leichtsin, wenn er erklärte, die deutsche Einheit könne nicht durch Reden und Mehrheitsbeschlüsse, wie man es 1848 und 1849 versucht habe, sondern nur durch Blut und Eisen hergestellt werden. Man glaubte den alten Junker zu hören, wenn er von den katilinarischen Existenzen sprach, die auf den Umsturz in Preußen hinarbeiteten; aber was anders als Verstellung konnte es sein, wenn dieser selbe Junker die Vorliebe Preußens beklagte eine Rüstung zu tragen, die für seinen schmalen Leib zu groß sei, wenn er forderte, daß es sich stärken müsse um in diese Rüstung hineinzuwachsen. Die große Umwandlung, die in ihm vorgegangen war, seit er als

Feindselige  
Stimmungen.

Bundestagsgesandter die tückische Feindschaft Oesterreichs gegen Preußen hatte kennen lernen, die gewaltigen Pläne, die er in seinem Kopfe trug und zu deren Ausführung er der starken Armee seines Königs unumgänglich bedurfte, selbst die mächtige Geisteskraft dieses Mannes, der den meisten als das Urbild eines beschränkten, vorurteilsvollen Junkers seit so manchem Jahre gegolten hatte, entzog sich den Blicken der Abgeordneten, denen er Vertrauen einzuflößen wünschte. Man glaubte in ihm einen großsprecherischen Prahler zu entdecken, der sich durch laute Worte in seiner verzweifeltsten Lage selbst Mut einflößen und leichtgläubige Seelen jenachdem ködern oder einschüchtern wolle. Ein Ende mit Schrecken war vorauszusehen. Im Grunde war es für die Sache der Freiheit ein Glück, daß solch ein Mann vom Könige berufen war. Jetzt brauchte man nicht mehr um einen langwierigen Konflikt zu sorgen, sondern durfte einen jähen Bruch und einen schnellen Sieg der Verfassungspartei erwarten. Freilich unerseßlichen Schaden konnte er Preußen vorher zufügen. Es mußte lange dauern ehe Deutschland wieder Vertrauen zu einem Staate faßte, in dem dieser Mann hatte ans Ruder gelangen können. Selbst die amtliche Karlsruher Zeitung sprach jetzt der preussischen Regierung jede Fähigkeit zur Führung Deutschlands ab. Die Gegner des kleindeutschen Programms erhoben kühner als seit Jahren ihr Haupt und nutzten die Mißstimmung des Volkes durch die Gründung ihres großdeutschen Reformvereins geschickt aus. Bismarck konnte sich leicht überzeugen, daß alle Bemühungen seinen Gegnern einen richtigeren Begriff von dem, was er wolle, beizubringen vergeblich seien. Die Zurückziehung des Budgets für 1863, die er als einen Waffenstillstandsvorschlag gemeint hatte und bezeichnete, beantwortete das Haus mit der Erklärung, daß alle Ausgaben, welche die Regierung ohne Staatshaushaltsgesetz leisten werde, verfassungswidrig seien. Ein Antrag Binkes, der die Regierung aufforderte sich bis zum Zustandekommen

Lezte Ver-  
mittlungsver-  
suche.

des ordentlichen Haushalts einen außerordentlichen Kredit zu erbitten, ward mit großer Mehrheit abgelehnt, weil Bismarck erklärte, er werde diesem Antrage zwar nachkommen, aber ohne dessen Begründung anzuerkennen. Die letzte Brücke der Verständigung wurde endlich abgebrochen, als das Herrenhaus am 11. Oktober den Staatshaushalt für 1862 in der Fassung des Abgeordnetenhauses verwarf und auf den Antrag des Grafen Arnim-Bohnenburg mit 114 gegen 44 Stimmen in der Fassung der ursprünglichen Regierungsvorlage annahm. Sein Ausschuß hatte ihm empfohlen keins von beiden zu thun, sondern vorerst eine Zwischenverhandlung mit dem anderen Hause anzuknüpfen. Bismarck selbst war es, der diesen sachlich richtigen Antrag zu Fall brachte. Augenscheinlich wollte er die Sitzungen des Landtags nicht gern noch verlängern; er bezeichnete den Ausschußantrag als nutzlos, was er ohne Zweifel auch war, und nur geeignet die Gegensätze noch zu verschärfen. Der Beschluß aber, den das Herrenhaus nunmehr faßte, war offenkundig der Verfassung zuwider; denn nur der Haushalt, wie er von der zweiten Kammer genehmigt war, konnte der ersten vorgelegt und von ihr im ganzen angenommen oder abgelehnt werden. Die Erbitterung unter den Abgeordneten war daher groß. Alle Parteien mit Ausnahme des Häufleins der Konservativen traten sofort unter Schwerins Vorsitz zusammen und beschloßen in der nächsten Sitzung eine feierliche Verwahrung einzulegen. Bismarck hätte dies gern verhindert und erbat sich vom Könige die Ermächtigung schon anderen Tags (am 13. Oktober) den Landtag zu schließen. Aber der Präsident Grabow berief die Abgeordneten so früh zusammen, daß der Beschluß des Herrenhauses noch einhellig in namentlicher Abstimmung (die Konservativen entfernten sich) für null und nichtig erklärt werden konnte.

Unter großer Erregung der Gemüter kehrten die Abgeordneten in ihre Heimat zurück. Jubelnder Empfang und zustimmende Erklärungen begrüßten sie allerwege. Den Vertretern Berlins ward in einer Adresse mit 40 000 Unterschriften die Billigung ihrer Wähler ausgesprochen. Aber auch die Regierung zeigte sich rührig. Unter den liberalen Abgeordneten waren nicht wenig Beamte; diese empfanden jetzt den Zorn der Minister; Bismarck meinte, es heiße sich lächerlich machen, wenn man sich diese Leute nicht vom Halse schaffe. Absetzen konnte man sie freilich nicht alle, aber es gab auch andere Arten der Maßregelung, wie denn z. B. der Regierungsrat von Bockum-Dolffs, der Vorsitzende des Budgetausschusses, von Koblenz nach Gumbinnen versetzt wurde. Um den in ihrem Einkommen geschädigten Abgeordneten Ersatz zu gewähren eröffnete der Wahlausschuß der Fortschrittspartei Geldsammlungen; die Polizei suchte dieselben zu verhindern, aber es kamen doch bis zum Schluß des Jahres etwa 75 000 Thaler ein, die als „Nationalfonds“ für ihren Zweck vollkommen ausreichten. Indessen nicht bloß durch Unterdrückung der entgegengesetzten Bestrebungen wollte die Regierung ihre Lage verbessern, sondern auch durch Belebung und Förderung der

Verfassungsbruch des Herrenhauses.

Schluß des Landtags.

Maßregelungen.

Nationalfonds.

Loyalitäts-  
deputation.

Der König.

konserватiven Partei. Nur dadurch, daß diese bisher so faul und feige gewesen sei und nicht einmal ihr Wahlrecht auszuüben sich bemüht habe, seien die schlechten Wahlen der letzten Jahre zustande gekommen, meinte von Roon. Alle Hebel wurden angelegt um diese Lauheit zu bekämpfen. Eine treffliche Handhabe bot der 1861 gestiftete preußische Volksverein, in welchem der vormalige Herausgeber der Kreuzzeitung, Justizrat Wagener, und Bismarcks vertrauter Jugendfreund Moritz von Blankenburg eifrig arbeiteten; aus den Mitgliedern desselben, die auf über 26 000 angegeben wurden, bildete man Loyalitätsdeputationen, die nach Berlin geschickt wurden um den König der Treue seiner Unterthanen zu versichern und ihm für die Umformung des Heeres zu danken. Geradezu maßlos war die Sprache, in welcher dies geschah. Man klagte die Mehrheit des Abgeordnetenhauses an den Umsturz alles Bestehenden, die Vernichtung alles Heiligen in Staat, Kirche und Familie herbeizuführen; man sprach von bewußtem Frevel und von dem Greuel des Abfalls. Nicht bloß die Minister, sondern auch der König selbst hörten solche Adressen an und belobten die Überbringer. Der König versäumte nichts um seine Zufriedenheit mit dieser Bewegung kundzugeben und das Verhalten der Abgeordneten in scharfen Worten zu rügen. Die Führer derselben, deren allerdings nur wenige seien, beschuldigte er, daß sie mit Bewußtsein die starke Krone und das starke Heer, auf denen Preußens Wohlfahrt beruhe, zu untergraben trachteten; ein Parlamentsheer sei es, auf das sie es anlegten; die Verhüllung sei gefallen und ihre Absichten lägen klar vor Augen. Daß der Monarch solche Worte nicht unbedacht und nicht mit leichtem Herzen sprach, dafür bürgte schon seine Vergangenheit; er glaubte wirklich die Umstürzbewegung des Jahres 1848 sei wieder in Fluß gekommen und es gelte ihr mit allen Kräften Widerstand zu leisten. Die Lage des Staates machte ihm schweren Kummer. Trauere ich denn nicht? Ich schlafe keine einzige Nacht! erwiderte er dem treuen Beckerath, als dieser ihm im November als Präsident des Handelstages die Münchener Beschlüsse überreichte und dabei dem Schmerze über die politische Lage Ausdruck gab. Und weit entfernt die freimüthige Rede des bewährten Mannes, der warm zu Gunsten der zweijährigen Dienstzeit sprach, ungnädig aufzunehmen, entließ er ihn mit der Versicherung: Nach dieser Unterredung schätze ich Sie umso mehr. Durch Wort und That suchte er dem weitverbreiteten Mißtrauen, als ob er wissentlich und willentlich die Verfassung brechen könne, entgegenzuwirken; jeder Versuch die preußischen Wirren etwa mit den kurhessischen in Vergleich zu stellen wurde durch den doppelten Eifer, mit welchem Preußen in Kassel für die Verfassung von 1831 eintrat, durchschnitten; gerade in diese Wochen fiel die drohende Sendung des Feldjägers, von der früher erzählt wurde. Besonders lebhaft pflegte die linke Seite der Fortschrittspartei darüber zu klagen, daß die Umformung des Heeres die Landwehr schädige und vernichte: der König bestimmte den Tag, an welchem die Landwehr 1813 begründet war, als

denjenigen, an welchem die 50jährige Gedenkfeier der Freiheitskriege und die 100jährige des Hubertusburger Friedens begangen werden sollte. Aber Wirkung übten alle diese Schritte nicht; sie schienen bedeutungslos gegenüber den rauhen Worten des Herrschers bei so manchem Anlaß und gegenüber der einen Thatsache, daß ein Bismarck sein Vertrauen, ein Bismarcksches Regiment seinen Beifall genoß. Noch wurde hier und da ein Versuch gemacht den König zur Nachgiebigkeit zu stimmen. Die städtischen Behörden von Berlin, eine große Anzahl angesehenen Rheinländer baten ihn einzulenken und den schweren Konflikt zu enden. Aber seine Antworten ließen keine Hoffnung übrig, daß dies geschehen werde. Und so lagerte sich denn eine dumpfe Mißstimmung über das Land, und traurig sah die große Mehrzahl des Volkes in die Zukunft, die von keinem Hoffnungsschimmer erleuchtet wurde.

Diese Mehrheit zu zersplittern gab es ein großes Mittel: eine glänzende auswärtige Politik. Bismarck war entschlossen es anzuwenden, und nicht bloß als Mittel, sondern als Selbstzweck. Aber es gab auch noch andere Wege, auf denen man der Partei, welche die öffentliche Meinung beherrschte, nahe kommen konnte. Diese Partei bestand in ihrem Kerne aus den wohlhabenden Bürgerklassen, sie hatte aber auch die Massen der Lohnarbeiter hinter sich. Kein Mitglied der Fortschrittspartei hatte sich um diese Bundesgenossenschaft größere Verdienste erworben als Schulze-Dehlsch, der in den Jahren der Reaktion mit uneigennützigem Eifer und bedeutendem Erfolge die Handwerker und Arbeiter zur Gründung von Genossenschaften ermuntert hatte um ihnen dadurch den billigeren Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen zu ermöglichen, die Erlangung von Vorschüssen zu erleichtern und einen Anreiz zum Sparen zu geben. Die Tausende, welche diesen Genossenschaften beigetreten waren und die segensreiche Wirksamkeit derselben an ihrem persönlichen Wohlstande verspürten, waren damit zugleich zu Anhängern der Fortschrittspartei geworden und warben ihr in ihren Kreisen und in den unteren Schichten der Bevölkerung Anhänger. Den Führern der Reaktion war diese Thatsache keineswegs entgangen, und besonders der Justizrat Wagener hatte schon in den letzten Jahren eifrig daran gearbeitet die kleinen Handwerksmeister in die Netze der Kreuzzeitungspartei zu locken, wobei ihm der Widerwille dieser Kreise gegen die Gewerbefreiheit gute Dienste leistete. Viel wichtiger aber war es die eigentlichen Fabrikarbeiter von der Fortschrittspartei abwendig zu machen, und das konnte nicht wirkungsvoller geschehen, als wenn ihr Neid gegen die Besitzenden rege gemacht und ihr Glaube an die Kraft der Selbsthilfe erschüttert wurde. Es war nicht schwer einzusehen, daß die Genossenschaften, welche diese Selbsthilfe auf ihr Banner schrieben, wohl die Lage des einzelnen verbessern, aber keineswegs den Unterschied zwischen Arm und Reich beseitigen konnten. Daß dies letztere überhaupt unmöglich sei, brauchte man den Arbeitern ja nicht zu sagen und durfte hoffen, daß sie es selbst leicht vergessen würden, wenn ihnen trügerische Zukunfts-

Die Fortschrittspartei und die Arbeiter.

Die Konservativen und die soziale Frage.

bilder von Staatshilfe und allgemeinem Wohlstande vorge spiegelt würden. Allerdings schickte es sich für konservative Männer sehr wenig solch unredliches Spiel mit sozialistischen Ideen zu treiben; aber es war auch keineswegs nötig, daß sie selbst dabei in den Vordergrund traten; es genügte, wenn ihre Presse den Angriffen gegen die Fortschrittspartei, die aus solchen Anschauungen hervorgingen, ihre Spalten öffnete, und wenn einzelne dazu befähigte Männer die Verbindung mit den Führern der Arbeiterkreise pflegten. Die eigentliche Aufgabe den Zerfallsprozeß der Fortschrittspartei einzuleiten überließ man anderen Händen und begnügte sich damit vorsichtig nachzuhelfen, wo die Gelegenheit günstig war.

Ferdinand  
Lassalle.

Die Hauptrolle in diesem Kampfe gegen den Liberalismus fiel einem Manne zu, der bis dahin nur durch seine radikalen Maßlosigkeiten, durch eine sehr anrüchige Prozeßgeschichte und durch einige umfassende wissenschaftliche Arbeiten bekannt geworden war. Ferdinand Lassalle, oder wie er sich später schrieb um den jüdischen Klang seines Namens zu verwischen: Lassalle, hatte sich an den Bewegungen des Jahres 1848 als 23jähriger Jüngling auf der äußersten Linken beteiligt, war dann als gerichtlicher Beistand der Gräfin Hagfeld in einem Ehescheidungsprozeß aufgetreten und wegen Beihilfe zu einem Kassettendiebstahl zwar nicht verurteilt, aber doch sehr bloßgestellt worden, und hatte während der Reaktionszeit und der neuen Ära sich mit philosophischen und juristischen Forschungen beschäftigt, die in zwei großen Werken über Herakleitos, den ionischen Philosophen, und über das Erbrecht zu Tage traten. Sozialist, wie er stets gewesen war, hatte er bisher doch Schulze-Dehtsch' Verdienste gern anerkannt und ihm, wie er einmal schrieb, im Geiste dafür mit Wärme die Hand gedrückt. Aber die lebhafteste politische Erregung, die Aussicht auf gewaltige Stürme, die mit dem Ende der neuen Ära hereinbrach, lockte seinen unruhigen und eiteln Geist auf das Schlachtfeld, und da er mit seinem Scharfblick die Möglichkeit eine ganz neue Partei auf der äußersten Linken zu bilden schnell erkannte, so schloß er sich nicht der Fortschrittspartei an, sondern trat zu ihr in scharfen Gegensatz. Mehrere Vorträge, die er seit dem April 1862 in Berliner Arbeitervereinen gehalten, verfochten die Idee, daß die höheren Klassen kraft ihres persönlichen Interesses Feinde der Kulturentwicklung seien, daß nur der Arbeiterstand die Sache der gesamten Menschheit vertreten könne, daß die preußische Verfassung keinen Wert habe, weil sie den bestehenden Machtverhältnissen widerspreche, daß die Volksvertretung sich jeder Thätigkeit enthalten solle, bis die Regierung nachgebe. Da er wegen dieser Reden verurteilt wurde, ließ er sie in der Schweiz im Druck erscheinen und lenkte dadurch und durch die Prozesse die Aufmerksamkeit unzufriedener Arbeiterschichten auf sich. Insbesondere veranlaßte ein Leipziger Schuster, Bahlteich, dem in dieser Zeit der Kongresse und Vereine die Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses wünschenswert erschien, seine Freunde sich von Lassalle ein Gutachten über die Arbeiterbewegung, von der in der That noch

Der Leipziger  
Arbeiterkon-  
greß.

kaum etwas zu spüren war, zu erbitten. Lassalle kam der Einladung nach und entwickelte in einem gedruckten Gutachten Anfang 1863 die Ansicht, daß den Arbeitern nur zu helfen sei, wenn sie sich in eine politische Partei umwandeln, das allgemeine Stimmrecht durchsetzen und dann vom Staate sich eine Zinsgarantie, ähnlich wie sie bei Eisenbahnen üblich sei, für Produktivgenossenschaften erwirkten, deren Gewinn gleichmäßig allen Teilhabern zugute kommen müsse. Diese Ratschläge fielen auf fruchtbaren Boden. Eine Versammlung von 4000 Arbeitern, die Bahlteich und sein Ausschuß in Leipzig veranstaltete, jubelte Lassalle zu, als er ihnen die Lehre von dem ehernen Lohngesetz entwickelte, kraft dessen der Arbeiter unbeschadet geringfügiger Schwankungen stets nur soviel Lohn erhalte, wie zu seinem notdürftigen Unterhalte erforderlich sei. Die Gründung eines allgemeinen deutschen Arbeitervereins wurde am 23. Mai 1863 beschlossen, Lassalle selbst zum Präsidenten erwählt und durch die Gründung von Zweigvereinen dem neuen Bunde Bedeutung gegeben. Einzelne Männer bekannteren Namens, Achtundvierziger wie Rodbertus, Lothar Bucher, Wuttke, erklärten sich für die Bewegung; aber der einzige Leiter blieb Lassalle. Von Ort zu Ort zog er um für seine Pläne den Boden zu bereiten; immer mehr erhitze sich dabei sein lebhafter Geist, immer mehr berauschte sich seine Eitelkeit in den glänzenden Huldigungen, die seine Anhänger ihm darbrachten, immer leidenschaftlicher und grimmiger wurde seine Feindschaft gegen die herrschende Fortschrittspartei. Besonders erbittert war er gegen die Presse, der er Haß und Verachtung, Tod und Untergang zuschwor. Auch mit der Staatsgewalt mußte er bei diesem Auftreten oft in Konflikt geraten; war es doch eine Hauptanklage, die er gegen den Fortschritt erhob, daß dieser keine Revolution wolle. Bald freigesprochen bald verurteilt, wurde er seiner Agitation doch durch wiederholte Gefängnisstrafen entzogen. Dem Vortheil, den die Regierung aus seinem Auftreten zog, geschah dadurch kein Abbruch; ihr genügte es, daß Lassalle dem Liberalismus wertvolle Kräfte raubte; daß er sie nicht unmittelbar in ihren Dienst stellte, war die notwendige Vorbedingung des Gelingens. Herr der neuen Bewegung zu bleiben schien nicht schwer zu sein, jedenfalls schätzte man die Förderung für den Augenblick höher als die Gefahr für die Zukunft. Lauter Jubel herrschte im konservativen Lager, wenn Lassalle die wunden Stellen der Fortschrittspartei für seine grimmigen Angriffe ersah, wenn er Schulzes Thätigkeit verhöhnnte, seine wirtschaftlichen Lehren sophistisch verdrehte und verspottete, Mißtrauen und Haß gegen die Geldsäcke und gegen die Selbstsucht des herrschenden Bürgertums ausfäete. Und als er dann am 31. August 1864, im vierzigsten Jahre, in Genf der Kugel des walachischen Bojaren Janko von Rakowiza erlag, mit dem ein Liebeshandel ihn in ein Duell verflochten hatte, da war das Bedauern über den Verlust des nützlichen Bundesgenossen in der Kreuzzeitungspartei wohl stummer, aber nicht weniger aufrichtig als bei den Arbeitern, die in

Der allgemeine  
deutsche Arbeit-  
terverein.

Lassalles Agi-  
tationsreisen.

Lassalles Tod.

lärmenden Totenfeiern förmlich Abgötterei mit dem dahingeshiedenen Führer trieben.

Der erste  
Landtag von  
1863.

Adreßdebatte.

Macht vor  
Recht.

Des Königs  
Antwort.

Der Liberalismus seinerseits fühlte sich durch die Umtriebe Lassalles nur wenig bedroht; er machte der konservativen Partei wohl bittere Vorwürfe darüber, daß sie in ihrer Presse damit liebäugle und den Teufel an die Wand male, aber seine eigene Stellung im Volke galt ihm für unerschütterlich. Der Verlauf des ersten Landtages von 1863 mußte diesen Glauben bestärken. Das Land, so konnte der Präsident Grabow in seiner Eröffnungsrede am 14. Januar der Wahrheit gemäß sagen, war in dem Konflikte auf die Seite der Abgeordneten getreten. Eine natürliche Folge war es, daß die Mehrheit nicht von fern an eine Versöhnung mit der Regierung dachte, daß ihr einziges Augenmerk darauf gerichtet war den König von seinen Ministern zu trennen und zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Mehr als 200 Mitglieder, an ihrer Spitze Professor Virchow und der vormalige sächsische Minister von Carlowitz, beantragten in dieser Absicht eine Adresse an den Monarchen, die das volle Vertrauen des Hauses in die Verfassungstreue des Königs aussprach, gleichwohl aber mit nackten Worten erklärte: die Verfassung sei durch die Minister bereits verletzt, da dieselben das schwere Übel einer budgetlosen Regierung über das Land gebracht hätten. Das Haus sollte den König vor dem Räte derer warnen, die ihre an sich ohnmächtigen Bestrebungen durch den Namen der königlichen Majestät zu decken und zu stützen bemüht seien. Das hieß nach Bismarcks Meinung nichts anderes, als das Haus der Hohenzollern solle auf seine verfassungsmäßigen Rechte zu Gunsten des Hauses der Abgeordneten verzichten. Soweit ist es noch nicht gekommen, rief er in der Adreßdebatte lebhaft aus; das preussische Königtum ist noch nicht reif dazu einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes, einen toten Maschinenteil in dem parlamentarischen Mechanismus zu bilden. Er mahnte ernstlich daran, daß das ganze Verfassungsleben eine Reihe von Kompromissen sei, daß ohne solche Kompromisse Konflikte entstünden, die zu Machtfragen würden und nicht durch das Recht entschieden werden könnten. Bei dem herrschenden Mißtrauen wurden diese Worte als eine Drohung mit dem Staatsstreich gefaßt, und der ehrliche Graf Schwerin warf entrüstet dem Minister vor, daß er den Satz predige: Macht gehe vor Recht. Vergebens erhob Bismarck sofort Einspruch gegen diese Verdrehung; man fand, daß Schwerins Worte die Sache mit dem rechten Namen bezeichneten, wenn der Minister sie auch in vorsichtiger Verhüllung nur angedeutet habe. Daß die Adresse angenommen werden müsse, daß Vinckes und Reichenspergers leidenschaftslosere Entwürfe durchfallen würden, stand schon vor der dreitägigen Debatte vom 27.—29. Januar 1863 fest; ebenso fest stand freilich, daß der König sich durch diese Vorstellung in seiner Ansicht nicht werde erschüttern lassen. Er lehnte den Empfang einer Deputation des Hauses ab und beantwortete am 3. Februar die Adresse, wie sie ihm ohne Vermittlung der

Minister zugesandt war, auch ohne die Gegenzeichnung derselben. Eingehend wies er die Klagen der Abgeordneten zurück und rechtfertigte von seinem Standpunkt aus die budgetlose Regierung, die keine Verfassungsverletzung, sondern eine durch die zweite Kammer geschaffene Notwendigkeit sei. Eine Verständigung herbeizuführen sei seinem Herzen Bedürfnis, aber durch Preisgebung der verfassungsmäßigen Rechte der Krone und des Herrenhauses werde er dieselbe nicht erwirken.

Mit dieser Zwiesprache war denn die Fruchtlosigkeit der neuen Session von vornherein besiegelt; die Gesetzentwürfe, die von den Ministern vorgelegt oder im Hause selbst angeregt wurden, bestätigten diese Thatsache. Sie trugen zum großen Teil den Stempel an der Stirn, daß sie nicht in der Hoffnung durchgeführt zu werden, sondern nur in dem Wunsche die Gegensätze scharf zu bezeichnen eingebracht seien. So legte das Ministerium ein Wehrgesetz vor, das alle Grundzüge der Reorganisation, auch die hart angefochtene zweijährige Dienstzeit festhielt, oder es beantragte den Beamten, die Mitglieder des Abgeordnetenhauses waren, die Kosten ihrer Stellvertretung aufzubürden. Die Fortschrittspartei andererseits brachte ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister, eine neue Kreisordnung, ein Gewerbegesetz ein, alles Dinge, über die eine Verständigung ganz unmöglich war. Bei der Beratung des Haushalts für 1863 strich man dem Ministerium die geheimen Fonds; man schied die Kosten der Reorganisation wiederum von den übrigen Ausgaben für das Heer und erklärte die Minister mit ihrer Person und ihrem Vermögen haftbar für dieselben; man trat sodann, aber erst am 7. Mai, in die Beratung über das Wehrgesetz ein, das in dem Ausschusse bis zur Unkenntlichkeit verändert worden war.

Diese Beratung sollte nicht zum Abschluß kommen. Schon im Verlauf der bisherigen Debatte war von beiden Seiten die Tonart so heftig, die Wahl der Ausdrücke so rücksichtslos geworden, daß ein jäher Ausbruch persönlicher Gereiztheit leicht zu einer Katastrophe führen konnte. Mangel an Vaterlandsliebe, an Ehrenhaftigkeit, an Wahrheit waren den Ministern vorgeworfen; man hatte sie mit Seiltänzern und mit Don Quichotte verglichen; die Angegriffenen hatten hitzig geantwortet, auch selbst durch Spott die Gegner gereizt und weniger vielleicht durch bestimmte Ausdrücke als durch ihre ganze Haltung sie zu kränken gesucht. Bismarck fand Gefallen daran ihnen ihre Unkenntnis des jeweiligen Standes der auswärtigen Angelegenheiten bei jeder Gelegenheit vorzuhalten; er stellte einzelne seiner Gegner mit Männern wie Mazzini und Mieroslawski zusammen um ihre Treue gegen den König zu verdächtigen; er erklärte ihnen, daß wenn er Krieg führen wolle, er es mit oder ohne ihre Zustimmung thun werde, und gab auf die Herausforderung, er solle das Haus doch auflösen, die spitzige Antwort: das Land solle seine Vertreter erst noch besser kennen lernen. Für den Präsidenten Grabow und seine Stellvertreter, Behrend von Danzig und

Fruchtlose  
Arbeiten.

Militärdebatte.

Die Redefrei-  
heit der  
Minister.

den gemäßregelten Bockum-Dolffs, war die Handhabung der Ordnung unter diesen Umständen oft recht schwer, zumal die Minister ihnen das Recht absprachen auch sie zur Ordnung zu rufen. Einmal war es bereits soweit gekommen, daß Behrend drohte die Sitzung aufzuheben, wenn Bismarck in seinen Angriffen auf den Abgeordneten Unruhe fortfahre; jetzt wiederholte sich am 11. Mai bei der Militärdebatte ein ganz ähnlicher Zank zwischen Bockum-Dolffs und dem Kriegsminister, der heftig den von Sybel erhobenen Vorwurf des Mangels an Patriotismus zurückgewiesen hatte. Der Vizepräsident wußte sich nicht anders zu helfen als dadurch, daß er die Sitzung schloß. Darauf erklärten die Minister schriftlich, sie würden solange nicht im Hause erscheinen, wie dasselbe für seinen Präsidenten das Recht beanspruche sie in ihrer Redefreiheit zu beschränken. In der That erhob das Haus diesen Anspruch zur Zeit nicht, sondern begehrte nur, daß der Präsident auch den Ministern in die Rede fallen dürfe; es wollte aber auf jenes weitergehende Recht, das es sich in Wahrheit doch auch beilegte, nicht ausdrücklich verzichten, wie das Ministerium in einem zweiten Schreiben vom 16. Mai forderte und der König selbst in einer Botschaft vom 21. Mai gleichfalls verlangte. So stockten die Geschäfte, und das einzige, was sich thun ließ, war eine Adresse an den König. Die Ultraliberalen wollten dieselbe ganz auf den vorliegenden Streitfall beschränken, übrigens auch mit der Erklärung, daß gedeihliche Verhandlungen zwischen dem Ministerium und dem Hause nicht mehr möglich seien. Die Fortschrittspartei aber war damit noch nicht zufrieden und mit 239 gegen 61 Stimmen setzte sie am 22. Mai ihren Entwurf durch, der unter Beifügung der stenographischen Berichte über die fragliche Sitzung mit der Beschwerde begann, daß dem Könige die Vorgänge vom 11. Mai nicht wahrheitsgetreu vorgetragen seien. Die Weigerung der Minister ferner im Hause zu erscheinen wurde als eine neue Verfassungswidrigkeit bezeichnet und nach lebhaften Klagen über die Vereinsamung, in der sich Preußen durch Schuld der Regierung in Deutschland, ja in Europa befinde, die Erklärung abgegeben, daß kein Mittel der Verständigung mit diesem Ministerium vorhanden sei, daß das Haus seine Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik ablehne, daß nur ein Wechsel der Personen und des Systems die Einigkeit zwischen Fürst und Volk, durch die allein Preußen stark sei, erhalten könne.

Königliche  
Botschaft.

Neue Adresse  
an den König.

Antwort des  
Königs.

Des Königs Antwort vom 26. Mai war scharf und schneidig. Er vermifste trotz aller gegenteiligen Beteuerungen in der Adresse die Bethätigung ehrfurchtsvoller Gesinnungen, versicherte, daß ihm die Vorgänge vom 11. Mai sowie die Lage des Landes sehr wohl bekannt seien, unterzog die ganze Haltung des Hauses einer ins einzelne gehenden Kritik und bezeichnete die Forderung, daß er seine Minister wechseln solle, als den Versuch eine verfassungswidrige Alleinherrschaft des Hauses der Abgeordneten anzubahnen; er wisse es den Ministern Dank, daß sie

diesem Streben nach Machterweiterung entgegenträten, und hoffe mit Gottes Hilfe die sträflichen Versuche zu vereiteln, die auf Lockerung des Bandes zwischen Fürst und Volk gerichtet seien; zu fest sei sein Vertrauen in die Anhänglichkeit seiner Unterthanen, als daß es durch den Inhalt dieser Adresse erschüttert werden könne.

Daß diese Antwort nicht von der Auflösung, sondern nur von der Schließung des Landtags begleitet war, konnte überraschen; allein es war für die Minister doch nur ein Gebot der Klugheit: Neuwahlen in diesem Augenblicke vorgenommen, hätten kein anders zusammengesetztes Haus ergeben können; um darauf hoffen zu dürfen mußte die öffentliche Meinung erst noch anders beeinflusst sein. Man versuchte es mit der Einschüchterung. Auf Grund jenes Verfassungsartikels, welcher der Regierung in Abwesenheit der Kammern das Recht gab dringende Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, erging vier Tage nach Schluß der Session, am 1. Juni 1863, die sog. Preßordonnanz, welche den Verwaltungsbehörden die Vollmacht erteilte regierungsfeindliche Blätter nach zweimaliger Verwarnung sowohl wegen einzelner Artikel wie wegen ihrer Gesamthaltung zu unterdrücken. Ein Schrei der Entrüstung durchslog das ganze preußische Volk; eine solche Nachbilderei napoleonischer Polizeiwillkür hatte man nicht erwartet, ein solches Überbieten der ärgsten Manteuffelschen Gewaltmaßregeln nicht für möglich gehalten. Der Kronprinz selbst erklärte auf einer Reise in Danzig, daß er keinen Teil an den Ratschlägen habe, welche diese Verordnung herbeigeführt hätten; die bedeutendsten Zeitungen protestierten gegen den Gewaltakt und erklärten ihn für verfassungswidrig; die städtischen Behörden von Berlin, Königsberg, Breslau und vielen anderen Städten baten den König durch Adressen und Deputationen um Rücknahme der Verordnung. Aber für solche Vorstellungen hatte der Monarch kein Gehör mehr; formell verfassungswidrig war der Schritt nicht gewesen und die Notwendigkeit und Nützlichkeit hatte er vorher geprüft und anerkannt. So wurde das Verwarnungssystem denn in Anwendung gebracht und zuerst an den sechs protestierenden Zeitungen erprobt. Die schweren Geldverluste, mit denen die Unterdrückung eines Blattes den Verleger bedrohte, thaten bald ihre Wirkung; die Minister hatten wohl von vornherein darauf gerechnet, daß die Verwarnungen ausreichen würden um die heftigste Opposition zu ertönen. Aber darin hatten sie sehr geirrt, wenn sie glaubten mit der Knebelung der Presse auch die öffentliche Meinung zu knebeln. Erregt wie diese einmal war, hielt sie den Ingrim, der sie beherrschte, auch ohne die tägliche Nahrung, die ihr sonst die Zeitungen zuführten, fest, ja sie vergiftete sich mehr und mehr, und die allgemeine Verehrung, die man einst dem Könige entgegnetrug, wandelte sich nicht allein in das Gegenteil um, sondern artete in völlige Verkennung des Charakters und der Beweggründe des Fürsten aus. Vollends der Befehl, den die städtischen Behörden empfangen, bei Androhung harter Strafe keine politischen Beratungen zu pflegen, die

Schluß des  
Landtags.

Preß-  
ordonnanz.

Tiefe Erbit-  
terung der  
öffentlichen  
Meinung.

Abweisung ihrer Deputationen, die Zurücksendung ihrer uneröffneten Adressen, lenkten die Mißstimmung wie geßfentlich gerade gegen die Person des Königs. Es kam soweit, daß die Stadtverordneten von Berlin beschlossen in Zukunft überhaupt von Adressen an den Monarchen und seine Familie abzusehen, daß sie beim Tode des Prinzen Friedrich am 31. Juli in der That die übliche Beileidsbezeugung unterließen, daß selbst kleinere Städte durchreisenden Prinzen, sogar dem Kronprinzen jede feierliche Begrüßung versagten. Den Abgeordneten hingegen ward überall ein rauschender Empfang bereitet, und besonders die freisinnigen Bürger Kölns veranstalteten am 18. und 19. Juli ein großes Fest, zu dem sie das Präsidium des Abgeordnetenhauses und die liberalen Vertreter der westlichen Provinzen einluden und das die Regierung in der Hauptsache nicht zu stören wagte.

### Österreich und der Fürstentag.

Die nationale  
Partei außer-  
halb Preußens.

Der National-  
verein.

Die liberalen  
Regierungen.

Der Handels-  
vertrag.

Schwer litten unter diesen inneren Wirren Preußens besonders seine Anhänger im Reich, deren Hoffnungen unter dem höhnischen Triumphgeschrei der Großdeutschen zu Grabe getragen wurden, als König Wilhelm so von rücksichtsloser Hand jedes Band zwischen sich und der Nationalpartei durchschneiden ließ. Alle Arbeit der letzten Jahre schien verloren, eine neue Reaktion war hereingebrochen. Schritt für Schritt, so klagte schon Ende Mai der Ausschuß des Nationalvereins, ist die preußische Regierung von ihrer Aufgabe zurückgewichen bis zu dem Punkte, auf dem wir sie heute nicht als den Schirmherrn, sondern als den gefährlichsten Widersacher der nationalen Interessen erblicken; wenn die jetzigen Leiter Preußens ihre Hand nach der Herrschaft Deutschlands ausstrecken wollten, so würden sie in der ersten Reihe der Kämpfer gegen solche Vermessenheit dem Nationalvereine begegnen. In der ratlosesten Lage befanden sich die kleinen Regierungen, welche offen für die preußische Spitze eingetreten waren: Baden, wo neben Roggenbach auch Mathy seit etwa Jahresfrist im Ministerium saß; Koburg, Oldenburg, Weimar, Waldeck, deren Fürsten treu zu Preußen gestanden und die Mißbilligung ihrer mächtigeren Kollegen geduldig ertragen hatten. Noch einmal war ihnen das beschämende Gefühl aufgedrungen, daß ihr vertrauensvolles Entgegenkommen, ihre Bereitwilligkeit zu Opfern an ihrer Souveränität bitter getäuscht ward. Die Landtage in diesen und anderen Staaten faßten ausdrückliche Beschlüsse um die preußischen Abgeordneten ihrer Sympathie zu versichern; hier und da verwahrte sich auch wohl einer gegen den Abschluß einer Militärkonvention gleich der koburgischen, die man vor Jahresfrist noch freudig begrüßt haben würde; nur in der Zollvereinsfrage war das Interesse stärker als die Abneigung gegen Bismarck, und nach dem Vorbilde des preußischen Landtags erklärten sich die Kammern in Kassel, Darmstadt, Wiesbaden und anderer Orten für die Annahme des Handelsvertrags. Auf die widerspenstigen

Regierungen machte das jedoch keinen Eindruck und die mächtigste derselben, die bayerische, erfreute sich auch der Zustimmung in der Landesvertretung; nur wenig über dreißig Stimmen kamen darin überein die Sprengung des Zollvereins für ein Nationalunglück zu erklären, und selbst von diesen wünschte die Mehrheit nicht die unveränderte Annahme des Vertrags. Andererseits war freilich Preußens Haltung zu entscheiden, als daß Bayern sich mit der Hoffnung sie zu erschüttern hätte schmeicheln können. Vergebens bemühte es sich auf der Generalzollkonferenz im Juni 1862 wenigstens eine Antwort auf Österreichs Antrag in den Verein aufgenommen zu werden zu erwirken; die Konferenz ging ohne solche Antwort auseinander und eine Annäherung der feindlichen Standpunkte war in keiner Weise erreicht worden.

Auf die innere Lage der einzelnen Bundesstaaten waren die preußischen Wirren im ganzen ohne Einfluß. Allerdings verpflanzte sich die preußische Fortschrittspartei, die sich ja von vornherein die deutsche genannt hatte, in einige benachbarte Staaten. In Kurhessen, Nassau, Darmstadt, den thüringischen Herzogtümern, den Hansestädten und hier oder da sonst hatte sie sogar die Mehrheit in den Landesvertretungen; in Hannover, Sachsen und Bayern aber blieb sie bei den Wahlen in der Minderheit; Lippe-Detmold erlebte das ergötzliche Schauspiel, daß sein Fürst die Bildung einer solchen Partei verbot. Im allgemeinen konnte man aber die Beobachtung machen, daß es für die Regierungen einen Reiz gewann sich liberal und national zu bezeigen, seit Preußens freisinnigere innere Politik rückläufig geworden war. Für die Strömung der Zeit war es doch höchst bezeichnend, daß eigentlich kein deutscher Fürst oder Minister es wagte die bestehende Bundesverfassung für genügend auszugeben, daß sie alle Besserungen und Vervollkommnungen als nötig anerkannten. Die innere Gesetzgebung hatte fast überall in den letzten Jahren wesentliche Fortschritte gemacht; Preß- und Vereinsgesetze waren vieler Orten umgearbeitet, die Gewerbefreiheit hatte einen wahren Siegeszug durch die meisten Staaten angetreten. Der alte Polizeidruck war zwar nicht gänzlich geschwunden, aber mit den früheren ließen sich die jetzigen Zustände doch höchstens in Nassau vergleichen; selbst Männer wie Beust oder Dalwigk hatten die Segel eingezogen, und wenn man noch über ihre Verfolgungssucht klagte, so geschah es aus Anlässen, die vor wenigen Jahren kaum sehr aufgefallen wären. Herr von Borries war sogar völlig vom politischen Schauplatz abgetreten. Den Anstoß dazu hatte die heftige Bewegung gegen den neuen Katechismus gegeben, mit dem der blinde König sein Volk zur Feier der Konfirmation des Kronprinzen am 14. April 1862 beschenken wollte. Man war in Hannover durch das Jahrzehnt der Reaktion fast mehr noch als in Preußen daran gewöhnt religiöse Engherzigkeit mit politischer Verfolgungssucht im engsten Bunde zu sehen; das Königspaar liebte es seine streng-lutherische Denkweise zur Schau zu tragen und die Herrschaft des angestammten Welfenhauses als einen besonderen Ausfluß

Innere Lage  
der einzelnen  
Bundesstaaten.

Fortschritte  
zum Besseren.

Der hannover-  
sche Katechis-  
musstreit.

der göttlichen Gnade für das hannoversche Land hinzustellen. Der König gefiel sich in einer beinahe theokratisch-patriarchalischen Auffassung seiner Stellung und betrachtete die Entwicklung der Wohlfahrt des Landes nicht sowohl als seine Pflicht wie als ein Mittel zu lohnen oder zu strafen. Er konnte seiner getreuen Stadt Emden ganz unbefangenen androhen, daß er seine Zustimmung zu der Verbesserung der Hafenschleuse, die allerdings notwendig sei, nicht geben werde, wenn die Bürger sich fernerhin noch den Bestrebungen des Nationalvereins geneigt erwiesen. Dem armen Manne, dem seine Blindheit es so schwer, ja unmöglich machte die Dinge in ihrem wahren Lichte zu sehen, grollte man wegen solcher Verkehrtheiten wohl weniger als seiner Umgebung, und lange ward bei der gemächlichen Denkart des niedersächsischen Stammes die hergebrachte Regierungsweise geduldig hingenommen. Der neue Katechismus war aber mit seinen Teufelsentsagungen und katholisierenden Lehren von der Beichte ein gar zu starkes Stück. Dem Unwillen, der darüber im ganzen Lande gärte, gab Mitte Juli der Prediger Baur- schmidt in Lüchow durch eine kleine Schrift öffentlichen Ausdruck. Sechs Auflagen innerhalb vier Wochen und eine Flut von Gegenschriften gaben Zeugnis von der Wirkung des Hefchens, und als das Konsistorium in Hannover den Missethäter zur Verantwortung vorlud, machte sich die Volksstimmung in lärmenden Aufsitzen Luft. Der König wurde stutzig über diese Zeichen der Unzufriedenheit, nahm den Befehl zur zwangs- weisen Einführung des Katechismus zurück und entließ am 21. August 1862 den Grafen Borries; Ende des Jahres folgten ihm seine meisten Kollegen, und während Graf Platen-Hallermund im auswärtigen Amte blieb, übernahm Herr von Hammerstein das Innere, Windthorst die Justiz und Lichtenberg den Kultus. Die kirchliche Frage war inzwischen von dem freier denkenden Teile der Geistlichkeit wesentlich erweitert worden. In einer Zusammenkunft in Celle hatten etwa 50 Pfarrer am 7. Oktober die Forderung einer Synodalverfassung erhoben, das Mini- sterium lenkte ein und verhiess am 21. November die Berufung einer Vorsynode, die denn auch am 6. Oktober 1863 zusammentrat und glücklich eine zwischen beiden Richtungen vermittelnde Synodalordnung zustande brachte. Damit war übrigens das Interesse der Liberalen an diesem kirchlichen Streite erschöpft und statt den eroberten Boden zu ver- teidigen überließen sie durch laue Beteiligung an den Wahlen die Synode sofort der Herrschaft der Orthodoxen.

Borries' Sturz.

Synodalort-  
nung.

In der deutschen Politik Hannovers trat mit dem Ministerwechsel doch auch ein gewisser Umschwung ein; ihr leitender Gedanke war und blieb zwar Feindschaft gegen Preußen und Anlehnung an Österreich, was sich besonders in dem Sträuben gegen den französischen Handels- vertrag trotz der Forderungen des Landes und trotz der Gefahr für den Zollverein kundgab. Aber die liberale Strömung, die in Österreich obenauf kam und der reaktionäre Zug, der die preußische Regierung leitete, brachte doch eine leichte Änderung wenn nicht in den Herzens-

neigungen, so doch in der politischen Haltung des welfischen Königs hervor: bei mehr als einer Gelegenheit trennte sich Hannover am Bunde von den Mittelstaaten und hielt zu Preußen, gleichviel ob dies für oder gegen Österreich stand.

Österreich hatte in der That seit dem italienischen Kriege völlig neue Bahnen betreten. Schwere Erfahrungen hatten den Kaiser von den beengenden Anschauungen befreit, die ihm anerzogen waren und die in den ersten Jahren seiner Regierung durch den trügerischen Schein der Macht und Sicherheit, deren seine Länder sich zu erfreuen schienen, nur noch fester eingewurzelt waren. Es hatte der ernsten Lehren des Jahres 1859 bedurft um ihn über die wahre Lage Österreichs aufzuklären. Auch jetzt konnte er sich nicht mit einem Schlage von alle den Vorurteilen losreißen, die ihm so lange als lautere Wahrheit gepredigt waren. Aufrichtiger Katholik wie er war, brachte er es nur schwer und nicht ohne Rückfälle über sich die Verkehrtheit der Konkordatspolitik anzuerkennen; zur Krone gelangt inmitten der wilden Wirren des Revolutionsjahres, konnte er nur langsam volles Vertrauen zu der Heilsamkeit des Verfassungsregimentes gewinnen; umgeben und bedroht von unabhängigkeitstüchtigen Völkern und Völkchen, fand er nicht leicht die Grenze, die sein berechtigtes Streben nach Erhaltung der Staatseinheit von der unberechtigten Unterdrückung lebensfähiger Nationalitäten und von der eigensüchtigen Einmischung in die Entwicklung der Nachbarvölker schied. Aber wenn seine Lehrzeit noch nicht beendet war, so hatte er doch großes gelernt; er hatte dem alten Regierungssysteme entschlossen den Rücken gefehrt und ohne ein klares neues Programm schon fest zu ergreifen doch tastende Versuche auf dem richtigen Wege begonnen und jedenfalls den schnellen Verfall des Reiches gehemmt. Das Österreich von 1863, darüber war kein Zweifel erlaubt, stand ganz anders da als das von 1859.

Was dem Kaiser fehlte um sicherer und schneller die rettende Bahn zu beschreiten waren Ratgeber von überlegener Einsicht und Entschlossenheit. Nur einen solchen, der die neuen Aufgaben klar erkannte, hatte Franz Josef sich zur Seite, und diesen einen, der Protestant und Freihändler und bürgerlicher Herkunft war, den Freiherrn von Bruck, bekämpften tausend feindliche Einflüsse. Die Vorschläge, welche er im Sommer 1859 dem Kaiser empfahl, liefen auf die Herstellung einer parlamentarischen Verfassung mit ausgedehnter Selbständigkeit der Provinzen und Gemeinden, auf Befreiung des Handels und Verkehrs und Gleichberechtigung aller Bekenntnisse, auf völlige Umwandlung der äußeren Politik und eine liberale Umgestaltung der deutschen Bundesverfassung hinaus. Zu solch einem Sprunge konnte der Monarch sich nicht sofort entschließen; Einzelheiten des Programms wurden angenommen; aber ehe noch die maßgebenden Punkte ernsthaft angefaßt waren, ward Bruck dem Staate auf tragische Weise entrisen. Von einer 200 Millionen-Anleihe, die er im März 1860 ausschrieb, wurden nur 76 Millionen

Österreich.

Franz Josef

Bruck's Pläne  
und Sturz.

gezeichnet; das erschütterte seine Stellung so heftig, daß seine Gegner auch seinen Charakter bei dem Monarchen zu verdächtigen wagten. Es schwebte eben damals eine Reihe von Prozessen gegen Männer der vornehmen Gesellschaft, den General Cynatten, den Bankdirektor Richter u. a., die beschuldigt wurden den Staat bei den Lieferungen für die Armee im letzten Feldzuge schmählich betrogen zu haben. Bruck war mit ihnen befreundet, jetzt sollte er auch ihr Mitschuldiger gewesen sein. Es ward ihm unter die Hand gegeben seine Entlassung zu fordern, und kaum hatte er diese in kalten Ausdrücken empfangen, als man erfuhr, daß er sich am 23. April 1860 (wie einige Wochen früher der wirklich schuldige Cynatten) selbst entleibt habe. Voreilig bezeichnete ihn sogar die amtliche Zeitung darauf als Mitbeschuldigten, während doch bald der Kaiser selbst in einem Handschreiben an die Witwe die völlige Grundlosigkeit dieser Verdächtigungen aussprach.

Finanzrefor-  
men.

Daß es Bruck mit seinen Reformplänen ernst sei, bewies er unzweifelhaft durch die Maßnahmen in seiner eigenen Verwaltung, dem Finanzministerium. Er begann damit eine Sünde einzugestehen, die jahrelang sorgfältig verhüllt war: bei der letzten Anleihe von 1854 waren 111 Millionen über die geforderten 500 gezeichnet und die Regierung hatte sie stillschweigend mit eingezogen und mit verausgabt. Um solchen Mißbräuchen künftig vorzubeugen ward im Dezember ein Ausschuß zur Überwachung des Staatsschuldenwesens eingesetzt; ein zweiter ward berufen um über die Herstellung des Gleichgewichts im Budget zu beraten. Auch für die Befreiung des Verkehrs ward ein bedeutender Schritt noch vor Schluß des Jahres durch das wesentlich auf dem Grundsatz der Gewerbefreiheit aufgebaute Gewerbegesetz gethan. Aber von solchen Reformen konnte man doch nur sehr allmählich eine Besserung der Finanzen erwarten. Die ungeheure Staatsschuld, die 1857 schon 2400 Millionen Gulden betragen hatte, wuchs von Jahr zu Jahr durch das unvermeidliche Defizit, das 1859 bis auf 280 Millionen gestiegen war, während bei einzelnen Steuern die Rückstände dieses Jahres bedeutender waren als die Einkünfte. Nur nach und nach konnte durch verständige Reformen auf allen Gebieten diesen Finanznöten abgeholfen werden.

Die übrigen  
Ministerien.

In den meisten Verwaltungszweigen merkte man aber davon zunächst nur wenig. Die freudig begrüßte Ernennung des früheren Gesandten in Paris, Baron Hübnert, zum Polizeiminister und die freisinnige Behandlung, die er der Presse zu teil werden ließ, waren kurze Lichtblicke; schon nach zwei Monaten trat an Hübnert's Stelle der Freiherr von Thierry, ein Mann vom alten Schnitt. Als Minister des Innern war gleichzeitig mit Hübnert, am 22. August 1859, Graf Goluchowski eingetreten, während sein Vorgänger Bach als Gesandter zum Papste ging. Die Änderung, die dadurch herbeigeführt ward, konnte nicht bedeutend genannt werden; es erfolgten einige Verbesserungen in der Verwaltung; auch wurden in allen Landesteilen Ausschüsse berufen um

eine neue Gemeindeverfassung vorzubereiten; aber die aristokratischen Gesinnungen des Ministers ließen nicht viel von seinem Reformeifer erwarten. Kirche und Unterrichtswesen waren noch schlimmer daran: sie blieben unter der Leitung des Konfordsatsministers Grafen Thun, aus dessen Händen selbst ein gutes Gesetz verdächtig erscheinen mußte. Seit dem Erlasse des Konfordsats erwarteten die Protestanten Österreichs, vorzugsweise also die Ungarns, die ja weitaus am zahlreichsten waren, eine gesetzliche Regelung ihrer Stellung; daß dieselbe nicht ohne ihre Mitwirkung erfolgen werde, galt ihnen als selbstverständlich. Auch war in der That schon 1856 den Kirchenvertretungen ein Entwurf zur Begutachtung zugegangen, den liberale deutsche Theologen den freisinnigsten deutschen Kirchenordnungen gleichstellten; die Ungarn hatten trotzdem zahlreiche Ausstellungen daran gemacht und waren unangenehm überrascht, als er mit geringen Änderungen am 1. September 1859 doch als Protestantentpatent für Ungarn in Kraft gesetzt wurde. Von allen Seiten liefen die lebhaftesten Verwahrungen ein, die durch das Patent aufgelösten alten Kirchenvertretungen versammelten sich und widersetzten sich den kaiserlichen Befehlen. Entschlossen das nicht zu dulden strengte die Regierung Prozesse gegen die Widerspenstigen an; aber das Märtyrertum der Verurteilten steigerte nur die Aufregung, der Kaiser selbst wurde bedenklich und machte einem der angesehensten ungarischen Protestanten, dem Baron Bay, Versprechungen, die er dann doch unter dem Einflusse Thuns wieder zurücknahm. Bis zum 31. März 1860 sollten alle Gemeinden augsbургischen Bekenntnisses nach dem neuen Patent sich organisiert haben, widrigenfalls ihnen die Entziehung des Wahlrechts zur Landessynode angedroht war; aber nur 226 Gemeinden mit etwa 300 000 Seelen unterwarfen sich, 333 mit 540 000 Angehörigen beharrten auf ihrer Weigerung. Dieser Widerstand war um so bedenklicher, als er das Land auch gegen die anderen Reformen der Regierung aufregte, und so entschloß sich der Kaiser denn um nicht auch diese zu gefährden von dem Protestantentpatente abzustehen und dasselbe am 15. Mai 1860 ausdrücklich zu widerrufen.

Diese anderen Reformen sollten in der Umwandlung des bisherigen rein bureaukratischen Reichsrates in eine Art parlamentarischer Körperschaft gipfeln. Es war die Absicht der Regierung in allen Kronländern jene ständischen Verfassungen jetzt wirklich einzuführen, die Anfang 1850 erlassen und dann beiseite gelegt waren; aus der Mitte dieser Stände und zwar auf Vorschlag derselben dachte der Kaiser 38 Abgeordnete zu einem verstärkten Reichsrate zu berufen und von diesem den Staatshaushalt und die wichtigeren Gesetze beraten zu lassen. Weil man aber des Reichsrates bei der schlimmen Finanzlage dringend und sofort bedurfte, so verkündete dasselbe kaiserliche Patent, das ihn am 5. März 1860 ins Leben rief, auch: daß der Kaiser die Mitglieder das erste Mal selbständig ernennen werde. Die große Frage war nun die, ob in Ungarn Männer von Ansehen sich bereit finden würden eine solche

Das Pro-  
testanten-  
patent.

Der Reichsrat.

Ernennung anzunehmen. Durch die Rücknahme der Zerstückelung des Landes in fünf Statthaltereien, durch die Ernennung Benedek's zum Generalgouverneur des ganzen Königreiches, durch das Versprechen die alte Komitatsverfassung wiederherzustellen und sobald dies geschehen die Berufung eines Landtags vorzubereiten, Verfügungen, die am 19. April 1860 veröffentlicht wurden, glaubte man in Wien genügendes Entgegenkommen gezeigt zu haben; aber man vergaß dabei die fortdauernde Erbitterung über das Protestantenpatent, und erst als drei der Ernannten, Cötvös, Bay und Somfich, Anfang Mai die Ehre ablehnten, entschloß sich der Kaiser das Patent aufzuheben.

Die Parteien  
im Reichsrat.

Nun traten in der That alle Berufenen, unter ihnen Andrassy, Apponyi und Szecsen, in den verstärkten Reichsrat ein; aber es geschah unter der feierlichen Erklärung in der ersten Sitzung am 31. Mai, daß sie sich nicht als Vertreter Ungarns ansähen, dessen historische Rechte sie ausdrücklich wahrten, sondern daß sie zu der Beteiligung nur durch die Hoffnung bewogen würden, die Weisheit des Monarchen habe in dem Reichsrat den Ausweg gefunden um von den bestehenden Ausnahmeständen zu einer Befriedigung der Ansprüche Ungarns überzuleiten. Ähnliche Hoffnungen verbanden auch die Vertreter der slawischen Kronländer mit ihrem Eintritt, und so fand sich bald eine slawisch-magyarische Mehrheit, die durch einige Deutsche vom hohen Adel noch vergrößert wurde, gegenüber einer deutschen Minderheit zusammen. Ihre ersten Kämpfe hatten diese beiden Parteien in dem Einundzwanziger-Ausschuß durchzukämpfen, der zur Beratung des Staatshaushaltes niedergesetzt war und dessen Verhandlungen sich in tiefes Geheimnis hüllten. Doch wuchs das Interesse für den Reichsrat zusehends, als der präsidierende Erzherzog Rainer am 19. Juli 1860 den Entschluß des Kaisers verkündete demselben in Steuer- und Anleihefachen statt der beratenden eine beschließende Stimme zu geben. Mit Spannung sah man nun den Verhandlungen über die Schlusßanträge des Finanzausschusses entgegen. Clam-Martiniß vertrat als Berichterstatter die Mehrheit, der Advokat Hein, der spätere Justizminister, die Minderheit. Beide waren einig in der Erklärung, daß die bisherige Verfassung das öffentliche Vertrauen und daher auch die Finanzkraft des Staates erschüttert habe; beide forderten Maßnahmen gegen die Erschlaffung des öffentlichen Geistes, die lähmend und vernichtend auf die moralische Kraft der Staaten wirke. Aber während die Mehrheit dann das Heilmittel in der Anerkennung der historisch-politischen Besonderheit der einzelnen Kronländer fand und deren Selbständigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung unter möglichster Anlehnung an die früheren Rechtszustände forderte, scheute die Minderheit vor solchen Zugeständnissen auf Kosten der Reichseinheit zurück und empfahl dem Kaiser aus eigener Machtvollkommenheit Einrichtungen zu schaffen, die bei möglichster Entwicklung des Selbstverwaltungsrechtes doch auch die Einheit des Reiches und die Kraft der Regierung genügend verbürgten. Die größere Stimmenzahl und also der Sieg war der

Mehrheits-  
und Minder-  
heitsgutachten.

Ausschlußmehrheit von vornherein gesichert, aber ein heißer Kampf, der fünf Tage dauerte, mußte doch erst ausgefochten werden, ehe am 27. September der Antrag der Mehrheit mit 35 gegen 16 Stimmen genehmigt wurde. Schroff standen sich die beiden Hälften des Reiches gegenüber: aus den Ländern jenseit der Leitha war nur ein deutscher Siebenbürger und der Vertreter der Voivodina bei der Minderheit; aus den Ländern diesseit der Leitha gehörten nur die Tschechen und einige hochadelige Herren wie Fürst Colloredo oder Graf Wolkenstein der Mehrheit an. Die ganze Schwierigkeit der Lage schien in diesem Gegensatzes ausgedrückt zu sein, und doch war sie es eigentlich noch nicht; denn die beiden Gruppen, welche sich feindlich gegenüberstanden, waren in sich selbst nur durch den Gegensatz zu der anderen geeinigt, und die Programme, welche sie aufstellten, weit davon entfernt praktisch ausführbar zu sein, vertuschten nur durch allgemeine Redewendungen die Punkte, über welche man sich nicht verständigen konnte.

Gleichwohl mußte eine Entschließung auf Grund des Mehrheits- oder des Minderheitsgutachtens jetzt gefaßt werden; sie erging in dem Diplom vom 20. Oktober 1860. Der Kaiser erklärte es darin für seine Regentenpflicht die Erinnerungen, Rechtsanschauungen und Rechtsansprüche seiner Völker mit den Bedürfnissen der Monarchie ausgleichend zu verbinden und für eine Verfassung zu sorgen, die einerseits dem geschichtlichen Rechtsbewußtsein und der bestehenden Verschiedenheit der einzelnen Kronländer und andererseits den Anforderungen, die man an den kräftigen, unzertrennlichen Verband der Gesamtmonarchie stellen müsse, entspreche. Den Ungarn wurde demgemäß die Erneuerung ihrer alten Verfassung, den übrigen Völkern der Erlaß neuer Landesordnungen verheißen; für gemeinsame Angelegenheiten ward der auf 100 Mitglieder verstärkte Reichsrat berufen, dessen nichtungarische Mitglieder der Kaiser auch noch gesondert als „engeren Reichsrat“ zur Mitwirkung bei solchen Gesetzen, die alle Länder außer Ungarn betrafen, heranzuziehen sich vorbehielt. Die gemeinsamen Ministerien des Inneren, des Kultus und der Justiz wurden aufgehoben und der bisherige Minister des Inneren Goluchowski als Staatsminister mit der Verwaltung der cisleithanischen Länder betraut; für Ungarn und Siebenbürgen wurden sogenannte Hofkanzleien wiederhergestellt und die ungarische dem Baron Bay übertragen.

Während nun Goluchowski die Landesverfassungen, die Bach einst entworfen hatte, mit geringen Änderungen veröffentlichte und dadurch großes Mißtrauen in den Ernst der konstitutionellen Reformen hervorrief, begannen die Ungarn mit ungezügelter Eifer ihre wiedergestatteten Komitatsversammlungen abzuhalten und überall die Beamten zu erwählen, welche an Stelle der bisherigen kaiserlichen Behörden Verwaltung und Gericht übernehmen sollten. Vergeblich mahnten der Hofkanzler und der Fürst-Primas von Ungarn, der Erzbischof von Gran, zur Besonnenheit. Der Kaiser selbst, erzählte der letztere in einer großen Versammlung, habe ihn mit den Worten begrüßt: Sie sind Sieger! Er mahnte

Das Oktober-  
diplom.

Aufregung in  
Ungarn.

der Schwierigkeiten eingedenk zu sein, welche die Regierung überwinden müsse; entfremden wir uns nicht von neuem, schrieb er, dem mit dem Friedenszweige sich uns nahenden Monarchen. Aber diese Vorstellungen fanden bei den Magyaren kein Gehör: die Komitate wählten Männer von Achtundvierzig, die als Landes- und Hochverräter in der Verbannung lebten; sie hemmten die Erhebung der Steuern und schrieben eigenmächtig neue aus; sie beseitigten die bestehenden Gerichtshöfe und erklärten die Gesetze von 1848 für in Wirksamkeit stehend. Anfangs betrachtete der Kaiser diese Überstürzungen mit Nachsicht; die Ungarn in seiner Umgebung, außer Baron Bay noch Graf Szechen, vermochten ihn sogar an Goluchowski's Stelle am 13. Dezember Schmerling zum Staatsminister zu ernennen und dadurch die Mißdeutungen zu entkräften, als ob der ganze Umschwung kein ernstlicher sei. Mit Schmerling traten Plener, Lasser, Hübner, Pratobervera und Graf Wickenburg in das Kabinett ein, dessen Vorsitz der Erzherzog Rainer übernahm. Diese Zusammensetzung mußte in der That für eine unzweideutige Bekräftigung des neuen Systemes gelten; sie galt zugleich auch für ein Zugeständnis an Ungarn, dessen Verfassung Schmerling als das Maß betrachtete, nach dem auch die übrigen Landesordnungen zugeschnitten werden mußten. In einem Rundschreiben an die Statthalter verhiess er demgemäß den einzelnen Ländern anstatt der ständischen eine Interessenvertretung, die aus unmittelbaren Wahlen hervorgehen, das Recht Gesetze zu beantragen erhalten und öffentlich verhandeln solle. Auch dem Reichsrate wurden diese selben Rechte zugesagt; überdies sollte die Zahl seiner Mitglieder stark vermehrt und das Vorschlagsrecht der Landtage in ein wirkliches Wahlrecht umgewandelt werden; ein aus den Erzherzögen, Bischöfen und vom Kaiser ernannten Mitgliedern bestehendes Oberhaus wurde diesem gewählten Unterhause noch hinzugefügt.

Das Februarpatent.

Aber gerade der Reichsrat war der Punkt, über den Schmerling sich mit seinen ungarischen Kollegen nicht verständigen konnte. Diese forderten, daß die Bestimmungen des Oktoberdiploms nicht als unänderlich gelten, sondern die Wirksamkeit des Reichsrats erst des näheren mit dem ungarischen Landtage vereinbart werden solle; Schmerling hatte gegen den Versuch einer solchen Vereinbarung nichts einzuwenden, hielt aber an dem Oktoberdiplom in der verbesserten Gestalt, die er ihm durch sein Rundschreiben gegeben hatte, unter allen Umständen fest. Er veranlaßte den Kaiser durch ein neues Patent vom 26. Februar 1861 den nunmehrigen Rechtszustand abermals zu verkünden, die in Aussicht gestellten Landesordnungen für Kärnten, Steiermark, Salzburg und Tirol zu erlassen und feierlich zu erklären, daß er diesen ganzen Inbegriff von Grundgesetzen als die Verfassung seines Reiches gegen jeden Angriff schirmen werde.

Die Landtage.

An solchen Angriffen fehlte es auch abgesehen von dem fortgesetzten Widerstande in Ungarn nicht; so hatte in Tirol der Bischof von Brixen eine Abreißbewegung gegen die neue Landesordnung angestiftet, in der

ihm besonders die Glaubensfreiheit wie eine „Besudelung durch den Pesthauch einer schlechten Zeit“ erschien. In vielen anderen Kronländern schlossen sich die Gegner erst bei den Wahlen zu den Landtagen oder auf diesen selbst zusammen. Die meisten von diesen begannen und schlossen ihre Versammlungen im Lauf des April; ihre einzige dringende Aufgabe war die Wahl der Reichstagsboten. In Ungarn und Kroatien, Siebenbürgen, Istrien und Venetien kam diese nicht zustande. In Venetien half selbst die Zulassung von Minoritätswahlen nichts; die Erwählten weigerten sich den Ruf anzunehmen. In Istrien wurden durch die Auflösung des widerspenstigen Landtags und durch Neuwahlen bessere Resultate erzielt, so daß im September die Vertreter des Kronlandes doch noch im Reichstag erschienen. Auch in Siebenbürgen gelang es weiterhin durch die Oetroyierung eines Wahlgesetzes die Beschickung des Reichstages zu erlangen, so daß nur Venetien, Kroatien und Ungarn ganz fern blieben. Von den Kroaten verdroß das umsomehr, als man von ihnen gehofft hatte, sie würden vor den Ungarn mit Freuden Rettung im Schoße des Reichstags suchen; statt dessen forderten sie kühnlich die Herstellung des alten dreieinigten Königreiches, von der jedoch Dalmatien nichts hören wollte, und ersuchten den Kaiser im September durch eine Adresse um Gewährung voller Selbständigkeit sowohl den Erbländen wie Ungarn gegenüber. Nationale Streitigkeiten wurden auch in solchen Ländern wiederaufgerührt, welche die Beschickung des Reichstages schließlich doch nicht verweigerten; so in Böhmen, wo die tschechische Minderheit Verwahrung gegen die ungerechte Wahlordnung und die künstlich geschaffene deutsche Mehrheit erhob: in Galizien, wo die Ruthenen unter Berufung auf ihre der Staatseinheit günstige Gesinnung die Abtrennung Ostgaliziens als eines besonderen ruthenischen Verwaltungsgebietes forderten und erreichten: in Tirol, wo der italienische Süden sich der Beschickung des Landtages weigerte und Sonderung der italienischen von den deutschen Bezirken verlangte. Diese Enthaltung kam nebenbei der ultramontanen Partei sehr zu statten; kraft des Einflusses, den sie in Deutsch-Tirol besaß, vermochte sie den Landtag zu einer Adresse an den Kaiser, durch welche dieser gebeten wurde die Gleichstellung der Protestanten, die er durch ein Patent vom 8. April für den ganzen Kaiserstaat ausgesprochen hatte, für Tirol wieder zu beseitigen und vielmehr den Erwerb von Grundbesitz durch Protestanten und die Bildung akatholischer Gemeinden in Tirol gänzlich zu verbieten.

Weitaus am wichtigsten war natürlich die Haltung des ungarischen Landtags. Daß er sich auf den Boden des Oktoberdiploms stellen werde, konnte man überhaupt nicht hoffen. Trotz eines kaiserlichen Handschreibens vom 16. Januar 1861 nahmen die Bewegung in den Komitaten und der Ruf nach unbedingter Wiederherstellung der Gesetze von 1848 ihren Gang. In den Antworten auf das königliche Schreiben überboten sich die einzelnen Komitate förmlich in Rücksichtslosigkeiten; in den schwärzesten Farben schilderten sie die Schrecken der vergangenen Jahre:

Die ungarischen Komitate.

die Verhöhnung ihrer heiligsten Erinnerungen, die unerschwinglichen Abgaben, die Käuflichkeit der Justiz, die grausamen und gewaltthätigen Rekrutierungen. Nur durch volle Rückkehr zu den Gesetzen von 1848 und durch volle Begnadigung aller Verurtheilten könne Versöhnung zwischen Fürst und Volk geschlossen werden. Von den Bestimmungen, die Ungarns Beteiligung am Reichstage und die Stellung seiner Nebenländer betrafen, wollte man schlechthin nichts hören. Auch die gemäßigten Patrioten, unter denen Franz Deak den größten Einfluß besaß, dachten in diesen Punkten an keine Nachgiebigkeit. In der Form wollten sie sich so versöhnlich wie möglich zeigen: sie erschienen zu der Landtagseröffnung in Ofen, obgleich dieselbe nach den alten Gesetzen in Pest hätte vor sich gehen müssen; sie waren bereit durch eine Adresse ihre Forderungen vom Kaiser zu erbitten, anstatt sie durch einen Beschluß einfach zu dekretieren; sie zögerten auch nicht den Kaiser als ihren König anzuerkennen und anzureden, obgleich die Abdankung Ferdinands für Ungarn formell immer noch rechtsungültig war. In allen diesen Punkten stand ihnen aber die Mehrheit, mit der sie in der Hauptsache doch vollkommen einig waren, schroff gegenüber.

Adresse des  
Bester Reichs-  
tags.

Führer derselben war Ladislaus Teleki, ein wenige Monate zuvor begnadigter Flüchtling, der trotz seines Versprechens der Politik fern zu bleiben doch in den Landtag eintrat, aber schon zwei Tage nach der Eröffnung, am 8. April, wahrscheinlich an sein Wort gemahnt, seinem Leben ein Ende machte. Nachdem der Landtag sich konstituiert und seine Sitzungen nach Pest verlegt hatte, verstrichen drei Wochen in aufgeregten Verhandlungen über die Frage: ob Adresse, ob Beschluß? Dank einigen vermittelnden Elementen der Beschlußpartei ward am 5. Juni die Form der Adresse gewählt; aber nur 155 gegen 152 Stimmen erklärten sich dafür, und die kleine Mehrheit ward zur Minderheit, als die Anredeformel zur Abstimmung kam und beschlossen wurde, den Kaiser nicht als König, sondern nur als allerdurchlauchtigsten Herrn zu bezeichnen. Überdies wurde noch ein Schlusssatz beigefügt, durch welchen der Landtag jede Verhandlung über die Krönung Franz Josefs solange ablehnte, wie die Nebenländer nicht in ihm vertreten seien. Dem Kaiser konnte unter diesen Umständen nicht zugemutet werden die Adresse in Empfang zu nehmen; da er nichtsdestoweniger lebhaft wünschte den Weg der Verständigung offen zu erhalten, so empfahl er den Ungarn sich der Formeln zu bedienen, welche der Krönungslandtag von 1790 angewandt hatte. Ohne Widerrede gingen beide Häuser darauf ein, und es konnte somit am 8. Juli endlich die Adresse überreicht werden. Aber viel weiter war man dadurch noch nicht gekommen. Mit größter Entschiedenheit behauptete die Adresse, daß zwischen Ungarn und den Erblanden stets nur die Personalunion bestanden habe; auch in Zukunft seien sie nicht geneigt das Recht der Gesetzgebung mit irgend wem sonst als mit dem König von Ungarn zu teilen; einem Reichsrathe oder irgend einer anderen parlamentarischen Gesamtvertretung würden sie keinerlei Rechte zuerkennen

und mit den konstitutionellen Gewalten der übrigen Erbländer nur von Fall zu Fall unter voller Wahrung ihrer Unabhängigkeit verkehren. Die nötigen Vorbedingungen aber zu jedem weiteren Schritte, auch zu Verhandlungen über die Krönung des Königs, seien die Wiedervereinigung der Nebenländer mit Ungarn, die Erneuerung der alten Grundgesetze, die Berufung eines ungarischen Ministeriums und die Beseitigung aller noch bestehenden Folgen des absoluten Systems.

Bay und Szecsen wollten diese Adresse durch die Erklärung beantworten: der König beabsichtige nicht den Ungarn die Form des Reichsrates aufzuzwingen; er müsse aber an der Realunion der beiden Reichshälften festhalten und lade den Landtag ein zu weiteren Verhandlungen eine Abordnung nach Wien zu schicken. Dem widersetzte sich jedoch Schmerling, indem er die Ansicht verfocht, die Ungarn hätten alle früheren Rechte durch die Revolution verloren und stünden jetzt gleich den übrigen Unterthanen des Kaisers nur auf dem Grunde der Oktober- und Februarverfassung. Da dieser Standpunkt den Beifall des Kaisers fand, forderten die beiden ungarischen Minister ihre Entlassung und wurden durch die Grafen Forgacz und Moriz Esterhazy ersetzt. Diese stimmten dem Schmerlingschen Entwürfe zu und am 21. Juli 1861 wurde die kaiserliche Erwiderung veröffentlicht. Der Monarch erklärte, daß er Gesetze, welche der Reichsverfassung widersprächen, nie anerkennen werde, daß er übrigens bereit sei Anträge in bezug auf die Gesetzgebung von 1848 entgegenzunehmen. Davon wollte aber im ungarischen Landtage niemand etwas wissen: einstimmig ward am 8. August eine zweite Adresse Franz Deaks angenommen, die dem Könige vorwarf jede Verständigung unmöglich gemacht und den Faden abgerissen zu haben; das Land sei darauf gefaßt, daß nun von neuem schwere Zeiten kommen würden, aber es sei bereit zu dulden und erwarte von der Gerechtigkeit seiner Sache eine bessere Zukunft.

In der That blieb dem Könige jetzt nichts übrig als am 21. August die Auflösung des Landtages zu verfügen. Die Opposition flüchtete sich nun von neuem in die Komitate, und da Forgacz dem wüsten Treiben, das Bay sich hatte gefallen lassen, scharf entgegentrat, widerspenstige Komitatsversammlungen und sogar den Statthaltereirat, der sie unterstützte, aufhob, an die Stelle der Obergespänne wieder königliche Bevollmächtigte setzte und die Steuern und Rekruten mit Waffengewalt einzutreiben sich anschickte, so war ein Jahr nach dem Oktoberdiplom in Ungarn alles wieder auf den früheren Zustand zurückgedrängt. Das ganze Zwischenpiel schien beschlossen zu sein, als am 5. November ein kaiserliches Handschreiben an Forgacz die Auflösung aller Komitatsbehörden und die Einsetzung von Militärgerichten befahl, während gleichzeitig Graf Moriz Palffy zum Statthalter ernannt wurde. Die veröhnliche Schlußwendung, daß trotzdem alle Zugeständnisse des Oktoberdiploms ungeschmälert in Kraft bleiben sollten, verhallte spurlos.

Während so der eifrig ersehnte Ausgleich mit Ungarn gänzlich

Konflikt mit dem König.

Auflösung des Reichstags und der Komitate.

Der engere  
Reichsrat.

scheiterte, tagte seit dem 1. Mai in Wien der unvollständige Reichstag. In schwungvoller Rede hatte der Kaiser ihn eröffnet, hatte die Vertreter gebeten ihm hilfreich beizustehen um die Geschicke des Vaterlandes über den schwierigsten aller Wendepunkte hinwegzuleiten, und hatte unter lautem Beifall die Unantastbarkeit der neuen Gesamtverfassung, die Rechte jedes einzelnen Volkes der Monarchie auf das Beieinanderbleiben aller hervorgehoben. Nicht allein das Herrenhaus antwortete darauf mit einer zustimmenden Adresse, die freilich nur 44 gegen 33 Stimmen erhielt, sondern auch das Haus der Abgeordneten, das Dr. Hein, den Wortführer der Minderheit im verstärkten Reichsrat, zu seinem Präsidenten erkor, erklärte sich mit 127 gegen 48 Stimmen in demselben Sinne. Durch das Erscheinen der Ungarn, Kroaten und Venetianer würde sich allerdings das Parteiverhältnis völlig umgekehrt haben, es würden die Föderalisten, die Freunde des lockeren Bündnisses, über die Centralisten, die Anhänger der straffen Einheit, den Sieg davongetragen haben; das Ausbleiben der Magyaren stärkte also zunächst ihre politischen Gegner. Andererseits mußten diese aber anerkennen, daß der Reichstag in seiner augenblicklichen Zusammensetzung nicht die ganze Monarchie vertrete, daß er nur als „engerer“ Reichstag für die deutsch-slawischen Provinzen kompetent sei. Schmerling sprach das auf Verlangen der Polen am 5. Juni ausdrücklich aus, lehnte aber die Forderung der Tschechen diesen engeren Reichstag bis zum Eintritt der Magyaren zu vertagen ab. Da als die Verständigung mit Ungarn endgültig scheiterte, machte der Kaiser beiden Häusern davon in einer Botschaft vom 23. August Mitteilung unter dem Hinzufügen, daß die Weigerung eines Landes an dem Reichstage teilzunehmen die Vertreter der anderen Völker an der Erfüllung ihrer Pflicht nicht hindern, ihre Wirksamkeit nicht hemmen dürfe, daß mit anderen Worten der engere Reichsrat sich als den weiteren zu betrachten und auch die Angelegenheiten des Gesamtstaates zu verhandeln habe. Obgleich nun beide Häuser auch dieser Botschaft gegenüber ihre Zustimmung aussprachen, so erregte jene Schlußfolgerung doch nicht bloß bei der föderalistischen Minderheit Bedenken; es bedurfte langer Verhandlungen zwischen dem Ministerium und den Parteien, ehe Schmerling es wagen konnte das Budget für 1862, zu dessen Beratung natürlich nur der weitere Reichsrat befugt war, vorzulegen; daß bei der Wahl des Budgetausschusses am 18. Dezember dann doch die Polen und Tschechen sich der Teilnahme enthielten, daß sie beim Beginn der Verhandlungen am 24. März 1862 nach vergeblichem Proteste sogar das Haus verließen, schreckte die Mehrheit von dem betretenen Wege nicht mehr zurück, und so kam denn wirklich zum erstenmal in Österreich ein Staatshaushaltsgesetz zustande, das von der Regierung mit einer Vertretung des Volkes vereinbart war. Die Genugthuung, die man darüber empfand, wurde selbst dadurch nicht geschmälert, daß die Genehmigung dieses Gesetzes erst zwei Tage nach Ablauf des Finanzjahres, für das es bestimmt war, erfolgen konnte; vielmehr

Polen und  
Tschechen.

Vorlage des  
Budgets.

begann der Reichstag sofort die Beratung des Budgets für 1863 und brachte dasselbe im Dezember auch glücklich zustande. Damit war denn endlich die Zeit gekommen um die lange, nur von einigen Vertagungen unterbrochene Session zu schließen. Die Thronrede, mittels welcher der Kaiser das am 18. Dezember 1862 that, legte auf den glücklichen Abschluß der Finanzgesetze das Hauptgewicht; so trübselig das Verhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen auch jetzt noch war, so zeigte es doch dank den erheblichen Abstrichen, die der Reichstag beschlossen hatte, einen sichtlichen Fortschritt zum Besseren, und ein neues Bankgesetz, das nach endlosen Verhandlungen zustande gebracht war, schuf auch in den verwirrten Beziehungen des Staates zu der Nationalbank Ordnung und sicherte der letzteren zur lebhaften Beschwerde der Ungarn ihre Rechte im ganzen Umfange der Monarchie. Auf den anderen Gebieten der Gesetzgebung waren nur wenige Erfolge zu verzeichnen. Ganz ohne Ergebnis war ein Anlauf des Abgeordneten Mühlfeld gegen das Konkordat geblieben: der Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, den er namens eines Ausschusses Ende Februar 1862 eingereicht, wurde auf die lange Bank geschoben und blieb unerledigt. Die Ministerverantwortlichkeit war von der Regierung wohl im Grundsatz anerkannt worden, aber noch nicht gesetzlich geordnet. Der Presse hatte man Sicherheit gegen willkürliche Behandlung verschafft, aber der enge Spielraum, den man ihr ließ, und die strengen Strafen, denen sie unterworfen wurde, gaben doch zu sehr begründeten Klagen Anlaß. Für Handel und Verkehr war die Einführung des deutschen Handelsgesetzbuches ein großer Fortschritt, und für die Verwaltung der Gemeinden waren grundlegende Normativbestimmungen getroffen, deren Ausarbeitung und Anwendung im einzelnen den Landtagen zufiel. Die Hauptsache aber, auf die sich aller Gedanken beim Schluß des Reichsrates richteten, blieb doch immer der politische Gewinn: der Kaiser durfte wahrheitsgemäß sagen, daß sich das Vertrauen auf die Kraft Österreichs in diesen anderthalb Jahren mächtig gehoben habe und daß die Abgeordneten von erfreulichen Wahrnehmungen begleitet in ihre Heimat zurückkehrten. Er versprach an den Verfassungsgesetzen wie bisher festzuhalten und des Reiches Einheit zu wahren. Die Lücke in dieser Einheit, die durch das Fehlen der Ungarn hervorgerufen wurde, berührte er kaum in einer leisen Andeutung; sie auszufüllen war zweifelsohne die wichtigste Aufgabe der Zukunft; aber da eine schnelle Lösung von niemand erwartet wurde, so vermißte man die Angabe der Mittel, welche die Regierung ergreifen wollte, nicht und überließ es der Zeit die widerstrebenden Magyaren gefügiger zu machen.

Der Zusammentritt der Landtage, der sich im Januar 1863 fast unmittelbar an die Entlassung des Reichsrats anschloß, bot in den Kronländern mit gemischter Bevölkerung wieder dieselben Bilder des Zwiespaltes wie früher. In Böhmen und Galizien wuchs die Gärung sogar noch durch den Ausbruch der Revolution im russischen Polen;

Schluß der  
ersten Session.Unerledigte  
Arbeiten.Politischer  
Gewinn.

Die Landtage.

dem galizischen Landtage gegenüber konnte sich die Regierung nur durch Vertagung helfen; im böhmischen war die Mehrheit auf Seiten der Deutschen und die tschechische Minderheit daher nicht in der Lage dem Ministerium durch feindselige Beschlüsse Schwierigkeiten zu schaffen; aber an dem unverhohlenen Ausdruck ihrer Parteinahme für Rußland, den Hort des Panlawismus, ließen es Palazky und Kieger nicht fehlen, und ihre Klagen über die Ungerechtigkeit des Wahlgesetzes, das sie in die Minderheit bringe, während sie doch die Mehrheit der Bevölkerung verträten, erschollen in ungeschwächter Bitterkeit. In Tirol setzte der Bischof von Brixen an der Spitze der Landtagsmehrheit den Kampf für die Glaubenseinheit fort, während die italienischen Abgeordneten der südlichen Bezirke nur erschienen um für sich eine gesonderte Konstituierung in Anspruch zu nehmen und, als ihnen das verweigert wurde, in Masse wieder auszutreten. Venetien stand wie bisher ohne Landtag grollend beiseite, und die Versuche der Regierung sich mit Vertrauensmännern über eine Landesverfassung zu verständigen hatten keinen Erfolg. Der kroatische Landtag ward nicht wiedereinberufen, ebensowenig der ungarische; denn trotz der gedrückten Lage des Landes, die von dem Handelsstande zum Teil auf die Abschaffung der deutschen und die Wiedereinführung der ungarischen Gesetze geschoben wurde, stand die Masse des Volkes fest auf ihrem alten Standpunkte und die Parteiführer wußten durch Reden und sonstige Rundgebungen, wie die Überreichung eines Ehrengeschenktes an Deak, ihre Anhänger zu ermuntern und zu bestärken. Weit eher als von einer Abnahme konnten daher von einem Wachsen der Unzufriedenheit die Spuren wahrgenommen werden, und gegen Ende des Jahres tauchten gar Aufrufe Kossuths und eines Unabhängigkeitsausschusses an den Straßenecken auf und ließen den Ausbruch einer neuen Revolution in der Ferne erblicken.

Kroatien und  
Ungarn.

Siebenbürgen.

Auf diese erhöhte Reizbarkeit waren die Vorgänge in Siebenbürgen von großem Einfluß. Nachdem sich die Regierung durch die Beratungen der Sachsen und der Rumänen, die jede für sich zusammengetreten waren, überzeugt hatte, daß diese beiden Nationen die Februarverfassung anzuerkennen bereit seien, berief sie auf den 1. Juli 1863 einen siebenbürgischen Landtag und sagte sich damit von der Union los, die 1848 zwischen dem Großfürstentum und Ungarn geschlossen war. Welche Erbitterung dies bei den Magyaren hervorrief, kam auf dem Landtage selbst nicht zum Austrag, weil nur die Sachsen und Rumänen auf demselben erschienen, aber die gewählten Magyaren drückten dem Kaiser ihre Gefühle unzweideutig durch eine Adresse aus, welche sie durch drei ihrer Führer zu überreichen gedachten. Der Monarch aber lehnte den Empfang ab und ließ Neuwahlen ausschreiben, während die deutschen und rumänischen Landtagsmitglieder die Februarverfassung annahmen und die Beschickung des Reichstages beschloßen.

Zweite Session  
des Reichsrats.

Dieser war am 18. Juni 1863 zu seiner zweiten Session zusammengetreten und von dem Erzherzog Karl Ludwig im Namen des Kaisers

mit einer hoffnungsvollen Rede eröffnet worden. Das Vertrauen in die liberalen Absichten der Regierung hatte durch einige Änderungen in den höchsten Staatsämtern, durch die Berufung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Hein und seines Nachfolgers Hasner an die Spitze der Justiz und des Unterrichtswesens, neue Stärkung erhalten, und man war nicht bloß in Österreich, sondern auch im übrigen Europa von der Gründlichkeit des Systemwechsels fest durchdrungen und voll Sympathie für die freisinnigen Lenker des österreichischen Staates. Mit innigem Behagen verherrlichten alle Preußenfeinde den Umschwung und stellten die Berliner Reaktion in den schwärzesten Gegensatz zu dem Wiener Konstitutionalismus; selbst in Preußen gefielen sich die Presse und die Kammerredner darin dem eigenen Staate die Gegner an der Donau als beschämendes Vorbild entgegenzuhalten und Schmerling auf Kosten Bismarcks zu preisen. Daß die Siebenbürgen auf den Boden der Verfassung traten und ihre Abgeordneten am 20. Oktober 1863 wirklich im Reichsrat erschienen, rief lauten Jubel hervor und schien eine neue Bürgschaft für das Gelingen des Umgestaltungsprozesses, in dem der Kaiserstaat begriffen war.

Gewiß waren diese Zustände danach angethan um die österreichischen Staatsmänner zu dem Versuche einzuladen durch eine Bundesreform in ihrem Sinne Preußens Einfluß in Deutschland zu schwächen und Österreichs Stellung zu befestigen. Gern hätten sie sich auch in den Zollverein hineingedrängt und dadurch Preußen seiner festesten Verteidigungsstellung beraubt; aber alle Anläufe zu diesem Zwecke scheiterten an Preußens Erklärung lieber den Zollverein aufzugeben als von dem französischen Handelsvertrage abzulassen. Im Grunde stand es freilich mit dem deutschen Bunde nicht viel anders als mit dem Zollverein; auch ihm drohte die Sprengung, wenn irgend eine durchgreifende Neuerung trotz Preußens Widerspruch beschlossen wurde; weder in Wien noch in den Mittelstaaten hatte man ein Recht zu glauben, daß König Wilhelm sich kleinmütig den Forderungen und Beschlüssen einer preußenfeindlichen Bundestagsmehrheit fügen werde, aber trotzdem ging man ans Werk. Am 7. Juli 1862 traten Bevollmächtigte Österreichs und seiner Anhänger in Wien zusammen und begannen, ungeachtet Preußen seine Beteiligung rundweg abschlug, Beratungen über die Reform des Bundes; vier Wochen später zeigten sie in Berlin an, daß sie die beiden schwierigsten Fragen, die Begründung einer Centralgewalt und eines Parlamentes, ohne Preußens Mitwirkung nicht in Angriff nehmen könnten und daher zunächst nur die Errichtung eines Bundesgerichtes und die Berufung einer außerordentlichen Delegiertenversammlung vorschlugen, deren Aufgabe die Beratung gemeinsamer Gesetzbücher über den Civilprozeß und das Obligationenrecht sein sollte. Noch ehe diese Anträge in Frankfurt eingebracht waren, erklärte Graf Bernstorff in rückhaltslosester Weise, daß sein König sich bei keiner Erweiterung der Befugnisse des Bundestages beteiligen werde; solange zwei Großmächte im Bunde seien, könne

Österreich und  
Deutschland.

Das Delegier-  
tenprojekt.

Die nationale  
Partei.

Der Reform-  
verein.

kein wirklicher Fortschritt gemacht werden; Preußens Bemühen sei nach wie vor darauf gerichtet einen kleineren Kreis von Staaten enger mit sich zu verbinden, und wenn der günstige Augenblick gekommen sei, werde es diesem Vorschläge über eine gemeinsame Leitung des Heerwesens und der Vertretung im Auslande machen. Diese ablehnende Haltung gegenüber den österreichischen Anträgen, dieses Beharren auf dem Streben nach einem engeren Bunde wurde von der großdeutschen Partei mit heftigem Zorne, von dem Nationalverein mit kühler Befriedigung aufgenommen. Sich ohne Umschweife auf Preußens Seite zu stellen war für den Liberalismus dieser Tage eine moralische Unmöglichkeit; er hatte keinen Glauben an die Kraft der leitenden Staatsmänner irgend etwas Gedeihliches zustande zu bringen und mußte fürchten sie in ihrer inneren Politik zu stärken, wenn er sie nach außen hin stütze. Der erste deutsche Abgeordnetentag, der am 28. September 1862 in Weimar zusammentrat, die Generalversammlung des Nationalvereins, die ihm acht Tage später in Koburg folgte, viele Parteiversammlungen im nördlichen Deutschland, die sich als Nachspiel daran schlossen, sie alle hielten sich wie zu einem neutralen Banner zu der Reichsverfassung von 1849 und sprachen daneben die Überzeugung aus, daß dem österreichischen Delegiertenprojekt nicht einmal der Wert einer Abschlagszahlung beizulegen sei. Eine Stütze fand dieses Projekt nur in dem Reformverein, der am 28. Oktober in Frankfurt tagte, und ungeachtet der Einwände Moritz Mohls, des Führers der Demokraten, und Heinrichs von Gagern, der offen zu den Großdeutschen übertrat, aber eine stärkere Centralgewalt forderte, sich fast einstimmig mit den Vorschlägen Österreichs einverstanden erklärte. Viele Mitglieder mochten wohl hoffen, daß ihr Standpunkt allmählich auch im Norden weitere Verbreitung finden werde. Gab sich die unbewußte Hinneigung der öffentlichen Meinung zu Österreich doch in mancherlei unscheinbaren, aber unverdächtigen Zeichen kund. Daß in Wien die deutschen Juristen, in Karlsbad die Naturforscher, in Salzburg die Künstler ihre Jahrversammlungen hielten, daß der Gustav-Adolfs-Verein für das nächste Jahr nach Wien zu wandern beschloß und von Schmerling telegraphisch mit einem herzlichen Willkommen begrüßt wurde, daß die Veranstalter des Abgeordnetentages in Weimar, durchweg Männer des Nationalvereins, sich eifrig bemühten Mitglieder des österreichischen Reichsrates wie Berger und Rechbauer zur Teilnahme zu bewegen, daß die Agitation gegen den französischen Handelsvertrag und für den Eintritt Österreichs in den Zollverein durch die Beteiligung der schützöllnerischen Großindustriellen einen weiten Umfang gewann, alles das waren Zeichen der Zeit, und sie waren um so ernster, als die kleindeutsche Partei und Preußen selbst sich rein in der Verteidigung hielt und daher des mutbelebenden Stachels, den der Angriff giebt, entbehrte. Solange nicht allein der Nationalverein, sondern auch das Berliner Kabinett lediglich verneinte und den günstigen Augenblick, von dem Bernstorff gesprochen, unthätig abwartete, solange war ein Auf-

schwung der österreichisch-großdeutschen Partei die unvermeidliche Signatur der Zeit.

Aber schneller als man hoffen durfte trat eine Änderung ein. Kaum hatte Herr von Bismarck die Leitung des Staates übernommen, so war er darauf bedacht aus der Verteidigung zum Angriff überzugehen. Das Dunkel des Ausschusses, an welchen der Bundestag am 14. August das Delegiertenprojekt verwiesen hatte, genügte ihm dazu nicht. Während die Verhandlungen dort noch schwebten, knüpfte er mit dem österreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Karolji, Besprechungen an, die den kriegslustigsten Geist atmeten. Er erklärte ihm geradezu das Verhältnis der beiden Großstaaten müsse entweder besser oder schlechter werden; der Zustand, der seit Olmütz herrsche, die Überstimmung Preußens durch Frankfurter Mehrheiten, der feindliche Einfluß Österreichs in Hannover und Kurhessen müßten ein Ende nehmen; er forderte geradezu, daß der Kaiserstaat seinen Schwerpunkt nach Ofen verlege und Preußen die Leitung in Deutschland überlasse. Für diesen Fall versprach er seinerseits treue Bundeshilfe in europäischen Verwicklungen; eine Fortdauer der bisherigen Politik aber werde Preußen bei dem nächsten großen Kriege in den Reihen der Gegner Österreichs finden; niemals werde er, Bismarck, in einer Lage wie die von 1859 seinem Könige zur Neutralität raten. Karolji schien Zweifel in den Ernst dieser Erklärungen zu setzen und sich mit der Hoffnung zu trösten, daß Preußens König im entscheidenden Augenblicke vor solchen Ratschlägen doch wohl zurückscheuen würde; er suchte Österreichs Politik in Hannover und Cassel als eine altbegründete und früher von Preußen nicht bekämpfte zu rechtfertigen, vermochte aber nichts vorzubringen, was die Beschwerden Bismarcks über das rücksichtslose Vorgehen am Bundestage hätte entkräften können. Vor 1848, rief der preußische Minister aus, sei es unerhört gewesen in Frankfurt Fragen von irgend welcher Erheblichkeit einzubringen ohne sich des Einverständnisses beider Großmächte vorher zu versichern; jetzt betrachte man den Widerspruch Preußens gegen die Verfassungsmäßigkeit eines Antrages als einen der Beachtung unwerten Zwischenfall. Er verhehlte nicht, daß er das Beharren auf diesem Wege, die Überschreitung der Bundestagsbefugnisse durch Mehrheitsbeschlüsse, als einen Bruch der Verträge ansehen und den preußischen Gesandten von Frankfurt abberufen werde.

An die ganze Tragweite dieser Erklärungen glaubte doch auch Graf Rechberg nicht, obgleich er Bismarck aus ihrer gemeinsamen Thätigkeit in Frankfurt zur Genüge hätte kennen sollen. Er begnügte sich damit den Grafen Thun, der eben auf seinen Petersburger Gesandtschaftsposten zurückkehrte, über Berlin reisen und dort eine persönliche Besprechung mit dem preußischen Ministerpräsidenten für den 22. Dezember vorschlagen zu lassen. Aber kaum hatte Bismarck diesem scheinbar verständlichen Gedanken zugestimmt, als der österreichische Gesandte nachträglich die Bedingung stellte, daß Preußen vor der Zusammenkunft

Bismarck und  
Karolji.

Ausgleichs-  
versuche.

gewisse Grundzüge der Bundesreform anerkennen müsse, da der Kaiser das Delegiertenprojekt nicht ohne Ersatz fallen lassen könne. Damit war der ganze Plan wieder über den Haufen geworfen, und die Ereignisse nahmen ihren Lauf. Am 18. Dezember beantragte von der Pforden namens der Ausschlußmehrheit die Annahme des Delegiertenprojektes, während Preußen, seit wenigen Tagen durch Herrn von Sydow an Ufedom's Stelle vertreten, teils mit der Unzulänglichkeit des Vorschlages, den die Nation nicht einmal als Abschlagszahlung gelten lasse, teils mit der Bundeswidrigkeit desselben seine Ablehnung begründete und im Fall der Annahme den Augenblick als bevorstehend ankündigte, wo es den Bundestag nicht mehr als Organ jenes Bundes betrachten werde, den es 1815 geschlossen habe.

Scheitern des  
Delegierten-  
projektes.

Österreich und die Königreiche, auch Hessen-Darmstadt, ließen sich dadurch nicht abschrecken bei der Abstimmung am 22. Januar 1863 für ihren Antrag einzutreten; aber Kurhessen fiel von ihnen ab und stimmte mit sieben anderen Kurien auf Preußens Seite; Braunschweig und Nassau brachten es fertig in einer solchen Frage gar nicht zu stimmen. Das Ergebnis war, daß Preußen mit 9 gegen 7 Stimmen siegte. Damit begnügte sich aber Bismarck nicht. In dem Botum des Herrn von Sydow war, wenn auch in bedingter Form, ein ganzes Programm enthalten. Auch Preußen wünschte eine Volksvertretung am Bunde, aber sie sollte aus der Mitte der Bevölkerung durch direkte Wahl hervorgehen; nicht allein die Bewilligung von Geld und Truppen müsse ihr zufallen, sondern auch eine ausgedehnte gesetzgeberische Thätigkeit, wie sie ohne Abänderung und Erneuerung der Bundesverträge nicht denkbar sei. Zu einem solchen deutschen Parlamente könne man den fremden Stämmen, die mit Deutschösterreich zu staatlicher Einheit verbunden seien, ebensowenig den Zutritt gestatten, wie andererseits ihnen zumuten sich durch dasselbe Gesetze geben zu lassen. Wirkliche Befriedigung der deutsch-nationalen Bedürfnisse sei mithin nur im engeren Kreise zu finden, für die Gesamtheit des Bundes gebe es nur Scheinreformen. Deshalb sehe die königliche Regierung von Verhandlungen auf dem Bundeswege ab und werde einen Ersatz dafür in freien Vereinbarungen und kündbaren Verträgen mit einzelnen Bundesgliedern suchen.

Preußisches  
Rundschreiben  
vom 24.  
Januar 1863.

Ergänzt wurde diese Abstimmung durch die Veröffentlichung eines preußischen Rundschreibens vom 24. Januar 1863, in welchem die Unterredung Bismarcks mit Karolyi ausführlich erörtert und Österreich förmlich auf die Anklagebank gesetzt wurde. Die Entgegnung Rechbergs vom 28. Februar war bitter und gereizt, zeigte aber die vollkommene Ratlosigkeit, die in Wien herrschte. Wie groß diese war, ergab sich schon aus der Erklärung, mit welcher die verbündeten Regierungen ihre Niederlage vom 22. Januar beantworteten: sie wahrten sich das Recht ihr Delegiertenprojekt, da es als Bundesmaßregel vereitelt sei, durch Vereinbarung unter sich zur Ausführung zu bringen: sie nahmen mit

anderen Worten dasselbe Recht für sich in Anspruch, das sie der preussischen Regierung stets bestritten und zum heftigsten Vorwurf gemacht hatten. Österreich war wieder einmal einen Schritt hinter Preußen drein gehinkt, und wenn dieses ja den Versuch machte einen engeren Bund zu begründen, so hatte sich sein Gegner von vornherein des bisher beliebten Einwandes der Bundeswidrigkeit begeben.

Einige Monate ruhten nun die Verhandlungen. Preußens Lage verschlimmerte sich während dieser Zeit zusehends. Seine Parteinahme für Rußland im polnischen Aufstande erregte den Groll der Westmächte, denen Österreich sich beflissen näherte; der völlige Bruch mit dem Abgeordnetenhaufe, die Gewaltmaßregeln gegen die Presse und die liberalen Beamten erweiterten die Kluft im Inneren. Die allgemeine Lage war für Österreich unvergleichlich vorteilhaft, und so gelang es Schmerling seinen Kaiser zu einem ungestümen Anlauf zu bereben. In aller Stille ward ein vollständiges Reformprojekt und eine Denkschrift ausgearbeitet, die dasselbe begründen sollte. Sie bezeichnete den augenblicklichen Zustand Deutschlands als schlechthin chaotisch, das Ergebnis der neuesten deutschen Geschichte als vollständige Zerklüftung und allgemeine Zerfahrenheit. Sie beklagte, daß die Bundesregierungen schon jetzt nicht mehr in einem festen Vertragsverhältnis zusammenstünden, sondern nur noch bis auf weiteres im Vorgefühl naher Katastrophen nebeneinander fortlebten. Der Boden der Bundesverträge, so rief das vortrefflich geschriebene Altstück aus, schwankt unter den Füßen dessen, der sich auf ihn stellt, der Bau der vertragmäßigen Ordnung der Dinge zeigt überall Risse und Spalten, und der bloße Wunsch, daß die morschen Wände den nächsten Sturm noch aushalten mögen, kann ihnen die dazu nötige Festigkeit nimmermehr zurückgeben. Währenddessen warte die deutsche Revolution, im stillen geschürt, auf ihre Stunde; die gemäßigten Parteien aber drängten mit Ungeduld auf eine Reform, und die Regierungen verweise der Trieb der Selbsterhaltung auf dieselbe Bahn. Dabei wurde jeder Gedanke an eine einheitliche Spitze oder ein aus direkten Volkswahlen hervorgehendes Parlament mit größter Entschiedenheit zurückgewiesen. In solchen Vorschlägen erblickte die Denkschrift nur das verhüllte Streben die Lebenskraft der Einzelstaaten allmählich zu ertöten, den Einheitsstaat anzubahnen, Österreich aus Deutschland herauszudrängen. Sie forderte vielmehr ein Bundesdirektorium und die regelmäßige Berufung eines Delegiertenparlamentes; weil dieses aber leicht allzumächtig werden und das monarchische Prinzip gefährden könne, so schlug sie als Gegengewicht auch persönliche Zusammenkünfte der Fürsten vor und kündigte den Entschluß des Kaisers an gleich jetzt zur Beratung dieser Vorschläge die Einladung zu einer ersten derartigen Zusammenkunft ergehen zu lassen. Sie gestand ein, daß Preußen, ja jeder andere Bundesstaat diese lauterer Bestrebungen durch seine Zurückhaltung vereiteln könne, aber doch nur insofern sie die Gesamtheit des Bundes ins Auge faßten; die begonnene Bewegung zum Stillstand zu bringen sei

Österreichisches  
Reformprojekt.

Plan eines  
Fürstentages.

doch auch für Preußen nicht möglich; es werde durch seine Weigerung nur die anderen Regierungen zwingen die Hand an ein Werk der Not zu legen und durch Ausübung ihres freien Bündnisrechtes die beabsichtigte Neugestaltung im Bereich ihrer eigenen Staaten auszuführen. Die Weisheit des Königs werde es aber dahin gewiß nicht kommen lassen, sondern erwägen, daß es heute von Preußens Entschließungen abhängige, den Bund wieder auf die Höhe seiner wichtigen Bestimmung zu erheben.

Die Zusammenkunft in Gastein.

Daß diese Hoffnung, mit der die Denkschrift schloß, trügen könne, mußte man in Wien natürlich überlegt haben; vielleicht aber sah man einer solchen Entwicklung ohne allzugroße Betrübniß entgegen und beurteilte eine Spaltung Deutschlands, die durch die Verdrängung Preußens aus dem Bunde bewirkt worden wäre, milder als eine Spaltung, die Österreich ausgeschlossen hätte. Die Formen, in denen die Einladung des Königs erfolgte, zeigten ein eigentümliches Gemisch von Rücksichtslosigkeit und Höflichkeit. Der preußische Monarch verweilte schon seit einigen Wochen auf österreichischem Boden; nach Beendigung einer Karlsbader Kur begab er sich am 18. Juli nach Gastein. Hier empfing er am 2. August den Besuch des Kaisers und nahm aus dessen Händen die Denkschrift entgegen. In wiederholten Unterredungen am nächsten Tage entwickelte Franz Josef mündlich die Grundzüge der Reform und erwähnte, daß er die Fürsten zum 16. August 1863 nach Frankfurt einzuladen gedenke. König Wilhelm erwiderte darauf, daß es ihm nicht geraten scheine ohne Vorarbeiten und Besprechungen der Minister das Werk anzufangen und daß der Fürstentag vor dem 1. Oktober gewiß nicht mit Nutzen zusammentreten könne. Auch Bismarck hatte eine Audienz bei dem Kaiser; doch währte sie nur wenige Minuten und kurz nachher, am Nachmittag des 3. August, reiste Franz Josef ab. Man durfte annehmen, daß die Einwendungen des Königs Berücksichtigung finden würden; allein noch an demselben Abend überbrachte ein kaiserlicher Adjutant das Einladungsschreiben, das vom 31. Juli datiert war und trotz alledem auf den 16. August lautete. Des Königs Antwort beharrte natürlich auf der Forderung vorgängiger Ministerkonferenzen; sie ward dem Kaiser anderen Tags telegraphisch zur Kenntniß gebracht, allein das verhinderte nicht, daß die Einladungsschreiben an die übrigen Fürsten sofort abgeschickt wurden. Wohl aber machte Franz Josef noch den Versuch den König durch ein Schreiben vom 7. August zu bereden den Kronprinzen als Stellvertreter nach Frankfurt zu schicken, ein Plan, dem letzterer nicht ganz abgeneigt war, der aber trotz mannigfacher Befürwortung von dem Könige und von Bismarck noch an demselben Tage abgelehnt wurde.

Der König und der Fürstentag.

Die übrigen Fürsten und das deutsche Volk.

Das Ausbleiben des preußischen Monarchen hielt die übrigen deutschen Fürsten nicht ab der Einladung Franz Josefs fast vollzählig zu entsprechen; auch solchen, die den österreichischen Plänen keineswegs geneigt waren, mochte es doch als ein Gebot des Anstandes erscheinen

sich dem Rufe des mächtigsten Verbündeten nicht zu entziehen und dem Versuche die deutschen Zustände zu bessern nicht lediglich verneinend zu begegnen. Auch im Volke war diese Auffassung weit verbreitet und der zweite Abgeordnetentag, der während des Fürstentages am 21. und 22. August zusammentrat, gab nach einem scharf kritisierenden Berichte Häußers dieser Stimmung Ausdruck. Es konnte in diesem Kreise, der überwiegend aus Anhängern der Reichsverfassung von 1849 bestand, von einer Billigung der Einzelheiten des österreichischen Entwurfes nicht wohl die Rede sein; man verwarf das Delegiertenprojekt, man forderte für Preußen die Gleichberechtigung mit Österreich, man beanspruchte für die Nation die Mitwirkung bei der Neuordnung und demgemäß die Berufung eines frei gewählten Parlamentes; aber man empfand bei alledem doch eine gewisse Genugthuung darüber, daß gerade Österreich sich veranlaßt sah die Bundesverfassung zu beseitigen und lebte der Hoffnung, daß nun ein Stillstand oder gar ein Rückschritt nicht mehr zu befürchten sei. Ungleich lebhafter waren die Gefühle, mit denen Süddeutschland und die partikularistischen Kreise Mittel- und Norddeutschlands den Entschluß des Kaisers begrüßten. In allen Städten, die Franz Josef auf seiner Reise nach Frankfurt berührte, harrte seiner ein jubelnder Empfang; vollends die alte Kaiserstadt, die unerwartet so viel erlauchte Häupter in ihren Mauern versammelt sah, taumelte vor Begeisterung und bejauchzte das große Werk, das kaum im ersten Werden begriffen war, als sei es schon vollendet. Da war für nüchterne Erwägungen und Bedenken kein Raum; der bloße Klang der alten Namen von Kaiser und Reich riß die Gemüther hin; die Gewißheit, daß dem verhassten Preußen ein derber Schlag erteilt werde, entzückte die Herzen; der glanzvolle Anblick all des Pompes, die überschwenglichen Berichte über die Festlichkeiten, die mit den Beratungen in gedrängter Folge wechselten, die erregte Spannung, mit der man den Zwischenfällen der Zusammenkunft, den Wechselreden der Fürsten, den Parteigruppierungen, die unter ihnen hervortraten, folgte, thaten das übrige und ließen den ganzen Fürstentag nicht als eine Veranstaltung zu ernster Arbeit, sondern als ein glänzendes Schauspiel erscheinen, das durch die Hoheit der Darsteller und die Pracht der Ausstattung die Zuschauer berauschte.

Für die österreichischen Pläne war diese Stimmung ungemein erwünscht; sie war die Vorbedingung, ohne die eine schnelle Durchführung des Reformentwurfes nicht gelingen konnte; aber sie hätte freilich um durchschlagenden Erfolg zu haben nicht bloß im Volke, sondern auch unter den Fürsten und Staatsmännern herrschen müssen, und das war keineswegs der Fall. Im Gegenteil, diese kamen schon deshalb bedächtig und argwöhnisch nach Frankfurt, weil man ihnen den ausgearbeiteten österreichischen Vorschlag nicht vorher mitgeteilt hatte, sondern erst kurz vor der ersten Sitzung kundgab. In dieser, die am 17. August stattfand, forderte der Kaiser seine Verbündeten auf nicht

Der österreichische Entwurf.

Sendung an  
den König von  
Preußen.

durch weitaussehende Beratungen, sondern in raschem und einmütigem Entschlusse ihre Zustimmung zu erteilen. Das war mehr, als man fordern durfte. Der König von Bayern sprach sofort in den höflichsten Worten zwar seine vollkommene Billigung des kaiserlichen Wunsches, aber zugleich den Vorbehalt gewissenhaftester Erwägung und die Ansicht aus, daß einzelne Abänderungen die rasche Einigung wesentlich erleichtern würden. Jedenfalls erforderte die Reformakte mit ihren 36 Artikeln ein mehrtägiges Studium, ehe man in die Beratung eintreten konnte, und geschickt wurde die Abwesenheit des Königs von Preußen benutzt um diese Frist unter päpstlichem Vorwande zu gewinnen. Man beschloß eine gemeinsame Einladung an ihn zu erlassen, und König Johann von Sachsen unterzog sich dem Auftrage sie nach Baden-Baden, wo König Wilhelm seit zwei Tagen verweilte, zu überbringen. Sicherlich konnte man dabei nicht die Möglichkeit einer Sinnesänderung ins Auge fassen; der preußische Herrscher hatte sich in seinen Briefen an den Kaiser so unzweideutig ausgedrückt, Herr von Bismarck hatte in einer Depesche vom 13. August so scharf erklärt, daß es der Würde seines Monarchen nicht entspreche Vorschläge entgegenzunehmen, über die Preußens Rat vorher nicht gehört sei und deren volle Tragweite ihm erst in Frankfurt eröffnet werden solle, daß eine erneute Ablehnung zum voraus feststand. Sie erfolgte in einem Schreiben an den Kaiser, das König Johann am 20. nach Frankfurt zurückbrachte und das den bisherigen Standpunkt vollauf wahrte. Bismarck ergänzte dasselbe durch eine Depesche vom folgenden Tage, in der rundweg erklärt wurde, das österreichische Reformprojekt entspreche weder der Stellung des preußischen Staates noch den Interessen des deutschen Volkes und würde im Falle der Annahme die Kräfte Preußens Zwecken dienstbar machen, welche den Interessen des Landes fremd seien.

Erfolge der  
Opposition.

Mehrere Tage waren darüber verstrichen und die Aussichten auf unveränderte Annahme der Reformakte hatten sich dadurch nicht verbessert. Der Kaiser wich einen Schritt zurück und ließ vor der zweiten Sitzung seinen Mitfürsten vorschlagen nur das System und die leitenden Gedanken sofort anzunehmen, die minder wichtigen Bestimmungen aber mit der Maßgabe an Ministerialkonferenzen zu verweisen, daß wenn keine Einigung über eine andere Fassung zustande komme, der österreichische Entwurf in Kraft treten solle. Der badische Minister, Herr von Roggenbach, übernahm die etwas peinliche Aufgabe dem gegenüber zu erklären, daß sein Fürst auch gegen die leitenden Gedanken mancherlei einzuwenden habe und daß, solange über die Fassung irgend welcher Artikel keine Einigung erzielt sei, es eben beim alten bleiben müsse; erst wenn die ganze Vorlage durchgearbeitet sei, könne man sich über Annahme oder Ablehnung aussprechen.

Die Be-  
ratungen.

So wurde denn unter dem Vorsitz des Kaisers vom 22. bis 31. August der ganze Entwurf durchberaten. Unangefochten blieb von den leitenden Gedanken nur wenig; zumeist stand freilich der Großherzog

von Baden mit wenigen Genossen allein; in einigen wichtigen Punkten fanden jedoch Abänderungsvorschläge die Mehrheit. Das Ergebnis der Beratungen war ein Direktorium von sechs statt fünf Mitgliedern, in dem bei Stimmengleichheit nach der Bevölkerungszahl entschieden werden sollte; Österreich, Preußen und Bayern waren ständige Mitglieder; die drei anderen Könige, die neun nächstgroßen Staaten und endlich die neunzehn kleinsten stellten je ein wechselndes Mitglied. Österreich erhielt den Vorsitz, Preußen nur die Stellvertretung. Im Bundesrat führten die beiden Großmächte je drei Stimmen, die übrigen fünfzehn Kurien je eine. Zur Kriegserklärung und zum Beschluß der Hilfeleistung, wenn ein deutscher Staat in seinen außerdeutschen Besitzungen bedroht werde, sollte Zweidrittel-, nicht wie Österreich vorgeschlagen hatte, einfache Mehrheit im Bundesrat erforderlich sein. Das Delegiertenparlament war zu Gunsten Hessen-Homburgs und Hamburgs um zwei Mitglieder, auf 302, vermehrt worden; alle drei Jahre sollte es zusammentreten und seine Beschlüsse der Genehmigung des Fürstenrates unterliegen, in dem Österreich, aber ohne Erfolg, auch zwei Vertretern der Standesherrn ein Plätzchen hatte einräumen wollen. Den Beschluß der organischen Einrichtungen machte endlich ein Bundesgericht, das wesentlich nach den österreichischen Vorschlägen genehmigt wurde.

Mit dem Ergebnis dieser Beratungen erklärten sich 24 Fürsten einverstanden; auch ward beschlossen durch ein neues gemeinsames Schreiben dem Könige von Preußen die Hoffnung auszusprechen, daß in der Brust des mächtigen und wohlgesinnten Bundesgenossen Entschließungen reifen würden, durch welche Deutschland in den Genuß dieser heilsamen Reformen gelangen könne. Darüber, daß Baden, Mecklenburg, Sachsen-Weimar und andere Staaten ihre Zustimmung zurückhielten, setzte man sich leichter hinweg. Die Schlußerklärung des Großherzogs von Baden entsprach in den Hauptpunkten der preussischen Auffassung: er verwarf das Direktorium, forderte in besonders wichtigen Fragen für beide Großmächte ein Veto und verlangte die Wahl der Reichstagsmitglieder durch das Volk. Wenn zwischen Preußen und Österreich eine Verständigung über die Vorlage gelinge, sei er zu weiteren geschäftlichen Konferenzen gern bereit und werde seinen Beitritt nicht verweigern, sobald auch die Nation durch gesetzmäßig berufene Vertreter das neue Werk angenommen habe. Die übrigen ablehnenden Fürsten teilten im allgemeinen diesen Standpunkt, nur daß der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin aus seiner Abneigung gegen die Einschlebung einer Volksvertretung in den Organismus des Bundes kein Hehl machte.

Anders als er gekommen verließ Franz Josef die alte Kaiserstadt. Die geträumte Übrumpelung war vollständig mißglückt; daß an dem ursprünglichen Werke erhebliche Veränderungen vorgenommen waren, ließ sich vielleicht noch verschmerzen; aber daß es nicht endgültig genehmigt, daß der dritte Teil der deutschen Staaten auf Preußens Seite

Die Beschlußfassung.

Mißlingen des Werkes.

getreten war, das gab dem ganzen Projekte den Todesstoß. Es war doch ein ganz unausführbarer Gedanke, wenn der Reformverein auf seiner Generalversammlung in Nürnberg noch Ende Oktober empfahl die neue Bundesverfassung für die willigen Staaten ins Leben zu rufen; als Drohung gegen Baden und Sachsen-Weimar klang das ganz gut, aber Preußen machte sich aus solchen Drohungen gar nichts. Die erste Antwort, die es auf die Übersendung der Reformakte gab, war eine mittelbare. Am 3. September beantragte das Ministerium beim Könige die Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Anordnung von Neuwahlen. Gegenüber den Bestrebungen, die auf dem Gebiete der Bundesverfassung zu Tage getreten seien, und der unverkennbaren Absicht Preußen die Stellung zu verkümmern, die das Erbteil seiner ruhmvollen Geschichte bilde, empfinde — so hieß es in dem Berichte — das Volk ohne Zweifel das Bedürfnis zu zeigen, daß keine politische Meinungsverschiedenheit tief genug greife um die Einigkeit zwischen Herrscher und Unterthanen zu gefährden. In der That war diese Begründung doch nur ein Vorwand; denn die Fortschrittspartei konnte in ihrem Wahlauftrufe mit Recht erklären, daß es zu dem angegebenen Zwecke keiner Neuwahlen bedurft hätte: auf ihrem Banner habe stets der Satz gestanden, daß Preußens Größe von der Einigung Deutschlands abhängen und daß diese ohne gemeinsame Volksvertretung nicht möglich sei. Die Regierung selbst mußte am Ende wünschen, daß diese Erklärung im Auslande Glauben finde; denn anderenfalls würde der Ausfall der Oktoberwahlen, der die Fortschrittspartei noch verstärkte und das Häuflein der Ministeriellen nur auf Kosten der Ultraliberalen und Katholiken bis auf 37 Mitglieder brachte, den Beweis geliefert haben, daß das preussische Volk keineswegs zu seinem König stehe. Und doch war dies im vollsten Maße der Fall. Wäre nicht durch den Militärkonflikt ein so tiefer Abgrund zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus gerissen worden, wie hätte man dann dem Berichte zugejauchzt, den das Ministerium am 15. September dem König über die Reformakte erstattete. Die Forderungen eines Vetos mindestens bei Kriegserklärungen, der vollen Gleichstellung mit Österreich, eines unmittelbar vom Volke gewählten Parlamentes, die hier in schärfster Begründung und freimütigster Ausführung auftraten, waren in der That die Forderungen des ganzen preussischen Volkes. Aber freilich in dem Munde eines Bismarck erschien die letzte wenigstens wie ein plumper Täuschungsversuch, dem zu erliegen die Fortschrittspartei nicht zu fürchten brauchte. Aber auf ihrer Hut mußte sie sein, damit nicht der tollkühne Ministerpräsident das Land unvermutet in einen großen Krieg hineinziehe und durch eine leichtsinnige auswärtige Politik sich aus der Sackgasse, in die ihn seine verfassungswidrige innere Regierung geführt, gewaltsam einen Ausweg zu brechen suche. Das war die Stimmung, die in dem größten Teile des preussischen Volkes lebte, und die durch Worte und Erklärungen nicht mehr, die nur noch durch unwiderlegliche Thatsachen überwunden werden konnte.

Regierung  
und Opposi-  
tion in  
Preußen.

Die Neuwah-  
len.

Bismarck und  
die öffentliche  
Meinung.

An die ernstliche Durchführung der Reformakte glaubte man in Preußen nicht; den Notenwechsel, zu dem sie noch Anlaß gab, die Ministerkonferenz, die Österreich am 23. Oktober 1863 in Nürnberg veranstaltete, die Zustimmung des Reformvereins, alles das erregte nur Achselzucken; schließlich blieb von der ganzen Aufregung des August nichts anderes übrig als ein reichlicher Stoff zu Anklagen gegen den Minister, der durch seine innere Politik den Glauben an Preußens Ohnmacht bei den Gegnern genährt und durch seine ebenso verfehlte äußere Politik den Staat unter den Großmächten vereinsamt und dadurch den stürmischen Angriffen Österreichs preisgegeben habe. Daß derselbe Minister diese Angriffe doch auch siegreich zurückgeschlagen, übersah man dabei ebenso sehr, wie man die tiefgreifenden Vorteile verkannte, die jene geschmähte auswärtige Politik dem preußischen Staate verhieß und in der That schon in der allernächsten Zukunft einzutragen begann.

Verlag von **Veit & Comp.** in Leipzig.

Geschichte  
der  
**neueren Philosophie**  
von Nikolaus von Kues bis zur Gegenwart.

Im Grundriß dargestellt

von

**Dr. R. Falckenberg,**

Privatdozent an der Universität Jena.

gr. 8. 1886. geh. 6 *M.*; geb. 7 *M.*

Diese Geschichte der neueren Philosophie wird nicht nur dem Neuling willkommen sein, welcher die einzelnen Denker und Denkrichtungen in möglichst präziser Fassung authentisch charakterisirt sehen möchte, sondern auch allen Gebildeten, welche das Bedürfnis haben, das Ganze der philosophischen Entwicklung der Neuzeit in seiner Gesamtheit zu überschauen. Die „Erläuterung von über 150 der wichtigsten philosophischen Kunstausdrücke“ (meist Fremdwörter, z. B. Analyse, Idee, Idealismus, Monismus, Naturalismus, Pantheismus u. s. w.), welche als Anhang beigegeben ist, erhöht die Brauchbarkeit des sich durch geschmackvolle Darstellung, gute Ausstattung und (last not least) billigen Preis auszeichnenden Wertes.

Die  
**nordamerikanischen Eisenbahnen**  
in ihren  
wirtschaftlichen und politischen Beziehungen.

Gesammelte Aufsätze

von

**Alfred von der Leyen,**

Geh. Ober-Regierungsrat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu Berlin.

gr. 8. 1885. geh. 7 *M.*

Die Eisenbahnen der Vereinigten Staaten umfassen fast die Hälfte des Eisenbahnnetzes der gesamten Erde. Der Verfasser beleuchtet das Wesen und den Einfluß des Eisenbahnstaates im Staate, welche eine spezifische Eigentümlichkeit der Vereinigten Staaten, „die Eisenbahn-Könige“, hervorgebracht haben. Daraus ergibt sich eine Fülle von Vergleichen mit den Verhältnissen anderer Länder, namentlich tritt daraus der gefährliche Charakter der Monopole in privaten Händen mit großer Deutlichkeit hervor.

**Religionsphilosophie**  
auf  
modern-wissenschaftlicher Grundlage.

Mit einem Vorwort

von

**Dr. Julius Baumann,**

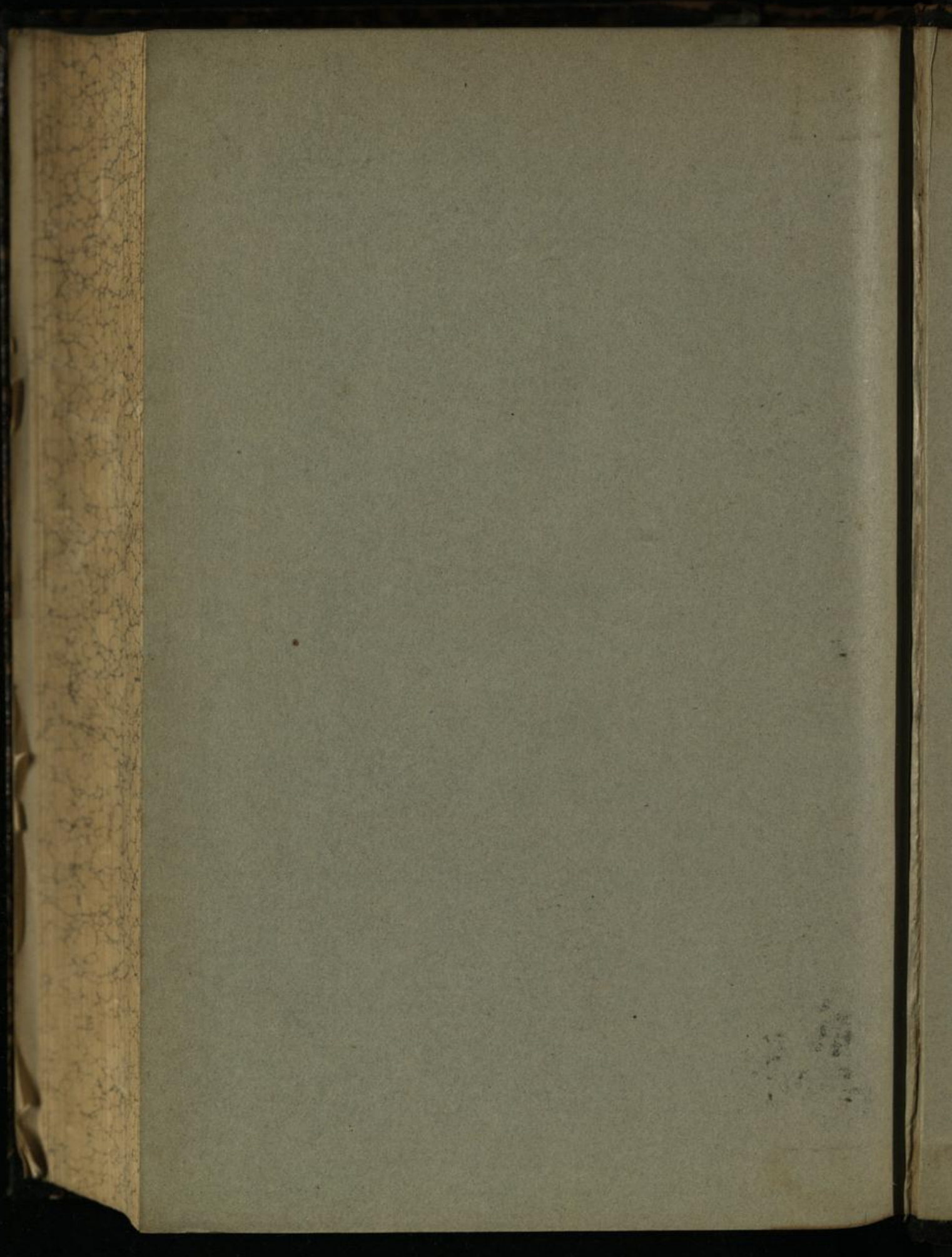
o. ö. Professor an der Universität Göttingen.

gr. 8. 1886. geh. 4 *M.* 60 *P.*

e

n  
g  
e  
er  
n  
e,  
g  
te

B  
n  
e  
g  
.



1/4 = 2900

CP 5

Universitätsbibliothek Potsdam



08911977